

**Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte**

**1983 · Teil II**

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

*Unter beratender Mitarbeit von*

H. Aptheker (USA), J. Bouvier (Frankreich), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSSR), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (VR Polen), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (UVR), Z. P. Pach (UVR), J. Purš (ČSSR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), S. I. Tjulpanow (UdSSR), J. Tomaszewski (VR Polen)

*Redaktionskollegium*

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar (Redakteur), Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Jan Peters, Hans Radandt, Siegfried Richter, Waldtraut Schmidt, Alfred Schröter, Reinhard Schumacher (Redakteur), Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

*Arbeitsgruppe Literaturkritik*

Ingrid Kresse (Leiter), Siegfried Epperlein, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jörg Roesler



# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1983 · TEIL II

ABHANDLUNGEN, STUNDEN, MISZELLEEN

Lothar Baur	Zur 400-jährigen Verfallgeschichte der DDR	1
Gerd Neumann	Die Abfassung des ersten Produk- tionsgesetzes in der DDR	11
Harbel Böcke	Zur Entwicklung des polnischen Wirtschafts	21
Gerhard Wagenbroth	Technische De- ckung der Wirtschaft	31
Hans-Jürgen Grottel	Die Fernabgabe des Erbschafts- steuerbeschlusses in Sachsen im 17. und 18. Jahrhundert	41
Dimităr Drăganov	Zu den Handelsbeziehungen der Thracischen Stadt Kalyas von 6. bis 3. Jahrhundert v. d. Z.	111

LITERATURKRITIK

Jürgen Kowayyid	Alltag und Festtag in der Persepolis	121
Wolfgang Jacobitz	Beiträge zur Festschrift für Prof. Dr. Hans-Jürgen Grottel	131
Wolfgang Wilhelmson	Grenzen der Autokratie (Klausurarbeit)	141



Redaktionsschluß: 15. 9. 1982

Anschrift der Redaktion:

DDR-1080 Berlin, Zimmerstraße 94

Erschienen im Akademie-Verlag, DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1983

Lizenznummer: 202 · 100/96/83

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Bestellnummer 754 190 4 (2103/83/2) · LSV 0305

Printed in GDR

DDR 18,- M

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Lothar Baar	Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren	9
Gerd Neumann	Die Ablösung der kolonialen Produktionsverhältnisse in der Volksrepublik Angola	33
Bärbel Dacke	Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion	63
Otfried Wagenbreth	Technische Denkmale als Sachzeugen der Wirtschaftsgeschichte	77
Hans-Jürgen Creutz	Die Herausbildung des Erfinderschutzes in Sachsen im 15. und 16. Jahrhundert	91
Dimităr Draganov	Zu den Handelsbeziehungen der thrakischen Stadt Kabyle vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.	111

LITERATURKRITIK

Jürgen Kuczynski	Alltag unten in der Partei (Hans-Joachim Althaus/Friedrich Bross/Gertrud Döffinger/Hubert Flaig/Karlheinz Geppert/Wolfgang Kaschuba/Carola Lipp/Karl-Hein Rueß/Martin Scharfe/Bernd Jürgen Warneken, Da ist nirgends nichts gewesen außer hier)	119
Wolfgang Jacobeit	Beiträge zur Freizeitforschung (Sozialgeschichte der Freizeit)	127
Wolfgang Wilhelmus	Grenzen der Autarkie (Klaus Wittmann, Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933 bis 1945)	131
Erika Uitz	Die Frau im Wirtschaftsleben der spätmittelalterlichen Stadt (Margret Wensky, Die Stellung der Frau in der stadtkölnischen Wirtschaft im Spätmittelalter)	137

Peter Donat

Eine neue Untersuchung zur Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen im Merowingerreich (Waltraut Bleiber, Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen zwischen Somme und Loire während des 7. Jahrhunderts)

141

Gert Audring

Begriffsgeschichte im Dienste der Erforschung sozialer Verhältnisse (Soziale Typenbegriffe im alten Griechenland und ihr Fortleben in den Sprachen der Welt, Bd. 4 und Bd. 5)

147

M. Ja. Volčenko, Promyšlennost' GDR (Jörg Roesler)

151

Rudolf Bechmann, Zu Problemen der wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Produktionsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aus territorialer Sicht (Peter Hübner)

153

August Nitschke, Historische Verhaltensforschung (Hermann Lehmann)

154

Toni Pierenkemper, Wirtschaftssoziologie (Horst Handke)

156

Wirtschaftslenkung in marktwirtschaftlichen Systemen (Karin Lehmann)

157

Helmut Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung (Rolf Badstübner)

158

Dieter Langewiesche, Zur Freizeit des Arbeiters (Irene Dölling)

160

Wolfgang Renzsch, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung (Traute Scholz)

161

Fritz Stern, Gold und Eisen (Horst Handke)

163

## BETRIEBSGESCHICHTE

Wolfgang Mühlfriedel

Eine konzeptionelle Erwägung zur Betriebsgeschichtsschreibung, angestellt nach der Lektüre von Manfred Beck, Die Entstehung und Entwicklung der Eisen- und Hüttenwerke Thale bis zum Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands; Erwin Könnemann, Die Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus; Erwin Könnemann, Der VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus 1961 - 1965

167

Ulrich Hartmann

Zur Geschichte des VEB Maxhütte Unterwellenborn (8. Juli 1982 in Jena)

177

## QUELLEN UND MATERIALIEN

Erika Behm/  
Jürgen Kuczynski

Die Reflexion der Arbeiterbewegung  
in der Regierungspresse vor dem Er-  
sten Weltkrieg. Eine vornehmlich  
quantitative Analyse (Schweizerische  
Eidgenossenschaft)

181

## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

VIII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker  
(16. bis 20. August 1982 in Budapest)

187

## BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR,  
22. Lieferung

225

Autorenverzeichnis

244

Содержание, Contents, Contenu, Sumario

245

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung  
in der Industrie der DDR  
in den fünfziger und sechziger Jahren

von Lothar Baar

Wenn Wirtschaftshistoriker der DDR und anderer sozialistischer Länder in jüngster Zeit verstärkt Fragen und Probleme der Investitionsentwicklung als Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion verfolgen, so reflektiert dies Bedürfnis und Notwendigkeit, aus historischer Sicht zum Verständnis aktueller Aufgaben in der ökonomischen Strategie der achtziger Jahre beizutragen.<sup>1</sup>

Die Investitionen als Gesamtheit der materiellen und finanziellen Aufwendungen zur Schaffung neuer, Erweiterung und Modernisierung vorhandener und zum Ersatz verbrauchter Grundfonds in der Industrie und allen anderen Bereichen der Volkswirtschaft waren und sind in jeder historischen Entwicklungsetappe der DDR ein bedeutender volkswirtschaftlicher Produktivitäts- und Wachstumsfaktor sowie Gradmesser für das erreichte Entwicklungsniveau der Produktivkräfte. Dennoch setzte die Erhöhung der Wirksamkeit der qualitativen Faktoren für das Wirtschaftswachstum bereits in den siebziger Jahren der Investitionspolitik andere Maßstäbe als in den fünfziger und sechziger Jahren, und dies ist in noch weit größerem Ausmaß für die achtziger Jahre erforderlich. Da die Möglichkeiten der sich in ihrem Tempo beschleunigenden und ihrer Breite vergrößernden wissenschaftlich-technischen Revolution unmittelbar zur Hauptreserve für Leistungswachstum und Effektivität der Volkswirtschaft geworden sind, müssen heute die Investitionen in immer stärkerem Maße Motor des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sein und im Sinne der Intensivierung der Produktion auf die sozialistische Rationalisierung konzentriert werden.<sup>2</sup>

Obwohl auch in den fünfziger und sechziger Jahren die wirtschaftspolitischen Entscheidungen nie einseitig oder ausschließlich Extensiv- bzw. Erweiterungsinvestitionen bevorzugten und bereits in diesen Jahrzehnten Intensiv- oder Rationalisierungsinvestitionen in der Volkswirtschaft bzw. Industrie der DDR Bedeutung erhielten, mußte dennoch der überwiegende Teil der Investitionen der extensiv erweiterten Reproduktion dienen. Erst der VIII. Parteitag der SED 1971 entschied endgültig über eine beschleunigte Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion als Hauptweg zu höherer Effektivität, nachdem bereits die Rationalisierungskonferenz des Zentralkomitees der SED und des Ministerrats der

1 Vgl. Roesler, Jörg, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1983, T. 1; Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema "Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme", in: ebenda.

2 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1981, S. 57 f.

DDR im Jahre 1966 die intensiv erweiterte Reproduktion in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik gestellt hatte. Die ökonomischen Tatsachen sagen jedoch aus, daß in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre diese neue wirtschaftsstrategische Orientierung noch nicht mit aller Konsequenz verfolgt werden konnte.<sup>3</sup>

Unabhängig davon, welche konkreten Ursachen für diese langsame Veränderung bestanden haben, sind die Investitionspolitik wie die gesamte sozialistische Wirtschaftsleitung und -planung offensichtlich als ein ständiger Lernprozeß zu begreifen, der stets die historischen Erfahrungen bei neuen ökonomisch-strategischen Entscheidungen berücksichtigt. In diesem Sinne stützte sich auch der X. Parteitag der SED in seinen Beschlüssen über die Investitionsentwicklung im Fünfjahrplan 1981 bis 1985 auf eine wichtige empirische Erkenntnis, die generelle Bedeutung für jede Investitionsplanung besitzt: "Unsere Erfahrungen besagen, daß durch eine kluge Planung der Rang- und Reihenfolge der Investitionen und ihre Konzentration auf wenige Objekte die Realisierungszeiten der Investitionsvorhaben erheblich verkürzt werden können, was zugleich in besseren ökonomischen Ergebnissen seinen Niederschlag findet."<sup>4</sup>

Die Rang- und Reihenfolge der Investitionen und ihre Konzentration auf vorrangige Objekte wird jedoch vor allem durch das jeweils erreichte Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und den Reifegrad der sozialistischen Produktionsverhältnisse determiniert. Für die ökonomische Strategie der achtziger Jahre bedeutet dies den absoluten Vorrang jener Investitionen, die eine Anwendung modernster Technologien in Verbindung mit der Einführung von Industrierobotern ermöglichen sowie solcher, die einen Beitrag zur Veredelung der Rohstoffe leisten.<sup>5</sup> Demgegenüber mußten in den fünfziger und sechziger Jahren bei der

3 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berichterstatter: Genosse Erich Honecker, Berlin 1971, S. 45. - Zu Beginn der zweiten Hälfte der sechziger Jahre (1966) hielten sich in der Gesamtindustrie die Extensiv- und Intensivinvestitionen noch die Waage. In der Grundstoffindustrie überwogen erheblich die Extensivinvestitionen, nur 41,2 Prozent waren Intensivinvestitionen. In der metallverarbeitenden Industrie besaßen mit 56,5 Prozent die Intensivinvestitionen schon ein größeres Gewicht. Dies war mit 76,8 Prozent in noch viel stärkerem Maße in der Leichtindustrie (ohne Lebensmittelindustrie) der Fall. Demgegenüber war die Lebensmittelindustrie zu diesem Zeitpunkt nur mit 45,2 Prozent durch Intensivinvestitionen bestimmt. (Vgl. Statistisches Jahrbuch 1968 der Deutschen Demokratischen Republik, 13. Jg., Berlin 1968, S. 53.) Bei einer solchen Gegenüberstellung ist aber zu berücksichtigen, daß selbst in einer Periode vorwiegend extensiv erweiterter Reproduktion Rationalisierungsinvestitionen durchaus nicht ganz unterblieben; denn allein schon eine Neuschaffung und Erweiterung von Kapazitäten enthält Elemente der intensiv erweiterten Reproduktion. Nichtsdestoweniger begann erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre der Übergang von der vorwiegend extensiven zur vorwiegend intensiven Investitionstätigkeit, als der durch die teilweise starke Überalterung der vorhandenen Maschinen und Ausrüstungen entstandene Nachholebedarf im wesentlichen gedeckt werden konnte. Die Mitte der sechziger Jahre beginnende Tendenz zugunsten der intensiven Investitionsmaßnahmen setzte sich nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 in großem Umfang fort.

4 Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985, Berichterstatter: Genosse Willi Stoph, Berlin 1981, S. 16 f.; Direktive des X. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1981 bis 1985, Berlin 1981, S. 26.

5 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, a. a. O., S. 57.



Anwendung dieser Prinzipien sozialistischer Investitionspolitik völlig andere Prioritätsentscheidungen erfolgen, die sich jedoch bereits damals auf die langjährigen Erfahrungen und Erkenntnisse der Sowjetunion beim sozialistischen Aufbau stützten.

Ebenso wie die anderen sozialistischen Länder Europas ging auch die DDR von der Erfahrung beim Industrialisierungsbeginn in der UdSSR aus, daß die Schaffung der materiell-technischen Grundlagen des Sozialismus zunächst den Aufbau und Ausbau der Schwerindustrie mit einer außerordentlich starken Konzentration der Investitionsmittel auf bestimmte schwerindustrielle Produktionszweige erfordert. Für die DDR entfiel zwar in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus der zusätzliche Wandel vom Agrarland zum Industrieland. Sie konnte sich auf ein gesamtwirtschaftlich bedeutendes in den verschiedenen Phasen der kapitalistischen Industrialisierung entstandenes Industriepotential stützen. Die wirtschaftsstrategischen Entscheidungen über die konkrete Richtung der Investitionsentwicklung seit Anfang der fünfziger Jahre hatten aber zu berücksichtigen, daß dieses Industriepotential schon infolge der bereits im Kapitalismus verursachten volkswirtschaftlichen Disproportionen in seiner Effektivität gemindert war. Der Krieg und seine Folgen, insbesondere die imperialistische Spaltung Deutschlands, zerstörten dann weitgehend das historisch gewachsene System der industriellen Arbeitsteilung, so daß es beim Aufbau der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus galt, durch Rekonstruktion, Erweiterung und Neuaufbau wieder einen arbeitsteilig verflochtenen und effektiv proportionierten Industriekomplex zu schaffen, der den Erfordernissen einer nationalen Wirtschaft im Sozialismus als Bestandteil des sozialistischen Weltwirtschaftssystems entsprach.<sup>6</sup> Die ökonomisch-strategischen Entscheidungen über den ersten Fünfjahrplan 1951 bis 1955 und darüber hinaus konnten deshalb einerseits davon ausgehen, daß das Vorkriegsniveau der Industrieproduktion im Jahre 1950 mit 11 Prozent überboten war. Andererseits war aber dieses Niveau noch nicht in allen Industriebereichen erreicht, weder in der Metallurgie und bei der Erzeugung von Baumaterialien noch in der Textilindustrie, der Lebensmittelindustrie und Teilen der Leichtindustrie. Auch die Tatsache, daß das Nationaleinkommen erst 87 Prozent gegenüber dem Stand von 1936 betrug, beweist, daß die volle Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft noch nicht vorhanden und zur Überwindung der schweren Kriegsfolgen und der Folgen der imperialistischen Spaltung offensichtlich ein längerer Zeitraum erforderlich war.<sup>7</sup>

Als erste Konsequenz für die Investitionspolitik ergab sich daraus von vornherein die Konzentration des Hauptteils der Investitionen auf die Industrie, die im Untersuchungszeitraum von 1950 bis 1970 zwischen 46,6 und 55,3 Prozent der volkswirtschaftlichen Gesamtinvestitionen in Anspruch nahm. In den anderen sozialistischen Ländern Europas, mit Ausnahme der CSSR und Rumäniens, lag dieser Anteil in den fünfziger und zum Teil auch noch in den sechziger Jahren unter 40 Prozent.<sup>8</sup>

Dabei ist jedoch vor allem für die erste Hälfte der fünfziger Jahre zu berücksichtigen, daß das Investitionsvolumen aufgrund des niedrigen Nationaleinkom-

6 Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Abriß, Berlin 1978, S. 241, 246; Badstübner, Rolf, (Ltr. des Autorenkollektivs), Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981, S. 133 f., 136; Falk, Waltraud, Zur Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 10/1979, S. 915 ff.

7 Ebenda; vgl. Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979, S. 160 f.

8 Keller, W./Kigyóssy-Schmidt, E., Hauptkennziffern der wirtschaftlichen Entwicklung der europäischen RGW-Länder 1960 - 1975, Berlin 1973, S. 25, 76 ff.



nen noch relativ gering war. Von 1951 bis 1955 wurden in der Volkswirtschaft der DDR insgesamt nur 35,7 Milliarden Mark investiert, eine Summe, die 1970 und 1971 in einem Jahr erreicht werden konnte.<sup>9</sup> Da die Höhe des Nationaleinkommens über Akkumulation und Konsumtion entscheidet, ist die Befriedigung des Investitionsbedarfs letztlich nur in den dadurch gesetzten Grenzen möglich. Dem hohen Bedarf an Investitionsmitteln stand aber zunächst nicht nur ein geringes Nationaleinkommen, sondern bis 1955 auch eine vergleichsweise niedrige Akkumulationsrate gegenüber. Während in den anderen sozialistischen Ländern Europas die Akkumulationsrate in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre im Durchschnitt etwa 20 Prozent betrug, lag in der DDR der im Inland für die Akkumulation verwendete Teil des Nationaleinkommens unter 10 Prozent.<sup>10</sup> Im Jahre 1950 erreichte die Akkumulationsrate nur 8,5 (9,3), und 1955 war sie bei 9,8 (10,9) Prozent angelangt, um erst danach diese Grenze zu überschreiten, aber auch dann stets unter den Akkumulationsraten der meisten anderen sozialistischen Länder zu bleiben.<sup>11</sup> Einen wesentlichen Anteil daran hatten zweifellos die fortgeschrittenen ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR und die damit verbundene relative Höhe des Nationaleinkommens und der Investitionen pro Kopf der Bevölkerung, was in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eine relativ hohe Konsumtionsrate bei einer vergleichsweise niedrigen Akkumulation ermöglichte. Positiv wirkten sich dabei auch die sich entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen Mitgliedsländern des RGW und die Hilfe der Sowjetunion aus, insbesondere, wenn es den Wirkungen des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die DDR zu begegnen galt.<sup>12</sup> Es darf aber in diesem Zusammenhang sicher auch nicht übersehen werden, daß die DDR in den ersten zehn Jahren nach 1945 ihre ökonomische Kraft nicht nur darauf verwendete, um die Kriegsfolgen und vor allem die schwerwiegenden Disproportionen innerhalb der Industrie zu überwinden, sondern daß sie sich auch "den elementarsten Grundsätzen der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit nicht entziehen durfte und zumindest einen Teil der vom Nazismus in der Sowjetunion und anderen von den deutschen Armeen okkupierten Ländern angerichteten Schäden wiedergutmachen mußte"<sup>13</sup>.

Wenn infolge dieser im Ausmaß und Zeitpunkt ihrer Wirkung zu differenzierenden Faktoren die DDR einen geringeren Investitionsanteil am Nationaleinkommen besaß als die anderen sozialistischen Länder, obwohl stets einen höheren Pro-Kopf-Anteil der Investitionen,<sup>14</sup> so gab es gerade für die Verteilung bzw. Konzentration der Mittel in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre keine alternative Entscheidungsmöglichkeit. Sind die Akkumulationsmittel gering, so ist auch das zur Verfügung stehende Gesamtvolumen der Investitionen niedrig; um so weniger darf eine Aufsplitterung erfolgen bzw. um so größer muß die Konzentration sein, soll der geplante Investitionseffekt erreicht werden. Um so wichtiger war demzufolge auch die richtige Rang- und Reihenfolge der In-

9 Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1982, Berlin 1982, S. 30 (Berechnung in vergleichbaren Preisen, Basis 1980).

10 Statističeskij ežegodnik stran-členov soveta èkonomičeskoj vzajmopomošči 1971, Moskva 1971, S. 48.

11 Die in Klammern gesetzten Ziffern sind die Berechnung der Verwendung des Nationaleinkommens auf der Preisbasis des Jahres 1980 (vgl. Statistisches Taschenbuch, a. a. O., S. 29).

12 Falk, Waltraud, a. a. O., S. 920 ff.

13 Vgl. Programatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960.

14 Falk, Waltraud, Allgemeines und Besonderes beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als Ausgangspunkt einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus, in: Inhaltliche und methodologische Probleme einer vergleichenden Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus, Wissenschaftliche Schriftenreihe der Humboldt-Universität zu Berlin (1980), S. 14.

vestitionen bereits im ersten Fünfjahrplan. Er sah deshalb zunächst eine Konzentration der Investitionen auf Bergbau und Hüttenwesen sowie Schwermaschinenbau und Schiffsbau vor. Der chemischen Industrie als relativ entwickeltem Zweig der Grundstoffindustrie der DDR sollten erst 1953 bis 1955 in größerem Umfang Mittel für Erweiterungsinvestitionen zur Verfügung stehen, nachdem die Prioritätszweige ihre Investitionsziele erreicht hatten. Die übrigen Industriebereiche, also der allgemeine Maschinenbau sowie die Leicht- und Lebensmittelindustrie, erhielten zunächst kaum Mittel zur Modernisierung ihrer Ausrüstung. Die geplante Produktionssteigerung sollten sie im wesentlichen durch Auslastung der vorhandenen Kapazitäten, Rekonstruktion teilzerstörter Anlagen, Verbesserung der Arbeitsorganisation usw. erreichen. Größere Rationalisierungsvorhaben waren für sie erst in den beiden letzten Jahren des Fünfjahrplans vorgesehen. Diese ökonomisch-strategische Entscheidung über die Konzentration der Investitionsmittel auf wenige Zweige und Betriebe der Schwerindustrie war der einzig mögliche Weg, um ein hohes Industrialisierungstempo mit der schnellen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zu verbinden.<sup>15</sup> Es war dies aber auch die Entscheidungsfrage darüber, ob die aus der kapitalistischen Entwicklung und der imperialistischen Spaltung Deutschlands resultierenden Disproportionen schrittweise überwunden werden und unter den Bedingungen des sich verschärfenden Wirtschaftskrieges die Proportionalität der Volkswirtschaft der DDR zu erreichen ist.<sup>16</sup> In diesem Sinne wurde die von der 21. Tagung des Zentralkomitees der SED im November 1954 für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ausgearbeitete ökonomische Konzeption auf der 3. Parteikonferenz im März 1956 sowie auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 als wirtschaftsstrategische Orientierung für die Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus entwickelt.

Die Struktur der Investitionen, die während des ersten Fünfjahrplans realisiert wurden, beweist dann auch, daß die Konzentration der Mittel auf die Grundstoffindustrie sogar stärker erfolgte, als ursprünglich vorgesehen war. In den Jahren von 1951 bis 1955 erhielten die Grundstoffindustrie 68 Prozent, die metallverarbeitende Industrie 15 Prozent und die Leicht- und Lebensmittelindustrie 17 Prozent der Investitionen der zentralgeleiteten Industrie.<sup>17</sup>

Obwohl aufgeschlüsseltes statistisches Material über Entwicklung und Verteilungsstruktur der Investitionen erst seit dem letzten Jahr des ersten Fünfjahrplans zur Verfügung steht, lassen auch die Ziffern für 1955 die Schlußfolgerung zu, daß die vorgesehene ökonomische Strategie verwirklicht werden konnte. Al-

15 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S. 17 ff.

16 Falk, Waltraud/Müller, Hans/Reißig, Karl, Die historische Bedeutung der II. Parteikonferenz der SED. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR - Bestandteil des revolutionären Weltprozesses, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 2, S. 35.

17 Roesler, Jörg, a. a. O., S. 106 f. - Diese hohe Konzentration der Investitionen auf die Grundstoffindustrie blieb auch zu Beginn des zweiten Fünfjahrplans erhalten, um 1957/58 auf nahezu drei Viertel der Gesamtinvestitionen in der Industrie anzusteigen. Danach schwankte bis Mitte der sechziger Jahre ihr Anteil zwischen 65 und 70 Prozent, um anschließend aufgrund des Investitionsrückgangs in der Energie- und Brennstoffindustrie stärker abzufallen. Die metallverarbeitende Industrie erhöhte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ihren Anteil gegenüber dem ersten Fünfjahrplan nur leicht, näherte sich aber in der ersten Hälfte der sechziger Jahre der 20-Prozent-Grenze, um diese dann zu überschreiten. Für die Leicht- und Lebensmittelindustrie trat in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein Rückgang ihres Anteils an den Gesamtinvestitionen der Industrie ein. Sie erreichte erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wieder die Anteilhöhe, die sie während des ersten Fünfjahrplans besessen hatte. (Vgl. Anmerkung 19 und 36.)

lerdings wurden am Ende des Fünfjahrplans offensichtlich schon Änderungs- tendenzen erforderlich und sichtbar (vg. Tabelle 1 und 3).<sup>18</sup> Auffallend ist der 1955 bereits sehr hohe Anteil der Energie- und Brennstoffindustrie. Das erste Kohle- und Energieprogramm des Jahres 1954 bewirkte eine Steigerung des Anteils dieses Industriebereichs an den Investitionen auf 39,5 Prozent im Jahre 1955 und zugleich den Beginn einer zweiten Entwicklungsphase der Grundstoffindustrie der DDR, die nicht mehr durch einen vorrangigen Auf- und Ausbau der Metallurgie und des Schwermaschinenbaus gekennzeichnet war. Ebenso hervorzuheben ist der relativ hohe Anteil der chemischen Industrie an den industriellen Gesamtinvestitionen. Mit 14,4 Prozent im Jahre 1955 investierte sie, wie vorgesehen, in den beiden letzten Jahren des Fünfjahrplans stärker als zuvor. Demgegenüber blieb mit 5,9 Prozent der Anteil der Metallurgie gering, weil sich einerseits offensichtlich schon in den ersten Jahren des Fünfjahrplans die metallurgische Basis der DDR stark ausgedehnt hatte, andererseits aber auch die politische und ökonomische Gesamtsituation eine gewisse Veränderung der Investitionsstruktur ermöglichte und erforderte.<sup>19</sup> Deshalb konnten 1955 in die Leichtindustrie (ohne Textilindustrie) 6,5 Prozent, in die Textilindustrie 4,6 Prozent und in die Lebensmittelindustrie 6,4 Prozent der Mittel investiert werden und damit relativ und zum Teil auch absolut mehr als in den folgenden Jahren. Der Maschinenbau blieb aber mit weniger als 10 Prozent weiterhin zurück.

Wenn im Zusammenhang mit einer solchen Rang- und Reihenfolge der Investitionen und ihrer Konzentration auf vorrangige Objekte kontrovers die Frage diskutiert wird, ob die Dynamik des Investitionswachstums während eines Perspektivplanzeitraums bestimmten Regelmäßigkeiten unterliegt, die als sogenannter Investitionsrhythmus bezeichnet werden, so gibt die Analyse des ersten Fünf-

18 Der Verfasser dankt der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung der Ziffern über die Investitionen nach Industriebereichen in den Jahren 1955 bis 1959. Es handelt sich hier und im folgenden um Durchschnittsangaben für ganze Industriebereiche, aus denen nicht hervorgeht, ob trotz erheblicher Gesamtsteigerung der Investitionen und der Produktion bei Einzelpositionen von verschiedenen Erzeugnisgruppen spürbare Defizite bestanden. Schließlich konnten auch das hohe industrielle Wachstumstempo einerseits, die imperialistische Spaltung und der Wirtschaftskrieg gegen die DDR andererseits dazu führen, daß durch Investitionen bereits beseitigte Engpässe von neuem auftraten, bestehende vergrößert oder andere hervorgerufen wurden. (Vgl. Kohlmei, Gunther, Spaltungsdisproportionen und Außenhandel, Wirtschaftswissenschaftliche Informationen, Nr. 4-5/1958, S. 22, 28.)

19 Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, a. a. O. - Die mit dem Ende des ersten Fünfjahrplans einsetzende Veränderung der Investitionsstrukturen innerhalb der Grundstoffindustrie war notwendige Folge des bisherigen relativen Zurückbleibens der Energie- und Brennstoffindustrie sowie chemischen Industrie. Obwohl sich die Erzeugung von Elektroenergie im Jahre 1955 gegenüber 1936 mehr als verdoppelt hatte, konnte bei dem schnellen industriellen Wachstumstempo und unter den Bedingungen des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen die DDR der negative Vorlaufkoeffizient der Energieversorgung im Vergleich zur Industrieproduktion nur schrittweise verringert und beseitigt werden. Bei den unverändert hohen Zuwendungen für die Grundstoffindustrie mußte aber zwangsläufig die dem Maschinenbau bzw. der metallverarbeitenden Industrie zur Verfügung stehende Investitionssumme weiterhin begrenzt bleiben. Daher blieb die Entwicklung jenes Industriebereiches, der für die Rationalisierungsinvestitionen in anderen Zweigen und auch innerhalb des eigenen die Voraussetzungen zu schaffen hatte, zunächst noch zurück. (Vgl. Anm. 36.)

jahrplans darauf bereits eine Teilentwort.<sup>20</sup> Es ist Mühlfriedel und Wießner sicher zuzustimmen, daß von einem Investitionsrhythmus im Sinne einer gleich-taktmäßigen Bewegung nicht die Rede sein kann. Die von beiden Autoren dafür herangezogenen Beweise überzeugen und sollen hier nicht wiederholt werden. Ihre Auffassung wird auch durch die Analyse der Investitionsbewegung in der Industrie der DDR während der fünfziger und sechziger Jahre gestützt.

Nicht zu negieren ist jedoch die Feststellung von Roesler, daß es innerhalb der Investitionsbewegung zu sogenannten Investitionsschüben kommt, die der Inan-griffnahme der Hauptprojekte zu Beginn einer Perspektivplanperiode dienen. Diese Erkenntnis ist aber insofern nicht neu, als sich dafür in der Wirtschafts-praxis zahlreiche sowohl aktuelle als auch historische Beispiele finden lassen, allerdings nicht nur für den Beginn einer Perspektivplanperiode. So legte die auf dem X. Parteitag der SED beschlossene Direktive zum Fünfjahrplan 1981 bis 1985 bekanntlich eine entscheidende Erhöhung des Anteils der Investitio-nen für die sozialistische Rationalisierung fest.<sup>21</sup> An erster Stelle jener pro-gressiven Technologien, die eine wesentliche Erhöhung der volkswirtschaftli-chen Effektivität bewirken, wird die Mikroelektronik genannt, "von der ein tiefer und breiter Rationalisierungsschub ausgeht"<sup>22</sup>. Ein tiefer und breiter Rationalisierungsschub setzt aber einen adäquaten Investitionsschub voraus, eine Konzentration der Mittel und ihren planmäßigen Einsatz in der richtigen Rang- und Reihenfolge. Ebenso war auch schon bei den in den fünfziger und sechziger Jahren zu treffenden wirtschaftsstrategischen Entscheidungen be-kannt, daß die erforderlichen Investitionseffekte nur dann zu erreichen sind, wenn für die jeweils primären Glieder in der Kette des ökonomischen Aufbaus, für die Engpässe besonders große Investitionsanstrengungen erfolgen.

Dabei können geringe Erfahrungen in der Leitung und Planung durchaus zu ei-ner Unterschätzung der für die ökonomischen Schwerpunkte erforderlichen In-vestitionsanstrengungen und damit zur Zersplitterung der Mittel und Verhinde-rung des Investitionsschubs führen. Ebenso entsteht aber auch durch eine überhöhte Konzentration der Mittel die Gefahr von Komplikationen, und zwar besonders dann, wenn dabei auftretende Disproportionen nur schwer durch die Außenwirtschaft kompensiert werden können.<sup>23</sup>

Solche Konsequenzen werden auch in der ökonomischen Literatur hervorgeho-ben. Bereits Mitte der sechziger Jahre haben sowjetische Ökonomen darauf ver-wiesen, daß sowohl eine übermäßige Beschleunigung als auch eine zu starke Verlangsamung des Investitionsgeschehens in bestimmten Bereichen zu Schwie-rigkeiten und Effektivitätsverlusten führen können.<sup>24</sup> Dabei ist offensichtlich unbestritten, daß ein großes Investitionsvolumen und hohes Wachstumstempo der Investitionen am ehesten die forcierte Entwicklung von Schwerpunkten er-möglicht, ohne damit das proportionale Wachstum der Investitionen in anderen Bereichen ernsthaft zu stören. Aber auch bei einer niedrigen Gesamtsumme und geringeren Zuwachsraten der Investitionen sind Schwerpunkte des Investitions-

20 Roesler, Jörg, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus, a. a. O.; Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, a. a. O.

21 Direktive des X. Parteitages der SED, a. a. O., S. 26.

22 Bericht des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an den X. Parteitag der SED, a. a. O., S. 57.

23 Vgl. Neumann, Gerd, Die ökonomischen Entwicklungsbedingungen des RGW, Berlin 1980, S. 108.

24 Vgl. Kwascha, J./Krassowski, J., Investbau und Akkumulation, in: Sowjet-wissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 1/1966, S. 7; vgl. dazu Kratsch, Ottomar (Ltr. des Autorenkollektivs), Zur Entwicklung der Verteilungsstrukturen der Investitionen auf Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft, Berlin 1975, S. 58.



geschehens zu sichern, obwohl der konzentrierte Einsatz der Mittel im Sinne eines Investitionsschubs in diesem Fall schwerer zu erreichen ist. Wegen der Interdependenz der Produktions- und Investitionsprozesse dürfen Kürzungen und Verminderungen auch bei einem geringen Gesamtvolumen und niedrigen Zuwachsraten der Investitionen nicht zu längeren und größeren Abstrichen in einigen Zweigen führen, vielmehr sollte auch dann eine verteilte Belastung mehrerer Bereiche erreicht werden.<sup>25</sup>

Vor einer solchen wirtschaftsstrategischen Entscheidungssituation standen offensichtlich alle sozialistischen Länder Europas Anfang der fünfziger Jahre, und dies erklärt jene Forderung, "daß die Zersplitterung der Mittel auf der ganzen Front der Volkswirtschaft den Mechanismus des beschleunigten wirtschaftlichen Aufstiegs nicht in Bewegung setzen kann, daß die Lösung dieser Frage die Konzentration der Mittel auf ausgewählte, für die Entwicklung der Wirtschaft entscheidende Bereiche der materiellen Produktion erfordert"<sup>26</sup>. Die Konzentration der Investitionsmittel auf bestimmte Schwerpunkte ist also einerseits unumgänglich, andererseits muß durch einen zeitlich alternierenden Schwerpunkteinsatz erreicht werden, daß die Beseitigung bzw. Milderung eines ökonomischen Engpasses nicht einen neuen hervorruft. Gerade dies wurde aber mit der schwerpunktmäßigen Veränderung der Strukturanteile der Investitionen bereits während des ersten Fünfjahrplans der DDR gesichert. Insofern ist die These von Roesler, daß Investitionsschübe vor allem am Beginn einer Perspektivplanperiode stattfinden, zwar nicht zu negieren, aber zu relativieren, weil auch innerhalb bzw. im Verlaufe von Planperioden zum Teil ein Intensitäts- oder Schwerpunktwechsel notwendig wird, wofür die sozialistische Planwirtschaft und die Produktionsverhältnisse die Voraussetzungen bieten. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß sich die Investitionsschübe partiell vollziehen müssen, nur bestimmte Industriebereiche, Produktionszweige und Großbetriebe erfassen. Jedes zu breite Spektrum eines Investitionsschubs würde eine Konzentration der Mittel verhindern, die bestehenden ökonomischen Engpässe nicht beseitigen und somit den erforderlichen Investitionseffekt in Frage stellen. Die Tatsache, daß sich der von Roesler konstatierte Investitionsschub im ersten Jahr des ersten Fünfjahrplans lediglich in der Metallurgie und im Maschinenbau nachweisen läßt, erschüttert somit nicht seine These.<sup>27</sup> Vielmehr ist es eine Reihe anderer Faktoren, die von Mühlfriedel und Wießner eingehend untersucht werden und die Auffassung stützen, daß es keinen mechanistischen Ablauf des Investitionsgeschehens gibt, vielmehr von der Partei und der Regierung durch Direktiven und Beschlüsse den jeweiligen wirtschaftspolitischen Erfordernissen und konkreten Bedingungen der sozialistischen Reproduktion entsprochen wird. Beide Autoren heben zunächst ebenfalls sehr richtig die Tatsache hervor, daß die Gesamtsumme der zur Verfügung stehenden Investitionenerheblichen Einfluß auf die Möglichkei-

25 Ebenda, S. 62. - Im Unterschied zur bewußten und planmäßigen Investitionspolitik im Sozialismus erfolgt in der kapitalistischen Industrialisierung die Konzentration der Kapitalinvestitionen, die Umwandlung von akkumulierten Geldfonds in industrielles Kapital, seit eh und je spontan und anarchisch, führt zur Überkompensation vorhandener ökonomischer Engpässe und damit letztlich immer wieder zu zyklischen Überproduktionskrisen. Die mit den gegebenen Produktivkräften nicht mehr zu befriedigende Nachfrage stimulierte die Bourgeoisie zur Anwendung technischer Neuerungen, um eingetretene Engpässe zu überwinden und höchstmögliche Profite zu erzielen. "Diese den Produktivkräften über den Kopf wachsende Nachfrage war die treibende Kraft, welche ... die große Industrie ... erzeugte." (Marx, Karl/Engels, Friedrich, Die deutsche Ideologie, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1981, S. 59; vgl. Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Berlin 1964, S. 72).

26 Iskra, Wiesław, Die industrielle Entwicklung in Polen, Warschau 1970, S. 21, zit. bei: Neumann, Gerd, a. a. O.

27 Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, a. a. O.

ten ihrer Konzentration bei gleichzeitiger Realisierung einer Anzahl anderer Vorhaben besitzt. Daraus leiten sie Konsequenzen für den Verlauf der Investitionskurve ab. Von nicht weniger großem Gewicht ist auch ihre Feststellung, daß der Reifegrad und die Geschlossenheit des Reproduktionsprozesses der sozialistischen Volkswirtschaft erheblichen Einfluß auf den Verlauf des Investitionsgeschehens besitzen. Dies wird im Zusammenhang mit der Struktur der Investitionsobjekte gesehen, die während der fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre durch den Auf- und Ausbau der Grundstoffindustrie gekennzeichnet war und erst in den Folgejahren einen Wandel zur verarbeitenden Industrie, insbesondere zum Maschinenbau, erfuhr. Daraus folgte der nicht geringe Einfluß auf den Ablauf der Investitionsentwicklung, ihre Effektivität und ihre Realisierungszeiträume.<sup>28</sup>

In diesem Zusammenhang verweisen auch Ottomar Kratsch und andere Autoren auf die zeitliche Gebundenheit des Investitionsvolumens im Querschnitt der Jahre. Sie gehen davon aus, daß die Dauer eines Investitionszyklus (vom Projekt bis zur Inbetriebnahme) im Durchschnitt mehrere Jahre beträgt. Demzufolge ist der Investitionsfonds zu jedem Zeitpunkt bereits durch Objekte, die in der Vorperiode beschlossen oder begonnen wurden, vorbelastet. Wenn die durchschnittliche Realisierungsdauer von Investitionen drei bis fünf Jahre umfaßt, dann ist das Investitionsvolumen des Planjahres bereits zu 70 bis 90 Prozent durch solche Entscheidungen der vorangegangenen Periode gebunden.<sup>29</sup>

Aber auch nicht vorhersehbare Verzögerungen bei der Fertigstellung von Investitionsvorhaben, wie sie Ende der sechziger Jahre eintraten, können die investitionspolitischen Entscheidungsmöglichkeiten in nachfolgenden Planjahren relativieren. Dies stützt zusätzlich die Beweisführung von Mühlfriedel und Wießner, daß von einem Investitionsrhythmus nicht gesprochen werden sollte und daß selbst die These von einem inaugurierenden Investitionsschub zu relativieren sei. Hinzu kommen solche keinesfalls sekundären Faktoren, die sich aus der konkret-historischen Situation sowie bestimmten innen- und außenpolitischen Bedingungen ergaben und neue wirtschaftspolitische Entscheidungen erforderten, die dann nachhaltige Wirkung auf den weiteren Investitionsverlauf erlangten. Im Untersuchungszeitraum drohten die Zuspitzungen in der internationalen Klassenauseinandersetzung, die nicht immer zu kalkulierenden Embargomaßnahmen im Wirtschaftskrieg der BRD und anderer imperialistischer Länder gegen die DDR zu Störungen im Reproduktionsprozeß der Volkswirtschaft zu führen und führten auch dazu. Dies erforderte dann nicht selten eine schnelle Reaktion und sofortige investitionspolitische Konsequenzen, die den geplanten Ablauf des Investitionsgeschehens beeinflussten bzw. veränderten.

Auf einer völlig anderen Ebene liegen jene Einflüsse, die sich aus den wachsenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen besonders mit den Mitgliedsländern des RGW ergeben und vor allem seit Anfang der sechziger Jahre Konsequenzen für die nationale Investitionsentwicklung erforderten und ermöglichten. Obwohl in den siebziger Jahren die sozialistische ökonomische Integration diese Möglichkeiten erweiterte, bleibt die Koordinierung der Investitionen einer der wesentlichsten Faktoren für die Strategie der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW in den kommenden zehn bis fünfzehn Jahren. Der Einfluß dieses Faktors auf den Investitionsablauf wird sich somit noch erheblich vergrößern.<sup>30</sup>

28 Ebenda.

29 Kratsch, Ottomar, a. a. O., S. 90.

30 "Prawda": Die schöpferische Kraft der Einheit, in: Neues Deutschland (B), 20. 10. 1982.

Tabelle 1

Investitionen in der Industrie nach Bereichen 1955 bis 1971  
(in Mill. Mark, Preisbasis 1967)<sup>+</sup>

Jahr	Ins- gesamt	Energie- u. Brenn- stoffin- dustrie	Chemi- sche Indu- strie	Me- tall- ur- gie	Bauma- teria- lien- indu- strie	Wasser- wirt- schaft	Maschi- nen- u. Fahr- zeug- bau	Elektro- technik/ Elektro- nik/Gerä- tebau	Leicht- indu- strie (ohne Textil- indu- strie)	Textil- indu- strie	Lebens- mittel- industrie
1955	3657	1443	525	217	124	268	363	75	239	169	234
1956	4774	1894	655	301	209	316	557	165	231	189	257
1957	4954	2026	667	478	283	343	566	144	169	144	134
1958	5457	2442	745	343	325	363	589	155	176	168	151
1959	7047	2856	1076	402	506	437	744	244	306	267	209
1960	8003	3081	1461	451	382	524	855	298	447	275	229
1961	7883	2902	1307	517	373	427	895	388	459	281	334
1962	8270	3016	1532	569	377	464	893	393	441	248	337
1963	8804	3080	1734	643	305	509	1078	406	440	304	305
1964	10037	3460	2064	698	300	642	1341	436	456	291	349
1965	11291	3609	2487	825	352	723	1545	495	496	297	462
1966	11847	3164	2688	857	371	697	2020	556	556	313	625
1967	12363	2768	2623	956	415	729	2207	747	738	425	755
1968	12874	2828	2608	887	518	861	2189	818	818	474	874
1969	15052	3029	2823	648	845	917	2739	1259	975	654	1163
1970	17074	3328	3619	740	927	886	2931	1688	1310	613	1032
1971	17621	3908	3845	910	867	813	3020	1665	982	543	1068

<sup>+</sup> Zahlenangaben in den Tabellen 1 bis 3 für die Jahre 1960 bis 1971 nach Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973, 18. Jg., Berlin 1973, S. 47. Die erstmalige Veröffentlichung der Ziffern über die Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den Jahren 1955 bis 1959 erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

Tabelle 2

Investitionen in der Industrie nach Bereichen 1955 bis 1971  
(Preisbasis 1967, 1955 = 100)

Jahr	Ins- gesamt	Energie- u. Brenn- stoffin- dustrie	Chemi- sche Indu- strie	Me- tall- ur- gie	Bauma- teria- lien- indu- strie	Wasser- wirt- schaft	Maschi- nen- u. Fahr- zeug- bau	Elektro- technik/ Elektro- nik /Gerä- tebau	Leicht- indu- trie (ohne Textil- indu- strie)	Textil- indu- strie	Lebens- mittel- industrie
1956	130,5	131,2	124,8	138,7	168,6	117,9	153,4	220,0	96,7	111,8	109,8
1957	135,5	140,4	127,1	220,3	228,2	128,0	155,9	192,0	70,7	85,2	57,3
1958	149,2	169,2	141,9	158,1	262,1	135,5	162,3	206,7	73,6	99,4	64,5
1959	192,7	197,9	205,0	185,3	408,1	163,1	205,0	325,3	128,0	158,0	89,3
1960	218,8	213,5	278,3	207,8	308,1	195,5	235,5	397,3	187,0	162,7	97,9
1961	215,6	201,1	248,6	238,3	300,8	159,3	246,6	517,3	187,9	166,3	142,7
1962	226,1	209,0	291,8	262,2	304,0	173,1	246,0	524,0	184,5	146,6	144,0
1963	240,7	213,4	330,3	296,3	246,0	189,9	297,0	541,3	184,1	179,9	130,3
1964	274,5	239,8	393,1	321,7	241,9	239,6	369,4	581,3	190,8	172,2	149,2
1965	308,8	250,1	472,0	380,2	283,9	269,8	425,6	660,0	207,5	175,7	197,4
1966	324,0	219,3	512,0	394,9	299,2	260,1	556,5	741,3	232,6	185,2	267,1
1967	338,1	191,8	499,6	440,6	334,7	272,0	608,0	996,0	308,8	251,5	322,7
1968	352,0	196,0	496,7	408,8	417,7	321,3	603,0	1090,7	342,3	280,5	373,5
1969	411,6	209,9	537,7	298,6	681,5	342,2	754,6	1678,7	408,0	387,0	497,0
1970	466,9	203,6	689,3	341,0	747,6	330,6	807,4	2250,7	548,1	362,7	441,0
1971	481,8	270,8	732,4	419,4	699,2	303,4	832,0	2220,0	410,9	321,3	456,4



Tabelle 3

Anteil der Industriebereiche an den Investitionen in der Industrie 1955 bis 1971  
(Preisbasis 1967)

Jahr	Ins- gesamt	Energie- u. Brenn- stoffin- dustrie	Chemi- sche Indu- strie	Me- tall- ur- gie	Bauma- teria- lien- indu- strie	Wasser- wirt- schaft	Maschi- nen- u. Fahr- zeug- bau	Elektro- technik/ Elektro- nik/Gerä- tebau	Leicht- indu- strie (ohne Textil- indu- strie)	Textil- indu- strie	Lebens- mittel- industrie
1955	100	39,5	14,4	5,9	3,4	7,3	9,9	2,1	6,5	4,6	6,4
1956	100	39,7	13,7	6,3	4,4	6,6	11,7	3,5	4,8	4,0	5,4
1957	100	40,9	13,5	9,6	5,7	6,9	11,4	2,9	3,4	2,9	2,7
1958	100	44,7	13,7	6,3	6,0	6,7	10,8	2,8	3,2	3,1	2,8
1959	100	40,5	15,3	5,7	7,2	6,2	10,6	3,5	4,3	3,8	3,0
1960	100	38,5	18,3	5,6	4,8	6,5	10,7	3,7	5,6	3,4	2,9
1961	100	36,8	16,6	6,6	4,7	5,4	11,4	4,9	5,8	3,6	4,2
1962	100	36,5	18,5	6,9	4,6	5,6	10,8	4,8	5,3	3,0	4,1
1963	100	35,0	19,7	7,3	3,5	5,8	12,2	4,6	5,0	3,5	3,5
1964	100	34,5	20,6	7,0	3,0	6,4	13,4	4,3	4,5	2,9	3,5
1965	100	32,0	22,0	7,3	3,1	6,4	13,7	4,4	4,4	2,6	4,1
1966	100	26,7	22,7	7,2	3,1	5,9	17,1	4,7	4,7	2,6	5,3
1967	100	22,4	21,2	7,7	3,4	5,9	17,9	6,0	6,0	3,4	6,1
1968	100	22,0	20,3	6,9	4,0	6,7	17,0	6,4	6,4	3,7	6,8
1969	100	20,1	18,8	4,3	5,6	6,1	18,2	8,4	6,5	4,3	7,7
1970	100	19,5	21,2	4,3	5,4	5,2	17,2	9,9	7,7	3,6	6,0
1971	100	22,2	21,8	5,2	4,9	4,6	17,1	9,4	5,6	3,1	6,1

Tabelle 4

Veränderung der Investitionsanteile der Industriebereiche der DDR gegenüber dem jeweiligen Vorjahr  
(in Punkten)<sup>+</sup>

Industrie- bereiche	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Energie- und Brennstoff- industrie	+0,2	+1,2	+3,8	-4,2	-2,0	-1,7	-0,3	-1,5	-0,5	-1,5	-5,3	-4,3	-0,4	-1,9	-0,6	+2,7
Chemische Industrie	-0,7	-0,2	+0,2	+1,6	+3,0	-1,7	+1,9	+1,2	+0,9	+1,4	+0,7	-1,5	-0,9	-1,5	+2,4	+0,6
Metallurgie	+0,4	+3,3	-3,3	-0,6	-0,1	+1,0	+0,3	+0,4	-0,3	+0,3	-0,1	+0,5	-0,8	-2,6	0	+0,9
Baumateria- lienindustrie	+1,0	+1,3	+0,3	+1,2	-2,4	-0,1	-0,1	-1,1	-0,5	+0,1	0	+0,3	+0,6	+1,6	-0,2	-0,5
Wasserwirt- schaft	-0,7	+0,3	-0,2	-0,5	+0,3	-1,1	+0,2	+0,2	+0,6	0	-0,5	0	+0,8	-0,6	-0,9	-0,6
Maschinen- u. Fahrzeugbau	+1,8	-0,3	-0,6	-0,2	+0,1	+0,7	-0,6	+1,4	+1,2	+0,3	+3,4	+0,8	-0,9	+1,2	-1,0	-0,1
Elektrotechnik/ Elektronik/Ge- rätebau	+1,4	-0,6	-0,1	+0,7	+0,2	+1,2	-0,1	-0,2	-0,3	+0,1	+0,3	+1,3	+0,4	+2,0	+1,5	-0,5
Leichtindustrie (ohne Textil- industrie)	-1,7	-1,4	-0,2	+1,1	+1,3	+0,2	-0,5	-0,3	-0,5	-0,1	+0,3	+1,3	+0,4	+0,1	+1,2	-2,1
Textilindustrie	-0,6	-1,1	+0,2	+0,7	-0,4	+0,2	-0,4	+0,5	-0,6	-0,3	0	+0,8	+0,3	+0,6	-0,7	-0,5
Lebensmittel- industrie	-1,0	-2,7	+0,1	+0,2	-0,1	+1,3	-0,1	-0,6	0	+0,6	+1,2	+0,8	+0,7	+0,9	-1,7	+0,1

<sup>+</sup> Berechnet nach den Angaben in Tabelle 3.

Analysieren wir unter diesen Prämissen das für den Zeitabschnitt von 1955 bis 1971 für alle Industriebereiche der DDR zur Verfügung stehende einheitliche statistische Material, so bestätigt sich zunächst die Tatsache, daß die jährlichen Zuwachsraten der Investitionen außerordentlich große Unterschiede aufwiesen. Die auf einer vergleichbaren Preisbasis (1967) berechneten Ziffern lassen für 1971 gegenüber 1955 nahezu eine Verfünffachung der in der gesamten Industrie realisierten Investitionen erkennen, wobei die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate (Steigerung gegenüber dem Vorjahr) 10,66 Prozent betrug. Von diesem Durchschnitt weichen folgende Jahre positiv ab: 1956 mit 30,5 Prozent, 1959 mit 29,6 Prozent, 1960 mit 13,5 Prozent, 1964 mit 14,0 Prozent, 1965 mit 12,5 Prozent, 1969 mit 16,9 Prozent und schließlich 1970 mit 13,4 Prozent.<sup>31</sup> Das Jahr 1958 kommt mit 10,1 Prozent dem Durchschnitt nahe, während alle anderen Jahre erheblich unter der durchschnittlichen Zuwachsrate blieben.

Dabei sehen wir von 1961 ab, als infolge des sich verstärkenden Wirtschaftskrieges gegen die DDR große ökonomische Verluste und neue Disproportionen eintraten, die zu Rückständen bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans und beim Zuwachs der Arbeitsproduktivität führten.<sup>32</sup> Die Investitionen in der Industrie gingen 1961 gegenüber dem Vorjahr absolut zurück und überschritten auch 1962 nur gering das schon zwei Jahre zuvor erreichte Niveau.<sup>33</sup> Auswirkungen auf den Grundfondszuwachs waren die zwangsläufige Folge.

Die Berechnung der durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate ermöglicht den Beweis, daß in bestimmten Jahren tatsächlich eine Konzentration der Investitionen erfolgte, die man als Investitionsschübe bezeichnen kann. Offensichtlich war dies im Zusammenhang mit dem beginnenden zweiten Fünfjahrplan im Jahre 1956 der Fall, als ein besonders sprunghafter Anstieg der Industrieinvestitionen erfolgte. Nach einer nur geringen Zuwachsrate von 3,8 Prozent im Jahre 1957 erhöhte sich aber bereits 1958 wieder das Tempo, um mit Beginn des Siebenjahrplans 1959 eine ungefähr so hohe Wachstumsrate wie 1956 zu erreichen. Auch das Jahr 1960 weist eine wesentlich über dem Durchschnitt liegende Anspannung der Investitionen aus. Nach der Stagnation und Abschwächung bis zum Jahre 1962/63 ist dann sowohl das Jahr 1964 als auch 1965 durch erhöhte Anstrengungen gekennzeichnet. Vom Fehlen eines Investitionsschubs kann deshalb für die Industrie in diesen beiden Jahren nicht gesprochen werden.<sup>34</sup> Die Jahre 1969 und 1970 sind dann erneut ein Abschnitt verstärkter Investitionsentwicklung. Dem im Jahre 1967 verabschiedeten Perspektivplan bis 1970 folgte aber nicht unmittelbar ein sogenannter Investitionsschub, vielmehr lag 1968 die Zuwachsrate mit 4,1 Prozent unter der der beiden Vorjahre.

Sinnvoll ist eine solche Analyse aber nur dann, wenn sich eine konkrete, auf die einzelnen Industriebereiche bezogene Untersuchung anschließt, aus der die Ursachen einer Investitionskonzentration ersichtlich werden, die zur Überwindung von Engpässen führen soll. Gerade dies versuchen Mühlfriedel und Wießner; sie stützen sich aber dabei für die zweite Hälfte der fünfziger Jahre auf nicht völlig ausreichendes statistisches Material, so daß ihre Aussagen teilweise einer Korrektur bedürfen.<sup>35</sup> Zunächst ist davon auszugehen, daß in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre der Industrie wie der gesamten Volkswirtschaft ein beträchtlich höheres Investitionsvolumen zur Verfügung stand als während des ersten Fünfjahrplans und somit objektiv eine stärkere Auffächerung der Investitionen auf eine größere Anzahl von Industriebereichen und Produktionszweigen möglich war. Dabei blieb jedoch die Konzentration der In-

31 Berechnet nach Tabelle 1, 1. Spalte, vgl. dazu auch Tabelle 2, 1. Spalte.

32 Vgl. Geschichte der SED, a. a. O., S. 424; Badstübner, Rolf, a. a. O., S. 223 f.

33 Vgl. Tabelle 2, 1. Spalte.

34 Roesler, Jörg, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus, a. a. O.

35 Vgl. Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, a. a. O.

vestitionen in der Grundstoffindustrie erhalten, in der umfangreiche Neuinvestitionen vorgenommen wurden.<sup>36</sup>

Bei Berücksichtigung des jeweiligen absoluten Anteils eines Industriebereichs am Gesamtvolumen aller Industrieinvestitionen (Tabelle 1) und der Veränderung der Investitionsanteile eines Industriebereichs gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (Tabelle 2 bis 4) ergibt sich, daß an dem starken Investitionsschub des Jahres 1956 vor allem die Energie- und Brennstoffindustrie beteiligt war. Dieser Industriebereich steigerte seine Investitionssumme gegenüber 1955 auf 131,2 Prozent und erreichte damit einen Anteil von 39,7 Prozent der Gesamtinvestitionen in der Industrie. Mit einem erheblich geringeren absoluten Investitionsvolumen waren an diesem sprunghaften Anstieg auch die Metallurgie, die Baumaterialienindustrie, der Maschinenbau und die Elektrotechnik beteiligt. Diese Industriebereiche lagen über der für die Gesamtindustrie berechneten durchschnittlichen Steigerung von 30,5 Prozent, während die chemische Industrie, die Wasserwirtschaft, die Textilindustrie sowie die Lebensmittelindustrie und besonders die Leichtindustrie (ohne Textilindustrie) erheblich unter diesem Durchschnitt blieben. (Vgl. Tabelle 2.)

Die Anwendung eines solchen Analyseverfahrens auf die folgenden Jahre läßt für 1958 erkennen, daß die Energie- und Brennstoffindustrie ebenso wie zwei Jahre zuvor am stärksten an der Steigerung der Gesamtinvestitionen beteiligt war bzw. vor allem dieser Industriebereich die Gesamtsteigerung bestimmte.

36 Vgl. Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 290 f. - Bei der Investitionskonzentration auf die Grundstoffindustrie ist ebenso wie in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auch bei Beginn des zweiten Fünfjahrplans zu beachten, daß infolge der Embargopolitik und des imperialistischen Wirtschaftskrieges die DDR in starkem Maße Investitionen zur Schaffung neuer Kapazitäten auch in solchen Produktionszweigen vornehmen mußte, in denen aufgrund der natürlichen Bedingungen überhöhte Kosten entstanden und in denen zum Teil mit Verlust gearbeitet werden mußte. Derartige Investitionen wären unter normalen Entwicklungsbedingungen nicht vorgenommen worden, z. B. der schon während des ersten Fünfjahrplans erforderliche Aufschluß neuer Gruben für die sehr aufwendige Eigenproduktion von Kupfer, Eisen und anderen Metallen, der weitere Ausbau der Brennstoffindustrie bzw. der Braunkohlenveredlung. Durch diese erzwungene Richtung der Investitionspolitik mußte lange Zeit auf die erforderliche Erneuerung der Grundmittel besonders in der verarbeitenden Industrie verzichtet werden. Bestimmte Produktionszweige der Konsumgüterindustrie, wie Bekleidungs-, lederverarbeitende oder polygraphische Industrie, hatten zeitweise Schwierigkeiten, die einfache Reproduktion zu sichern. Die Altersstruktur der Grundmittel in der verarbeitenden Industrie hemmte die Produktivität und Produktionssteigerung. Viele Arbeitskräfte wurden für die vorwiegend manuellen Reparaturarbeiten gebunden. Die erforderliche Konzentration führte darüber hinaus zu Rückständen in der Modernisierung des Verkehrswesens. Die diesem Wirtschaftsbereich zur Verfügung stehenden Summen waren zunächst weitestgehend durch die Beseitigung der Kriegszerstörungen gebunden. Über 10 Jahre war es objektiv nicht möglich, im Eisenbahnwesen die einfache Reproduktion zu sichern, ganz zu schweigen davon, daß bestimmte Modernisierungsvorhaben im Verkehrswesen nicht ausgeführt werden konnten. (Mittag, Günter, Bericht des Politbüros an die 13. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: Neues Deutschland (B), 18. 9. 1966; vgl. auch Ulbricht, Walter, Sozialistische Rationalisierung mit dem Menschen - für den Menschen, Eröffnungsrede auf der Konferenz über Rationalisierung und Standardisierung in Leipzig, in: ebenda, 24. 6. 1966; derselbe, Antwort auf Fragen in der Diskussion zum VII. Parteitag, Rede vor dem Bezirksparteiaktiv Halle, in: ebenda, 14. 11. 1966).

Mit Beginn der Realisierung des Kohle- und Energieprogramms im Jahre 1957 stieg der Anteil dieser Investitionen von 40,9 auf 44,7 Prozent im Jahre 1958 und damit auf eine Anteilshöhe, die im gesamten Untersuchungszeitraum nicht mehr übertroffen wurde. Die Energie- und Brennstoffindustrie blieb also keineswegs 1958 hinter dem Wachstum des Vorjahres zurück, und es trat auch 1959 keine ausgesprochene Phase der Beruhigung ein. Ebensowenig trifft es deshalb zu, daß eine solche Beruhigungsphase 1960 von einem kräftigen Investitionswachstum abgelöst worden sei.<sup>37</sup> In den beiden Schwerpunktjahren 1959 und 1960 reduzierte sich zwar der Anteil der Energie- und Brennstoffindustrie an den Gesamtinvestitionen auf 40,5 bzw. 38,5 Prozent. Dieser Industriebereich blieb von nun an unter dem Wachstumszuwachs der Gesamtindustrie, wobei sich diese Tendenz bis 1970 fortsetzte. Dennoch nahm die Energie- und Brennstoffindustrie mit Ausnahme der Jahre 1970/71 zu jedem Zeitpunkt die absolut höchste Investitionssumme der Industrie in Anspruch, und der für 1959 und 1960 für die Gesamtindustrie errechnete überdurchschnittliche Investitionszuwachs geht deshalb zum Teil auf eine weitere absolute Zunahme der Investitionen in diesem Industriebereich zurück. Die Notwendigkeit dazu ergab sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß infolge des hohen Industrialisierungstempos, des Ausbaus der energieintensiven Schwerindustrie, der Energie- bzw. Brennstoffbedarf sich nicht proportional, sondern progressiv gegenüber der Industrieproduktion steigerte.

Noch bevor die Ziele des Kohle- und Energieprogramms erreicht waren, begann 1959 mit dem Chemieprogramm die 3. Phase des komplementären Ausbaus der Grundstoffindustrie der DDR. Die chemische Industrie hatte zwar schon in den vorangegangenen Jahren ihre Investitionen absolut steigern können, aber ihre Investitionsanteile waren 1956/57 niedriger als im Vorjahr, und demzufolge war sie auch 1956 bis 1958 an den Gesamtinvestitionen der Industrie in geringerem Maße beteiligt als 1955. Dies wurde durch äußere und innere Bedingungen verursacht. Ausgelöst durch die konterrevolutionären Ereignisse in Ungarn und Polen mußten die dortigen Fünfjahrpläne verändert werden. Dadurch fielen Steinkohlen-, Koks- und Eisenerzimporte aus, weil beide Länder ihre Exportverpflichtungen gegenüber der DDR nicht mehr erfüllen konnten. Gleichzeitig traten infolge des strengen Winters 1955/56 und der Frühjahrsüberschwemmungen Schwierigkeiten im Braunkohlenbergbau der DDR ein. Obwohl die Sowjetunion kurzfristig zusätzlich Kohle lieferte, verschärfte sich die ohnehin angespannte Energiesituation der DDR und führte in der besonders energieintensiven chemischen Industrie zur Nichtauslastung von Kapazitäten und geringeren Investitionen. Ihr stand nicht einmal Rohbraunkohle als wichtiges Ausgangsprodukt in der erforderlichen Menge zur Verfügung.<sup>38</sup>

Als aber nach Überwindung dieser Schwierigkeiten im Jahre 1959 der zweite Fünfjahrplan in den Siebenjahrplan übergang, erfolgte eine Steigerung der Investitionen in der Gesamtindustrie um 29,6 Prozent. Dies gründete sich vor allem auf das starke Wachstum der chemischen Industrie, die mit der Realisierung des Chemieprogramms 1959 und 1960 sprunghaft ihre Investitionen erhöhte. Diese 1959 einsetzende Tendenz schwächte sich auch 1960 nicht ab; vielmehr wies die chemische Industrie von allen Industriebereichen die größte Steigerung des Investitionsanteils gegenüber dem Vorjahr auf. Sie stärkte mit einem Anteil von 18,3 Prozent an den Investitionen der Gesamtindustrie ihren zweiten Platz nach der Energie- und Brennstoffindustrie. Ein erheblicher Teil davon galt bereits der Modernisierung von Anlagen, die zum Teil dreißig bis vierzig Jahre alt waren. Hohe Investitionsanteile entfielen auf die Produktion von Kalziumkarbid, Schwefelsäure, Kunstfasern und Buna. Diese Veränderung der Struktur der In-

37 Vgl. Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, a. a. O.

38 Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, a. a. O., S. 298; Neumann, Gerd, a. a. O., S. 202.



vestitionen zugunsten der chemischen Industrie wurde durch eine spürbare Erhöhung der Steinkohlen- und Stahlimporte aus anderen sozialistischen Ländern erleichtert.

Den für 1959 und 1960 berechneten überdurchschnittlichen Zuwachsraten in der gesamten Industrie lagen neben den Investitionssteigerungen in der chemischen Industrie noch Steigerungen in einigen anderen Industriebereichen zugrunde, die jedoch eine vergleichsweise niedrige absolute Investitionssumme zur Verfügung hatten und demzufolge stets in geringerem Maße am Investitionsschub beteiligt waren. Es handelte sich dabei 1959 um die Baumaterialienindustrie, die Elektrotechnik, die Leichtindustrie sowie die Textilindustrie und Lebensmittelindustrie, deren Investitionsanteile sich gegenüber dem Vorjahr erhöhten. Im Jahre 1960 erfolgte dies bei der Wasserwirtschaft, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und der Leichtindustrie (ohne Textilindustrie) (vgl. Tabelle 4). Die in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre das Investitionsgeschehen bestimmende Metallurgie erhielt zwar 1959/60 ebenfalls einen absoluten Zuwachs der Investitionssumme, ihr Anteil an den Gesamtinvestitionen sank jedoch auf 5,7 bzw. 5,6 Prozent. Dies galt auch für den Maschinenbau, der zunächst nur einen Anteil von etwas mehr als 10 Prozent erreichte.

Wenn wir ebenso wie für die fünfziger Jahre auch für das folgende Jahrzehnt die Jahre mit überdurchschnittlicher jährlicher Zuwachsrate der Investitionen einer analogen Analyse unterziehen, so bestätigt sich wiederum, daß bestimmte Industriebereiche in den errechneten Schwerpunktsjahren 1964 und 1965 sowie 1969 und 1970 besonders hervorzuheben sind. Es waren dies für die beiden erstgenannten Jahre der Maschinen- und Fahrzeugbau mit einer erheblichen Zunahme der absoluten Investitionssumme und der Anteile. Dies ist auch bei einigen weiteren Industriebereichen festzustellen, wobei vor allem die chemische Industrie ins Gewicht fällt, die nunmehr über 20 Prozent aller Investitionen der Industrie in Anspruch nahm. Obwohl der Anteil für die Energie- und Brennstoffindustrie weiter sank, war auch Mitte der sechziger Jahre der absolute Zuwachs des Investitionsvolumens dieses Industriebereiches noch beträchtlich. Da die Reproduktionskraft der Volkswirtschaft besonders Anfang der sechziger Jahre nicht ausgereicht hatte, um zum vorgesehenen Zeitpunkt das Kohle- und Energieprogramm sowie das Chemieprogramm abzuschließen, bestimmten beide Industriebereiche weiterhin das Investitionsgeschehen, und sie spielten auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine nicht unwesentliche Rolle.<sup>39</sup>

Ab Mitte des Jahrzehnts wurden jedoch die investitionspolitischen Konsequenzen der wissenschaftlich-technischen Revolution immer dringlicher. Die Modernisierung der industriellen Erzeugnisstruktur und der materiell-technischen Basis überhaupt erforderte nicht nur im Maschinen- und Fahrzeugbau, der einen Anteil an den Gesamtinvestitionen von 17 bis 18 Prozent erreichte, sondern auch im Industriebereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau, der Ende der sechziger Jahre mit einem Anteil zwischen 8 bis 10 Prozent an den vierten Platz rückte, ein rascheres Investitionstempo. Es war dies jener Industriebereich, der zwischen 1965 und 1970 seinen Investitionsanteil gegenüber dem jeweiligen Vorjahr stets erhöhen konnte (vgl. Tabelle 4).

Daneben waren aber auch in anderen Industriebereichen in diesem Zeitabschnitt investitionspolitische Konsequenzen zur Überwindung von Engpässen erforderlich, wie zwischen 1967 und 1969 in der Baumaterialienindustrie. Das für die Leichtindustrie, Textilindustrie und Lebensmittelindustrie in den fünfziger Jahren zur Verfügung stehende Investitionsvolumen hatte sich zwar nach dem absoluten Rückgang im Jahre 1957 wieder vergrößert, aber im wesentlichen stagnierten bis Mitte der sechziger Jahre ihre Anteile bzw. gingen nochmals zurück. Die Folge davon war eine zunehmende Überalterung der Grundmittel. Mitte der

<sup>39</sup> Vgl. Mühlfriedel, Wolfgang/Wießner, Klaus, a. a. O.

sechziger Jahre waren nahezu 50 Prozent der Maschinen und Anlagen der Lebensmittelindustrie und über 60 Prozent der Textilmaschinen über 20 Jahre alt, also vor 1945 hergestellt. Um so notwendiger war in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine stärkere Berücksichtigung dieser drei Industriebereiche, die ab 1966 ihre Investitionen steigern konnten und mußten, wodurch eine stärkere Aussonderung physisch und moralisch verschlissener Grundfonds möglich wurde.

Bei einer Wertung dieses Investitionsgeschehens in seinen verschiedenen Richtungen und unter Beachtung der Tatsache, daß keines der sechziger Jahre einen den Jahren 1956 und 1959 vergleichbare Investitionsanstrengung aufzuweisen hatte, kann der Feststellung von Roesler über die Notwendigkeit einer ganzen Reihe von Investitionsschüben gefolgt werden. Die Beurteilung des Ausmaßes und Konzentrationsgrades dieser Investitionsschübe sollte jedoch differenziert erfolgen.<sup>40</sup>

Das vorliegende statistische Material über die Investitionen in der Industrie der DDR läßt noch weitere Wertungen und Schlußfolgerungen zu, die jedoch hier nur angedeutet werden sollen. Es betrifft dies vor allem die Veränderung der Verteilungsstrukturen der Investitionen im Untersuchungszeitraum, die bisher lediglich bei der Analyse der Investitionskonzentration in einzelnen Jahren Beachtung finden konnte.

Für das volkswirtschaftliche Wachstum besitzen nicht nur die Entwicklung und das Entwicklungstempo der Investitionen, sondern gerade die damit verbundenen Strukturveränderungen erhebliche Bedeutung. Die Investitionen wurden auch in der Industrie der DDR in zunehmendem Maße ein entscheidendes Mittel zur Veränderung der Produktionsstruktur und zusammen mit Maßnahmen der Rationalisierung ein wesentlicher Faktor zur Intensivierung des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.<sup>41</sup> Dabei bewirken die Unterschiede im Wachstumstempo der Investitionen in den einzelnen Industriebereichen, ihr Vorausschreiten oder Zurückbleiben, eine Veränderung der Verteilungsstruktur. Ein hohes Wachstumstempo der Gesamtinvestitionen ermöglicht in der Regel größere Strukturveränderungen der Investitionen und damit in der Produktionsstruktur als ein niedriges Wachstumstempo.<sup>42</sup>

Für die Jahre von 1955 bis 1971 lassen sich zum Teil erhebliche derartige Strukturveränderungen zwischen den verschiedenen Industriebereichen feststellen (vgl. Tabelle 1 und 3). Allerdings bewahrten dennoch, ebenso wie in den anderen sozialistischen Ländern Europas, drei Industriebereiche ihre dominierende Stellung: die Energie- und Brennstoffindustrie, die chemische Industrie und der Maschinenbau bzw. die metallverarbeitende Industrie.<sup>43</sup> Sie nahmen im Jahre 1955 zusammen nahezu 64 Prozent und im Jahre 1971, nach Veränderung ihrer gegenseitigen Proportionen, über 61 Prozent aller Industrieinvestitionen in Anspruch.

Bei einem Gesamtvergleich der Verteilungsstrukturen für die einzelnen Industriebereiche sind wiederum am auffälligsten die Veränderungen in der Energie- und Brennstoffindustrie, deren Anteil an allen Industrieinvestitionen zwischen dem Jahr höchster Aufwendungen (1958) und dem Jahr niedrigster Aufwendungen (1970) sich um 25 Punkte verminderte (vgl. Tabelle 3). Nachdem bis 1960 dieser Industriebereich durchschnittlich rund 40 Prozent der Gesamtinvestitionen erhielt, um den ständig erforderlichen energetischen Vorlauf für den Auf- und Ausbau der gesamten Industrie zu sichern, konnte sich in der ersten Hälfte der sechziger Jahre der Anteil auf durchschnittlich 35 Prozent reduzieren.

40 Roesler, Jörg, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus, a. a. O.

41 Vgl. Keller, W./Kigyóssy-Schmidt, E., a. a. O., S. 24.

42 Kratsch, Ottomar, a. a. O., S. 58 f.

43 Kraft, Gerhard, Die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW auf dem Gebiet der Investitionen, Berlin 1977, S. 16 f.

Seit 1965 sank er jedoch unter dieses unter damaligen Zeitpunkt kritische Minimum. Obwohl das Industriepotential der DDR und damit auch die Anforderungen an die Energie- und Brennstoffindustrie beträchtlich gewachsen waren, wurde in den Jahren 1967 bis 1969 eine absolut geringere Summe investiert als ein Jahrzehnt zuvor, das heißt in den Jahren 1959/60. Der spezifische Energieverbrauch konnte zwar gesenkt werden, dennoch benötigte die DDR im Vergleich zu den meisten anderen entwickelten Industrieländern auch in den sechziger Jahren immer noch rund 20 Prozent mehr Primärenergie für die gleiche Industrieproduktion. Deshalb blieb der bis Mitte der sechziger Jahre in der Energie- und Brennstoffindustrie realisierte Investitionsanteil zunächst eine Invariante, also eine unveränderliche Größe.

Ursache für die dennoch erfolgende Veränderung war einmal die in allen Industrieländern zu beobachtende Verschiebung zugunsten moderner Brenn- und Rohstoffstrukturen besonders in der chemischen Industrie. Deshalb spielte neben der Notwendigkeit, den spezifischen Energieverbrauch in allen Industriebereichen weiter zu vermindern, auch in der DDR der Substitutionsprozeß zugunsten von Erdöl eine wichtige Rolle.<sup>44</sup> Während im Jahre 1965 nahezu die gesamte organische chemische Industrie der DDR noch auf Kohle- und Karbidbasis produzierte, wurde im Jahre 1970 schon mehr als ein Viertel der gesamten Kohlenstoffsubstanz für die Chemie aus Erdöl gewonnen. Dieser Strukturwandel wurde nach dem VIII. Parteitag der SED verstärkt fortgesetzt; aber es mußten gleichzeitig bedeutende Anstrengungen erfolgen, um schrittweise die eingetretenen Energiedefizite zu beseitigen und den wachsenden Energiebedarf der Wirtschaft und der Bevölkerung zu decken.<sup>45</sup>

Einige Veränderungen in der Wirtschafts- und Produktionsstruktur, die 1967/68 fortgeführt oder eingeleitet worden waren, hatten die planmäßig proportionale Entwicklung der Gesamtwirtschaft offensichtlich unzureichend gewährleistet, insbesondere nicht die gleichzeitig erforderliche investitionspolitische Förderung der vorgelagerten bzw. komplementären Produktionsstufen in der Zulieferindustrie. Die zu diesem Zeitpunkt bewußt in Kauf genommenen Disproportionen führten deshalb zu den festgestellten negativen investitionspolitischen Konsequenzen besonders in der Energie- und Brennstoffindustrie.<sup>46</sup> Extreme Witterungsbedingungen, die strengen Winter, verstärkten 1969 und 1970 zusätzlich die Engpässe in der Energiebereitstellung. An erster Stelle der Strukturvorhaben mußte somit ab 1971 wieder der Ausbau der energetischen Basis stehen. Für den Fünfjahrplan von 1971 bis 1975 wurde vorgesehen, 14 Milliarden Mark Investitionen für die Elektroenergiewirtschaft einzusetzen, während vergleichsweise im gesamten vorhergehenden Jahrzehnt nur 10 Milliarden zur Verfügung gestellt wurden.<sup>47</sup> Die Verteilungsstruktur der Investitionen änderte sich somit wieder zugunsten der Energie- und Brennstoffindustrie, deren Anteil an den Industrieinvestitionen sich 1972 auf 27,4 Prozent, 1973 auf 27,5 Prozent und 1974 auf 26,2 Prozent der Industrieinvestitionen belief.<sup>48</sup>

Die weitere Untersuchung der Verteilungsstruktur der Investitionen in den anderen führenden Industriebereichen zeigt aber auch hier, daß die Investitionsanteile der besonders dynamischen und eine moderne Wirtschaftsstruktur bestimmenden Industriebereiche in der Regel anstiegen, während andere entsprechend sanken oder in ihrem Anteil konstant blieben. So hat sich der Investitionsanteil

44 Keller, W./Kigyóssy-Schmidt, E., a. a. O., S. 33.

45 Bericht zur Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975, Berichterstatter: Genosse Willi Stoph, Berlin 1971, S. 33, 36.

46 Geschichte der SED, a. a. O., S. 503.

47 Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, a. a. O., S. 50.

48 Vgl. Kraft, Gerhard, a. a. O., S. 17.



der chemischen Industrie, des Industriebereichs mit den zweithöchsten Investitionen, mit wenigen Ausnahmen - in der zweiten Hälfte der fünfziger sowie Anfang der sechziger Jahre und nochmals kurzfristig in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts - kontinuierlich bis auf 21,8 Prozent im Jahre 1971 erhöht. Die chemische Industrie vergrößerte dadurch ihr Produktionspotential erheblich, ohne die im Perspektivplan bis 1970 festgelegten Ziele ganz zu erreichen. Die anfänglichen Schwierigkeiten gingen auf Verzögerungen beim Chemieanlagenbau, die mit Umstellungsprozessen von der Kohle- zur Petrochemie, der verstärkten Erdöl- und Erdgasnutzung verbunden waren, zurück. Sie konnten erst nach dem VIII. Parteitag gelöst werden.

Ebenso kann für den Maschinen- und Fahrzeugbau nach den bis 1962 stagnierenden Anteilen ein Anwachsen auf 17 bis 18 Prozent Ende der sechziger bzw. Anfang der siebziger Jahre konstatiert werden. Beträchtliche Erhöhungen waren schließlich beim Industriebereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau zu verzeichnen. Er erreichte im Betrachtungszeitraum nahezu eine Verfünffachung seines Anteils an den Gesamtinvestitionen der Industrie und damit die höchste Steigerung überhaupt.

In der Leichtindustrie, der Textilindustrie und Lebensmittelindustrie sowie der Baumaterialienindustrie sind bei schwankenden jährlichen Anteilen, die bereits in den fünfziger Jahren zu beobachten sind, keine wesentlichen Niveauveränderungen eingetreten.<sup>49</sup> Die Baumaterialindustrie konnte bis 1959 ihren Anteil erheblich steigern, während die Leichtindustrie bis zum Jahre 1958 um die Hälfte gegenüber 1955 abfiel. In noch stärkerem Maße war dies bei der Lebensmittelindustrie der Fall, die ihren Anteil in diesen Jahren mehr als halbierte. Was die Metallurgie anbelangt, so hat sie im Investitionsgeschehen der DDR im gesamten Zeitraum keine wesentlich größere Rolle gespielt als die Leichtindustrie. Nach einer anfänglichen Steigerung bis 1957 auf 9,6 Prozent sank ihr Anteil in den folgenden Jahren erheblich unter dieses Niveau ab, ohne es trotz zeitweiliger Schwankungen in den sechziger Jahren wieder zu erreichen. Noch eindeutiger war der Rückgang bei der Wasserwirtschaft.

Zu weiteren Schlußfolgerungen aus einer solchen Analyse haben sich bereits Ottomar Kratsch und andere Autoren geäußert, die für die Jahre 1960 bis 1972 die Verteilungsstrukturen der Investitionen für alle Wirtschafts- und Industriebereiche untersuchten. Ihre Feststellung, daß die Verteilungsstruktur trotz aller Schwankungen relativ stabil ist, kann auch durch die ergänzenden Ziffern für die Jahre 1955 bis 1959 belegt werden. Nach Untersuchung der Ursachen für diese relative Stabilität der Verteilungsstrukturen der Investitionen, die unter anderem in den verhältnismäßig stabilen Verteilungsstrukturen der Grundmittel und Arbeitskräfte gesehen werden, kommen diese Autoren zur Auffassung, daß radikale und überspitzte Veränderungen der Verteilungsstrukturen Sonderfälle sind, die nach einer bestimmten Frist korrigiert werden müssen.<sup>50</sup> Die jährlichen Veränderungen der Investitionsanteile sollten sich dabei in einer bestimmten Bandbreite oder einem Streubereich bewegen. Wird diese Toleranz sprunghaft und extrem überschritten, kann es zu Disproportionen und Effektivitätsverlusten kommen, da volkswirtschaftliche Verflechtungsbeziehungen gestört werden. Es wird jedoch mit Recht darauf hingewiesen, daß solche schnellen Veränderungen der Verteilungsstrukturen der Investitionen aufgrund gesellschaftlicher Erfordernisse durchaus notwendig werden können und in solchen Fällen nicht als Fehlerhaftigkeit oder Instabilität der Entwicklung gedeutet werden dürfen.<sup>51</sup>

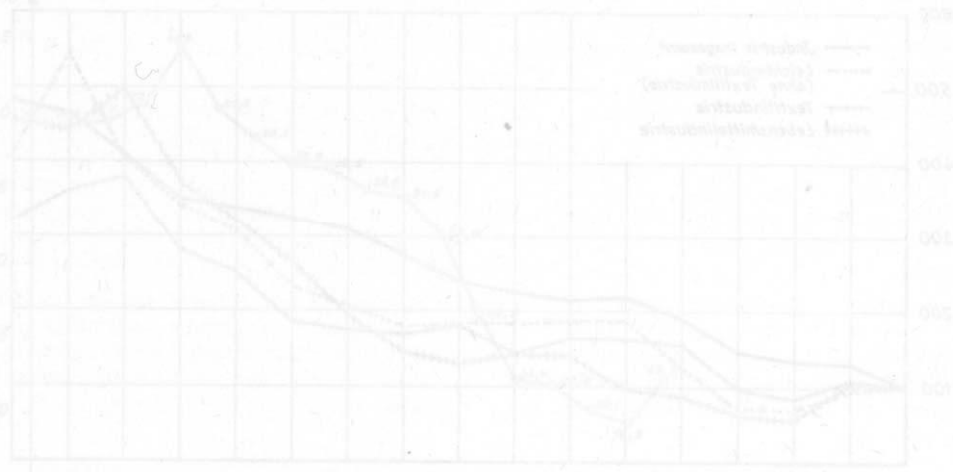
49 Vgl. Kratsch, Ottomar, a. a. O., S. 29.

50 Ebenda, S. 45 ff.

51 Ebenda, S. 33 f., 48, 83.

Bei einer Auswertung der für die Jahre 1955 bis 1971 berechneten Bandbreiten (vgl. Tabelle 4) zeigt sich auch hier, daß die Energie- und Brennstoffindustrie die höchsten Extremwerte der jährlichen Veränderungen der Investitionsanteile aufzuweisen hat, wobei besonders die Jahre 1966 (- 5,3) und 1967 (- 4,3) hervorzuheben sind. Obwohl auch in den anderen Industriebereichen zum Teil starke Veränderungen der Bandbreiten eintraten, bewegten sich diese mit wenigen Ausnahmen nur in einer Größenordnung von 1 bis 2 Punkten und zum Teil darunter.

Im Zusammenhang mit dieser Schlußfolgerung steht schließlich die Tatsache, daß sich für bestimmte Industriebereiche im Untersuchungszeitraum von 1955 bis 1971 besonders zahlreiche positive und hohe Veränderungen der Bandbreiten nachweisen lassen. Je zehn solcher positiver Veränderungen traten für die chemische Industrie und den Industriebereich Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau ein, je neun für den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Lebensmittelindustrie, während alle anderen Bereiche eine geringere Anzahl aufzuweisen haben. Dies bestätigt aus dieser Sicht die hohen Wachstumsraten, die für Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau, für den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die chemische Industrie für die Jahre von 1955 bis 1971 berechnet worden sind (vgl. Tabelle 2). Es findet sich hier aber auch erneut die Bestätigung, daß mit dem Auf- und Ausbau der Grundstoffindustrie die Voraussetzungen für eine moderne Industriestruktur und den Übergang zu einem vorwiegend intensiven Wirtschaftswachstum geschaffen werden konnten, wie es in Erfüllung der programmatischen Beschlüsse des VI. Parteitagcs der SED von 1963 für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR und seit dem VIII. Parteitag 1971 bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft verwirklicht wird.<sup>52</sup>

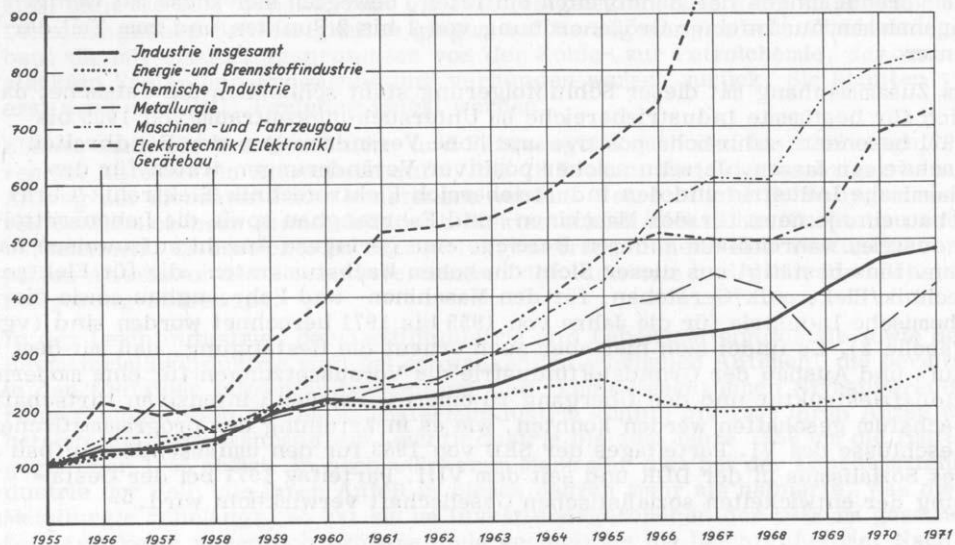


<sup>52</sup> Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Einstimmig angenommen auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 15. bis 21. Januar 1963, S. 75 ff.

## Grafik 1

Entwicklung der Investitionen ausgewählter Industriebereiche der DDR 1955 - 1971 (Preisbasis 1967)

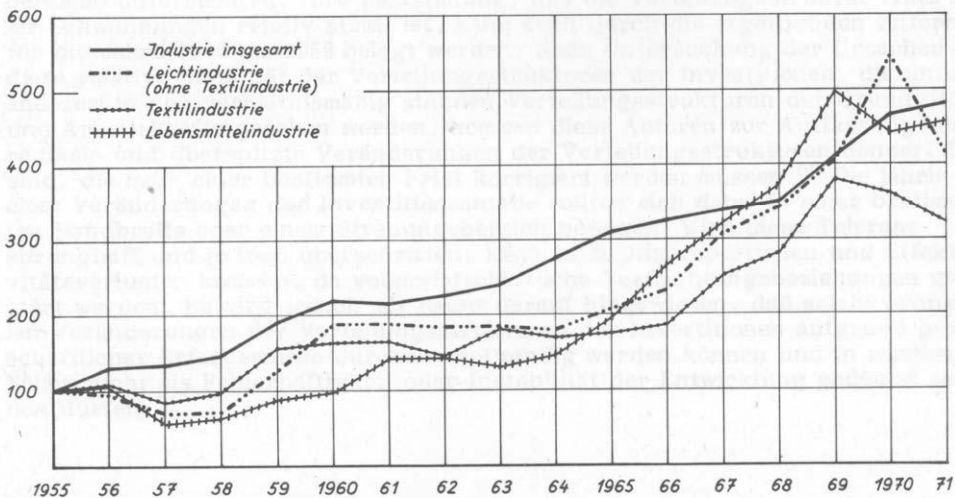
1955 = 100



## Grafik 2

Entwicklung der Investitionen ausgewählter Industriebereiche der DDR 1955 - 1971 (Preisbasis 1967)

1955 = 100

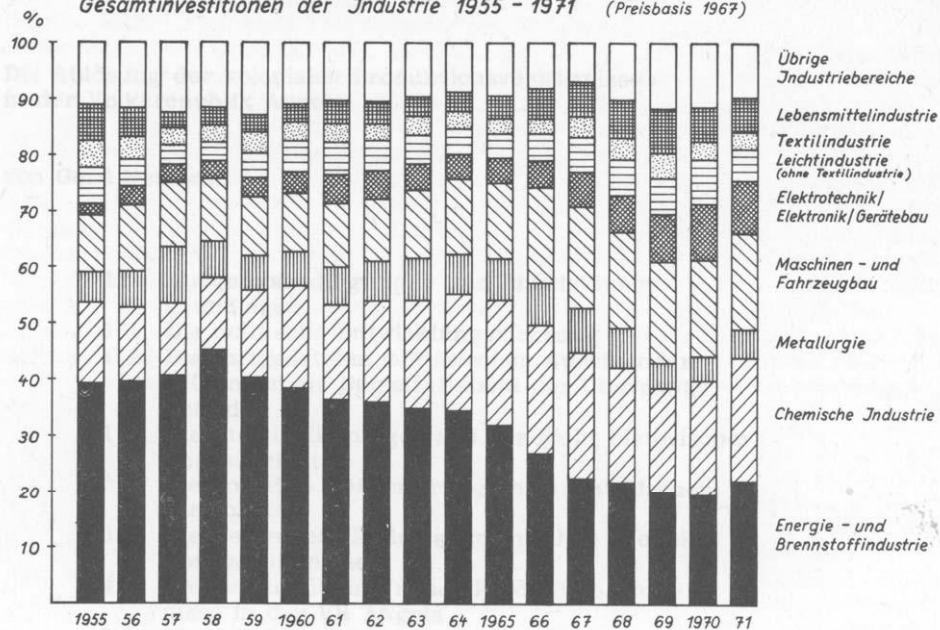


Quellenangabe für die Grafiken 1 bis 4:

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973, 18. Jg., Berlin 1973, S. 47, für die Jahre 1960 bis 1971. Für die Jahre 1955 bis 1959 beruhen die Grafiken auf den Tabellen 1 bis 3.

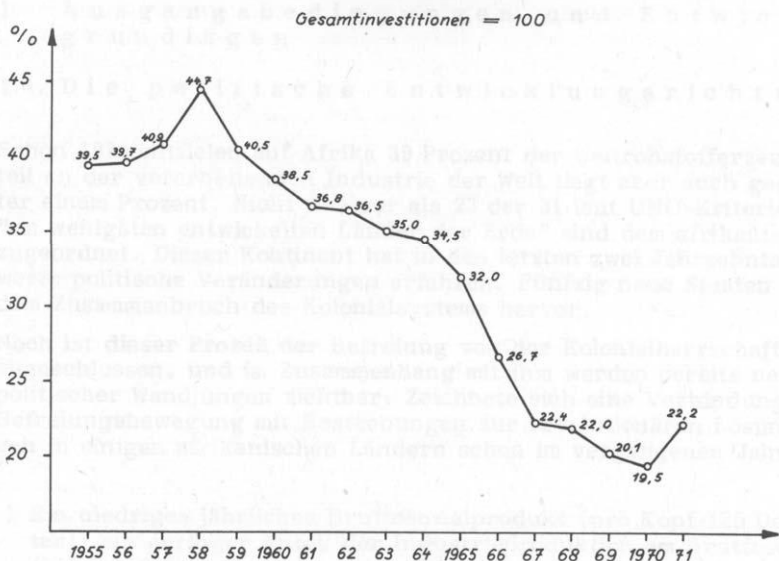
Grafik 3

Anteil der Investitionen ausgewählter Industriebereiche der DDR an den Gesamtinvestitionen der Industrie 1955 - 1971 (Preisbasis 1967)



Grafik 4

Anteil der Investitionen in der Energie - und Brennstoffindustrie der DDR an den Gesamtinvestitionen der Industrie (Preisbasis 1967)



## Die Ablösung der kolonialen Produktionsverhältnisse in der Volksrepublik Angola

von Gerd Neumann

1. Ausgangsbedingungen und Entwicklungsgrundlagen
  - 1.1. Die politische Entwicklungsrichtung
  - 1.2. Die fortgesetzten militärischen Auseinandersetzungen als Begleitumstand der Übergangsperiode
  - 1.3. Die Startbedingungen aus der Sicht historischer Besonderheiten
2. Die koloniale Deformierung der angolanischen Wirtschaft
3. Die Heterogenität der angolanischen Produktionsverhältnisse
4. Die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse in der VR Angola
5. Abschließende Bemerkungen zur These vom Bruch mit den kolonialen Produktionsverhältnissen

### 1. Ausgangsbedingungen und Entwicklungsgrundlagen

#### 1.1. Die politische Entwicklungsrichtung

Schon 1970 entfielen auf Afrika 39 Prozent der Weltrohstoffherzeugung. Sein Anteil an der verarbeitenden Industrie der Welt liegt aber auch gegenwärtig unter einem Prozent. Nicht weniger als 23 der 31 laut UNO-Kriterien<sup>1</sup> erfaßten "am wenigsten entwickelten Länder der Erde" sind dem afrikanischen Erdteil zugeordnet. Dieser Kontinent hat in den letzten zwei Jahrzehnten bemerkenswerte politische Veränderungen erfahren. Fünfzig neue Staaten gingen aus dem Zusammenbruch des Kolonialsystems hervor.

Noch ist dieser Prozeß der Befreiung von der Kolonialherrschaft nicht vollends abgeschlossen, und im Zusammenhang mit ihm werden bereits neue Tendenzen politischer Wandlungen sichtbar. Zeichnete sich eine Verbindung der nationalen Befreiungsbewegung mit Bestrebungen zur revolutionären Lösung sozialer Fragen in einigen afrikanischen Ländern schon im vergangenen Jahrzehnt ab,<sup>2</sup> so

1 Ein niedriges jährliches Bruttosozialprodukt (pro Kopf 125 Dollar und darunter), ein geringer Anteil der Industrieproduktion am Bruttosozialprodukt (bis zu 10 %) und ein geringes Bildungsniveau der Bevölkerung (Alphabetisierungsrate von höchstens 20 %).

2 Vgl. Afrika im antiimperialistischen Kampf. Probleme eines Kontinents, Berlin 1978, S. 17.



tritt sie im gegenwärtigen deutlicher hervor. Als Initiatoren einer Politik, die Postulate der nationalen Befreiung mit wissenschaftlich fundierten sozialistischen Zielen vereint, bildeten sich revolutionäre Vorhutparteien<sup>3</sup> heraus. In Ländern wie Angola, Moçambique, Äthiopien und der VDR Jemen konnten diese Organisationen Führungspositionen in der Gesellschaft einnehmen. Die von ihnen eingeleiteten politischen Wandlungsprozesse sind mittlerweile zu einer wichtigen Komponente des revolutionären Weltprozesses geworden. In dem Bedürfnis, die wirtschaftliche Rückständigkeit mittels gesellschaftlicher Umwandlungen zu überwinden, bildet der afrikanische Kontinent keine Ausnahme. Aber die afrikanische Befreiungsbewegung läßt Konsequenzen gesellschaftspolitischer Entscheidungen in besonderer Weise bewußt werden. Handelt es sich doch um Entscheidungen, die in einer großen Gruppe von Ländern eines geographischen Raumes unter ähnlichen Ausgangsbedingungen nahezu gleichzeitig in einem relativ kurzen und deshalb leicht zu überschauenden Zeitabschnitt getroffen wurden. Gerade die Entkolonialisierung in Afrika - in den sechziger Jahren meist mit kapitalistischer Orientierung verknüpft - demonstrierte zahlreiche Beispiele für das Ausbleiben von Erfolgen bei der Lösung des Problems, mit dem alle neuen afrikanischen Staaten konfrontiert waren: die Überwindung einer extremen wirtschaftlichen Unterentwicklung.

Angola, das am 11. November 1975 seine politische Unabhängigkeit gewann und zur Volksrepublik proklamiert wurde, strebt auch im Hinblick auf die Lehren der jüngsten afrikanischen Geschichte nach Alternativlösungen. Im Frühjahr 1981 erklärte José Eduardo dos Santos, Präsident der MPLA-PdA<sup>4</sup> und der Volksrepublik Angola, auf einer Kundgebung in Luanda: "Wir sind dabei, in Afrika, südlich vom Äquator, einen Staat neuen Typus aufzubauen. Wir gehen einen anderen Weg als den, den viele afrikanische Länder gegangen sind, die in den sechziger Jahren die Unabhängigkeit erlangt haben und ungefähr 20 Jahre danach die Probleme des Hungers, des Gesundheitswesens und der Arbeitslosigkeit noch nicht gelöst haben. Die grundlegenden Interessen der angolanischen Arbeiter und Bauern, die im antagonistischen Widerspruch stehen zu den Interessen des internationalen Imperialismus und seiner Politik der Rekolonialisierung sind die Basis, die unsere Innen- und Außenpolitik bestimmt."<sup>5</sup>

Diese politische Entwicklung wurde noch zu Lebzeiten des 1979 verstorbenen Agostinho Neto eingeleitet. Schon vor der Befreiung war in der MPLA diskutiert worden, ob sie von einer breiten antiimperialistischen Befreiungsbewegung in eine Partei als revolutionäre Avantgarde umgewandelt werden solle. Die Führung nahm davon Abstand, bereitete aber die Parteigründung durch die Schulung von Kadern vor. Außerdem wurden auf Initiative der MPLA schon früh Massenorganisationen gebildet: der Gewerkschaftsbund UNTA (1960), die Jugendorganisation JMPLA (1961), ein Pionierverband und eine Frauenorganisation (1962). Auf sie konnte sich die MPLA bei der volksdemokratischen Umgestaltung nach der Befreiung wie vorher im Kampf stützen.

Der Beschluß, den sozialistischen Entwicklungsweg einzuschlagen, wurde im Oktober 1976 auf der 3. Plenartagung des ZK der MPLA gefaßt, ein halbes Jahr nach dem Sieg im zweiten Befreiungskampf. Gleichzeitig wurde beschlos-

3 Vgl. Stier, Peter, Die Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Avantgardepartei in der Volksrepublik Moçambique, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 7/1977, S. 636 ff., sowie Langer, Emil, Motor entscheidender Veränderungen. Zur Formierung und Rolle revolutionärer Vorhutparteien in national befreiten Staaten Afrikas und Asiens, in: Horizont, Nr. 4/1981, S. 8.

4 Movimento Popular de Libertação de Angola = Volksbewegung für die Befreiung Angolas; Partido do Trabalho = Partei der Arbeit.

5 Jornal de Angola, 2. 5. 1981, S. 3.

sen, die MPLA in eine marxistisch-leninistische Partei umzuwandeln.<sup>6</sup> Im Dezember 1977 fand der erste Parteitag statt, auf dem sich die MPLA als Partei der Arbeit (MPLA-PdA) konstituierte.

Im Parteiprogramm wird die gegenwärtige Entwicklungsphase als **E t a p p e** der volksdemokratischen Revolution eingeschätzt, die als **Ü b e r g a n g s p e r i o d e** für den Aufbau des Sozialismus angesehen wird.<sup>7</sup>

In ihr werden folgende Ziele angestrebt:

Erstens soll die MPLA in dieser Zeit zur marxistisch-leninistischen Führungskraft als revolutionäre Vorhut der Arbeiter, Bauern und der revolutionären Intelligenz entwickelt werden. Die MPLA geht davon aus, daß die Arbeiterklasse des Landes, obwohl zahlenmäßig noch klein, die führende Klasse der angolanschen Revolution sein muß, da sie über die für diesen Prozeß entscheidende Ideologie verfügt, den Marxismus-Leninismus. Die MPLA läßt sich davon leiten, daß nur eine revolutionäre Partei alle Kämpfe führen kann, die erforderlich sind, um alle Bande der politischen, ökonomischen und sozialen Abhängigkeit zu lösen und neue Produktionsverhältnisse zu schaffen, welche endgültig die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigen.<sup>8</sup> In diesem Sinne wurde eine intensive und ideenreiche Kampagne der politischen Bildung - die "rectificação" (Richtigstellung) - durchgeführt. Verbunden mit ihr war die Auswahl von Kandidaten und Mitgliedern für die Partei unter den Kämpfern der Befreiungsfront.

Zweitens erfolgt der Aufbau volksdemokratischer Organe zur Konsolidierung der Volksmacht. Zunächst war der Revolutionsrat das oberste staatliche Machtorgan. Im November 1980 wurde die Volksversammlung, die Assembleia do Povo, gewählt. Wahlversammlungen in Betrieben, Orten und Stadtteilen waren vorausgegangen. Auf ihnen wurden Delegierte zu den Wahlkonferenzen der Provinzen gewählt. Die Volksversammlung konstituierte sich am fünften Jahrestag der Unabhängigkeit und nahm die Stelle des Revolutionsrates ein.

Drittens sollen nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Bedingungen für die folgende Entwicklungsetappe geschaffen werden. Der sozialistische Sektor der Wirtschaft soll gestärkt und die ökonomische Abhängigkeit vom Ausland in einem allmählichen Prozeß beseitigt werden.

## 1.2. Die fortgesetzten militärischen Auseinandersetzungen als Begleitumstand der Übergangsperiode

Von Anfang an wurde die Übergangsperiode in Angola von Kriegshandlungen und deren Auswirkungen auf Bevölkerung und Wirtschaft überschattet. Bereits im Befreiungskampf kam es zu Auseinandersetzungen zwischen politischen Gruppierungen. Die MPLA (Movimento Popular de Libertação de Angola - Volksbewegung für die Befreiung Angolas) wurde 1956 gegründet und nahm 1961 den Kampf gegen das Kolonialregime mit antiimperialistischer Zielstellung auf. Von Beginn an die führende Kraft in diesem Kampf, gelang es ihr, unter der Bevölkerung eine Massenbasis zu erringen. Geführt von dem Arzt und Dichter Dr. Agostinho Neto, fügte die MPLA der Kolonialmacht in Angola die entscheidenden Schläge zu.

6 Vgl. Teses e Resoluções de 1. Congresso do MPLA, o. O. o. J., S. 32.

7 Estatutos e Programa do MPLA (1977), o. O. o. J., S. 41 f.

8 Vgl. Teses e Resoluções de 1. Congresso do MPLA, a. a. O., S. 19, sowie Relatório do Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário do MPLA-Partido do Trabalho, o. O. 1980, S. 9.

Zu Kontrahenten der MPLA entwickelten sich zwei weitere Organisationen mit tribunalen Bindungen, die FNLA (Frente Nacional de Libertação de Angola - Nationale Befreiungsfront Angolas) und die UNITA (Uniao para a Independencia Total de Angola - Nationalunion für die vollständige Unabhängigkeit Angolas). Die FNLA wurde 1962 durch Vereinigung radikaler und zum Teil rassistischer Teilgruppen gebildet. Geleitet wurde sie von Holden Roberto, der ursprünglich die Errichtung eines nordangolanischen Königreichs angestrebt hatte. Die UNITA wurde 1966 von Jonas Savimbi gegründet, der sich von der FNLA getrennt hatte und nicht nur mit dem CIA, sondern nachgewiesenermaßen 1972 auch mit der portugiesischen Kolonialarmee konspirierte. Im Befreiungskampf hatten sowohl die FNLA als auch die UNITA ein koordiniertes Vorgehen gegen die Kolonialtruppen, zu dem sich die MPLA auf Forderung und Anraten der OAU bereitfand, verhindert. Doch die Befreiungsbewegung schwächte das Caetano-Regime derart, daß sie 1974 zu einer politischen Wende in Portugal selbst beitrug. Die sogenannte Aprilrevolution der Bewegung portugiesischer Streitkräfte stürzte Caetano. Das Ende der Kolonialherrschaft rückte in Sicht. Auch in Angola stand damit das Auslandskapital vor der Frage, ob das Land aus dem imperialistischen Lager ausbrechen würde. Angesichts des antiimperialistischen Kurses der MPLA bemühten sich die USA im Verlauf des Jahres 1974 durch subversive Einflußnahme auf angolische Politiker, die Bildung einer MPLA-Regierung zu verhindern.<sup>9</sup> Indessen führten jedoch Verhandlungen zwischen der MPLA, der FNLA und der UNITA mit der Bewegung portugiesischer Streitkräfte zu einer Kompromißlösung, dem Alvorabkommen vom 10. Januar 1975. Es legte die Bildung einer angolischen Übergangsregierung fest (paritätisch aus Vertretern der drei angolischen Organisationen zusammengesetzt) und sah den 11. November als Unabhängigkeitstermin vor.

Im Juni 1975 eröffnete die FNLA den Bürgerkrieg gegen die MPLA. Holden Roberto und Jonas Savimbi strebten die Gründung eines proimperialistischen Satellitenstaates an. Unterstützt wurden sie durch die USA über den CIA. Nach Angaben des US-Amerikaners Stephen Weissmann (später Stabsmitglied des USA-Unterausschusses für Afrika) aus dem Jahre 1976 sollen die Gegner der MPLA aus den USA Waffen und Ausrüstungen in Höhe von 32 Millionen Dollar erhalten haben.<sup>10</sup> Nach Beginn dieser Aktion leistete die UdSSR der MPLA Hilfe mit militärischen Ausrüstungen.

Als in der Nacht vom 10. zum 11. November 1975 von der MPLA in Luanda die Volksrepublik Angola ausgerufen wurde, standen die Truppen Holden Robertos, verstärkt durch Militär aus Zaire und weiße Söldner, zwanzig Kilometer vor der Hauptstadt. Auch südafrikanische Truppen waren in Angola eingefallen. Savimbi kooperierte nun mit dem südafrikanischen Regime und trat als weiterer Gegner der MPLA in Aktion. Angola befand sich im Kriegszustand, in einem Bürger- und Interventionskrieg, der als zweiter Befreiungskampf in die Geschichte einging (1975/76). In diesem Krieg konnte die MPLA ihre Streitkräfte durch Freiwilligenverbände ergänzen, die auf ihre Bitte hin von der Republik Kuba 1975 nach Angola gesandt wurden.

Am 23. März 1976 errang die MPLA den Sieg im zweiten Befreiungskampf. Jetzt wurden die Kriegsfolgen erkennbar. Es zeigte sich, daß die Wirtschaft schwer gelitten hatte, 130 Brücken und 80 Prozent des LKW-Parks waren vernichtet, die Bahnverbindungen unterbrochen und die Flugplätze zerstört worden. Die

<sup>9</sup> Zázworka, Gerhard, Savimbi, in: Horizont, Nr. 18/1981, S. 23. - Zázworka stützt sich auf Aussagen, die John Stockwell, der ehemalige Leiter des CIA-Büros in Kinshasa (Zaire), in seinem Buch "In Search of Enemies" machte.

<sup>10</sup> Die US-amerikanische Unterstützung erfolgte nach einem Plan, den der damalige CIA-Direktor Colby ausarbeiten ließ. (Ebenda.)



Hafenanlagen befanden sich in desolatem Zustand.<sup>11</sup> Lahmgelegt waren nicht nur Transport, Verkehr und Handel, sondern auch die Produktion. Vielfach hatten die geflüchteten weißen Einwanderer die technischen Unterlagen vernichtet oder geraubt. Gezielten Zerstörungen waren zahlreiche Produktionsmittel zum Opfer gefallen. So hatten beispielsweise die Farmer, von denen die meisten geflohen waren, die landwirtschaftlichen Maschinen demoliert und Hunderttausende Stück Vieh abschlachten lassen.

Viele Industriebetriebe arbeiteten überhaupt nicht mehr. Die Eisenbergwerke waren stillgelegt und blieben es Jahre hindurch. Die Cabinda-Gulf-Oil (USA) hatte auf Anweisung des damaligen US-amerikanischen Außenministers Kissinger im Dezember 1975 die Erdölförderung abgebrochen. Damit verlor der angolanische Staatshaushalt seine bedeutendste Einnahmequelle.<sup>12</sup>

Man schätzt, daß die Produktion von Industrie und Landwirtschaft auf 10 bis maximal 25 Prozent des Volumens von 1973 abfielen.

Seit dem Sieg der angolanischen Revolution sind sechs Jahre vergangen. Der Befreiung folgten jedoch keine ungestörten Friedensjahre. Wie in den siebziger Jahren ist das Land auch heute einer der Brennpunkte internationaler Klassenauseinandersetzungen.

In südlichen Randgebieten Angolas terrorisieren Banden Savimbis die Landbevölkerung. Die UNITA ist nach wie vor mit Südafrika liiert und über den CIA-Stützpunkt in Windhoek mit den USA verbunden.

Mit nur kurzen Unterbrechungen war Angola militärischen Aktionen Südafrikas ausgesetzt. Zur Eskalation der südafrikanischen Aggression kam es am 29. Juli 1981. Die wirtschaftlichen Folgen dieses Terrorfeldzuges sind gegenwärtig noch schwer abschätzbar. Die Verluste, die Angola seit seiner Unabhängigkeit allein bis zum Juli 1981 durch südafrikanische Angriffe erlitt, belaufen sich auf 7,3 Milliarden Dollar.<sup>13</sup> Wie eine internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des Apartheidregimes nach einer Inspektion Südafrikas Anfang 1981 feststellte, sei es die Absicht dieses unerklärten Krieges, daß "man die Wirtschaft des Landes lahmlegen und durch Aufrechterhaltung einer unsicheren Lage und Anrichten wesentlichen Schadens die VR Angola destabilisieren will."<sup>14</sup>

### 1.3. Die Startbedingungen aus der Sicht historischer Besonderheiten

Nationale Besonderheiten bei der Durchsetzung allgemeingültiger Gesetzmäßigkeiten des Übergangs zum Sozialismus haben meist historische Wurzeln. Ob sie die angestrebte gesellschaftliche Veränderung und wirtschaftliche Entwicklung begünstigen oder erschweren - sie sind latenter und somit schwerer erkennbar als diejenigen Besonderheiten, die als Auswirkung aktueller Ereignisse Aufmerksamkeit wecken, wie beispielsweise die den Wiederaufbau beeinträchtigenden Kriegshandlungen in Angola. Die folgende Untersuchung bezieht sich aber vor allem auf die historisch bedingten Besonderheiten, besonders auf diejenigen, welche die Überwindung des wirtschaftlichen Entwicklungsrückstandes behindern.

11 Vgl. Relatório do Comité Central ao 1. Congresso do MPLA, o. O. o. J., S. 55 ff.

12 Chasanow, A. M., Angola auf neuen Wegen, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 2/1978, S. 197.

13 Vgl. Wagner, Wolfgang, VR Angola Südprovinzen, in: Horizont, Nr. 33/1981, S. 13.

14 Zázworka, Gerhard, a. a. O., S. 23.

Ehemalige Kolonien erweisen sich nach der Erlangung ihrer Souveränität infolge ihrer vormaligen kolonialen Abhängigkeit als doppelt geschädigt: Die Kolonialherrschaft entzog den Kolonien nicht nur Ressourcen, sie verursachte nicht nur Rückstand, sie hemmte nicht nur die Entwicklung; sie deformierte diese auch und schuf Zustände, welche die Überwindung der Unterentwicklung erschweren.

Die Kennzeichnung Angolas als Entwicklungsland verweist auf wirtschaftlichen Rückstand. Angola gilt als "schwach entwickeltes Agrarland mit entwickelter extraktiver Industrie und Anfängen einer Industrialisierung"<sup>15</sup>. Doch diese Einschätzung trifft als Kurzformel durchaus auch für die historische Ausgangssituation in einer Reihe von sozialistischen Ländern zu. Mitunter wird sogar eine Analogie der wirtschaftlichen Ausgangssituation südosteuropäischer Volkdemokratien nach dem zweiten Weltkrieg mit der heutiger Entwicklungsländer betont. In diesem Sinne äußert sich Jerzy Tomaszewski über die Wirtschaftsstrukturen.<sup>16</sup> Aber in einer Analogiesituation befinden sich Länder wie Angola oder Moçambique trotz einiger Ähnlichkeiten ganz sicher nicht.

Bestritten wird nicht, daß die südosteuropäischen Volkdemokratien und andere Länder auf ihrem sozialistischen Entwicklungsweg eine wirtschaftliche Rückständigkeit zu überwinden hatten, deren Ausmaß - mißt man sie an den Produktionskapazitäten - mit der von Entwicklungsländern vergleichbar ist. Doch läßt sich die Kalamität schlechter Startbedingungen nicht von der jeweiligen Produktionskapazität der vorrevolutionären Ära ablesen. Dennoch sind die Bedingungen in afrikanischen Ländern wie Angola viel ungünstiger. Die Ursache dafür kann nicht lediglich in der Differenz gesucht werden, die das (am Produktionsniveau gemessene) Ausmaß ihrer wirtschaftlichen Rückständigkeit zum historischen Niveau anderer Länder aufweist. Sie ist auch und vielleicht sogar überwiegend darin zu sehen, daß der Wandel der Produktionsverhältnisse hier wesentlich einschneidender ist. Zu beachten sind die Eigenarten der ehemaligen Produktionsverhältnisse, die geprägt durch das koloniale Zwangsregime wurden, ferner die durch die Kolonialherrschaft verursachte Heterogenität dieser Produktionsverhältnisse und nicht zuletzt auch die koloniale Deformierung der Wirtschaft (nicht nur ihrer Produktionsstruktur, sondern auch ihrer Arbeitsteilung, ihrer Austauschverhältnisse). Das waren Verhältnisse, die sich in ihrer Spezifik stark von den vorsozialistischen europäischen Ländern unterschieden.

Die Herausbildung sozialistischer Produktionsverhältnisse war in jedem Land schwierig, das in der Geschichte den Weg zum Sozialismus einschlug. In der Regel waren die marxistisch-leninistischen Parteien, die diesen Prozeß einleiteten und durchführten, bemüht, ihn angesichts seiner Kompliziertheit schrittweise mit Hilfe von Übergangslösungen zu vollziehen. In den meisten sozialistischen Ländern wirkten jedoch objektive Faktoren, die bereits zu Beginn der Übergangsperiode auf eine mehr oder weniger beschleunigte Ablösung der alten durch neue Produktionsverhältnisse drängten und somit einen stufenweisen allmählichen Übergang erschwerten.

Anscheinend sind jedoch ehemalige Kolonien weit krasser mit dieser Problematik konfrontiert. Bei der Beurteilung der Startbedingungen Angolas ist neben den Produktionskapazitäten und den Kriegsauswirkungen die Radikalität des Bruchs mit den Produktions-, Austausch- und Verkehrsverhältnissen der Kolonialzeit zu berücksichtigen. Der Bruch hat nicht allein subjektive Ursachen; er resultierte auch objektiv aus dem Zusammenbruch der kolonialen

15 Bröner, Gabriele/Ostrowsky, Jürgen, Die angolansische Revolution, Frankfurt (Main) 1976, S. 237.

16 Tomaszewski, Jerzy, Some Problems of the Capital-Formation and Investments in the Capitalist Societies of East-Central Europe, in: Acta Poloniae Historica, Bd. 35, Warschau 1977, S. 164.

Zwangsherrschaft. Deutlich wird er allerdings erst durch eine Analyse, die sich nicht lediglich auf die aktuelle Entwicklung des Landes beschränkt, sondern sich auch auf die der Kolonialzeit erstreckt.

## 2. Die koloniale Deformierung der angolanschen Wirtschaft

Zunächst zur Hauptproduktivkraft, den Menschen. Reichlich zwei Jahrzehnte vor der Erringung der angolanschen Unabhängigkeit, im Jahre 1953, gab die Hamburger Kreditbank einen wirtschaftlichen Lagebericht über die portugiesischen Provinzen in Afrika - wie Portugal offiziell seine Kolonien bezeichnete - heraus. In diesem Bericht wurde die Bevölkerung Angolas angegeben mit 78 000 Europäern (2 Prozent), 56 000 zivilisierten Eingeborenen und Mischlingen (1,3 Prozent) und 4 Millionen nichtzivilisierten Eingeborenen und Mischlingen (96,7 Prozent).<sup>17</sup>

Die im Kolonialjargon vorgenommene Klassifizierung wies also fast 97 Prozent der Bevölkerung als sozial benachteiligt aus. Das waren nämlich diejenigen Einwohner, die in der Regel bis zur Befreiung sowohl von Schulbildung als auch medizinischer Betreuung ausgeschlossen blieben.

Die meisten der zum Zeitpunkt der Befreiung in Angola siedelnden Europäer waren erst in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten eingewandert. Die weiße Bevölkerung war von 78 000 im Jahre 1953 auf etwa 600 000 im Jahre 1973 angestiegen.<sup>18</sup> Die Masse der Europäer verließ 1974/75 Angola. Damit verloren Verwaltung und Wirtschaft den größten Teil der Fachkräfte.

Lediglich 1 Prozent der schwarzen angolanschen Bevölkerung im Alter von über 16 Jahren hatte eine Schule besucht, die über drei Klassen hinausging. Man rechnete zum Zeitpunkt der Befreiung mit 90 Prozent Analphabeten.

Zu berücksichtigen ist ferner die Bevölkerungsdichte. Können doch Bevölkerungsdichte und Bevölkerungszunahme im Zusammenhang mit anderen Faktoren einen großen Einfluß auf die Arbeitsteilung und damit auf die wirtschaftliche Entwicklung haben.<sup>19</sup>

Zählt man in Europa 100 Menschen pro Quadratkilometer, sind es in Afrika 11 und in Angola lediglich 5. Angola ist zwölfmal so groß wie die DDR, seine Bevölkerungszahl ist nur halb so groß. In vierhundert Jahren Kolonialzeit wurden mindestens 5 Millionen Angolaner außer Landes in die Sklaverei verkauft. Das entspricht fast derjenigen Bevölkerungsanzahl, die Angola nach dem Abzug der Portugiesen aufwies. Große Teile des riesigen Landes, auf dessen Territorium von 1,2 Millionen Quadratkilometern Polen, die DDR, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien nebeneinander Platz hätten, sind nahezu menschenleer. Dem durch die Flucht der Weißen bedingten Entzug der Fachkräfte ging ein permanenter und langfristiger Raub von Arbeitskräften mit guter physischer Konstitution voraus. Wurde die angolansche Bevölkerung in jahrhundertelanger Kolonialzeit dezimiert, so sahen sich die endlich

17 Die portugiesischen Provinzen in Afrika. Wirtschaftlicher Lagebericht der Hamburger Kreditbank, Hamburg 1953, S. 5.

18 Die Angaben verschiedener Quellen weichen voneinander ab. Kivouvou gibt 600 000 Europäer für 1973 an. (Kivouvou, Prosper, Angola. Vom Königreich Kongo zur Volksrepublik, Köln 1980, S. 101. - Niedriger, mit 500 000 Personen, wird der Anteil der weißen Bevölkerung angegeben in Afrika im antiimperialistischen Kampf, a. a. O., S. 293.

19 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1972, S. 372; vgl. auch Mottek, Hans, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 1, Berlin 1968, S. 10.

Befreiten mit Zerstörungen und Verwüstungen, Bildungsnotstand und Slumwohnungen, Not und Elend konfrontiert.

Dabei könnte Angola, betrachtet man seine Ressourcen, als eines der reichsten Länder der Erde gelten. Erdöl, Diamanten und Eisen sind die bekanntesten angolanischen Montanprodukte. Angolas Diamantenförderung nimmt in der Liste der Weltproduzenten den dritten Rang ein. Neben Mauretanien und Liberia ist Angola eines der wichtigsten afrikanischen Eisenerzförderländer. Es verfügt über sehr ergiebige Lagerstätten. Man schätzt die Eisenvorräte mit hohem Eisengehalt (60 bis 64 Prozent) auf 350 Millionen Tonnen, die mit mittlerem Eisengehalt (40 bis 50 Prozent) auf 2 Milliarden Tonnen.<sup>20</sup> Die Förderung von Erdöl - Angolas Vorräte wurden neuerdings auf 1,2 Milliarden Tonnen geschätzt soll nach Plänen der Volksrepublik bis 1985 eine Jahresleistung von 20 Millionen Tonnen erreichen, von denen 4 Millionen Tonnen verarbeitet werden sollen.<sup>21</sup> Weitere Bodenschätze sind Kupfer, Gold, Zink, Nickel, Bauxit, Kolumbit, Uran, Blei, Chrom, Ilmenit, Wolfram, Schwefel, Phosphat, Asphalt, Diatomit, Kaolin, Quarz, Marmor, Braunkohle, Salz und Guano.<sup>22</sup> Die großen Phosphatlagerstätten werden auf mehr als 100 Millionen Tonnen geschätzt. Zudem bieten die Wasserressourcen günstige Möglichkeiten für die Produktion von Elektroenergie.<sup>23</sup> Angola war nicht nur die größte, sondern auch die reichste Kolonie Portugals.

In dem schon zitierten Bericht der Hamburger Kreditbank vom Oktober 1953 hieß es dann auch verheißungsvoll, daß Angola "ein Land mit vielfachen wirtschaftlichen Möglichkeiten" sei.<sup>24</sup> Zu diesem Zeitpunkt steckte die Nutzung der angolanischen Rohstoffe noch in den Anfängen. Begonnen hatte sie nach dem ersten Weltkrieg mit der Erteilung der Konzession für die Ausbeutung der Diamantenfelder an die DIAMANG<sup>25</sup> im Jahre 1920. Die erste wichtige Konzession für ein angolanisches Projekt war übrigens 1902 an eine englische Firma zum Bau der 1931 fertiggestellten Benguela-Bahn vergeben worden.<sup>26</sup> Doch unter der 1926 errichteten Salazar-Diktatur wurden zunächst keine energischen Schritte zur Nutzung der angolanischen Montanressourcen eingeleitet. War die Investitionsaktivität portugiesischer Unternehmen in der angolanischen Montanindustrie bis in die sechziger Jahre hinein gering, so kam hinzu, daß die von Portugiesen in Angola getätigten Einnahmen nicht in der Kolonie reinvestiert, sondern meist ausgeführt wurden.<sup>27</sup> Andererseits wurde das Eindringen nichtportugiesischen Auslandskapitals in die Kolonien durch die Metropole erschwert.<sup>28</sup> So blieben die Diamanten bis 1936, dem Beginn des Kupferabbaus, das einzige in Angola geförderte Montanprodukt.<sup>29</sup>

Erst 1961 änderte Portugal seine Haltung. Es hob die Schranken für nichtportugiesische Fremdinvestitionen auf und gewährte dem Auslandskapital sogar günstige Bedingungen für den Profittransfer, erlegte ihm aber eine "Verteidigungs-

20 Vgl. Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 109.

21 Vgl. Berg, Wilfried, Zur ökonomischen Entwicklung der Volksrepublik Angola, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, Nr. 3/1981, S. 511; Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 108.

22 Von Gersdorff, Ralph, Angola, Bonn 1960, S. 83 ff.

23 Hierauf verwiesen bereits in den zwanziger Jahren Marquardsen, H./Stahl, A., Angola, Berlin 1928, S. 155.

24 Die portugiesischen Provinzen in Afrika, a. a. O., S. 5.

25 Companhia dos Diamantes de Angola.

26 Vgl. Brönner, Gabriele/Ostrowsky, Jürgen, a. a. O., S. 20.

27 Vgl. dazu von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 101.

28 Vgl. dazu Brönner, Gabriele/Ostrowsky, Jürgen, a. a. O., S. 19; auch Marquardsen, H./Stahl, A., S. 152.

29 Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 108.



steuer" als Hilfeleistung für den Kolonialkrieg auf.<sup>30</sup> In den sechziger Jahren setzte nun beschleunigt eine intensivere Erschließung der Ressourcen ein. In dem Jahrzehnt vor der Befreiung strömte verstärkt Auslandskapital in die angolische Wirtschaft, besonders aus den USA und der BRD, aber auch aus Belgien, Frankreich, Dänemark und Japan.<sup>31</sup> Für die Investoren erwiesen sich nicht nur die niedrigen Löhne als Anreiz, sondern auch die im allgemeinen relativ geringen Erschließungskosten. In der Regel können die Rohstoffe dort im Tagebau abgebaut werden.<sup>32</sup> Von der Forcierung der Rohstoffförderung zeugen die Produktionssteigerungen. Von 1963 bis 1973 verdoppelte sich die Diamantenförderung. Die Roheisenerzeugung stieg in diesem Zeitraum von 600 000 Tonnen auf 6 Millionen Tonnen, die Erdölförderung von 800 000 Tonnen auf 8 Millionen Tonnen.<sup>33</sup>

Die Rohstoffe wurden aber fast ausschließlich für den Export produziert. Eine Montanprodukte verarbeitende Industrie entstand nur in geringem Umfang. Die verarbeitende Industrie hatte ihre Grundlage vielmehr in der Landwirtschaft.

Auch die Landwirtschaft - ergänzt durch Forstwirtschaft und Fischfang - produzierte für den Export. Erlauben doch die unterschiedlichen Klimazonen Angolas den Anbau von Kulturpflanzen in erstaunlicher Vielfalt. Zu den angolischen Agrarprodukten gehören Kaffee (hauptsächlich der seit 1845 angebaute Robusta-Kaffee, der in Nordangola auch wild wächst, aber auch Arabica-Kaffee) sowie Sisal, Zuckerrohr, Baumwolle, Palmöl, Kokosfrüchte, Mais, Reis, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Maniok, Bohnen, Ölsaaten (Erdnüsse, Sesam, Rizinus), Kakao, Tabak, Ananas, Bananen, Zitronen, Apfelsinen, Mangos, Rindfleisch und Honig (Angola gilt als reichstes Bienenland Afrikas).<sup>34</sup> Die Grundnahrungsmittel der angolischen Bevölkerung sind Mais, Maniok, Reis sowie Fleisch und Fisch.

Bedeutung für den Export erlangte die Produktion von Agrarprodukten besonders nach dem ersten Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit etablierten sich die meisten der weißen Siedler, und es entstanden große exportwichtige Plantagen und Viehfarmen. Zu den Gründern dieser Agrarbetriebe gehörten auch zahlreiche deutsche Siedler, die aus der ehemaligen deutschen Kolonie Süd-West-Afrika übergewechselt oder aus Deutschland vorwiegend in der großen Weltwirtschaftskrise ausgewandert waren.<sup>35</sup>

Ausgeführt wurde vor allem der Kaffee; hier war Angola drittgrößter Exporteur im Weltmaßstab. Der Kaffeeanbau wurde kurz nach dem zweiten Weltkrieg forciert, als die Nachfrage auf dem Weltmarkt wuchs und die Kaffeepreise stiegen. Gersdorff verweist auf die USA: "Für den Pflanzler lohnende Preise wurden erst seit 1949 erzielt, nachdem der Kaffeeverbrauch in den USA durch die Kaffeekonsumgewohnheiten der aus dem Kriege zurückgekehrten Soldaten erheblich gestiegen war."<sup>36</sup> Einen Aufschwung der Kaffeeproduktion hatte Angola aber bereits im Jahre 1946 zu verzeichnen. Erzeugte Angola 1945 mit 29 000 Tonnen

30 In den Jahren 1971/72 sollen auf diese Weise 350 Millionen Escudos für die Finanzierung des Kolonialkrieges aufgebracht worden sein. Vgl. Berg, Wilfried, a. a. O., S. 504.

31 Vgl. Koepfen-Schomerus, Frauke, Angola 1966/67, Bad Godesberg 1967, S. 65 ff. = Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

32 Vgl. Rocha Dilolwa, Carlos, Contribuição à História Económica de Angola, Luanda 1978, S. 264.

33 Presença de Angola, hg. v. Ministério do Comercio Externo da Republica Popular de Angola, Luanda 1978, S. 9.

34 Marquardsen, H./Stahl, A., a. a. O., S. 159.

35 Vgl. von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 34.

36 Vgl. ebenda, S. 61.



Kaffee die bis dahingrößte Jahresproduktion, so stieg diese im Jahre darauf sprunghaft auf fast 47 000 Tonnen. Im Jahre 1946 verdrängte der Kaffee die Diamanten vom ersten Platz der Liste angolanscher Exportprodukte. Eine fast kontinuierliche Produktionsausweitung in den sechziger Jahren ermöglichte schließlich 1971 eine Rekordernte von 228 000 Tonnen.<sup>37</sup> Zu den Ausfuhrprodukten gehörten ferner Baumwolle, eine alte, zunächst nur von angolanschen Bauern gezüchtete einheimische Kulturpflanze, und Sisal. Angola war der drittgrößte Sisalproduzent der Welt und wurde in Afrika hierin lediglich von Tansania übertroffen.<sup>38</sup> Außerdem wurden Bananen, Mais, Tabak, Fisch, Fischmehl und Edelhölzer exportiert.<sup>39</sup>

Der Reichtum an Montanprodukten und die Vielfalt der Agrarerzeugnisse bieten zahlreiche Ansatzpunkte für die Herausbildung einer verarbeitenden Industrie. Auf frühe Anfänge der Verwertung des bereits seit dem 16. Jahrhundert in Angola angebauten Zuckerrohrs verweisen Marquardsen und Stahl: "Die Kultur von Zuckerrohr hat für Angola lange Zeit besonderen Reiz dadurch ausgeübt, daß die Herstellung von Schnaps einen lohnenden Handel mit der eingeborenen Bevölkerung ermöglichte.<sup>40</sup> Vorenthalten wurde dem Leser allerdings, was das für ein "lohnender Handel" war, für welchen man den Schnaps so gerne und erfolgreich verwendete - nämlich der Sklavenhandel. Abgesehen von diesem unruhlichen Beispiel der Rohstoffverwendung waren kleine Kaffeeschälanlagen der Plantagen wohl die ältesten industriellen Einrichtungen der Kolonisatoren, hinzu kamen dann noch Ölmühlen für Palmöl, Maismühlen, Baumwollschälanlagen und Zuckerfabriken.<sup>41</sup> Die ersten größeren Betriebe entstanden in den fünfziger Jahren.

Eine verarbeitende Industrie entwickelte sich in Angola also erst spät und anfangs sehr zögernd. Sah doch die portugiesische Regierung in ihr die Gefahr einer Herausbildung potentieller Konkurrenten für die Unternehmen der Metropole.<sup>42</sup> Daraus erklärt sich, daß die angolansche Industrie lange Zeit vorwiegend auf primitive Verarbeitungsstufen der agrarischen Rohstoffe beschränkt blieb.<sup>43</sup>

So wurde besonders die Textilindustrie in ihrer Entwicklung gehemmt. Erst im letzten Jahrzehnt vor ihrer Niederlage ging die Kolonialmacht allmählich vom Protektionismus ab. 1962 hatten die Kolonialbehörden die "Junta do Desenvolvimento Industrial" (Rat für industrielle Entwicklung) gegründet.<sup>44</sup> Ein "Übergangsplan" sah erstmals außer Maßnahmen für die Infrastruktur auch Industrieinvestitionen vor.<sup>45</sup> Die industrielle Entwicklung setzte erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre ein. Die verarbeitende Industrie, deren wertmäßiger Umfang 1966 3 492 Tausend Contos betrug, steigerte ihre Produktion bis 1973 auf 14 539 Tausend Contos, also auf das Vierfache.<sup>46</sup>

Die entscheidenden Anstöße zur Entwicklung der Wirtschaft gingen jedoch vom Außenmarkt aus. Hochgradig von der Außenwirtschaft abhängig, wies Angolas Außenhandel typische Züge der Austauschbeziehungen wirtschaftsschwacher Länder auf. Im Export dominierten wenige Produkte. 1973 entfielen auf vier Rohstoffe drei Viertel der Exporterlöse: Erdöl (30 Prozent), Kaffee (26 Prozent)

37 Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 227.

38 Vgl. Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 112.

39 Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 310 f.

40 Marquardsen, H./Stahl, A., a. a. O., S. 156; vgl. auch Baum, Hermann, Kunene-Sambesi-Expedition, Berlin 1903, S. 150.

41 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 12.

42 Ebenda: vgl. auch Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 264.

43 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 12.

44 Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 114.

45 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 64.

46 Berechnet nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 143, 272.

Diamanten (10 Prozent) und Eisen (6 Prozent). 47 Prozent der exportierten Waren kamen aus der extraktiven Industrie und 42 Prozent aus der Landwirtschaft.<sup>47</sup>

Die Außenhandelsbilanz war fast ständig aktiv. Von 1930 bis 1973 schloß sie mit Ausnahme von nur sechs Jahren (1957 bis 1960 sowie 1967/68) mit einem Plus-saldo ab. Die oft beträchtlichen Überschüsse wurden zur Deckung des permanenten Handelsdefizits Portugals verwendet. Als beispielsweise 1961 das Defizit der portugiesischen Handelsbilanz durch Käufe militärischer Ausrüstungen und Transportmittel fast 8 Milliarden Escudos ausmachte, reduzierte es sich infolge der kolonialen Handelsüberschüsse auf die Hälfte. Abgesichert wurde die dominierende Position der Kolonialmacht im Außenhandel der Kolonie durch hohe Zölle gegenüber Drittländern sowie Bestimmungen, die dazu zwangen, beispielsweise 50 Prozent aller in Angola verbrauchten Baustoffe und 75 Prozent der Textilien aus Portugal zu beziehen, während andererseits Rohbaumwolle lediglich nach Portugal exportiert werden durfte. Diese Bestimmungen wurden trotz Portugals EFTA-Mitgliedschaft auch in den sechziger Jahren aufrechterhalten.<sup>48</sup>

Die Inanspruchnahme von Leistungen der Kolonie zur Reduzierung des Handelsdefizits der Kolonialmacht wurde durch die Praktiken des Reexports möglich. Nach der offiziellen angolischen Außenhandelsstatistik exportierte Angola im Zeitraum von 1946 bis 1973 Waren im Werte von 152 Milliarden Escudos, und es importierte Güter in Höhe von 136 Milliarden Escudos. Der Handelsüberschuß wäre realer - das heißt wesentlich größer - ausgewiesen, hätten der Bilanzierung die jeweils gültigen Weltmarktpreise zugrunde gelegen, da die von Portugal diktierten Preise erheblich nach unten davon abwichen. Diese Differenz zwischen dem angolischen Ex- und Import wäre größer gewesen, o b w o h l nahezu im gesamten Zeitraum, auf den sich die obige Berechnung bezieht, auf dem Weltmarkt eine Preisschere im Verhältnis der Fertigprodukte und Rohstoffe zuungunsten letzterer zu verzeichnen war.

Portugal, das sich die Kolonien als Absatzmarkt für seine Fertigprodukte zu sichern wußte, nutzte andererseits die angolischen Montan- und Agrarprodukte nicht nur für die Versorgung seiner Industrie, sondern strebte auch nach zusätzlichen Einnahmen eben durch den Reexport. Die Einnahmen aus dem Reexport hatten ihren Ursprung in der Differenz zwischen den portugiesischen Aufkaufpreisen für angolische Produkte und den Weltmarktpreisen. Ausgehend von der Abhängigkeit der Höhe der Einkünfte von der Größe der Differenz, glaubte man, daß die Quelle um so lebhafter sprudeln würde, die Einnahmen um so größer wären, je niedriger man die Aufkaufpreise fixieren würde. Auf lange Sicht sollte sich diese Annahme als Trugschluß erweisen, zumal die portugiesischen Zwischenhändler in den Kolonien ihrerseits in eigener Initiative die Aufkaufpreise drückten. Infolgedessen wurde die Existenz derjenigen untergraben, die sich - meist unter Zwang - auf Monokulturen spezialisiert hatten. Gerade in jenen Bauern erwachsen dem Kolonialsystem erbitterte Gegner. Wie bei jedem Raubbau ging aber auch bei diesem die Rechnung zumindest kurzfristig auf. Noch 1973 lag zum Beispiel der portugiesische Kaffeeaufkaufpreis pro Sack zu 60 Kilogramm, wie Berg anführt, um 8,74 Dollar niedriger als der von den USA gezahlte Preis. Von der Kaffeeproduktion, auf die sich die Praxis des Reexports unter anderem bezog, ging allerdings nur zirka 10 Prozent nach Portugal, und gegenüber den auf ihren Profit bedachten agrarischen Großunternehmern konnte ein Preisdruck schwer ausgeübt werden. Die niedrigen Aufkaufpreise wurden deshalb partiell und vor allem für solche Produkte festgesetzt, die von afrikanischen B a u e r n erzeugt wurden. Das galt zum Beispiel für den Mais. Allein aus dem Reexport von dem in Angola aufgekauften Mais realisierte Portugal

47 Ebenda, S. 310.

48 Vgl. Koepfen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 59.

1973 Einnahmen von 40 Millionen Dollar.<sup>49</sup> Der Reichtum des Landes floß ins Ausland und in die Hände einer kleinen Schicht von Kolonisatoren.<sup>50</sup>

Die Entwicklung der exportorientierten Produktion wäre ohne infrastrukturelle Konsequenzen nicht möglich gewesen. Der Ausbau des Verkehrswesens begann, nachdem 1949 profitversprechende Rohstofflagerstätten entdeckt worden waren. Maßnahmen zur Entwicklung des Verkehrs standen auch im ersten portugiesischen Entwicklungsplan (1953 bis 1958) im Vordergrund.<sup>51</sup> "Diese Maßnahmen dienten aber mehr dem Ausbau Angolas als Rohstoffbasis für das Mutterland als der Entwicklung der Überseeprovinz zu einer selbständigen Wirtschaftseinheit", urteilte Koeppen-Schomerus.<sup>52</sup> An der Anlage von Verkehrswegen und -einrichtungen war Portugal auch aus militärischen Gründen interessiert.

In der Kolonialzeit wurden Straßen mit einer Gesamtlänge von 72 000 Kilometern gebaut, von denen allerdings nur knapp 8 000 Kilometer (11 Prozent) asphaltiert wurden. Der überwiegende Teil der übrigen Strecke (57 Prozent) wurde nicht befestigt und ist demzufolge in der Regenzeit nicht benutzbar.<sup>53</sup>

Die drei großen Seehäfen des Landes, die Endpunkte der drei wichtigsten Eisenbahnlinien, wurden zu Umschlagplätzen für die Rohstoffe aus dem Landesinneren ausgebaut: Luanda (Bahnlinie von 600 Kilometer Länge) für Eisenerz aus Melanje, Kaffee aus den Nordgebieten und diverse Agrarprodukte aus der nördlichen Hochebene; Lobito (Benguelabahn in Länge von 1 348 Kilometern) für Kupfer aus Sambia und Zaïre, Eisenerz aus Huambo, Kaffee und besonders Mais und Sisal aus der zentralen Hochebene sowie Moçamedes (Bahnlinie von 71 Kilometer Länge) für Eisenerz aus Cassinga und verschiedene Agrarprodukte aus der südlichen Hochebene. Die vierte, kleinere Bahn (123 Kilometer) transportierte Kaffee und andere Agrarprodukte zum Hafen Amboim.<sup>54</sup> Es entstand jedoch kein Eisenbahnnetz, da die drei großen Bahnlinien nicht untereinander verbunden wurden.

Nach 1948 war die Benguelabahn zu einer der lukrativsten Linien der Welt geworden. Zirka 86 Prozent ihrer Einnahmen stammten 1971 aus dem Transittransport.<sup>55</sup>

Wurden die vier Linien, die auch für den Personenverkehr große Bedeutung erlangten, vorwiegend im Interesse der Rohstoffausfuhr angelegt, so gilt das auch für die Häfen. Ihr Güterumschlag im Dienste des Überseetransports erreichte vor der Befreiung einen Jahresumschlag von 20 000 Tonnen. Demgegenüber wurden im Küstenverkehr der Nord-Süd-Richtung nur Güter im Umfang von 300 Tonnen umgeschlagen. Offenbar spielte die Nutzung des Seeverkehrs entlang der 1 650 Kilometer langen Atlantikküste Angolas als Transportmöglichkeit für den Warenaustausch innerhalb der Wirtschaft eine geringe und gegenüber dem Überseetransport eine weitgehend untergeordnete Rolle. Das ist um so bemerkenswerter, als der Streckenverlauf der drei großen Eisenbahnlinien ebenfalls keine Transporte in Nord-Süd-Richtung zuließ. Für den Binnenhandel konnte folglich nur der LKW-Transport in stärkerem Maße in Betracht kommen. Verbinden doch wenigstens drei der sechs großen Straßen den Norden mit dem Süden, allerdings nur in der westlichen Hälfte des Landes.

49 Vgl. Berg, Wilfried, a. a. O., S. 506. - Die Berechnungen der angolischen Außenhandelsbilanz für den Zeitraum von 1946 bis 1973 erfolgte nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 99, 114.

50 Hierzu auch Boavida, Américo, Angola. Zur Geschichte des Kolonialismus, Frankfurt (Main) 1970, S. 66 ff.

51 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 9.

52 Ebenda.

53 Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 295.

54 Ebenda, S. 299 f.

55 Ebenda, S. 302.

Doech nicht nur das Verkehrswesen erweist sich unter dem Gesichtspunkt nationaler angolischer Interessen heute als ausbaubedürftig, sondern auch ein weiterer Bereich der Infrastruktur: die Energiebasis. Dabei wird nicht übersehen, daß der Gründung neuer Industriebetriebe in den sechziger Jahren eine Erweiterung der elektroenergetischen Grundlage vorausging, die dann auch fortgesetzt wurde. Erhöhte sich doch die Produktion von Elektroenergie von 142 Millionen Kilowattstunden im Jahre 1960 auf 984 Millionen kWh im Jahre 1973. Eine Installation zur Stromversorgung erfolgte jedoch in drei Regionen gesondert. Ein zusammenhängendes Elektrizitätsnetz entstand nicht. Produktion und Verbrauch von Elektroenergie lagen trotz der in 13 Jahren erreichten Steigerung auf das Dreizehnfache unter entsprechenden Vergleichswerten einiger anderer afrikanischer Entwicklungsländer. Während 1973 in Angola pro Kopf der Bevölkerung 155 kWh Strom verbraucht wurden, waren es in Sambia 760 kWh, in Liberia 500 kWh, in Ghana 330 kWh und in Kamerun 180 kWh.<sup>56</sup> Der niedrige Energiekonsum der angolischen Wirtschaft zum Zeitpunkt des höchsten Leistungsvermögens der Industrie während der Kolonialzeit zeugt von einem geringen Industrialisierungsniveau. Rückschlüsse auf den Industrialisierungsprozeß lassen sich auch aus der Struktur des Potentials der verarbeitenden Industrie ziehen.

Dominierten in der verarbeitenden Industrie mit einem Anteil von 64 Prozent diejenigen Zweige, die Rohstoffe der Landwirtschaft und des Fischfangs verwerteten, so nahm speziell die Lebensmittelindustrie mit Abstand die Vorrangstellung ein. Auf sie entfiel ein Drittel des Produktionswertes der verarbeitenden Industrie. Prozentual wies allein die Lebensmittelindustrie einen genauso großen Anteil am wertmäßigen Volumen der verarbeitenden Industrie auf wie diejenigen Zweige zusammengenommen, welche nichtagrarische Rohstoffe verwerteten. Alle Produktionen, die auf der Verwendung nichtagrarischer Rohstoffe und von Halbfertigfabrikaten basierten, hatten nurgeringe Anteile an der verarbeitenden Industrie. Sie stützten sich nur zum Teil auf einheimische Materialien und nur in ganz geringem Umfang auf Montanrohstoffe. Insofern sind die Erdölraffinerie von Luanda, die 1973 ungefähr 10 Prozent des geförderten Erdöls - hauptsächlich für den Militärtransport - verarbeitete, und die Betriebe zur Fabrikation von Baustoffen, die vier Zementfabriken, die Glasproduktion und die Marmorschleiferei in Moçamedes als Einzelfälle anzusehen. So handelte es sich beispielsweise bei der Produktion von Transportmaterial um die Montage ausländischer Fertigteile; bei der Herstellung von Plastartikeln wurden importierte Halbfertigerzeugnisse verarbeitet; die Reifenproduktion erfolgte mit aus den USA eingeführtem Gummi; Werkzeuge wurden aus portugiesischem Stahl erzeugt, und die Metallurgie hatte ihre Grundlage in der Schrottvwertung und stellte keine Verhüttung, sondern einfachen Eisenguß dar.<sup>57</sup>

Diese verarbeitende Industrie spiegelte nicht im entferntesten die Möglichkeiten wider, die der Montanreichtum des Landes einer industriellen Entwicklung bot. Andererseits war das Angebot, welches die Wirtschaft von dieser Industrie zu erwarten hatte, dürftig. Ihre Erzeugnisse bestanden ohnehin zu schätzungsweise 70 Prozent aus Konsumgütern.

Von den im Jahre 1973 exportierten angolischen Waren im Wert von 19 Millionen Contos stammte nur ein knappes Zehntel aus der verarbeitenden Industrie. Im Unterschied zur extraktiven Industrie produzierte sie also vorwiegend für den Binnenmarkt. Lediglich 13 Prozent ihrer Produkte wurden ausgeführt.<sup>58</sup> Die verarbeitende Industrie orientierte sich in erster Linie am Bedarf der weißen Bevölkerung. Diese Bevölkerungsgruppe war vor allem durch die Einwan-

<sup>56</sup> Ebenda, S. 290.

<sup>57</sup> Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 273, 283 - 285.

<sup>58</sup> Berechnet nach Angaben ebenda, S. 187 ff., 272, 310 f.



## Produktion der verarbeitenden Industrie Angolas im Jahre 1973

Produktion der Industriezweige	Produktion in 1 000 Contos <sup>+</sup>	Anteil an der verarbeitenden Industrie in %
<b>I. Produktionen aus agrarischen Rohstoffen (einschließlich Fisch)</b>		
Lebensmittel	5 229	36
Textilien	1 728	12
Getränke	1 574	11
Tabak	783	5
<hr/>		
Lebens-, Genußmittel und Textilien insgesamt	9 314	64
=====		
<b>II. Produktionen aus Montanprodukten (sowie Chemikalien und Holz)</b>		
Mineralische nichtmetallische Produkte (Zement, Glas usw.)		
	763	5
Chemische Produkte (Farben, Waschmittel)		
	728	5
Erdölderivate		
	552	4
Produkte der metallverarbeitenden Industrie		
	539	4
Produkte der Papierindustrie		
	429	3
Transportmaterial		
	411	3
Stahl		
	342	2
Plasterzeugnisse		
	340	2
Gummierzeugnisse		
	340	2
Restliche Produkte		
	781	5
<hr/>		
Produkte aus nichtagrarischen Rohstoffen insgesamt	5 225	35
<hr/>		
Verarbeitende Industrie insgesamt	14 539	

+ 1 Conto = 1 000 Escudos.

Quelle:

Berechnet nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, Contribuição à História Económica de Angola, Luanda 1978, S. 272.



derer aus Europa von 173 000 Einwohnern im Jahre 1960 auf 570 000 Einwohner im Jahre 1970 angestiegen<sup>59</sup> und hatte somit gerade in jenem Jahrzehnt ihre stärkste Zunahme erfahren.

Die Montanindustrie und die verarbeitende Industrie waren kaum miteinander verbunden. Weder erhielt der Bergbau in nennenswertem Umfang Produktionsgüter aus eigener Produktion, noch wurden umgekehrt die Montanerzeugnisse von der Industrie für den Bedarf der Volkswirtschaft bzw. den Export verarbeitet. Nur in wenigen Fällen kam es zu Ansätzen für eine solche Entwicklung.

Mit Ausnahme derjenigen Betriebe, die Agrarrohstoffe verarbeiteten, sowie der Erdölraffinerie und der Baustofffabrikation lassen sich kaum Beispiele für eine gegenseitige Ergänzung der Wirtschaftszweige anführen. Waren wichtige Produktionen der angolanischen Wirtschaft vorwiegend exportorientiert entwickelt worden, so hatten sich andererseits - sieht man von den Einzelfällen ab -, keine arbeitsteiligen Beziehungen als kooperative Verflechtung zwischen ihnen herausgebildet. Somit fehlte eine organische Verbindung zwischen den volkswirtschaftlichen Bereichen weitgehend. Im Ergebnis kolonialer Wirtschaftspolitik war ein heterogenes Wirtschaftspotential entstanden. Das Kolonialregime hinterließ eine unterentwickelte und deformierte Volkswirtschaft, deren Bereiche sich im wesentlichen isoliert voneinander entwickelten.

### 3. Die Heterogenität der angolanischen Produktionsverhältnisse

Heterogene Züge dieser Wirtschaft zeigen sich auch in den Produktionsverhältnissen. In Angola hatte sich wie in vielen Entwicklungsländern eine Mehrsektorenwirtschaft herausgebildet. In der afrikanischen Tradition verwurzelte Produktionsverhältnisse waren erhalten geblieben und kapitalistische von außen aufgezwungen worden.

Kapitalistisches Eigentum bestand in erster Linie als Auslandskapital im Bergbau, in der verarbeitenden Industrie, im Bauwesen, in der Holzwirtschaft, im Fischfang, im Energiesektor, im Verkehrswesen, im Finanzsektor (Banken und Versicherungen) und in der Landwirtschaft. Im Jahre 1970 arbeiteten im kapitalistischen Sektor 716 000 Lohnempfänger. Abzüglich des Leitungs- und sonstigen Personals werden von Rocha Dilolwa 558 000 Lohnarbeiter ausgewiesen.<sup>60</sup> Sie teilten sich auf die Wirtschaftsbereiche wie folgt auf:

Tabelle 2

Lohnarbeiter der Kolonie Angola nach Wirtschaftsbereichen im Jahre 1970

Wirtschaftsbereiche	Arbeiter	
	Anzahl	in %
Ackerbau, Viehzucht, Forstwirtschaft, Jagd	223 530	40
Fischfang	20 000	3,5
Extraktive Industrie	53 283	9,5
Verarbeitende Industrie	47 800	8,5
Bauwesen	56 387	10
Sonstige (Energie, Verkehr, Dienstleistungen usw.)	156 811	28
Insgesamt	557 811	100

Quelle:  
Zusammengestellt und berechnet nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, *Contribuição à História Económica de Angola*, Luanda 1978, S. 219.

<sup>59</sup> Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 101.

<sup>60</sup> Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 219.

Die Anzahl der in der extraktiven Industrie beschäftigten Arbeiter hatte sich in den vorangegangenen Jahren infolge fortschreitender Mechanisierung verringert. Die Lohnarbeiter außerhalb der Landwirtschaft hatten einen Anteil an der arbeitsfähigen Bevölkerung (1970 = 3,7 Millionen) von 11 Prozent,<sup>61</sup> die der arbeitenden Industrie für sich genommen nur von 1,5 Prozent. Die Löhne der auf dem Lande beschäftigten Arbeiter waren wesentlich niedriger als die der städtischen. Zwischen den Löhnen der weißen und der schwarzen Arbeiter existierten enorme Differenzen. Sich auf die sechziger Jahre beziehend, schreibt Koeppen-Schomerus: "Der durchschnittliche Monatslohn eines Weißen in der Stadt beträgt ca. 185 \$ gegenüber 61 \$ auf dem Land, der eines Afrikaners 55 \$ gegenüber 15, nach anderen Quellen zwischen 4,5 und 12 \$ in der Stadt gegenüber 3 und 7,5 \$ auf dem Lande."<sup>62</sup> Da die meisten angolanischen Arbeiter keine berufliche Ausbildung hatten und die größte unter den Gruppen der Lohnarbeiter die Landarbeiter bildeten, dürfte der Anteil der Empfänger niedrigster Löhne dominiert haben. Die kapitalistischen Agrarbetriebe, in der Mehrzahl Plantagen und zum geringeren Teil Viehfarmen, bewirtschafteten ein Fünftel der landwirtschaftlichen Nutzfläche.<sup>63</sup> Teilweise waren ihnen Verarbeitungsbetriebe angeschlossen, wie das beispielsweise für die Zuckerfabriken kennzeichnend war.

In der Kolonialzeit klagten die weißen Farmer und Pflanzler ständig über Arbeitskräftemangel, der folgende Ursachen hatte: Das Privateigentum am Boden als Farm und Plantage war auch im 20. Jahrhundert ein Fremdkörper in der angolanischen Wirtschaft geblieben, und erst in diesem Jahrhundert hatte es sich etabliert. Pflanzungen und Viehzuchtbetriebe waren Inseln innerhalb der traditionellen afrikanischen Landwirtschaft. Für die auf der Grundlage ihrer Eigenversorgung im Rahmen der Subsistenzwirtschaft relativ auskömmlich lebende angolanische Landbevölkerung bestand in der Kolonialzeit kaum ein Anreiz, eine harte und schlechtvergütete Arbeit in kapitalistischen Agrarbetrieben anzunehmen.

Da Unternehmer in der Kolonialzeit angesichts der ländlichen Selbstversorgung und der schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen auf den Plantagen und in den Städten nur in ungenügendem Maße auf freie Arbeitskräfte zurückgreifen konnten, löste das portugiesische Kolonialregime das Problem auf einfache Art: durch außerökonomischen Zwang. Es wurde ein regelrechtes System der Zwangsarbeit entwickelt. Für öffentliche Arbeiten, wie den Bau und die Erhaltung von Straßen, wurde eine unbezahlte Pflichtarbeit eingeführt.<sup>64</sup> Die so "verpflichtete" angolanische Bevölkerung hatte nicht nur die Arbeitsleistung zu erbringen, sondern auch für ihren Unterhalt zu sorgen und zum Teil sogar die Werkzeuge bereitzustellen.<sup>65</sup> Mit dem Mittel der Arbeitsverpflichtung wurden aber auch Zuckerrohr-, Kaffee-, Sisal- und andere Plantagen mit Arbeitskräften versorgt.<sup>66</sup> Ein Zwang zur Lohn- oder Sklavenarbeit wurde außerdem auch durch die Einführung der Hütten- und Kopfsteuern ausgeübt.<sup>67</sup> Die Kopfsteuer wurde von den männlichen Einwohnern Angolas - das Gesetz sprach von Nichtzivilisierten - im Alter von 18 bis 60 Jahren erhoben. Jährlich mußten 100 bis 350 Escudos gezahlt werden, "je nachdem, ob der Steuerzahler in einem Gebiet lebt(e), in dem es hochwertige Kulturen (Kaffee) gibt, oder in armen Gebieten (Mais, Hirse, Bohnen usw.)".<sup>68</sup>

61 Ebenda.

62 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 52.

63 Berechnet nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 222.

64 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 46.

65 Ebenda.

66 Ebenda.

67 Von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 52.

68 Ebenda, S. 106 f.

Funktionierte dieser Hebel nicht, wurden drastische Methoden angewendet. Ziegler schrieb über die Rekrutierung von Arbeitskräften im Busch: "Die portugiesischen Behörden fordern von jedem Stammeshäuptling eine bestimmte Zahl von Arbeitern an. Unter Androhung von Körperstrafe muß der Häuptling der Kolonialverwaltung an einem Ort und Tag ein Kontingent von Arbeitern übergeben. Der Häuptling muß die Afrikaner seines Kontingents, die auf den Plantagen oder in den Bergwerken sterben, ersetzen."<sup>69</sup> Und Gersdorff urteilte: "Oft wird auch die physische Leistungsfähigkeit der Schwarzen überschätzt."<sup>70</sup>

Die Arbeit auf den Kaffeepflanzungen beschrieb Davezies wohl für die Situation, wie sie in den sechziger Jahren in Angola anzutreffen war, so: "Gearbeitet wurde von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags, in dieser Zeit mußte ein Sack Kaffee gepflückt werden. Nach sechs Monaten erhielt der Afrikaner 75 Escudos als Lohn. Bei Nichterscheinen am Arbeitsplatz brachte der Plantagenbesitzer den Säumigen zum Verwaltungsbeamten, der ihn bestrafte (50 Schläge auf die Handfläche).<sup>71</sup> 1959 verpflichtete sich Portugal offiziell zur Abschaffung der Zwangsarbeit und praktizierte sie inoffiziell weiter.

Eine spezielle Form der Zwangsarbeit war der Zwangsanbau von Agrarprodukten. Ähnliche Methoden der Zwangsarbeit wurden übrigens nicht nur in den portugiesischen Kolonien, sondern auch in den früheren deutschen Kolonien angewendet.<sup>72</sup> Bei Weiterbestehen der traditionellen Produktionsverhältnisse waren die in der Kolonialzeit aufgezwungenen neuen Produktionsverhältnisse für die angolansische Bevölkerung von vornherein nicht akzeptabel - ob es sich nun um unbezahlte oder bezahlte Arbeitsverhältnisse handelte. Es ist unter den geschilderten Umständen nicht verwunderlich, daß die Plantagenarbeit in den Augen der angolansischen Bevölkerung diskreditiert wurde.

Eine einfache Warenproduktion existierte in geringem Umfang als städtisches Handwerk, wobei die Produktion der Angolaner, repräsentiert vor allem durch Elfenbeinschnitzer und Korbflechter, im wesentlichen auf die Anfertigung von Volkskunstartikeln für den Souvenirhandel beschränkt blieb. Es gab sie ferner im Küstenfischfang, im Transportwesen in Gestalt des LKW-Transports und auf dem Lande in Form von Kleinbetrieben weißer Siedler und angolansischer Bauern.

Eine Produktion von Textilien für den Austausch hatte es seitens der Landbevölkerung in einigen Gebieten in der Geschichte Angolas bis in das 19. Jahrhundert gegeben. So hatte beispielsweise in Südangola die Webtechnik auf der Grundlage des traditionellen Baumwollanbaus zu einer hohen Blüte geführt. Sie war in Luimbe so hervorragend entwickelt, daß Maße von Stoffbahnen sogar zeitweilig als Wertmesser im Tauschhandel Südangolas eine große Rolle gespielt hatten. "Leider hat auch hier der europäische Einfluß zerstörend auf eine angestammte Kultur gewirkt. Die geschmacklos bedruckten Kattune haben die naturfarbenen soliden Baumwollstoffe verdrängt, weil sie in Massen auf den Markt geworfen wurden und deshalb billiger als die einheimischen Webeerzeugnisse zu haben waren. Eine Degeneration des guten Geschmacks konnte nicht ausbleiben ..."<sup>73</sup>

Auch gegen Ende der Kolonialzeit produzierte nur eine Minderheit der angolanschen Bauern für den Markt, indem sie sich auf den Anbau spezieller Kulturen, wie Kaffee, Baumwolle, Mais, Reis und in einigen Fällen auch Tabak, konzen-

<sup>69</sup> Ziegler, Jean, *La Contre-Révolution en Afrique*, Paris 1963, S. 175, zit. bei: Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 47.

<sup>70</sup> Von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 53.

<sup>71</sup> Davezies, Robert, *Les Angolais*, Paris 1965, S. 49 f., zit. bei: Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 47.

<sup>72</sup> Loth, Heinrich, *Deutsch-Ostafrika 1906 - 1914*, in: *Drang nach Afrika*, Berlin 1977, S. 144 f.

<sup>73</sup> Schachtzabel, Alfred, *Angola*, Berlin 1926, S. 143 f.

trierte. Die Höhe, die der Anteil der afrikanischen Marktproduzenten an der einheimischen bäuerlichen Bevölkerung in der Kolonialzeit erreichte, läßt sich nur schätzen. Geht man von einer halben Million bäuerlicher Marktproduzenten der afrikanischen Bevölkerung aus sowie einer Gesamtzahl angolischer Bauern von etwa 2,2 Millionen, so dürfte dieser Anteil nicht über 23 Prozent hinausgegangen sein. Nach anderen Berechnungen lag ihr Anteil nur bei 14 Prozent. Da von 1967 bis 1971 fast ein Drittel der afrikanischen Baumwollpflanzler die Betriebe aufgab und auch unter den angolischen Kaffeepflanzern im letzten Jahrzehnt vor der Befreiung infolge sich verschlechternder Reproduktionsbedingungen ein Proletarisierungsprozeß voranschritt, kann auf einen Rückgang des Anteils der Marktproduzenten geschlossen werden.<sup>74</sup>

Kleinpflanzungen angolischer Bauern waren als Familienbetriebe oder durch Zusammenschluß mehrerer Familien zu Genossenschaften vor allem in den Kaffeeregionen entstanden. Von der zu Beginn der siebziger Jahre für den Kaffeeanbau genutzten Fläche (540 000 Hektar) entfielen 22 Prozent (119 000 Hektar) auf Kleinstbetriebe mit einer Durchschnittsgröße von 2 Hektar.<sup>75</sup> Die angolischen Kleinpflanzler ernteten 1943 zirka 5 400 Tonnen Kaffee, 1951 waren es 6 900 Tonnen, 1973 dann 20 000 Tonnen und hatten damit im letztgenannten Jahr einen Anteil an der Kaffeeernte von 9 Prozent.<sup>76</sup>

Der Übergang zum Kaffeeanbau war für die angolischen Bauern keineswegs so unproblematisch, wie es diese Produktionssteigerung vermuten läßt. Davon zeugen Pössingers Studien über die Lage der Kaffeebauern im Zentralen Hochland. Pössinger verweist darauf, daß die kleinen afrikanischen Kaffeepflanzler zunehmend in die Schuldabhängigkeit der schnell wachsenden Schicht portugiesischer Zwischenhändler gerieten. Infolge ihrer geringen Einnahmen waren gerade die afrikanischen Pflanzler am wenigsten in der Lage, einer sich vermindern den Bodenfruchtbarkeit - bedingt durch den Übergang zur Monokultur - mit dem Einsatz von Düngemitteln zu begegnen.<sup>77</sup>

Hatte die Einbeziehung der angolischen Bauern in die Warenproduktion zunächst noch am ehesten im Bereich des Kaffeeanbaus Fortschritte gemacht, so verlief dieser Prozeß im allgemeinen schleppend und stieß gegen Ende der Kolonialära zunehmend auf massiven Widerstand der Betroffenen. Die Abneigung der Landbevölkerung gegen die Aufnahme einer marktorientierten Produktion erklärt sich nicht lediglich aus einem der traditionellen Wirtschaftsweise verhafteten Konservatismus afrikanischer Bauern. Unter Außerachtlassung der durch die koloniale Zwangswirtschaft geprägten Zustände in der Landwirtschaft verstiegen sich Marquardsen und Stahl zu der Aussage: "Die Anspruchslosigkeit der Eingeborenen und ihr Hang zum Nomadisieren, ebenso ihre Arbeitsscheu und die Möglichkeit, sich in dem fruchtbaren Lande durch geringe Mühe

74 Von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 58; Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 31. - Rocha Dilolwa (a. a. O., S. 218) gibt die Größe der bäuerlichen Bevölkerung Angolas für 1970 mit 2,2 Millionen an. Ist mit den erwähnten 500 000 für den Markt produzierenden Bauern die Gesamtzahl der Personen, also einschließlich der nicht im aktiven Alter befindlichen Angehörigen, gemeint, so ergibt sich aus der Relation dieser Zahl mit der Größe der afrikanischen bäuerlichen Gesamtbevölkerung (4 517 000 auf dem Lande lebender Personen abzüglich 447 000 Landarbeiter mit Familienangehörigen sowie 373 000 auf dem Lande lebender Europäer) ein prozentualer Anteil der warenproduzierenden Kleinbauern von 14 %. (Berechnet nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 215 ff.) Zur Proletarisierung der Kleinbauern vgl. Pössinger, Hermann, Interrelations between economic and social change in rural Africa: the case of the Ovimbundu of Angola, in: Sociel Change in Angola, München 1973, S. 46 ff.

75 Berechnet nach Angaben von Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 222, 228.

76 Von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 62; Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 216.

77 Pössinger, Hermann, a. a. O., S. 38 ff.



selbst zu ernähren, sind Faktoren, die die Neger zur seßhaften Tätigkeit besonders in landwirtschaftlichen Betrieben nicht sehr geeignet machen."<sup>78</sup> Diese Taxierung des angolischen Bauern hinsichtlich seiner "Eignung zu seßhafter Tätigkeit", die in den zwanziger Jahren so bedenkenlos dem Leser als sachkundiges Urteil angeboten wurde, ist so vermessen wie oberflächlich und falsch.

Die entscheidenden Hindernisse für die Einbeziehung der Bauern in die Marktproduktion schuf sich die Kolonialmacht durch ihre Wirtschaftspolitik selbst, für die - wie bereits erwähnt - Preisdruck und Zwangsregime kennzeichnend waren und sich ergänzten. Das Scheitern dieser Wirtschaftspolitik zeigt sich besonders deutlich im Baumwollanbau. Da die von den Kolonialbehörden gezahlten Preise für Baumwolle und Reis bis Anfang der sechziger Jahre zu 20 bis 25 Prozent unter den Weltmarktpreisen lagen,<sup>79</sup> wurden diese Produkte von weißen Pflanzern zunächst bis in die sechziger Jahre hinein wohlweislich nicht angebaut. Um seine Textilindustrie aber mit billiger angolischer Baumwolle versorgen und die bereits beschriebene Praxis des Reexports betreiben zu können, ging Portugal mit Zwangsmaßnahmen gegen die afrikanische Landbevölkerung vor. Diejenigen angolischen Bauern, welche zum Anbau landwirtschaftlicher Kulturen zwangsverpflichtet wurden, konnten ihre Existenzgrundlage mittels der für die Produkte gezahlten Beträge auf die Dauer nicht sichern. Verfügten sie doch über keinerlei Maschinen und lieferten nichtentkernte Baumwolle ab, für die nur die Hälfte des bereits niedrig angesetzten staatlichen Preises gezahlt wurde.<sup>80</sup> Extrem niedrige Preise untergruben jedoch nicht nur im Baumwollanbau die Existenzgrundlage der bäuerlichen Marktproduzenten, worauf bereits verwiesen wurde. Wenn von Gersdorff schreibt: "Der dem Schwarzen gezahlte Preis für Mais ist zur Hebung des Lebensstandards unzureichend"<sup>81</sup>, ist das sehr vorsichtig formuliert.

Auf der Grundlage des Zwangsanbaus hatte sich im Bereich der Baumwollproduktion ein Verlagssystem etabliert. Weiße Konzessionäre stellten angolischen Bauern das Saatgut zur Verfügung und kauften ihnen die Ernte ab.<sup>82</sup> Die Höhe der Auflage für den Anbau der Spezialkultur machte oft die Erzeugung ausreichender Nahrungsmittel für den Eigenbedarf unmöglich, und für den Kauf von Lebensmitteln fehlten den oft verschuldeten Bauern nicht selten die Mittel. Es kam deshalb wiederholt und besonders 1961 zu Aufständen gegen dieses Ausbeutungssystem, die mit Säuberungsaktionen und der Bombardierung von Dörfern geahndet wurden.<sup>83</sup> Angesichts des drastischen Rückgangs der Baumwollproduktion und folglich des -exports nach Portugal ging die Kolonialmacht seit 1961 vom Zwangsanbau der Baumwolle ab und zu einer flexibleren Preisgestaltung der Baumwollpreise über. Nun wurde die Baumwolle zu einer bevorzugten Plantagenkultur weißer Unternehmer.

In der Regel waren die Erfahrungen, die die angolische Landbevölkerung mit der Umstellung auf Spezialkulturen und Marktproduktion in der Kolonialära machte, geradezu abschreckend. Für die angolischen Landwirte stellte der Baumwollanbau so "einen der fühlbarsten Aspekte der kolonialen Ausbeutung dar ..."<sup>84</sup> Diese Erfahrungen konnten somit keineswegs von der Notwendigkeit überzeugen, die traditionelle Wirtschaftsweise auf dem Lande aufzugeben.

78 Marquardsen, H./Stahl, A., a. a. O., S. 160.

79 Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 10.

80 Ebenda, S. 10, 29.

81 Von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 70.

82 Vgl. ebenda, S. 66; hierzu auch Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 111 f.

83 Vgl. Koeppen-Schomerus, Frauke, a. a. O., S. 10; Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 112.

84 Andrade, M./Ollivier, M., La guerre en Angola, Paris 1971, S. 81, zit. bei: Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 111.



Der weitaus überwiegende Teil der angolanischen Bauern (zirka 70 bis 80 Prozent) betrieb Ackerbau und Viehzucht für den Eigenverbrauch, also als Naturalwirtschaft, die auch als Subsistenzwirtschaft bezeichnet wird. Extensive Brandwirtschaft und Wanderhackbau sowie Nomadenviehzucht basierten auf dem Gemeineigentum an Eoden. Nur selten wurden Produkte auf dem Markt verkauft.<sup>85</sup> Nicht immer erhöhten sich durch einen solchen Verkauf die Einnahmen der Produzenten. Das war vor allem dann nicht der Fall, wenn nur etwas verkauft wurde, um finanziellen Forderungen der Kolonialbehörde nachkommen zu können. So verkauften beispielsweise nomadisierende Hirtenstämme nur dann Vieh, wenn die von der Behörde erhobene Kopfsteuer fällig war.<sup>86</sup> Doch auch die auf Zwangs-anbau basierende bäuerliche Warenproduktion mußte nicht notwendigerweise zur Kaufkraftsteigerung der Landbevölkerung führen.

Vergegenwärtigt man sich, daß die überwiegende Mehrheit der angolanischen Bauern kaum oder nur gelegentlich als Käufer oder Produzenten von Waren in Betracht kam und 85 Prozent der angolanischen Bevölkerung auf dem Lande lebten, wird deutlich, welche geringe Rolle der innere Markt spielte.

Die Unterentwicklung der Arbeitsteilung innerhalb der angolanischen Wirtschaft ist somit auf verschiedene historische Ursachen zurückzuführen, von denen besonders zwei hervorzuheben sind:

1. die von außen aufgezwungene, also nach ausländischen Interessen geleitete Entwicklung des angolanischen Wirtschaftspotentials - und damit verbunden das weitgehende Fehlen einer Verflechtung der Produktion;
2. die naturalwirtschaftlich-agrarische Wirtschaftsweise des größten Teils der Bevölkerung, der infolgedessen fast völlig von den Austauschbeziehungen ausgeschlossen blieb.

Es kommt hinzu, daß der radikale Entzug des von den kleinen bäuerlichen Marktproduzenten erwirtschafteten Mehrprodukts die Entwicklung der einfachen Warenproduktion behinderte und die Bildung von Kaufkraft unter der bäuerlichen Bevölkerung erschwerte. Zu berücksichtigen sind ferner die infolge extrem niedriger Löhne schwache Kaufkraft eines zahlenmäßig noch geringen Proletariats, in welchem die am schlechtesten bezahlten Landarbeiter die größte Gruppe darstellten, somit damit adäquat die Orientierung der verarbeitenden Industrie auf den Bedarf einer zahlungskräftigen Minorität.

Auch die Unterentwicklung der Arbeitsteilung innerhalb der Volkswirtschaft - die Schwäche des Binnenmarktes - ist als erschwerende Ausgangsbedingung zu werten. Auch hierin weichen die Ausgangsbedingungen Angolas von denen europäischer Volksdemokratien ab.

#### 4. Die Herausbildung neuer Produktionsverhältnisse in der VR Angola

Im Oktober 1976 hielt Agostinho Neto auf der zweiten Konferenz der Arbeiter Angolas eine Rede, die unter dem Titel "Über die ökonomische Unabhängigkeit" bekannt wurde. Darin führte er aus: "Noch fehlt es an der Lösung vieler Aufgaben, um der wirklichen nationalen Unabhängigkeit näherzurücken. Können wir sagen, daß wir die vollständige Unabhängigkeit haben, wenn die Cabinda-Gulf-Oil das Erdöl von Cabinda ausbeutet? Offensichtlich nicht. Wir haben die wirkliche politische Unabhängigkeit, aber nicht die wirkliche ökonomische Unabhängigkeit: Sie ist erst dann erreicht in Angola, wenn von Cabinda bis Cunene kein ausländisches Monopol mehr unsere Reichtümer ausbeutet."<sup>87</sup>

<sup>85</sup> Vgl. Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 221 ff.; von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 58.

<sup>86</sup> Von Gersdorff, Ralph, a. a. O., S. 78.

<sup>87</sup> Neto, Agostinho, *Pela independência económica*, Luanda 1976, S. 15.

Die "independência verdadeira", die wirkliche Unabhängigkeit, ist ein in Angola häufig gebrauchter Begriff. Die Praxis des Neokolonialismus hat die Afrikaner gelehrt, die scheinbare von der erstrebten wirklichen Unabhängigkeit zu unterscheiden. Nach Angaben der UNO verlief die Nationalisierung in den Entwicklungsländern von 1970 bis 1974 doppelt so rasch wie in den sechziger Jahren.<sup>88</sup> In Afrika wurde in diesem Zeitraum in 25 Ländern ausländisches Eigentum teilweise oder vollständig nationalisiert. Hauptobjekte waren die Förderung und Verarbeitung von Erdöl, Bauxit, Phosphat, Eisenerz und Kupfer sowie Banken und Versicherungsgesellschaften.<sup>89</sup> Die Enteignung betraf also in erster Linie die extraktive Industrie, die neben der Landwirtschaft die Grundlage der Wirtschaft in den meisten afrikanischen Ländern bildet.

Daß das internationale Monopolkapital diesen Prozeß mit Besorgnis verfolgt, liegt auf der Hand, zumal die Bedeutung einiger Entwicklungsländer als Rohstoffproduzenten und -lieferanten auf dem Weltmarkt stark zugenommen hat. Das gilt auch für viele afrikanische Staaten. Auf Afrika entfallen heute 98 Prozent der Diamantenförderung aller nichtsozialistischen Länder, 80 Prozent sind es bei Kobalt, 70 Prozent bei Platin, 51 Prozent bei Chrom- und Manganerzen, 42 Prozent bei Antimon, 35 Prozent bei Vanadium und 25 Prozent bei Kupfer.<sup>90</sup>

Auch in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der MPLA, die im Befreiungskampf entwickelt und diskutiert wurden, spielte die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse eine Rolle. Das 1962 angenommene Programm enthielt aber keine radikalen, sondern sehr abgewogene Forderungen. Laut Maximalprogramm wurde eine planmäßige Entwicklung der Wirtschaft und eine Verwandlung Angolas in ein wirtschaftlich unabhängiges industrialisiertes, modernes Land angestrebt.<sup>91</sup>

Im einzelnen war unter anderem festgelegt:<sup>92</sup>

- Schaffung und Entwicklung staatlicher Handels- und Industriebetriebe,
- Bildung von Einkaufs-, Verkaufs- und Produktionsgenossenschaften,
- Ausbeutung von Energiequellen durch den Staat,
- Abschaffung der Privilegien, die den ausländischen Unternehmen in der Kolonialzeit zugestanden wurden.

Es war aber auch vorgesehen:

- Schutz der privaten Industrie und des Handels,
- Förderung derjenigen privaten Betriebe, die für die staatliche Wirtschaft und das Leben des Volkes nützlich sind,
- Unterordnung ausländischer Unternehmen unter angolanische Gesetze und
- staatliche Kontrolle über den angolanischen Außenhandel.

Das Programm läßt nicht die Absicht einer schnellen, sondern eher einer schrittweisen Nationalisierung vermuten. Wie die Erfahrungen der sozialistischen Länder erwiesen, hängt das Vorgehen in dieser Frage, das Tempo der Nationalisierung, nicht ausschließlich von den Konzeptionen der revolutionären Kräfte ab, sondern zumindest von zwei wichtigen Faktoren:

erstens von den Voraussetzungen für eine tatsächliche Vergesellschaftung im Leninschen Sinne - und an diesen Voraussetzungen mangelt es in Angola infolge des kolonialbedingten Bildungsnotstandes beträchtlich;

88 Uljanowski, R. A., Der ökonomische Kampf gegen den Neokolonialismus, in: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Nr. 4/1979, S. 390.

89 Ebenda.

90 Ebenda, S. 389.

91 Vgl. Programa e Estatutos do MPLA (1962), Luanda o. J., S. 5.

92 Ebenda, S. 5 f.

zweitens von der politischen Situation, der Bereitschaft der Bourgeoisie, sich im Fall einer langfristig angelegten allmählichen Nationalisierung der Wirtschaftspolitik einer volksdemokratischen Regierung ein- und unterzuordnen.

Lopo do Nascimento, seit 1979 Minister für Außenhandel, antwortete dann auch ein halbes Jahr vor Erringung der Unabhängigkeit auf die Frage nach den Nationalisierungsabsichten der MPLA: "Die Nationalisierung von Unternehmen ist ein ziemlich komplexes Problem, das bedingt, daß man über eigene Kader und gründliche Kenntnisse neuer Techniken verfügt, um sicherzustellen, daß derartige Unternehmen nach der Nationalisierung weiter reibungslos arbeiten."<sup>93</sup>

Und ein Vierteljahr vor der Unabhängigkeit erklärte Paolo Jorge, damals Direktor des MPLA-Informationsamtes und heute Außenminister: "Nationalisierung ist ein integraler Bestandteil des Programms und der politischen Stoßrichtung der MPLA. Aber wir beabsichtigen nicht, alle Monopole auf einmal oder unmittelbar zu nationalisieren. Zuerst werden wir uns mit ihnen und der portugiesischen Regierung zusammensetzen, um die Konzessionen zu revidieren ... Unser jetziges Programm ist eine taktische, keine strategische Veränderung."<sup>94</sup> Diese Vorstellungen liefen auf eine staatskapitalistische Wirtschaftspolitik und eine sehr vorsichtige, allmähliche, jedoch deshalb nicht minder konsequente Nationalisierung hinaus. Diese Konzeption wurde nach der Erringung der Unabhängigkeit beibehalten, und sie wird gegenwärtig realisiert. Dennoch ging man anfangs, nach der Befreiung, etwas schneller vor, als ursprünglich beabsichtigt war. Das war weniger auf linksradikale Tendenzen zurückzuführen, mit denen sich die MPLA auch auseinandersetzte, sondern vielmehr auf einen gewissen Sachzwang. Zahlreiche Betriebe waren ja, wie bereits ausgeführt, von ihren Eigentümern stillgelegt und vom Personal verlassen worden. Wirtschaftssabotage und Boykottaktionen des internationalen Kapitals zwangen die Volksrepublik zum schnellen Handeln.

Am 3. März 1976 erließ die Regierung der Volksrepublik Angola das Gesetz über die Beschlagnahme und Nationalisierung. Im Nationalisierungsgesetz wurde die wirtschaftspolitische Richtung wie folgt abgesteckt: Schaffung einer Planwirtschaft mit drei Sektoren - den Staatsbetrieben, dem genossenschaftlichen Sektor und der Privatwirtschaft. Das Gesetz legte die Intervention des Staates in solchen Betrieben fest, in denen es

- a) aufgrund ihrer strategischen Bedeutung,
- b) ihres verlassenen Zustandes oder
- c) infolge von Sabotage seitens der Eigentümer oder Administratoren

gerechtfertigt ist. Das Gesetz bestimmte ferner, daß die nationalisierten Betriebe allmählich als staatliche Wirtschaftseinheiten zu organisieren sind, die nach dem Prinzip der Einzeileitung gelenkt werden.<sup>95</sup>

Die Nationalisierung erfolgte in zwei Phasen. Die erste begann im Frühjahr 1976. Auf der Grundlage des Gesetzes wurden innerhalb eines halben Jahres über 2000 Unternehmen größtenteils entschädigungslos enteignet und verstaatlicht. Es handelte sich um verlassene Betriebe sowie um solche Unternehmen, die ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt oder ihre Produktion eingestellt hatten.

Der zweite Schritt erfolgte als zielgerichtete Verstaatlichung bestimmter Unternehmen. Zu ihnen gehörten die Betriebe der Textilindustrie und der Bauwirtschaft, Pflanzungen, Betriebe der Lebensmittelindustrie sowie die Marmorbrüche. Zu den verstaatlichten Firmen gehörten alle Zeitungen, die Rundfunkstationen des Fernmeldekonzerns "Marconi", die Erdölgesellschaft Petrangol,

<sup>93</sup> Zit. nach: Brönnner, Gabriele/Ostrowsky, Jürgen, a. a. O., S. 121.

<sup>94</sup> Ebenda.

<sup>95</sup> Relatório do Comité Central ao 1. Congresso do MPLA, o. O. o. J., S. 57.

die 20 500 Hektar zählende größte Kaffeeplantage der Welt in Gabela, der Bierkonzern "Cuca", der Baumwollkonzern "Contonang", das Kaffee-Institut Angolas (es hatte den gesamten angolanischen Kaffee-Export kontrolliert), die ausländischen Versicherungsgesellschaften und 61 Prozent des Kapitals der Diamantengesellschaft DIAMANG. Verstaatlicht wurden die wichtigsten Banken, 23 Binnenhandels- und 5 Exportunternehmen sowie 68 landwirtschaftliche Großbetriebe.

Im Oktober 1976 wurde die Nationalbank Angolas gegründet und am 11. November darauf die nationale Währung, der Kwanza, eingeführt.

In den Dokumenten der MPLA wird von fünf Typen der Produktionsverhältnisse ausgegangen, die gegenwärtig in Angola bestehen:

- die bäuerliche traditionelle Subsistenzwirtschaft,
- die kleine Warenproduktion,
- der Privatkapitalismus,
- der Staatskapitalismus, repräsentiert durch die gemischten Betriebe, und
- der Sozialismus, also die staatlichen Betriebe in der Industrie, der Landwirtschaft, dem Verkehrswesen und dem Finanzwesen sowie die Genossenschaften.

Geht man nicht von der Anzahl der Betriebe (71 Prozent der Produktionsstätten befanden sich 1979 in Händen des Staates), sondern vom Produktionsvolumen aus, dürften schätzungsweise auf staatliche und gemischte Betriebe einerseits und private andererseits jeweils die Hälfte entfallen.

Gemäß der Konzeption einer "allmählichen Nationalisierung", die mit einer zeitweiligen Tolerierung von Privatkapital und mit dessen Unterordnung unter staatliche Ziele, Planung und Kontrolle verbunden ist, wurden nach der Machtergreifung alle Verträge mit dem Auslandskapital revidiert. Zwar wurden dem Auslandskapital Schürfrechte eingeräumt, doch forderte der angolanische Staat zum Teil beträchtliche und in der Regel die überwiegenden Kapitalanteile. Das betrifft auch sämtliche ausländischen Gesellschaften im Bereich der Erdölförderung. So besitzt beispielsweise der angolanische Staat jetzt 51 Prozent der Aktien der Cabinda-Gulf-Oil. Die 1976 gegründete nationale Erdölgesellschaft Sonangol kontrolliert auf der Grundlage ihrer Anteile an den mit ausländischem Kapital arbeitenden übrigen Gesellschaften und Kraft ihres Prospektions-Monopols den Erdöl- und Erdgassektor.<sup>96</sup>

Aber Angola ist auch weiterhin daran interessiert, Auslandskapital in seine Wirtschaft einzubeziehen. Die Grundlage hierfür bietet das Gesetz über die ausländischen Investitionen in der Volksrepublik Angola vom 2. Juli 1979. Die gesetzlichen Bestimmungen laufen auf eine staatskapitalistische Wirtschaftspolitik hinaus, wie sie die UdSSR in den Jahren der NÖP gegenüber dem Auslandskapital betrieben hat. Die angolanische Regierung sichert sich einen Mindestanteil von 51 Prozent, bindet die Investoren an die Wirtschaftsplanung, erlegt ihnen Sozialaufgaben auf, beschränkt den Gewinntransfer (bis zu 25 Prozent des investierten Kapitals) und unterwirft sie der angolanischen Kontrolle. Die Eigentumsrechte sind zeitlich befristet, auf 10 bis 15 Jahre garantiert.

Die Zusammenarbeit mit dem Auslandskapital wirft für Angola Probleme auf. Doch unter Voraussetzung der Einhaltung des Gesetzes sind gegenwärtig die Vorteile dieser Kompromißlösung für die afrikanische Volksrepublik größer als die Nachteile. Neue günstige Verträge konnten bereits abgeschlossen werden. So besteht ein angolanisch-französisches Abkommen zur Fertigstellung eines der größten afrikanischen Textilkombinate, der Africa-Textil, die auf der Basis der einheimischen Baumwollproduktion die Versorgung des Landes mit eigenen Textilien sichern wird. Der angolanische Staat ist an dem Unternehmen beteiligt.

<sup>96</sup> Vgl. Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 215.



Mit dem Ziel der Kontrolle der Wirtschaft und ihrer Ausrichtung auf die angolanischen Bedürfnisse wurden Maßnahmen zur Entwicklung eines zentralen Leitungs- und Planungssystems und zur Sicherung des staatlichen Außenhandels- und Devisenmonopols getroffen.<sup>97</sup>

Auf welche Weise beabsichtigt der Staat, der wichtige Positionen in der Wirtschaft Schritt für Schritt einnahm, das ökonomische Potential zu nutzen und auszubauen? Strukturkorrekturen können kurzfristig nicht erfolgen. Die Direktive für die wirtschaftliche Entwicklung bis 1985, die vom 1. Außerordentlichen Parteikongreß (1980) beschlossen wurde, sieht eine Ausweitung der devisenbringenden extraktiven Industrie und den Auf- und Ausbau einiger Betriebe vor, die Montanprodukte verarbeiten (Erdöl, Eisen). Vor allem sollen jedoch Investitionen in solchen Industrien, wie der Produktion chemischer Düngemittel, erfolgen, die Voraussetzungen für die Erhöhung der Agrarproduktion bieten und für die, wie in diesem Fall, eigene Rohstoffvorkommen günstig erschlossen werden können. Andererseits sollen solche Produktionen erweitert werden, die wie die Lebensmittel- und Textilindustrie auf agrarischen Rohstoffen basieren und den Bevölkerungsbedarf decken können.<sup>98</sup> Und nicht nur die Industrie, auch die Bauwirtschaft, das Transportwesen und der Handel sollen ihren Beitrag zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion erhöhen.<sup>99</sup> Denn trotz der Aktivitäten, die die MPLA-PdA zur Entwicklung der Industrieproduktion unternimmt, betrachtet sie eine breit angelegte Industrialisierung gegenwärtig noch nicht als Schwerpunkt ihres Wirtschaftsprogramms.

Schon in den Richtlinien des Aktionsprogramms bis 1980, das auf dem 1. Parteitag der MPLA-PdA (1977) angenommen wurde, wird für die gegenwärtige Epoche der angolanischen Geschichte die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als entscheidender Faktor der Entwicklung bezeichnet.<sup>100</sup> Die Absicht, die Landwirtschaft als Grundlage auszubauen, ohne die Industrie zu vernachlässigen (sie vielmehr in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen), wurde begründet:

- mit der Notwendigkeit, für 85 Prozent der Bevölkerung Fortschritte zu erzielen, zumal die Bauern durch die Kolonialmacht am meisten zu leiden hatten,
- und auch mit dem Hinweis darauf, daß sich kein Land mit einer zurückbleibenden rückschrittlichen Landwirtschaft entwickeln kann.<sup>101</sup>

Im ZK-Bericht der MPLA-PdA von 1980 wurde die Richtigkeit dieser Strategie mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Probleme Angolas und die Nahrungsmittelknappheit in Afrika bekräftigt.<sup>102</sup> Daß dem landwirtschaftlichen Sektor in der Entwicklung der Vorrang zu geben sei, ist eine Orientierung, die die MPLA bereits vor ihrem Sieg konzipierte. Sie schließt Industrialisierungsmaßnahmen nicht aus, sondern dient eher dazu, eine künftige Industrialisierung größeren Umfangs vorzubereiten; denn neben den genannten Gründen könnte und müßte ein weiterer ins Gewicht fallen: Die Erwirtschaftung von Devisen durch agrarische Exportüberschüsse; hier sei nur auf Kaffee verwiesen.

Tatsächlich ist aber nunmehr der Bergbau und besonders die Erdölwirtschaft die Devisenquelle, während die Agrarproduktion für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausreicht und auch Exporteinnahmen für Spezialkulturen stark zurückgegangen sind.

97 Petzold, Siegfried, Angola in einer entscheidenden Etappe, in: Horizont, Nr. 25/1981, S. 20.

98 Relatório do Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário ..., a. a. O., S. 75, 85.

99 Ebenda, S. 84.

100 Teses e Resoluções de 1. Congresso do MPLA, a. a. O., S. 32.

101 Ebenda.

102 Relatório do Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário ..., a. a. O., S. 84.



Und gerade in der Landwirtschaft erweist sich die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse als komplizierter, als wohl ursprünglich angenommen wurde. Auch unterscheidet sich in der Agrarproblematik die angolansische Entwicklung sehr von der in den europäischen Volksdemokratien.

Das Maximalprogramm der MPLA von 1962 sah eine Agrarreform vor, eine Nationalisierung des Grundbesitzes der Gegner der Befreiungsbewegung und die Festlegung einer Maximalgrenze für privates Bodeneigentum. Die Flächen sollten vom Staat aufgekauft werden - soweit es sich nicht um Gegner im Befreiungskampf handelte - und an Landlose und Landarme verkauft werden.<sup>103</sup> In der Praxis erwies sich dann aber, daß der in vielen Ländern während der volksdemokratischen und sozialistischen Revolution beschrittene Weg der Agrarreform und Landaufteilung mit späterem Zusammenschluß der ländlichen Produzenten nicht in gleicher Weise beschritten werden konnte.

Wie bereits erwähnt, waren die meisten Großpflanzungen und Farmen während der Kriege von ihren Eigentümern oder Besitzern verlassen worden, und als die Kämpfe beendet waren, verfügten sie zudem auch nicht mehr über den ursprünglichen Bestand an Landarbeitern. Ein beträchtlicher Teil solcher Betriebe hatte übrigens mit Saisonkräften gearbeitet. Dazu gehörten auch die Kaffeepflanzungen. Nach der Betreuung blieb aber der größte Teil der agrarischen Saisonarbeiter aus. Von seinem Personal weitgehend entblößt, fiel der ehemals kapitalistisch wirtschaftende Sektor der angolansischen Landwirtschaft, der auf einem Fünftel der jetzigen Nutzfläche Produkte für den Austausch erzeugt hatte, nach 1975 für den Export und die Versorgung der Städte weit weniger ins Gewicht als vorher.

Auf einem Teil der verlassenen Agrarbetriebe entstanden Genossenschaften. Die MPLA war bestrebt, diese Genossenschaften mit den Verbrauchern in den Städten - der Industrie und der Bevölkerung - ohne Zwischeninstanzen in Verbraucherkooperativen zu verbinden, um so einen direkten Produktaustausch als Kompensation zu organisieren. Dieser Versuch scheiterte.<sup>104</sup>

Da sich in einigen Gebieten außerdem nicht genügend Bewerber für die Übernahme aufzuteilender Landflächen meldeten, wurden viele der kapitalistischen Unternehmen in Staatseigentum überführt. "Hunderte von Farmen und Plantagen wurden - mit Ausnahme der kaffeeproduzierenden Unternehmen - in sechzig, direkt vom Landwirtschaftsministerium verwaltete, Vereinigungen von Produktionseinheiten (Agrupamentos de Unidades de Produção-AUP) zusammengefaßt."<sup>105</sup> Ihnen fehlte es nicht nur an gelernten und ungelerten Arbeitskräften und somit an Produktionserfahrungen, sondern infolge von Sabotage und Kriegszerstörungen auch an Landtechnik. Saatgut und Zuchtvieh.

Ist das Arbeitskräfteproblem eines der kompliziertesten in der angolansischen Wirtschaft, so tritt es in der Landwirtschaft besonders drastisch in Erscheinung. Denn zu dem überall herrschenden Mangel an Experten kommt in den agrarischen Großbetrieben noch das Fehlen ungelerner Arbeitskräfte hinzu - eine Folge der Diskreditierung der Plantagenarbeit in der Kolonialzeit. Der Jahre zuvor erfolgte Zerfall der kapitalistischen Plantagenwirtschaft (der außerdem noch begleitet wurde von einem Rückgang der einfachen bäuerlichen Warenproduktion zugunsten der Naturalwirtschaft) kann nicht kurzfristig und nur schwer durch neue Produktionsverhältnisse kompensiert werden.

Der bis 1979 zu verzeichnende starke Rückgang der landwirtschaftlichen Erträge ist einerseits auf alte und neue Kriegsfolgen sowie auf Übergangsschwierigkeiten bei der Organisation von Produktion, Aufkauf und Transport zurück-

<sup>103</sup> Vgl. Programa e Estatutos do MPLA (1962), a. a. O., S. 6 f.

<sup>104</sup> Kivouvou, Prosper, a. a. O., S. 218 f.

<sup>105</sup> Ebenda, S. 216.

zuföhren; er erklärt sich aber auch aus dem Verfall der ehemals nur durch Zwang aufrechterhaltenen Produktionsverhältnisse.

Es kamen in den Jahren 1978 und 1979 extrem ungünstige Naturbedingungen als verschärfende Faktoren der ohnehin schwierigen Situation in der Landwirtschaft hinzu. Infolge der Trockenheit 1978 und auch 1979 sowie der Heuschreckenplage im letztgenannten Jahr fiel die Ernte 1978 schlecht und 1979 noch niedriger aus. Wurden zum Beispiel 1978 nur 26 000 Tonnen Kaffee geerntet<sup>106</sup> (80 000 Tonnen wurden exportiert<sup>107</sup>; im Vergleich dazu erreichte der Rekordexport des Jahres 1973 fast 219 000 Tonnen<sup>108</sup>), so sank das Ernteergebnis 1979 noch weiter ab und erbrachte nur 12 000 Tonnen.

Im Jahre 1980 konnte erstmals seit Erringung der Unabhängigkeit der Rückgang der Erträge bei Kaffee gestoppt werden. Es wurde eine Ernte von cirka 40 000 Tonnen Kaffee eingebracht.<sup>109</sup>

Den Arbeitskräftemangel in den staatlichen Großbetrieben der Landwirtschaft zu beheben, das erfordert Investitionen nicht nur in der Produktion, sondern auch für den Bau von Unterkünften und Versorgungseinrichtungen, auf die man in der Kolonialzeit, gestützt auf das Arbeitszwangsregime, verzichtet hatte. Da für die angolansiche Regierung die Ausübung von Arbeitszwang keine Alternative ist, kann das Arbeitskräfteproblem nur durch die Schaffung eines Anreizsystems gelöst werden, das die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einschließt. Hierzu gehört auch die Erleichterung der Landarbeit durch Mechanisierung. Die Regierung hat in den Jahren 1978 bis 1980 Agrarmaschinen importiert und der Landwirtschaft über 2 200 Traktoren, 203 000 Tonnen mineralische Düngemittel und hochwertiges Saatgut zugeführt.<sup>110</sup> Zur Organisation des Einsatzes der Agrartechnik wurde ein staatlicher Betrieb, das "Nationale Unternehmen zur landwirtschaftlichen Mechanisierung" (Empresa Nacional de Mecanização Agrícola - ENAMA), gegründet, das dem Landwirtschaftsministerium unterstellt ist und Filialen in acht Provinzen etablierte.<sup>111</sup>

Bei der Entwicklung der Landwirtschaft konzentriert sich die Regierung besonders auf die Steigerung der Produktion von fünf für die Wirtschaft des Landes sehr wichtigen Produkten: Mais als Grundnahrungsmittel, Baumwolle für die in ihrer Kapazität stark ausgebaute Textilindustrie, Kaffee als traditionelles Exportgut sowie Fleisch und Milch für die Versorgung der Bevölkerung. Mais wurde im Agrarjahr 1978/79 auf einer Plantagenfläche von 25 000 Hektar angebaut (1971/72 betrug sie 48 500 Hektar). Baumwolle wurde 1978/79 als Plantagenkultur auf 10 000 Hektar gepflanzt, und diese Fläche soll im Fünfjahrplan bis 1985 auf 30 000 Hektar erweitert werden (1971/72 wurde Baumwolle von einer 75 000 Hektar großen Plantagenfläche geerntet).<sup>112</sup> Angolas Landwirtschaft verfügt also, lediglich gemessen an den einst kultivierten Nutzflächen, über große Wachstumsreserven, wie beide Beispiele zeigen. Das trifft ebenso für andere Kulturen, besonders den Kaffeeanbau, aber auch für die Viehzucht zu. Gegenwärtig befindet sich die Rinderzucht noch im Aufbau, der von der Regierung

106 A "ENCAFE" eo seu trabalho, in: O Campo, Nr. 1/1979, S. 14 f.

107 Der Export bezieht Lagerbestände aus vergangenen Erntejahren ein.

108 Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 230.

109 Berg, Wilfried, a. a. O., S. 512.

110 Relatório do Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário ..., a. a. O., S. 75.

111 Mecanização agrícola ENAMA, in: O Campo, Nr. 1/1979, S. 4.

112 Relatório do Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário ..., a. a. O., S. 75; vgl. die Angaben für die Kolonialzeit bei Rocha Dilolwa, Carlos, a. a. O., S. 222.

durch den Import hochwertiger Rassen forciert wird. Ein Programm zur Entwicklung der Milchwirtschaft sieht die Einfuhr von 5 000 Stück Milchvieh vor, von denen 1 500 bereits der Landwirtschaft zugeführt wurden.<sup>113</sup>

Der andere Weg zur Etablierung neuer Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft, der genossenschaftliche Zusammenschluß der Bauern, hat bisher zur Bildung von 304 Kooperationen geführt, in denen sich ungefähr 51 000 Landwirte zusammengeschlossen haben. Außerdem bestehen 2 542 Bauernvereinigungen.<sup>114</sup> Die Regierung unterstützt diesen Prozeß durch die Bereitstellung von Saatgut und Düngemitteln. Sie setzt Fachkräfte zur Analyse der Agrarbedingungen sowie "Dynamisatoren" ein, die den Genossenschaftsgedanken propagieren, den Bauern Vorschläge für neue Produktionsmethoden unterbreiten und Schulungen durchführen.

In Angola unterscheidet man Bauernvereinigungen als Vorstufe zur Kollektivbildung agrarischer Produzenten einer Dorfgemeinschaft und Kooperativen, die Genossenschaften. In Vorbereitung sind ein allgemeines Gesetz über die Kollektivierung und Statuten für Bauernvereinigungen und Kooperativen.

Geht es auf den staatlichen und genossenschaftlichen Plantagen und Farmen darum, die volle Leistungsfähigkeit zu erreichen, so besteht das Problem in der übrigen Landwirtschaft darin, die Subsistenzwirtschaft zu verändern. Sie bestimmt die Lebensform von 70 Prozent der Bevölkerung.

Sicher ist die Entwicklung einer Marktproduktion eine langfristige Aufgabe, aber letztendlich bleibt der gesellschaftliche Fortschritt blockiert, wenn sie nicht gelöst wird. Denn die Arbeitskräfte und die Bodennutzung sind nun einmal neben den Rohstoffquellen die entscheidenden Wachstumsreserven eines wirtschaftlich schwachentwickelten Landes. Ohne die Erzeugung eines agrarischen Mehrprodukts können später keine Arbeitskräfte in der Landwirtschaft für andere volkswirtschaftliche Bereiche freigesetzt werden. Eine bäuerliche Mehrproduktion wäre die eine, ein Angebot von Industriewaren für die Landbevölkerung die andere Voraussetzung für die Herausbildung von Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land. Die Entfaltung des Binnenhandels und der Ausbau des Verkehrswesens werden somit zu Kettengliedern in der Entwicklung der Volkswirtschaft.

Gegenwärtig geht es jedoch in Angola noch nicht darum, in größerem Umfang einen agrarischen Freisetzungseffekt zu erzielen. Notwendig ist vielmehr die Eingliederung der zunächst überzähligen Arbeitskräfte aus den städtischen Zentren in den Produktionsprozeß, also derjenigen, die in der Vergangenheit infolge eines "negativen" Migrationsprozesses in die Städte kamen.

Auch die Lösung dieser Aufgabe hängt davon ab, inwieweit es gelingt, Voraussetzungen für die "tatsächliche" Vergesellschaftung zu schaffen. Deshalb konzentrierte sich die MPLA nach Erringung der Unabhängigkeit besonders auf die Förderung der Bildung. Ihre Erfolge sind bemerkenswert und beispielgebend für Afrika. Für alle Kinder wurde der allgemeine kostenlose Schulbesuch eingeführt. In einer breiten Alphabetisierungskampagne erlernten seit dem November 1976 bereits 330 000 Personen das Lesen und Schreiben. Gegenwärtig sind eine Million Personen vom Alphabetisierungsprozeß erfaßt.<sup>115</sup> Der Anteil der Analphabeten an der Gesamtbevölkerung konnte bereits unter 70 Prozent gesenkt werden.

Die Alphabetisierungskampagne ist gleichzeitig mit dem Erlernen des Rechnens verbunden. In einem Land, in dem der größte Teil der Bevölkerung, in Natu-

113 Relatório do Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário ..., a. a. O., S. 75.

114 Vgl. ebenda, S. 19.

115 Ebenda, S. 80.

ralwirtschaft lebend, ohne Austauschbeziehungen, ja ohne die Zahl aufzuwuchs, ist die Schulung des Denkens in Quantitäten eine Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Ein zentrales Problem der "tatsächlichen" Vergesellschaftung ist die Kaderfrage. Immer wieder wird sie im Zusammenhang mit dem Bestreben gesehen, neben der politischen auch die ökonomische Unabhängigkeit zu gewinnen. Fachkräfte für die verschiedensten Wirtschaftsbereiche sind aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern in den Aufbau einbezogen worden. Gleichzeitig wurden große Anstrengungen unternommen, um eigene Fachkräfte auszubilden. Eine Grundbedingung jeden Vertrages, den die Regierung Angolas mit ausländischen Firmen zur Entwicklung von Produktionen und sonstigen Einrichtungen abschließt, ist die Verpflichtung zur Ausbildung angolanscher Fachkräfte. Sie werden in absehbarer Zeit auch in den neuerrichteten Betrieben die Leitung übernehmen.

Die Überwindung des kolonialen Erbes erfordert die Propagierung einer neuen Einstellung zur Arbeit in den Betrieben. Auch auf diesem Gebiet haben die MPLA-PdA, der Gewerkschaftsbund UNTA und der Jugendverband Erfolge erzielt. Angesichts des ständigen Produktionsrückgangs rief die Gewerkschaft Anfang Februar 1977 für die Zeit bis zum 1. Mai zu einem Wettbewerb auf. Mit seiner Hilfe konnte der Produktionsrückgang, der nach der Massenabwanderung der Portugiesen und durch die südafrikanische Aggression eingesetzt hatte, gestoppt werden. In diesen Wettbewerb wurden 15 000 Werktätige einbezogen. Ein zweiter Wettbewerb im August 1979 erfaßte bereits 52 000 Werktätige aus 130 Betrieben. 1980 erfolgte der erste sozialistische Jahreswettbewerb. Daran beteiligten sich über 100 000 Werktätige aus 375 Produktionseinrichtungen, nicht nur aus staatlichen Betrieben, sondern auch aus gemischten Unternehmen und privaten Firmen.<sup>116</sup>

Im Jahre 1979 wurden die ersten Produktionsberatungen und Plandiskussionen durchgeführt und eine Aktivistenbewegung - die Bewegung der "Trabalhadores de Vanguarda" entstand. Das Jahr 1981 wurde zum "Jahr der Disziplin und Kontrolle" erklärt.

Wie der Landwirtschaft gelang auch der verarbeitenden Industrie nicht, die 1977 vom 1. Parteitag der MPLA-PdA gestellte Aufgabe, bis 1980 das Produktionsniveau von 1973 zu erreichen. Die verarbeitende Industrie hatte nur 50 Prozent, die Lebensmittelindustrie für sich genommen 45 Prozent, die übrige Leichtindustrie 66 Prozent und die Schwerindustrie 40 Prozent erreicht.<sup>117</sup>

Dennoch kann die MPLA-PdA, wie im Bereich des Gesundheitswesens und der Volksbildung, auch in der Industrieproduktion trotz der schwierigen Ausgangs- und Entwicklungsbedingungen Erfolge verbuchen. Der Rückgang der Industrieproduktion in den Jahren 1975 bis 1977 konnte nicht nur gestoppt werden, sondern im folgenden Zeitraum bis 1980 konnte eine Aufwärtsentwicklung erreicht werden. In diesen drei Jahren hatte die verarbeitende Industrie einen Leistungsanstieg von 60 Prozent zu verzeichnen. Die stärkste Steigerung erzielte die Montanindustrie, deren Produktion sich auf 450 Prozent erhöhte. Die Diamantenproduktion stieg auf das Vierfache. Insgesamt wurden in dieser Zeit 21 Millionen Tonnen Erdöl gefördert.<sup>118</sup> In der Energieerzeugung und in der Erdölproduktion konnten die Ergebnisse von 1973 wieder erreicht und zum Teil schon übertroffen werden.

116 Coburger, Dieter, UNTA vereint bereits 600 000 Gewerkschaftler, in: Horizont, Nr. 32/1980, S. 12; derselbe, Angolas Avantgarde stellt höhere Aufgaben, in: Neues Deutschland, 16. 12. 1980, S. 5.

117 Uma tarefa de todo o Povo, in: Jornal de Angola, 1. 11. 1980, S. 1.

118 Relatório de Comité Central ao 1. Congresso Extraordinário ..., a. a. O., S. 76.



Die MPLA-PdA kann auf einen wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß verweisen, der in seiner Fortsetzung eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation und die Wiedererreichung des wirtschaftlichen Leistungsvermögens verspricht - wenn dazu auch ein längerer Zeitraum erforderlich ist, als ursprünglich angenommen wurde.

## 5. Abschließende Bemerkungen zur These vom Bruch mit den kolonialen Produktionsverhältnissen

Abschließend soll die Aufmerksamkeit nochmals auf die These vom Bruch mit den kolonialen Produktionsverhältnissen gelenkt werden, um die Schwierigkeiten beim Wirtschaftsaufbau zu verdeutlichen.

- In der Kolonialzeit entstand kein Wirtschaftsgefüge. Die Deformation der Wirtschaft erstreckt sich nicht nur auf die Produktions-, sondern auch auf die Infrastruktur.
- Nahezu alle bis 1975 in der angolanischen Wirtschaft arbeitenden Fachkräfte reagierten auf die Überwindung des Kolonialregimes destruktiv und entzogen sich dem Wirtschaftsaufbau durch Flucht. Die Leitung und Organisation der Industrie und der marktorientierten Agrarproduktion, des Verkehrs, des Handels und des Handwerks brach zusammen.
- Destruktiv gegenüber den neuen gesellschaftlichen Kräften Angolas verhielt sich auch das Auslandskapital, welches seine Eigentümerfunktion vielfach nicht mehr wahrnahm oder zu regelrecht zerstörenden Aktionen gegen die Volkswirtschaft mißbrauchte. Die Radikalität seines destruktiven Vorgehens erklärt sich auch aus dem Fehlen nationaler Bindungen.
- Waren mit dem Auslandskapital dennoch in der Folge Kompromißlösungen wenigstens teilweise möglich, so war die Einbeziehung einer nationalen Bourgeoisie in den Wirtschaftsaufbau im Sinne einer Übergangslösung einfach deshalb nicht möglich, weil sie sich noch kaum herausgebildet hatte.
- Die verarbeitende Industrie existierte zum Zeitpunkt der Befreiung erst ein Jahrzehnt. In einer so jungen Industrie konnten sich kaum stabile Produktionsgewohnheiten herausbilden, die den Entzug der Experten möglicherweise gemildert hätten.
- Die Praxis des kolonialen Reexports und der Raub billiger Rohstoffe ist in Verbindung mit dem Zwang angolanischer Bauern zum Anbau solcher Kulturen zu sehen, die für Plantagen preisungünstig waren. Das Kolonialregime diskreditierte infolge des Arbeitszwangs (Kopfsteuern, Zwangsanbau, niedrige Löhne) nicht nur die Lohnarbeit, sondern auch die einfache ländliche Warenproduktion.
- Die menschenunwürdigen Produktionsverhältnisse der agrarischen Großbetriebe und zum Teil auch der einfachen Warenproduktion auf dem Lande, die im Gegensatz zu denen der Industrie seit längerer Zeit etabliert waren, lösten sich und waren einem rapiden Verfall ausgesetzt; die der agrarischen Subsistenzwirtschaft sind hingegen nur langfristig zu überwinden.
- Der Austausch zwischen Stadt und Land wurde infolge der Kriegsauswirkungen, des Produktionsrückganges und der Auflösung von Produktionsverhältnissen unterbrochen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, der ihr dienende Verkehr, der Binnenmarkt (die Ware-Geld-Beziehungen) waren in der Kolonialzeit ohnehin unterentwickelt. Die Aufnahme des Handels zwischen Stadt und Land würde die Entfaltung der neuen Produktionsverhältnisse stimulieren und fördern. Sie setzt jedoch eine Steigerung der industriellen und agrarischen Produktion voraus, die wiederum von der Entwicklung jener neuen Produktionsverhältnisse abhängt. Beim Fehlen dieser für die Wirtschaft so fundamentalen Austauschbeziehungen haben wir es mit einer negativen, unter der Bedingung ihrer Existenz mit einer positiven Rückkoppelung zu tun. Das Fehlen von Austauschbeziehungen zwischen Stadt und Land ist eine



Wachstumsbarriere, die nur durch ein erhöhtes Angebot von industriellen Konsumgütern überwunden werden kann.

## Zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion

von Bärbel Dacke

1. Die Ursachen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
2. Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
3. Die Kriegswirtschaft als eine Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus
4. Die staatsmonopolistischen Tendenzen im Nachkriegskapitalismus

In der gegenwärtigen marxistisch-leninistischen Literatur gibt es bisher nur eine kleine Anzahl von Arbeiten, die sich speziell mit der Analyse der Weiterentwicklung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus nach Lenins Tode befassen. Dabei ist festzustellen, daß solche Untersuchungen aus unterschiedlicher Sicht heraus erfolgen. Zum einen handelt es sich um Veröffentlichungen, in denen der Versuch unternommen wird, eine Gesamtübersicht über die Entstehung und Entwicklung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zur Gegenwart zu geben bzw. Teilprozesse der Genesis dieser Theorie aufzuzeigen;<sup>1</sup> zum anderen sind das Publikationen, die der Herausarbeitung des Beitrages einzelner Ökonomen, hierbei namentlich Eugen Varga, an der Vervollkommnung und Vertiefung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus gewidmet sind.<sup>2</sup> Eine geschlossene theoriengeschichtliche Darstel-

- 1 Djomin, Adrej/Raskov, Nikolaj, Nepochodjaščee značenie leninskogo učeniya o gosudarstvenno-monopolističeskom kapitalizme, in: Vestnik LGU, Nr. 5/1980, S. 19 - 25; Kuczynski, Jürgen, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, in: Wirtschaft und Staat im Imperialismus, Berlin 1976, S. 1 - 19; derselbe, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 173 - 183.
- 2 Holzappel, Fritz/Költz, Jürgen, Zum Beitrag E. S. Varga zur Entwicklung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Eugen Varga. Hervorragender Funktionär der internationalen Arbeiterbewegung und bedeutender marxistisch-leninistischer Wissenschaftler. Referate und Beiträge, Wissenschaftliches Kolloquium mit internationaler Beteiligung. 6. 11. 1979, Karl-Marx-Universität (im folgenden: KMU) Leipzig 1980, S. 83 - 91; Sachse, Hilmar, Der Beitrag E. Vargas zur Herausbildung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Festschrift anlässlich des 60. Geburtstages von Prof. Dr. sc. Fabiunke, KMU Leipzig 1981. - Darüber hinaus gibt es Publikationen, die sich der Weiterentwicklung und Vertiefung der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie des Kapitalismus durch Varga widmen und in diesem Zusammenhang den uns interessierenden Problemkreis berühren. Dazu zählen z. B. Goldberg, Jörg, Methodische und theoretische Probleme in Vargas Vierteljahresberichten, in: E. Varga. Wirtschaft und Wirtschafts-

lung der Anwendung und Weiterentwicklung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus gibt es bisher jedoch nicht. Allerdings können die bereits vorliegenden Schriften der Vertreter der politischen Ökonomie des Kapitalismus, der Wirtschaftsgeschichte und der Geschichte der politischen Ökonomie als solide Grundlage einer vertiefenden Analyse dienen.

Im folgenden Beitrag wollen wir uns insbesondere den zwanziger Jahren zuwenden, und damit einer Zeit, in der sich ein erster Entwicklungsabschnitt der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus nach Lenins Tode vollzieht.

In der neuesten Literatur wird oft der Standpunkt vertreten, daß die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus erst nach dem zweiten Weltkrieg eine Weiterentwicklung erfahren habe. Nur einige wenige Autoren<sup>3</sup> verweisen auf die Schriften der bekannten sowjetischen Ökonomin Jelizaveta Chmel'nickaja, die sich besonders in den zwanziger Jahren und Anfang der dreißiger Jahre um die Vertiefung und Anwendung der Leninschen Gedanken über das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus verdient gemacht hat. Unseres Erachtens erfolgte jedoch bereits vor dem zweiten Weltkrieg eine Erarbeitung dieses Problemkreises, und zwar in einem weit größeren Maße, als es bisher angenommen worden ist.

Um eine möglichst umfassende Darstellung des Entwicklungsstandes der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in den zwanziger Jahren geben zu können, müssen vor allem zwei Aspekte beachtet werden.

**E r s t e n s** ist die Bearbeitung der theoretischen Fragen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus logisch in die sich in dieser Zeit vollziehende Vertiefung und Vervollkommnung der marxistisch-leninistischen Lehre von der allgemeinen Krise des Kapitalismus einzuordnen.

Die neue Periode der Entwicklung des Nachkriegskapitalismus, in die die meisten kapitalistischen Hauptländer nach 1924 eingetreten waren - die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus (1924 bis 1929) -, stellte die Vertreter der Kommunistischen Internationale, insbesondere die KPdSU, und die sowjetischen Ökonomen vor die Aufgabe, die vielfältigen Erscheinungen und Prozesse zu analysieren, zu verallgemeinern und entsprechende strategische und taktische Schlußfolgerungen für den revolutionären Kampf zu ziehen. Damit war zugleich eine harte Auseinandersetzung mit bürgerlichen, reformistischen und revisionistischen Konzeptionen verbunden, zu denen unter anderen die Theorie vom "organisierten Kapitalismus", von der "Wirtschaftsdemokratie" und vom "Ultraimperialismus" gehörten. Im Mittelpunkt der theoretischen Diskussionen zu Problemen der politischen Ökonomie des Kapitalismus standen deshalb solche Fragen wie die Bildung nationaler und internationaler Monopolverbände;<sup>4</sup> die kapitalistische Rationalisierung - ihre ökonomischen und sozial-

politik, Vierteljahresberichte 1922 - 1939, hg. v. J. Goldberg, Bd. 1, Berlin (West) 1977, S. 35 - 120; Heininger, Horst/Maier, Lutz, Vorwort zu: E. S. Varga. Ausgewählte Schriften 1918 - 1964, Bd. 1, Berlin 1979, S. XV - XLI.

3 Kuczynski, Jürgen, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 7 - 9; Schröter, Alfred, Krieg - Staat - Monopol. 1914 - 1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des ersten Weltkrieges, Berlin 1965, S. 8 - 12, 113 - 122.

4 Zu diesem Problemkreis erschien Ende der siebziger Jahre ein interessanter sowjetischer Artikel, der sich mit Auffassungen über den Monopolpreis in der Sowjetliteratur der zwanziger/dreißiger Jahre befaßt. Siehe Kalmyčkova, J., Problema monopol'noj ceny v sovetskoj literature 20 - 30 ch godov, in: Ekonomičeskie nauki, Nr. 5/1978, S. 85 - 90.

politischen Folgen (Arbeitslosigkeit, Nichtauslastung des Produktionsapparates und andere); das Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus; der Krisenzyklus und die sogenannten Antikrisenprogramme der bürgerlichen Staaten.<sup>5</sup>

Neben den in diesen Diskussionen weit verstreut enthaltenen theoretischen Gedanken zum staatsmonopolistischen Kapitalismus gibt es zweitens auch selbständige Arbeiten, in denen sich die Autoren speziell mit dem Wesen, den Entstehungsursachen und besonderen Erscheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigen. Den Hauptanteil an der Erarbeitung dieser Problematik trug ohne Zweifel die sowjetische Ökonomin Chmel'nickaja. Ihre Monographie sowie ihre Artikel, die Ende der zwanziger Jahre in führenden Zeitschriften und Sammelwerken der UdSSR (zum Beispiel im "Vestnik Komakademii" und in der Großen Sowjetenzyklopädie) erschienen,<sup>6</sup> haben für die Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus einen unschätzbaren Wert. Wir stimmen deshalb der Einschätzung der Leistung dieser sowjetischen Politökonomin durch Jürgen Kuczynski zu. Er schreibt: "Ihre Ausführungen sind bis in die sechziger Jahre, also mehr als eine Generation hindurch, die geschlossenste Darstellung dessen, was staatsmonopolistischer Kapitalismus ist. Sie basiert ganz auf Lenin und ergänzt ihn durch historische Ausführungen sowie durch die Anwendung seiner Lehre auf die Entwicklung der zwanziger Jahre."<sup>7</sup>

Angesichts einer Reihe weiterer interessanter Arbeiten zu dieser Problematik wäre es jedoch nicht gerechtfertigt, wenn man sich bei der Analyse des Entwicklungsstandes der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in den zwanziger Jahren auf die Schriften Chmel'nickajas beschränkt. Es sind vor allem die Publikationen von J. Bukšpan, P. Lapinskij, J. Larin<sup>8</sup> und E. Varga<sup>9</sup>, die in diesem Zusammenhang eine besondere Würdigung verdienen.

5 Siehe Motuz, V., Antikrizisnye meroprijatija buržuaznych gosudarstv na pervom etape obščego krizisa kapitalizma v ocenke sovetskich ekonomistov, in: Voprosy političeskoj ekonomii, Taschkent 1971, S. 84 - 93.

6 Chmel'nickaja, Jelizaveta, Voennaja ekonomika Germanii 1914 - 1918. Opyt teoretičeskogo analiza voennogo chozjajstva, Moskau/Leningrad 1929; dieselbe, Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm. (Germanija 1914 - 1918), in: Vestnik Komakademii, Bd. 24, 1927; dieselbe, Planovoe regulirovanie v voennom chozjajstve Germanii. (1914 - 1918), in: Vestnik Komakademii, Bd. 19, 1927; dieselbe, Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm, in: Bol'shaja Sovetskaja Ėnciklopedija, Bd. 18, Moskau 1930, Spalten 399 - 420; dieselbe, Voennoe chozjajstvo, in: Bol'shaja Sovetskaja Ėnciklopedija, Bd. 12, Moskau 1929, Spalten 238 - 264 u. a.

7 Kuczynski, Jürgen, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 7.

8 Bukšpan, J., Voenno-chozjajstvennaja politika. Formy i organy regulirovanija narodnogo chozjajstva za vremja mirovoj vojny 1914 - 1918, Moskau 1930; Lapinskij, P., Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm i politika imperIALIZMA, in: Bol'sevik, Nr. 9/1928; derselbe, Sud'by poslevoennogo gosudarstva, in: Bol'sevik, Nr. 7/1928; Larin, J., Gosudarstvennyj kapitalizm voennogo vremeni v Germanii (1914 - 1918), Moskau/Leningrad 1928.

9 In den zwanziger Jahren entwickelte Varga seine Auffassungen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus vor allem in den Vierteljahresberichten (vgl. Goldberg, J., Methodische und theoretische Probleme in Vargas Vierteljahresberichten, a. a. O., S. 91 - 103; Sachse, Hilmar, Der Beitrag E. Vargas zur Herausbildung der Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus, a. a. O.), aber auch in einzelnen kleineren Schriften. Vgl. z.B. Varga, Eugen, Ėkonomika kapitalizma v period zakata posle stabilizacii, Moskau/Leningrad 1928, S. 70 - 78.

Diese sowjetischen Ökonomen widmeten sich in ihren theoretischen Untersuchungen vorrangig den ersten Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus während des ersten Weltkrieges und der ersten Nachkriegsjahre. Ihr Hauptaugenmerk richteten sie dabei auf Deutschland, wo im Vergleich zu den anderen kapitalistischen Staaten Europas diese Erscheinungen besonders stark ausgeprägt waren. Neben der Analyse der Probleme der Kriegswirtschaft, der staatsmonopolistischen Regulierung, ihrer Formen und Organe im Rahmen des kriegswirtschaftlichen Systems in Deutschland enthielten ihre Arbeiten zugleich wertvolle Gedanken zum Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie Hinweise auf die Gesetzmäßigkeit des Fortbestehens und teilweise sogar der Verstärkung der staatsmonopolistischen Tendenzen nach dem ersten Weltkrieg.

Wenden wir uns nunmehr einigen speziellen Problemen der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zu, die in den zwanziger Jahren aufgegriffen und analysiert wurden. Dazu gehören: die Entstehungsursachen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sein Wesen, die Kriegswirtschaft als eine Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie die Herausbildung und Verstärkung der staatsmonopolistischen Tendenzen.

## 1. Die Ursachen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die sowjetischen Ökonomen untersuchten den Verlauf der historischen Entwicklung des Kapitalismus seit seiner Herausbildung bis zum ersten Weltkrieg auf der Grundlage der Leninschen Imperialismustheorie. Im Ergebnis dieser Analyse kamen sie zu der Feststellung, daß der Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" "untrennbar mit dem neuesten Entwicklungsstadium der kapitalistischen Wirtschaft verbunden ist".<sup>10</sup> Damit knüpften sie direkt an die Erkenntnisse W. I. Lenins über die Entfaltung des Monopolkapitalismus als Grundlage der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus an.

Natürlich sahen sie, daß der Staat bereits lange vor dem imperialistischen Weltkrieg mehr oder weniger stark Einfluß auf die Wirtschaft genommen hatte. Während Lapinskij und Varga die Entwicklung der Wirtschaftstätigkeit des Staates über Jahrhunderte hinweg verfolgten,<sup>11</sup> gab Chmel'nickaja einen detaillierten Überblick über die Wandlung der Rolle des Staates entsprechend dem jeweiligen Entwicklungsstadium des Kapitalismus<sup>12</sup>.

So wirke der Staat in der Epoche der Errichtung des Kapitalismus als Hebel der ursprünglichen Akkumulation, wobei er vorrangig mittels Steuersystem der Kleinbourgeoisie enteigne und die akkumulierten Mittel in Kapital verwandle. Mit Ausgang des 18. Jahrhunderts beginne die Epoche des Siegeszuges des Kapitalismus, in der sowohl neue Bedingungen für die Entwicklung der Staatsmaschine geschaffen als auch neue Forderungen an den Staat als Exekutivapparat der herrschenden Klasse gestellt werden. Dem Staat komme nunmehr die Funktion des Schutzes und der Schaffung günstiger Bedingungen für die kapitalistische Entwicklung zu. Am Ende ihrer Betrachtungen, in denen sie auch auf die nationalen Unterschiede zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern hinsichtlich der Anforderungen an die Wirtschaftstätigkeit des Staates verwies, resümierte Chmel'nickaja: "Wenn der Staat in allen historischen Entwicklungsstadien der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs ein passives und indifferentes

10 Chmel'nickaja, Jelizaveta, Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm, in: Bol'saja Sovetskaja Ėnciklopedija, Bd. 18, Moskau 1930, Spalte 400.

11 Varga, Eugen, a. a. O., S. 70; Lapinskij, P., GMK i politika imperializma, in: Bol'shevik, Nr. 9/1928, S. 9 f.

12 Chmel'nickaja, Jelizaveta, Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm, a. a. O., Spalten 400 f.



Anhängsel in bezug auf den Verlauf des wirtschaftlichen Lebens war, so brachte die Epoche des Imperialismus eine qualitativ neue Rolle und Stellung des Staates im Wirtschaftssystem hervor.<sup>13</sup>

Die neue Qualität bestehe im Verschmelzen des bürgerlichen Staates mit der kapitalistischen Wirtschaft. Sie erwachse aus dem sich ständig vertiefenden Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals.<sup>14</sup> Ausgehend von der Leninschen Imperialismusanalyse, insbesondere von den ökonomischen Merkmalen des Imperialismus, arbeiteten die sowjetischen Ökonomen die Bedingungen und Ursachen für die Entstehung des staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus.<sup>15</sup>

Das erste ökonomische Merkmal der Leninschen Imperialismusdefinition ist die "Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen".<sup>16</sup> Lenins Erkenntnisse über die Entstehung und Bedeutung der Monopole nahmen die sowjetischen Ökonomen zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen Betrachtung über die staatlichen Monopole und deren Stellung im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Der hohe Grad der Konzentration einiger Produktionszweige sprengte hinsichtlich der technischen Organisation den Rahmen der alten Formen des individuellen Eigentums und der individuellen Leitung. Damit sei die ökonomische Basis für die Verstaatlichung und die Entstehung staatlicher Monopole in einer Reihe von Produktionszweigen gegeben.

Im Unterschied zu den im vormonopolistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus auftretenden Fällen der Verstaatlichung seien die staatlichen Monopole in der Epoche des Imperialismus Bestandteile des monopolistischen Systems. "Da die Monopole entscheidende Zweige der modernen Wirtschaft umfassen, entsteht zwischen den staatlichen Organisationen und dem gesamten kapitalistischen System eine untrennbare organische Verbindung",<sup>17</sup> heißt es bei Chmel'nickaja. In der Verflechtung der staatlichen und privaten Monopole sah sie eine erste objektive Grundlage für die Verschmelzung des Staates mit der Wirtschaft in der Epoche des Imperialismus.<sup>18</sup>

Ähnliche Schlußfolgerungen zogen die sowjetischen Ökonomen auch aus dem zweiten ökonomischen Merkmal der Leninschen Imperialismusdefinition, der Vereinigung des Bankkapitals mit dem Industriekapital zum Finanzkapital. "Seinem Wesen nach", schrieb zum Beispiel Chmel'nickaja, "bedeutet die Herrschaft der Finanzoligarchie Verschmelzung des Staatsapparates mit dem System des Finanzkapitals".<sup>19</sup> Die staatliche Regulierung des Geldumlaufs sei untrennbar mit der gesamten Tätigkeit des Bankapparates des Finanzkapitals verbunden. Das weit auslaufende Netz der staatlichen Sparkassen befinde sich ebenfalls

13 Ebenda, Spalte 401.

14 Vgl. ebenda.

15 In diesem Zusammenhang möchten wir auf eine interessante Arbeit verweisen, die unter der Redaktion von J. Chmel'nickaja, L. Mendel'son und E. Varga herausgegeben wurde: Novye materialy k rabote V. I. Lenina Imperializm, kak vysšaja stadija kapitalizma, 2. erg. Aufl. Moskau 1935. - Diese Publikation enthält ein reiches Fakten- und Zahlenmaterial, mit dem die Leninsche Imperialismusanalyse unter Berücksichtigung der konkreten Entwicklung der kapitalistischen Länder in den zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre bereichert und weiterentwickelt wurde.

16 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 270 f.

17 Chmel'nickaja, Jelizaveta, Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm, a. a. O., Spalte 402.

18 Siehe ebenda.

19 Ebenda.

faktisch in der Verfügung des Finanzkapitals. In den Händen der Banken konzentrierten sich die Operationen mit den Staatsanleihen, die den wichtigsten Kanal der Akkumulation und der Umverteilung der Kapitale in der modernen Wirtschaft bilden. Das Finanzkapital ordnet sich nicht nur die staatlichen Monopole, die sich in einzelnen Produktions- und Handelszweigen gebildet haben, unter, sondern auch einen solch wesentlichen Teil des modernen Staatsapparates wie die Gemeinde- und Stadtverwaltung. Die Verschmelzung des Staates mit den Organen des Finanzkapitals verwirklichte sich durch die Personalunion, die Teilnahme führender Beamter und Regierungsmitglieder in den Aufsichtsräten der monopolistischen Vereinigung.

Auch aus dem Kampf um die Außenmärkte, der Jagd nach neuen Territorien und dem Streben nach der Weltherrschaft, die dem Wesen des Monopolkapitalismus entspringen, leiteten die sowjetischen Ökonomen die neue Rolle des Staates ab. Besondere Aufmerksamkeit richteten sie dabei auf den Kapitalexport. Die enge Zusammenarbeit von Kapital und Staat, insbesondere der militaristischen Staatsapparatur, ermöglichte es, die Finanzhilfe für schwache und schutzlose Länder mit militärischem und politischem Druck zu verbinden. Im Mittelpunkt hierbei stehe der Kampf um die Rohstoffmärkte, an dem der Staat großen Anteil nimmt, da er selbst einer der größten Verbraucher solch wichtiger Rohstoffe ist wie zum Beispiel Erdöl, Kautschuk und Buntmetall. Der Staat verwandle sich "in einen der Hauptaktionäre der um die Weltherrschaft kämpfenden Trusts",<sup>20</sup> schrieb Chmel'nickaja. Die Macht der Staatsapparatur werde somit zu einem erstrangigen Faktor im Kampf um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die sowjetischen Ökonomen mit der Untersuchung der Ursachen der Entstehung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wesentliche Prämissen für die Handhabung des Leninschen Erbes, die Anwendung und Vertiefung der Leninschen Imperialismusanalyse gesetzt haben. Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist nicht zu begreifen, wenn die Hauptmerkmale des Monopolkapitalismus unberücksichtigt bleiben. Unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft und insbesondere der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus ist diese Grunderkenntnis seitens einiger bürgerlicher Ökonomen und großer Kreise reformistischer und revisionistischer Kräfte angegriffen und verworfen worden. Ihrer Meinung nach gehe der Kapitalismus neuen Zeiten entgegen. Er sei schon kein Kapitalismus im herkömmlichen Sinne mehr, sondern ein "organisierter Kapitalismus".<sup>21</sup>

Im Kampf um die Zerschlagung dieser Konzeption und der Überwindung der mit ihr verbundenen, für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse gefährlichen Illusionen kommt deshalb der Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus große Bedeutung zu.

## 2. Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

In der Auseinandersetzung mit den apologetischen Auffassungen über den Kapitalismus jener Jahre erwies sich die exakte Fassung des Wesens und eng damit verbunden die begriffliche Fassung des staatsmonopolistischen Kapitalis-

20 Ebenda, Spalte 403.

21 Gegen die sozialdemokratische Theorie vom "organisierten Kapitalismus", die in den zwanziger Jahren in opportunistischen Kreisen einiger kommunistischer Parteien, darunter auch der KPdSU (N. Bucharin), Verbreitung fand, entfaltete die Kommunistische Internationale einen kompromißlosen Kampf, der in der UdSSR durch führende Zeitungen und Zeitschriften, wie "Pravda", "Bol'shevik", "Problemy ekonomiki", "Mirovoe chozjajstvo i mirovaia politika" und "Vestnik Komakademii", unterstützt wurde.

mus als besondere Notwendigkeit.

In der damaligen ökonomischen Literatur finden wir zwei Begriffe, mit denen die neueste Erscheinung der Entwicklung des Kapitalismus charakterisiert wurde: "Staatskapitalismus" und "staatsmonopolistischer Kapitalismus". Beide Termini gehen auf die Leninsche Begriffsbestimmung zurück.<sup>22</sup> Da in den zwanziger Jahren der Terminus "Staatskapitalismus" für die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft in der UdSSR zunehmend an Bedeutung gewann, war seine Verwendung in einer Reihe theoretischer Arbeiten mit vielen Mißverständnissen und Ungenauigkeiten verbunden. Er erschwerte damit das Verständnis und das Eindringen in das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Obwohl die wissenschaftliche Analyse dieser Problematik förmlich nach dem Begriff "staatsmonopolistischer Kapitalismus" drängte, fand der Begriff "Staatskapitalismus" bis in die vierziger/fünfziger Jahre hinein eine breite Verwendung. Zu dieser "merkwürdigen Entwicklung" schreibt Kuczynski: "Für einen Großteil der Politökonomen in der Sowjetunion tritt der durch die sozialistische Wirtschaftsgestaltung wichtig gewordene Ausdruck Staatskapitalismus an die Stelle von staatsmonopolistischer Kapitalismus, ja ersetzt nicht nur den Ausdruck, sondern auch das Phänomen staatsmonopolistischer Kapitalismus, während andere Politökonomen sich weiter mit der Gestaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus beschäftigen."<sup>23</sup> Zu den letzteren gehörten vor allem die bereits erwähnten sowjetischen Ökonomen Chmel'nickaja, Lapinskij, Larin und Varga.

In ihren Arbeiten verwendeten sie zwar beide Begriffe, doch das schmälert in keiner Weise ihre Verdienste, die sie bei der Erarbeitung dieser Problematik errangen. Daß sie sich des zweifachen Inhalts des Begriffs "Staatskapitalismus" bewußt waren, bestätigt sich bei Larin. Er unterschied zwischen dem "Staatskapitalismus im ersten Sinne", worunter er die staatliche Kontrolle der in der Diktatur des Proletariats noch bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsformen verstand, und dem "Staatskapitalismus im zweiten Sinne", den er als Ausdruck der vollen ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie verwendete und als Endkettenglied der "kapitalistischen Entwicklung bis zum Moment der proletarischen Revolution"<sup>24</sup> begriff. Trotz der etwas weit gefaßten Definition des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertrat Larin die Leninsche Bestimmung der historischen Stellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus als "vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe"<sup>25</sup>.

Indem die sowjetischen Ökonomen von der Erkenntnis ausgingen, daß das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Natur des Monopolkapitalismus begründet ist, waren sie in der Lage, eine Definition zu geben, die den Hauptinhalt dieses Phänomens erfaßt. Die theoretisch reifste Begriffsbestimmung in den zwanziger Jahren finden wir bei Chmel'nickaja, die in diesem Zusammenhang von der "Verschmelzung des kapitalistischen Staates mit der wirtschaftlichen Basis auf der Grundlage neuer höherer Formen der Konzentration"<sup>26</sup> sprach.

22 In seinen Untersuchungen über die "Tendenzen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus" widmet sich Jürgen Kuczynski u. a. auch der Verwendung dieser beiden Begriffe durch Lenin. - Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14, a. a. O.; S. 173 - 179.

23 Derselbe, Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zum zweiten Weltkrieg, a. a. O., S. 5.

24 Larin, J., a. a. O., S. 3.

25 Lenin, W. I., Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, in: Werke, Bd. 25, Berlin 1974, S. 370.

26 Chmel'nickaja, Jelizaveta, Voennaja ekonomika Germanii 1914 - 1918, Moskau/Leningrad 1929, S. 212.

Die Regulierung und Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens durch den Staat widerspiegelt die im Kapitalismus erreichte hohe Stufe der Konzentration der Produktion. In ihr kommt die materielle Vorbereitung der Produktion auf die planmäßige gesellschaftliche Leitung zum Ausdruck. Da der Staat aber nach wie vor das Herrschaftsinstrument einer immer kleiner werdenden Gruppe von Vertretern des Finanzkapitals sei, rüttelt die staatliche Regulierung keineswegs am privatkapitalistischen Charakter der Eigentumsverhältnisse und damit an der Grundlage des kapitalistischen Systems.

In ihren Analysen hoben die sowjetischen Ökonomen mit entschiedener Deutlichkeit hervor, daß unter den imperialistischen Bedingungen die dem Kapitalismus eigenen Widersprüche durch die Einflußnahme des Staates auf die Wirtschaft nicht im geringsten beseitigt werden. Varga charakterisierte deshalb den staatsmonopolistischen Kapitalismus als "Versuch, auf kapitalistischer Grundlage den Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen zu überwinden", als "unvollkommenen Kompromiß, der nicht in der Lage ist, die Widersprüche zu lösen".<sup>27</sup> "Der monopolistische Kapitalismus", betonte M. Ioel'son, "hat sogar in seiner höchsten Form - dem staatsmonopolistischen Kapitalismus - niemals aufgehört, Kapitalismus mit allen ihm eigenen Merkmalen: Anarchie der Produktion, Planlosigkeit der Marktbeziehungen usw. zu sein".<sup>28</sup> Dem fügte Chmel'nickaja noch hinzu, daß bereits die Monopole, anstatt die anarchische kapitalistische Wirtschaft in eine planmäßige zu verwandeln, neue kompliziertere Formen eines erbitterten Konkurrenzkampfes hervorgerufen haben.

Deshalb widerspreche die staatliche Regulierung der Wirtschaft angesichts ihres ganzen Wesens um so mehr den Aufgaben einer echten planmäßigen, im Interesse der gesamten Gesellschaft regulierten Produktion.<sup>29</sup>

Mit der Herausarbeitung dieser Wesenszüge des staatsmonopolistischen Kapitalismus widerlegten die sowjetischen Ökonomen die sozialdemokratische Theorie vom "organisierten Kapitalismus" und deckten die Zielstellung dieser Konzeption - Apologetik des Nachkriegskapitalismus, Irreführung der werktätigen Massen, um sie vom revolutionären Kampf abzuhalten - auf. Mit der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise wurde den theoretischen Auffassungen über die Beseitigung der Anarchie der Produktion, der Konkurrenz und der Krisen im Kapitalismus ein erheblicher Schlag versetzt und auf anschauliche Weise die wissenschaftliche Analyse und Prognose der sowjetischen Ökonomen bestätigt.

Eine weitere Vertiefung der Erkenntnisse über das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erfolgte in den Untersuchungen zum Problem der Kriegswirtschaft und des Fortbestehens staatsmonopolistischer Tendenzen nach dem ersten Weltkrieg.

### 3. Die Kriegswirtschaft als eine Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Große Verdienste erwarben sich die sowjetischen Ökonomen durch die Herausarbeitung des Verhältnisses von Kriegswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus. In ihren theoretischen Arbeiten unterstrichen sie, daß beide Begriffe und die sich dahinter verbergenden objektiv existierenden Phänomene nicht identisch sind. Sie interpretierten die Kriegswirtschaft als eine der Er-

<sup>27</sup> Varga, Eugen, a. a. O., S. 70.

<sup>28</sup> Ioel'son, M., Teorii "organizovannogo kapitalizma" socialdemokratov i Bucharina, in: Mirovoe chozjajstvo i mirovaja politika, Nr. 11 - 12/1929, S. 57.

<sup>29</sup> Vgl. Chmel'nickaja, Jelizaveta, Gosudarstvenno-monopolističeskij kapitalizm, a. a. O., Spalten 404 f.



scheinungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die treffendste Einschätzung der Kriegswirtschaft gab Chmel'nickaja, indem sie diese als eine "Entwicklungsphase des staatsmonopolistischen Kapitalismus"<sup>30</sup> charakterisierte. Demzufolge gelten für die Kriegswirtschaft auch die gleichen Ursachen, die zur Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen.

Neben diesen allgemeinen Ursachen arbeiteten die sowjetischen Ökonomen einige spezifische Bedingungen heraus, die den Übergang zur staatlichen Regulierung der Wirtschaft in einer Reihe führender kapitalistischer Länder während des ersten Weltkrieges notwendig machten. Die Tiefe der Konflikte in der imperialistischen Weltwirtschaft, die mit dem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte verbunden gewesen sei, die mächtige Kriegstechnik, das gigantische Ausmaß der Kriegshandlungen hätten spezifische Ursachen gehabt, die die Kriegsteilnehmer veranlaßten, alle vorhandenen Ressourcen an Material und Menschen in den Dienst des Krieges zu stellen. Damit habe die Kriegswirtschaft den bisherigen Rahmen der speziellen Fragen der Organisation der Ausrüstung der Streitkräfte übertreten und sich in ein "Problem der strukturellen Veränderungen in der gesamten Volkswirtschaft unter den Bedingungen des Krieges" verwandelt.<sup>31</sup>

Aus den spezifischen Ursachen des imperialistischen Krieges 1914 bis 1918 leiteten die sowjetischen Ökonomen das Wesen der Kriegswirtschaft ab - ein höchst widerspruchsvolles kriegswirtschaftliches System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, das eigentümlichen Gesetzmäßigkeiten unterworfen war. Als eine dieser Gesetzmäßigkeiten arbeiteten sie die widersprüchliche Dialektik der Produktivkraftentwicklung während des Krieges heraus, die darin bestand, daß nur einige wenige Teile des Produktionsapparates ein bedeutendes Wachstum erfuhren, während große Massen von Produktivkräften zerstört und deformiert wurden.

Darüber hinaus analysierten die sowjetischen Ökonomen die verschiedenen Formen und Methoden der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung, die im Rahmen der Kriegswirtschaft besonders stark ausgeprägt waren. Große Aufmerksamkeit widmeten sie folgenden Fragen: der Kriegsorganisation der Industrie, der Mobilisierung und Militarisierung der Industrie, der Arbeitspflicht; der Regulierung der Landwirtschaft und der Lebensmittelversorgung; der Organisation des Marktes und der Preispolitik.<sup>32</sup> Im Ergebnis ihrer Untersuchung definierten die sowjetischen Ökonomen das Wesen dieser Wirtschaftsregulierung als Verdrängung des Marktes durch Planelemente auf der Grundlage einer verstärkten Ausbeutung der Werk tätigen. Dabei hoben sie gleichzeitig hervor, daß die Planorganisation den Grundlagen der kapitalistischen Ordnung fremd ist und ihnen widerspricht.

In diesem Zusammenhang ist die logische Konsequenz der sowjetischen Ökonomen bemerkenswert, mit der sie die Notwendigkeit der Beseitigung der während der Kriegswirtschaft stark ausgeprägten Formen der staatlichen Regulierung ableiteten. Da die Formen unter spezifischen Bedingungen des Krieges entstanden waren, schlußfolgerten sie, daß mit dem Ende des Krieges, mit der Beseitigung der Ursachen ihrer Einführung, auch diese Formen selbst verschwinden werden. "Die Planelemente", schrieb Chmel'nickaja, "- als durch die spezifischen Kriegsbedingungen geborene 'Extreme' - entfallen mit dem Übergang zur

30 Dieselbe, Voennaja ekonomika Germanii 1914 - 1918, a. a. O., S. 199.

31 Dieselbe, Voennoe chozjajstvo, a. a. O., Spalte 238.

32 Eine genaue Darstellung der Formen und Methoden der Wirtschaftsregulierung enthalten die Arbeiten von Bukšpan, J., a. a. O., bes. S. 11 - 42, 66 - 96, 152 - 229; Larin, J., a. a. O., bes. S. 11 - 57, 151 - 251; Chmel'nickaja, Jelizaveta, Voennaja ekonomika Germanii 1914 - 1918, bes. S. 49 - 170; dieselbe, Voennoe chozjajstvo, a. a. O., Spalten 242 - 259.



friedlichen Situation".<sup>33</sup> Als weiteren Grund für die Notwendigkeit der Abschaffung der für die Kriegswirtschaft typischen staatlichen Reglementierungen sahen die sowjetischen Ökonomen die Zuspitzung des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, die revolutionäre Bewegung breiter Massen an, die nicht länger die Kriegszwangswirtschaft und deren soziale Folgen ertragen wollten.

Wenn in der ökonomischen Literatur der zwanziger Jahre davon die Rede war, daß die staatsmonopolistische Regulierung entfällt, so ist damit keineswegs das Verschwinden des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern nur die Abschaffung der extremsten Formen der staatlichen Reglementierung gemeint. Die Leistung der sowjetischen Ökonomen in dieser Zeit bestand gerade in ihren theoretischen Verallgemeinerungen der weiterbestehenden und sich verstärkenden staatsmonopolistischen Tendenzen nach dem ersten Weltkrieg, mit denen sie die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus bereicherten.

#### 4. Die staatsmonopolistischen Tendenzen im Nachkriegskapitalismus

Den hohen Erkenntnisstand der sowjetischen Ökonomen, den sie bei der Erarbeitung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus erreichten, spiegelt eindrucksvoll ihre Analyse der staatsmonopolistischen Tendenzen in den Nachkriegsjahren wider. Im Mittelpunkt der Untersuchung standen drei Problemkreise: die Ursache für das Wachstum der staatsmonopolistischen Elemente, die HAUPTerscheinungsformen der neuesten staatsmonopolistischen Tendenzen und die Haupttypen des Wachstums der staatsmonopolistischen Tendenzen im Nachkriegskapitalismus.

Wenden wir uns dem ersten Problemkreis zu. Auf die Frage, ob sich in den Nachkriegsjahren die Tendenz zur Ausdehnung oder zur Einschränkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus abzeichne, gab Varga eine recht aufschlußreiche Antwort. Erfasse man jedes einzelne kapitalistische Land, so sei seine Antwort für jedes Land unterschiedlich. Er brachte damit zum Ausdruck, daß entsprechend dem Gesetz von der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus, dessen Wirken durch den imperialistischen Weltkrieg enorm verstärkt wurde, der Entwicklungsstand der imperialistischen Länder und insbesondere der Grad der Ausprägung der staatsmonopolistischen Tendenzen in ihnen verschieden war. Erfasse man dagegen die kapitalistische Weltwirtschaft insgesamt, so könne man von einer Tendenz der Verstärkung des staatsmonopolistischen Kapitalismus sprechen.<sup>34</sup> Das Fortbestehen von staatsmonopolistischen Tendenzen nach Beendigung des ersten Weltkrieges wurde auch von der Kommunistischen Internationale konstatiert. In der von ihrem 6. Kongreß angenommenen Resolution wurde hervorgehoben, daß sich gleichzeitig mit dem schnellen Wachstum der kapitalistischen Monopole im nationalen Rahmen und der internationalen finanzkapitalistischen Vereinigung "ein Anwachsen der staatskapitalistischen Tendenzen bemerkbar (macht), sowohl in der Form des Staatskapitalismus im ursprünglichen Sinne dieses Wortes (staatliche Elektrizitätswerke, kommunale Industrie- und Transportunternehmungen) als auch in der Form des immer stärkeren Verwachsens der Unternehmerorganisationen mit den Organen der Staatsgewalt".<sup>35</sup>

33 Dieselbe, *Voennoe chozjajstvo*, a. a. O., Spalte 263.

34 Varga, Eugen, a. a. O., S. 74.

35 Protokollband des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 4, Hamburg 1929, S. 14.

Zu den Ursachen für die Verstärkung der staatsmonopolistischen Tendenzen zählten die sowjetischen Ökonomen folgende Tatsachen:

1. den durch den Krieg und die nach ihm folgende Krisensituation (Inflation und anderes) stark vorangetriebenen Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals;
2. die Zunahme der Bedeutung einiger Produktionszweige von militärischer Relevanz (einzelne Zweige der Rohstoffgewinnung, wie zum Beispiel die Erdöl-, Kautschuk- und Buntmetallproduktion, die Produktion von Elektroenergie, die chemische Industrie, die Aluminiumproduktion), die auch für die Herstellung von Verkehrsmitteln wichtig sind;
3. das starke Anwachsen der In- und Auslandsverschuldung;
4. die Verstärkung der Organisiertheit der Bourgeoisie, die während des Krieges zu einem der Elemente der staatsmonopolistischen Konsolidierung der Wirtschaft geworden war;
5. das unerhörte Anwachsen der Klassenwidersprüche, das zur bestimmenden Ursache der Nachkriegsentwicklung unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde.

Angesichts der beiden letztgenannten Tatsachen konstatierten die sowjetischen Ökonomen den engen Zusammenhang zwischen dem wachsenden politischen Gewicht des Staates - und damit der zunehmenden Bedeutung des Staates als Herrschaftsinstrument - und dem sich vertiefenden Verschmelzungsprozeß der Macht der Monopole mit der Macht des Staates. Chmel'nickaja schrieb dazu: "Dieses Wachstum des spezifischen Gewichts der Staatsmacht ist von einer Verstärkung des Prozesses der Verschmelzung des Staates mit der Wirtschaft, von der Festigung und Entwicklung der Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus begleitet." <sup>36</sup>

Auf der Grundlage ihrer Untersuchung der Ursachen für das Fortbestehen der staatsmonopolistischen Tendenzen in den Nachkriegsjahren kamen die sowjetischen Ökonomen zu wissenschaftlichen Erkenntnissen über einzelne Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus, mit denen sie die Leninschen Gedanken zum Wesen und zu den Merkmalen des staatsmonopolistischen Kapitalismus vertieften. Besonderen Anteil an der Ausarbeitung dieser speziellen Probleme der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus hatte die sowjetische Ökonomin Chmel'nickaja. Ihre Darlegungen zu den Haupterscheinungsformen und Haupttypen des Wachstums der neuesten staatsmonopolistischen Tendenzen sind ein glänzendes Beispiel für die wissenschaftliche Analyse der sich in den kapitalistischen Ländern vollziehenden Prozesse und deren theoretische Verallgemeinerung. Ihre Forschungsergebnisse geben uns auch heute noch Denkanstöße zur stärkeren Durchdringung der Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ausgehend von der Erkenntnis, daß in den Nachkriegsjahren eine neue Etappe der Entwicklung der staatsmonopolistischen Tendenzen begann, untersuchte sie deren Haupterscheinungsformen und arbeitete dabei zwei wesentliche Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus heraus: erstens die Verstaatlichung und zweitens die staatsmonopolistische Regulierung.

In Anlehnung an die Formulierung der Kommunistischen Internationale faßte Chmel'nickaja das Problem der Verstaatlichung unter dem Begriff "Staatskapitalismus im ursprünglichen Sinne des Wortes". Als typisches Merkmal dieser Erscheinungsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus hob sie die Ausdehnung der Unternehmertätigkeit des Staates insbesondere auf solche Betriebe und Produktionszweige hervor, die große Kapitalinvestitionen erforderten und durch einen langsamen Kapitalumschlag und eine vergleichsmäßig niedrige Ren-

<sup>36</sup> Chmel'nickaja, Jelizaveta, Gosudarstvenno-monopoliščeskij kapitalizm, a. a. O., Spalte 407.

tabilität gekennzeichnet waren. Dazu gehörten solche Zweige wie die Produktion der Kriegsindustrie, der Wohnungs- und Straßenbau, der Bau von Energiezentralen, Gasleitungen, Hafenanlagen und andere. Aus der Analyse der ökonomischen Rolle der Unternehmertätigkeit des Staates gewann Chmel'nickaja die Erkenntnis, daß die staatlichen Betriebe keineswegs eine ernsthafte Konkurrenz für die privatkapitalistischen Monopole darstellten, sondern daß sich zwischen beiden verschiedenartige Formen der Zusammenarbeit und des ökonomischen Zusammenschlusses entwickelten. "Indem der Staat", schrieb Chmel'nickaja, "seine unternehmerische Tätigkeit in der Hauptsache auf Gebiete konzentriert, die mit langfristigen Investitionen außerordentlich hoher Summen verbunden sind, auf Gebiete, die den militaristischen Forderungen des Finanzkapitals entsprechen, gewährleistet der Staat die Interessen der hinter ihm stehenden monopolistischen Cliques. Diese Art Aufbau schafft einen ungeheuren Markt für größte Privatmonopole im Bereich der Schwerindustrie (in erster Linie im Hüttenwesen und in der Elektrotechnik). Die staatlichen Betriebe versorgen die Privatindustrie mit billigem Strom, der Wohnungsbau sichert der Privatindustrie die Arbeitskräfte zu usw."<sup>37</sup>

Die zweite Hauptidee der staatsmonopolistischen Tendenzen sah Chmel'nickaja in der Verstärkung der wirtschaftsregulierenden Funktionen und Maßnahmen der Staatsmacht. Als einen ersten Komplex von Maßnahmen hob sie die Subventionen und die staatlichen Kredite hervor, mit denen der Staat die privatkapitalistischen Unternehmungen stützte und damit zugleich den Prozeß der Syndikat- und Trustbildung förderte. "Die unverhüllte Form der lenkenden Tätigkeit des Staates", formulierte Chmel'nickaja, "ist die U n t e r s t ü t z u n g einzelner Wirtschaftszweige und Gruppen von Monopolisten durch alle möglichen Subsidien. Der Staat erweist Privatkapitalisten direkte Hilfe und verteilt die gesellschaftliche Akkumulation um. Die Budgets der Mehrzahl kapitalistischer Länder sind während der Nachkriegszeit kolossal gewachsen, und dadurch hat sich die Möglichkeit vergrößert, auf den Prozeß der Umverteilung des Nationaleinkommens einzuwirken."<sup>38</sup> Darüber hinaus untersuchte sie eine Reihe weiterer staatsmonopolistischer Regulierungsmaßnahmen, die in den Nachkriegsjahren an Bedeutung gewannen. Die wirtschaftsregulierende Tätigkeit des Staates habe sich vor allem gezeigt in: 1. der Preispolitik; 2. dem Anwachsen der Zollbarrieren, wobei der Staat die Funktion des "Schutzes" der einheimischen Monopolisten gegenüber den ausländischen Konkurrenten übernahm und damit ihre Position im Kampf um die Weltherrschaft verstärkte; 3. der staatlichen Förderung des Exports, deren verschiedene Formen Ausdruck der Teilnahme des Staates am Kampf um die Märkte waren; 4. den Auslandsanleihen, die in den meisten Fällen zugleich politische Akte der Staatsmacht waren; 5. einem verstärkten Agrarprotektionismus, der eng mit den anderen Maßnahmen der staatsmonopolistischen Regulierung des Außenhandels verbunden war.

Als besonders kennzeichnend für die Nachkriegsentwicklung betonte Chmel'nickaja die zunehmende Unterstützung der Autarkietendenzen seitens des Staates, die "ein wichtiger Teil der Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus (ist), der aus einem ganzen System von Maßnahmen in bezug auf die Vorbereitung der Wirtschaft auf die drohenden kriegerischen Zusammenstöße und die Blockade besteht".<sup>39</sup> Dem entsprach auch die Politik der Militarisierung der Arbeit und der Unterordnung der Organe der Arbeiterbewegung unter den Staat. In diesem Zusammenhang hob Chmel'nickaja den immer stärker werdenden Prozeß der Verschmelzung des Staatsapparates mit reformistischen Gewerkschaftsführern, die Mitglieder der Aufsichtsräte wurden und Regierungsposten bekamen, hervor. Diese Erkenntnisse waren nicht nur von großer theoretischer

37 Ebenda, Spalte 408.

38 Ebenda, Spalte 409.

39 Ebenda, Spalte 411.

Bedeutung. Sie leisteten auch im politisch-ideologischen Kampf der Kommunistischen Internationale gegen opportunistische Auffassungen innerhalb der Arbeiterbewegung über die Rolle der Gewerkschaften und deren Kampf unter den damaligen Bedingungen einen wesentlichen Beitrag. Mit ihrer wissenschaftlichen Analyse der staatsmonopolistischen Tendenzen, die sie aus dem Wesen des Imperialismus ableiteten, und deren sozialen Folgen für die werktätigen Massen gaben die sowjetischen Ökonomen die Orientierung für die Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse.

Ausgehend vom unterschiedlichen Grad der Ausprägung der beiden Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus teilte Chmel'nickaja die einzelnen kapitalistischen Länder in "Haupttypen des Anwachsens der staatsmonopolistischen Tendenzen" ein: 40

1. Als klassischen Typ der Nachkriegsentwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nannte sie Deutschland, wo alle charakteristischen Formen der staatsmonopolistischen Tendenzen (große Anzahl staatlicher Betriebe, großes Ausmaß der wirtschaftsregulierenden Maßnahmen des Staates) stark ausgeprägt waren.
2. Als einen zweiten Typ faßte sie die kapitalistischen Länder, in denen Vorbereitungen der direkten und indirekten Regulierung der Wirtschaft seitens des Staates getroffen wurden. Dazu zählte sie vor allem England, Frankreich und die USA. Das Charakteristikum dieses Typs bestehe darin, daß der Staat, indem er seine wirtschaftlichen Funktionen erweiterte, den einschneidenden Formen des offenen administrativen Eingreifens in die Wirtschaft auswich. Hierin zeige sich die volle Unterordnung des Staates unter die Gruppen der mächtigsten Monopole in unverhüllter Form.
3. Zu einem dritten Typ gehörten nach Chmel'nickaja Länder mit einer faschistischen Diktatur. Das seien zurückgebliebene Länder wie Italien, Rumänien, Polen, mit einer schwach entwickelten Industrie, in denen die Regulierungstätigkeit des Staates in besonders offensichtlichen Formen erscheint. Im Zentrum der staatsmonopolistischen Regulierung stehe die Politik der Industrialisierung und Regulierung des Außenhandels.
4. Als einen vierten Typ unterschied sie die Länder des Ostens, der am stärksten durch Japan vertreten wurde. Hier verflochten sich die neuen monopolistischen Formen des Kapitals mit den noch vorhandenen Überresten des Feudalismus. Kennzeichnend für die japanischen staatsmonopolistischen Formen sei das spezifische Gewicht der staatlichen Betriebe.

Fassen wir zusammen. Die sowjetischen Ökonomen leisteten in den zwanziger Jahren einen bedeutenden Beitrag zur Ausarbeitung der marxistisch-leninistischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Ihre gewonnenen Erkenntnisse bildeten zugleich die theoretische Grundlage für die ideologische Auseinandersetzung der Kommunistischen Internationale und in deren Rahmen der KPdSU mit bürgerlichen, reformistischen und revisionistischen Theorien und Konzeptionen, die die reale Entwicklung des Kapitalismus in den Nachkriegsjahren verzerrt darstellten oder gänzlich leugneten. Indem die sowjetischen Ökonomen Lenins wissenschaftliche Einsichten zum Wesen und zu den Wesensmerkmalen des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die konkreten Bedingungen des Nachkriegskapitalismus anwendeten, vertieften und präzisierten sie das Leninsche Gedankengut. Ein beredter Ausdruck dafür waren die von ihnen herausgearbeiteten wesentlichen Erkenntnisse über den staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie bestanden vor allem in der

- Vertiefung der Leninschen Definition des staatsmonopolistischen Kapitalismus;
- Ableitung der Ursachen des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus dem Wesen des Monopolkapitalismus;

- Herausbildung der beiden Hauptelemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus;
- Einteilung der Entwicklung der staatsmonopolistischen Tendenzen in Etappen:
  1. von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg - Herausbildung erster staatsmonopolistischer Tendenzen;
  2. während des ersten Weltkrieges - besonders starke Ausprägung der staatsmonopolistischen Regulierung in Form der Kriegswirtschaft;
  3. seit Ende des imperialistischen Weltkrieges - weitere Entfaltung der beiden Hauptelemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus.



## *Technische Denkmale als Sachzeugen der Wirtschaftsgeschichte*

von Otfried Wagenbreth

0. Einleitung
1. Definition, Auswahl, Pflege und gesellschaftliche Nutzung der technischen Denkmale in der DDR
2. Beispiele technischer Denkmale und ihre Aussage zur Wirtschaftsgeschichte
  - 2.1. Mühlen
  - 2.2. Bergbau
  - 2.3. Hüttenindustrie
  - 2.4. Maschinenbau
  - 2.5. Textilindustrie
  - 2.6. Baustoffindustrie
  - 2.7. Verkehrswesen
3. Empfehlungen für die weitere Arbeit

### 0. Einleitung

Auf dem gesellschaftlichen Arbeitsgebiet "Pflege technischer Denkmale" sind Wirtschaftshistoriker bislang nur selten wirksam geworden. Zum einen ist die Pflege technischer Denkmale vom Gesetz her Teil der Denkmalpflege überhaupt,<sup>1</sup> von der Struktur der zuständigen staatlichen Organe und Institutionen her Teil der Kulturarbeit und von den Bearbeitern her vorwiegend Arbeitsgebiet von Denkmalpflegern, die als Architekten oder Kunsthistoriker ausgebildet sind. Daß bei dieser Sachlage Aspekte der Wirtschaftsgeschichte nicht oder nur wenig beachtet werden, ist subjektiv verständlich.

Zum zweiten basiert die Forschungsarbeit der Wirtschaftshistoriker vorwiegend auf archäologischen, archivalischen und literarischen Quellen, wie aus der Sache verständlich und bei einem Blick in die wirtschaftshistorische Literatur sofort ersichtlich wird.<sup>2</sup>

Beides sind Ursachen, die die bis heute geringe Wirksamkeit der Wirtschaftshistoriker auf dem Gebiet der technischen Denkmale bedingten.

Zum dritten scheint diesen Sachverhalt zu rechtfertigen, daß die meisten unserer technischen Denkmale aus einer Zeit (18. bis 20. Jahrhundert) stammen, aus der Archive und Literatur dem Wirtschaftshistoriker umfangreiches Material bieten. Es ist meist genauer als das, was von den technischen Denkmalen abgeleitet werden könnte, macht sie für die wirtschaftshistorische Forschung also fast überflüssig.

1 Gesetz zur Erhaltung der Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik - Denkmalpflegegesetz - vom 19. 6. 1975, in: Gesetzblatt der DDR, 1975, T. 1, Nr. 26 v. 27. 6. 1975, S. 458 - 460.

2 Handbuch Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1981.

Und doch gilt es, die so geschilderte gegenwärtige Situation zu überwinden, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens gibt es durchaus Sachzeugen der wirtschaftlichen und besonders der industriellen Entwicklung, die nicht durch Archiv- und Literaturquellen hinreichend belegt sind, vor allem aus den früheren Jahrhunderten, zum Beispiel im sächsischen Bergbau. Hier setzt heute die archäologische Forschung an, die anhand von Ausgrabungsbefunden und Bodendenkmälern der Wirtschaftsgeschichtsschreibung Daten liefert.<sup>3</sup> Ähnliches gilt öfter auch für jüngere Sachzeugen der Produktionsfähigkeit, zumindest wenn es um konkrete, territorial orientierte Probleme der Wirtschaftsgeschichte geht. Allerdings handelt es sich bei solchen Sachzeugen nicht in jedem Fall um technische Denkmale, also Objekte, die den Schutz des Gesetzes genießen und auf Dauer gepflegt werden.

Zweitens ist Wissenschaft - wie heute allgemein anerkannt - nicht nur eine Ansammlung von Wissen in Form systematischer Erkenntnis, sondern eine gesellschaftliche Tätigkeit. Das kommt auch in der bekannten These von der "Einheit von Lehre und Forschung" zum Ausdruck, was ebenso für die Disziplin Wirtschaftsgeschichte gilt.

Für die Lehre bieten die technischen Denkmale zwei wesentliche didaktische Vorteile gegenüber den Archiv- und Literaturquellen: Sie machen erstens die Wirtschaftsgeschichte anschaulicher und erlebbarer als das zwar genauere, aber doch "papierne" Quellenmaterial, und zweitens verdeutlichen sie die historischen wirtschaftlichen Vorgänge in situ, bilden also eine Verbindung zwischen der Vergangenheit und unserer Gegenwart, erweitern so unsere sozialistische Umwelt um einen historischen Faktor.

Das sollte von den Wirtschaftshistorikern so genutzt werden, wie es hinsichtlich der Kunstdenkmale von den Kunsthistorikern seit langem der Fall ist. Man denke nur an den Gewinn geschichtlicher Bildung, der mit dem Zwinger, der katholischen Hofkirche und anderen historischen Bauten in der sozialistischen Großstadt Dresden erzielt wurde. Gleiches ist auf dem Gebiet der Wirtschaftsgeschichte möglich, bisher aber nur selten realisiert worden. "Lehre" ist dabei im weitesten Sinne, einschließlich Popularisierung des Fachgebietes, aufzufassen.

Aus all dem resultiert, daß die Wirtschaftshistoriker nicht nur die bereits ausgewählten und fixierten technischen Denkmale für die Forschung und Lehre ihrer Wissenschaft erschließen müssen, sondern daß sie aufgrund ihrer fachlichen Kompetenz auch selbst mehr Einfluß auf die Auswahl und gesellschaftliche Erschließung der technischen Denkmale nehmen sollten.

#### 1. Definition, Auswahl, Pflege und gesellschaftliche Nutzung der technischen Denkmale in der DDR

Symptomatisch für die frühere Pflege technischer Denkmale, da dieses Gebiet fast nur von Architekten und Kunsthistorikern mitbetreut wurde, ist die Tatsache, daß damals der Blick der Denkmalpfleger lediglich auf "romantische" alte, also meist vorindustrielle Technik, vor allem Windmühlen, Wassermühlen

3 Siehe z. B. Brendler, Reimund, Bergtechnische Studie über einige Relikte des historischen Silbererzbergbaus von Freiberg, in: Bergakademie, 22. Jg. 1970, S. 521 - 527; Schwabenicky, Wolfgang, Die Grabungen in der mittelalterlichen Bergbausiedlung auf dem Treppenhauer bei Sachsenburg, Kreis Hainichen, in den Jahren 1977 und 1978, in: Ausgrabungen und Funde, Bd. 25, 1980, S. 39 - 47.

und Hammerwerke, gerichtet war. In einigen Kreisen und Organen ist diese Vorstellung auch heute noch nicht überwunden, wie die betreffenden Denkmallisten zeigen.

Zwei Zitate aus dem "Kapital" machen dagegen deutlich, welche ideologische Basis und welche gesellschaftliche Funktion die Pflege technischer Denkmale im Rahmen unseres Geschichtsbildes haben. Marx schreibt: "Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen. Die Arbeitsmittel sind nicht nur Gradmesser der Entwicklung der menschlichen Arbeitskraft, sondern auch Anzeiger der gesellschaftlichen Verhältnisse, worin gearbeitet wird", und unmittelbar davor: "Die- selbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter, haben Reliquien von Arbeits- mitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsforma- tionen"<sup>4</sup>, und betont damit, daß die Geschichte der Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte an den überlieferten Arbeitsmitteln und Arbeitsstätten ablesbar ist. Die gesellschaftliche Aufgabe in der Pflege technischer Denkmale besteht nun darin, das durch eine entsprechende Auswahl, Pflege und gesell- schaftliche Nutzung repräsentativer Objekte aus den verschiedenen Gesellschafts- epochen herauszuarbeiten.

Und daraus resultierende Weite des Begriffes des technischen Denkmals ist im Text des 1975 erlassenen Gesetzes enthalten, wo im § 3 als technische Denkmale genannt werden:

"Denkmale der Produktions- und Verkehrsgeschichte wie handwerkliche, gewerb- liche und landwirtschaftliche Produktionsstätten mit ihren Ausstattungen, indu- strielle und bergbauliche Anlagen, Maschinen und Modelle, Verkehrsbauten und Transportmittel."<sup>5</sup>

Der Begriff des technischen Denkmals schließt demnach industrielle Anlagen ein. Der Gesetzestext und die Praxis der Denkmalpflege umfaßt folgende Arten von Objekten als technische Denkmale:

- historische Produktions- und Verkehrsgebäude m i t alter maschineller Ein- richtung,
- historische Technik o h n e die ehemalige bauliche Hülle,
- Produktions- und Verkehrsgebäude o h n e die alte maschinelle Einrich- tung,
- ortsfeste Produktions- und Verkehrsanlagen verschiedenster Art wie: Reak- toren der metallurgischen und chemischen Industrie (Hochöfen, Kalköfen); ortsfeste Hilfsanlagen der Industrie und des Verkehrs wie Mühlgräben, Kan- näle, Wegweiser, Meilensteine; Überreste ehemaliger Produktionsstätten und Verkehrsanlagen wie Bergbauhalden, Pingen, Straßen- und Bahndämme sowie Ruinen von Gebäuden.

Schon von der Kompetenz der Bearbeitung her ist zwischen technischen Denkma- len und Museumsgut zu unterscheiden. Bei diesem handelt es sich im Regelfall um bewegliche, relativ kleine Objekte, die sich in einem Museum konzentrieren lassen. Technische Denkmale dagegen sind in der Regel ortsfeste Objekte oder zumindest solche, die, wenn beweglich wie eine Lokomotive, am Ort ihrer ehema- ligen Tätigkeit erhalten sind. In der gesellschaftlichen Erschließung der Ge- schichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse durch Sachzeugen ergänzen sich oft technische Denkmale und technisches Museum.<sup>6</sup> Gemäß der genannten gesellschaftlichen Funktion müssen die technischen Denkmale der

4 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1975, S. 194 f.

5 Denkmalpflegegesetz, a. a. O., S. 458.

6 Wagenbreth, Otfried, Technische Denkmale und Möglichkeiten ihrer musea- len Nutzung, in: Neue Museumskunde, 20. Jg. 1977, S. 168 - 175.

DDR in ihrer Gesamtheit ein System bilden, das die Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, hinreichend historisch-chronologisch und territorial differenziert, widerspiegelt.<sup>7</sup> Die historische Bedeutung des Erzbergbaus im Erzgebirge muß folglich durch eine Anzahl technischer Denkmale in seinen ehemaligen Bergrevieren repräsentiert werden, und zwar so, daß an Beispielen aus verschiedenen Epochen die Entwicklung der Arbeitsmittel, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse ablesbar wird. Im Braunkohlen- und Chemiebezirk Halle muß die Tradition der Braunkohlenindustrie und der chemischen Industrie mit entsprechenden technischen Denkmalen verdeutlicht werden. Dabei gilt es, mit Sachzeugen die historische Entwicklung bis zur Gegenwart darzustellen. (Hier sei nebenbei erwähnt, daß in den Traditions kabinetten unserer Industrie die Aussage unserer technischen Denkmale bei weitem nicht in dem möglichen Maße genutzt wird.)

Die Zentrale Denkmalliste der DDR<sup>8</sup> läßt, obwohl bislang nicht optimal, den auf die Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse abgestimmten Systemcharakter der technischen Denkmale bereits erkennen. Die Bearbeitung der Bezirks- und Kreisdenkmallisten nach diesem Gesichtspunkt steht noch bevor. Die Auswahl technischer Denkmale wird ebenso von anderen, nicht historischen Gesichtspunkten bestimmt, so von ihrer Verkehrslage, von ihrer städtebaulichen und landschaftsprägenden Bedeutung (ein emotional wie bei Kunstdenkmalen wirksamer Faktor) und von dem ökonomischen Aufwand.

Er kann in weiten Grenzen schwanken. Bei manchen Objekten, wie zum Beispiel Bergbauhalden, entsteht keinerlei ökonomischer Aufwand. Bei anderen entfällt ein spezieller denkmalpflegerischer Aufwand ganz oder fast ganz, wenn nämlich das Bauwerk noch heute voll genutzt wird, wie zum Beispiel die Göltzschtalbrücke und der Leipziger Hauptbahnhof. Hier bedeutet der juristische Schutz des Objektes nur das Mitspracherecht der Denkmalpflege bei Umbauvorhaben, um dabei die Erhaltung der historischen Aussage zu gewährleisten.

Die Pflege der technischen Denkmale ist methodisch heute noch im Rückstand, braucht hier aber, da für Wirtschaftshistoriker nur am Rande von Interesse, nicht näher behandelt zu werden. Zwei Gesichtspunkte können notwendige Korrekturen im Stellenwert dieser Denkmalkategorie verdeutlichen.

Erstens sollten in der Zuweisung staatlicher Denkmalpflegemittel und in der Planung von Restaurierungsvorhaben die technischen Denkmale künftig mehr als bisher in prinzipiell gleichem Umfang berücksichtigt werden wie die Kunstdenkmale.

Zweitens sind für historische Maschinen - ebenso wie für die verschiedensten Kunstgegenstände - künftig Spezialisten für die Restaurierung erforderlich. Man kann eine historische Maschine ebensowenig von jedem Schlosser restaurieren lassen wie einen gotischen Schnitzaltar von einem beliebigen Tischler. Schon zum Restaurieren einer mehr oder weniger korrodierten Maschine aus dem 19. Jahrhundert gehören heute historische, technische und handwerkliche Spezialkenntnisse.

Für die gesellschaftliche Nutzung der technischen Denkmale gibt es die gleichen Nutzungsarten wie bei Bau- und Kunstdenkmalen. Es sind - vom höheren zum niedrigeren ökonomischen Aufwand - folgende Varianten:

7 Wächtler, Eberhard/Wagenbreth, Otfried, Technische Denkmale in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1973 (2. Aufl. 1977); Wagenbreth, Otfried, Zeugen des erzgebirgischen Erzbergbaus in Landschaft und Kultur, in: Denkmale in Sachsen, Weimar 1979, S. 148 - 159.

8 Liste der Denkmale von besonderer nationaler und internationaler Bedeutung - Zentrale Denkmalliste - vom 25. 9. 1979, in: Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck Nr. 1017, 5. 10. 1979.



- Schauanlage mit Dauerbetrieb (eigener Stellen- und Haushaltsplan),
- Schauanlage nach Bedarf (Schlüsselgewalt in der Nachbarschaft),
- Erhaltung als unbewertetes Sachvermögen,
- Fremdnutzung.

Schauanlagen mit Dauerbetrieb sind zum Beispiel der Frohnauer und der Grüntaler Hammer sowie die Schaubergwerke. Die Besucherzahlen sind dabei mindestens ebensogroß wie bei vielen Kunstdenkmälern. Die Variante "nach Bedarf" ist heute bei vielen Kirchen üblich, wo der Interessent durch Anschlag an der Kirchentür erfährt, wohin er sich zwecks Besichtigung wenden muß. Diese nur mit geringem Aufwand verbundene Nutzungsmöglichkeit besteht bei einer größeren Zahl technischer Denkmale; bei einigen bahnt sie sich zur Zeit an. Die Erhaltung als unbewertetes Sachvermögen ist zum Beispiel bei den Stadtmauern und Toren unserer Städte sowie bei Burgruinen allgemein üblich und allen selbstverständlich. Gleiches sollte für bestimmte Industrieanlagen wie Hochöfen, Kalköfen und verschiedene Gebäudearten gelten.

Wenn in etwa 100 Jahren unsere Braunkohlenindustrie wegen Erschöpfung der Vorräte eingegangen sein wird, haben die Baukörper von Brikettfabriken für die folgenden Generationen emotional dieselbe Bedeutung wie Burgruinen für unsere Generation.

Die billigste Variante der Erhaltung von historisch wichtigen technischen Bauwerken ist die weitere industrielle Nutzung einschließlich der Fremdnutzung, wobei allerdings in der Architektur die historische Aussage ablesbar bleiben muß. Auch wenn sie heute als Lagerraum genutzt wird, läßt eine Textilfabrik des 19. Jahrhunderts heute noch mit ihrer Größe und Architektur die Größe der Belegschaft und die kapitalistische Organisation der Arbeit erkennen und tritt damit historisch und architektonisch in den Gegensatz zum Haus eines handwerklichen Webermeisters (vgl. Abschnitt 3.5.). Was bisher in der gesellschaftlichen Nutzung unserer technischen Denkmale weithin fehlt, ist die Erschließung aller ihrer Aussagen zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, allgemein und im betreffenden Territorium. Hierzu wünschte man sich die Mitarbeit von Wirtschaftshistorikern in den Interessengemeinschaften der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR.

## 2. Beispiele technischer Denkmale und ihre Aussage zur Wirtschaftsgeschichte

In den folgenden Abschnitten sollen verschiedene ausgewählte technische Denkmale genannt oder gekennzeichnet werden, die allein oder gemeinsam mit anderen (im System der technischen Denkmale!) wirtschaftsgeschichtliche Aussagen bieten oder Entwicklungslinien erkennbar machen.<sup>9</sup>

Bei verschiedenen technischen Denkmälern tritt eine bestimmte Problematik auf: Manche repräsentieren eine Epoche, die mehr oder weniger lange vor ihrer Bauzeit liegt. Das beruht auf der allgemein bekannten Erscheinung, daß "alte Technik" oft noch angewandt, manchmal sogar noch gebaut wurde, als andernorts schon eine neue Technik dominierte. Solche zu ihrer Zeit veralteten technischen Anlagen sind uns als technische Denkmale dann besonders wertvoll, wenn aus der für diese Technik typischen Zeit keine Sachzeugen mehr erhalten sind.

<sup>9</sup> Aus herstellerischen Gründen wurde hier auf Abbildungen verzichtet; zur illustrierten Literatur s. Wächtler, Eberhard/Wagenbreth, Otfried, a. a. O.



## 2.1. M ü h l e n

Die von Vitruv überlieferten Wassermühlen sind nach Marx die "elementarische Form aller Maschinerie".<sup>10</sup>

Gleiches gilt für die mittelalterlichen Windmühlen. Originale Wasser- und Windmühlen aus der Antike oder dem Mittelalter sind nicht erhalten. Unter Denkmalschutz stehen aber zahlreiche Wind- und Wassermühlen des 18. und 19. Jahrhunderts, die, obwohl dem Spätféudalismus oder schon kapitalistischer Zeit entstammend, den handwerklichen Betrieb des Müllers und die handwerklichen Fähigkeiten des Mühlenbaus erkennen lassen. Beim Besuch einer solchen alten Mühle mit ihren hölzernen Wellen, Rädern, Getrieben usw. wird das zitierte Marx-Wort anschaulich! Ergänzt wird die historische Aussage der alten Wasser- und Windmühlen durch die der inzwischen auch Geschichte gewordenen städtischen Großmühlen aus kapitalistischer Zeit. Diese verdeutlichen durch die Größe des Gebäudes die ins Vielfache gesteigerte Leistung und durch die Architektur oft das Selbstbewußtsein und das Repräsentationsbedürfnis des kapitalistischen Mühlenbesitzers, der ebensooft gleich daneben eine seine wirtschaftliche Macht demonstrierende Villa bewohnte. Indirekt erinnern die kapitalistischen Großmühlen aber auch an das Wachstum der städtischen Einwohnerzahlen im 19. Jahrhundert.

Eine nach diesen Gesichtspunkten erarbeitete Gesamtkonzeption der Denkmalpflege von Mühlen in der DDR fehlt bislang.<sup>11</sup> Anregungen dazu sind erwünscht.

## 2.2. B e r g b a u

Im Bergbau lassen sich die für einen Grubenbetrieb historisch wichtigen Epochen, der Ertrag der Gruben, ihre Größe und damit die Belegschaftsstärke näherungsweise aus der Größe und der Architektur der über Tage erhaltenen Gebäude ablesen. Unter Tage kann man in den Schaubergwerken die Technik des Streckenvortriebs erkennen,<sup>12</sup> selber an geeigneten Stellen die alte Technik mit Schlägel und Eisen oder mit dem Handbohrer versuchen und damit ein Gefühl für die Vortriebsleistungen früherer Zeit erwerben.

Einige der bemerkenswertesten Dampfmaschinendenkmale gehören in die Geschichte des Bergbaus: Das am ursprünglichen Standort errichtete Denkmal für die 1785 gebaute erste deutsche Dampfmaschine bei Hettstedt, ihr im Park von Löbejün nördlich von Halle als Denkmal aufgestellter Zylinder, die Balancier-Dampf Fördermaschine der Grube "Alte Elisabeth" bei Freiberg von 1848 und die 1923 gebaute, den Gipfelpunkt der Dampfmaschinentechnik repräsentierende Fördermaschine vom Karl-Lieb knecht-Schacht in Oelsnitz. Dieser Schacht besitzt als zweite Fördermaschine eine Turmfördermaschine mit Elektroantrieb, so daß dort zwei für die technisch-wirtschaftliche Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im 20. Jahrhundert wichtige Etappen nahe beieinander zu sehen sind.

<sup>10</sup> Marx, Karl, a. a. O., S. 368.

<sup>11</sup> Die Gesellschaft für Denkmalpflege veranstaltete im September 1982 eine Tagung zur Denkmalpflege von Mühlen; Arbeitsmaterial dazu sind drei Merkblätter zu Denkmalen der Produktions- und Verkehrsgeschichte: Technische Denkmale: Begriff und Kriterien; Windmühlen: Geschichte, Technik, Typen; Windmühlen: Denkmalpflegerische Maßnahmen, hg. v. Zentralvorstand der Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR und v. Institut für Denkmalpflege.

<sup>12</sup> Brendler, Reimund, a. a. O.

Sind damit die industrielle Revolution im Bergbau des 19. Jahrhunderts und die kapitalistische Rationalisierung der Zeit um 1923/1930 an Gebäuden und Maschinen direkt ablesbar, so gibt es für das Aufkommen der Technik im Bergbau des 16. Jahrhunderts auch maschinentechnische Sachzeugen, aber nur indirekte.

Der Aufschwung des frühbürgerlichen Kapitalismus im 16. Jahrhundert, mit einem Aufschwung des Silberbergbaus im Erzgebirge wechselseitig kausal verbunden, hatte verstärkten Maschineneinsatz sowohl als Ursache als auch zur Folge. Das Fördern aus größerer Tiefe, von ärmeren Erzen in deshalb größerer Menge, die verstärkten Wasserzuflüsse in der Tiefe konnten wirtschaftlich nur maschinell bewältigt werden. Literarisch bekannt sind die Bergbaumaschinen des 16. Jahrhunderts aus Georg Agricolas berühmtem Buch "De re metallica",<sup>13</sup> in dem zahlreiche mit allen Details wirkungsvoll in Holzschnitten dargestellt sind. Originale jener Zeit sind nicht mehr enthalten. Aus dem 19. Jahrhundert gibt es aber noch technische Denkmale, die so genau den Holzschnitten bei Agricola entsprechen, daß sie als Originale zu ihnen gelten können. Zu nennen sind das Pochwerk von Altenberg (Schauanlage!),<sup>14</sup> das Göpelwerk am Burgbrunnen von Augustusburg,<sup>15</sup> das Göpelgebäude im Schieferbergbau von Lehesten,<sup>16</sup> das Kehrrad der Roten Grube in Freiberg.<sup>17</sup>

Das Kehrrad wird von Agricola als modernste und kräftigste Fördermaschine seiner Zeit beschrieben. Es handelte sich um ein 12 Meter hohes und 2 Meter breites Wasserrad mit zwei gegenläufigen Beschaufelungen, das deshalb je nach Wasseraufschlag auf die eine oder andere Beschaufelung umgesteuert werden konnte. Kehrräder blieben bis zur Einführung der Dampfkraft im erzgebirgischen Bergbau 1844 die modernste Art der Fördertechnik. Das im Jahre 1856 in der Roten Grube gebaute 12 Meter hohe und 2 Meter breite Kehrrad entspricht bis ins Detail dem Kehrrad bei Agricola, so daß wir an diesem technischen Denkmal die Art der technischen Investitionen des frühbürgerlichen Kapitalismus nachempfinden können. Da das Kehrrad der Roten Grube bis 1944 in Betrieb war, konnte sein letzter Maschinist noch nach der Betriebsweise befragt werden - Interview eines Maschinisten über eine von ihm bediente, aber für das 16. Jahrhundert typische Technik!<sup>18</sup>

Aussagen zur Wirtschaftsgeschichte bieten auch die Halden des Erzbergbaus, von denen jede den Standort eines Schachtes markiert. Die Lage der Halden im Erzgebirge verrät heute den Verlauf der einst abgebauten Erzgänge, die Größe der Halden entspricht der Technik und der Belegschaftszahl, und im Abstand der Halden spiegelt sich die historische Grubenfeldgröße wider, eine wirtschaftlich wichtige historische Rechtsnorm.<sup>19</sup>

13 Agricola, Georgius, De re metallica libri XII, Basel 1556, in: Georgius Agricola. Ausgewählte Werke, Gedenkausgabe des Staatlichen Museums für Mineralogie und Geologie Dresden, Bd. 8, hg. v. Hans Prescher, Berlin 1974.

14 Quellmalz, Werner/Wilsdorf, Helmut/Schlegel, Gerhard, Das erzgebirgische Zinn in Natur, Geschichte und Technik. Ein Führer durch die Ausstellung in der technischen Schauanlage Pochwerk und Zinnwäsche Altenberg, hg. v. Rat der Bergstadt Altenberg, Altenberg 1976.

15 Wagenbreth, Otfried, Bergbauliche Denkmale im Lichte der Bergbautechnik Agricolas, in: Freiburger Forschungsheft D 18, Berlin 1957, S. 90 - 126.

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Wagenbreth, Otfried, Vom Betrieb des Kehrrades der Roten Grube in Freiberg, in: Sächsische Heimatblätter (im Druck).

19 Wagenbreth, Otfried, Zur landeskulturellen Erhaltung von Bergbauhalden, in: Geographische Berichte, Bd. 18, 1973, S. 196 - 205; derselbe, Die Halden des Marienberger Bergbaus als Kulturdenkmale, in: Unsere Heimat, Monatsblätter des Kulturbundes der DDR, Kreis Marienberg, Nr. 4/1975, S. 59 - 64.

Im Kupferschieferbergbau von Eisleben-Hettstedt läßt die heutige Haldenlandschaft besonders deutlich die historische wirtschaftliche Entwicklung des Reviers erkennen. Der Kupferschiefer bildet zwischen Eisleben und Hettstedt eine schüsselförmige Lagerung, tritt bei diesen beiden Städten zu Tage, liegt aber dazwischen, im Zentrum der Mulde, etwa 1 000 Meter tief. Der Bergbau begann im Mittelalter am Rand der Mulde, wo der Kupferschiefer an der Oberfläche bzw. in nur geringer Tiefe lag, und schritt bis ins 20. Jahrhundert zum Muldenzentrum vor: Am Rand bezeugen zahlreiche kleine, eng beieinanderliegende Halden die kleinen Gruben des 13. bis 18. Jahrhunderts mit Schächten geringer Tiefe, einfacher Technik und kleiner Belegschaft. In Richtung Muldenzentrum folgt ein Bereich mit großen Flachhalden in kleinerer Anzahl und größerem Abstand. Sie bezeugen die tieferen Schächte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts mit komplizierterer Technik, die sich mit größeren Fördermengen aus größeren Grubenfeldern amortisieren mußte.

Die großen Spitzhalden des Muldenzentrums, die bekannten "Mansfelder Pyramiden", entsprechen den tiefsten Schächten mit größter Belegschaft und Fördermenge. Als Flachhalde geschüttet, wurde Ackerfläche in ökonomisch nicht vertretbarem Maß bedeckt, so daß man bei den tiefsten Schächten zur Spitzhaldenschüttung übergehen mußte. So spiegeln sich in Größe, Zahl und Lage der Halden im Kupferschieferbergbau von Eisleben-Hettstedt nicht nur die geologischen Verhältnisse wider, sondern auch die Entwicklung von Technik und Wirtschaft, insbesondere der Betriebskonzentration.

### 2.3. H ü t t e n i n d u s t r i e

Die technischen Denkmale der Hüttenindustrie sollen neben der Entwicklung der eigentlichen Hüttentechnik auch die wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Industriezweiges in den verschiedenen Epochen erkennen lassen. Aus diesem Grunde ist beim "Kupferhammer Grünthal" bei Olbernhau nicht nur der als Schauanlage hergerichtete "Althammer" zu sehen, sondern der ganze Komplex "Saigerhütte Grünthal" mit Faktorei (Sitz des Hüttenverwalters), Schichtmeisterhaus, Arbeiterwohnhäusern, Hüttenschule, Hüttenschänke, Richterhaus, Hüttenmühle und anderen Gebäuden.<sup>20</sup>

Von den alten erzgebirgischen Eisenwerken wie Erlahammer, Schönheider Hammer, Wittingsthaler Hammer usw. sind ebenfalls Herrenhäuser und Nebengebäude erhalten, die zeigen, daß in der erzgebirgischen Hüttenindustrie des 14. bis 19. Jahrhunderts ganze Siedlungskomplexe und wirtschaftliche Einheiten entstanden sind.<sup>21</sup>

Die Eisenhütten im Erzgebirge und im Thüringer Wald wurden mit Holzkohle betrieben. Als sich in Mitteleuropa im 19. Jahrhundert das Koksroheisen durchsetzte, unterlagen sie bekanntlich der Konkurrenz der westfälischen Eisenindustrie. Zu diesem wirtschaftsgeschichtlichen Ereignis bieten die Denkmale des Eisenhüttenwesens im Erzgebirge und im Thüringer Wald zwei Aussagen: Erstens gehören sie, besonders die erhaltenen Hochöfen von Morgenröthe, Schmalzgrube und Brausenstein im Erzgebirge sowie die Happelshütte im Thüringer Wald bei Schmalkalden, der Epoche des Holzkohlen-Roheisens an. Damit haben Besucher Anlaß, sich mit Zeit und Ursache dieses Prozesses zu beschäftigen.<sup>22</sup> Zweitens finden wir heute an der Stelle anderer ehemaliger Holzkohlen-Eisenwerke wie Erlahammer und Schönheider Hammer, das heißt neben den von

20 Arnold, Günther, Saigerhütte Grünthal, Historische Bauten, technisches Denkmal "Althammer", ständige Ausstellungen, in: Schriftenreihe der Museen der Stadt Olbernhau, Olbernhau, Nr. 1/1979 - 1980.

21 Schiffner, Carl/Gräbner, Werner, Alte Hütten und Hämmer in Sachsen, in: Freiburger Forschungsheft D 14, Berlin 1960.

22 Ebenda.

ihnen erhalten gebliebenen technischen Denkmalen, Eisengießereien und andere metallverarbeitende Produktionsstätten als Nachfolgebetriebe der im 19. Jahrhundert niederkonkurrierten Eisenhütten.<sup>23</sup> Dieses Beispiel zeigt, wie man bei der Interpretation technischer Denkmale die Entwicklung wirtschaftsgeschichtlich bis zur Gegenwart betrachten muß.

## 2.4. Maschinenbau

Denkmale des Maschinenbaus sind einerseits die Maschinen selbst, andererseits erhaltene historische Maschinenbauwerkstätten und Maschinenfabriken.

Die hölzernen Mühlenmechanismen, Wasserräder, die eisernen älteren und jüngeren Dampfmaschinen, die großen Zylindergebläse in Muldenhütten, Lauchhammer, Schwarzenberg (jetzt in Freiberg), in der Hütte Peitz bei Cottbus und in der Happelshütte bei Schmalkalden und viele andere historische Maschinen ermöglichen ein Nacherleben der Geschichte des Maschinenbaus an seinen Erzeugnissen. Vergleichen wir den hölzernen Mechanismus einer Mühle mit einer Dampfmaschine aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, dann verstehen wir sofort, daß sich im Zuge der Industriellen Revolution bei uns im 19. Jahrhundert aus dem Maschinenbau-Handwerk die Maschinenbau-Industrie entwickeln mußte.

Maschinenbauwerkstätten und Maschinenfabriken sind bisher noch ungenügend von der Denkmalpflege erfaßt worden, vermutlich weil diese Produktionsstätten fast stets am gleichen Standort modernisiert worden sind und daher im Regelfall nicht denkmalwürdig wurden. Rekonstruktionsmaßnahmen, Neugründung von Werken und Produktionsverlagerungen in unserer Zeit machen die Aufgabe aktuell, zumindest Beispiele typischer Industriearchitektur von Maschinenfabriken, wenn möglich auch einige typische Produktionsräume als technische Denkmale dieses Industriezweiges zu erhalten. Die zur Zeit bekannten in Frage kommenden Objekte legen eine geradezu ideale gesellschaftliche Nutzung nahe: Alte kleine Eisengießereien, die im Zuge von Rekonstruktionen und Betriebskonzentrationen stillgelegt werden, können zur Produktion von Kunstguß und damit als produzierende technikhistorische Schauanlagen genutzt werden, eine Nutzungsart, die zur Zeit für die Eisengießerei "Heinrichshütte" bei Wurzbach geprüft wird. Im VEB Schleifmaschinenkombinat Karl-Marx-Stadt steht eine 1872/1883 als Holzkonstruktion erbaute, industriearchitektonisch geradezu imposante Produktionshalle der damaligen "Sächsischen Stickmaschinenfabrik Kappel, vorm. A. Voigt" unter Denkmalschutz und wird heute als Materiallager genutzt.<sup>24</sup>

Wird diese Halle in späterer Zeit frei, dann bietet sie sich als Unterkunft für das in Karl-Marx-Stadt geplante Museum für die Geschichte der Produktivkräfte im Maschinenbau an. Der Besucher würde dann nicht nur die einzelnen historischen Maschinen sehen, sondern durch deren Konzentration in einer historischen Produktionshalle auch die Atmosphäre der historischen Maschinenbauindustrie empfinden können. Daß sich in einer solchen Halle die Tradition aller jetzigen Karl-Marx-Städter Maschinenbaubetriebe pflegen läßt, versteht sich von selbst.

<sup>23</sup> Diering, Gerhard, u. a., Vierhundert Jahre Eisenwerke Schönheider Hammer, hg. v. VEB Eisenwerke Schönheider Hammer, Leipzig 1966.

<sup>24</sup> Naumann, Friedrich, Dokumentation zur Werkhalle C 7 (denkmalgeschützte Holzkonstruktion des VEB Schleifmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt), Belegarbeit an der Technischen Universität Dresden, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Bereich Geschichte der Produktivkräfte, 1981. - Ein ähnliches Bild einer Produktionshalle einer Maschinenfabrik im alten Chemnitz ist enthalten in Müller, Hans-Heinrich/Rook, Hans-Joachim, Herkules in der Wiege. Streiflichter zur Geschichte in der industriellen Revolution, Leipzig/Jena/Berlin 1980, S. 351.



Die Textilindustrie ist bekanntlich der Industriezweig, in dem - nicht nur in England - mit dem Übergang zur Werkzeugmaschine die Industrielle Revolution ihren Anfang nahm und sich auch am stärksten ausdrückte. In ihm ist der Übergang vom Handwerk zum Fabrikssystem historisch und auch in der Art der technischen Denkmale am deutlichsten ausgeprägt. Zwar gibt es in der DDR noch kein Textilmuseum, wo man die Entwicklung der Arbeitsmittel, vom Spinnrad zur modernen Spinnmaschine und vom Handwebstuhl zur entsprechenden Maschine unserer Zeit, an musealen Sachzeugen verfolgen kann. Aber an den Bauwerken, an der Industriearchitektur wird die Entwicklung der Produktionsverhältnisse deutlich. In der Lausitz stehen noch Häuser der handwerklich organisierten Weber, die durch das Aufkommen der Textilfabrik verelendeten. Ebenfalls in der Lausitz, aber auch in Sachsen, stehen Beispiele von Textilfabriken und -manufakturen des 18. und des frühen 19. Jahrhunderts<sup>25</sup> sowie die Fabriken der Zeit 1870/1910. Die Architektur läßt deutlich die gesellschaftliche Situation dieser Zeiten erkennen. Um 1780/1820 ließen die Kapitalisten beim Bau ihrer Manufakturen und Fabriken architektonisch die Herrenhäuser des Adels nachahmen: deutliches Symptom der Emanzipationsbestrebungen der neuen Herren gegenüber dem politisch noch bestehenden Feudalsystem!

Im späten 19. Jahrhundert hatte die Industriearchitektur alle feudalistischen Stilrelikte abgestreift und dabei entweder das Bauwerk - dem Profitstreben gemäß - auf das konstruktiv unbedingt Erforderliche reduziert oder aber mit einigen Bauelementen mittelalterlicher Burgen wie Ecktürmen und Zinnen den Machtanspruch des Unternehmers demonstriert: Die Fabrik als die Burg des Kapitalisten! Die auf der Zentralen Denkmalliste der DDR stehende Baumwollspinnerei Flöha ist ein Beispiel für diese Industriearchitektur, die 1888 erbaute Streichgarnspinnerei von C. F. Schmelzer in Werdau ein Beispiel für den fast reinen Zweckbau. An dieser Fabrik, heute als Lagerraum des VEB Tabakkontor genutzt, befindet sich als Anbau ein Dampfmaschinen-Raum, in dem noch die Dampfmaschine als technisches Denkmal steht.<sup>26</sup> Auch beim jetzigen Zustand verdeutlicht die Werdauer Fabrik mit ihrer Architektur das, was Marx über die kapitalistische Arbeitsorganisation überhaupt (in Manufaktur und Fabrik) schreibt: "Das Wirken einer größeren Arbeiteranzahl zur selben Zeit, in demselben Raum ..., zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion."<sup>27</sup>

Die Werdauer Dampfmaschine veranschaulicht uns auch, daß "hier eine technische Einheit (existiert), indem die vielen gleichartigen Arbeitsmaschinen gleichzeitig und gleichmäßig ihren Impuls empfangen vom Herzschlag des gemeinsamen ersten Motors, auf sie übertragen durch den Transmissionsmechanismus"<sup>28</sup>.

Meines Erachtens bietet sich auch von diesen historischen Aussagen her die Werdauer Streichgarnspinnerei C. F. Schmelzer als zentrales Textilmuseum der DDR an, in dem die heute mit Tabakballen gefüllten Fabriksäle später einmal mit historischen Textilmaschinen ausgestattet werden sollten. Damit würden erstens die eingangs genannten maschinenhistorischen Entwicklungslinien vom handwerklichen Webstuhl über die Maschinen der kapitalistischen Ära bis zu den

25 Hentschel, Walter, Aus den Anfängen des Fabrikbaus in Sachsen, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Hochschule Dresden, 3. Jg. 1953/54, S. 345 - 359.

26 Schmidt, Hannes, Museumsstück vom Urgroßvater, um das viel Dampf gemacht wird. Interview, in: Freie Presse, Karl-Marx-Stadt, 10. 12. 1981, S. 5.

27 Marx, Karl, a. a. O., S. 341.

28 Ebenda, S. 200.



Aggregaten der wissenschaftlich-technischen Revolution an Sachzeugen dargestellt und zweitens die Art kapitalistischer Produktionsstätten nacherlebbar. Die Maschinen, in richtiger Reihenfolge aufgestellt, können eine weitere Stelle in Marx' Ableitung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verdeutlichen: "Ein eigentliches Maschinensystem tritt aber erst an die Stelle der einzelnen selbständigen Maschine, wo der Arbeitsgegenstand eine zusammenhängende Reihe verschiedener Stufenprozesse durchläuft, die von einer Kette verschiedenartiger, aber einander ergänzender Werkzeugmaschinen ausgeführt werden."<sup>29</sup>

Gerade für Werdau, einem Zentrum des großen westsächsischen Textilarbeiterstreiks 1903/1904, wäre ein Textilmuseum in einem solchen technischen Denkmal der Textilindustrie von herausragender wirtschaftsgeschichtlicher Bedeutung.

An eine besondere wirtschaftsgeschichtliche Beziehung zwischen der Textilindustrie an der Flöha und dem Freiburger Silberbergbau erinnert das unter Denkmalschutz stehende System der Kunstgräben und Kunstteiche, die vom 16. bis 19. Jahrhundert dem Bergbau Aufschlagwasser, also Energie, lieferten. Bis ins 18. Jahrhundert verliefen Bau und Nutzung dieser wasserwirtschaftlichen Anlagen für den vom feudalistischen Staat geleiteten Bergbau ohne Schwierigkeiten. Im 19. Jahrhundert aber opponierten die Textilfabrikanten, die die Wasserkraft der Flöha nutzten, gegen den Staat, der ab etwa 1860 Flöhawasser, also potentielle Energie, von der Flöha weg- und dem Bergbau zuleiten wollte. Angesichts der Kunstgräben und Kunstteiche sowie der an der Flöha erhaltenen Fabrikgebäude kennzeichnen Zitate der Kapitalisten und der feudalistischen Bergbehörde im Streit um die Wasserkraft der Flöha die damalige Situation: Die Kapitalisten weisen demagogisch darauf hin, daß ihre "gefährdeten" Textilfabriken 1 500 Arbeitern Brot gaben; das Oberbergamt bemerkt dagegen, "ein Gewerbe ist darum noch keineswegs von vorzüglichem Werte, weil es einige wenige Fabrikanten reich macht".<sup>30</sup>

## 2.6. Baustoffindustrie

Die technischen Denkmale der verschiedenen Zweige der Baustoffindustrie gewähren unterschiedliche Aussagen zur Wirtschaftsgeschichte. Das technische Denkmal der Oberlausitzer Natursteinindustrie "Brückmühle Sohland" zeigt, wie sich im 19. Jahrhundert die Lausitzer Natursteinbetriebe an der Stelle ehemaliger Mühlen entwickelt haben.

Die verschiedenen unter Denkmalschutz stehenden Ziegelöfen lassen nicht nur die technische Entwicklung, sondern mit der Schlickeisen-Pressen und mit dem Hofmannschen Ringofen auch den Sprung vom Ziegler-Handwerk zur Ziegelindustrie erkennen, und zwar gerade zur Zeit des sprunghaften Wachstums der Bevölkerung, des Proletariats und der Städte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.<sup>31</sup>

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> Wagenbreth, Otfried, Der Kampf zwischen dem Freiburger Bergbau und der erzgebirgischen Textilindustrie um die Wasserkraft der Flöha im 19. Jahrhundert, in: Sächsische Heimatblätter, 16. Jg. 1970, S. 175 - 183; derselbe, Der bergmännische Flöhawasserteiler von Neuwernsdorf, Ein wasserwirtschaftlicher Vorläufer der Rauschenbachtalsperre im Erzgebirge, in: ebenda, 17. Jg. 1971, S. 18 - 27.

<sup>31</sup> Derselbe, Über einige historisch bemerkenswerte Ziegeleien in der Umgebung von Zeitz, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar, 14. Jg. 1967, S. 425 - 434; derselbe, Grundlinien einer Geschichte der Baustoffe und der Baustoffindustrie, in: ebenda, 22. Jg. 1975, S. 309 - 318.

Die große Schachlofenbatterie von Rüdersdorf bei Berlin bezeugt die Industrialisierung der Kalkproduktion und deren Leistungssteigerung in Abhängigkeit vom Aufschwung der Bauleistungen in Berlin ebenfalls in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In ähnlicher Weise machen die Denkmale der Glas-, Porzellan- und Gipsindustrie wirtschaftsgeschichtliche Aussagen.

## 2.7. Verkehrswesen

Daß alle Denkmale der Eisenbahngeschichte (historische Lokomotiven, Bahnhöfe, Brücken usw.), der Schifffahrt (Schiffe, Kanäle, Schleusen, Schiffshebewerke) und der Post (Postämter, Telegraphentürme, Chausseehäuser, Postsäulen, Meilensteine) wirtschaftsgeschichtliche Aussagen bieten, ist bekannt. Diese Denkmalgruppen finden auch bereits breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Bekannt sind die historisch-denkmalspflegerischen Aktivitäten des Modelleisenbahner-Verbandes und der Kulturbund-Fachgruppen "Kursächsische Postsäulen" und "Preußische Postmeilensteine".

Hier möchte ich die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftsgeschichtliche Notwendigkeit lenken, diese bisher jeweils isoliert betrachteten Denkmalgruppen im Zusammenhang zu sehen, und zwar unter sich und mit anderen Industriezweigen.

Der historisch wichtige Eisenbahnbau Leipzig-Dresden wird wirtschaftsgeschichtlich voll verständlich, wenn wir in der unter Denkmalschutz stehenden Posthalterei Wurzeln die Einzelheiten der vor dem Bahnbau bestehenden Personenpost Leipzig-Dresden erfahren. Deren Niedergang wiederum ist mit dem Eisenbahnbau ursächlich verbunden. Zu ähnlichen wirtschaftsgeschichtlichen Überlegungen regt jede Postsäule mit ihren Entfernungsangaben, jede unter Denkmalschutz stehende Eisenbahnbrücke und jedes andere Verkehrsdenkmal an.

In welchem Maße der Eisenbahnbau im 19. Jahrhundert die Wirtschaftsentwicklung und -struktur ganzer Gebiete beeinflußt hat und wie technische Denkmale des Verkehrswesens anregen, dies zu erforschen, hat Peter Beyer am Beispiel der auf der Zentralen Denkmalliste der DDR verzeichneten Göltzschtalbrücke gezeigt.<sup>32</sup> Die auch monumental wirkenden, aus Granit erbauten und zum Teil unter Denkmalschutz stehenden Eisenbahnbrücken der Oberlausitz haben im 19. Jahrhundert die Entstehung kapitalistischer Natursteinbetriebe und damit den Aufschwung der dortigen, auch heute noch das Wirtschaftsprofil des Gebietes um Kamenz-Bischofswerda bestimmenden Naturstein-Industrie verursacht.<sup>33</sup>

## 3. Empfehlungen für die weitere Arbeit

Wie die Beispiele aus den verschiedenen Industriezweigen zeigen, machen im Prinzip alle technischen Denkmale Aussagen zur Wirtschaftsgeschichte.

<sup>32</sup> Beyer, Peter, Vom Werden der Göltzschtal- und der Elstertalbrücke = Veröffentlichung des Heimatmuseums Burg Mylau, Mylau, Nr. 2/1963 (2. Aufl. 1976); derselbe, Auf der "Spur der Steine". Woher kamen die Baustoffe für die Göltzschtal- und Elstertalbrücke?, in: Reichenbacher Kalender, Reichenbach (Vogtland) 1981, S. 63 - 68.

<sup>33</sup> Dresden: Auf den Spuren von Lausitzer Granitsteinen, in: Neues Deutschland, 8./9. 8. 1981, S. 3; Müller, Bernd, Beiträge zur Geschichte der Natursteinindustrie in der Sächsischen Oberlausitz, in: Abhandlungen des Staatlichen Museums für Mineralogie und Geologie Dresden, Bd. 27, Berlin 1977, S. 111 - 142.

In folgenden thesenartig gekennzeichneten Richtungen sollte deshalb die Mitarbeit der Wirtschaftshistoriker an der Pflege technischer Denkmale künftig verstärkt werden:

- Die Wirtschaftshistoriker sollten die bei Forschungsarbeiten erkannten wichtigen Sachzeugen zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse je nach der Eigenart dieser Sachzeugen für eine museale Nutzung oder zur Aufnahme in die Denkmallisten vorschlagen. Dabei geht es um Sachzeugen aus allen historischen Gesellschaftsformationen bis zum Sozialismus einschließlich.
- Die Wirtschaftshistoriker sollten in den zentralen und territorialen, für technische Denkmale zuständigen gesellschaftlichen Gremien mitarbeiten, um deren Arbeit in wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht zu qualifizieren. Zu nennen sind hier vor allem die Gesellschaft für Denkmalpflege im Kulturbund der DDR und die Kammer der Technik.
- In der Lehre, also im Fach Wirtschaftsgeschichte, sollten Exkursionen zu technischen Denkmalen führen, so wie kunstgeschichtliche Exkursionen seit langem zur Tradition der Kunstgeschichte-Ausbildung gehören. Konkrete Anregungen dazu bietet die Literatur über technische Denkmale oder vermittelt die Gesellschaft für Denkmalpflege.
- In der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur, insbesondere der zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse, sollten mehr als bisher technische Denkmale in Text und Bild vorgestellt werden.<sup>34</sup> Dies dient der Veranschaulichung der wirtschaftsgeschichtlichen Sachverhalte, der Aktivierung dieses Teils unseres gesellschaftlichen Lebens in der Aneignung unseres kulturellen Erbes und dem tieferen Verständnis des historischen Faktors in unserer sozialistischen Umwelt als einer Kulturlandschaft, die durch jahrhundertelange produktive Tätigkeit des Menschen geformt worden ist.

<sup>34</sup> So ist der Zylinder der ersten deutschen Dampfmaschine, als Denkmal im Park von Löbejün aufgestellt, abgebildet in: Müller, Hans-Heinrich/Rook, Hans-Joachim, a. a. O., S. 95.

## Die Herausbildung des Erfindungsschutzes in Sachsen im 15. und 16. Jahrhundert

von Hans-Jürgen Creutz

1. Einleitung
2. Die ersten sächsischen Erfindungsschutzrechte
3. Die Entfaltung des Erfindungsschutzes im 16. Jahrhundert
  - 3.1. Das Antrags- und Erteilungsverfahren
  - 3.2. Der rechtliche Inhalt der Erfindungsschutzrechte
  - 3.3. Der Charakter der sächsischen Erfindungsschutzrechte des 16. Jahrhunderts

### 1. Einleitung

Die Geschichte des Schutzes von Erfindungen ist - im Gegensatz zur Geschichte vieler anderer naturwissenschaftlicher, technischer und gesellschaftswissenschaftlicher Bereiche - weitgehend unerforscht. Das betrifft vor allem die Herausbildung und Entwicklung des Erfindungsschutzes in Deutschland vor 1877.<sup>1</sup>

Im Spätmittelalter war auf dem Gebiet der heutigen DDR das Herzogtum und spätere Kurfürstentum Sachsen das wirtschaftlich am weitesten entwickelte Territorium. Die Ursache dafür waren die reichen Silberfunde im Erzgebirge. Doch

<sup>1</sup> Seit Anfang des 19. Jh. wurden in zahlreichen deutschen Staaten Patentgesetze mit mehr oder minder unterschiedlichem Inhalt erlassen, u.a.:

14. 10. 1815 Preußisches Publicandum,
18. 12. 1820 Artikel 104 der hessischen Verfassungsurkunde,
22. 04. 1828 Abschnitte 143 - 163 der Gewerbeordnung des Kgr. Württemberg,
29. 06. 1842 Württembergisches Patentgesetz,
01. 08. 1847 Gewerbeordnung im Kgr. Hannover,
20. 01. 1853 Sächsische Verordnung, die Erteilung von Erfindungspatenten betr.

Am 31. 12. 1833 begannen in München Verhandlungen der im Zollverein zusammengeschlossenen deutschen Staaten mit dem Ziel der Vereinheitlichung der bei Erlaß von Erfindungsschutzrechten angewandten Normen. Den vorläufigen Abschluß dieser Bemühungen bildete die "Übereinkunft der Staaten des Zoll- und Handelsvereins wegen Erteilung von Erfindungspatenten vom 21. 09. 1842", die in Artikel 8 des Zollvereinsvertrages vom 16. 05. 1865 erneuert wurde. Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 unterstellte in Artikel 4, Punkt 5, die Gesetzgebung über Erfindungsschutzrechte der Aufsicht durch das Reich. Aus den in den sechziger und siebziger Jahren entflammten heftigen Auseinandersetzungen zwischen Patentgegnern und -befürwortern gingen letztere als Sieger hervor. Am 25. 05. 1877 wurde ein einheitliches deutsches Reichspatentgesetz (Reichsgesetzblatt 1877, S. 501 - 510) erlassen.

im 14. Jahrhundert setzte die erste tiefe Krise des sächsischen Silbererzbergbaus ein. Die Silbergewinnung verringerte sich erheblich, weil die abbauwürdigen Silbervorkommen in Oberflächennähe erschöpft waren. So mußte der Bergmann in immer größere Tiefen vorstoßen. Seine wichtigsten Produktionsinstrumente waren "Schlegel" und "Eisen", also die beiden Arten Hämmer, die auch heute noch die bergmännischen Symbole sind. Mit diesen Instrumenten arbeitete sich der Bergmann, dem Erzgang folgend, immer tiefer in den Berg. Je tiefer er kam, desto schwieriger und aufwendiger wurde es, das sich im Schacht ansammelnde Wasser zu entfernen (Wasserhaltung) und "vor Ort" frische Luft zu- und die verbrauchte abzuführen (Wetterführung).

War der Schacht auf einem Berg abgeteuft worden, so konnte aus dem benachbarten Tal ein Stollen in den Berg getrieben werden, der den Schacht schnitt, ihm damit Wasserlösung brachte und eine gute Wetterführung ermöglichte. Aber nicht jede Grube konnte dadurch "Wasserlösung" empfangen, da die Anlage eines Stollen von den örtlichen Bedingungen abhing. Diesen Gruben blieb nur die Möglichkeit, das Wasser in Kübeln oder mittels Pumpen "an Tag" zu bringen. Diese "Künste"<sup>2</sup> wurden zum Betätigungsfeld zahlreicher Erfinder.

Das Kaufmannskapital suchte nach neuen, zusätzlichen Wirkungsmöglichkeiten und fand diese in der Produktion (Verlagssystem). Ein noch größeres Interesse freilich zeigte das Kapital am Bergbau, weil hier sowohl im Bergbau selbst als auch im Hüttenwesen und im Metallhandel märchenhafte Gewinne realisierbar erschienen. "Die Gewerken der Erzgruben, ursprünglich genossenschaftliche Arbeiter", wurden des Eigentums an den Produktionsmitteln beraubt, und aus den Genossenschaften entstanden "Aktiengesellschaften zur Ausbeutung des Betriebes vermittelt Lohnarbeiter"<sup>3</sup>.

Im Schoße des Feudalismus, durch ihn vielfältig gehemmt und behindert, ihn seinerseits aber zersetzend und unterminierend, hatten sich im Bergbau und Hüttenwesen Sachsens in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts Elemente der kapitalistischen Produktionsweise herausgebildet, die zu einer grundlegenden Wandlung der wirtschaftlichen und geistigen Struktur Sachsens führten. Die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte in diesen Bereichen erforderte und wurde gefördert durch das Eindringen von Kaufmannskapital und das Entstehen von Kapitalgesellschaften.

Mit dem Aufkommen von Keimen der kapitalistischen Produktionsweise erhielten Erfindungen eine besondere Bedeutung. Die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus verlangen eine ständige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Ein Mittel dazu ist die Nutzung von Erfindungen, von geistigen Leistungen, "mittels deren die Produktivkraft 'Mensch' die Produktivkraft 'Arbeitsinstrument' auf eine höhere Stufe hebt"<sup>4</sup>. Die Erfindung wird eine ökonomische Größe, denn die Nutzung "beßere(r) Arbeitsmethoden, neue(r) Erfindungen, verbesserte(r) Maschinen, chemische(r) Fabrikgeheimnisse etc., kurz, neue(r) verbesserte(r), über dem Durchschnittsniveau stehende(r) Produktionsmittel und Produktionsmethoden"<sup>5</sup> ermöglicht eine Erhöhung der Produktion von Mehrwert.

2 Agricola beschreibt in seiner ausgezeichneten Darstellung des Bergbaus im 15./16. Jh. zahlreiche, mit detailtreuen Zeichnungen illustrierte Künste (Agricola, Georgius, De re metallica libri XII. Bergbau- und Hüttenkunde, 12 Bücher, Berlin 1974, passim = derselbe, Ausgewählte Werke. Gedenkausgabe des Staatlichen Museums für Mineralogie und Geologie zu Dresden, hg. v. Hans Prescher, Bd. 8).

3 Engels, Friedrich, Ergänzung und Nachtrag zum III. Buche des "Kapital", in: Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1971, S. 914.

4 Nathan, Hans, Die ökonomische Bedeutung des Patents nach der Lehre von Karl Marx, in: Neue Justiz, Nr. 9/1953, S. 285 ff.

5 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, a. a. O., S. 657.



Stellt die Erfindung die technisch-ökonomische Größe dar, so ist das Rechtstitel des Erfindungsschutzes der juristisch adäquate Ausdruck in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, der entsprechende juristische Überbau. Ein Erfindungsschutzrecht sichert den Eigentümer "vor allen fremden Eingriffen . . . , und die Erfindung bekommt nun gleichsam den Wert eines liegenden Grundstücks".<sup>6</sup>

Der Schutz von Erfindungen wurde notwendig, da die Ausführung der Erfindungen im sächsischen Silbererzbergbau beträchtliche Finanzmittel erforderte, die der Erfinder nur selten selbst aufbringen konnte. Er brauchte das Geld kapitalkräftiger Gewerke oder Kaufleute, die sich aber nur dann finanziell an der Verwertung der Erfindung beteiligten, wenn diese Profit brachte. Es ist daher nur zu verständlich, daß, soweit heute bekannt, die ersten Erfindungsschutzrechte auf Gegenstände und Verfahren des Bergbaus und der Metallurgie erteilt worden sind, weil in diesen Wirtschaftszweigen sich zuerst Keime kapitalistischer Produktionsweise entwickelten.

Seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts gab es Hinweise in der Literatur<sup>7</sup> auf die Herausbildung eines Erfindungsschutzes in Sachsen im Spätmittelalter. Diese

6 Poppe, Johannis Heinrich Moritz, Geschichte der Technologie seit der Wiederherstellung der Wissenschaften bis an das Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 1, Göttingen 1807, S. 74.

7 Schmid, Friedrich August, Diplomatische Beiträge zur Sächsischen Geschichte, H. 1, Dresden/Leipzig 1839, und Falke, Johannes, Die Geschichte des Kurfürsten August von Sachsen in volkswirtschaftlicher Beziehung, Leipzig 1868, gaben kurze Hinweise auf die Erteilung von Erfindungsschutzrechten in Sachsen im 16. Jh. - Hoffmann (Hoffmann, Fritz), Zur Geschichte des Erfindungsschutzes in Sachsen, in: Sächsisches Archiv für Rechtspflege, Nr. 8, 1913, S. 479 ff.; derselbe, Zwei Patente aus dem Jahre 1500 und 1512, in: Zeitschrift für Industrierecht, 8. Jg. 1913, S. 298 f.; derselbe, Kursächsische Erfindungspatente aus den Jahren 1561 bis 1570, in: ebenda, 9. Jg. 1914, S. 107 - 109; derselbe, Beiträge zur Geschichte des Erfindungsschutzes in Deutschland im 16. Jahrhundert, in: ebenda, 10. Jg. 1915, S. 85 - 93, 97 - 105, 109 - 118) war der erste, der in besonderen Arbeiten Aspekte des sächsischen Erfindungsschutzes im 16. Jh. erörterte und den vollständigen Wortlaut von 7 Erfindungsschutzrechten mitteilte. Er untersuchte deren Wesen und Bedeutung. Bei der Analyse ihres rechtlichen Inhalts kam er zu dem Schluß, die mitgeteilten Erfindungsschutzrechte seien vom Kurfürsten in der Erwägung erteilt worden, daß "einmal gegenüber dem Erfinder der Schutz der Erfindung ein Gebot der Billigkeit sei und daß weiter der Allgemeinheit dieser Erfindungsschutz insofern diene, als er ihr die Kenntnis unbekannter Erfindungen vermittele und sie zu neuen Erfindungen ansporne. Die Erfindungsprivilegien sind also nicht reine Willkürakte der Staatsgewalt, sondern Akte, die allerdings zwar im Gnadewege, aber in Erwägung der Bedeutung des Erfindungsschutzes erfolgt sind." (Hoffmann, Fritz, Beiträge zur Geschichte . . . , a. a. O., S. 110.)

und spätere Mitteilungen<sup>8</sup> hätten Ausgangspunkt für umfangreichere Forschungen sein können. Das gilt um so mehr, als Forschungen zur Herausbildung und Entwicklung des Erfindungsschutzes sowohl für den Naturwissenschaftler und Techniker als auch für den Rechtswissenschaftler interessant sind, durchdringen sich Technik, Natur- und Gesellschaftswissenschaften auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Rechtsschutzes doch am deutlichsten und stärk-

8 Müller (Müller, Hans, Unbekannte Erfinder aus und in Sachsen im 16. und 17. Jahrhundert, in: Mitteilungen des "Roland", 1938, S. 26 - 28; ebenda, 1939, S. 31 f.; derselbe, Unlauterer Wettbewerb und Patentverletzung vor 200 Jahren, in: Markenschutz und Wettbewerb, 1938, S. 397 - 401; derselbe, Patentschutz im deutschen Mittelalter, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, 1939, S. 936 - 953; derselbe, Kursächsische Erfinderrfreiheiten des 15. bis 18. Jahrhunderts, in: Markenschutz und Wettbewerb, 1941, S. 101 - 105) erwähnte 33 weitere Erfindungsschutzrechte oder -gesuche, veröffentlichte aber nur sehr kurze Auszüge daraus. Er sah die Erteilung der Erfindungsschutzrechte als Ausfluß des Gnadenrechtes des Landesherren. Dieser Auslegung zufolge war das Erfindungsschutzrecht damals "kein Privatrecht, wie es der heutige Patentinhaber genießt, sondern es war eine Art polizeilicher Konzession" (Müller, Hans, Patentschutz ..., a. a. O., S. 939). - Im Mittelpunkt der Arbeiten von Meldau (Meldau, Robert, Eine gedruckte Reichsfreiheit von 1545, in: Mitteilungen der Kammer deutscher Patentanwälte, Berlin 1934, S. 26 f.; derselbe, Reichsfreiheiten für Jacob Sabon 1575 und 1578, in: Gutenberg Jahrbuch, 1935, S. 205 - 212; derselbe/Waldmann, K., Deutsche Erfinderrfreiheiten an der Schwelle der Neuzeit und ihre Wanderungen, in: Das Recht des schöpferischen Menschen, Berlin 1936 = Festschrift der Akademie für deutsches Recht; Meldau, Robert, Erfindungsschutz im "Reich der Deutschen". Eine Quellenstudie, in: Deutsches Recht, 6. Jg. 1936, S. 160 - 163; derselbe, Hauptwurzeln des deutschen Patentrechts, in: Beiträge zur Geschichte der Technik, Nr. 26, Berlin 1937, S. 107 - 114) stehen vor allem die durch die deutschen Kaiser im 16. Jh. erteilten Schutzrechte. - Silberstein, Marcel, Erfindungsschutz und merkantilistische Gewerbeprivilegien, Winterthur 1961, wendet sich ohne eigenes Archivstudium ebenfalls der Frühentwicklung des Erfindungsschutzes zu. - Pohlmann, Hansjörg, Neue Materialien zur Frühentwicklung des deutschen Erfindungsschutzes im 16. Jahrhundert, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, 1960, S. 272 - 283, steuert mit seiner Arbeit 75 kaiserliche Erfindungsschutzrechte aus den Beständen des Österreichischen Haus-, Hof- und Staatsarchivs in Wien bei. Die Kenntnis der sächsischen Praxis verdankt er den in Anmerkung 7 und 8 erwähnten Arbeiten von Schmid, Falke, Hoffmann und Müller. - In jüngster Zeit haben sich Creutz, Hans-Jürgen, Die Entwicklung des Erfindungsschutzes in Sachsen im 16. Jahrhundert, 2 Bde., jur. Diplomarbeit, Humboldt-Universität, Berlin 1978, und Ohlschlegel, Helmut, Das Bergrecht als Ursprung des Patentrechts, hg. v. Verein Deutscher Ingenieure, Düsseldorf 1978 = Technikgeschichte in Einzeldarstellungen, Nr. 30, mit der Entstehung des Erfindungsschutzes beschäftigt. Ohlschlegel stützt sich in seiner Arbeit in erster Linie auf die von Müller, Hoffmann, Pohlmann, Zycha (Zycha, Adolf, Das böhmische Bergrecht des Mittelalters, Breslau 1900; derselbe, Beitrag zur Frühgeschichte des deutschen Erfinderrrechts. Bericht über den Stand der Frage, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte der Savigny-Stiftung, 72. Jg., Germanistische Abteilung, 59. Jg., Weimar 1939, S. 208 - 232; derselbe, Zur älteren Geschichte und vergleichsweisen Bedeutung des niederländischen Erfindungsschutzes, in: Zeitschrift für Rechtsgeschichte der Savigny-Stiftung, 1942, S. 295 - 304) und Silberstein vorgelegten Ergebnisse. Zusätzlich zieht er Arbeiten über die Entwicklung des Erfindungsschutzes in den Niederlanden, in Venedig, England, Frankreich, der Schweiz und den USA heran. Eigene Archivstudien beschränken sich nach seinen Angaben auf 14 Aktenstücke des Innsbrucker Landesarchivs.

sten. Andererseits besteht für die Erforschung der Geschichte des Erfindungsschutzes in Deutschland ein dringender Nachholebedarf, da die Entwicklung dieses Rechtszweiges für die amerikanischen Kolonien und die USA, Großbritannien und Frankreich weitestgehend bekannt ist.

In dem folgenden Beitrag wird die Herausbildung des Erfindungsschutzes in Sachsen auf der Grundlage von Studien im Staatsarchiv Dresden skizziert.<sup>9</sup>

## 2. Die ersten sächsischen Erfindungsschutzrechte

Der im "Codex diplomaticus Saxonia" zum ersten Mal veröffentlichte Vertrag zwischen den Markgrafen Friedrich, Balthasar und Wilhelm und einer Gesellschaft aus den beiden Pragern Johannes Zcecheslaw und Dominik Goltschmidt, Heyemann aus Freiburg, Hermann aus Rothenburg und Hensil Messirer aus Nürnberg aus dem Jahre 1379 trägt die wesentlichen Merkmale eines Erfindungsschutzrechtes<sup>10</sup> in sich:

- der Vertrag betrifft eine Wasserkunst, "das sie dy kunst anhebin unde uns das wassir do haldin sullin, das wir wedir pherde noch redere dor czu dem wassir nicht endorfin"<sup>11</sup>, die also die Antriebskraft von Pferden und Rädern einzusparen versprach.
- Das Moment der Neuheit wird in diesem Vertrag nicht expressis verbis betont. Aus dem Gesamtzusammenhang ist aber entnehmbar, daß es um eine Wasserkunst geht, deren Leistungsfähigkeit über die der bisher bekannten liegt.
- Mit diesem "Vertrag" wurde den Gesellschaftern das Recht verliehen, ihre Kunst allein wirtschaftlich auszubeuten. Wenn aber "ymand bi die kunst que-me gescheidikeyt adir mit gewalt unde welde mit der kunst unsir berckwerk weldigen, wo das geweldiget wirt mit der kunst adir mit welchirleye kunst

9 Vgl. dazu ausführlicher meine Diplomarbeit Creutz, Hans-Jürgen, a. a. O. Im Anlageband (ebenda, Bd. 2) werden über 100 Schutzrechtsurkunden, Gesuche und andere Schriftstücke aus dem 16. Jh. im vollen Wortlaut wiedergegeben.

10 Die im 15./16. Jh. erteilten Erfindungsschutzrechte werden in den Urkunden sehr unterschiedlich als Brief, Gnade, Freiheit, Privilegium, Befreiung, Begnadigung, Kundschaft usw. bezeichnet. In ein und derselben Urkunde werden nicht selten zwei oder drei dieser Bezeichnungen nebeneinander verwendet. Der Begriff "Patent", die heute übliche Bezeichnung für Erfindungsschutzrechte mit mehr oder weniger Ausschließungscharakter, diente als Bezeichnung für Mandate, Befehle oder Verordnungen des Landesherrn. Noch heute wird in verschiedenen Ländern die Ernennungsurkunde zum Offizier als Patent bezeichnet. Erst im 19. Jh. begann man in Deutschland, Erfindungsschutzrechte als Patent oder Erfindungspatent zu benennen. In Sachsen bestanden die Begriffe "Patent" und "Erfindungsprivileg" noch bis zur Mitte des 19. Jh. gleichberechtigt nebeneinander. Doch auch Genehmigungen zum Betreiben einer Apotheke, zum Salzverkauf, zum Lumpensammeln, zur Erhebung von Zöllen, Steuern oder Abgaben wurden als Privileg bezeichnet. Deshalb ist es notwendig, die Erfindungsschutzrechte von den Gewerbe- und anderen Privilegien inhaltlich abzugrenzen: Erfindungsschutzrechte haben einen technischen Sachverhalt zum Inhalt, der gewerblich benutzbar und neu sein muß. Erfindungsschutzrechte werden durch den Staat verliehen und gewähren dem Inhaber ein Ausschließungsrecht gegenüber Nichtinhabern, in der Regel auch gegenüber dem Staat.

11 Codex diplomaticus Saxonia, Bd. 13, Leipzig 1907, S. 43 ff.

das geschehe, ab dy kunst gebessirt werde, doselbins sullen si unde ire erben eyn ewik fry nunteyl haben, als ab si das selber geweldiget hettin".<sup>12</sup>

Den Gesellschaftern und ihren Erben wird somit ein Neuntel der Ausbeute zugesichert. Dies galt auch für den Fall, daß ihre Wasserkunst von anderen Personen nachgebaut und eingesetzt wurde, wie auch aus folgendem Zitat hervorgeht:

"Quch habe wir in unde iren erben gelobit, das sy an allin den berckwerkin, dy irtrunkin sint, dy si mit derselben irer kunst weldigin, haben sullen ein ewigis nunteyl."<sup>13</sup>

Vier Tage später erhielten Hermann aus Rothenburg und Hensil aus Nürnberg urkundlich das Recht zugesprochen, "das si eyne schicht haben unde dy buwen sullin myt irem gelde an allen den berckwerin, dar man irer kunst czu bedarf unde da si mit yrer kunst trugin. Unde were, das si der schicht selbir nicht buwen wolden, so mogin si dy gebin yren frundin adir weme sie des gunnen ... Were ouch, das sy der schicht nicht buwen noch nymande gebin weldin, so sullen sy der schicht gunnen, wer dy buwen welde, ane widerrede. Unde an welchen grubin, da sy ire kunst hin secczin unde eyne schicht mittebuwen, da sullen yn gewerkin, dy andern dry schicht buwen, virczik schok ledeklichen czu vorlas gebin, also verre sy das selbis buwen".<sup>14</sup>

Innen wurde damit das Recht der freien Schicht erteilt und damit zugestanden, eine der vier Schichten eigenwirtschaftlich zu nutzen. Zusätzlich erhielten sie die Hälfte der durch die neue Kunst eingesparten Wasserhaltungskosten.

Die nächste Urkunde über ein Erfindungsschutzrecht ist rund hundert Jahre später datiert.

Paulus Eck, der sich selbst als "geomiter und astronomus" bezeichnete, bot am 2. Oktober 1477 dem Landesherrn an, in Schneeberg eine neue Kunst zu errichten, die ohne Bulgen<sup>15</sup>, Rohrwerk und Göpel die Bergwerke "gewältigen" würde. Am 4. Dezember 1477 schlossen Ernst und Albrecht mit ihm einen Vertrag, der folgende wesentlichen Punkte enthält: Paulus Eck errichtet seine Kunst auf wassernötigen Bergwerken. Er erhält dafür eine Kux als Vergütung. Wer diese Kunst ohne Genehmigung des Paulus Eck nachmache, habe auch eine Kux "Lizenzgebühr" an Eck zu entrichten.<sup>16</sup> Der Inhalt dieser Urkunde ähnelt auffallend demjenigen der zirka hundert Jahre älteren, auch wenn die Vergütung für eine erfolgreiche Bewältigung der Wassernot mit einer Kux inzwischen weitaus geringer ausgefallen ist.

Am 6. Dezember 1477 erhielt der Geistliche Bruder Blessing aus Ragusa ein Schutzrecht auf eine Kunst, die "ohne menschliche huff ohne pferde unnd windt" das "Wasser geweldigigen" und daraufhin "den berck in das tieffste gebawen" können. "Unnd so er solche kunst gemacht gesetzt bestendig unnd nutzlich er funden wirt das sie ym alsdann vor sulch sein sorge muhe arbeit unnd kunst ander an wen er das weist zugebenn schafft dieweile sie der kunst gebrechen mögen adder wollen alle wochen drey Reinische gulden odder sovil münzte dreyer Adinischer gulden wirdig geben sollen unnd wollen unnd das nymandt solch seine vorgegebene kunst in keinen berckwerck unßeres furstenthums unnd landes gebrauchen sol Er habe sich denn des mit ym adder wem er

12 Ebenda.

13 Ebenda.

14 Ebenda.

15 Bulgen waren lederne Wasserkübel, die zum Schöpfen des Wassers im Bergbau verwendet wurden.

16 Vgl. Staatsarchiv Dresden (im folgenden: StADr), Loc. 4320, Bl. 34 f.; ebenda, Loc. 4491, Bl. 90.



das befehlen wird unnd seiner wegen vereinigt unnd vertragen".<sup>17</sup>

Blessing erhielt also das Ausschließungsrecht. Für den Fall, daß seine Wasserkunst produktionswirksam werden sollte, würden ihm 3 Rheinische Gulden pro Woche als Lizenzgebühr in Aussicht gestellt.

Am 6. Januar 1478 wurde für Ullrich Huebir von den sächsischen Herzögen Ernst und Albrecht ein Geleitbrief ausgefertigt, nachdem er "zuerkennen gebn, wie er durch kunste die zcu trocknung der bergwercke in unsern landen mechten dinen."<sup>18</sup> In dieser Urkunde wird, wie auch in den vorangegangenen andeutungsweise vorhanden, die Zwitterstellung dieser Schutzrechte als Erfindungsschutzrecht und Schutz- und Geleitbrief deutlich, wird dem Erfinder doch der landesfürstliche "schutz und schirm" gewährt und "sicher frey gut geleite darzcu" gegeben. Entsprechender Befehl ergeht an alle Amtleute, Schösser<sup>19</sup>, Räte und alle Untertanen.

Nicht immer brachten neue Künste den gewünschten Erfolg, und manchmal werden auch Betrüger und Scharlatane versucht haben, sich auf Kosten der notleidenden Zechen zu bereichern. So kam auf Anforderung durch die Landesherrn Meister Peter von Faltisheim, Peter von Danzig genannt, auf den Schneeberg, um mit seiner Kunst wassernötige Gruben zu "gewältigen". Ein Vertrag vom 21. Dezember 1482 zwischen Peter von Danzig und den Landesherrn versprach ersterem 4000 Gulden für den Fall, daß er den Gruben mit seiner Kunst Wasserlösung bringen könnte. Nach einem Jahr war es Peter von Danzig noch nicht gelungen, die Gruben zu "erlösen". Seine Kunst zeigte sogar schlechtere Ergebnisse als die alten Künste. Peter von Danzig floh und blieb 1300 Gulden schuldig.<sup>20</sup>

Der Schneeberger Berghauptmann Heinrich von Starschedel beteiligte sich auch als Erfinder. Er wollte auf eigene Kosten eine Kunst in Schneeberg bauen. Der Landesherr schloß am 10. November 1483 mit ihm einen "Vertrag", der ihm die Hälfte des Nutzens zusicherte, der in den Gruben durch die Benutzung seiner Kunst eintreten würde.<sup>21</sup>

Albinus berichtete in seiner "Meißnischen Bergk Chronica",<sup>22</sup> daß die berühmten Kunstmacher aus Nürnberg, die Gebrüder Niklas und Hans Staude, um 1473 auf Anregung von Martin Römer versucht hatten, das Bergwerk auf dem Fürstenberg, auch Hoher Forst genannt, zwischen Kirchberg und Weißenbach gelegen, von Wassernot zu befreien. Nach einer Notiz in den Schneeberger Zehntrechnungen wurde an Staude 61 Gulden 5 Groschen Fuhrlohn für den Transport ihrer Kunst von Venedig zuerst nach Nürnberg und dann nach Zwickau gezahlt.<sup>23</sup> Bei den "Gewältigungs"-Arbeiten stießen sie bis zu einer Teufe von 84 Lachter (das sind etwa 170 Meter) auf mehrere Schächte, die ersoffen waren. Da das Bergwerk keine gewinnversprechenden Erze enthielt, stellten die Brüder die "Gewältigungs"-Arbeiten nach zwei Jahren wieder ein, nachdem sie 4500 Gulden verbaut hatten. Die Brüder Staude benutzten offenbar eine Bulgenkunst, die den bis dahin gebräuchlicheren Heinzenkünsten überlegen war.

17 Ebenda, Bl. 91.

18 Ebenda, Loc. 4320, Bl. 36.

19 Schösser waren Beamte, die das Schoß, d. h. die direkten Steuern, einnahmen. Oft übten sie auch das örtliche Richteramt aus.

20 Vgl. StADr, Loc. 4320, Bl. 38 - 62.

21 Vgl. ebenda, Cop. 62, Bl. 22 ff.

22 Vgl. Albinus, P., Meißnische Bergk Chronica, Dresden 1590, S. 25 ff.

23 Vgl. Laube, Adolf, Studien über den erzgebirgischen Silberbergbau von 1470 bis 1546, Berlin 1974, S. 119 = Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 22.



Konnte man mit einem Heizen<sup>24</sup> das Wasser bei rund 70 Meter halten, so war es mit Bulgen möglich, das Wasser aus einer Tiefe von 150 bis 180 Meter zu heben. Die Herzöge Ernst und Albrecht hatten ihnen einen Schutzbrief<sup>25</sup> ausgefertigt. 1477 zog Niklas Staudé nach Thüringen, um das dortige Kupferbergwerk in Naila von Wassernot zu "gewältigen". Er zog die zwei Heizen heraus, die bisher nicht das Wasser hatten heben können, und setzte seine Kunst auf das Rad, das die alten bereits vorher angetrieben hatte. Er trocknete das Bergwerk, fand aber nur Eisenerz, das er nicht abbauen wollte. Er ließ deshalb das Bergwerk wieder auf, was ihn und seinen Teilhaber 60 Gulden kostete, und zog über Hof nach Nürnberg wieder heim.<sup>26</sup>

### 3. Die Entfaltung des Erfindungsschutzes im 16. Jahrhundert

Für das 16. Jahrhundert sind eine Vielzahl von Schutzrechtsanträgen und -erteilungen in den Archivmaterialien feststellbar (vergleiche die chronologische Übersicht im Anhang zu diesem Beitrag). Auf der Grundlage der sich im 14./15. Jahrhundert herausbildenden Ansätze eines Erfindungsschutzes verfestigten sich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts bestimmte Prinzipien für den Schutz von Erfindungen, die dann über einen längeren Zeitraum bestimmend für die Erteilung von Erfindungsschutzrechten blieben.

#### 3.1. Das Antrags- und Erteilungsverfahren

Das Erteilungsverfahren für ein Erfindungsschutzrecht wurde nur auf ausdrücklichen Antrag eingeleitet. Die Anträge enthalten in der Regel eine mehr oder weniger ausführliche Darstellung des "Standes der Technik", während die eigentliche Erfindung im allgemeinen sehr ungenau beschrieben ist. Dafür werden um so wortreicher die Ziele und Vorteile der Erfindung geschildert, wobei oft stark übertrieben wird. So führten der Purschensteinische Diener Christoff Koburger und der Büchsenmacher Ambrosius Reichenbach aus Dresden in ihrem Antrag vom 15. Juni 1585 aus, daß sie "zwar eine schöne, leichtliche nutzbare Kunst, Wasser, wie gros es wehre, mitt schlechten Kosten, auß den Schechten zubringen, wußte, konnte aber auß Armuth zu keinen beweiß und großen werck nicht kohen. Nichts desto weniger aber, nehme mich wunder, das nicht andere denen es gebürt und besoldung davon haben, desgleichen auch die, so Kunst Steiger und Künstler sein wollen, und vielleicht un solche sachen mehr dencken sollten, nicht lengst darauf kohen, und solches versucht und vorgehomen hatten."<sup>27</sup>

Die Antragsteller entwickelten in ihren Anträgen Vorstellungen über die Dauer des Erfindungsschutzes, die Nutzungsmodalitäten und die Strafen, die bei unberechtigter Benutzung ihrer Erfindung zu erheben seien.

Besaßen die Antragsteller Schutzrechte anderer Landesfürsten oder vom Kaiser, dann bezogen sie sich in ihrem Antrag darauf und fügten die erteilten Schutzrechte im Original oder abschriftlich bei. Gittelt bekräftigte sein Ge-

24 Heizen waren Kolbenpumpen. Sie bestanden aus hölzernen Röhren, in denen sich ein mit einer Ledermanschette gegenüber der Kolbenwand abdichtender Kolben bewegte.

25 Vgl. StAdr, Loc. 4491, Bl. 11 b, 12 a.

26 Vgl. Albinus, P., a. a. O., S. 118.

27 StAdr, Loc. 4418, Anders Buch derer angegebenen Künstler Schreiben und Berichte, 1580 - 1591, Bl. 408.

such vom 24. März 1551 durch einen Hinweis auf ihm schon erteilte böhmische (vom 7. November 1550) und kaiserliche Schutzrechte (vom 20. März 1551).<sup>28</sup> Jeremias Neuner hatte sein kaiserliches Schutzrecht vom 16. Juni 1572 drucken lassen und legte seinem Antrag vom 28. Oktober 1574 ein Exemplar bei.<sup>29</sup> Am 1. November 1574 erhielt er das kursächsische Schutzrecht erteilt.<sup>30</sup>

Hatten die Antragsteller ihre Erfindung schon ausgeführt, "ins Werk gerichtet", bevor sie den Schutzantrag dafür stellten, so konnten sie die Nützlichkeit ihrer Erfindung durch beigelegte Gutachten beweisen. Der schon erwähnte Jeremias Neuner konnte Zeugnisse der Städte Wien, Wetzlar, Kassel, Mansfeld, Leimbach, Eisleben und Leipzig über Verträge mit ihm und die Erfolge seiner Erfindungen vorlegen.<sup>31</sup> Auch ein Zeugnis des Dietrich von Kunowitz auf Hungarisch Brod und Ostra im Markgrafentum Mähren findet sich in seinen Unterlagen.<sup>32</sup> Max Zolmeyer brachte ein Gutachten des Leipziger Rates der Stadt und des dortigen Kaufmanns Cramer von Clausbruch über die erfolgreiche Ausführung seiner Erfindung bei.<sup>33</sup> Gittelt legte seinem Antrag Berichte verschiedener Brauer vom 19. Dezember 1551 bei, die alle bestätigen konnten, daß durch seine Erfindung der dritte Teil Holz beim Brauen gespart würde.<sup>34</sup> Drei Wochen später, am 8. Januar 1552, wurde das Erfindungsschutzrecht erteilt.<sup>35</sup>

Kursächsische Erfindungsschutzrechte wurden nur auf neue und nützliche Erfindungen erteilt. Neu war eine Erfindung, wenn dies den Umständen nach zu vermuten war. Besondere Recherchen zur Feststellung der Neuheit wurden nicht unternommen, und die Erfinder brauchten die Neuheit ihrer Erfindungen nicht glaubhaft machen. Eine Vorbenutzung der Erfindung durch die Erfinder stand der Erteilung eines Schutzrechtes nicht neuheitsschädlich entgegen, da sonst alle Antragsteller kein Schutzrecht hätten erhalten dürfen, die schon in ihrem Antrag auf eine erfolgreiche Ausführung ihrer Erfindung durch beigebrachte Zeugnisse hinwiesen.

In allen Schutzrechtsurkunden aus dem 16. Jahrhundert wird das Merkmal der Neuheit der Erfindung besonders betont. Die Erfindungen werden als eine "neue art", "neue Invention", "neue Kunst", "neues kunstreiches Werk" oder "neue Erfindung und Kunst, die zuvor in unseren Landen auf den Bergwerken nicht üblich noch gebräuchlich gewesen" bezeichnet.

Der Prüfung auf Nützlichkeit, dem zweiten Erfordernis für eine Schutzrechtserteilung, wurde eine größere Bedeutung beigemessen. Die Nützlichkeit ihrer Erfindung mußten die Antragsteller nachweisen. Sie hatten dazu mehrere Möglichkeiten: Entweder sie bauten ein Funktionsmodell ihrer Erfindung ("ins kleine Werk richteten"), oder sie führten diese im großen aus ("ins große Werk richteten"). Sie konnten auch die Nützlichkeit durch Gutachten, Zeugnisse oder ähnliche Beweise einer früheren erfolgreichen Durchführung der Probe glaubhaft machen. Bot der Antragsteller von sich aus keine Probe oder andere Beweismittel an, so wurde die Probe "von Amts wegen" angeordnet. Als Stange

28 Staatsarchiv Weimar, Reg.L., fol. 411 - 420, Fasc. E 4, Bl. 61. - Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen auch die chronologische Übersicht über die für das 16. Jh. urkundlich nachweisbaren sächsischen Schutzrechtsverfahren im Anhang zu diesem Beitrag.

29 StADr, Loc. 4418, Zwey unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, 2. Hälfte, Bl. 492.

30 Ebenda, Cop. 223, Bl. 52 - 54.

31 Ebenda, Loc. 4418, Zwey unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, 2. Hälfte, Bl. 492.

32 Ebenda, Bl. 493 ff.

33 Vgl. ebenda, Loc. 4418, Anders Buch ..., Bl. 381 ff.

34 Vgl. ebenda, Loc. 30657, Bl. 290 f.

35 Vgl. ebenda.

und Gibende 1589 einen Antrag auf Erteilung eines Schutzrechtes für eine Wasserkunst stellten, beehrten sie die Ausstellung des Schutzrechtes vor Ablegung der Probe und erbaten freies Geleit, "weil es zumahl ein seltzams gesinde ist umb die Bergk Pursche, das dieselben sich der mahll eins zusammen Rotten und uns die Helse entzwey schlagen mochten, wie den Frommen Deutzschen in Schweden uff der Gerson Gruben widerfahren, die auch daselbst unschuldigh umb Ihrer wolthadt willen Ihr Blut vergießen müssen".<sup>36</sup>

Der Kurfürst bestand aber auf der Ablegung der Probe und fertigte erst nach Vorliegen des Gutachtens über die Probe am 20. Januar 1591 das Schutzrecht aus.

Die Bedenken mancher Antragsteller gegen eine Ablegung der Probe vor Schutzrechtserteilung scheinen nicht unbegründet gewesen zu sein, wie auch der Schutzrechtsantrag von Koburger und Reichenbach vermuten läßt: "Wie den vor wenig Tagen, der Herr Zehentner zu Freibergk Bartell Starck, unß beiden zu sich fordern laßen, und unß angezeigt, das Euer Churfl. Gnaden gnedigste befehletan, er sole sich mit seiner Kunst, mitt uns, sonderlichen mit mir Reichenbachen vergleichen, Welches wir aber zuthun bedrucken gehabt ..." <sup>37</sup>

Nach dem positiven Ausgang der Prüfung der Erfindung auf Neuheit und Nützlichkeit wurde die Erteilung eines Schutzrechtes beschlossen und darüber eine Schutzrechtsurkunde ausgestellt. Dem Verfasser dieses Beitrages ist es gelungen, erstmals eine Originalurkunde aufzufinden.<sup>38</sup> Ein Vergleich des Inhaltes des Urkundenkonzepts in seiner korrigierten Form mit dem Inhalt der Originalurkunde zeigt Übereinstimmung. Es kann also davon ausgegangen werden, daß die in den Akten enthaltenen Abschriften den Inhalt der tatsächlich erteilten Schutzrechte richtig wiedergeben. Der innere Aufbau der Schutzrechtsurkunden folgt im wesentlichen dem allgemeinen Aufbau aller mittelalterlichen Urkunden. Die Urkunden beginnen mit der Intitulation, dem Namen und den Titeln des Ausstellers, dem die Devotionsformel "von Gottes Gnaden" folgt. Der in der Urkunde verkörperte Wille des Herrschers mußte bekanntgemacht werden, um Gültigkeit zu erlangen. Das geschah durch die Publikationsformel "thun kundt hiermit offentlich". Danach folgte eine Aufzählung der Gründe, die zur Rechtsverleihung geführt haben. Insbesondere wird der "Stand der technischen Entwicklung" geschildert, die die Erfinder im positiven Sinne verändern wollen. Die "narratio", "... auf den nun weiterhin von anderen Leuten so viel mehr Fleiß auf neue Künste getrachtet ... ist es billig, denen die neue Künste finden das besondere Genie haben ..." (v. Maltitz, 1512)<sup>39</sup>; "... geneigt sind, alle neue Kunst ... gnädigst ins Werk zu befördern, uns auch nicht unbillig erscheint, daß die, die sich befließen, nützliche Dinge zur Beförderung ge-

36 Ebenda, Loc. 36062, Bl. 68.

37 Ebenda, Loc. 4418, Anders Buch ..., Bl. 409.

38 StAdr, K. lit. P. n. 1630. - Die Schutzrechtsurkunde für Nussbaum/Trentener vom 7. 11. 1581 ist mit schwarzer Tusche auf Pergament geschrieben. Versalien wurden mit schwarzer und goldner Tusche angebracht. Die Urkunde ist 57 cm breit und 37,5 cm hoch. An ihr ist mit einer schwarz-goldnen Kordelschnur das Siegel befestigt. Da sich in den Archivmaterialien die Originalurkunde befindet, liegt die Vermutung nahe, daß sich die betreffende Erfindung in der Praxis nicht bewährte und deshalb die Schutzrechtsurkunde entweder überhaupt nicht ausgegeben oder später wieder zurückgefordert wurde. Ein Schreiben des Kurfürsten August vom 6. 2. 1585 (StAdr, Cop. 501, Bl. 270 f.) könnte diese Vermutung stützen, die auch durch die Mitteilung genährt wird, daß im Jahre 1583 ein Johann Nussbaum in der Bergstadt Kuttenberg eine neue Silberröst- und Silberschmelzkunst einrichtete, die aber nicht erfolgreich arbeitete (vgl. Mühlfeld, Megerle v., Merkwürdigkeiten der kgl. freien Bergstadt Kuttenberg, 1825, S. 163, zit. bei: Meldau, Robert, Erfindungsschutz ..., a. a. O., S. 162).

39 Schmid, Friedrich August, a. a. O., S. 181 f.

meiner Wohlfahr zu erfinden, gebührlliche Vergleichung und Ergötzung dagegen empfangen ..." (Rauchheupt, 1561)<sup>40</sup>, leitet zur Disposition über, die mit "also" oder "so" beginnt. Die Disposition, die Rechtsverfügung, weist am wenigsten formelhafte Umschreibungen auf. Sie ist vielmehr ganz auf den konkreten Gegenstand der Erfindung ausgerichtet. In der Disposition werden die konkreten Rechte und auch eventuelle Pflichten der Schutzrechtsinhaber aufgeführt. Eine Verletzung des Inhaltes der Rechtsverfügung wurde mit der Pönformel unter Strafe gestellt. Das geschah teilweise mit mehr oder weniger konkreten Strafandrohungen, oder die Pönformel verdichtete sich zu einer Phrase mit negativem ("wonach ihr Euch zu richten habt") oder positivem Tenor ("Seind Euch mit Gnaden gewogen"):

"... wir wollen auch den genannten Lorentzen hier innen sunderlich schützen schirmen und vorteydigen ..." (Werder, 1500)<sup>41</sup>; "... daran geschieht unser will und maynung ..." (Benchem, 1548)<sup>42</sup>; "... wollen auch inen sambt seinen consorten ... gebührllich schützen und handthaben ..." (Pecker, 1558)<sup>43</sup>; "... daran geschieht unsere gentzliche und ernste meinung ..." (Keller/Gabel, 1563)<sup>44</sup>.

Der Pönformel folgten die Beglaubigungsformel (corroberatio), "Zu Urkund mit unserem hier unten aufgedruckten Secret besiegelt, auch mit eigener Hand unterschrieben", Orts- und Datumsangabe und die Unterschrift, die im Falle des Nussbaum-Trentnerschen-Schutzrechtes vom Kurfürsten eigenhändig gefertigt worden ist.

In den heutigen Patentschriften ist aus der "arreglo", die die allgemeinen Gründe für die Rechtsverleihung darstellte, die Beschreibung des Standes der Technik auf dem Gebiet der Erfindung geworden. Statt politischer oder wirtschaftlicher Gründe werden technische als Begründung für die Rechtsverleihung aufgeführt. Eine größere Bedeutung hat die "narratio" in den heutigen Patentschriften gegenüber den Erfindungsschutzrechten des 16. Jahrhunderts erhalten. Die "narratio" ist heute die technische Beschreibung der Erfindung, und aus der Disposition ist der Erfindungsanspruch geworden. Alle übrigen Bestandteile der Schutzrechtsurkunden des 16. Jahrhunderts sind in das Patentgesetz eingegangen.

Neben dieser Gliederung zeigten die damaligen Schutzrechtsurkunden eine deutliche Zweiteilung. Im ersten Teil werden das Begehren der Antragsteller ausgeführt, die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Standes der Technik durch die Erfindung und die gesellschaftliche Notwendigkeit der Erfindung herausgestrichen. Danach folgt im zweiten Teil die Darlegung des Schutzzumfanges. Ein Vergleich dieser beiden Teile zeigt eine auffallende Parallelität und bestätigt die Schlußfolgerung, daß sich der in den Urkunden gewährte Schutzzumfang im wesentlichen aus dem Antrag herleiten läßt. Die Urkunde über das erteilte Schutzrecht war für den Erfinder von großem Wert. Sie war der einzige Beweis für seine Erfinderschaft und die sich daraus ergebenden Rechte. Die aufgefunden Originalurkunde des Nussbaum/Trentner erteilten Schutzrechtes zeigt, daß dieses Schutzrecht durch den Kurfürsten nach Erteilung zurückgenommen wurde. Die Erfinder waren ihrerseits darauf bedacht, sich vor dem Verlust ihrer Urkunde durch sichere Aufbewahrung zu schützen. Als zusätzlichen Rechtsschutz beantragten sie beglaubigte Abschriften ihrer Urkunden, die sie auf Reisen als Nachweis ihrer Rechte mitführen konnten. Der kurfürstliche Rat und Verwalter des Salzwerkes Artern Dr. Georg Kandler beehrte die Ausfertigung einer Abschrift seines kaiserlichen Erfindungsschutzrechtes über ein

40 StAdr, Cop. 222, Bl. 273.

41 Schmid, Friedrich August, a. a. O., S. 114.

42 StAdr, Loc. 36127, Sechs unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, Bl. 179.

43 Ebenda, Cop. 222, Bl. 180.

44 Ebenda, Bl. 331.



neues Gradiervverfahren durch die kurfürstlich sächsische Kanzlei, weil er befürchtete, "wenn er das Original solcher kaiserlicher Befreiung, wie es die Noturft erfordert, allezeit bei sich führen oder auch einem andern vertrauen oder übers Land schicken sollte, es möchte ihm solches bey unserm gefehrlichen, unsichern Leufthen entweder mit Gewalt abgedrungen oder sonst durch Unfall anderweit veruntreut oder sonst an der Schrift, Subscription oder Siegel schadhafftig und untüchtig werden".<sup>45</sup>

Eine andere Möglichkeit war, daß der Erfinder sich die ihm verliehene Urkunde drucken ließ. Meldau gibt den Druck eines kaiserlichen Erfindungsschutzrechtes für Hans Hedler auf eine Wasserkunst und Mühlenwerke aus dem Jahre 1545 wieder, das dieser spätestens 1547 drucken ließ.<sup>46</sup> Ein Exemplar der Druckschrift übersandte der Erfinder dem Kaiser. Auf der Rückseite des Druckes hatte er handschriftlich vermerkt, daß die Erfindung bisher sechsmal ausgeführt worden sei. Gleichzeitig kritisierte er die mangelnde Förderung und "Machtbefugnis" des Kaisers, der sich gegen die Mühlenbesitzer nicht durchsetzen konnte, so daß diese verhindern konnten, "daß mehr Mühlwerke errichtet werden, wengleich großer fühlbarer Mangel auch wegen des Ausmahlens vorhanden ist".

Ein zweites Beispiel wird von Müller erwähnt.<sup>47</sup> Im Staatsarchiv Dresden befindet sich eine "Copey und Abdruck der Römischen Kaiserlichen Majestät Freyheit den Erfindern der Holtzsparungskunst. Geben zu Wien am Kayserlichen Hoff den 16. Junij anno 1572".<sup>48</sup> Jeremias Neuner als Erfinder und dessen Konsorten Michael und Heinrich Khagmann beantragten und erhielten am 1. November 1574 auch ein kursächsisches Erfindungsschutzrecht.<sup>49</sup>

### 3.2. Der rechtliche Inhalt der Erfindungsschutzrechte

Bei der rechtlichen Würdigung der Schutzrechtsurkunden und der damit im Zusammenhang stehenden Dokumente (Briefe, Befehle, Berichte usw.) läßt es sich nicht vermeiden, moderne Begriffe zu verwenden, um Sachverhalte einfach, kurz und verständlich zu umreißen, ohne dabei mehr in die Urkunden "hineininterpretieren" zu wollen, als wirklich darin steckt.

Der Bergbau und die Metallurgie nahmen im 16. Jahrhundert die zentrale Stellung im sächsischen Wirtschaftssystem ein. Deshalb galt diesen beiden Wirtschaftszweigen die besondere Aufmerksamkeit des sächsischen Staates.

Im Bergbau und in der Metallurgie stand Sachsen vor allem vor folgenden Problemen:

- die Bewältigung der Wassernot in den in immer größere Teufen vordringenden Gruben
- die Einsparung von Holz als Brennstoff
- die Einführung von metallurgischen Verfahren, die eine höhere Metallausbeute ermöglichten oder die Verhüttung bisher nicht verwendbarer Erze gestatteten.

<sup>45</sup> Ebenda, Cop. 223, Bl. 59; ebenda, Cop. 439, Bl. 11.

<sup>46</sup> Meldau, Robert, Eine gedruckte Reichsfreiheit ..., a. a. O., S. 27; derselbe, Erfindungsschutz ..., a. a. O., S. 31 ff.

<sup>47</sup> Vgl. Müller, Hans, Patentschutz ..., a. a. O., S. 936 ff.

<sup>48</sup> StAdr, Loc. 4418, Zwey unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, 2. Hälfte, Bl. 493.

<sup>49</sup> Vgl. ebenda, Cop. 223, Bl. 52 - 54.



Die Lösung dieser Probleme war auch Hauptgegenstand der sächsischen Erfindungsschutzrechte des 16. Jahrhunderts.<sup>50</sup> Je etwa ein Viertel der Gesamtzahl der Schutzrechte betraf Wasserkünste, Holzsparkünste oder metallurgische Verfahren. Das restliche Viertel der Schutzrechte hatte Erfindungen aus fast allen Gebieten des Lebens zum Inhalt. Selbst für uns heute reichlich kurios anmutende Geistesprodukte wurde um Erteilung eines Schutzrechtes nachgesucht. Der Sekretär der Landschaft in Österreich "ob der Enns" Zacharias Eyring erbat 1589 ein Schutzrecht für ein Verfahren, "durch mittl des stät reißenden sandts alles das Ihenige was sonst durch mittl des fallenden Wassers ... zu wegen gebracht werden khan ... nun erlangt werden solle ...",<sup>51</sup> das also zum Ziele hatte, die Antriebskraft Sand in gleicher Weise einzusetzen wie die Antriebskraft Wasser. Mader beschreibt in seinem Brief vom 7. April 1594 sehr ausführlich die Wirkungen seiner Erfindung. Aber dort, wo eine technische Darstellung beginnen müßte, endet die Beschreibung mit den Worten: "Solches hab ich also durch Gottes hülf zuwegen gebracht, daß ich nicht allein wasser und Luft, von einander scheiden kann, sondern was man auch fur unmöglich geachtet hatt, ist in dieser Figur wohl möglich zu befinden, und Gott lob teglich Probiren kan. Was aber gnedigster Fürst und Herr, die anderen Figuren ahnlangen, muß ich umb kurtze willen bleiben lassen, sonderlich auch, weil ich dieselben nicht so gahr gantzlichen, als die vorbezeichneten, versucht und probirt habe. Doch alle möglichkeit darinnen vormuttlichen ist ..." <sup>52</sup>

Die chronologische Anordnung der Schutzrechtsgegenstände zeigt, daß in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts fast nur Schutzrechte für Erfindungen beantragt bzw. erteilt wurden, die der Lösung der oben genannten drei Probleme dienten. Erst später wurde auch in zunehmendem Maße um Schutz für andere Erfindungen nachgesucht.

Alle Erfindungsschutzrechte sind zumindest auf einen namentlich Genannten ausgestellt. In der Regel wird auch ausdrücklich betont, daß es sich dabei um den Erfinder handelt. Neben den Erfindern werden auch häufig deren Konsorten, Mitgewerken oder Verwandten als anonyme Mitinhaber des Schutzrechtes genannt. Dabei wird es sich vor allem um die Geldgeber gehandelt haben, die die Versuche und später die Anwendung der Erfindung in der Hoffnung finanzierten, Gewinn daraus zu ziehen. Es ist nur ein Fall bekannt, in dem der Landesfürst die Namhaftmachung der Konsorten forderte. In dem 1581 an Nussbaum erteilten Schutzrecht heißt es: "Unnd damit küfftig keiner Irrung noch mißverstand furfalle, wehr gedachts Nußbaum und Trentners mitverwandten an diesen Iren künsten und Inuention sein, so sollten sie uns derselben nahmen zustellen, welche consorten und Verwandten wo ferner die Personen uns nicht zu wieder bey dieser Freiheit gleich den Prinzipial gnedigst schützen wollen..." <sup>53</sup>

Einen interessanten Einblick in die Rechtsauffassung des sächsischen Kurfürsten gibt ein vor der 1558 erfolgten Erteilung des Schutzrechtes geführter Briefwechsel. Am 16. Mai 1556 hatte sich der rheinische Pfalzgraf und pfälzische Kurfürst, Otto Heinrich, der Reformator der Heidelberger Universität und Gründer der Bibliotheca Palatina, an Kurfürst August gewandt und die Bitte der Mitverwandten einer Holzsparkunst um ein kursächsisches Schutzrecht befürwortet. Abschriftlich waren das Schreiben der Mitverwandten an Kurfürst Otto Heinrich und ein Zeugnis des Bürgermeisters und des Rates der

50 Vgl. die chronologische Übersicht über die für das 16. Jh. urkundlich nachweisbaren sächsischen Schutzrechtsverfahren im Anhang zu diesem Beitrag.

51 StADr, Loc. 4491, Allerhand Privilegia ..., Bl. 21.

52 Die äußerst verschwommene, hier auszugsweise wiedergegebene Beschreibung, die Mader seinem am 9. 4. 1594 eingereichten Schutzrechtsgesuch für eine Wasserkunst beifügte (ebenda, Loc. 4418, Anders Buch ..., Bl. 249 ff.), läßt ein Perpetuum mobile vermuten.

53 StADr, Loc. 41920, Bl. 48.

Stadt Straßburg vom 29. Juni 1555 beigelegt. Darin kam zum Ausdruck, daß der Straßburger Friedrich Fromer "... etlich mittl, wie im Khochen und stuben in haitzen ein großer Theil holtz erspart moge werden, auß gottes gnaden erfunden ..." <sup>54</sup> habe. Fromer hatte aber seine Erfindung an ein Konsortium verkauft, das diese Erfindung ökonomisch auszubeuten gedachte. In ihrem Schreiben an den pfälzischen Kurfürsten baten die Konsorten diesen um Vermittlung. Sie wollten zehnjährige Schutzrechte von einigen Reichsständen, unter anderem auch vom sächsischen Kurfürsten. Die Schutzrechte sollten dem Konsortium einen sicheren Gewinn bringen. Bei Benutzung der Erfindung wollten die Schutzrechtsinhaber ein Drittel der eingesparten jährlichen Holzkosten als Nutzungs- oder Lizenzgebühr von den Anwendern. Sie boten auch an, allen Untertanen des jeweiligen Landesherrn die Benutzung der Erfindung gegen eine entsprechende Pauschalvergütung zu überlassen. Kurfürst August antwortete, "... daß den Erfindern neuer, nützlicher und zuträglicher Dinge ... gebührliche dankbarliche Ergötzung und Verehrung geschehen und widerfahren sollte. Daß wir aber denen, so die Holzersparung nicht erfunden, sondern nur um ihres eigenen Nutzens willen von dem Erfinder an sich gekauft ... zehnjährigen Consens geben solten, das haben wir unseres Erachtens billig bedenken". <sup>55</sup> Er zögerte also, die Schutzrechte des Erfinders auf das Konsortium zu übertragen.

Erst nachdem der Kurfürst von der Pfalz noch einmal die Bitte der Antragsteller bei August erneuerte und der Kaiser "auf jüngst gehaltenem Reichstage zu Regensburg ... ein privilegium ... gnediglich mitgeteilt" hat, gewährte August am 13. Juni 1558 das Schutzrecht. <sup>56</sup> Bezeichnenderweise ist dieses aber nicht wie das kaiserliche Schutzrecht "den Erfindern und consorten", sondern Merten Pecker und "seinen Consorten und mitverwandten" ausgestellt, ohne daß ausdrücklich noch einmal auf den Erfinder Bezug genommen wird. Merten Pecker wird im Schutzrecht selbst als "einen ihrer gesandten und mitconsorten" bezeichnet.

Die sächsischen Erfindungsschutzrechte aus dem 16. Jahrhundert sind durchweg Verbotungsrechte, die dem Schutzrechtsinhaber die allgemeine Nutzung seiner Erfindung zusicherten: "verbieten allen Unterthanen ..., daß sich ... keiner, wer er sei, unterstehe, neben dieser Gewerkschaft Torf zu graben oder zu verkaufen" (Conrat, 1561) <sup>57</sup>; "daß niemand, wer er auch sei, solche neue erfundene Wasserkunst ohne obbemelteten Supplicanten ... vorwissen und Bewilligung auf keinerlei Weise anrichten noch gebrauchen" (Keller/Gabel, 1563) <sup>58</sup>; "daß niemand ... ihnen solche Kunst ... nachmachen, noch solches durch andere Werkmeister bestellen und machen lassen solle, ehr habe sich denn mit obgedachten erfindern ... vergleichen" (Koburger/Reichenbach, 1585) <sup>59</sup>; "kein Mensch ... oben bestimmte Kunst ... ohne ... Maltitz Willen soll gebrauchen" (von Maltitz, 1512) <sup>60</sup>.

Eine Ausnahme stellt das 1560 an Adreas Tornhöfer für einen neuen Kachelofen ausgegebene Schutzrecht insoweit dar, als der Bau solcher Öfen durch andere Töpfer nur dann verboten war, wenn sie die vorherige Zahlung der Gebühr in Höhe von einem Gulden Groschen versäumt hatten.

54 Ebenda, Loc. 8505, Bl. 3.

55 Ebenda, Cop. 277, Bl. 1.

56 Vgl. ebenda.

57 Ebenda, Loc. 4418, Zwey unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, 1. Hälfte, Bl. 14 b.

58 Ebenda, Cop. 222, Bl. 331.

59 Ebenda, Cop. 223, Bl. 183.

60 Schmid, Friedrich August, a. a. O., S. 181.

Die Gültigkeitsdauer der einzelnen Schutzrechte war sehr unterschiedlich. Sie reichte von einem Jahr (Gernod, 1502) bis zur Gültigkeit der Schutzrechte auf Lebenszeit. Trotz dieser Variationsbreite waren Beantragungen und Erteilungen von Schutzrechten mit zehnjähriger Laufzeit am häufigsten. Interessant ist die Begrenzung der Schutzrechtsdauer bei dem Schutzrecht von Werder (1500): Würde eine "neue bessere kunst einer anderen arth und instrumenten, die auch so viel mehr Vorteil tragen würden" erfunden, so müßte die geschützte Kunst dadurch "ins Freie fallen". Die Gültigkeit des Schutzrechtes wurde hier durch den technischen Fortschritt begrenzt.

Neben dem Gültigkeitsablauf der Schutzrechte behielt sich der Landesherr vor, Schutzrechte wieder zurückzunehmen, wenn die Erfindung die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllte: "... da sie aber innerhalb solcher befreiter Zeit ihren Verpflichtungen nicht nachkommen würden, sollen wir gegen sie wieder frei und ungebunden sein ..." (Conrat, 1561)<sup>61</sup>; "... wo die Gesellschafter ihre Erfindung nicht dermaßen ins Werk richten, daß der angegebene Nutzen daraus zu erlangen ist, so wollen wir ungebunden sein ..." (Müller, 1570)<sup>62</sup>; "... da sie aber solch ihr furhaben nicht bestendig ins Werk richten werden, sollen wir uns vorbehalten haben, diese unsere Befreyung von ihnen wieder abzufordern ..." (Koburger/Reichenbach, 1585)<sup>63</sup>.

In diesem Zusammenhang ist die Verpflichtung Jobst Müllers und seiner Konsorten interessant: "Damit nicht durch Unfleiß und Unwissenheit von Wagnern und Schmieden ihrem Werk Verachtung zugefügt werde, daß im Anfang die von ihnen erfundenen Pflüge samt Eisen von ihnen um billige Bezahlung gekauft werden ... Sie sind auch bereit, falls jemand einen Mangel angebe, einen aus ihrer Mitte zu senden, der solche Mängel wende und im Pflügen unterrichte. Man soll den Mangel dem nächsten Amt anzeigen, das die Erfinder benachrichtigen wird."<sup>64</sup>

Die Erfinder gaben damit für ihre Erfindungen ein Garantieverprechen ab.

Zum sachlichen Schutzzumfang enthalten die Schutzrechtsurkunden nur sehr allgemeine Festlegungen. Der eigentliche Gegenstand der Erfindung wird nicht gekennzeichnet. Es lassen sich Hinweise auf den Erfindungsgegenstand lediglich dann gewinnen, wenn das in den Schutzrechtsurkunden formulierte Ziel der Erfindung genauer untersucht wird: "... damit geringer und leichter werde etzliche Unkost der Gruben und sonderlich, das ein Knecht an einem Haspel, daran solche Kunst geübt wird, soviel tun mag als man bisher mit zweien getan hat ..." (Gernod, 1502)<sup>65</sup>; "... daß er aus Kiesen und anderen wilden Erzen ... den giftigen Rauch ohne Abgang der Metalle ... auffangen ... (und) daraus Arsenik machen kann und das dieser nicht wegfliegen und Äcker, Wiesen und andere Früchte verderben soll ..." (Zurich, 1564)<sup>66</sup>.

Ein Grund für eine solche Praxis der fehlenden Abgrenzung des Erfindungsgegenstandes vom bereits bekannten Wissen in den Schutzrechtsurkunden liegt sicher nicht in der Geheimhaltung der Erfindung. Als Grundlage für den sachlichen Inhalt der Schutzrechtsurkunden wurde der Inhalt der Anträge benutzt. In den Anträgen verwandten die Erfinder viel Zeit und Mühe auf die Darstellung des Zieles und der Wirkungen der Erfindung. Die technische Beschreibung der erfinderischen Lösung war nicht notwendig, da die Erfinder im

61 StAdr, Loc. 4418, Zwey unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, 1. Hälfte, Bl. 14 b.

62 Ebenda, Cop. 356 a, Bl. 288.

63 Ebenda, Cop. 223, Bl. 183.

64 Ebenda, Loc. 4418, Zwey unterschiedliche Bücher ..., 1. Buch, 1. Hälfte, Bl. 256.

65 Ebenda, Loc. 4491, Allerhand Privilegia ..., Bl. 3.

66 Ebenda, Cop. 326, Bl. 38.

Prüfverfahren ihre Erfindung sowieso offenbaren mußten. Als Beweis des sachlichen Schutzzumfanges standen in einem möglichen Streitfall zur Prüfung der Erfindung Gutachter, angefertigte Modelle oder die ausgeführte Erfindung selbst zur Verfügung. Ganz sicher wollte offenbar Harstall gehen, der 1569 acht kolorierte Bilder (etwa im Format DIN A 3) nebst Erklärungen in der kurfürstlichen Kammer mit dem Bemerken hinterlegte:

"Ich bitte weiter -, Ihr wollt diese Contrafey und Muster Inn der Cammer zu einem Zeugnis behaltenn, in fall, da Jemandes zu wider der Privilegien solchs wercks nachmachen würde, und noch sagen wollte, Es were nicht mein Kunst sondern ein Anders. So konnte ich oder meine Erben uns uff solche kundschaftt oder Zeugnis beruffen".<sup>67</sup>

In fast allen Schutzrechtsurkunden kommt die Formulierung vor, daß die Erfinder "bis an uns (den Kurfürsten bzw. Herzog - H. C.) zu schützen" sind. Diese Formulierung kann nur besagen, daß der Landesherr die erteilten Schutzrechte auch gegen sich gelten lassen mußte. In den weiter oben aufgeführten Textstellen über die Zurücknahme des Schutzrechtes vor dem Zeitpunkt des Gültigkeitsablaufs heißt es: "... sollen wir gegen sie wieder frei und ungebunden sein ..." (Conrat, 1561)<sup>68</sup>; "... wo die Gesellschafter ihre Erfindung nicht dermaßen ins Werk richten, daß der angegebene Nutzen daraus zu erlangen ist, so wollen wir ungebunden sein ..." (Müller, 1570)<sup>69</sup>.

Die Ablehnungsgründe, die Kurfürst August gegen eine Schutzrechtserteilung an Sprinzenstein geltend machte, beweisen ebenfalls, daß sich der Kurfürst an die von ihm erteilten Schutzrechte gebunden fühlte: "... durch dergleichen Privilegy mit gern prejuticiren wollt, ..., daß als dan Euer Churf. gnad. sich gesperrt befinden sollen".<sup>70</sup>

Nur bei metallurgischen Erfindungen war der Geltungsbereich der Erfindungsschutzrechte eingeschränkt: "... und wir unserer eigene Schmelz und Saigerhütten halber frey und unverbunden seyn ..." (Nussbaum/Trentner, 1581)<sup>71</sup>.

Die Ursache dafür ist in den Eigentumsverhältnissen bei den Hütten zu suchen. Nach Leuthold gab es gegen Ende des 14. Jahrhunderts von den früheren 52 Schmelzhütten im Freiburger Revier, die hauptsächlich privates oder gewerkschaftliches Eigentum waren, nur noch zwei; beide waren landesherrliche Hütten.<sup>72</sup> Falke bestätigt, daß Kurfürst August fast alle privaten Hütten aufkaufte und zwei neue große Hütten errichten ließ, in denen mit neuen Schmelzverfahren produziert wurde.<sup>73</sup>

67 Vgl. ebenda, Loc. 4512, Bl. 54 - 62. - Harstall gab zu seinen Bildern auch kurze Beschreibungen. Eine davon sei hier als Beispiel wiedergegeben: "Diese figur ist also zunechsthen, das hindenn auch eine Pfanne an der Forder Pfanne stehet und gesetzt ist, aber nicht so groß als die forder Pfannen, mangelt wohl des dritte Det, die wirdt also gehitzt, und gesottenn, wie folget: Nemlich, so macht mann eine Runde oder vier Eckische Röhre die hat hinden einenn schlung, wie ein trachter, da gehet die hitz unter der großen Pfannen herfür in den schlungk, und darnach also in die Rohre, unnd die Pfannenn durch das Wasser hindurch durch aus, und hatt darnach ein klein Luft-Toerlein unber sich stehenn damit der Dampf nicht zurücktreten kann, und wirdt in der hinder Pfannenn das Wasser so bald heis." (Ebenda.)

68 Ebenda, Cop. 222, Bl. 270.

69 Ebenda, Cop. 356 a, Bl. 288.

70 Ebenda, Cop. 501, Bl. 91.

71 Ebenda, Loc. 41920, Bl. 48.

72 Leuthold, Die Freiburger Bergwerksverfassung im 14. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Bergrecht, Bd. 29, 1880, S. 74.

73 Falke, Johannes, a. a. O., S. 87.



Die Schutzrechte gewährten dem Schutzrechtsinhaber das Alleinutzungsrecht an seiner Erfindung und verboten dem Nichtberechtigten die Nutzung. Zur Durchsetzung des Verbotungsrechtes enthielten die Schutzrechte in der Regel eine Pönformel, die teilweise eine sehr detaillierte Strafe normierte: "... doch soll niemand unser underthanen ... frei stehen, solche Kunst ... ohne ... Bewilligung zu gebrauchen, oder durch andere Meister anrichten lassen. Bei Vermeidung unser ernstest straff und ungnade ..." (Neuner, 1574)<sup>74</sup>; "... bey vermeidung unserer schweren ungnade und höchsten straf, auch verlierung des wergkes, so oft es angefangen oder verbracht wirdt ..." (Schilling, 1585)<sup>75</sup>; "... bey vermeidung unserer Strafe und ungnade ..." (Rizetto, 1587)<sup>76</sup>; "... bei Verlust des Handwerks ..." (Tonhöfer, 1560)<sup>77</sup>.

### 3.3. Der Charakter der sächsischen Erfindungsschutzrechte des 16. Jahrhunderts

In seiner Abhandlung über das "Böhmische Bergrecht des Mittelalters" sprach Zycha die Vermutung aus, daß die Erfindungsprivilegien deutscher Landesfürsten im 16. Jahrhundert an Prinzipien anknüpften, die sich im Bergrecht entwickelt hatten.<sup>78</sup> Diese Gedanken führte er später fort, wonach "den Auftakt für die Idee des Erfindungsschutzes überhaupt jene ausschließlichen Privilegien gegeben haben, die für den Bau von Maschinen des deutschen Bergbaus im Osten bereits seit dem 14. Jahrhundert erteilt worden sind."<sup>79</sup> Silberstein griff in seiner Dissertation aus dem Jahre 1951 (gedruckt 1961)<sup>80</sup> diesen Hinweis auf, ohne ihn allerdings zu Ende zu denken.

Die Entwicklung des sächsischen Bergrechtes fand in zahlreichen Bergordnungen seinen Niederschlag. Den vorläufigen Abschluß bildete die Annaberger Bergordnung vom 5. Februar 1509.<sup>81</sup> Danach erfolgte der Erwerb von Bergwerkseigentum auf dem Wege des Schürfens, Mutens und Verleihens. Jedem war es gestattet, sowohl auf eigenem als auch auf fremdem Boden zu schürfen (Bergfreiheit). Der erste Finder, der erste Entblößer eines Ganges, mutete seinen Fund, das heißt, er begehrte das Recht, den gefundenen Gang abzubauen. Nach vollzogener Mutung mußte der Finder seinen Gang entblößen, der dann vom Bergmeister besichtigt und auf seine Bauwürdigkeit hin geprüft wurde. Damit wurde gesichert, daß keine weiteren Prospektions- und Exploitationsrechte verliehen werden konnten. Das Recht des ersten Finders auf die Verleihung der Fundgrube war ein charakteristischer Grundzug des sächsischen Bergrechtes. Dabei kam

74 StADr, Cop. 223, Bl. 53.

75 Ebenda, Bl. 198.

76 Ebenda, Cop. 533, Bl. 35.

77 Ebenda, Cop. 222, Bl. 280.

78 Vgl. Zycha, Adolf, Das böhmische Bergrecht ..., a. a. O., S. VII.

79 Derselbe, Zur älteren Geschichte ..., a. a. O., S. 297.

80 Vgl. Silberstein, Marcel, a. a. O., Sx. passim.

81 Die Schneeberger Bergordnungen vom 12. 5. 1477, 17. 11. 1479, 9. 1. 1492, 7. 4. 1497 und 25. 3. 1500, die Annaberger Bergordnungen von 1493/99, vom 5. 3. 1503 und dann die Ordnung vom 5. 2. 1509, die 1511 durch Herzog Georg auch für Freiberg eingeführt wurde, waren Höhepunkte der gesetzgeberischen Arbeit auf dem Gebiete des Bergrechtes im 15. und zu Beginn des 16. Jh. in Sachsen. Die Annaberger Ordnung stellte einen gewissen Abschluß dar, da sie das Gedankengut der vorangegangenen Ordnungen in sich vereinte, selbst aber zum Ausgangspunkt für die moderne Bergrechtsgesetzgebung geworden ist, indem alle folgenden sächsischen Bergordnungen, auch die kursächsische Bergordnung vom 12. 6. 1589, die bis ins 19. Jh. für Sachsen maßgeblich geblieben war, darauf aufbauten.



es nicht darauf an, ob er das Erzvorkommen mit viel Mühe und hohem Kostenaufwand durch Schürfungen oder "nur" durch einen glücklichen Umstand gefunden hatte. In gleicher Weise wurde dem ersten Erfinder ein Schutzrecht verliehen. Zwar diente vielfach der Hinweis auf die aufgewendeten Mühen und Kosten als Begründung, letztlich waren aber das "Genie" des Erfinders und auch dessen Glück ausschlaggebend dafür, ob er die Erfindung zuerst machte und damit einen Anspruch auf Erteilung eines Schutzrechtes erwarb.

Der erste Erfinder "mutete" seine Erfindung in gleicher Weise wie der erste Finder seine Fundgrube. Der Erfinder stellte einen Antrag auf Verleihung eines Schutzrechtes an den Landesherrn. Dieser ließ die Erfindung durch seine Beamten, wie schon dargelegt, auf Neuheit und Nützlichkeit prüfen. Ähnlich erfolgte die Prüfung der gemuteten Bergwerksfelder. Die "Neuheit" war dadurch gewährleistet, daß jedes Bergwerk nur auf freiem Feld errichtet werden konnte, da jedes in Betrieb befindliche Bergwerk über ein durch die Bergordnung festgelegtes Grubenfeld bestimmter Größe verfügte. Die "Nützlichkeit" (Abbauwürdigkeit) der gemuteten Erzader stellte der Bergmeister durch Besichtigung fest.

War die Erfindung neu und nützlich, so wurde ein Erfindungsschutzrecht verliehen, dessen Geltungsbereich mehr oder minder den spezifischen Eigenarten der Erfindung angepaßt war. Die Verleihung erhielt durch die Ausgabe einer Urkunde ähnlich derjenigen für Verleihung von Bergwerken Beweiskraft.

Weitere Parallelen zwischen Erfindungsschutz und Bergrecht lassen sich hinsichtlich der Voraussetzungen für die Aufhebung der verliehenen Erfindungsschutzrechte bzw. den Verlust der Gruben und die Übertragung der verliehenen Rechte und des in beiden Fällen gewährten Nutzungsrechtes auf weitere Personen ziehen. Die in den Schutzrechten verankerten Normen für den Fall der Nutzung der Erfindung durch andere ähneln auffallend den im Stollenrecht, einem Teil des Bergrechtes, enthaltenen Bestimmungen.

Gravierendes Merkmal der kursächsischen Praxis bei der Erteilung von Erfindungsschutzrechten war die Prüfung der Anträge auf Neuheit und vor allem auf Nützlichkeit durch Sachverständige. Aus den Archivunterlagen sind keine Vorgänge bekannt, bei denen trotz günstiger Probe eine Schutzrechtserteilung durch den Landesherrn versagt wurde. Alle Schutzrechtsablehnungen sind auf mangelnde Neuheit, vor allem aber mangelnde Nützlichkeit, zurückzuführen. Der Rechtsbestand des Schutzrechtes innerhalb der Schutzrechtslaufzeit war an ganz bestimmte Forderungen geknüpft, die in jedem Falle in der Schutzrechtsurkunde genannt waren. Die erteilten Schutzrechte wurden Ausschließungsrechte und verboten Nichtberechtigten, auch dem Landesherrn, eine unbefugte Nutzung.

Diese Gesichtspunkte und die nachweisbare Identität der Prinzipien des Erfindungsschutzes und des Bergrechtes legen es nahe, ein Recht der Erfinder auf die Erteilung von Erfindungsschutzrechten bei der Glaubwürdigkeit von Neuheit und Nützlichkeit anzunehmen. So wie das normierte Bergrecht dem Erfinder einen durchsetzbaren Anspruch auf Verleihung einer Grube zusprach, so wurde in der Praxis der Verleihung von Erfindungsschutzrechten in Sachsen im 16. Jahrhundert ein Rechtsanspruch der Erfinder neuer und nützlicher technischer Verfahren und Vorrichtungen darauf anerkannt.

Das Aufkommen von Keimen kapitalistischer Produktionsverhältnisse im sächsischen Silbererzbergbau bedingte notwendigerweise das Entstehen eines Erfindungsschutzes. Die Modalitäten des Erfindungsschutzes wurden demjenigen kodifizierten Rechtszweig entnommen, dessen Gegenstand auch der Gegenstand der meisten Erfindungsschutzrechte jener Zeit war.

Chronologische Übersicht über die für das  
16. Jahrhundert urkundlich nachweisbaren  
sächsischen Schutzrechtsverfahren

Jahr	Erfinder	Dokumentengegenstand			Schutzrechts- gegenstand	Registriernummer bei Creutz
		Schutz- rechts- urkunde	Schutz- rechts- antrag	Schrift- wechsel		
	Gäßner	x			Schmelzkunst	1
1500	Werder	x			Wasserkunst	2
1502	Gernod	x			Wasserkunst	3
1512	v. Maltitz	x			Naßpochwerk	4
1548	Benchem	x			Wasserkunst	5
1532	Gittelt	x		x	Holzsparkunst	6
1553	Richter/Frank					
1553	Neuper/ Wiedemann			x	Wasserkunst	7
1553	Paul/Zeidler					
1555	Preuß/Fogell					
1556	Frommer					
1558	Pecker	x		x	Holzsparkunst	8
1560	Tornhöfer	x			Holzsparkunst	9
1561	Rauchheupt	x			Wasserkunst	10
1561	Conrat	x		x	Holzsparkunst	11
1563	Keller/Gabel	x			Wasserkunst	12
1563	Richter	x			Erzwaschwerk	13
1564	Zurich	x		x	Arsenikher- stellung	14
1569	Harstall			x	Holzsparkunst	15
1570	Müller	x		x	Pflug	16
1570	Roch			x	Pflug	17
1570	Breutigam		x		Antriebsma- schinen	18
1572	Rauchheupt	x			Lachsfang	19
1572	Lemburg		x		Perpetuum mobile	20
1574	Neuner	x		x	Holzsparkunst	21
1577	v. Elterlein			x	Wasserkunst	22
1578	Witschel	x			Salzsiedekunst	46
1578	Rohrbach		x		Mühle	23
1580	v. Pflugk	x			Wasserkunst	24
1580	Breutigam		x	x	Mühle	25
1580	Seltzer	x			Erzverhüttung	26
1580	Habermehl			x		27
1580	Bergamini		x		Sämaschine	28
1580	Breutigam			x	Kriegsgerät	29
1581	Mader		x	x	Wasserkunst	30
1581	Nussbaum	x		x	Erzverhüttung	31
1581	Rauchheupt			x	Salzsiedekunst	32
1583	Rauchheupt	x		x	Weidewachs	33
1584	Meth		x		Salzsiedekunst	34
1584	Zolmeyer		x	x	Holzsparkunst	35
1585	Koburger	x	x	x	Wasserkunst	36
1585	Sprinzenstein		x	x	Geschütz	37
1585	Schilling	x	x	x	Saigerkunst	38
1587	Rizetto	x		x	Holzsparkunst	39

1589	Stange		x		Schußwaffe	40
1589	Stange/ Gibende		x		Perpetuum mobile	41
1589	Stange/ Gibende		x		Holzsparkunst	42
1589	Eyring		x	x	Kunstwerk	43
1591	Stange/ Gibende	x	x	x	Wasserkunst	44
1596	Springer	x			Halbedelstein- gewinnung	47
1605	Hattkins			x	Wasserkunst	45

Quelle:

Creutz, Hans-Jürgen, Die Entwicklung des Erfindungsschutzes in Sachsen im 16. Jahrhundert, 2 Bde., jur. Diplom-Arbeit, Humboldt-Universität, Berlin 1978; für die ohne Registriernummer verzeichneten Erfinder und Schutzrechtsgegenstände Müller, Hans, Unbekannte Erfinder aus und in Sachsen im 16. und 17. Jahrhundert, in: Mitteilungen des "Roland", 1938, S. 26 - 28; ebenda, 1939, S. 31 f.; derselbe, Patentschutz im deutschen Mittelalter, in: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, 1939, S. 936.

Zu den Handelsbeziehungen der thrakischen Stadt Kabyle vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z.

von Dimităr Draganov

Im antiken Schrifttum wird die thrakische Stadt Kabyle zuerst von Demosthenes (8, 43 - 45) in Verbindung mit den Feldzügen Philipps II. in Ostthrakien im Jahre 342 bis 341 v. u. Z. erwähnt.

Die Geschichte der Stadt vor dieser Zeit ist unbekannt. Da schriftliche Quellen fehlen, können nur archäologische Untersuchungen das Siedlungsleben wenigstens teilweise beleuchten. Die Ausgrabungen ermöglichen aber die Freilegung der hellenistischen und älteren Schichten nur in beschränktem Umfang, da vornehmlich spätere Zeiten erforscht werden.

Die in der Stadt und ihrer Umgebung gefundenen antiken Münzen belegen einen bestimmten Umlauf während der verschiedenen historischen Perioden; sie können über wirtschaftliche Möglichkeiten Aufschluß geben sowie über Richtungen des Handels unterrichten.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind die Handelsbeziehungen Kabyles vom 5. bis zum 3. Jahrhundert v. u. Z. vor allem im Licht numismatischen Materials. Interessant ist der chronologische Vergleich der gefundenen Amphorenstempel mit den Münzen. Die Kombination ist unseres Erachtens unerlässlich, da die Amphorenstempel neben den Münzen zu den sichersten Merkmalen von Handelsbeziehungen gehören.

Manchen Auffassungen zufolge hat Kabyle die anderen Städte im Inneren Thrakiens dank seiner wirtschaftlichen Blüte überflügelt und den Wettbewerb mit den griechischen Poleis aufgenommen.<sup>1</sup> Wie weit sich aber diese Stadt als Handelszentrum entwickelt, mit welchen anderen Zentren sie gewisse Beziehungen gepflegt, welche Intensität der Handel in den verschiedenen historischen Perioden erreicht hat, sind noch unbeantwortete Fragen, da das numismatische Material von Kabyle nicht untersucht ist. Dabei ist es völlig klar, daß die Ergebnisse dieser Untersuchungen weit über die regionalen Grenzen von Kabyle hinausreichen und, mit den Angaben über Seuthopolis verglichen, wesentliche Bedeutung für das ganze östliche Thrakien haben werden. Dies alles ist noch offensichtlicher bei Berücksichtigung der jüngsten numismatischen Forschungen, die über die Persönlichkeit und die Herrschaft des Dynasten Spartokos in Kabyle Aufschluß gegeben haben.<sup>2</sup> Diese Ergebnisse müssen berücksichtigt

1 Gerasimov, Todor, Gde sa sečeni tetradrahmite na Kavar, keltski vladetel v Trakija? (Wo wurden die Tetradrachmen des keltischen Herrschers Kavaros in Thrakien geprägt?), in: Izvestija na arheologičeskija institut pri BAN (im folgenden: IAI), Bd. 22, 1959, S. 115.

2 Draganov, Dimităr, Kām monetosečeneto na trakijskija vladetel Spartok ot Kabile (Zur Münzprägung des thrakischen Herrschers Spartokos aus Kabyle), in: Numizmatika, Nr. 2/1980, S. 16 - 23; Getov, Ljudmil, Moneta na trakijskija dinast Spartok ot Kabile (Eine Münze des thrakischen Dynasten Spartokos aus Kybyle), in: ebenda, Nr. 3/1980, S. 27 - 31; Dimitrov, Kamen, New Types of Thracian Bronze Coins from the Excavations in Seuthopolis, in: Bulgarian Historical Review, Nr. 1/1980, S. 76 - 84.

werden, da am Ende des 4. Jahrhunderts und am Anfang des 3. Jahrhunderts v. u. Z. die Stadt Mittelpunkt eines politischen Gebietes, des Staates des Spartokos war. Damit wird verständlich, daß bestimmte Münzen zahlreicher werden, da die Anerkennung oder Ablehnung bestimmter Zahlungsmittel auch aus politischen Gründen erfolgen konnte, die über die Freiheit und Kompetenz einer autonomen Stadt hinausgingen.

Zur gründlicheren Untersuchung haben wir nicht nur die Münzfunde aus der Stadt Kabyle, sondern auch aus ihrer Umgebung herangezogen.

Die ermittelte annähernde oder genaue Datierung der Münzen vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z. gestatten die chronologische Untersuchung der Handelsbeziehungen der Stadt nach historischen Perioden. Diese Methode bietet bessere Möglichkeiten für Beobachtungen und Schlußfolgerungen.

Am stärksten beeindruckt, daß im Zeitabschnitt von 500 bis 340 v. u. Z. Kabyle bereits sehr früh in Handelsbeziehungen zu den griechischen Städten an den thrakischen Küsten und auf den Inseln trat, also beispielsweise zu Ainos, Maroneia, Amphipolis, Apollonia Pontica, Mesambria. Aus dieser Periode sind sechs Amphorenstempel von der Insel Thasos identifiziert.<sup>3</sup> Bestimmte Gründe veranlassen uns aber zu der Annahme, daß die Beziehungen Kabyles und seiner Umgebung zu den griechischen Poleis noch älter gewesen sind. Vor etwa vierzig Jahren wurde beim Dorf Strandža, Bezirk Jambol, zufällig eine große Menge von Pfeilmünzen gefunden, die keine funktionelle Bestimmung, sondern nur die Bedeutung eines Schatzes hatten.<sup>4</sup> Wenn sie in den Werkstätten von Apollonia Pontica um die Wende vom 7. zum 6. Jahrhundert v. u. Z. hergestellt wurden,<sup>5</sup> bezeugen sie eine der frühesten Formen der Ware-Geld-Beziehungen in diesem Gebiet.

Vom 5. Jahrhundert bis zur ersten Hälfte des 4. Jahrhunderts v. u. Z. überfluteten die Silbermünzen von Parion, Chersonesos Thracica und Apollonia Pontica Thrakien. Sie treten nicht nur als Einzelexemplare, sondern oft auch in großen Hortfunden auf. Aus den Dörfern Tenevo, Roza und Granitovo im Bezirk Jambol stammen drei Schatzfunde.<sup>6</sup> Über die alten bequemen Straßen Thrakiens wickelten die genannten Zentren unter der Leitung Athens einen bedeutenden Zwischenhandel ab.<sup>7</sup> Der beste Beweis dafür sind die Hortfunde. Sie zeigen, daß Kabyle mit seinem Hinterland aktiv an diesem Handel beteiligt war.

Am Ende des 5. Jahrhunderts und am Anfang des 4. Jahrhunderts v. u. Z. hatte Kabyle gute Beziehungen zu den Städten Ainos, Maroneia und Mesambria. Die höchste Aktivität entwickelte Maroneia, deren Bronzemünzen des Typs Pferd/Rebstock im Rahmen unter der örtlichen Bevölkerung weit verbreitet waren.

3 Die Amphorenstempel in der Tabelle bei Tančeva-Vasileva, Neli, Amfornite pečati ot Kabile (Die Amphorenstempel aus Kabyle), in: Kabyle, Bd. 1, Sofia 1982, S. 90 - 114.

4 Gerasimov, Todor, Kolektivni nahodki na moneti prez poslednite godini (Hortfunde von Münzen während der letzten Jahre), in: Izvestija na Bălgarskija arheologičeski institut (im folgenden: IBAI), Bd. 15, 1946, S. 240.

5 Dimitrov, Božidar, Za strelite-pari ot Zapadnoto i Severnoto Černomorsko krajbrezie (Über das Pfeilgeld der westlichen und nördlichen Schwarzmeerküste), in: Arheologija, Nr. 2/1975, S. 46.

6 Die ersten zwei publiziert bei Draganov, Dimităr, Dve monetni sâkrovišta ot V v. pr.n.e. ot Jambolsko (Zwei Schatzfunde von Münzen aus dem 5. Jh. v. u. Z. aus dem Bezirk Jambol), in: Izvestija na muzeite ot Jugoiztočna Bălgarija, Bd. 6, 1981, 29 - 39.

7 Nikolov, Dimităr, Novi kolektivni nahodki ot moneti na Parion, Trakijski Chersonesos i Apolonija Pontika (Neue Hortfunde von Münzen aus Parion, Chersonesos Thracica und Apollonia Pontica), in: Arheologija, Nr. 4/1963, S. 40.



Nach Jordanka Jurukova haben diese Bronzemünzen in den Jahren 353 bis 341 v. u. Z., als die Münzen Philipps in Thrakien noch nicht vorherrschten, eine wichtige Rolle gespielt.<sup>8</sup> Wahrscheinlich kamen nach der Einstellung der Einfuhr dieser Münzen die Imitationen auf, die Jurukova den thrakischen Stämmen im heutigen Bezirk Elhovo zuordnet. Die Begründung für diese Annahme ist, daß die beiden Hortfunde, die Imitationen von Bronzemünzen aus Maroneia und Abdera enthalten, in der Umgebung des Dorfes Goljamo Krusevo und in Elhovo entdeckt wurden. Von den "maroneischen" sind leider nur einige Exemplare erhalten. Die "abderitischen" verwahrt das Archäologische Museum in Zagreb.<sup>9</sup>

Besonders interessant für diesen Zeitabschnitt ist die Feststellung von Beziehungen Kabyles zu einigen entfernteren Zentren und Regionen wie Amphipolis und Chalkidike. Sie zeigen die bedeutenden Möglichkeiten im Handel der Stadt zu jener Zeit.

Die Untersuchung der Münzfunde aus der Region von Kabyle der Periode von 500 bis 340 v. u. Z. beweist, daß Kabyle nicht im Zuge der Städtegründungen Philipps II. entstanden ist. Auch vor dieser Zeit war Kabyle bereits ein bedeutendes städtisches Zentrum, wahrscheinlich im Stammesstaat der Odrysen, sowie ein natürlicher Vermittler zwischen den Stämmen Südostthakiens und den griechischen Städten am Schwarzen und am Ägäischen Meer. Es ist aber durchaus möglich, daß Philipp II. die Bedeutung von Kabyle erkannt und daher ausgebaut sowie ein Kontingent von Makedoniern, wahrscheinlich eine Garnison, dort eingerichtet hat.<sup>10</sup> Wie es auch sei, die Region von Kabyle erweist sich als sehr umfangreich, womöglich mit fließenden Grenzen während des Hellenismus. Im großen und ganzen erstreckte sie sich im Norden zwischen dem östlichen Balkengebirge und den Bezirken Sliven und Karnobat, im Westen den Sveti-Ilija- und den Manastirski-Anhöhen sowie im Süden den nördlichen Abhängen des Sakar- und des Strandža-Gebirges. Über die östliche Grenze liegen keine Angaben vor. Offensichtlich wurden aber die Regionen von Apollonia und Mesambria berücksichtigt.

Das numismatische Material für die Zeit von 340 bis 280 v. u. Z. ist kennzeichnend und veranlaßt zu kategorischen Schlußfolgerungen. Kabyle erweitert seine Beziehungen und schließt neue Zentren wie Byzantion, Kardia, Samothrake und Odessos ein. Die Münzen lassen eine Reihe von Besonderheiten erkennen, die mit der politischen Lage und dem Status der Stadt zu jener Zeit verbunden sind. Nach der Eingliederung Kabyles und ganz Thakiens in den makedonischen Staat im Jahre 342/341 v. u. Z. durch Philipp II. kursierten in der Stadt und ihrem Hinterland als Hauptzahlungsmittel mehr und mehr die Gold-, Silber- und Bronzemünzen der makedonischen Könige Philipp II. und Alexanders des Großen. Dies geht nicht nur aus den zahlreichen Einzelfunden in fast allen antiken Siedlungen um Kabyle, sondern auch aus den zahlreichen, in dieser Region registrierten Hortfunden hervor (siehe die Tabelle der Hortfunde im Anhang). Die im Historischen Bezirksmuseum Jambol befindlichen vier Tetradrachmen Philipps II. wurden in Pella geprägt.<sup>11</sup> Die Tetradrachmen Alexanders des

8 Jurukova, Jordanka, Trakijski podražanja na bronzovi moneti ot Maroneja (Thrakische Imitationen von Bronzemünzen aus Maroneia), in: IAI, Bd. 28, 1965, S. 125.

9 Ebenda, S. 126.

10 Danov, Hristo/Fol, Aleksandâr, Obštestven stroj na trakijskite plemena prez I hil. pr.n.e. (Die Sozialstruktur der thrakischen Stämme während des 1. Jt. v.u.Z.), in: Istorija na Bălgarija, Bd. 1, Sofia 1979, S. 149.

11 Bestimmung der Münzen nach Le Rider, Georges, Le monnayage d'argent et d'or de Philippe II, frappé en Macédoine de 359 à 294, Paris 1977, Taf. 2, 41; 3, 68 c; 13, 306.

Großen stammen aus folgenden Münzstätten: Amphipolis (2 Stück), Byblos (1), Sikyon (1).<sup>12</sup> Die Drachmen des Alexander-Typs kommen aus Kolophon (4) und Abydos (1), und zwar aus der Zeit von 322 bis 305 v. u. Z.<sup>13</sup>

Nach dem Tode Alexanders des Großen und der Teilung seines riesigen Reiches fiel Thrakien an Lysimachos. Die in seinem Auftrag geprägten Münzen spielten eine wesentliche Rolle in Kabyle während der ersten zwei Jahrzehnte des 3. Jahrhunderts v. u. Z. Bisher wurden gefunden: 1 Drachme, geprägt in der Münzstätte von Lampsakos in den Jahren 299/298 und 297/296 v. u. Z.,<sup>14</sup> und 30 Bronzemünzen aus Kabyle, die, ebenso wie die Angaben aus den Hortfunden (über 120 Exemplare) und die bei der archäologischen Untersuchung von Seuthopolis entdeckten 43 Münzen des Lysimachos, darauf hinweisen, daß in den zwanzig Jahren von 301 bis 281 v. u. Z. seine Münzen zu den in Südostthrakien meistgebrauchten zählen.

Mit je einer Bronzemünze sind die makedonischen Könige Philipp II., Alexander IV. und Kassandros vertreten.

Es besteht kein Zweifel, daß Kabyle von 340 bis 280 v. u. Z. seine wirtschaftliche Blüte erreicht hat. Über wachsende Erfolge im Handel unterrichten die zahlreichen Amphorenstempel aus Thasos (61), Rhodos (6), Kos (3), Chios, Samos, Sinope, Herakleia Pontica, Chersonesos Taurica (je 1).

Die günstigen geographischen Bedingungen Kabyles und seiner Region, die Geschlossenheit ihrer thrakischen Bevölkerung und deren fortgeschrittene materielle und geistige Kultur förderten ihren politischen Aufschwung, ihre Stabilität und Macht während des frühen Hellenismus. Die Münzprägung des Spartokos ist Ausdruck der hohen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Stadt.<sup>15</sup> Die bei den Ausgrabungen von Seuthopolis gefundene Münze des Spartokos und die bisher entdeckten zwölf Münzen Seuthes' III. in Kabyle beweisen die politischen und Handelsbeziehungen zwischen den Staaten der Herrscher Seuthes III. und Spartokos.<sup>16</sup> Derartige Beziehungen bestanden auch zu einigen anderen thrakischen Dynastien, wie Skotokos und Adeios.<sup>17</sup> Wahrscheinlich hatten sie auch eine gewisse politische Bedeutung.

Die Periode von 280 bis 200 v. u. Z. fällt mit der Existenz des Keltenreiches in Thrakien zusammen. Dadurch wurden der Handel Kabyles und seine Beziehungen wesentlich eingeschränkt. So verschwanden allmählich die makedonischen königlichen Münzen; sie kamen erst unter Philipp V. und Perseus wieder. Erschwert ist in jener Zeit auch der Handel mit den griechischen Städten der ägäischen Küsten und Inseln. Daher ging der Handel Kabyles mit Thasos katastrophal zurück (8 Amphorenstempel), der mit Rhodos dagegen nahm stark zu (18 Amphorenstempel). Stabiler waren die Beziehungen zu den griechischen

- 12 Bestimmung der Münzen nach demselben, a. a. O., Taf. 48,15; Newell, Edward Theodore, Alexander Hoards. II Demanhur 1905, New York 1923, Nr. 3587 = Numismatic Notes and Monographs, Bd. 19; Müller, Ludvig, Numismatique d'Alexandre le Grand, Basel/Stuttgart 1957, Nr. 34, 865.
- 13 Bestimmung der Münzen nach Bellinger, Alfred Raymond/Thompson, Margaret, Greek Coins in the Yale Collection IV. A Hoard of Alexander Drachms, in: Yale Classical Studies, Bd. 14, 1955, Nr. 19 b, 33, 39 d, 42 b, 44 b.
- 14 Thompson, Margaret, The Mint of Lysimachus, in: Essays on Greek Coinage presented to Stanley Robinson, Oxford 1968, Tab. 15, 35.
- 15 Dimitrov, Kamen, Dâržavata na Sevt III za numizmatični i epigrafski materiali ot Sevtopolis (Der Staat Seuthes' III. nach numismatischen und epigraphischen Materialien aus Seuthopolis), in: Vekove, Nr. 1/1981, S. 60.
- 16 Ebenda.
- 17 Draganov, Dimitâr, Prinos kâm datiraneto na dinast Adej /po numizmatični danni ot Kabile/ (Ein Beitrag zur Datierung des Dynasten Adeios /nach numismatischen Angaben aus Kabyle/), in: Numizmatika, Nr. 1/1981, S. 22 - 26.

Schwarzmeerstädten Apollonia, Odessos, Mesambria, wobei der Anteil der letzten Stadt außerordentlich groß war.<sup>18</sup> Im 3. Jahrhundert v. u. Z. übernahm Mesambria den Hauptteil der Ausfuhr Kabyles infolge der derzeitigen Isolation Apollonias.<sup>19</sup> Die Beziehungen zwischen beiden Städten vertieften sich so, daß Kabyle wahrscheinlich die Dienstleistungen mesambriischer Graveure zum Schneiden der Prägestempel für einige eigene Tetradrachmen in Anspruch genommen hat.<sup>20</sup>

Als Hauptzahlungsmittel setzten sich in dieser Zeit lokale autonome Prägungen durch. Die Emission eigener Münzen begann in Kabyle um das Jahr 280 v. u. Z., wie die Untersuchung von rund 130 Bronzemünzen der Sammlung des Historischen Bezirksmuseums der Stadt Jambol (siehe Anhang) zeigt.<sup>21</sup> Später wurden im Namen der Stadtverwaltung noch drei Typen von Bronzemünzen sowie silberne Tetradrachmen, Imitationen der alexandrinischen, um die Mitte und in der zweiten Hälfte des 3. Jahrhunderts v. u. Z. in Umlauf gebracht.<sup>22</sup> In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der große Schatz von Mektepin (Phrygien) außer Tetradrachmen von Byzantion, Perinthos, Mesambria, Odessos, Kallatis und anderen Städten auch Tetradrachmen von Kabyle enthält.<sup>23</sup> Der Fund ist ein sicheres Merkmal für die Möglichkeiten der Stadt im Handel und ihr Ansehen weit außerhalb der Grenzen Thrakiens.

Im letzten Viertel des 3. Jahrhunderts v. u. Z. wurden in Kabyle auch die Tetradrachmen des letzten keltischen Herrschers in Thrakien, Kavaros, geprägt.<sup>24</sup> In Kabyle kommen auch Bronzemünzen dieses Herrschers vor, woraus zu ersehen ist, daß Kabyle und Kavaros zu einem Modus vivendi gelangt sind. Es steht aber fest, daß die Stadt von dem Königreich mit der Hauptstadt Tyle nicht kontrolliert worden ist.

Im Stadtgebiet Kabyles entdeckt man häufig auch Bronzemünzen des Königs Antiochos II. von verschiedenem Nominalwert.<sup>25</sup> Fast die Hälfte der Exemplare wurde ein zweites Mal gestempelt, das heißt gegengestempelt, im Auftrag Kabyles mit dem Emblem der Stadt, einer kleinen Artemisfigur mit zwei langen Fackeln.<sup>26</sup> Bekannt sind die Gegenstempel (contremarques), die ein Monogramm aus den ersten drei Buchstaben des Stadtnamens (KAB) darstellen.<sup>27</sup> Die Gegengestempelung fremder Münzen bezweckte wahrscheinlich die Legalisierung und Zulassung dieser Münzen als regelrechtes gültiges Zahlungsmittel.

18 Derselbe, *Avtonomni moneti na Mesambrija ot Kabile* (Autonome Münzen von Mesambria aus Kabyle), in: *Izvestija na muzeite ot Jugoztočna Bălgarija*, Bd. 3, 1980, S. 7 - 15.

19 Mihajlov, *Georgi, Kăm istorijata na Trakija prez IV - III v. pr.n.e.* (Zur Geschichte Thrakiens im 4./3. Jh. v.u.Z.), in: *IAI*, Bd. 19, 1955, S. 160.

20 Gerasimov, *Todor*, *Gde sa sečeni ...*, a. a. O., S. 114 f.

21 *Draganov, Dimităr/Popov, Zlatko*, *Bronzovo monetosečeneto na grad Kabile* (Die Prägung von Bronzemünzen in der Stadt Kabyle), in: *Kabyle*, Bd. 1, Sofia 1982, S. 18 - 39.

22 *Gerasimov, Todor*, *The Alexandrine Tetradrachms of Cabyle in Thrace*, in: *Centennial Volume of the American Numismatic Society*, New York 1958, S. 273 - 277.

23 *Olcay, Nekriman/Seyring, Henri*, *Le trésor de Mektepin en Phrygie*, Paris 1965, Taf. 2, Nr. 21 - 22.

24 *Gerasimov, Todor*, *Gde sa sečeni ...*, a. a. O., S. 111 f.

25 *Bestimmung der Münzen nach Newell, Edward Theodore*, *The Coinage of the Western Seleucid Mints from Seleucus I to Antiochus III*, New York 1977, Taf. 56 - 57.

26 Einige Münzen mit diesem Gegenstempel bei *Gerasimov, Todor*, *Antični moneti s kontramarki ot Dolna Mizija i Trakija* (Antike Münzen mit Gegenstempeln aus Niedermösien und Thrakien), in: *IBAI*, Bd. 15, 1946, S. 65; *derselbe*, *Kăm numizmatika na grad Kabile* (Zur Numismatik der Stadt Kabyle), in: *IAI*, Bd. 33, 1972, S. 116, Abb. 5.

27 *Ebenda*, S. 119.

Für diese Zeit wäre es wohl kaum gerechtfertigt, den Umfang der Handelsbeziehungen Kabyles zu den übrigen Städten und Herrschern anhand der Menge der Münzen zu beurteilen, da ein großer Teil aus zufälligen Funden stammt und die Ausgrabung der hellenistischen Schichten erst erweitert werden soll. Die Hort- und Einzelfunde von Münzen belegen aber immerhin, daß aus diesen Gebieten vornehmlich nichtverarbeitete Erzeugnisse (Getreide, Häute, Pelze, Erze usw.) in bedeutenden Mengen ausgeführt wurden. Umgekehrt brachte der Handel besonders der thrakischen Aristokratie verschiedene handwerkliche Erzeugnisse und Luxusgegenstände.

Es ist wohl kaum anzuzweifeln, daß ein großer Teil der Ausfuhr Ostthakiens in den Händen Kabyles lag. Dabei war aber die Stadt auch ein bedeutender Verbraucher zum Beispiel von Wein, Olivenöl, Keramik und Erzeugnissen des Juwelierhandwerks aus den Produktionszentren der westlichen Schwarzmeerküste, der ägäischen Inseln sowie Kleinasien.

Zum Aufschwung dieses Handels trugen nicht nur die natürlichen Reichtümer Südostthakiens, sondern auch die sehr günstige Verbindung mit den ägäischen Städten durch die damals schiffbare Tundža sowie die guten Straßen zum Schwarzen Meer bei. Zusammenfassend fügen wir noch hinzu, daß Kabyle die einzige bedeutende Stadt im Innern Thakiens war, die eigene Münzen aus Silber und Bronze während des Hellenismus geprägt hat, woraus die Sonderstellung und wichtige Rolle der Stadt im gesamten Leben Thakiens dieser Zeit zu ersehen ist.

Chronologischer Vergleich der in Kabyle gefundenen Münzen (a) und Amphorenstempel (b) des Historischen Bezirksmuseums in Jambol

500 bis 340 v.u.Z.	340 bis 280 v.u.Z.	280 bis 200 v.u.Z.	
a Apollonia Pontica	(29) Apollonia Pontica	(2) Apollonia Pontica	(1)
Mesambria	(6) Mesambria	(20) Mesambria	(60)
Ainos	(1) Ainos	(1) Ainos	(2)
Chersonesos Thracica	(4) Kardia	(1) Kabyle	(130)
Parion	(174) Lysimacheia	(3) Odessos	(3)
Amphipolis	(3) Orthagoreia	(1) Kallatis	(1)
Olynthos	(1) Histiaia	(1) Antiochos III.	(30)
Athen	(2) Byzantion	(1) Philipp V.	(2)
Maroneia	(21) Odessos	(3) Kavaros	(6)
Abdera	(1) Samothrake	(1)	
	Philipp II.	(85)	
	Alexander III.	(56)	
	Philipp III.	(1)	
	Alexander IV.	(1)	
	Kassandros	(1)	
	Lysimachos	(30)	
	Anonymus	(12)	
	Spartokos	(13)	
	Seuthes III.	(13)	
	Adeios	(12)	
	Skostokos	(12)	
b Thasos	(6) Thasos	(61) Thasos	(8)
	Rhodos	(6) Rhodos	(18)
	Kos	(3)	
	Chios	(1)	
	Samos	(1)	
	Sinope	(1)	
	Herakleia Pontica	(1)	
	Chersonesos Taurica	(1)	



# Hortfunde von Münzen makedonischer Könige aus Kabyle und Umgebung

Fundort	Zusammensetzung	Quelle
Goljam manastir	Tetradrachmen: Alexander III. (28), Lysimachos (9), Antiochos I. (3), Seleukos III. (2), Kavaros (1), Maroneia (1)	IBAI, Bd. 12, 1938, S. 455
Goljam manastir	Silbermünzen: Lysimachos (100)	Numizmatika, Nr. 2/1981, S. 26
Duganovo	? Bronzemünzen: Alexander III.	ebenda
Goljamo Čočoveni (Slivensko)	Goldmünzen: Philipp II. (2); Bronzemünzen: Philipp II., Alexander III. (100)	IAI, Bd. 29, 1966, S. 212
Kabile	Bronzemünzen: Philipp II. (137), Alexander III. (63)	IBAI, Bd. 8, 1934, S. 472
Kabile	Tetradrachmen: Alexander III. (1); Drachmen: Alexander III. (9) (Grabfund)	L. Getov (Univ. Sofia)
Krajново	Goldmünzen: Philipp II. (1); Silbermünzen: Istros (24)	IBAD <sup>+</sup> , Bd. 4, 1914, S. 271
Loseneč	? Bronzemünzen: Philipp II.	IAI, Bd. 18, 1952, S. 404
Maca (Novazagorsko)	Tetradrachmen: Alexander III. (24), Lysimachos (1), Makedonia Protes (1), Thasos (2. Jh., 411); Drachmen: Alexander III. (30)	IAI, Bd. 20, 1956, S. 610
Malko Šarkovo	? Münzen: Alexander III.	Numizmatika, Nr. 2/1981, S. 28
Ovči Kladeneč	Bronzemünzen: Philipp II., Alexander III. (110)	IAI, Bd. 27, 1964, S. 240
Prohorovo	Bronzemünzen: Philipp II., Alexander III. (270)	Arheologija, Nr. 2/1978, S. 72 f.
Sliven	? Bronzemünzen: Philipp II., Alexander III.	Numizmatika, Nr. 2/1981, S. 26
Topolovgrad	? Bronzemünzen: Alexander III.; Silbermünzen: Mesambria	ebenda
Čintulovo (Slivensko)	? Bronzemünzen: Alexander III.	ebenda
Jambolsko	Tetradrachmen: Alexander III. (71), Kavaros (1)	IBAI, Bd. 6, 1930/1931, S. 318

+ IBAD = Izvestija na Bălgarskoto arheologičesko društvo.

## LITERATURKRITIK

### Alltag unten in der Partei

Hans-Joachim Althaus/Friedrich Bross/Gertrud Döffinger/  
Hubert Flaig/Karlheinz Geppert/Wolfgang Kaschuba/  
Carola Lipp/Karl-Hein Rueß/Martin Scharfe/Bernd Jürgen  
Warneken, Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das  
"rote Mössingen" im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte  
eines schwäbischen Arbeiterdorfes

Rotbuch Verlag, Berlin(West) 1982, 228 Seiten,  
Preis: 18,- DM

von Jürgen Kuczynski

In der Tat, das Arbeiterdorf Mössingen in Schwaben ist der einzige Ort in Deutschland gewesen, in dem es am 31. Januar einen Generalstreik gegen den Antritt der Hitlerregierung gab. Verdient schon dieses Ereignis wahrlich eine ausführliche Darstellung, und auf dieses Ereignis steuern natürlich auch alle die vorangehende Zeit behandelnden Teile des Buches hin, so haben doch die Autoren noch etwas fertig gebracht, was bisher meines Wissens niemandem unter den Gesellschaftswissenschaftlern gelungen ist - wohl aber Verfassern von Romanen: eine überaus lebendige Schilderung des Parteilebens der KPD unten, im Alltag der Weimarer Republik -, selbstverständlich nur auf ein Dorf-Städtchen bezogen mit ein wenig über 1 000 Haushaltungen, bestehend aus 4 000 Einwohnern, von denen ein Drittel noch zur Landwirtschaft gehörte. Also völlig untypisch? Wer will das wissen, wenn keine entsprechenden anderen Untersuchungen vorliegen? Manches kann man vermuten und auch leicht feststellen, wenn man der Sache nachgehen würde.

Sehen wir uns zum Beispiel die Zusammensetzung der Gemeinderäte der KPD an (S. 62)<sup>1</sup>:

"Gemeinderäte der KPD (ab 1922):

Martin Maier, ehem. Wagner, Konsumkassierer (1919 - 1933)

Hermann Ayen, Schreiner (1919 - 1933)

Martin Felger, Fabrikarbeiter Belsen (1925 - 1931)

Martin Maier, Maler (1928 - 1929)."

Ein Arbeiter, ein hauptberuflicher Funktionär, zwei Handwerker. Eine solche Zusammensetzung ist unwahrscheinlich in der Stadt. Jedoch darf man die Rolle der Handwerker als führende Mitglieder der sozialdemokratischen Partei vor 1914 und der beiden Arbeiterparteien der Weimarer Zeit in kleinen Orten nicht unterschätzen.

Ganz selten jedoch wird man außerhalb von einzelnen Bezirken in Großstädten folgende Verteilung der Stimmen bei den Reichstagswahlen finden (S. 46):

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

## "Reichstagswahlergebnisse Mössingen

	Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- teiligung %	SPD %	KPD %	USPD %
19. 1. 1919	1 568	90,3	61,2	-	0,7
6. 6. 1920	1 616	69,1	16,2	3,8	26,6
4. 5. 1924	1 647	70,1	16,0	26,5	-
20. 5. 1928	1 719	41,7	17,0	25,8	-
14. 9. 1930	1 807	72,2	9,0	23,7	-
31. 7. 1932	1 849	72,6	6,1	30,6	-
6. 11. 1932	1 865	68,4	6,0	32,2	-
5. 3. 1933	1 892	79,6	8,5	21,1	- "

Dazu ergänzend diese Übersicht (S. 47):

## "KPD-Wahlergebnisse im Vergleich

	Reich %	Württemberg %	Oberamt Rottenburg %	Mössingen %
6. 6. 1920	1,7	3,2	2,4	3,8
4. 5. 1924	12,6	11,3	9,5	26,5
7. 12. 1924	9,0	8,1	5,3	-
20. 5. 1928	10,9	7,2	5,3	25,8
14. 9. 1930	13,1	9,4	11,2	23,7
31. 7. 1932	14,6			30,6
6. 11. 1932	16,9			32,2"

Das Geheimnis des Erfolges der KPD scheint mir im folgenden zu liegen (S. 60): "Ein Schlüssel zum Erfolg der Mössinger Arbeiterparteien liegt sicher im Bereich der kommunalen Politik, wo die Parteien sich direkt konfrontiert sehen mit den Alltagsproblemen des Dorfes, auch mit den alltäglichen Hindernissen und Verhinderungen einer noch stark traditional geprägten dörflichen Lebenswelt. KPD wie SPD verlieren über den parteipolitischen Zielsetzungen und Aktivitäten nie die lokale Optik, verwenden im Gegenteil sehr viel Zeit und Energie auf die konkrete Arbeit am Ort, und dementsprechend wichtig ist auch ihr Einfluß auf die lokale Politik der 20er Jahre."

Zu einer überaus wichtigen Einflußsphäre der Partei gehörte der Konsum, dem ein Großteil der Familien des Ortes angehörte. Die Autoren berichten - mit eingestreuten Äußerungen ehemaliger KPD-Genossen (S. 63 ff.):

"Ein Faktor, der in den ersten Jahren nach dem Krieg wesentlich dazu beigetragen hat, den Arbeiterparteien, insbesondere der KPD, Ansehen und Rückhalt im Dorf zu verschaffen, ist eine politisch eigentlich weniger ins Gewicht fallende, im Alltag der Mössinger dafür um so gegenwärtigere und wichtigere Organisation: **der Konsum**.

'1918 bis 23, damals war die Inflation. Da war der Niedergang. Und der Mensch war empfänglich - für jede Entwicklung, die es auch gab, war man empfänglich.

Und da haben wir uns natürlich auch in die Waagschale geworfen, gewaltig! Und wir haben auch einen Konsum gehabt, den Konsum haben wir weitgehend in der Hand gehabt ...'

Für die Mössinger Arbeiter und Handwerker ist der Konsum mehr als ein Laden oder eine billige Einkaufsmöglichkeit. Er ist Ausdruck der praktischen Solidarität und der sozialen Leistungsfähigkeit der Arbeiterbewegung. In den Jahren 1919/1920, als in Mössingen das Mehl knapp wird, die Fleischpreise steigen und gleichzeitig der Fleischverbrauch bis zu 80 Prozent unter den der Vorkriegsjahre sinkt (Steinlach-Zeitung, 6. 2. 1922/Gemeinderatsprotokoll 1. 9. 20), in diesen Zeiten wäre die Lebensmittelversorgung eines Großteils der Bevölkerung ohne diese Selbsthilfeorganisation nicht möglich gewesen. Besonders die im Lohn arbeitenden Arbeiter und Handwerker sind angesichts des rapiden Geldverfalls auf mäßige und 'erschwingliche Preise' angewiesen, und diese kann der Konsum durch seinen zentralgenossenschaftlichen Einkauf noch eher gewährleisten als andere Läden. Hat die Genossenschaft bei ihrer Gründung am 25. 3. 1908 45 Mitglieder und 10 Jahre später, am Ende des Krieges, 479, so sind es 1919 bereits 778 und 1924 nach der Inflation 959. Bis 1926 wächst der Verein auf ca. 1 100 Mitglieder an, eine Mitgliederzahl, die er bis 1933 halten kann. Obwohl auch viele nichtorganisierte Mössinger Mitglieder im Konsum sind und das günstige Einkaufsangebot wahrnehmen, wird die Organisation im Dorf wie selbstverständlich mit den Arbeiterparteien und der Arbeiterbewegung identifiziert. 'Der Konsum war ja Gewerkschaft, ist es heute noch.' - 'Da waren alle drin von den Arbeitervereinen.' 'Meistens waren es Arbeiter', erzählen die Mössinger, 'der größte Teil Sympathisierende der Kommunistischen Partei.'

Weil der Konsum mit seiner Arbeit an den unmittelbaren Lebensinteressen der Bevölkerung anknüpft, ist er für die Arbeiterparteien am Ort ein idealer Transmissionsriemen, über den auch Wähler und Sympathisanten gewonnen werden. Aus diesem Grunde engagieren sich fast alle führenden Mitglieder von SPD und KPD in seinen Führungsgremien; und umgekehrt ist eine leitende Stelle im Vorstand oder Aufsichtsrat des Konsums auch ein Sprungbrett in führende Positionen in den Parteien. Da nach der Spaltung der Arbeiterparteien die USPD und später die KPD ihre Arbeit im Konsum fortsetzen, kommt es in Mössingen zu einer recht interessanten Entwicklung: Während der Gesamtverband der Konsumvereine in Deutschland weitgehend in sozialdemokratischer Regie bleibt, dominieren in der Mössinger Genossenschaft die Kommunisten. Zwar befindet sich seit der Gründung des Vereins das Amt des Geschäftsführers in der Hand des SPD-Vorsitzenden und Gemeinderats Konrad Wagner, und es sitzen auch immer noch ein, zwei SPD-Leute im Aufsichtsrat des Vereins, die Mehrheit in diesem Gremium hat aber seit 1921 die KPD. Von 1924 bis 1933 stellt sie den Vorsitzenden des Aufsichtsrates und zwei Mitglieder im dreiköpfigen Vorstand, nämlich den Kontrolleur und den Kassierer. Letzterer gehört zugleich auch der Parteileitung an und ist, wie sein SPD-Vorstandskollege, Gemeinderat seiner Partei. Den Mössingern ist das durchaus noch gegenwärtig. 'Ja, das waren vorwiegend Kommunisten, das kann man ruhig sagen. Hier der Kassierer, das war ein hundertfünfzigprozentiger Kommunist, der Maier.' Ihre Geschäftstätigkeit im Konsum, in die die Mitglieder ja auch Einsicht haben, gibt den Vertretern der 'radikalen' KPD eine Aura von Vertrauenswürdigkeit und Respektabilität. Dies um so mehr, da der Konsum damals im Vergleich zu anderen Geschäften mit mehr Qualität aufwarten kann.

F. H.: 'Ha, der Konsum war damals - sagen wir einmal - für damalige Begriffe ein gutes Geschäft in Mössingen. Das war ein qualifiziertes Geschäft, außerdem Konsum hat es in Mössingen kaum ein paar - heute würde man sagen <Tante-Emma-Läden>, so ein paar Nebenher-Geschäfte hat es gehabt, aber einen qualifizierten Laden hat es nicht gehabt.'

F. H.: 'Da hat es ein Hauptgeschäft gegeben vom Konsum und fünf Filialen. Laden Nr. zwei war Belsen, drei war Ofterdingen, vier war Üschingen, fünf war Talheim, und nachher gab's noch eine Filiale in Mössingen. Sechs waren's, sechs Filialen.'

G. S.: 'Da hat es halt alles gegeben im Konsum. Brot, Wurst, alles haben die gehabt, gell. Da ist man halt immer hinauf in den Konsum. Weil, da hat man sozusagen alles bekommen, auch Textilartikel. Andere Läden in Mössingen, wo ich mich entsinnen kann, da gab es eins, zwei, drei, vielleicht vier und dann noch Bäcker, die auch ein bißchen Lebensmittel gehabt haben.'

Ja, von solcher Arbeit in nicht-partei gebundenen Organisationen der Arbeiterklasse träumte damals unsere Parteiführung - und hier in Mössingen wurde sie real durchgeführt.

Dabei war die Partei in Mössingen winzig klein und wollte auch gar nicht groß werden. Die Autoren berichten (S. 92 f.): "Als Besonderheit fällt an der Mössinger KPD die Diskrepanz auf zwischen der geringen Zahl der Parteimitglieder - sie pendelt sich immer wieder auf ca. 20 ein - und der ausgesprochen breiten Verankerung im Dorf. Eine 'Massenpartei' wollte man ohnehin nie werden, erklärte uns heute ein 'Veteran', denn 'ein großer Haufen ist schlecht bekehren'. Vorherrschend ist vielmehr das Bewußtsein, daß es einer 'Lehrzeit' bedürfe, um die Aufgaben der Partei angemessen verstehen und erfüllen zu können. Wer sich in der KPD organisieren will, soll sich vorher bewähren.

'Die ersten fünfzehn Jahre wird einer kein Kommunist, das dürft ihr gar nicht denken. Wenn sie da so kommen, es sind doch keine. Du brauchst ja nie alle, nicht? Wenn ich hundert Leute da habe, und ich habe fünfzehn gute, dann ist der Krieg gewonnen.' Wichtiger als eine große Partei ist für sie die Zuverlässigkeit und das Durchsetzungsvermögen der Genossen. 'Ein Kommunist muß immer besser sein als die, die er überzeugen will', er muß 'Charakter haben.' Von den Mitgliedern der KPD ist der Einsatz der ganzen Person gefordert, und die gesamte frei verfügbare Zeit geht in der Parteiarbeit auf: 'Von Montag bis Samstag war ich abends fort. Da war immer ein fester Termin', erzählt ein damaliger KPDler.

Die kaum noch steigenden Mitgliederzahlen der Mössinger Ortsgruppe dürften allerdings nicht nur in den strengen Auswahlkriterien begründet sein. Viele Mössinger, die sich mit der KPD identifizieren, die immer kommunistisch wählen und bei allen Veranstaltungen dabei sind, begnügen sich einfach mit der Mitgliedschaft im Arbeiterturn- oder -gesangverein.

Berücksichtigt man die Arbeitszeit in der Fabrik oder Werkstatt - nach Feierabend helfen die meisten noch in der Landwirtschaft - und das Leben innerhalb der Familie, so bleibt neben diesen Aktivitäten ohnehin nicht mehr viel Kraft und Zeit für Parteipolitik."

Eine völlig verrückte Elite-Linie der Genossen? Natürlich, wenn man an das Reich denkt. Aber auch unter den besonderen Verhältnissen in Mössingen? Die Realität bewies, daß sie in jedem Fall nichts schadete. So klein die Partei, so groß ihr Anhang in der Bevölkerung.

Was die Kommunalpolitik betrifft, verzichtete man auf die Entlarvung des Feindes um der Entlarvung willen - auch gab es ja kaum Feinde, die zu entlarven waren, denn jeder kannte jeden und seine Auffassungen wie deren Wirkung im Gemeindeleben (S. 67 f.):

"Politische Konzessionen und Sachkompromisse prägen die Arbeit des Mössinger Gemeinderats auch in den Jahren 1923 bis 1928. Ein ehemaliger KPD-Gemeinderat beschreibt diese Bedingungen der Kommunalpolitik:

'Ha no, also die Kommunalpolitik ist eine Sache für sich. Die kann man nicht parteimäßig beurteilen. (...) Also ein Gemeinderat kann seine kommunistische Politik machen, so, daß er die Vorschläge macht, aber wenn er zum voraus sieht, daß er überstimmt wird, dann muß er so gut wie möglich durch Kompromisse soviel als möglich für seine Seite herausholen ... Wenn ich zum voraus weiß, wenn ich unter 14 Mitgliedern sitze und ich mache einen Vorschlag, und der wird zu 13 abgelehnt, was habe ich dann davon? Vorschlag machen, aber dann kommt es auf den Kompromiß an. (...) Sonst ist es ja zwecklos, dann kann ich gleich daheim bleiben.'



Auch in der Gewerkschaft hatte man eine starke Position, obgleich die Zahl der Kommunisten in den Betrieben klein war. Als im Reich mit Ausschlüssen von revolutionären Gewerkschaftsmitgliedern gearbeitet wurde, war die Situation im Mössinger Textilarbeiterverband so (S. 89 f.):

"Zahlenmäßig fallen die RGO-Mitglieder also kaum ins Gewicht, und da sie sich zudem weithin im Rahmen der üblichen gewerkschaftlichen Arbeit bewegen, kommt es weder zu ernstesten Konflikten noch zu Gewerkschaftsausschlüssen. Diese hätten wohl auch in Mössingen der Gewerkschaft fast mehr geschadet als der KPD.

'In Mössingen war es so bei den Mannen, die haben die Mehrheit von der Gewerkschaft hinter sich gehabt. Und die hat man nicht ausschließen können wie in Stuttgart oder wie in Tübingen, sonst wäre die Gewerkschaft futsch gewesen. (...) Wenn sie den Renz Paul ausgeschlossen hätten, dann wäre die Gewerkschaft eingeschlafen beim Burkhardt. Dann wäre es aus gewesen. Ha ja, dann läßt man es halt laufen. Und dann sind das meistens Mannen gewesen, wie der Paul Renz, auf die man einen Verlaß gehabt hat und die einen Charakter gehabt haben, die besser waren als die anderen. Das ist der Unterschied.'"

Der hier genannte Paul Renz war der Kassierer der KPD in Mössingen und zugleich Betriebsratsvorsitzender bei der Filiale der Mechanischen Weberei Burkhardt.

Was die theoretischen Diskussionen betrifft - wie anders ging es in Mössingen zu als in so vielen Zellen der Großstädte (S. 96 f.):

"Theoretische Debatten spielen hier eine weit geringere Rolle als die Beratung praktischer Handlungsweisen. Auch deshalb scheint die Mössinger Ortsgruppe von den Linienänderungen der KPD im Reich unberührt zu bleiben.

'Hat es in Mössingen Diskussionen über Parteilinien gegeben?' 'Nein, nein. Im Leben nicht. Die sind gar nicht drauf gekommen. Es gibt eine gerade Linie und keine andere.'

Die konstante - manchmal vielleicht auch starre - Politik der Mössinger KPD ist aber sicher auch eine Folge der politisch-geographischen Randlage und Provinzialität. Es besteht keine direkte Verbindung zu den Zentren der innerparteilichen Auseinandersetzung, regelmäßige Kontakte existieren nur mit den benachbarten Ortsgruppen, und aus Stuttgart kommt vierteljährlich der Bezirksleiter zur politischen Anleitung. Auto oder Telefon besitzt keiner; liegt etwas Dringendes vor, ist man froh, wenn ein Motorrad für den Kurier zur Verfügung steht. Auf jeden Fall tritt man gegenüber den benachbarten KPD-Gruppen sowie den übergeordneten Parteinstanzen offenbar ausgesprochen selbstbewußt auf, wobei die Handwerker in der Partei sicherlich viel zu dieser Haltung beitragen - zu einer Selbstsicherheit, die zumindest in den heutigen Erzählungen durchaus auch den Beigeschmack von Arroganz enthält.

'Ha, in Reutlingen, da war doch nie nix los. Dazu mußt du doch Leute haben. In Metzingen ist es besser gewesen. (...) In Stuttgart sind sie politisch doch nie so befestigt gewesen wie wir. Glaubst du vielleicht, ich hätte mir im Leben etwas diktieren lassen - und wenn's von Stuttgart gekommen ist - wenn ich gesehen habe, daß es nichts ist. Ich habe eine eigene Meinung gehabt. Und die ist nie fehlgegangen.'

Dieses Gefühl der Überlegenheit läßt die Mössinger möglicherweise ihre eigene Stärke überschätzen, und es wird dann auch gerade in der Frage des Generalstreiks gegen Hitler und seiner nachträglichen Einschätzung von Bedeutung sein: Auch da fühlt man sich vollständig bestätigt und sieht wenig Anlaß zu selbstkritischen Überlegungen."

Am Ende des Buches findet sich ein Kapitel "Genossinnen oder Gehilfinnen. Wo waren die Frauen?", das wieder einen tiefen Blick in den "Alltag unten in der

Partei" gibt.  
Einerseits wird festgestellt (S. 208 f.): "Nach der Heirat ist es den Frauen der aktiven Linken dann kaum mehr möglich, außerhäuslichen Freizeitaktivitäten nachzugehen, denn ihre Männer sind - wie viele Kapitel dieses Buches ja auch deutlich machen - zur Genüge eingedeckt mit Terminen, die oft auch die Frauen in Atem halten: Gesangsverein, Turnverein, Rote Hilfe und Partei ... Die rege Aktivität der Männer bindet deren Frauen noch mehr ans Haus, fördert eine Konsolidierung der traditionellen Frauenrolle. Die Frauen sichern durch ihre kontinuierliche Arbeit in Fabrik, Haushalt, kleinbäuerlicher Landwirtschaft oder Handwerksbetrieb die Existenz der Familie - und ermöglichen so auch die politische Arbeit der Männer. 'Wie die Frau das alles geschafft hat', wundern sich noch heute unsere Gesprächspartner über die Ehefrau eines kommunistischen Funktionärs und Gemeinderats."

Andererseits wird aber auch bemerkt:

'Politik ist 'Männersache', so haben es auch die Frauen erlebt:

'Und wenn sie immer zu uns gekommen sind, hab' ich mich immer nicht in die Stube reingetraut, wenn die in der Stube gewesen sind. Ich bin immer in der Küche geblieben. Ich hab' immer geschaut, ob sie genug zu essen und zu trinken haben, und dann habe ich immer wieder abschieben können.'

Manche der Frauen, die eigentlich an der Parteiarbeit interessiert gewesen wären, ärgern sich heute: 'Die Männer haben einen doch nicht gewollt.' Sie kritisieren, daß ihnen von vornherein die Fähigkeit abgesprochen worden ist, Parteiarbeit zu leisten:

'Man hat keine Frauen wollen. Der R. war immer dagegen, gegen die Frauen. Das hat's gar nicht gegeben, daß eine Frau ... Und er ist noch heute dagegen. Ja, ja, der war einmal da und dann hat er gleich gesagt: < Was verstehen auch die Frauen! Die haben noch nie etwas verstanden! > '

'Und wie begründet er das?'

'Einfach weil er gescheit sein will, und die Frauen sind halt zweite Klasse bei ihm.'

Unsere Gesprächspartnerin macht deutlich, daß dies nicht nur die individuelle Einstellung eines einzelnen Funktionärs ist, der auch als Kommunist getreu seiner pietistischen Sozialisation nach dem Leitspruch des Apostel Paulus denkt und handelt: 'lasset eure Weiber schweigen in der Gemeinde' (1. Kor. 14, 34).

'... und ich habe gar nie von einem andern gehört, daß einer gesagt hätte, man könnte doch auch Frauen mit rein nehmen. Das habe ich gar nie gehört.' Aus der damaligen Ablehnung hat diese Frau Konsequenzen gezogen, die sich noch auf ihr heutiges Verhältnis zur DKP auswirken, mit der sie sympathisiert: 'Ich bin immer beleidigt gewesen, weil ich nie mitdurfte. Und jetzt dürfte ich und jetzt will ich nicht mehr. Jetzt bin ich alt und jetzt will ich nicht mehr ... Weil ich beleidigt bin. Ja, zum In-die-Partei-Eintreten bin ich zu alt. Wo sie mich mit 20 nicht wollten. Und jetzt will ich sie nicht mehr.'

Wie oft habe auch ich eine solche Haltung den Frauen gegenüber damals erlebt, wenn auch nicht so ausgesprochen. Wie oft hatten wir eine "Kommission" oder ähnliches in unserer Zelle gebildet, die nur aus Männern bestand, und wenn dann einer von uns darauf aufmerksam machte, reagierte unser politischer Leiter mit den Worten: "Richtig, wir brauchen noch eine Frau."

Ja, so ging es wohl in der Partei in Mössingen zu, einem Arbeiterdorf mit einer winzig kleinen Parteigruppe, die einen großen Einfluß hatte, die pragmatisch arbeitete und theoretisch nicht sehr interessiert war, in der es darum wohl auch keine innerparteilichen Kämpfe gab, die nur wenig Verbindung mit der Bezirks- und Landesorganisation hatte und wohl auch keinen übermäßigen Wert auf solche Verbindung legte, in deren "Linie" ich als Funktionär unserer Parteizentrale bestimmt viele "Fehler" gefunden hätte und die doch weit stärker

in der Bevölkerung verankert war als die übergroße Mehrheit unserer Gruppen im Reich. "Reformistisch", "opportunistisch" hätte ich so manches in ihrer Arbeit gefunden und der "Dorfatmosphäre verfallen", zu "gutnachbarlich". Erstaunt wäre ich gewesen, wie wenig der letzte Politbürobeschluss begriffen worden war, ja, und der vorletzte war praktisch überhaupt nicht angekommen.

Und diese Ortsgruppe organisierte als einzige im Deutschen Reich einen Generalstreik am 31. Januar gegen die Regierungsübernahme durch die deutschen Faschisten!

Natürlich werden in dem hier besprochenen Buch auch der Generalstreik und seine Folgen besprochen; rund ein Viertel des Buches handelt davon.

Aber das entscheidende an diesem Buch ist nicht die Behandlung des Generalstreiks, so einzigartig auch seine Bedeutung - einzelne Streiks gab es natürlich hier und dort -, sondern das, was das Buch so wertvoll macht, ist die Charakterisierung des Lebensweges dieser Parteigruppe über viele Jahre hinweg bis zum Generalstreik.

Genau das fehlt in so vielen unserer Schriften, die einem besonderen Ereignis gewidmet sind. Genausowenig wie das Verhalten eines Menschen in einer besonderen Situation kann man das Verhalten einer Parteigruppe anlässlich eines hervorragenden Ereignisses beurteilen, ohne die Vorgeschichte zu kennen. Und diese Vorgeschichte unten wird oft durch ganz andere Faktoren bestimmt als die Vorgeschichte der Zentrale. Wie will man die Arbeit einer Parteigruppe unten einschätzen, wenn man nicht weiß, ob und wie zentrale Beschlüsse unten ankommen? Wie will man Pragmatismus und Blick auf die Probleme des ganzen Dorfes, seiner Bräuche und Vorurteile, Konzessionen und Kompromisse in dieser oder jener Richtung auf der einen Seite und Gewinnung des Vertrauens bis zur Durchführung eines einsamen, eines vereinzelt Generalstreiks als einzig gelungene Generalaktion gegen den Faschismus auf der anderen Seite analysieren und abwägen, ohne eine Untersuchung der längeren Vorgeschichte?

Gerade die so überaus wichtige und interessante Geschichte der Parteigruppe der KPD in Mössingen erinnert uns immer wieder an die Mahnung Lenins, daß die Praxis so viel reicher und komplizierter ist als die Theorie.

## Beiträge zur Freizeitforschung

Sozialgeschichte der Freizeit. Untersuchungen zum Wandel der Alltagskultur in Deutschland, hg. v. Gerhard Huck

Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1980, 352 Seiten,  
31 Abbildungen, Tabellen, Preis: 38,- DM

von Wolfgang Jacobeit

Die Problematik des Alltags gewinnt in den Gesellschaftswissenschaften allorts zunehmendes Interesse. Es gibt Zeitschriften, die sich ausschließlich der Alltagsthematik widmen; museale Ausstellungen zum Thema Alltag sind nichts Ungewöhnliches mehr; der Alltag in seinen verschiedenen sachlichen und zeitlichen Dimensionen ist zum gängigen Gegenstand theoretischer Diskussionen geworden usw. All dies geschieht nicht von ungefähr, denn die Einbeziehung von Lebensweise und Kultur der werktätigen Klassen und Schichten in die gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen hat zu neuen historischen Erkenntnissen über die Träger und Mitgestalter historischer und gegenwärtiger Prozesse geführt, hat dazu eine Fülle von Forschungsdesideraten aufgezeigt, die selbst von Volkskundlern als "enorme Lücken" empfunden werden, und hat vor allem deutlich gemacht, daß mit dem Alltag des werktätigen Volkes eine neue historische Kategorie in das Blickfeld der Forschung getreten ist, die einer verstärkten Aufmerksamkeit bedarf. Bekanntlich und verdienstvollerweise hat Jürgen Kuczynski mit seiner 5 Bände umfassenden "Geschichte des Alltags des deutschen Volkes" (1600 bis 1945) einen ersten großen Querschnitt durch die Fülle des auch von ihm nicht ausschöpfbaren Materials gelegt und dabei den verschiedenen historischen Teildisziplinen eine Menge neuer Anregungen und Ansatzpunkte für künftige Untersuchungen gegeben und dem Phänomen Alltag einen seiner Bedeutung entsprechenden Platz in Forschungsplänen zugewiesen.

Alltag setzt sich aus einer großen Zahl von Bereichen zusammen. Einer davon ist die Freizeit der Werktätigen, die Reproduktionssphäre, mit der sich im vorliegenden Band namentlich Historiker aus der BRD in Einzelaufsätzen mit jeweils zeitgenössischen Freizeiterscheinungen beschäftigen. Der Radius ist weit gezogen: von den Spinnstuben des 16./17. Jahrhunderts über Freizeitbeschäftigungen und Freizeitverhalten von Angehörigen der Arbeiterklasse im 19./20. Jahrhundert bis zum berüchtigt gewordenen "Muttertag", aber auch den "Edelweißpiraten" als einer antifaschistischen Gruppierung Jugendlicher im Hitlerstaat.

Das besondere an dieser Aufsatzsammlung besteht darin, daß einmal viel originäres, weitgehend unbekanntes regionales Archivmaterial ausgebreitet und interpretiert, zum anderen aber auch bisher noch nicht aufgearbeitete, gleichfalls regionale, aber auch verbands- und brancheneigene Veröffentlichungen zeitschriftenartigen Charakters herangezogen werden. In diesem Zusammenhang wird man den Autoren die Anerkennung für ihren guten Spürsinn und ihre Akribie nicht versagen dürfen. Die Auswahl der Sekundärliteratur läßt allerdings insofern zu wünschen übrig, als zum Beispiel spezielle DDR-Literatur zu einer Reihe von Fragen nicht verwendet wurde.

Mit einem knappen thematischen Überblick sei dieser Sammelband vorgestellt: Eingeleitet wird er von Gerhard Huck, der einen Abriß der Freizeit-Forschungs-



geschichte bietet, auf die sozialhistorische Bedeutung von Freizeit eingehen, die Notwendigkeit der Periodenspezifität bei der Interpretation von Freizeitphänomenen betont und mit dem Anliegen der Bandautoren schließt, "daß in den Beiträgen des Bandes so wenig von Freiheit, Freude, Ausgelassenheit und glückvoller Freizeit die Rede ist und so viel von den dunklen Seiten einer historischen Entwicklung", (S. 16 f.)<sup>1</sup> um deren Beseitigung in erster Linie die Arbeiterklasse gekämpft hat.

Der folgende Aufsatz von Hans Medick behandelt "Spinnstuben auf dem Dorf. Jugendliche Sexualkultur und Feierabendbrauch in der ländlichen Gesellschaft der frühen Neuzeit". Medick stellt diesen in seinem Ablauf satzsaft bekannt und als - unreflektiertes - Folklorerequisit beliebten Brauch in den Rahmen der Produktionsverhältnisse des genannten Zeitraums. Danach war die Spinnstube einmal eine Aufgabe für die Jugend, die abendliche Freizeit mit Spinnen und anderen Tätigkeiten produktiv zu verbringen, zum anderen wird sehr deutlich erkannt, daß die Spinnstubenjugend ein Faktor in der dörflichen Gemeinschaft war, dessen Bedeutung insofern nicht übersehen werden darf, als diese Jugend vieles kritisierte, was es an Mißständen im Dorf gab, daß sie die obrigkeitlichen Verbote und die diversen "Ordnungen" gegen das Spinnstubenwesen mißachtete, sich aber auch gegen geplante Eheschließungen wandte, bei denen nur das Besitzdenken zweier Sippen ausschlaggebend war usw. Daß es in den Spinnstuben auch "lustig" im Sinne des Aufsatz-Untertitels zugehen konnte, ist von sekundärer Bedeutung. Bürgerliche Aufklärungsbestrebungen, die das Beieinandersein in der Spinnstube dazu nutzen wollten, die Jugend zu bilden und zu belehren, zeugen davon, daß dieser "Einrichtung", die von der Obrigkeit so sehr verunglimpft worden war, durchaus positive Einflußmöglichkeiten zuerkannt wurden.

Rolf Engelsing behandelt "Die Arbeitszeit und Freizeit von Schülern". Es geht ihm dabei um die Zöglinge an höheren Schulen seit dem 16. Jahrhundert. Das Bildungsproblem zum Beispiel der Arbeiterkinder im wilhelminischen Deutschland wird nicht erwähnt.

Henning Eichberg bietet mit seinem Beitrag "Zivilisation und Breitensport. Die Veränderung des Sports ist gesellschaftlich" eine sehr geraffte historische Darstellung der Haltung, die die jeweils herrschende Klasse, aber auch die Reformen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts und die Arbeiterklasse zum Sport einnahmen, und damit einen kenntnisreichen Querschnitt durch die Geschichte des Sports und den bis in die Gegenwart reichenden gesellschaftlichen Wandel der öffentlichen Meinung über den Sport.

Unter dem Titel "Arbeitsbeginn, Arbeitspausen, Arbeitsende" schrieb Alf Lütke seine "Skizzen zur Bedürfnisbefriedigung und Industriearbeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert". Dieser Aufsatz wurde unter anderem aus Archivmaterial der Firmen Krupp und "Gute-Hoffnungs-Hütte" zusammengestellt. Deutlich wird in diesem sehr materialreichen Aufsatz zum Alltag der Arbeiterklasse des Ruhrgebiets herausgearbeitet, wie unnachgiebig sich die Unternehmer den Bedürfnissen der Arbeiter an gewissen Freiräumen während der Arbeitszeit gegenüber verhielten und wie die Belegschaften darauf reagierten. In Abwandlung eines Satzes von Karl Marx bemerkt der Autor abschließend, daß das Streben der Arbeiter nach kurzen Unterbrechungen ihrer Tätigkeit vor allem den Sinn gehabt habe, "auf eigene Weise bei sich selbst zu sein, und sei es nur für wenige Minuten" (S. 122).

Diesem Aufsatz schließen sich Ausführungen von James S. Roberts über "Wirtschaft und Politik in der deutschen Arbeiterbewegung" an, der in wohlthuernder Sachlichkeit das "Kneipenproblem" im Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung, aber auch mit den proletarischen Familienverhältnissen darstellt.

<sup>1</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.



In dem nächstfolgenden Beitrag befaßt sich Jürgen Reulecke mit dem Thema "'Veredelung der Volkserholung' und 'edle Geselligkeit'. Sozialreformerische Bestrebungen zur Gestaltung der arbeitsfreien Zeit im Kaiserreich." Reulecke untersucht darin die sich aus verschiedenen Motiven zusammensetzenden Bestrebungen bürgerlicher Sozialreformer, das Los des Proletariats durch Bildungseinrichtungen, die Pflege von Vaterlands- und Naturverbundenheit sowie anderer Lebensbereiche zu verändern, kommt dann aber zu dem bemerkenswerten Schluß, daß es sich dabei meist um "Fußangeln" gehandelt habe, "die in neu geschaffenen Freiräumen immer wieder ausgelegt werden und Freiheiten in neuen Zwang verkehren können" (S. 159).

Ebenfalls historische Probleme des Alltags der Arbeiterklasse greift Peter Friedemann auf, der über "Feste und Feiern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1890 bis 1914" schreibt. Schwerpunkt seiner Darstellung sind die Feiern zum 1. Mai mit detaillierten Angaben über den Teilnehmerkreis und seine "soziale Zusammensetzung", die Form der Umzüge usw. Während diese Maifeiern durchaus vom Gedanken des Klassenkampfes getragen worden seien, habe die Sozialdemokratie bei anderen Freizeit-Veranstaltungen der (Wuppertaler) Arbeiter kein wirkliches Gegengewicht gegen die Aktivitäten der bürgerlichen Vereine bilden können. Viele Arbeiter seien dorthin abgeströmt, und Friedemann sieht darin mit ein Indiz dafür, daß alte Wertvorstellungen nicht konsequent genug von der Arbeiterbewegung abgebaut worden seien.

"Arbeitersport, Arbeiterjugend und Obrigkeitsstaat 1893 bis 1914" heißt der Aufsatz von Günther Herre. Herre geht von der Voraussetzung aus, daß Arbeiterturn- und Arbeitersportvereine erst entstehen konnten, als das Proletariat sich einen entsprechenden Freiraum erkämpft hatte. Im untersuchten Zeitraum sei der Arbeitersport mehr und mehr dem staatlichen Reglement unterworfen und von bürgerlich-reformerischem Denken durchsetzt worden. Eine gewisse Eigenständigkeit habe er erst in der Weimarer Republik erreicht.

Hans-Jürgen Brand betitelt seinen Beitrag "Kirchliches Vereinswesen und Freizeitgestaltung in einer Arbeitergemeinde 1872 bis 1933: Das Beispiel Schalken". Er behandelt den beträchtlichen Einfluß der katholischen Kirche auf das Freizeitverhalten der Arbeiter durch Gründung von Wohlfahrts-, Bildungs- und Sportvereinen. Der Artikel demonstriert in hervorragender Weise die Taktik geistlicher Bestrebungen, die Freizeit der Arbeiter fest an kirchliche Observanz zu binden.

Dieter Langewiesche beschäftigt sich mit "Freizeit und 'Massenbildung'. Zur Ideologie und Praxis der Volksbildung in der Weimarer Republik". Volkshochschule und Volksbibliotheken sind die beiden wichtigsten Faktoren, die er, gestützt auf interessantes statistisches Material, untersucht. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß die erstrebten Ziele der verschiedenen Initiativbewegungen letztlich nicht erreicht wurden. Die Lehrangebote waren nicht zugkräftig genug, nicht zeitgemäß und entsprachen auch nicht dem eigentlichen Bildungsbedürfnis eines im Klassenkampf stehenden Proletariats.

Die Studie von Karin Hausen "Mütter zwischen Geschäftsinteressen und kultischer Verehrung. Der 'Deutsche Muttertag' in der Weimarer Republik" beschreibt ein Musterbeispiel von Manipulation und Indoktrination durch den völkisch-faschistischen Propagandaapparat: Der Muttertag, ein 1907 in den USA kreierte Geschenkfest zu Ehren der Mütter, wurde 1922 auch in Deutschland "eingeführt", sehr schnell und geschickt kommerzialisiert, von den sogenannten völkischen Kreisen bald aufgegriffen, verherrlicht und zu einem der zahlreichen Nationalfeiertage erhoben. Hausen untersucht diesen vielschichtigen Vorgang vor dem realen Hintergrund der Ausbeutung und Unterdrückung der Mütter und schließt mit dem Hinweis darauf, "daß die Mutter-Verehrung gerade dort und deshalb wuchert, wo es unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen den Frauen immer weniger möglich ist, die von ihnen erwarteten Leistungen als Hausfrau und Mutter praktisch zu erfüllen. Leben als Selbstaufopferung ist Selbstzerstörung; von den Frauen erwartete man Selbst-

aufopferung als Tatkraft" (S. 280) - und "ehrte" sie dafür unter anderem auch mit dem faschistischen "Mutterkreuz", dessen Verleihung schon 1934 auf einer Muttertagsfeier angeregt wurde.

Hasso Spoden beschäftigt sich mit dem "Massentourismus im Dritten Reich. 'Der deutsche Arbeiter reist'". Sei vor 1933 der Arbeiter nur in wenigen Fällen mit Hilfe vergünstigter Reismöglichkeiten mit der Familie auf Urlaub gefahren, so habe sich die faschistische Organisation "Kraft durch Freude" diese "Lücke" im Freizeitangebot zunutze gemacht und Angehörige der Arbeiterklasse auf gecharterten Schiffen zum Beispiel nach Madeira und in die norwegischen Fjorde fahren lassen. Auch bekannte und von den Mittelschichten stark frequentierte Erholungsorte seien in das Angebot mit einbezogen worden. Das freilich habe zu Protesten eben der bürgerlichen Mittelschichten geführt. Es sei zu unliebsamen Auseinandersetzungen gekommen und den Arbeitern bald bewußt geworden, daß ihnen mit der Parole "Der deutsche Arbeiter reist" nur eine Illusion von Volksgemeinschaft, "Sozialismus der Tat" oder "Brechung der Privilegien" vorgegaukelt wurde. Mit Ausbruch des zweiten Weltkriegs wurde der Reisebetrieb fast völlig eingestellt; die bis dahin mit der Organisation dieses Tourismus beschäftigten KdF-Stellen widmeten sich fortan der Truppenbetreuung, die KdF-Schiffe führen als Truppentransporter.

"Edelweißpiraten, Meuten, Swing. Jugendsubkulturen im Dritten Reich" ist das Thema von Detlev Peukert. Es handelte sich hierbei um Jugendgruppen, auf einige Großstädte und das Ruhrgebiet konzentriert, die schon vor den vierziger Jahren dem Faschismus und seinen Organisationen ablehnend und feindlich gegenüberstanden. Traditionen an die Arbeiterbewegung lebten hier wieder auf, Sabotageakte wurden zum Teil in Verbindung mit illegalen Widerstandsgruppen durchgeführt, und der Gestapo fielen Angehörige dieser Gruppen in die Hände. Freilich fanden sich auch Jugendliche aus bürgerlichem Hause ohne klar erkennbares politisches Ziel in diesen Verbänden zusammen, um ihren Protest gegen die Zwangsreglementierungen in der Nachahmung vermeintlicher englischer, französischer oder amerikanischer Freizeitbetätigung zu artikulieren.

Der Sammelband schließt mit einer Betrachtung von Ursula J. Becher über "Geschichte als 'Schöner Leben'? Fragen an einen Geschichtsverein". Die Verfasserin hat Mitglieder des Geschichtsvereins in Wetzlar über deren Interesse an der Geschichte, deren Geschichtsbild und auch darüber befragt, weshalb sie dem Verein beitraten. Es handelt sich bei den Vereinsmitgliedern fast ausschließlich um Angehörige des Bildungsbürgertums. Beschäftigung mit Geschichte sei für diese Schicht ein "Vergnügen", das "um so lebhafter empfunden wird, je weniger es von den Problemen der Gegenwart tangiert wird. Diese eigentümlich abgehobene Betrachtungsweise interpretiert Geschichte von einem Standpunkt aus, der außerhalb oder jenseits der Geschichte zu sein scheint und von dem her die Geschichte der Menschheit als ein natürlicher Vorgang in der Weise des Werdens und Vergehens gedacht wird" (S. 342). Nur eine einzige Äußerung fiel aus dem Rahmen der übrigen Antworten, und diese sei abschließend zitiert: "Ein ablehnendes Urteil (über die Tätigkeit und die Auffassungen im Wetzlarer Geschichtsverein - W. J.) wird damit begründet, daß die dem Einsender zentral erscheinenden Fragen nicht gestellt und behandelt würden. Als solche Fragen gelten ihm: 'Was haben die mittelalterlichen Menschen gegessen? Wie wurde das Essen zubereitet? Welche Werkzeuge benutzte ein Handwerker dieser Zeit?' Dieses Interesse an einer Geschichte des Alltags meint der Schreiber im Geschichtsverein nicht verwirklichen zu können, weil ihm das dort verbreitete Geschichtsbild obsolet zu sein scheint, nämlich primär gerichtet auf 'eine Geschichte der Herrschenden und nicht der Beherrschten'." (S. 344)

## Grenzen der Autarkie

Klaus Wittmann, Schwedens Wirtschaftsbeziehungen zum Dritten Reich 1933 bis 1945 = Studien zur modernen Geschichte der Universität Hamburg, Bd. 23

Oldenbourg Verlag, München/Wien 1978, 479 Seiten,  
Preis: 98,- DM

von Wolfgang Wilhelmus

Schweden, eines der wenigen von der faschistischen Koalition im zweiten Weltkrieg nichtokkupierten europäischen Länder, wurde von der deutschen Wirtschaftsführung vor und zu Beginn des Krieges als Deutschlands "Exportland Nr. 1" und selbst in den letzten Kriegsjahren noch als bevorzugter Handelspartner eingestuft. Das hochwertige Eisenerz aus Lappland und Mittelschweden, die schwedischen Kugellager und andere Exportwaren hatten ersträngige Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft und Kriegführung. Um diese Produkte bezahlen zu können und Schweden aus britischer Einfuhrabhängigkeit zu lösen, erhielt das skandinavische Land vorrangig Kohle, besondere Sorten von Eisen und Stahl und selbst Kriegsmaterial aus Deutschland und den okkupierten Ländern. Angesichts dieser engen Wirtschaftsverflechtungen ist es schon erstaunlich, daß bisher zwar Spezialuntersuchungen zu den Eisenerz-, Kohlen- und Kugellagerlieferungen, vorrangig von schwedischen Historikern, publiziert wurden<sup>1</sup>, doch zusammenfassende Darstellungen dieser Wirtschaftsverbindungen und Schwedens Geschichte im zweiten Weltkrieg werden die ökonomischen Probleme nur am Rande behandelt.<sup>2</sup> Schon deshalb verdient Klaus Wittmanns

- 1 Zuerst sind zu nennen Olsson, Ulf, Upprustning och verkstadsindustri i Sverige under det andra världskriget (Aufrüstung und Metallindustrie in Schweden während des zweiten Weltkrieges), Göteborg 1973; Fritz, Martin, German Steel and Swedish Iron Ore 1939 - 1945, Göteborg 1974; Olsson, Sven-Olof, German Coal and Swedish Fuel, Göteborg 1975; vgl. auch Wilhelmus, Wolfgang, Die Bedeutung des schwedischen Eisenerzes für die faschistische Kriegswirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973, T. 4, S. 37 - 56.
- 2 Carlgrén, Wilhelm M., Svensk utrikespolitik (Schwedische Außenpolitik) 1939 - 1945, Stockholm 1973; West, John, German-Swedish Relations 1939 - 1942, phil. Diss. Denver 1976; Lutzhöft, Hans-Jürgen, Deutsche Militärpolitik und schwedische Neutralität 1939 - 1942, Kiel/Neumünster 1981; Kan, A.S., Novejšaja istorija Švecii, Moskva 1964; Istorija Švecii, Moskva 1974; Kan, A.S., Geschichte der skandinavischen Länder, Berlin 1978; Wilhelmus, Wolfgang, Das faschistische Deutschland und Schweden im zweiten Weltkrieg, phil. Diss. B, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifswald 1975. - Von den zwischen 1971 und 1978 publizierten zwanzig Arbeiten der Stockholmer Forschungsgruppe "Sverige under andra världskriget" (SUAV = Schweden im zweiten Weltkrieg) geht Mansson, Olle, Industriell beredskap och ekonomisk försvarsplanering inför andra världskriget (Industrielle Bereitschaft und Planung der wirtschaftlichen Verteidigung vor dem zweiten Weltkrieg), Stockholm 1976, näher auf ökonomische Fragestellungen ein.

Dissertation besondere Beachtung, die auf der Grundlage umfangreicher Quellenstudien in Koblenz, Freiburg, Bonn, München und Stockholm sowie einer weitgehenden Durchsicht der einschlägigen internationalen Literatur wesentliche Einblicke in den Mechanismus, das Ausmaß und die Probleme der deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen zwischen 1933 und 1945 gibt.

Folgt der Autor auch weitgehend den bekannten Positionen bürgerlicher Faschismusinterpretation, indem er Kontroversen zwischen faschistischen Instanzen überwertet und sich allzulange bei Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen in Verfahrensfragen aufhält, so hat die Arbeit doch ihren Wert in den umfangreichen Sachbeschreibungen. Ausführlich berichtet Wittmann über die periodischen Wirtschaftsverhandlungen und -abkommen, den Zahlungsverkehr, Kredit- und Clearingfragen, den Umfang und die Bedeutung der gegenseitigen Lieferungen, aber auch über den Kampf zwischen dem faschistischen Deutschland und Großbritannien um Schweden und den schwedischen Markt und Schwedens Lavieren zwischen den kriegführenden Mächten. Auch zur Bedeutung der schwedischen Eisenerz- und Kugellagerlieferungen für die deutsche Kriegswirtschaft nimmt Wittmann Stellung. Zu Recht weist er auf die Komplexität der damaligen deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen hin. Deren Einschätzung darf sich daher trotz der beträchtlichen Rolle der schwedischen Eisenerze für die deutsche Kriegswirtschaft nicht auf ein Abwägen von Bedeutung oder Entbehrlichkeit schwedischen Erzes für die deutsche Kriegswirtschaft beschränken. Das große deutsche Interesse an Schweden als Wirtschaftspartner ergab sich vielmehr aus zahlreichen Momenten, zu denen Schwedens Position als Gläubigerland, als Lieferant von Rohstoffen und Spezialerzeugnissen und als Markt von hoher Kaufkraft sowie ideologische Erwägungen der faschistischen Führung und wehrwirtschaftliche Überlegungen hinsichtlich der Sicherung von Zufuhrwegen unter den Bedingungen der britischen Blockade gehörten. Diese Momente hatten in den verschiedenen Phasen der Beziehungen zwischen 1933 und 1945 unterschiedliches Gewicht und standen in unterschiedlicher Relation zueinander.

Nach der Einleitung behandelt Wittmann im zweiten Kapitel seines Buches die deutsch-schwedischen Wirtschaftsbeziehungen von 1926, als die handelspolitischen Bestimmungen des Versailler Vertrages abgelaufen waren, bis zur Machtübertragung an den Faschismus in Deutschland und dem Beginn der Wirksamkeit des faschistischen Neuen Planes. Neues für den deutschen Leser bringen seine Darlegungen über die Reaktionen der schwedischen Öffentlichkeit auf die Ereignisse nach dem 30. Januar 1933 in Deutschland, die in einem Boykottaufwurf der schwedischen Gewerkschaften gegen deutsche Waren gipfelten, der jedoch mehr von moralischer Bedeutung als von ernsthafter ökonomischer Wirkung war. In diesem Kapitel wird auch ausführlich auf die Gründung und die Arbeitsweise des Handelspolitischen Ausschusses der Reichsregierung, der Deutschen Handelskammer in Stockholm sowie des deutschen und des schwedischen Regierungsausschusses für die Lenkung der beiderseitigen Handelsbeziehungen und damit verbundene spezielle Interessen eingegangen und festgestellt, daß schon 1933 eine merklich zunehmende staatliche Steuerung des deutschen Warenaustausches mit Schweden mit wehrwirtschaftlicher Akzentuierung einsetzte.

Im dritten Kapitel wird ausgehend von der Konzeption einer deutschen Großraumwirtschaft, dem Anteil Schwedens am deutschen Außenhandel der Vorkriegsjahre und insbesondere der Rolle der schwedischen Eisenerze für die deutsche Industrie sowie den Methoden der Eisenerzbeschaffungspolitik aus Schweden nachgegangen. Wittmann weist anhand zahlreicher statistischer Belege nach, daß die Schwedenerze für die deutsche Kriegswirtschaft trotz aller Autarkiebemühungen unentbehrlich waren. Ferner verfolgt er hier die deutschen Exportbemühungen, um die rüstungswichtigen Güter aus Schweden bezahlen zu können. Doch trotz absoluten Zuwachses des deutschen Absatzes war der Anteil deutscher Güter am schwedischen Import seit 1933 stark rückläufig. Das betraf auch den Kohlektor, dem im deutschen Schwedenhandel



besondere Bedeutung zugemessen wurde "War die Ausfuhr nach Schweden", schreibt Wittmann, "in der Zeit der deutschen Aufrüstung durch Inlandsaufträge und Konjunktur beeinträchtigt worden, so hatte späterhin im Kriege die Exportproduktion sich gegen die Rüstungsfertigung und den kurzfristigen Wehrmachtsbedarf zu behaupten. Im Frieden wie im Krieg besaß die Bemühung um die Ausfuhr nach Schweden den Charakter eines Indikators für die Dringlichkeit der Einfuhr von dort" (S. 141)<sup>3</sup>.

Im vierten Kapitel werden dann die deutschen Bemühungen, britische Handelskriegs- und Blockademaßnahmen zu neutralisieren und der deutschen Kriegführung das schwedische Wirtschaftspotential zu sichern, ausführlich verfolgt. Während die schwedische Regierung bestrebt war, durch parallele Verhandlungen in Berlin und London Schwedens Handelsinteressen auch unter den Bedingungen des Krieges nach beiden Seiten zu sichern, nutzte die faschistische Führung ihre nach der Okkupation Polens gestärkte Stellung im Ostseeraum, um mit großzügigeren Zusagen von Lieferungen, insbesondere von Kohle und Kriegsmaterial, sowie stabilen Preisen, aber auch durch Druck, insbesondere das Aufbringen und Torpedieren schwedischer Handelsschiffe und die Verminderung der von Schweden beanspruchten Vierseeemeilenzone, Schweden ihre Wirtschaftsforderungen aufzuzwingen. Wittmanns Interpretation, daß es schließlich mit dem deutsch-schwedischen Kriegshandelsabkommen vom 22. Dezember 1939 zu "einer weitgehend freiwillig eingegangenen gegenseitigen Wirtschaftsverflechtung im Interesse deutscher Rüstungspolitik" (S. 169) gekommen sei, kann angesichts der deutschen Politik der Stärke nicht geteilt werden, wenn auch dieses Abkommen der schwedischen Wirtschaft in mancher Hinsicht entgegenkam.

Die neue militärstrategische und handelspolitische Situation für Schweden nach dem deutschen Überfall auf Dänemark und Norwegen wird im fünften Kapitel beschrieben. Nachgegangen wird der Frage, welche Rolle Schweden langfristig in der faschistischen "Großraumwirtschaft" spielte und welche Vorteile kurzfristig das Reich aus der neuen machtpolitischen Situation zog. Da Schweden im April 1940 vom Westen abgeschnitten wurde, geriet die bis dahin ausbalancierte schwedische Kriegshandelspolitik ins Wanken. Schweden war nunmehr weitgehend auf den Handel mit Deutschland angewiesen. Dies wirkte sich auf die deutsch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen im Sommer 1940 aus: Schweden fügte sich "aufgrund geographischer Absperrung vom Westen dem Zwang, zahllose Geschäftsverbindungen aufzugeben und Deutschland nunmehr als dominierenden Handelspartner anzuerkennen" (S. 195). Dennoch blieben die bedeutenden Erzbezüge aus Schweden ein wichtiges Faustpfand in der schwedischen Politik, dem Lande den Frieden zu bewahren. Den sowjetischen diplomatischen Einsatz für die schwedische Neutralität im April 1940 führt Wittmann als stabilisierenden Faktor an, überzeichnet aber die dazu vorliegenden Bewertungen in der marxistischen Literatur, um so gegen sie polemisieren zu können.

Ausführlich geht Wittmann auf die im Frühjahr 1940 verstärkt einsetzende "Neuordnungsplanung" zur Schaffung des großdeutschen Wirtschaftsraumes ein. Er führt dazu zahlreiche neue Fakten für die faschistischen Bemühungen, aber auch die schwedische Zurückhaltung an.<sup>4</sup> Dem generellen schwedischen

<sup>3</sup> Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im Text beziehen sich auf das hier besprochene Buch.

<sup>4</sup> Vgl. dazu auch Wilhelmus, Wolfgang, Das schwedische Echo auf die faschistischen "Neuordnungs"-Pläne im zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1975, T. 1, S. 35 - 46.



Versuch, die deutschen Forderungen zu entschärfen oder deren Erfüllung zu verzögern, wirkten einzelne schwedische Industrielle entgegen, die den deutschen Wünschen in hohem Maße entgegenkamen. Doch blieben sie in der Minderheit, und sie bestimmten auch nicht die schwedische Politik. Nichtsdestoweniger spielten deutsche Konzerne eine initiiierende Rolle bei der "Neuordnungsplanung" schon lange vor dem April 1940, was Wittmann, wie andere bürgerliche Historiker vor ihm, bestreitet, weil er die dazu von marxistischen Historikern vorgelegten Dokumente nicht zur Kenntnis nimmt. Hingegen betont er den großen Eifer der deutschen Konzerne bei der vom Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium im Frühjahr 1940 eröffneten Großraumplanung.

Im sechsten Kapitel untersucht Wittmann die Bedeutung der schwedischen Lieferungen und Dienstleistungen für die deutsche Kriegswirtschaft und in welchem Maß die deutsche Kriegswirtschaft von schwedischem Eisenerz sowie anderen schwedischen Metallen und Stahlveredlern, von Kugellagern und Fertigwaren abhängig war. Er kommt, ähnlich wie Martin Fritz und der Rezensent, zu der Feststellung, daß ihre Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft in den einzelnen Phasen des Krieges von unterschiedlichem Rang war. Weitgehend Neues berichtet er über die 1940/41 eingeleiteten großen Schiffsbestellungen auf schwedischen Werften. Sie ließen sich in den folgenden Jahren jedoch ebensowenig realisieren wie die vereinbarten deutschen Granitbezüge aus Schweden für den Ausbau der Reichshauptstadt, weil es entweder an den deutschen Transport- und Zahlungsmöglichkeiten oder den erforderlichen deutschen Zulieferungen (Schiffbaumaterialien) mangelte. Hingegen waren die schwedischen Dienst-, insbesondere Transportleistungen für das Reich sehr beträchtlich, was in schwedischen Dokumentationen bereits ausführlich beschrieben ist.<sup>5</sup> Der Transit von über 2 Millionen deutschen Wehrmichtsangehörigen und rund 100 000 Waggons mit Kriegsmaterial und Wehrmachtgut führte durch Schweden. Hinzu kamen beträchtliche Leistungen beim Transport der schwedischen Eisenerze nach Deutschland. Schwedische Lieferungen an Kraftfahrzeugen, Baracken, Mannschaftszelten, Munition und anderem kleinen Kriegsmaterial für die deutschen und finnischen Truppen brachten punktuell wohl Erleichterungen für die deutsche Kriegführung, erreichten aber nicht die deutschen Erwartungen, zumal sie seit dem Winter 1941/42 erheblich eingeschränkt werden mußten.

Im siebenten Kapitel wird auf die deutschen Druckmittel gegenüber Schweden im Vorfeld einer möglichen militärischen Besetzung näher eingegangen. Dabei werden insbesondere die deutschen Kriegsgerätelieferungen und der schwedische Überseehandel mit neutralen Ländern, der die deutschen Seesperren passierte, näher untersucht. Das Reich war während des Krieges Schwedens größter Waffenlieferant. Die Waffenlieferungen erreichten einen Wert von insgesamt 126 Millionen Reichsmark, um damit die Importe aus Schweden finanziell abzusichern und langfristig "der schwedischen Industrie die Rolle eines Lieferanten von Komponenten und Halbfabrikaten sowie einer deutschen Rüstungswerkstatt" (S. 297) zuzuweisen. Wiederholt wurden die Zurückhaltung von vereinbarten Waffenlieferungen und die Sperre des schwedischen Überseehandels von deutscher Seite als Druckmittel benutzt, um von Schweden ökonomische und militärische Zugeständnisse zu erpressen, obwohl dem das deutsche Interesse an einer intakten schwedischen Wirtschaft und deren Lieferfähigkeit an Deutschland entgegenstand.

5 Transiteringsfrågor och därmed sammanhängande spörsmål april - juni 1940 (Transitfragen und damit zusammenhängende Probleme April bis Juni 1940), Stockholm 1947; Transiteringsfrågan juni - december 1940 (Die Transitfrage Juni bis Dezember 1940), Stockholm 1947; Kalsson, Rune, Så stoppades Tysktågen. Den tyska transiteringstrafiken i svensk politik 1942 - 1943 (So wurden die Deutschzüge gestoppt. Der deutsche Transitverkehr in der schwedischen Politik 1942/1943), Stockholm 1974.

Im achten Kapitel schließlich schreibt Wittmann, wie Schweden nach dem Scheitern des Blitzkrieges gegen die Sowjetunion, besonders nach der grundlegenden Wende des Krieges, als sich durch die hohe Konzentration deutscher Truppen an der Ostfront und die Verstärkung der schwedischen Verteidigungsfähigkeit die Gefahr eines faschistischen Angriffs auf Schweden verringerte, allmählich den einseitig auf Deutschland orientierten schwedischen Außenhandelskurs korrigierte. Da jedoch die Versorgungsbedürfnisse des Landes den handelspolitischen Erfordernissen Schwedens zuwiderliefen, kam es zu keiner schroffen Kursänderung, sondern zu einer allmählichen Umstellung, die sich bis zum Beginn des Jahres 1945 hinzog. Diese allmähliche Neuorientierung des schwedischen Außenhandels erfolgte auch bereits mit Blick auf die Bedingungen nach dem Kriege. Gegen diese schwedische Linie setzte die faschistische Wirtschaftsführung alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel ein. Besonders hartnäckig wurde um die ungekürzte Lieferung der schwedischen Erze und Kugellager gerungen. Wittmann schildert an vielen Einzelbelegen das Ringen um die Durchsetzung der jeweiligen Positionen. Doch weder direkter handelspolitischer Druck noch der Versuch, über schwedische Industrielle den Kurs der schwedischen Regierung zu beeinflussen, hatten Erfolg.

Die Arbeit über die Frau im Mittelalter in der historischen Literatur ist wenig veröffentlicht worden. In den 1930er Jahren wurde zum ersten Mal ein Artikel über diese Problematik veröffentlicht. Der Autor ist der schwedische Historiker Erik Erikson. In der Zeitschrift "Historiska Meddelanden" (1930) veröffentlichte er einen Aufsatz über die Frau im Mittelalter. Erikson untersuchte die Rolle der Frau im Mittelalter auf der Grundlage von Quellen aus dem 12. bis zum 15. Jahrhundert. Er argumentierte, dass die Frau im Mittelalter eine wichtige Rolle spielte, insbesondere in der Wirtschaft. Erikson untersuchte die Rolle der Frau in der Wirtschaft, in der Familie und in der Kirche. Er argumentierte, dass die Frau im Mittelalter eine wichtige Rolle spielte, insbesondere in der Wirtschaft. Erikson untersuchte die Rolle der Frau in der Wirtschaft, in der Familie und in der Kirche. Er argumentierte, dass die Frau im Mittelalter eine wichtige Rolle spielte, insbesondere in der Wirtschaft.

1. Neuere Veröffentlichungen: Becker, Elisabeth, *Die Frau im Mittelalter*, 2. Aufl., 1917, Weidmann, Berlin. Die Frau im Mittelalter, Beschreibung 1900, Berlin. *Die Frau im Mittelalter*, 2. Aufl., 1917, Weidmann, Berlin. *Die Frau im Mittelalter*, 2. Aufl., 1917, Weidmann, Berlin.
2. *Die Frau im Mittelalter*, 2. Aufl., 1917, Weidmann, Berlin.
3. *Die Frau im Mittelalter*, 2. Aufl., 1917, Weidmann, Berlin.

## Die Frau im Wirtschaftsleben der spätmittelalterlichen Stadt

Margret Wensky, Die Stellung der Frau in der stadtkölnischen Wirtschaft im Spätmittelalter = Quellen und Darstellungen zur hansischen Geschichte, NF., Bd. 26

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1980, IX und 374 Seiten, 73 Tabellen, 3 Karten, 2 Skizzen, 1 Quellenanhang, Preis: 88,- DM

von Erika Uitz

Obwohl über die Frau im Mittelalter in der bürgerlichen Literatur nicht wenig veröffentlicht wurde,<sup>1</sup> fehlen doch weitgehend konkrete, die sozialen Verhältnisse berücksichtigende Untersuchungen zur Rolle der Frau in der Wirtschaft der mittelalterlichen Stadt. Das ist eine besonders für das Spätmittelalter empfindliche Forschungslücke. Harrt doch Karl Büchers irreführende Interpretation der Ursachen für die nicht zu übersehende Zunahme der weiblichen Berufstätigkeit im Spätmittelalter noch immer der schlüssigen Widerlegung aufgrund quantitativer Analysen, auch wenn sie neuerdings im Zusammenhang mit demographischen und genealogischen Studien angezweifelt wurde.<sup>2</sup> Bücher, dem die Forschung zur Rolle der Frau im Wirtschaftsleben der spätmittelalterlichen Stadt viel verdankt, da er die Aufmerksamkeit nach intensiven Archivstudien auf das Phänomen der zunehmenden Berufstätigkeit der Frau im Spätmittelalter gelenkt hat, erklärte diese Erscheinung aus einem bedeutenden Frauenüberschuß vordergründig als Frauenversorgungsproblem.<sup>3</sup> Da die Zunahme der weiblichen, besonders selbständigen Berufstätigkeit am deutlichsten für die großen Handels- und Exportgewerbestädte des Rheingebiets und Oberdeutschlands sichtbar wird, bot sich Köln mit seinen ausgedehnten Handelsbeziehungen und seinem entwickelten Exportgewerbe für eine fundierte Untersuchung besonders an, zumal reiches Archivmaterial auch quantitative Analysen ermög-

- 1 Neuere Veröffentlichungen: Shahar, Shulamith, Die Frau im Mittelalter, Königstein/Ts. 1981; Maschke, Erich, Die Familie in der deutschen Stadt des späten Mittelalters, Heidelberg 1980; Ennen, Edith, Die Frau in der mittelalterlichen Stadtgesellschaft Mitteleuropas, in: Hansische Geschichtsblätter, 98. Jg. 1980 (Sonderdruck). - Einen Überblick über die bis dahin erschienene Literatur gibt die Arbeit von Wensky S. 2 - 9. Zur Literaturlage vgl. auch Uitz, Erika, Zu einigen Aspekten der gesellschaftlichen Stellung der Frau in der mittelalterlichen Stadt, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus, Bd. 5, 1981, S. 57 - 60.
- 2 Fossier, Robert, La femme dans les sociétés occidentales, in: La femme dans les civilisations des X<sup>e</sup> - XIII<sup>e</sup> siècles. Actes du colloque tenu à Poitiers les 23 - 25 septembre 1976 = Cahiers de civilisation Médiévale, Bd. 20, 1977, Nr. 2 - 3, S. 3 - 14, 6 f.
- 3 Bücher, Karl, Die Frauenfrage im Mittelalter, 2. Aufl., Tübingen 1910, bes. S. 7 f. - Zur Auseinandersetzung mit dem methodischen Verfahren des Nachweises einer weiblichen Überbevölkerung, Uitz, Erika, Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in Verbindung mit der Entwicklung von Ehe und Familie in der Stadt der Feudalepoche, in: Wiss. Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule "Erich Weinert" Magdeburg, Nr. 6/1969, S. 550 ff.

lichte. Im Hinblick auf die quantitative und qualitative Ausdehnung der weiblichen Berufstätigkeit im Spätmittelalter kommt Margret Wensky für Köln zu Ergebnissen, die selbst für das herausragende Exportgewerbezentrum überraschen. Frauen sind in der ganzen breiten Skala der gewerblichen Produktion beachtlich repräsentiert. Es gibt kaum Zünfte, die Frauen Berufsbeschränkungen auferlegen. Eine Ausnahme findet sich nur bei den Schneidern, Harnischmachern und Tuchscherern und auch dort nur temporär und partiell. Im allgemeinen kann Wensky einen hohen Grad von Selbständigkeit gewerblich tätiger Frauen feststellen. Im Textilgewerbe mit eindeutiger Dominanz der Kölner Frauen kam es bekanntlich sogar ausnahmsweise zur Bildung eigener Frauenzünfte, wie bei den Garnmacherinnen, Goldspinnerinnen, Seidweberinnen und Seidspinnerinnen. Ein entsprechendes Bild ergibt sich auch für den Bereich des Handels. So waren die Kölnerinnen zum Beispiel von 1513/14 bis Dezember 1519 am Weinimport in der höchsten Klasse (von mehr als 300 Fuder pro Jahr) mit 33,3 Prozent beteiligt (S. 271)<sup>4</sup>. 1420/21 hatte sich in dieser Klasse noch keine Frau befunden (S. 265). Im Gewürzhandel beträgt der Frauenanteil in den Jahren 1491 bis 1495 teilweise mehr als 10 Prozent (Mandeln 17,9; Muskat 15,6; Pfeffer 10,9 Prozent) (S. 216). Am Kölner Gewandschnitt konnten für 1419 34,2 Prozent Frauenanteile (davon 30,4 Prozent Stina von Waveren), für 1420 29,2 Prozent (22 Prozent S. v. W.) und für 1421 33,2 Prozent (27,1 Prozent S. v. W.) ermittelt werden. Nach einem Absinken in den folgenden Jahren (jedoch nie unter 20 Prozent) wurden 1428 noch einmal 31,1 Prozent und 1429 32,5 Prozent erreicht (S. 244). Im Leinentuchimport machte der Frauenanteil 1497 57,2 Prozent und 1498 56,6 Prozent aus (S. 254). Bemerkenswert ist aber auch der Anteil am Metallwarenhandel; so führte Tryngin von Lyngge 1452 bis 1459 mit 22 Prozent Marktanteil 5 136 Eisenhandschuhe ein (S. 239). In den Jahren 1497 bis 1500 hatte Cathringin Broelmann zwischen 22 und 25,8 Prozent Marktanteil im Stahlimport (S. 234).

Eine quantitative Auswertung geeigneter Quellen, wie Totengeläutbücher, Heiratsregister, Kinderbücher usw., hinsichtlich des tatsächlichen zahlenmäßigen Verhältnisses der Geschlechter fehlt auch in der Arbeit von Wensky, ja sie übernimmt in ihrer historiographischen Einleitung teilweise die Büchersche Frauenüberschußthese. Die konkreten Untersuchungsergebnisse, die sowohl auf umfangreichen statistischen Auswertungen wirtschaftsgeschichtlicher Quellen als auch auf exemplarischer Auswertung biographischer Notizen beruhen, drängen Wensky jedoch direkt, die Ursachenerklärung Büchers für die quantitative und qualitative Zunahme der weiblichen Berufstätigkeit in der spätmittelalterlichen Stadt anzuzweifeln. Nach gründlicher Analyse der wirtschaftlichen Aktivitäten Kölner Frauen konnte Wensky feststellen, daß keineswegs nur Ledige oder Witwen hierbei eine herausragende Rolle spielten. Das Versorgungsproblem als Grund für die Ausübung einer anspruchsvollen Berufstätigkeit entfällt auch für die Kauffrauen und zahlreichen Zunftmeisterinnen. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die soziale Herkunft der Lehrmädchen des Kölner Seidamts (S. 162): Mindestens 10 Prozent waren Töchter von Seidamtsangehörigen. Neben andere Handwerksberufe ausübenden Vätern erscheinen Büttel, Zollaufseher, Zollschreiber, Ratsschreiber, Ratssekretäre, Unterkäufer und Kaufleute.

Aus der konkreten Untersuchung ergeben sich mehrere Ursachen für die quantitative und qualitative Entwicklung der weiblichen Berufstätigkeit im spätmittelalterlichen Köln. Wensky verweist auf die "besondere Art der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau" in einigen Gewerben (S. 319). In Berufen mit überwiegender Männerarbeit, wie zum Beispiel im metallverarbeitenden Gewerbe, waren oft Frauen für den Absatz der Waren und den Einkauf der Rohstoffe oder Halbzeuge verantwortlich. In Berufen dagegen mit überwiegender Frauen-

4 Die im Text angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf die hier zu besprechende Arbeit.



arbeit, wie etwa in der Textilproduktion besorgten das Kaufmännische häufig Männer. Besonders eng gestalteten sich die Beziehungen zwischen Handel und Herstellung in den Frauenzünften, insbesondere bei den Garnmacherinnen, Goldspinnerinnen und im Seidamt. Während bei den Garnmacherinnen und Goldspinnerinnen überwiegend Männer als Verleger auftraten, wurden im Seidamt auch Frauen als Verleger nachgewiesen. Zweifellos erscheint hier die arbeitsteilige Einbeziehung der Frau in das Kölner Wirtschaftsleben im Spätmittelalter als ein Faktor der Durchsetzung frühkapitalistischer Wirtschaftsformen. Die Tragweite dieser Entwicklung im ökonomischen Bereich für die Veränderung der gesellschaftlichen Stellung der Frau insgesamt und insbesondere in der Familie<sup>5</sup> zu untersuchen, überforderte die Zielstellung der Arbeit. Deshalb sei hier auf diesen Aspekt nur verwiesen. Auch fördert die Arbeit wohl aufgrund der Quellenlage nur wenig Neues über die Stellung der Frauen aus den städtischen Unterschichten zutage.

Die Herausbildung frühkapitalistischer Wirtschaftsformen im spätmittelalterlichen Köln<sup>6</sup> ist unseres Erachtens die entscheidende Voraussetzung für das Neue in der Stellung der Frau in der städtischen Wirtschaft. Wensky dagegen scheint die günstige Rechtsstellung der Kölnerinnen als diejenige Prämisse anzusehen. Sie betrachtet allgemein die Ausübung voller bürgerlicher Rechte und Pflichten, die Zulassung der Frauen zur Eidesleistung, das Fraueneugnis, das Testierrecht und die Frauenvormundschaft als Eigenart des Kölner Rechtslebens (S. 319). Darin zeigt sich eine wesentliche Schwäche der Arbeit, die weitgehend auf die vergleichende Einordnung der Ergebnisse verzichtet. Ein solcher gründlicher Vergleich hätte sich zum Beispiel unbedingt aufgrund der hohen Spezialisierung im metallverarbeitenden Gewerbe und in seinen Handelsbeziehungen mit Nürnberg angeboten. Die herangezogene Sekundärliteratur reicht dafür vor allem wegen der zu schmalen Quellenbasis nicht aus.<sup>7</sup>

Auf jeden Fall lassen sich die genannten bürgerlichen Rechte und Pflichten der Frauen, soweit das die städtische Oberschicht und zum Teil wohl auch das mittlere Bürgertum betrifft, auch für eine Reihe anderer bedeutender spätmittelalterlicher Wirtschaftszentren, so für Nürnberg, Straßburg, Regensburg, Göttingen, Zwickau und Freiberg in Sachsen nachweisen.<sup>8</sup>

Die aus der vermeintlich besonderen Rechtsstellung abgeleitete Hervorhebung der Einmaligkeit der Kölner Verhältnisse resultiert nicht zuletzt daraus, daß Wensky die dialektische Beziehung zwischen der Entwicklung von gewerblicher Produktion, Handel und Bankwesen, dem erreichten Grad der städtischen Autonomie, der frühzeitigen Einbeziehung der Frauen in das Wirtschaftsleben und der Rechtsstellung der Kölnerinnen nicht gebührend berücksichtigt.

5 Hierzu Uitz, Erika, Zu einigen Aspekten ..., a. a. O., bes. S. 82 - 88; dieselbe, Zur Darstellung der Stadtbürgerin, ihrer Rolle in Ehe, Familie und Öffentlichkeit, in der Chronistik und in den Rechtsquellen der spätmittelalterlichen deutschen Stadt, in: Jahrbuch für Geschichte des Feudalismus (im Druck); dieselbe, Zu den auf eine Verbesserung ihrer gesellschaftlichen Stellung hinzielenden Aktivitäten der Frauen in den deutschen Städten des Spätmittelalters, in: Magdeburger Beiträge zur Stadtgeschichte (im Druck).

6 Vgl. Irsigler, Franz, Die wirtschaftliche Stellung der Stadt Köln im 14. und 15. Jahrhundert. Strukturanalyse einer spätmittelalterlichen Exportgewerbe- und Fernhandelsstadt, Wiesbaden 1979, bes. S. 34 f.

7 Das trifft besonders auf die Arbeit von Schmidt, Gertrud, Die berufstätige Frau in der Reichsstadt Nürnberg bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, phil. Diss. Erlangen 1950 (hektograph.), zu, auf die sich der Vergleichsansatz von Wensky stützt. Die inzwischen veröffentlichten Bürgerbücher und Toten-geläutbücher gestatten detailliertere Aussagen.

8 Uitz, Erika, Zur Darstellung ..., a. a. O.



Das weibliche Bürgerrecht ist eine Errungenschaft des in der Kommunebewegung erstarkten mittelalterlichen Stadtbürgertums, das den Frauen der Ober- und Mittelschichten erweiterte Handlungsfreiheit (selbständige Vermögensverwaltung und -nutzung, Eidleistung, Vormundschaft, Bürgschaft, Testierrecht, Vertragsabschluß) bietet. Das Stadtbürgertum schuf sich damit größeren Freiraum für seine verschiedenen ökonomischen Aktivitäten. Zweifellos wurde dadurch die Stellung der Frau in der städtischen Wirtschaft gestärkt, erhielt sie die Möglichkeit, in der gewerblichen Produktion, im Handel und im Bankwesen auch selbständig tätig zu sein und als Witwe eine von der Familie errungene wirtschaftliche Position innezuhalten. Das sind jedoch Erscheinungen, die, wenn auch in geringerem Umfang als in Köln, für eine Reihe bedeutender Wirtschaftszentren im Spätmittelalter zu beobachten sind.<sup>9</sup>

Die insgesamt sehr solide und durch die Beigabe der zahlreichen Tabellen übersichtliche Arbeit Wenskys wirft gerade diesbezügliche Fragen auf, die für weitere Forschungen über die Stellung der Frau in der spätmittelalterlichen Stadtwirtschaft fruchtbar werden können, wenn die das Kölner Beispiel von vornherein ungebührlich vereinzelt Grundposition überwunden wird.

<sup>9</sup> Dieselbe, Zu einigen Aspekten ..., a. a. O., S. 82 ff.

Eine neue Untersuchung zur Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen  
im Merowingerreich

Waltraut Bleiber, Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen  
zwischen Somme und Loire während des 7. Jahrhunderts = For-  
schungen zur mittelalterlichen Geschichte, Bd. 27

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 232 Seiten, 2 Karten-  
beilagen, Preis: 48,- M

von Peter Donat

Die hier zu besprechende Veröffentlichung Waltraut Bleibers entstand aus ihrer Dissertation B und gehört zweifellos zu den wichtigsten neueren mediävistischen und wirtschaftsgeschichtlichen Forschungen in der DDR. Die Autorin legte ihrer Untersuchung eine umfassende Analyse der einschlägigen numismatischen und schriftlichen Quellen zugrunde. Daß sie diese in Form eines kommentierten Quellenverzeichnisses, von Listen der Münzprägestätten und eines Verzeichnisses der Münzschatzfunde dem Band beigegeben hat, verdient, besonders hervorgehoben zu werden. Trotz eines umfangreichen Apparates und der über weite Strecken bis ins Detail reichenden Analyse der Quellen gelang es der Autorin, zu klaren und vor allem überzeugenden Schlußfolgerungen zu kommen. Dies zeugt nicht nur von ihrer Gründlichkeit, sondern vor allem auch von ihrer Fähigkeit, die disziplin-spezifischen Untersuchungsmethoden mit denen des historischen Materialismus zu verbinden. Dadurch konnten die Ergebnisse der bürgerlichen Forschung korrigiert und der marxistischen Feudalismusforschung weiterführende Erkenntnisse gesichert werden. Damit bietet die Veröffentlichung mehr als einen Beitrag zur Klärung der Funktion früher städtischer Siedlungen und zielt direkt auf das grundsätzliche Problem, welchen Platz Tausch, Ware-Geld-Beziehungen und Geldzirkulation in den Anfängen der feudalen Produktionsweise erlangten.

Es erscheint geboten, im folgenden wichtige Gedankengänge und Ergebnisse der Arbeit Bleibers zu referieren und auf diesem Wege zu zeigen, wie das angestrebte Ziel verwirklicht wurde.

Untersuchungen zum Verhältnis von Natural- und Geldwirtschaft bedürfen einer räumlichen und zeitlichen Begrenzung. Ausführlich begründete die Autorin die Wahl des Arbeitsgebietes, dessen Grenzen mit denen Neustriens weitgehend identisch sind. Neustrien war nicht nur eine Kernlandschaft des Merowingerreiches, sondern zugleich jener Reichsteil, in dem sich ursprünglich die Villikation herausbildete, deren naturalwirtschaftlicher Charakter von der Forschung weithin betont wurde. Für diesen Raum sprachen darüber hinaus seine relativ gute und gleichmäßige urkundliche Überlieferung sowie die große Zahl von Münzprägestätten, eine Reihe von Münzschatzen sowie überhaupt der gute Stand numismatischer Forschungen. Da sich so der quantitative wie vor allem der qualitative Umfang der Münzprägung bestimmen ließ, standen direkte Zeugnisse für den Geldumlauf zur Verfügung. Die zeitliche Einengung auf das 7. Jahrhundert trug der Einsicht Rechnung, daß anderes die Möglichkeiten eines einzelnen Autors überfordert hätte. Zudem wollte Bleiber bewußt jenen Zeitraum bearbeiten, der seit den Arbeitern Henri Pirennes im Mittelpunkt der Diskussionen um die Frage nach Kontinuität und Diskontinuität beim Übergang von

der Spätantike zum Mittelalter gestanden hat, von Auseinandersetzungen also, die unter wirtschaftsgeschichtlichem Aspekt eben die Beziehungen zwischen Geld- und Naturalwirtschaft betreffen.

Im ersten Kapitel untersuchte die Autorin Art und Umlauf des Münzgeldes. Der Übergang von der Gold- zur Silberwährung, der bekanntlich im Laufe des 7. Jahrhunderts vollzogen wurde, prägt sich im vorhandenen Münzbestand scharf aus. Bleiber setzte sich deshalb das Ziel, die Menge und tatsächliche Funktion des Münzgeldes möglichst exakt zu erfassen.

Ungeachtet ihrer hohen Gesamtzahl und einer gewissen Streuung ließen die Prägeorte der Goldmünzen aus der ersten Hälfte des 7. Jahrhunderts zwei Schwerpunktgebiete erkennen: zum einen das Flußgebiet der Loire im Umkreis von Le Mans und von Tours, zum anderen den Raum zwischen oberer Seine und Oise. Damit bestätigen die Münzfunde das allgemeine Bild der Siedlungsentwicklung Neustriens im 7. Jahrhundert. Ihre Verteilung deckt sich mit der Verbreitung der wichtigsten Altsiedellandschaften. Folgerichtig konnte vorausgesetzt werden, daß sich die Prägertätigkeit im Fundbild repräsentativ widerspiegelt.

Von der Mehrzahl der 189 Prägeorte liegen lediglich ephemere Prägungen und zudem meist in geringer Stückzahl vor. Goldmünzen wurden kontinuierlich nur in 23 Siedlungen geschlagen. 17 davon waren Bischofsstädte. Die kontinuierliche und umfangreiche Münzprägung war allein an die Bischofsstädte gebunden, wie die Autorin durch weitergehende Untersuchungen erhärten konnte.

Orte mit kurzzeitiger bzw. mit kontinuierlicher Münzprägung zeigen eine annähernd gleiche Verteilung und traten häufig in unmittelbarer Nachbarschaft auf. Aus dieser Feststellung ließ sich erschließen, daß selbst im Umkreis von Bischofsstädten mit kontinuierlicher Münzprägung der Münzbedarf nicht auf dem Wege des Geldumlaufes befriedigt werden konnte, vielmehr zur Eigenprägung geschritten wurde. Bleiber konnte also gerade aus der großen Zahl von Prägeorten eine gering entwickelte Geldzirkulation ableiten. Daraus folgte, daß die Goldmünzen nicht oder nur geringfügig für die Bedürfnisse eines inneren Marktes geprägt wurden.

Zum gleichen Ergebnis führte die Analyse von Schatzfunden. Während zwei Schatzfunde aus dem westfranzösisch-aquitанischen Raum einen hohen Anteil Fundmünzen aus Prägeorten des Untersuchungsgebietes enthalten, bleiben diese in zehn weiteren Funden aus dem östlichen und nördlichen Nachbargebiet sowie aus England auf wenige Einzelbeispiele beschränkt. Abgesehen von Aussagen über die wahrscheinlichen Handelswege, die im 7. Jahrhundert offenbar aus dem Mittelmeergebiet nach Norden über das Rhône-Saône-Gebiet, also östlich von Neustrien, verliefen, belegt dieser Befund, daß die eigenständigen Münzprägungen auch nicht in den Fernhandel eingegangen sind. Anders ausgedrückt, gab es keinen weitreichenden Umlauf der merowingischen Trienten im gesamten Gebiet des Merowingerreiches, vielmehr war ihr eigentliches Zirkulationsgebiet auf einen Teil dieses Verbandes beschränkt. Für Neustrien lassen die Münzfunde am ehesten - wenngleich positiv nur auf zwei Münzfunde gestützt - Beziehungen zu Aquitanien erkennen.

Ausgehend von den Feststellungen über den geringen Anteil der Goldwährung an Tauschhandlungen, analysierte Bleiber danach die Ursachen, die den Übergang zur Silberwährung hervorriefen. Dominierte bisher die Vorstellung, daß Mangel an münzbarem Gold bzw. die allgemeinen Folgen des ökonomischen Niederganges im Zuge der Feudalisierung die Ausbreitung von Silbergeld begünstigt hätten, kehrte die Autorin in Fortsetzung von Arbeiten Doehards und Lafauries die Fragestellung um. Wenn, wie oben festgestellt, die Goldmünzen zu große Werteinheiten darstellten, um in der lokalen Warenzirkulation Verwendung finden zu können, dann mußten Denare eine solche Funktion sehr viel besser ausüben können. Es stellte sich also die Frage, ob sie nicht geradezu die Belebung warenwirtschaftlicher Beziehungen bezeugen. Gestützt auf eine allerdings wiederum kleine Gruppe von acht Schatzfunden, ließ sich ermitteln, daß diese ausnahmslos innerhalb der Grenzen des Merowingerreiches mit Aus-

nahme eines Komplexes auf der Insel Waicheren sogar innerhalb Neustriens und Aquitaniens gelegen sind. Identisch ist die Verbreitung der Prägeorte. Während die erste Feststellung darauf hinweist, daß Denare nicht in größerem Umfang über die Grenzen des Frankenreiches abflossen, belegt die zweite eine weitgehende Konstanz der Präge- und Umlaufgebiete innerhalb des Reiches beim Übergang von der Gold- zur Silberwährung. Bleiber konnte auf diesem Wege wohl glaubhaft machen, daß die innere Funktion der Silberwährung eher gewachsen als gesunken ist. Die oben gestellte Frage erforderte allerdings eine genauere Analyse der Prägeorte. Im Untersuchungsgebiet konnten für das 7. Jahrhundert 34 Orte mit Denarprägung identifiziert werden. Selbst ein Versuch, die mögliche Gesamtzahl der Prägeorte zu schätzen - zahlreiche Denare sind wegen ihrer unzureichenden Ausführung nicht lokalisierbar -, ergab, daß sich diese in der zweiten Hälfte des 7. Jahrhunderts stark verringerte. Allein 16 der genannten Orte sind jedoch civitates, also Orte, in denen kontinuierlich von der Gold- zur Silberwährung übergegangen wurde, weitere drei gehörten zu den bedeutendsten Klöstern ihrer Zeit.

Die Analyse von Umfang und Richtung der Münzprägung belegte für Neustrien im 7. Jahrhundert Elemente einer Warenwirtschaft, ohne diese näher bestimmen zu können. Im zweiten Kapitel stützte sich die Autorin zur Lösung dieser Problematik vorzugsweise auf die schriftlichen Quellen. Zunächst konnte sie zeigen, daß, wenngleich formelhaft, in zahlreichen kirchlichen Urkunden und Viten der Landerwerb mittels Geld belegt ist. Aber nur in Einzelfällen ist die Verwendung von Münzgeld ausdrücklich bezeugt. Dennoch handelt es sich dabei nicht um zufällige Überlieferungen, wie drei Formelsammlungen erkennen lassen, deren Textvorschläge sichtlich denen in den vorgefundenen Urkunden entsprechen, also eine tatsächlich geübte Praxis wiedergeben. In diesen Formeln wurden für den Landkauf neben Sachwerten und ungemünztem Silber ausdrücklich soledos tantos, also eine bestimmte Menge Münzen, genannt. Der Landkauf gegen Münzgeld war demnach in Neustrien im 7. Jahrhundert eine durchaus geläufige Erscheinung. Auf ähnlichem Wege, das heißt durch die logische Kombination mehrerer und unterschiedlicher Quellenzeugnisse, untersuchte Bleiber die Bedeutung des Verkaufs von Hörigen bzw. Kriegsgefangenen. Sie konnte belegen, daß der Verkauf von Arbeitskräften, auch losgelöst von Grund und Boden, durchaus geläufig war, daß es aber zugleich Bemühungen gab, den Verkauf über die Reichsgrenzen hinaus zu unterbinden. Der Kauf und Verkauf diente also in diesem Falle vor allem dazu, eine ausreichende Ausstattung des Grundbesitzes mit Arbeitskräften zu gewährleisten.

Verkaufshandlungen bezogen sich ferner auf Produkte der Landwirtschaft und des Handwerks. Erzeugnisse des Steinmetz- und des Goldschmiedehandwerks belegten jedoch zugleich, daß im Mittelpunkt solche Waren standen, deren Herstellung an bestimmte geographische Bedingungen gebunden war oder die nicht zum täglichen Bedarf zählten. Wein und andere Agrarprodukte wurden aus den Überschüssen großer Grundherrschaften verkauft. Solche Erzeugnisse wurden aber offenbar auch außerhalb der Ware-Geld-Beziehungen, also im Rahmen der Naturalwirtschaft, vermittelt und getauscht. Bleiber konnte dazu eine überzeugende neue Interpretation von fünf königlichen Urkunden vorlegen, die von der Forschung häufig als Beleg eines weitreichenden Handels mit dem Mittelmeergebiet angesehen wurden. In Wirklichkeit beinhalten diese Urkunden den Klöstern Saint-Denis und Corbie gewährte Privilegien, die den Bezug vor allem von Öl aus der Provence sicherten. Der Transport der Güter war zollfrei und wurde durch Abgesandte der Klöster selbst durchgeführt. Es liegt auf der Hand, daß dies nicht durch Kauf erworbene Waren gewesen sein können. Aus Münzprägung und -umlauf sowie den schriftlichen Quellen ergeben sich also gleichgerichtete Ergebnisse. Die Ware-Geld-Beziehungen unter den Merowingern bestanden vor allem innerhalb Neustriens; sie lassen dabei eine relativ enge Verknüpfung zwischen Neustrien und Aquitanien erkennen.

Die Ware-Geld-Beziehungen werden auch daraufhin untersucht, in welchen sozialen Gruppen ihre Träger zu suchen sind. Man wird zu den interessanten



Nebenergebnissen zahlen dürfen, daß die als negociatores bezeichneten Personen offenbar grundherrlich-feudalen Status besaßen und vorrangig als Verkäufer von Grund und Boden in den Quellen erscheinen. Im übrigen bestätigte die Autorin die geringe Bedeutung der Kaufleute im 7. Jahrhundert ebenso wie die Tatsache, daß handwerkliche Arbeit vorzugsweise in direktem Auftrag und innerhalb eines grundherrlichen Verbandes durchgeführt wurde. Schließlich konnte sie darauf verweisen, daß bäuerliche Produzenten in den Quellen dieses Jahrhunderts niemals in Verbindung mit Kaufhandlungen oder Geldleistungen erscheinen.

Im dritten Kapitel untersuchte Bleiber das Verhältnis von Naturalwirtschaft und Ware-Geld-Beziehungen im 8. und 9. Jahrhundert, mit dem Ziel, die in den ersten beiden Teilen erreichten Ergebnisse vergleichend zu bewerten. Karolingische Zollprivilegien für das Kloster Saint-Denis und ein gleichartiges Diplom Theudericus III. lassen sichtbar werden, daß in den jüngeren Urkunden vici und vor allem Märkte hinzugesetzt wurden. Darüber hinaus räumen karolingische Zollprivilegien dem Kloster das Recht ein, auf seinem Gebiet Marktzölle selbst zu erheben. Dieser am Einzelbeispiel festgestellte Unterschied erhielt seine Bestätigung durch weitere karolingische Urkunden, in denen der Markt ausdrücklich genannt wird. Dabei wurde deutlich, daß Verkaufshandlungen nicht allein am Sitz von Klöstern, sondern in weiteren, zugehörigen Siedlungen durchgeführt werden. Civitates, castra und portus galten als Marktorte, darüber hinaus sind jedoch auch villae in diese Funktion einbezogen worden, wie sich am Beispiel der zum Kloster Saint-Denis gehörenden Dörfer Faverolles und Néron belegen läßt. Neben den traditionellen Marktorten entstanden also in karolingischer Zeit neue Märkte unmittelbar innerhalb der grundherrschaftlichen Siedlungsverbände. Bleiber konnte jedoch nachweisen, daß das Auftreten neuer Marktsiedlungen verbunden war mit der Stärkung der Funktion traditioneller Marktsiedlungen, insbesondere der civitates. Darin vor allem scheint sich die beträchtliche Ausweitung des Marktverkehrs im 8. und 9. Jahrhundert zu dokumentieren.

Die Güterverzeichnisse von Saint-Germain-des-Prés und Montier-en-Der aus dem 9. Jahrhundert sowie weitere zeitgenössische Quellen belegen, daß bereits im frühen 9. Jahrhundert die feudale Geldrente weitgehend durchgesetzt war. Dies setzt die Teilnahme der bäuerlichen Produzenten am Warenverkehr voraus. Interessanterweise enthalten die Bestimmungen des letztgenannten Verzeichnisses Alternativforderungen, lassen also die Abgeltung der Leistungen auch in Naturalform zu. Mit regionalen Unterschieden im Grad der Durchsetzung von Ware-Geld-Beziehungen ist demnach auch innerhalb Neustriens zu rechnen. Da um 800 bereits ein erheblicher Teil der Bauern direkt in den Besitz von Münzgeld gelangte, muß sich die Herausbildung von intensivierten Ware-Geld-Beziehungen im 7. Jahrhundert vollzogen haben.

Damit führt auch die Untersuchung karolingischer Quellen zu dem Ergebnis, daß sich im 7. Jahrhundert im Untersuchungsgebiet wichtige Wandlungen in den Wirtschaftsbeziehungen vollzogen haben. Es läßt sich eine ältere Entwicklungsphase erkennen, deren Beginn weit über das 7. Jahrhundert und die im dritten Viertel dieses Jahrhunderts endet. Das in Form von Goldstücken vorhandene Münzgeld diente vor allem zum Kauf von Land, von Arbeitskräften sowie von Waren des gehobenen Bedarfs, spielte jedoch nur eine geringe Rolle bei der Distribution von Agrarprodukten. Ungeachtet des beschränkten Charakters von Ware-Geld-Beziehungen erhält Neustrien allein durch die Tatsache ihres Vorhandenseins eine hervorragende Stellung gegenüber nahezu allen anderen Gebieten Mittel- und Westeuropas. Im Unterschied zu Neustrien stammen dort die Münzen weitgehend aus Importen. Da sie häufig zu Schmuck verarbeitet wurden, kann ihr Auftreten sogar als indirekter Beleg für das Fehlen ausgebildeter Ware-Geld-Beziehungen gewertet werden. Die selbst in Neustrien begrenzten Funktionen des Münzgeldes führten zu geringem Umlauf und starker Zersplitterung der Prägstätten.

Aus diesem Ergebnis leitete Bleiber die Schlußfolgerungen ab, daß in dieser



Zeit die Ware-Geld-Beziehungen in Neustrien vor allem dazu dienten, die feudale Eigentumsstruktur zu schaffen. Adel und Kirche nutzten im 7. Jahrhundert das Münzgold für den Landerwerb und schufen auf diese Weise jene großen Grundherrschaften, die in den jüngeren Güterverzeichnissen sichtbar werden. Dagegen bieten die Quellen keine Belege dafür, daß das Untersuchungsgebiet in einen Fernhandel größeren Umfangs einbezogen war, während sich solche Beziehungen zu Aquitanien ausgeprägt hatten, hier allerdings ebenfalls von den Bedürfnissen der Oberschicht bestimmt wurden. Daß jedoch nicht Fernhandel, sondern die obengenannten, im Inneren Neustriens wirkenden Faktoren die Ware-Geld-Beziehungen bestimmten, ergab sich aus der hervorragenden Stellung der civitates, die in numismatischen wie schriftlichen Quellen gleichermaßen sichtbar wird. Sie können als die eigentlichen Marktsiedlungen des 7. Jahrhunderts angesehen werden.

Die jüngere Entwicklungsphase wird durch den Übergang zur Silberwährung gekennzeichnet. Auf der Grundlage des neuentstandenen großen Grundbesitzes vollzog sich in kurzer Zeit ein breiter Landesausbau, der seinerzeit eine erhebliche Ausweitung des agrarischen Mehrproduktes zur Folge hatte. Deshalb vor allem konnten landwirtschaftliche Erzeugnisse in wachsendem Umfang für den Markt zur Verfügung stehen. Aus dieser veränderten Sachlage erwuchs die führende Stellung der Grundherrschaften in der Warenzirkulation, wie sie die Quellen zu erkennen geben.

Darin scheint das wichtigste Ergebnis der Arbeit Bleibers zu liegen, daß für Neustrien herausgearbeitet werden konnte, wie sich die Ware-Geld-Beziehungen in untrennbarem Zusammenhang mit der Ausgestaltung des feudalen Produktionsverhältnisses entwickelten, zur Stärkung des Großgrundbesitzes führten und zugleich von diesem ermöglicht und ausgeweitet wurden. Hier liegen Ansatzpunkte für vergleichende Forschungen. Gerade für die ostrheinischen Gebiete des fränkischen Reiches sind aus dieser Arbeit Anregungen für weitere Untersuchungen zu gewinnen. Bleiber wies darauf hin, daß dort im 7. Jahrhundert eine eigene Münzprägung fehlte und Ware-Geld-Beziehungen kaum existierten. Die hier gegangenen methodischen Wege sollten jedoch für das ostrheinische Gebiet im 8. und 9. Jahrhundert ebenfalls nutzbar sein. Insbesondere stellt sich die Frage, ob oder inwieweit die Geldwirtschaft zur Ausformung des großen Grundbesitzes beigetragen hat. Zweifellos sind damit nur einige Seiten erfaßt, doch lassen die genannten Fragen erkennen, daß die vorliegende Arbeit zu weiteren Diskussionen und Untersuchungen herausfordert. Dabei soll nicht übersehen werden, daß angesichts der bekannten schmalen Basis der schriftlichen Quellen auch mit Einwänden gegen manche der Schlußfolgerungen zu rechnen ist. Das gilt um so mehr, als die Arbeit in bewußter Einseitigkeit die Entwicklung von Ware-Geld-Beziehungen analysierte, dagegen zum Charakter und Umfang der Naturalwirtschaft nur indirekt neue Aussagen machte. Hier mögen Ansatzpunkte für die weiterführende Diskussion der Mediävisten liegen. Doch können diese die Ergebnisse der Arbeit nicht berühren, die darin liegen, daß die inneren Faktoren erkannt wurden, die in Neustrien während des 7. Jahrhunderts zu einer beträchtlichen Ausweitung der Ware-Geld-Beziehungen führten.

Begriffsgeschichte im Dienste der Erforschung sozialer  
Verhältnisse

Soziale Typenbegriffe im alten Griechenland und ihr Fort-  
leben in den Sprachen der Welt, hg. v. Elisabeth Charlotte  
Welskopf

Bd. 3: Untersuchungen ausgewählter altgriechischer sozialer  
Typenbegriffe

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 419 Seiten

Bd. 4: Untersuchungen ausgewählter altgriechischer Typen-  
begriffe und ihr Fortleben in Antike und Mittelalter

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 405 Seiten,  
Preis für Bd. 3 und 4 zusammen: 150,- M

Bd. 5: Das Fortleben altgriechischer sozialer Typenbegriffe  
in der deutschen Sprache

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 335 Seiten,  
Preis: 50,- M

von Gert Audring

Elisabeth Charlotte Welskopf hatte die Arbeiten an den "Hellenischen Poleis"<sup>1</sup>, dem von ihr inspirierten und organisierten vierbändigen Kollektivwerk über die Krise der griechischen Stadtstaaten, noch nicht abgeschlossen, da deutete sie in ihrem programmatischen Schlußkapitel über soziale Gruppen- und Typenbegriffe bereits die nächste Aufgabe an: eine Sammlung und Untersuchung markanter altgriechischer Begriffe aus dem Bereich von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Zur Realisierung dieses Vorhabens gelang es ihr erneut, einen großen Kreis von Fachkollegen aus der DDR und anderen Ländern zusammenzuführen und dem wichtigen Thema zu verpflichten. Das Projekt wird man - ebenso wie früher die "Hellenischen Poleis" - in den Planunterlagen der für dieses Sachgebiet zuständigen Forschungseinrichtungen vergeblich suchen: Welskopf besaß unter den Altertumswissenschaftlern des In- und Auslandes eine starke Anhängerschaft, die bereit war, neben dem dienstlichen Pensum Zusätzliches zu leisten für das große Vorhaben.

Die Herausgeberin hinterließ bei ihrem Tode im Juni 1979 ein komplettes Manuskript. Es umfaßt ein Belegstellenverzeichnis altgriechischer sozialer Typenbegriffe von Homer bis Aristoteles (Band 1 und 2 des Gesamtwerkes), Untersuchungen ausgewählter altgriechischer sozialer Typenbegriffe (Band 3 und 4) sowie eine Darstellung des Fortlebens altgriechischer sozialer Typenbegriffe in der deutschen Sprache und in den Sprachen der Welt (Band 5 bis 7). Der Akademie-Verlag publiziert zunächst die Textbeiträge; das Belegstellenverzeichnis folgt nach. Bisher liegen die Bände 3 bis 5 vor, also nur ein Aus-

<sup>1</sup> Hellenische Poleis. Krise - Wandlung - Wirkung, hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf, Berlin 1974.

schnitt des Ganzen. Die folgenden Bemerkungen konzentrieren sich auf die Abschnitte zur griechischen Antike. Zu einer abschließenden Beurteilung des wissenschaftlichen Ertrages für die Alte Geschichte wird man erst nach Erscheinen des Belegstellenverzeichnisses gelangen können.

Welskopf hatte die Aufgabe gestellt, Begriffe, die die alten Griechen zur Bezeichnung von wichtigen Erscheinungen ihres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gebildet hatten, möglichst von ihrer Entstehung an durch mehrere Jahrhunderte oder wenigstens durch eine bestimmte Etappe griechischer Geschichte zu verfolgen. Dazu zählen, um nur einige aus der Fülle zu nennen, Bezeichnungen für Aristokraten, Handwerker, Lohnarbeiter und Sklaven, griechische Termini für Stadt, Stadtstaat, Bürger, der Freiheitsbegriff und Worte zur Bezeichnung von abhängigen Bevölkerungsgruppen. Alle wesentlichen Hinweise auf die Spannweite und neue oder sich wandelnde Inhalte der untersuchten Begriffe sollten erfaßt und interpretiert werden, um aus verändertem Sprachgebrauch Einblick in veränderte gesellschaftliche Verhältnisse zu gewinnen. Diesem Anliegen wird das Werk in seinen bisher vorliegenden Teilen voll auf gerecht.

Es kann nicht Aufgabe des Rezensenten sein, auf alle 25 Beiträge zur antiken Begriffsgeschichte im einzelnen einzugehen, die von 23 Forschern für die Bände 3 und 4 geschrieben wurden, zumal die Autoren die konzeptionellen Vorgaben der Herausgeberin zum Teil ganz unterschiedlich auffaßten und umsetzten. Manches vom Ertrag der bisher publizierten Texte für die althistorische Forschung läßt sich aber zusammenfassen.

Zunächst sind da beherzigenswerte Hinweise zur Methode zu nennen. Welskopf fordert in ihrer Studie zu einigen griechischen Begriffen für Volk und Volksmenge in den homerischen Epen, bei der Untersuchung sozialtypischer Begriffe den Begriffsinhalt "nicht nur formal zu umreißen, sondern ... nach der konkreten Anschauung oder Konzeption zu fragen", die sich für die Griechen "beim Nennen eines bestimmten Wortes aus ihrer gesamten Vorstellungswelt heraus auf-taten" (Bd. 3, S. 172)<sup>2</sup>.

Dieser Forderung entspricht Justus Cobet (stellvertretend genannt für zahlreiche andere Autoren), wenn er zur Untersuchung von Begriffen wie König, Anführer, Herr usw. die "Kontexte und Situationen" feinfühlig und exakt erörtert, in die diese Begriffe gestellt sind (Bd. 3, S. 11).

Mit diesen Zitaten soll nicht gesagt sein, daß in den "Typenbegriffen" eine völlig neue Methode ihre Premiere erlebe. Ein solches Vorgehen wird längst für alle wort- und bedeutungsgeschichtlichen Untersuchungen, welcher Sprache auch immer, gefordert. Es gewinnt aber für unsere althistorische und alphilologische Arbeit vor allem deshalb Bedeutung, weil der eigenständige Beitrag von DDR-Alturtumswissenschaftlern in erster Linie auf theoretischem Gebiet zu leisten ist. Die meisten Beiträge des Welskopfschen Werkes beweisen nun erneut, daß unter fruchtbarer Fragestellung und mit moderner Methode den anscheinend allzuoft durchgearbeiteten literarischen Texten durchaus Neues abzugewinnen ist. Dabei geht es keineswegs immer nur um Nuancen oder verfeinerte Differenzierungen, sondern oft genug um Grundlagenwissen. Verwiesen sei nur auf János Harmattas und Welskopfs Untersuchungen zum griechischen Begriff *laos*, die überraschende Einblicke in nichtpoliade Gesellschaftsformen und das Problem ihrer inneren Differenzierung gewähren.

Dies führt auf ein zweites Plus. Zahlreiche Beiträge erweisen klar, daß sprachgeschichtliche Untersuchungen, wie sie das vorliegende Werk anstrebt, nicht ohne Kenntnis der historischen Realität fruchtbar werden können, andererseits

<sup>2</sup> Diese und die folgenden Band- und Seitenzahlen beziehen sich auf das hier besprochene Werk.

die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Auswertung des Materials der sorgfältigen philologischen Interpretation bedarf. Die Synthese von Begriffs- und Sozialgeschichte ist Siegfried Lauffer in einem Beitrag zum griechischen Wort für Bürger beispielhaft gelungen (Bd. 3, S. 376 ff.). Auch der materialreiche Aufsatz von Detlef Rößler über die Handwerker ist hier als vorbildlich zu nennen. Der Autor zeigt überzeugend, daß mit zunehmender Spezialisierung und Intensivierung des Handwerks neben den alten Begriff *demiurgos*, der die Person des Handwerkers "mit dem gesellschaftlichen Adressaten seiner Arbeit" (dem *demos*) verknüpfte, "Termini treten, die spezifische Seiten der handwerklichen Tätigkeit klarer erfassen und dabei von individuellen Merkmalen ... ausgehen": *cheironax*, *technites* usw. (Bd. 3, S. 197).

Drittens verdient Hervorhebung, daß allein schon die aufmerksame Durchsicht weniger Beiträge genügt, nachdrücklich darauf hingewiesen zu werden, daß beinahe jeder irgendwie bedeutsame Begriff aus dem gesellschaftlichen Leben der Griechen in den Auseinandersetzungen der Zeit umkämpft, von unterschiedlichen Positionen aus gebraucht und zu unterschiedlichen Zwecken umgedeutet wurde. Dabei berücksichtigen die Autoren fast durchweg, daß die einschlägigen Termini in unseren Quellen nicht immer auf einer und derselben Ebene erscheinen. Mancher Begriff erreicht nur das Niveau ethisch-moralischen Rasonnements und verdient es daher auch nicht, als sprachlicher Überrest einstiger politischer und wirtschaftlicher Kämpfe gewertet zu werden. Die vorliegenden Untersuchungen mahnen nebenbei zu Vorsicht und Sorgfalt im Umgang mit Begriffen, die nicht selten im Fachjargon der Altertumswissenschaft auf eine einzige Bedeutungsnuance, zum Schlagwort, reduziert worden sind.

Daß es in manchen Beiträgen gelang, die philologische Begriffsinterpretation auf den Boden gesicherter Kenntnisse über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der griechischen Antike zu stellen, war oben anerkannt worden. Dennoch steht hier nicht alles zum besten. Gelegentlich wird auf politische Tatsachen, die zu neuen Ausdeutungen eines Begriffs führten, allzu knapp nur noch als "Interpretationshintergrund" angespielt (Bd. 3, S. 55), oder aber ein Autor bescheinigt dem gerade zu prüfenden Terminus, er sei "deutlich soziologisch gefärbt" (Bd. 3, S. 75) - das hilft wenig. Bedauerlich auch, daß eine so dringend benötigte Untersuchung wie die zu den Bezeichnungen für Sklaven auf offensichtlich unzureichender Literaturkenntnis beruht: Das 1960 angekündigte Forschungsunternehmen der sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu Sklavereifragen wird genannt, als hätte es danach nicht die Bücher von T. V. Blavatskaja, E. S. Golubcova, A. I. Pavlovskaja, E. M. Štaerman und M. K. Trofimova - um nur einige Autoren zu nennen - gegeben (Bd. 3, S. 315 Anm. 1). Einschlägige lexikalische Arbeiten und Hinweise zur Terminologie der Sklaverei von Ja. A. Lencman, Gisela Micknat und Walter Beringer sind nicht zitiert. Schwerer wiegt, daß einige Autoren zwar eine Fülle von Belegen präsentieren, dabei aber, um wenigstens die wichtigsten Entwicklungslinien zu Ende zu führen, nicht die Zeit finden, den sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund hinreichend auszuleuchten. So erwähnt - um nur ein Beispiel zu nennen - Brigitte Johanna Schulz in ihrer insgesamt beachtlichen monographischen Arbeit über Bezeichnungen und Selbstbezeichnungen der Aristokraten und Oligarchen (der Text beruht auf einer Berliner Dissertation vom Jahre 1977), daß "die homerischen Helden ... es nicht für unter ihrer Würde (hielten), selbst mitzuarbeiten" (Bd. 3, S. 79 f.), und zitiert dazu - das ist schon obligat - Hermann Strasburgers bekannten Aufsatz zum soziologischen Aspekt der homerischen Epen. Prüft man jedoch das einschlägige epische Material (II. XVIII 541 ff.; Od. XVIII 366 ff.), so zeigt sich, daß die Aussage über die Bereitschaft der Helden, körperliche Arbeit zu leisten, noch beträchtlich vertieft und präzisiert werden kann. Eine Analyse der "Schildbeschreibung" der Ilias und der Szene zwischen Odysseus und Eurymachos ergibt, daß im Grunde genommen nur die landwirtschaftlichen Hauptarbeiten eines Helden würdig sind: Pflügen und Mähen. Diese Tätigkeiten stehen mit dem Ehrenkodex der Vornehmen wahrscheinlich vor allem deshalb im Einklang, weil sie - wenigstens nach



der "Schildbeschreibung" zu urteilen - auf dem besten Fruchtländ, als kombinierte Arbeit, bei sinnvollem Zusammenwirken von ausführender und leitender Tätigkeit und unter den Augen der Öffentlichkeit verrichtet werden. Das heißt, hier kommen wichtige soziale Faktoren ins Spiel, die stärker berücksichtigt werden sollten, will man die ältesten Begriffe für die Oberschicht auf realem Hintergrund untersuchen.

Gelegentlich tritt auch mangelnde Vertrautheit mit der Althistorie zutage, etwa wenn die Aussagen Solons über die Krisis in Attika zu Beginn des 6. Jahrhunderts v. u. Z. mit den Anschauungen des Aristoteles über diese Jahre vermischt werden (Bd. 3, S. 82) oder wenn die "Verfassung der Väter" (*patrios politeia*), eine Fiktion von Gegnern der entwickelten Demokratie, als real existierende "Solonische Verfassung" bzw. "Verfassung der frühen attischen Demokratie" firmiert (Bd. 3, S. 127, 141).

Ein Wort auch noch zu einigen kleinen Schönheitsfehlern, die angesichts des hohen Anspruchs der Publikation und des insgesamt beachtlichen Niveaus der Stoffverarbeitung besonders störend, ja manchmal sogar peinlich wirken. Nicht alle Autoren haben mit gleicher Sorgfalt Korrektur gelesen; stellenweise häufen sich die Fehler in den griechischen Zitaten (z.B. Bd. 3, S. 73; Bd. 4, S. 26). Klio würde staunen, fände sie *plethos* falsch als Substantiv männlichen Geschlechts behandelt (Bd. 4, S. 12, 20). In einem anderen Aufsatz figuriert Xenophon als Autor der oligarchischen Flugschrift über die Verfassung der Athener (Bd. 4, S. 48). Eigenwilligkeiten in der Transkription griechischer Namen und Begriffe, wie sie in den Bänden der "Hellenischen Poleis" durchweg praktiziert wurden (z. B. Thoukydides, Leitourgien), sind in den "Typenbegriffen" insgesamt aufgegeben worden, tauchen aber vereinzelt noch auf (z.B. Bd. 3, S. 111, 124 f., 288 f.), manchmal sogar direkt neben den üblichen Formen (Bd. 3, S. 288, 290 f.). Hierin wie in manch anderem spürt man die fehlende Redaktion letzter Hand.

Aus der Fülle des Materials und aus den (häufig nur indirekt gegebenen) Hinweisen zur Methode der Begriffskritik, die in den Bänden 3 und 4 enthalten sind, sollen abschließend wenigstens einige Anregungen zusammengefaßt werden, die das bedeutsame Welskopfsche Werk vermittelt. Zum einen fordern die bisher vorliegenden Texte dazu auf, weitere wichtige Termini des Griechischen zu diskutieren. Es steht zu erwarten, daß das zweibändige Belegstellenverzeichnis dazu Anregung und reichen Stoff bieten wird.

Zum zweiten rückt nun, will man der hier gewählten Richtung folgen, eine weit wichtigere, aber auch erheblich kompliziertere Aufgabe ins Blickfeld: die Erfassung und Analyse nicht nur einzelner Begriffe, wie dies bisher geschehen ist, sondern des altgriechischen *S y s t e m s* der sozialen Gruppen- und Typenbegriffe in seinen historischen Entwicklungsetappen. Dabei müßten die verschiedenen historisch gewachsenen Schichten dieses Systems in einer gegebenen Periode, die unterschiedliche sozialökonomische Entwicklung in allen wichtigen Gebieten des griechischen Raumes und das differenzierte Tempo der Begriffsentwicklung in den einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens berücksichtigt werden. Diese Aufgabe - sie läßt sich gewiß leichter formulieren als lösen - wird im separat gedruckten Vorwort von Welskopf (S. 4) und mit aller Deutlichkeit in dem knappen, aber ausgezeichneten Beitrag von Hermatta (Bd. 3, S. 156 f.) gestellt.

Leichter zu erfüllen ist ein anderer Wunsch; er richtet sich an die Herausgeber und Autoren von Nachschlagewerken zur Antike. Wäre es nicht der Mühe wert, aus den vorliegenden Begriffsuntersuchungen wichtige und für Lexika verwertbare Ergebnisse zu übernehmen? In der sozialen und politischen Terminologie der alten Griechen steckt doch gewissermaßen geronnenes Denken, eine besondere Form von "Realien", die von den bei uns gewöhnlich zu wenig gewürdigten Leistungen griechischen Nachdenkens über die Gesellschaft zeugen. Der theoretische Aussagewert der Lexika würde dadurch gewiß zunehmen.



## ANNOTATIONEN

M. Ja. Volčenko, Promyšlennost' GDR. Dinamika i struktura

Isdatel'stvo Nauka, Moskva 1981, 181 Seiten,  
Preis: 1,60 Rubel

Die vorliegende Arbeit soll nach den Aussagen der Verfasserin dazu dienen, "Wege der Herausbildung der rationellsten Produktionsstruktur eines Landes im Prozeß der Integration der Wirtschaften sozialistischer Länder" (S. 5) zu finden. Diese Zielstellung haben viele wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten. Was die Publikation für den Wirtschaftshistoriker interessant macht, ist die Art und Weise, wie die Autorin diese Aufgabe zu lösen beabsichtigt: nicht durch vordergründige Abhandlung von Kategorien, sondern durch die Untersuchung des "konkreten ökonomischen Prozesses" (S. 5).

M. Ja. Volčenko geht dementsprechend davon aus, daß "die Untersuchung der Dynamik und Struktur der Wirtschaft eines Landes gesetzmäßige Veränderungen im Tempo und in den Proportionen der Reproduktion unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts an dessen Beispiel erkennen läßt." (S. 6) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt seien in den Ländern des RGW bereits genügend Erfahrungen bei der Umstellung der Wirtschaft auf die Erfordernisse von Wissenschaft und Technik gemacht worden. Es gelte nunmehr, die in der Wirtschaftspraxis gesammelten Erkenntnisse hinsichtlich ihrer theoretischen und praktischen Bedeutung systematisch zu analysieren. Als Beispielland wählte die Verfasserin die DDR, deren Erfahrungen sie für besonders bemerkenswert hält (S. 6).

Wie viele Wirtschaftswissenschaftler, die sich die Erforschung von Problemen zukünftigen Wirtschaftswachstums zum Ziel gesetzt haben, schließt Volčenko aus ihrer Analyse des gegenwärtigen Standes die Vergangenheit nicht aus. Im Gegenteil: Bei ihrer Charakterisierung der DDR-Industrie geht sie zeitlich so weit zurück, wie es das statistische Datenmaterial erlaubt - bis zum Beginn der fünfziger Jahre.

So die Entwicklung der letzten 30 Jahre überblickend, setzt die Verfasserin als entscheidende Zäsur in der Industrieentwicklung der DDR die Wende von den fünfziger zu den sechziger Jahren. Wie diese Zäsur begründet wird, das verdient das uneingeschränkte Interesse der DDR-Wirtschaftshistoriker: Ende der fünfziger Jahre war der Prozeß der Normalisierung des Wirtschaftslebens in der DDR vollendet. Bis dahin hatten Wiederaufbau und Beseitigung der Spaltungsdisproportionen zwangsläufig die wirtschaftspolitischen Aufgabenstellungen geprägt. Das galt besonders für die Strukturpolitik: Bisher fehlende Zweige mußten aufgebaut, die vorhandenen wieder voll ausgelastet, deren Leistung ohne größere Investitionen erhöht werden. Diese Situation bestimmte auch die Produktions- und Effektivitätsentwicklung in der Industrie. In dem Maße, wie die Mangelwirtschaft überwunden wurde, die Stokungen im Materialfluß und der Energieversorgung beseitigt wurden, nahm die Produktion rasch zu. Es erhöhten sich Arbeitsproduktivität und Fondsquote.

Diese Effektivitätssteigerung, das betont Volčenko immer wieder, vollzog sich auf der Basis des vorhandenen technischen und technologischen Niveaus. Vom Standpunkt der internationalen Entwicklung habe selbstverständlich bereits

in den fünfziger Jahren für die DDR die Notwendigkeit bestanden, neue Technik einzuführen. Aber die Begrenztheit der Investitionen und die unzureichende Vorbereitung von Wissenschaft und Technik auf die neuen Aufgaben erlaubten noch keine Umrüstung der Industrie in nennenswertem Umfang (S. 13).

Die notwendigen Voraussetzungen waren etwa seit Beginn der sechziger Jahre vorhanden. Seit dieser Zeit habe die Lösung der Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts den zentralen Platz in der Wirtschaftspolitik der SED eingenommen. Das bedeute aber nicht, daß seitdem in der Industrie keine größeren Probleme mehr aufgetaucht seien. Im Gegenteil: "Die Entwicklung der Industrie der DDR seit Beginn der sechziger Jahre zeigte die ganze Kompliziertheit der Aufgabe, die erweiterte Reproduktion auf neuem technischem Niveau durchzuführen." (S. 51) Das betreffe insbesondere die Effektivität-entwicklung. Offensichtlich waren die eingeleiteten Maßnahmen zur Intensivierung des Reproduktionsprozesses, insbesondere zur Ausnutzung der Grundfonds, nicht immer wirksam genug, um die der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts innewohnende Tendenz zur Erhöhung der Fondsintensität zu überwinden. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität - des wichtigsten Faktors industriellen Wachstums in der DDR - vollzog sich auf der Grundlage zunehmender technischer und Fondsausstattung. Nicht immer habe dabei das Wachstum der Arbeitsproduktivität die Zunahme der Fondsausstattung kompensieren können (S. 51). So sei in den Planzeiträumen 1961 bis 1965 und 1971 bis 1975 die Fondseffektivität gesunken. Die Ursachen seien sowohl in der unzureichenden Nutzung aller Reserven als auch in einer Verteuerung der Ausrüstungen zu suchen.

Volčenkos Arbeit verdient noch in anderer Hinsicht das besondere Interesse der Wirtschaftshistoriker: Die Autorin äußert sich explizit zu den Ursachen der zwar wiederholt festgestellten, aber bisher kaum interpretierten jährlichen Schwankungen im Wachstum der DDR-Industrie. Nach Volčenko beginnen diese Schwankungen bei der Akkumulation (Akkumulationsrate). Sie zeigen sich besonders deutlich in den jährlichen Zuwachsraten der Investitionen und erfassen mit zeitlicher Phasenverschiebung schließlich auch die Zuwachsraten der Industriezweigproduktion (S. 63 f., 164).

Zu den Ursachen derartiger Diskontinuitäten schreibt die Autorin: "Sie erklären sich in vielem aus der Spezifik des Prozesses der Akkumulation in einem kleinen Land mit verhältnismäßig hohem technisch-ökonomischem Niveau der Produktion und einem im Landesmaßstab hohen Konzentrationsgrad der Produktion. Ein bedeutender Teil der Produktionskapazitäten und Grundfonds einer Reihe von Industriezweigen der DDR konzentriert sich in ein bis zwei Dutzend, manchmal sogar nur in einigen wenigen Betrieben. Der Beginn der Finanzierung des Neubaus oder der Rekonstruktion von Großbetrieben ruft eine bemerkenswerte Erhöhung, ihre Beendigung eine Verringerung des Wachstums der Investitionen für den ganzen Zweig hervor, was in entsprechendem Maße die Dynamik aller Industrieinvestitionen beeinflußt". (S. 64)

Die im vorliegenden Buch zu findenden wirtschaftshistorisch relevanten und interessanten Untersuchungsergebnisse der Verfasserin beschränken sich jedoch keineswegs auf diese zwei bemerkenswerten Auffassungen; Beispiele können nicht mehr sein als eine Anregung für die DDR-Wirtschaftshistoriker, sich intensiv mit diesem Buch zu beschäftigen.

Jörg Roesler

Rudolf Bechmann, Zu Problemen der Wechselbeziehungen zwischen den sozialistischen Produktionsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen aus territorialer Sicht = Forschungsberichte, hg. v. Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der AdW der DDR, Nr. 36

Akademie-Verlag, Berlin 1981, 125 Seiten, Preis: 10,50 M

Der von Rudolf Bechmann gewählte interdisziplinäre Problemansatz erweist sich auch für die historischen Zweigdisziplinen, die Forschungen zur Geschichte der DDR durchführen, als fruchtbar. Die Frage nach den Wechselbeziehungen zwischen Produktionsverhältnissen und Territorium öffnet den Zugang zu einer gleichermaßen komplexen wie differenzierten Sicht auf wesentliche Aspekte der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Der Autor stellt "Fragen der Entwicklung der Produktionsverhältnisse mit ihren Prozessen und Faktoren, wie sie einerseits als Voraussetzung und andererseits als Ergebnis des Lebensprozesses der Menschen im Territorium auftreten", in den Mittelpunkt der Untersuchung (S. 10).

Bechmann richtet seine Aufmerksamkeit auf aktuelle und perspektivische Aspekte der Thematik. Dennoch bietet die Arbeit zahlreiche historische, insbesondere wirtschaftsgeschichtliche Anknüpfungspunkte.

Im ersten Abschnitt unternimmt Bechmann eine Bestimmung der territorialen Existenzweise der sozialistischen Produktionsverhältnisse als Grundlage der Wechselbeziehungen zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen im Territorium. Die richtige Feststellung, daß der fortschreitende Vergesellschaftungsprozeß dazu führt, territoriale Entwicklungen immer mehr gesamtgesellschaftlich zu bestimmen (S. 17), schließt jedoch auch die Frage nach differenzierenden Gegentendenzen ein. Und gerade dieser zweiten Seite wird meines Erachtens zu geringes Gewicht beigemessen. Wenn Bechmann beispielsweise an verschiedenen Stellen der Untersuchung auf die industrielle Standortbestimmung und Standortverteilung zu sprechen kommt, so geschieht das unter weitgehender Ausklammerung historischer Determinanten. Das so gewonnene Bild muß unvollständig bleiben. Die industriellen Ballungsgebiete der DDR liefern einen sicheren Beleg für die Relevanz historischer Bedingungen. Der auf Seite 28 gegebene Hinweis auf die ökonomischen Ausgangsbedingungen der DDR reicht nicht aus, um diesen Determinationsprozeß in seiner Langfristigkeit zu verstehen.

In einem zweiten Abschnitt geht Bechmann den Wechselbeziehungen zwischen Produktionsverhältnissen und anderen gesellschaftlichen Verhältnissen in den Territorien nach und hebt dabei die Rolle sozialer und politischer Verhältnisse hervor. Als grundlegende Entwicklungstendenz arbeitet er sozialökonomische Annäherungen in allen wesentlichen Lebensbereichen heraus, macht aber auch auf das territorial differenzierte Niveau dieser Tendenz aufmerksam (S. 26).

Den territorialen Annäherungsprozeß gesellschaftlicher Verhältnisse analysiert Bechmann im dritten Abschnitt auf der Ebene großer volkswirtschaftlicher Bereiche und ihrer territorialen Struktur, auf der Ebene solcher Bereiche, die für die Entwicklung sozialistischer Lebensbedingungen und Lebensweise von Bedeutung sind, und auf der Ebene des Stadt-Land-Verhältnisses. Bei dieser dritten Ebene konnte er die Ergebnisse jüngster Diskussionen und den aktuellen Erkenntnisstand natürlich noch nicht berücksichtigen.

Relativ ausführlich geht Bechmann im vierten Abschnitt auf die Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit, vor allem auf die berufliche Qualifikationsentwicklung und die Veränderungen im geistig-kulturellen Niveau der Werktätigen sowie auf Fragen der territorialen Rationalisierung ein.

Abschließend werden im fünften Abschnitt Zusammenhänge zwischen Vergesellschaftung, Bevölkerungsbewegung und Veränderungen in den Siedlungsstruk-

türen behandelt. Überzeugend setzt sich der Autor mit der bürgerlichen These auseinander, wonach Urbanisierung ein eigendynamischer, gegenüber den Produktionsverhältnissen indifferentere Vorgang sei. Die Siedlungsweise folge, konstatiert Bechmann, bei Beachtung ihrer eigenen Entwicklungsgesetze, letztlich der Entwicklung der Produktionsweise (S. 78).

Den fünf Textabschnitten wurde ein Anhang von 27 Tabellen nachgeordnet. Der Leser findet hier willkommene Übersichten und Ergänzungen.

Nach Maßgabe der begrenzten Möglichkeiten tangiert die Untersuchung auch Probleme in der Entwicklung sozialer Klassen und Schichten.

Kritisch bleibt anzumerken, daß Bechmann den Begriff des Territoriums zwar pragmatisch begründet (S. 10 f.), auf eine theoretisch fundierte Definition aber verzichtet. Dieser Mangel wirkt sich nicht zuletzt bei der Behandlung industrieller Ballungsgebiete aus. Die Spezifik der Ballungsgebiete kommt nur ansatzweise zur Geltung und ist doch im Hinblick auf die Ausprägung gesellschaftlicher Verhältnisse wie auch auf die Rolle der Arbeiterklasse von grundlegender Bedeutung. Hier wurden Möglichkeiten einer weitergehenden Problemanalyse vergeben. Insgesamt gesehen, liegt eine interessante Arbeit vor, die, reich an Informationen und Anregungen, wirksame Impulse auch für die historische Forschung geben kann.

Peter Hübner

August Nitschke, Historische Verhaltensforschung. Analysen gesellschaftlicher Verhaltensweisen. Ein Arbeitsbuch = Uni-Taschenbücher 1153

Verlag Eugen Ulmer, Stuttgart 1981, 232 Seiten, 17 Abbildungen,  
Preis: 22,80 DM

August Nitschke, an der Universität Stuttgart Direktor des Historischen Instituts und außerdem Direktor der Abteilung Historische Verhaltensforschung im Institut für Sozialforschung, bricht eine Lanze für die Anwendung der Methoden der historischen Verhaltensforschung in der Geschichtswissenschaft. "Den Historikern bieten die neuen Methoden eine Chance, in bisher wenig bekannte Gebiete vorzudringen. Wer mit ihnen arbeitet, kann regelrecht von Entdeckerfreuden ergriffen werden, wenn es ihm gelingt, eine längst untergegangene Gesellschaft von ihren Verhaltensweisen her wieder zum Leben zu erwecken. Er erkennt dabei besser als zuvor die Andersartigkeit der Menschen, die nicht seiner Gesellschaft angehören. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen schärfen somit den Blick für politische und wirtschaftliche Zusammenhänge: Unser Bild von der Vergangenheit wird differenzierter." (S. 8) Wenn sich die Historiker mit den verschiedenartigen, in den letzten Jahrzehnten ausgearbeiteten Methoden der historischen Verhaltensforschung befassen, dann können sie nach Auffassung des Autors "nicht mehr der Meinung sein, es genüge, um Angehörige anderer Gesellschaften zu verstehen, deren soziale Situation und deren Handlungen zu beschreiben. Sie werden dann auch nicht mehr unbekümmert ihre eigene Vorstellung von dem, was ein Mensch sei, erwarte und denke, auf andere Personen übertragen. Sie werden diese gerade in ihrer Andersartigkeit zu erkennen und - vielleicht zu respektieren lernen." (S. 220) Wenn auch die Aufgeschlossenheit für das Studium gesellschaftlicher Verhaltensweisen in letzter Zeit überraschend gestiegen sei, "so fehlt bisher doch eine Anleitung, die zeigt, wie durch Interpretation von Handlungen, Texten, Bewegungsweisen, wissenschaftlichen Arbeiten und Kunstwerken das Verhalten einer vergangenen oder gegenwärtigen Gesellschaft zu rekonstruieren sei. Um in dieser Situation zu helfen, wurde das vorliegende Buch geschrieben." (S. 8)

Vorweg stellt der Verfasser fest, daß er nicht jene bei allen Menschen in ähn-



licher Weise anzutreffende Verhaltensweisen einbeziehe, mit denen sich die Behavioristen und Humanethologen beschäftigen. Dann nennt er eine folgenschwere Einschränkung seiner Schrift: "Nicht untersucht werden sollen außerdem diejenigen Verhaltensweisen, die dadurch entstehen, daß sich die Menschen mit dem, was sie selber schufen, auseinandersetzen müssen. Zu dem, was Menschen selber schufen, gehören ihre Institutionen, und ihre Institutionen prägen ihr Verhalten, - gehört ihre Technologie, und diese wirkt sich auf ihr Handeln aus, - gehören ihre politischen Ideen, und von diesen ließen sie sich in ihren Entscheidungen beeinflussen. Alle diese Verhaltensweisen, die Reaktionen auf das vom Menschen Geschaffene darstellen, werden in unserer Untersuchung nicht mit berücksichtigt." (S. 9 f.) Statt dessen berichte er "von denjenigen gesellschaftlichen Verhaltensweisen, die erkennen lassen, von welcher Mentalität und welchen Aktionen die Angehörigen einer Gruppe oder einer Gesellschaft abhängig sind. Aus diesen Verhaltensweisen kann ein Historiker erschließen, welcher Eigenart die Angehörigen einer Gesellschaft oder einer Gruppe waren und welche Aktionen ihrer Umwelt auf sie wirkten. (Diese Eigenart und diese Aktionen veranlassen die Menschen jeweils zu besonderen Verhaltensweisen, und diese Verhaltensweisen können von denjenigen Institutionen, Technologien und Ideen modifiziert werden, die die Menschen selber schufen. Doch das ist ein weiteres Thema, das erst behandelt werden kann, wenn die Eigenart einer Gesellschaft und der von einer Gesellschaft wahrgenommenen Aktionen bereits bekannt sind.)" (S. 10) Mit keinem Wort erklärt der Verfasser, wieso ein Historiker, dem das Studium gesellschaftlicher Verhaltensweisen ein unerläßlicher Bestandteil historischer Forschung ist, jenen fundamentalen Bereich gesellschaftlicher Handlungen ausschließen kann, der sich auf die Entfaltung und Vergegenständlichung gesellschaftlicher Kräfte und die Schaffung entsprechender gesellschaftlicher Verhältnisse bezieht. Erst durch diese gegenständliche Tätigkeit gewinnen gesellschaftliche Verhaltensweisen Historizität, die aber Nitschke als Modifikation abtut. Geschichtlichkeit liegt ihm schon in den Veränderungen körperlicher Bewegungsabläufe, die Abbildungen von Wettkämpfen und kultischen Handlungen sind Beispiele, an denen der Verfasser vornehmlich die Leistungsfähigkeit der von ihm dargelegten Methoden historischer Verhaltensforschung demonstriert. Begründungen für solche Veränderungen, beteuert er wiederholt, gebe es äußerst vielfältige; doch schenkt er ihnen kein Augenmerk.

Im ersten Teil seiner Schrift informiert der Autor über die Methoden der "Mentalitätsforschung", nach der die Mentalität gesellschaftlicher Gruppen deren Denkweise und somit deren Handlungen bestimmt. Einen eigenen Standpunkt bezieht Nitschke zu diesen eindeutig idealistisch orientierten Vorstellungen nicht; er meint lediglich, sie brächten "dem Historiker eine Fülle von Anregungen" (S. 74).

Der zweite, der "Interaktionsforschung" gewidmete Teil behandelt "die von Aktionen abhängigen Verhaltensweisen" (S. 75), wobei einfache Bewegungsabläufe bevorzugt werden. Die beiden entscheidenden Fragen lauten: Wer bewirkt Veränderungen? Was wird beim Menschen verändert? Der Verfasser richtet bei der ersten Fragestellung die Aufmerksamkeit "auf die Verhaltensweisen, mit denen Menschen auf 'Aktionen' (= Handlungen oder Bewegungen) in ihrer Umwelt reagieren" (S. 214). Da gesellschaftliche Verhältnisse aus der Umwelt des Menschen ausgeklammert bleiben, wird das Niveau, auf dem zur Rekonstruktion historischer Verhaltensweisen Texte und Bilder interpretiert werden, von der Reduktion menschlicher Handlungen auf körperliche Bewegungen (vor allem bei Wettkämpfen) geprägt. So empfiehlt Nitschke, das historische Material wie folgt zu erschließen: Sucht der Handelnde selber eine Überlegenheit zu gewinnen, um so seine Stellung zu verändern (autodynamisches Verhalten)? Wenn diese Frage bejaht wird, lauten die nächsten Fragen: Worauf beruht seine Überlegenheit? Welcher Art ist seine Aktivität? Wird die erste Frage verneint, so wird statt dessen gefragt: Sucht der Handelnde Beziehungen zu Gestalten seiner Umgebung aufzunehmen, die dank ihrer Überlegenheit seine Stellung verändern können (heterodynamisches Verhalten)? Wenn diese Frage bejaht wird, lauten



die nächsten Fragen: Ist die überlegene Gestalt eine Person oder eine Macht? Worauf gründet sich ihre Überlegenheit? usw. Die zweite Fragestellung untersucht der Autor unter dem Blickwinkel, ob es das Ziel der Angehörigen einer Gesellschaft sei, die Umwelt auf die eigenen Antriebe einwirken zu lassen oder selber auf Antriebe in der Umwelt einzuwirken, diese zu stärken, zu schwächen oder anstelle eines dominierenden Antriebs einen anderen treten zu lassen; sich im Handeln an bedeutungsvolle Handlungen oder Veränderungen anzugleichen; in Handlungen auf Veränderungen der Umwelt zu reagieren. Dabei verschwendet er keinen Gedanken daran, welchen Stellenwert solche Überlegungen abseits jeder wirtschaftshistorischen Forschung haben können.

Der Autor schließt mit der Feststellung: "Der spezielle Reiz dieser Methoden ist es, daß sie uns den Blick schärfen." (S. 220) Tatsächlich schärfen sie den Blick für die Betrachtung älterer bildlicher Darstellungen einfacher Bewegungsabläufe; zu Analysen gesellschaftlicher Verhaltensweisen führen sie allerdings nicht.

Hermann Lehmann

Toni Pierenkemper, Wirtschaftssoziologie. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium wirtschaftssoziologischer Fachbegriffe = Reihe problemorientierte Einführungen, Bd. 11

Bund Verlag, Köln 1980, 328 Seiten, 22 Tabellen,  
24 Schaubilder, Preis: 46,- DM

Es ist selten, daß ein bürgerlicher Autor die Begrenzungen seiner Arbeit als Beschränkung auf "bürgerliche" Interpretationen bezeichnet (S. 5). Offensichtlich war dies vor allem in dem Sinne gemeint, auf die Verwendung der Marxschen Kategorien verzichten zu wollen (S. 5). Einige Seiten später jedenfalls erklärt Toni Pierenkemper dann, daß marxistische Autoren die "bürgerliche" Theorie so benennen (S. 22).

Doch die Schwierigkeiten bei der Einschätzung des eigenen Standortes ändern nichts an der konsequent bürgerlichen Ausrichtung des Buches. Selbst an den kritischsten Stellen, etwa bei der - allerdings mehr theoretischen - Infragestellung der Rationalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems und bei der Hilflosigkeit der heutigen bürgerlichen ökonomischen Theorie (S. 21), bleibt für den Autor der bürgerliche Standpunkt außer Frage. Er glaubt gerade durch die Wirtschaftssoziologie, als eine empirische Wissenschaft, zur Modifizierung ökonomischer Modelle (und auch zur Entwicklung der allgemeinen Soziologie) beitragen zu können (S. 24).

Pierenkemper hat seine Darstellungen übersichtlich gegliedert. In der Einleitung versucht er, die Wirtschaftssoziologie als eigene Wissenschaftsdisziplin vorzustellen und gegenüber der ökonomischen Theorie und allgemeinen Soziologie abzugrenzen. Er meint, den Gegenstand vor allem in den Beziehungen zwischen den ökonomischen und nichtökonomischen Aspekten der Gesellschaft zu sehen (in Anlehnung an den US-amerikanischen Soziologen Neil J. Smelser) (S. 15). Im folgenden ersten Kapitel behandelt er die Wirtschaft als Teil der Gesamtgesellschaft, in ihren Beziehungen zu Kultur, Politik und Gesellschaft. In einem weiteren Kapitel gibt er einen Überblick über die "Grundstrukturen der Wirtschaft" (Produktion, Austausch und Verbrauch). Es folgt die Behandlung "institutioneller Probleme" der kapitalistischen Gesellschaft, worunter er die Institutionen und Organisationen der Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, der Kapitalisten und der Arbeiter, und den Staat versteht. Ein abschließendes Kapitel soll Wandel und Zukunft der "Industriegesellschaft" zeigen, wobei auch das "Umfeld der Industriegesellschaft", die sozialistischen

Länder und die Entwicklungsländer, in einem besonderen Abschnitt gestreift wird. Dieses Kapitel drückt am deutlichsten die Position des Autors aus, seine Anhängerschaft an moderne bürgerliche "Industriegesellschafts"-Konzeptionen, mit der Orientierung auf die entwickelten kapitalistischen Länder. Die Entstehung des Industriekapitalismus sieht er mit einer Doppelrevolution verknüpft: der Französischen Revolution und der Industriellen Revolution (S. 223). Die weitere Entwicklung verbindet er vor allem mit "Wirtschaftswachstum" sowie Beschleunigung und Intensivierung des "sozialen Wandels" (S. 217).

Insgesamt kommt Pierenkemper bei der Betrachtung dieser Prozesse und ihrer Bewältigung durch die bürgerliche Wissenschaft zu recht skeptischen Urteilen. Die Versuche zur Konstituierung einer "Theorie des sozialen Wandels" schätzt er als bislang "nicht sehr erfolgreich" ein (S. 218). Noch skeptischer wird Pierenkemper, wenn er von der Zukunft der kapitalistischen Gesellschaft spricht. Er hält sie schlicht für "ungewiß" (S. 258). Als bürgerliche Zukunftsprognosen diskutiert er einige mit modernen Schlagwörtern umrissene Theorien: "Weltuntergang" (zum Beispiel im Sinne der von dem Club of Rome verbreiteten "Wachstumskatastrophen"), "Massenwohlstand" (zum Beispiel im Sinne von "Wachstumsstadien"-Theorien, wie sie von Walt Rostow entwickelt wurden) und "Klassenlosigkeit" (zum Beispiel in der Bellschen "postindustriellen" Gesellschaft enthalten) (S. 260). Er stellt diese Theorien mit gleicher Berechtigung nebeneinander (S. 268). Am Ende behauptet er eine Art Annäherung der kapitalistischen und sozialistischen Systeme im ökonomischen Bereich und betont dabei, daß die Annäherung der westlichen Wirtschaftssysteme an gewisse Eigenheiten der sozialistischen Systeme deutlicher erscheine als umgekehrt, das heißt, man könne von der von Marx prognostizierten Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hin zu sozialistischen Formen sprechen, trennt von dieser Entwicklung jedoch ausdrücklich die übrigen gesellschaftlichen Teilbereiche, insbesondere das politische System (S. 276). Damit lehnt er sich entfernt an Einsichten an, die in der marxistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus enthalten sind, in der von der unmittelbaren materiellen Vorbereitung des Sozialismus durch den Kapitalismus die Rede ist. Eine "Konvergenz" lehnt Pierenkemper ausdrücklich ab und zieht den Begriff der "Koexistenz" vor (S. 276).

Inwieweit Studenten, für die dieses Buch in erster Linie gedacht ist, aus der vorgestellten schillernden Vielfalt bürgerlicher Theorien, aus denen ganz offensichtlich Rat- und Hilflosgkeit in bezug auf ein gesamtgesellschaftliches Gegenwarts- und Zukunftskonzept hervorgeht, Nutzen ziehen können, sei dahingestellt. Pierenkemper hat viel Material zur Thematisierung von Einzelfragen zusammengetragen. Soweit er gesamtgesellschaftliche Bezüge aufdecken wollte, bleibt er bei den gängigen "Industriegesellschafts"-Modellen stehen.

Horst Handke

Wirtschaftslenkung in marktwirtschaftlichen Systemen, hg. v. Karin Thöne

Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1981,  
X und 208 Seiten, Preis: 65,- DM

Vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krisenprozesse der siebziger Jahre und der deutlich sichtbar gewordenen Grenzen und Widersprüche der staatsmonopolistischen Regulierung ist es verständlich, daß bürgerliche Theoretiker Probleme der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel erörtern, die Wirksamkeit staatlicher Lenkungsmaßnahmen in einer auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basierenden Wirtschaft aufzuzeigen sowie die Funktionsweise und den Regelmechanismus der privatkapitalistischen Wirtschaft zu untersuchen. Das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft in hochentwickelten und in Entwicklungs-

ländern ist auch Gegenstand der sechzehn Artikel dieses Buches. Es handelt sich bis auf eine Ausnahme um erweiterte Fassungen von Beiträgen, die 1978/79 auf einem Kolloquium des Instituts für Sozialforschung der Universität Stuttgart gehalten wurden.

In nahezu allen Aufsätzen wird das ökonomische und politische Gewicht des Monopolkapitals in der Volkswirtschaft der imperialistischen Länder bzw. in den Beziehungen zwischen den imperialistischen und den Entwicklungsländern unterbewertet. Als Ausnahme kann der Artikel von Wilfried Röhrich (S. 128 - 136) gelten. Röhrich untersucht am Beispiel der USA staatsinterventionistische Möglichkeiten in sogenannten marktwirtschaftlichen Systemen. Er gründet seinen historischen Abriss auf die Konzeption des organisierten Kapitalismus, die unter anderem besagt, daß Staatseingriffe die Funktionstüchtigkeit der monopolkapitalistischen Wirtschaft erhöhen und garantieren. Dabei kommt er zu der Einschätzung, daß aufgrund des Konzentrationsgrades der Wirtschaft staatlichen Interventionen Grenzen gesetzt sind, daß sie im Interesse der privatkapitalistischen Wirtschaft erfolgen und besonders die Großindustrie begünstigen. Viele seiner Beispiele belegen, daß die apogetische Behauptung, die in anderen Aufsätzen dieses Bandes zum Leitmotiv erhoben und von Wolfgang Bohling prononciert als These vertreten wird (S. 26 f.), wonach die auf dem Privateigentum beruhende Macht durch die Konkurrenz neutralisiert werde und die staatliche Wirtschaftslenkung die Freiheit aller privaten Eigentümer zu wahren habe, wie umgekehrt diese die Sozialgebundenheit ihrer Rechte und Freiheiten zu beachten hätten, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Röhrichs These, der vom kapitalistischen Staat begünstigte militärisch-industrielle Komplex beinhalte einen "umfassenden konjunkturstabilisierenden und wachstumsfördernden Effekt" (S. 134), enthält zwar, kurzfristig gesehen, ein Körnchen Wahrheit. Doch angesichts der Überrüstung sind die Effekte überwiegend negativ, und sie können überdies verhängnisvolle Folgen haben.

Der Beitrag von Berndt C. Schmidt über die verschiedenen Konzepte der Stabilisierungspolitik in der BRD von den fünfziger bis zum Ende der siebziger Jahre (S. 77 - 96), der von Albrecht Kruse-Rodenacker über indikative Planung in Brasilien (S. 137 - 150) sowie derjenige von Dieter Leinmüller über das staatliche Bankensystem in Indien (S. 176 - 183) sind wegen ihres Informationsgehalts erwähnenswert.

Karin Lehmann

Helmut Grieser, Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung 1945 bis 1950 = Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft Nr. 69

Verlag Steiner, Wiesbaden 1980, VIII und 185 Seiten,  
Preis: 38,- DM

Mittels einer Fallstudie über Kiel und Eutin, wo 1949 noch 8300 bzw. 645 Umsiedler in 28 Barackenlagern hausen mußten, wendet sich Helmut Grieser einem der düstersten Kapitel der Vorgeschichte und Geschichte der BRD zu. Das geschieht jedoch - bei allen kritischen Anmerkungen im einzelnen - eindeutig von der grundsätzlichen Position der "Flüchtlingspolitik" der schleswig-holsteinischen Landesregierung bzw. der Kieler Stadtverwaltung aus und durch deren Prisma bzw. dasjenige der ihnen nahestehenden Presse. Die genannten und im Text ausgewerteten archivalischen Quellen sind von daher ebenso umfangreich wie einseitig. Äußerungen und Schilderungen von Umsiedlern selbst wurden relativ spärlich ermittelt bzw. benutzt. Der Versuch nachträglicher Befragungen von ehemaligen Umsiedlern bzw. Lagerinsassen wurde

nicht unternehmen. Die Darstellung gliedert sich in zwei Teile gleichen Umfangs und insgesamt zwölf Kapitel. Im ersten Teil wird die "Flüchtlings"problematik in ihrem landes- und stadtpolitischen Kontext behandelt, wobei schon die Fragestellung nach der "ausgebliebenen Radikalisierung" das dabei benutzte Grundmuster eines antikommunistisch ausgerichteten bürgerlichen Parlamentarismus deutlich macht. Im zweiten Teil sucht der Verfasser dann exemplarisch die Verhältnisse in den Lagern aufzuhellen. Das gelingt jedoch nur sehr fragmentarisch, wie überhaupt die gesamte Darstellung einen oberflächlichen und sprunghaften Eindruck vermittelt. Zusammenhänge, Hintergründe und Entwicklungen werden eher verschleiert denn bloßegelegt. Statt die "Flüchtlingspolitik" der SPD zu analysieren, beläßt es Grieser bei der bloßen Wiedergabe von Aktivitäten und Äußerungen, die sich zu keinem geschlossenen oder überschaubaren Bild zusammenfügen. Er verselbständigt ungerechtfertigt die "Flüchtlingspolitik", behandelt Möglichkeiten oder Unmöglichkeiten von Lösungen zur "Flüchtlingsfrage" an sich und unter Verkennung oder bewußter Ausklammerung der Tatsache, daß diese Frage nur im Kontext mit den anstehenden gesellschaftspolitischen Grundfragen gelöst werden konnte. Dabei kam einer demokratischen Bodenreform und einer Enteignung aller Nazi- und Kriegsverbrecher eine zentrale Bedeutung zu, wie die Integration der Umsiedler auf dem Gebiet der späteren DDR zeigt. Diese Grundproblematik wird von Grieser sorgfältig aus dem Blickfeld des Lesers geräumt. Immerhin läßt sich der Eindruck kaum vermeiden, daß SPD und CDU die "Flüchtlinge" vor allem als bloße Wahlstimmen interessierten, daß "die Erfolge der Landesflüchtlingspolitik selbst nach dem Urteil der Parteispitze (der SPD - R. B.) nicht überzeugend" (S. 46) waren, "daß dieses Thema keineswegs einen zentralen Platz in den Erörterungen über den Kurs von Partei (SPD - R. B.) und Regierung eingenommen hat" (S. 42) und daß diese sozialdemokratische "Flüchtlingspolitik" sich lediglich darauf beschränkte, die größte Not zu lindern, aber nicht darum rang, wirkliche Abhilfe zu schaffen. Kurzum: Mit den Umsiedlern wurde sozial und politisch Schindluder getrieben. Die Verhältnisse in den Barackenlagern waren nicht nur für eine Übergangszeit menschenunwürdig, sondern sie blieben es. Mehrere Familien mußten oft über Jahre in einem Raum wohnen, für den von der Stadt bis zu 180,- Reichsmark Miete kassiert wurde (S. 115). Die sanitären Anlagen waren und blieben katastrophal. Notwendigste Reparaturen und Instandsetzungen wurden über Jahre verschleppt. Gelder häufig unterschlagen oder zweckentfremdet verwendet usw. Grieser legt diese und andere Fakten im zweiten Teil dar, wenn auch stark apologetisch gefärbt, ohne jedoch den Versuch zu machen, sie in einen größeren Zusammenhang zu stellen: Geschah dieses doch alles nicht so zufällig oder als Ergebnis objektiver Schwierigkeiten, wie es bei Grieser scheinen mag oder soll. Es war doch vielmehr - im Rahmen der restaurativen Gesamtentwicklung in den Westzonen bzw. der BRD betrachtet - keineswegs zufällig, daß die Eingliederung der Umsiedler ganz oder teilweise unterblieb bzw. verzögert wurde. Die Restauration des Imperialismus schloß grundlegende gesellschaftspolitische Lösungen der Umsiedlerfrage aus. Außerdem konnte und wollte man die Umsiedler als Reservearmee, als billige Arbeitskräfte für das "Wirtschaftswunder" mißbrauchen und ebenso als Reservoir für eine revanchistische Politik gegenüber der Oder-Neiße-Grenze. Nicht zuletzt deshalb "fehlte" es an materiellen Mitteln für eine soziale Eingliederung der Umsiedler. Erst in diesem Zusammenhang behandelt, könnte eine Sozialgeschichte der Umsiedler wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.

Rolf Badstübner



Die Arbeiterbewegung hat schon früh in ihrer Entwicklung selbständige Freizeit- und Bildungsorganisationen geschaffen. Die Frage, wie diese Organisationen die Lebensweise von Arbeitern beeinflussten, wie sie im Zusammenwirken mit anderen Lebensbedingungen, die die Lage der Arbeiter bestimmten, als Elemente einer eigenen Klassenkultur in der 'alltäglichen' Kultur von Arbeitern tatsächlich praktiziert wurden, spielt in den Forschungen zur Geschichte der Arbeiterklasse (von der Wirtschafts- bis zur Kulturgeschichte) zunehmend eine Rolle. Dieter Langewiesche ordnet sich mit seiner Arbeit in diese Forschungen ein. Er konfrontiert die Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung, mit eigenen Bildungs- und Freizeitorganisationen die Proletarier politisch zu schulen und eine eigenständige, sich von der herrschenden Kultur strikt abgrenzende Kultur zu schaffen, damit, wie Arbeiter mit den Angeboten dieser Organisationen umgingen. Durch Vergleich mit der Volksbildung, "die sich in der Regel die Verbreitung etablierter kultureller Normen zum Ziel gesetzt hatte" (S. 28), weist Langewiesche nach, daß die Arbeiter, die die Bildungsangebote ihrer Organisationen nutzten, "sich in der inhaltlichen Gewichtung ihrer Bildungsaktivitäten" deutlich von den (unorganisierten) Arbeitern unterschieden, die zum Nutzerkreis zum Beispiel der Volksbibliotheken gehörten. Langewiesche belegt diese Aussagen in einer beeindruckenden "quantifizierenden Datenerfassung". Er wertet umfangreiches demographisches und anderes statistisches Material aus, das aus zeitgenössischen Quellen zusammengestellt wurde, insbesondere aus den Erhebungen der Organisationen der Arbeiterbewegung und der Volksbildung sowie der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte.

Im ersten Kapitel gibt Langewiesche einen gedrängten Überblick über sozialökonomische und kulturelle Voraussetzungen für die Bildung der Arbeiter. Er charakterisiert die Lage der Arbeiter (Länge des Arbeitstages, Wohnsituation, Schulbildung und andere Kriterien) vor dem ersten Weltkrieg und ihre relative Verbesserung im Vergleich zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese Verbesserung kam insbesondere nach dem Weltkrieg, in der Ersten Republik und vor allem mit Erringung politischer Macht durch die Sozialistische Partei Österreichs im Aufschwung der Arbeiterbildung zum Tragen. Nach einer Beschreibung der Bildungsangebote für Arbeiter "durch Staat und Bürgertum" geht Langewiesche auf die verschiedenen Formen der Arbeiterbildung und - allgemeiner - der Freizeitgestaltung ein, die nach der Jahrhundertwende von der Arbeiterbewegung verstärkt selbst geschaffen wurden. Er kommt zu dem Schluß, daß "für alle Altersstufen Vereine bereitstanden und das Netz der altersspezifischen Sozialisationsagenturen innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung bereits 1910 nahezu lückenlos war" (S. 72). Im zweiten Kapitel wendet sich Langewiesche "Kernbereichen der Arbeiterbildung" zu: In einer ausgiebigen "quantifizierenden Analyse" verfolgt er - unter Berücksichtigung des Gefalles zwischen dem "roten Wien" und der Provinz - die Entwicklung der Arbeiterbibliotheken und den Vertrieb von sozialdemokratischen Schriften; er dokumentiert die verschiedenen Formen der Vorträge und Schulungskurse (von der Massenschulung über Funktionärsschulung, Partei- und Gewerkschaftsschulen bis zu Abendgymnasien) und die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf die Bildungsinteressen der Arbeiter. Umfangreichen Raum nimmt in diesem Kapitel die Frage ein, was die Arbeiter tatsächlich lasen, inwieweit Realität und sozialdemokratische Zielstellung, "den Proletarier durch organisationsinterne Bildungsarbeit zum Klassenbewußtsein zu erziehen" (S. 91), zusammengingen, ob und in welcher Weise schichten- und geschlechtsspezifische Lesegewohnheiten bei Nutzern von Arbeiterbibliotheken festzustellen sind. So belegt Langewiesche zum Beispiel, daß einerseits die "Neigung zur Lektüre gesellschaftswissenschaftlicher und sozialistischer Literatur" gering war (S. 210), andererseits "der Arbeiter ... aber ... auch



nicht nur, und nicht einmal überlegend, ein Konsument des Trivialen (war)" (S. 209). Vielmehr las "das sozialdemokratische Publikum der Arbeiterbibliotheken anders als die Arbeiter in Volksbibliotheken" (S. 209): Es gab sozial(-kritischen) Romanen eindeutig den Vorzug. Sein Fazit: Weniger als "marxistische Schulungsstätten" (S. 210) nahmen Arbeiterbibliotheken Einfluß auf die Entwicklung von Klassenbewußtsein, sondern vielmehr durch Beschaffung, Propagierung und umfangreiche Ausleihe von "sozialen Romanen". Das ist ein Aspekt, der nicht nur unter literaturwissenschaftlichem Gesichtspunkt aufschlußreich, sondern generell zu bedenken ist, wenn es um "Arbeiterkultur", um alltäglich praktizierte Weltanschauung und die theoretische Analyse ihrer Entstehung geht. Im dritten Kapitel geht Langewiesche auf die verschiedenen Freizeitangebote ein die von der Arbeiterbewegung für die organisierten Arbeiter und ihre Familien entwickelt wurden, und diskutiert abschließend "Ideologie und Praxis der sozialistischen Kulturarbeit zwischen organisierter Gegenkultur und Freizeitagentur". Gegenüber dem in den vorhergehenden Kapiteln aufbereiteten empirischen Material und den unmittelbar mit seiner Darstellung verknüpften Schlußfolgerungen und Wertungen zu den Ergebnissen sozialistischer Arbeiterbildung hinterläßt dieses letzte, die Ergebnisse theoretisch verallgemeinernde Kapitel (wie auch die einleitenden Bemerkungen) einen unbefriedigenden Eindruck. Langewiesche identifiziert sozialistische Arbeiterbewegung mit dem sogenannten "Austromarxismus", der als spezifische Variante des Reformismus in der Arbeiterbewegung jedoch an keiner Stelle thematisch behandelt wird; ebensowenig kommen neben den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen die von der Kommunistischen Partei getragenen Bildungs- und Freizeitorganisationen zur Sprache. Langewiesche verwendet dann auch Begriffe wie "marxistisch" oder "sozialistisch" als ob sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung für alle und für alle Zeiten mit gleichen inhaltlichen Vorstellungen verbunden wären bzw. seien. Konzeptionell hängt damit zusammen, daß Langewiesche, trotz einer verbalen Ablehnung der These von der "Verbürgerlichung" der Arbeiter, die bloße abstrakte Gegenüberstellung von selbständiger "Gegenkultur" und "Arbeiterkultur" nicht überwindet. Das Scheitern von Vorstellungen einer selbständigen sozialistischen Kultur der Arbeiterklasse im Kapitalismus einerseits und die dokumentierte Lebendigkeit eigenständiger kultureller Aspekte in der Lebensweise von organisierten Arbeitern andererseits bleiben unvermittelte Pole; indem das eine gänzlich als gescheiterte Illusion abgetan wird, kann das andere - seiner gesellschaftspolitischen Brisanz entschärft - folgerichtig zum akzeptablen und integrierten Bestandteil der bürgerlichen Gesellschaft erklärt werden.

Für die marxistische Forschung zur Geschichte der Arbeiterklasse ist Langewiesches Publikation in erster Linie eine Fundgrube reichen empirischen Materials zur Lebensweise der Arbeiter, zu ihren Bildungsbestrebungen und Freizeitbetätigungen sowie den Organisationsformen, die in der Arbeiterbewegung mit zum Teil erheblichem finanziellem Aufwand für die Entwicklung und Befriedigung dieser Bestrebungen und Bedürfnisse geschaffen wurden.

Irene Dölling

Wolfgang Renzsch, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungs Jahrzehnt = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, hg. v. Helmut Berding, Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler, Bd. 43

Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980, 260 Seiten  
Preis: 64,- DM

Obwohl Wolfgang Renzsch das Thema nicht aus dem Rahmen der "Modernisierungsforschung" herausführt, enthält seine differenzierte Darstellung gewerbe- bzw. industriezweigspezifischer sozialökonomischer Bedingungen wichtiges Ma-

terial zu Teilproblemen der Ursprung und Frühstadien des ökonomischen und teilweise des politischen Konstituierungsprozesses der Arbeiterklasse in Deutschland.

Die Fallstudien zu vier Berliner Handwerker- bzw. Arbeiterberufsgruppen machen deutlich, wie die Bauarbeiter, die Gesellen und Meister des Schneidergewerbes, die Textilarbeiter und die Maschinenbauarbeiter in der Zeit von der Reichsgründung bis zum Erlass des Sozialistengesetzes (1871 bis 1878) aufgrund ihrer speziellen Arbeitsplatzbedingungen und im gegenseitigen Konkurrenzkampf um den Arbeitsplatz den Polarisierungsprozeß innerhalb der sich festigenden kapitalistischen Klassengesellschaft erlebten.

Durch vergleichende Analysen zeigt Renzsch, wie der Stand der technisch-technologischen Entwicklung im Zusammenhang mit den kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen (Verlagssystem, kapitalistische Manufaktur bzw. Fabrik, Betriebsgröße, Arbeiterorganisation, funktionelle Gliederung des Arbeitsprozesses usw.) sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Kampfbedingungen der Arbeiter in den vier verschiedenen Gewerken bestimmte und wie die durch das Handwerk tradierten Gewohnheiten, Vorstellungen und Kampferfahrungen in die Bestrebungen um berufsverbandliche oder gewerkschaftliche Interessenvertretungen der sich bildenden Arbeiterklasse eingebracht bzw. überwunden wurden.

Unterschiede in der Qualifikationsstruktur der Betriebe, Veränderungen durch Rationalisierungen, Arbeitszeit, Lärm, Abteilungsgröße und andere Erfordernisse des technologischen Prozesses im Speziellen bzw. in ihrer Komplexität wirkten sich auf Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten am Arbeitsplatz aus und waren für die "Ausbildung eines Bewußtseins einer gemeinsamen Lage und der Möglichkeit der Verbesserung der Situation durch kollektive Arbeitskampfmaßnahmen" von Bedeutung.

Hinsichtlich der Bauarbeiter arbeitet Renzsch heraus, daß sie mit dem Übergang vom Handwerk zum kapitalistischen Baugewerbe "die Unterstützungseinrichtungen der Zünfte oder die Einbindung im ländlichen Lebensbereich verloren" hatten. Infolge großer Bauvorhaben und steigender Betriebsgröße trat zwischen Baumeister und Gesellen bzw. Bauunternehmer und Arbeiter anstelle tradierter standesbezogener Interessen der Konflikt zwischen dem kapitalistisch operierenden Bauunternehmer und dessen Arbeiter. Bei günstigen Bedingungen für die Organisationsbildung auf den Baustellen, nämlich intensive Kommunikation untereinander ohne Integration berufsfremder Arbeiter und zunächst ohne veränderte Arbeitsverrichtung, blieben die überkommenen Verhaltensweisen und Formen der Verständigung in dieser Zeit erhalten, und es wurden eigene Berufsverbände der Maurer, Zimmerleute und Putzer gebildet. Durch die relativ günstige Konjunkturlage im Baugewerbe und Koalitionsschwierigkeiten der Unternehmer untereinander waren diese häufig gezwungen, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen.

In einer ganz anderen Situation befanden sich die aus dem Schneiderhandwerk hervorgehenden Arbeiter. Dezentralisierung der Konfektionsherstellung, Auftragsvergabe über Zwischenmeister an Heimarbeiter und damit erschwerte Verständigungsmöglichkeiten der Schneider untereinander, Einsatz ungelernter Frauen und Kinder anstelle gelernter Schneider, ein fast unbegrenztes Arbeitskräftereservoir und anderes ließen die Bemühungen um gewerkschaftliche Organisationen der Schneider und die Durchsetzung ihrer Forderungen häufig scheitern.

Diese aussichtslose Situation auf dem Arbeitsmarkt sowie die äußerst schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen führten nach Renzsch dazu, daß sich die Schneider eher als Arbeiter anderer Industrien eine Verbesserung ihrer sozialen Lage durch die Lösung bestimmter politischer Probleme (Produktivgenossenschaften mit Staatskredit, Wahlrecht) erhofften und deshalb auch relativ hoch an der Mitgliedschaft im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (ADAV)

beteiligt waren.

Auch die Kampfbedingungen der Textilarbeiter waren von der heterogenen Zusammensetzung der Beschäftigten, dem hohen Beschäftigungsgrad bei Frauen, Kindern und Ungelernten, beeinflusst. Ungelernte, die oft aus ländlichen oder Dienstbotenverhältnissen kamen, stellten weniger Forderungen nach Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen als Gelernte. Die Crimmitschauer Textilarbeiterorganisation, die Rensch vergleichsweise den Verhältnissen in Berlin gegenüberstellt, steht als Beispiel dafür, daß aus dem Handwerk stammende Organisationsvorstellungen vom Fabrikproletariat übernommen wurden. Hier wie auch in anderen Fällen wirkte sich das Unterstützungswesen positiv auf erste Organisationsbestrebungen aus.

Die Bedingungen der Maschinenbauarbeiter, die gekennzeichnet waren durch höchste Qualifikationsanforderungen einerseits, Entwertung handwerklicher Arbeitsqualifikation aufgrund zunehmender arbeitsteiliger Produktionsprozesse andererseits, Heterogenität von Herkunft und handwerklichen Traditionen der unterschiedlichen, in den Maschinenbau eingehenden Gewerke und die meistens vorhandene Abgeschlossenheit einzelner Abteilungen und Werkstätten innerhalb einer Fabrik förderten zunächst mehr die Organisierung der Arbeiter in Berufsverbänden als den Anschluß an die industrieverbandlich organisierte Metall- und Maschinenbauarbeitergewerkschaft.

Daß Rensch für einige Arbeiterberufe in Berlin Fragen der sozialen Gliederung und der organisationspolitischen Entwicklung untersucht, ist ohne Zweifel von Wert für die weitere Forschung, weil hier den insgesamt noch wenig untersuchten Tagesproblemen und -ereignissen und ihres Gesamtlages in übergreifenden Aktionen der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung nachgegangen wird.

Doch obwohl Rensch auf der empirischen Ebene konstatiert, die "Stellung im Produktionsprozeß ist der entscheidende Faktor bei der Bestimmung der klassenspezifischen Interessenlagen, die aufgrund der kapitalistischen Organisation der gesellschaftlichen Arbeit einen Klassegegensatz zwischen Produktionsmittelbesitzern und lohnabhängigen Arbeitnehmern konstituieren", und er auch zu der Feststellung kommt, der Klassenkampf habe "gruppenüberschreitenden Charakter, der die innere Differenzierung der Klassen zurücktreten läßt", will er schlußfolgernd die über seinen Untersuchungszeitraum hinausgehende Entwicklung des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse lediglich als "politischen Konflikt" verstanden wissen. Eine politische Konstituierung der Arbeiterklasse, die das kapitalistische System in Frage stellt, liegt außerhalb seiner Betrachtung.

Entsprechend den konflikttheoretischen Ansätzen bürgerlicher "Modernisierungsforschung" mündet und endet damit die Arbeit von Rensch konzeptionell im bürgerlichen Demokratieverständnis der Sozialdemokratie.

Traute Scholz

Fritz Stern, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder

Verlag Ullstein GmbH, Frankfurt (Main)/Berlin (West) 1980,  
754 Seiten, Preis: 32,- DM

Das Buch erschien 1977 in den USA, 1978 in deutscher Übersetzung in der BRD und 1980 bereits in einer Nachauflage. Zweifellos gehört es zu den wichtigsten Büchern, die in den letzten Jahren über Bismarck und seine Zeit von bürgerlicher Seite geschrieben wurden. Man mag sich fragen, ob der Leser überhaupt noch etwas Neues zur Person Bismarcks erfahren kann, wenn in einer 1966 erschienenen Bismarck-Bibliographie (Karl Erich Born) mehr als

7000 Titel angeführt werden. Doch das Neue und auch der besondere Reiz des vorliegenden Buches liegt in der Doppelbiographie, in der Darstellung der Beziehungen zwischen Bismarck und "seinem Bankier" Gerson Bleichröder.

Stern hat die Spuren Bleichröders fast zwanzig Jahre lang in vielen Archiven Europas und in den USA verfolgt: in Paris, Potsdam, Merseburg, Bonn, London, Wien, Friedrichsruh und Cambridge (Mass.). Das Auftauchen von Überbleibseln des Bleichröderschen Privatarchivs in New York war Ausgangspunkt für diese intensive Suche. In der Baker Library der Harvard-Universität in Cambridge benutzte Fritz Stern den Gesamtbestand Tausender an Bleichröder gerichteter Briefe von der Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zu dessen Tod (1893). Darunter befanden sich viele Briefe von Bismarcks Familie und Bismarcks Sekretären, aber auch Briefe von bedeutenden Staatsmännern und Diplomaten, von hohen Beamten und Bankiers des Kaiserreichs, von Disraeli und Leopold II., von den Rothschilds und den Oppenheims.

Auf der Grundlage dieser einzigartigen Quelle wie der anderen aufgespürten Materialien konnte Stern ein aufschlußreiches Bild der Verflechtung von Regierung und Wirtschaft, von Diplomatie und Geldwesen in Preußen und Deutschland in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zeichnen. Die beiden Männer, die er dabei in den Mittelpunkt rückte, verkörperten - jeder auf seine Art - in einzigartiger Weise Entwicklungen, die das historische Geschehen jener Zeit bestimmten. Es bestand dabei durchaus die Gefahr, daß Bleichröder, der sozial Aufsteigende und Aufgestiegene, der Mann, der mehr im Halbdunkel finanzieller Transaktionen wirkte und im Ganzdunkel mit geheimen politischen Missionen betraut war, in den Schatten des öffentlich agierenden und herausragenden Politikers und Staatsmannes Bismarck gedrängt wurde. Es fehlt auch nicht an Bemerkungen in dem Buch, wo Stern den Eindruck vermittelt, daß Bleichröder der Zweitrangige war, der nur benutzt wurde, der in der aristokratisch ausgerichteten preußisch-deutschen Gesellschaft nicht nur das Stigma einer bürgerlichen Herkunft trug, sondern auch noch das einer jüdischen. Doch zugleich enthüllt das Quellenmaterial recht eindrucksvoll die tatsächliche Rolle des Bankiers, eine sehr aktive Rolle, stets im Kreis des politischen Machtzentrums, dieses von der ökonomischen Seite her stützend und beeinflussend.

Vielfältig sind Bleichröders finanzielle und wirtschaftliche Transaktionen. So war er führend bei der Finanzierung der Kriege in den sechziger Jahren (1864 und 1866), als das Parlament Bismarck die Geldmittel verweigerte. Im Osten gründete er das Riesenunternehmen der Laurahütte (Henckel v. Donnersmarck), im Westen formierte er die Hibernia-Zechen (zum Beispiel S. 237). Er sanierte jene hohen und höchsten Aristokraten aus der nächsten Umgebung des Kaisers, die sich, wie die Ujest, Ratibor und Lehndorf, allzutief in die wilden Spekulationen der Gründerjahre eingelassen hatten (S. 338 f., 469). Er verfocht das Projekt einer Reichsbank, das dann einer Lösung zugeführt wurde, wie sie durch den ehemaligen Bankier Ludwig Bamberger und die Minister Rudolf v. Delbrück und Otto v. Camphausen angestrebt worden war (S. 281). Er war an der Gründung des Centralverbandes Deutscher Industrieller (CDI) hinter den Kulissen beteiligt und wirkte als Bindeglied zwischen dem neuen Centralverband und Bismarck (S. 248). Er unterstützte und förderte die Bismarcksche Politik der siebziger Jahre. Er vollzog den Übergang zum Hochprotektionismus mit Wilhelm v. Kardorff, in der protektionistischen Richtung führend, war einer seiner engsten Associés und zugleich maßgebliches Mitglied der Freikonservativen, jener Partei, die Bismarck und den Interessen Bleichröders am nächsten stand (S. 237). Bleichröder setzte auch seine Verbindungen und sein Geld ein, um in den Wahlkampagnen Ende der siebziger Jahre eine Mehrheit für das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie durchzubringen (S. 252). 1885 stand er zusammen mit Hansemann (Disconto-Gesellschaft) an der Spitze der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika (S. 505), auch wenn Stern die Kolonialinteressen herunterspielt, als Ereignis "am Rande" (S. 10 f.). Mit Bismarcks Entlassung (1890) wurde der Einfluß Bleichröders geringer. Andere Banken und Bankiers rückten stärker in den Vordergrund.



Doch allein diese Auslese von Aktivitäten Bleichröders zeigt, daß derselbe keineswegs nur "Werkzeug", sondern rund dreißig Jahre aktiver Mitgestalter der preußisch-deutschen Politik war, Vertreter eigener Interessen und der Interessen seiner Klasse. Der Hauptmangel dieses Buches liegt gerade darin, daß sein Autor die Klassenbeziehungen, die objektiven Zwänge, in die das Handeln seiner beiden Hauptakteure eingebettet war, nicht zur Kenntnis nehmen will. Er wendet sich vielmehr gegen die bürgerliche strukturorientierte Sozialgeschichte (S. 14), die wenigstens in Ansätzen langfristig wirkende ökonomische und soziale Zwänge anerkennt, und er ist natürlich erst recht von einer marxistischen Geschichtsschreibung, die auf gesetzmäßigen Abläufen der Geschichte basiert, weit entfernt. Damit kann er die Widersprüche im Verhalten seiner beiden Protagonisten häufig nur nennen, aber nicht erklären. Das individuelle und pragmatische Element ist für ihn die eigentliche Geschichte, nicht das Eingebundensein in sozialökonomische Verhältnisse, die das freie Handeln ebenso bestimmten wie ihm Grenzen setzten.

Trotz allem: Aufgrund seines reichen Quellenmaterials ist das Buch eine Fundgrube für jeden, der sich mit diesem wichtigen Zeitabschnitt deutscher Geschichte, Höhepunkt freier kapitalistischer Entwicklung und aristokratisch verbrämter Machtentfaltung, beschäftigt. Es bringt neue und vertiefende Einsichten in das Zusammenwirken von Bankiers und Staat bei der stürmischen Entfaltung der Produktivkräfte in den siebziger und achtziger Jahren, und es wirft neue Schlaglichter auf die Person Bismarcks, die keineswegs ökonomischen Dingen - auch zum eigenen Vorteil - so fern stand, wie die deutsche bürgerliche Geschichtsschreibung - vorwiegend konservativer Observanz - über Jahrzehnte glauben machen wollte. "Gold und Eisen" - das ist nicht nur der publikumswirksame Titel eines lebendig geschriebenen Buches, sondern es ist auch - in Abwandlung des Wortes von "Blut und Eisen" - der programmatische Ausdruck einer Politik, die die ökonomischen Kräfte des Kapitalismus in Deutschland endgültig freisetzte und dabei sozial im konservativen Raum verharrte. Bismarck, der Junker und Staatsmann, verfocht diese Politik ebenso wie Bleichröder, der 1872 in den erblichen Adel erhobene Großbourgeois und Finanzmann. Es ist eine der nicht seltenen Ironien der Geschichte, daß Bleichröder - wie viele seinesgleichen - in jenen Jahren den Wind mitsäte, den seine Nachfahren später, im Faschismus, als Sturm erteten. Es könnte auch eine der Lehren des Buches sein.

Horst Handke

## BETRIEBSGESCHICHTE

Eine konzeptionelle Erwägung zur Betriebsgeschichtsschreibung, angestellt nach der Lektüre von

Manfred Beck, Die Entstehung und Entwicklung der Eisen- und Hüttenwerke Thale bis zum Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands, hg. v. der Betriebsparteiorganisation des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale

T. 1: Von den Anfängen bis zum ersten Weltkrieg 1686 - 1917 (im folgenden: I)

T. 2: Von der Novemberrevolution bis zum Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands 1917 - 1945 (im folgenden: II)

o. O. o. J., T. 1, 100 Seiten, T. 2, 104 Seiten

Erwin Könnemann, Die Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, hg. v. der Betriebsparteiorganisation des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale

T. 1: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung 1945 - 1949 (im folgenden: III)

T. 2: Der Aufbau der Grundlagen des Sozialismus 1949 - 1961 (im folgenden: IV)

o. O. o. J., T. 1, 96 Seiten, T. 2, 96 Seiten

Erwin Könnemann, Der VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus 1961 - 1965, hg. v. der Zentralen Parteileitung der SED im VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale (im folgenden: V)

o. O. o. J., 88 Seiten

von Wolfgang Mühlfriedel

1979 und 1980 erschienen fünf Hefte über die Geschichte des VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale. Manfred Beck und Erwin Könnemann haben die historische Entwicklung dieser althehrwürdigen und zukunftssträchtigen Werke der Schwarzmetallurgie unseres Landes dargestellt. Das Ergebnis der Arbeit beider Verfasser ist aus vielerlei Gründen lesenswert.

Da ist zunächst der große Zeitraum zu nennen, der behandelt wurde. Die Anfänge der Thaler Werke liegen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Das letzte Heft der Betriebsgeschichte schließt mit dem Jahr 1965. Die 279 Jahre, die beschrieben wurden, stellen hohe Anforderungen an die konzeptionelle Behandlung des zu bearbeitenden Stoffes. Es ist also bereits interessant zu verfolgen, wie die Verfasser die Darstellung der Geschichte der Thaler Werke angelegt haben. Sie gliedern ihre Untersuchungsergebnisse in drei Abschnitte. Im ersten wird die Entstehung und Entwicklung der Eisen- und Hüttenwerke Thale bis zum Zusammenbruch des faschistischen Deutschlands in vier Kapiteln abgehandelt. Das erste Kapitel ist der Vorgeschichte der Werke und ihrem Bestehen bis zum Jahre 1871 gewidmet; das zweite stellt den Werdegang der Werke zwischen 1871 und 1917 dar. Beide Kapitel bilden zusammen das erste Heft der Publikationsreihe. Das dritte Kapitel umfaßt die Werksgeschichte von der Novemberrevolution in Deutschland bis zum Beginn der faschistischen Herrschaft.

Im vierten schließlich wird behandelt, wie sich die Eisen- und Hüttenwerke Thale als Rüstungsbetrieb entwickelten.

Der zweite Abschnitt der betriebshistorischen Darstellung beinhaltet die Entwicklung der Eisen- und Hüttenwerke Thale in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Im ersten Teil wird geschildert, wie sich die Werke in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung veränderten. Der zweite Teil ist der Geschichte der Thaler Werke in den Jahren des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus vorbehalten. Diese beiden Teile bilden das dritte und vierte Heft der publizierten Reihe.

Schließlich enthält das fünfte Heft als dritten Abschnitt die Geschichte der Thaler Werke zwischen 1961 und 1965. Die weitere Fortsetzung ist angekündigt.

Die Einrichtung der Abschnitte und Kapitel läßt schon erkennen, daß die Verfasser nationalhistorische Entwicklungsräume zur Grundlage der betriebsgeschichtlichen Periodisierung genommen haben. In dieser Vorgehensweise besteht ein Vorzug: Der Werdegang der Thaler Werke wurde mit Gewinn für den Leser, der auf diese Weise damit vertraut gemacht wird, daß die Werke kennzeichnenden Prozesse gleichzeitig Ausdruck des allgemeinen Fortgangs der Geschichte sind, in die Nationalgeschichte eingebettet. Von methodologischem Vorteil ist ferner das Bemühen, die unmittelbare Korrespondenz zwischen den Ereignissen in den Eisen- und Hüttenwerken Thale und dem nationalen Geschehen aufzuhellen. Natürlich war es nicht immer möglich, diese Korrespondenz mit genügend Material zu belegen. Zuweilen mußten sich die Verfasser mit Verweisen begnügen. Es entsteht allerdings die Frage, ob es gerechtfertigt war, die Periodisierung der Geschichte der Thaler Werke so ohne weiteres und in jedem Falle an die nationalhistorischen Zäsuren zu binden.

Lesenswert sind die historischen Hefte über die Thaler Werke auch darum, weil das Betriebsgeschehen in ganzer Breite einer Untersuchung unterzogen wurde. Die Verfasser bemühten sich, der Erzeugnisstruktur, den technisch-technologischen Produktionsbedingungen, den Produktionserfahrungen und -fertigkeiten, dem Produktionswissen der Arbeiter und Ingenieure, den Produktionsverhältnissen ebenso ihre Aufmerksamkeit zu schenken wie dem Wirken der revolutionären Arbeiterbewegung in der Belegschaft, dem Kampf der politisch organisierten Arbeiter gegen die Einflüsse der Bourgeoisie und des Faschismus auf die Belegschaft, den großen Leistungen der fortschrittlichen Teile der Belegschaft bei der Errichtung und Festigung der Arbeiter- und Bauern-Macht, dem Schöpfertum auf kulturellem Gebiet und den Leistungen im Sport. Auf einige Grenzen, die dabei sichtbar werden, soll noch näher eingegangen werden.

Weitere Vorzüge der Thaler Geschichtshefte kommen vor allem durch die gebotene Materialfülle zur Geltung. Die Verfasser sind in der Regel bestrebt, die von ihnen beschriebenen historischen Vorgänge mit ausreichendem Material zu belegen.

Die Publikationen über die Eisen- und Hüttenwerke Thale haben ihren Leserkreis nicht nur in der Belegschaft des Unternehmens. Auch Historiker, die sich mit der Entwicklung der Schwarzmetallurgie in der DDR, mit der Industriegeschichte und mit der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung befassen, nehmen die Arbeiten von Beck und Könnemann mit Gewinn zur Hand.

Von besonderem Wert sind die Thaler Hefte für all jene, die vor der Aufgabe stehen, die Geschichte eines Industriebetriebes zu verfassen oder an der Erforschung und Niederschrift einer solchen Geschichte mitzuwirken. Das Studium der Hefte wird ihnen ihre Arbeit erleichtern.

Die Rezension könnte nun ausführlich die verschiedenen Darstellungslinien und betriebshistorischen Details hervorheben, die dazu berechtigen, die Hefte in die Gruppe der gelungenen Betriebsgeschichten einzureihen. Der begrenzte Raum einer Rezension soll jedoch dazu genutzt werden, eine methodologische Lehre, die die historischen Hefte aus Thale der Betriebsgeschichtsschreibung

ermitteln, mitzuteilen. Sie offenbart sich, wenn die Frage nach den eigentlichen Adressaten der Betriebsgeschichte und nach den Erwartungen, die diese einer solchen Geschichte entgegenbringen, gestellt wird. Nun liegt zweifellos die Antwort auf den ersten Teil der Frage auf der Hand. Eine Betriebsgeschichte wird in erster Linie für die Werktätigen geschrieben, die in diesem Betrieb tätig sind. Die Beantwortung des zweiten Teils der Frage ist schon komplizierter, weil aus vielen Gründen jedes Belegschaftsmitglied Unterschiedliches von einer Geschichte seines Betriebes erwartet. Wie verschieden die Erwartungen auch im einzelnen sein mögen, das gemeinsame Grundinteresse der Belegschaftsmitglieder wird darin bestehen, daß sie ihr Wirken und das Wirken ihrer Kollektive für den gesellschaftlichen Fortschritt widergespiegelt sehen wollen. Sie möchten über ihren Kampf gegen die Hemmnisse, die sich dem Fortschritt entgegenstellen, ebenso nachlesen, wie über den, den frühere Generationen ausgefochten haben.

Prüft man nun unter diesem Gesichtspunkt die Thaler Publikationsreihe, dann entsteht ein sehr differenziertes Urteil. Sie enthalten viele Parteien, mit denen den Adressaten entsprochen wird. Wir kommen auf sie noch zurück. Aber es gibt doch in der Anlage und in der Ausführung der einzelnen Abschnitte und Kapitel merkbare Anzeichen dafür, daß die Konzeption nicht in jedem Falle von den Adressaten und ihren Grunderwartungen bestimmt wurde. Da der Rezensent aus eigener Erfahrung in der betriebshistorischen Forschung um die außerordentlichen Schwierigkeiten weiß, die beim Finden und Verfolgen der richtigen Konzeption für eine Betriebsgeschichte gegeben sind, hält er es für richtig und wichtig, Erwägungen dazu vorzutragen, weil die Diskussion über die Gestaltung betriebshistorischer Darstellungen in vollem Gange ist.

Wenden wir uns zunächst den Abschnitten der Betriebsgeschichte zu, die der vorsozialistischen Zeit gewidmet sind.

Die Funktion, die der Darstellung des kapitalistischen Betriebes zukommt, besteht vornehmlich darin, mit den Mitteln der Geschichtsschreibung die Beziehungen der gegenwärtigen Belegschaftsgenerationen zu denjenigen herzustellen, die die progressiven Traditionen des Betriebes und der Belegschaft begründeten und bereicherten. Dabei müssen die Grenzen, die diesem traditionsbildenden Prozeß durch die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse gezogen waren, kenntlich gemacht werden. Solche Traditionen entstanden sowohl in der Klassenauseinandersetzung auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet als auch auf dem Produktionsfeld.

Soll nun diese Funktion der Betriebsgeschichte zur Geltung gebracht werden, ist es notwendig, die Entwicklung der Belegschaft des kapitalistischen Betriebes in das Zentrum der Untersuchung und Darstellung zu rücken. Das hat freilich die Konsequenz, daß die Aufmerksamkeit nicht schlechthin der Geschichte des kapitalistischen Betriebes gelten darf, sondern daß Forschungen darüber nur die Grundlage für eine Darstellung der Belegschaftsgeschichte dieses Betriebes abgeben.

Es wird hier - um einem Einwand zuvorzukommen - nicht in Frage gestellt, daß die Geschichte eines kapitalistischen Unternehmens oder Betriebes Gegenstand einer selbständigen marxistisch-leninistischen Arbeit sein kann. Das ist möglich und wünschenswert. Das Ergebnis einer derartigen Untersuchung muß aber nicht den Zuschnitt einer Betriebsgeschichte, die für eine Belegschaft zu schreiben ist, haben. Die beiden von Beck verfaßten Hefte spiegeln das hier genannte Problem sehr eindrucksvoll wider. Becks Untersuchung ist eigentlich als Geschichte der Eisen- und Hüttenwerke Thale, als Unternehmensgeschichte, angelegt. Aber in den Parteien, in denen sich der Verfasser mit den Kämpfen, die die gesamte Belegschaft, Belegschaftsgruppen oder einzelne Angehörige der Belegschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung führten, befaßt, tritt die Belegschaft in das Zentrum der Darstellung. Das ist auch der Fall, wenn Beck über die Geschichte der Arbeiterbewegung in Thale und in den Eisen- und Hüttenwerken schreibt.



Eine betriebshistorische Arbeit, die die Belegschaft zum Adressaten hat, also nicht als wirtschaftshistorische Spezialuntersuchung fungieren soll, muß aber die Belegschaft auch dann in den Mittelpunkt stellen, wenn die technische und ökonomische Entwicklung des Betriebes behandelt wird. Das ist jedoch in den ersten beiden Heften über die Geschichte der Thaler Werke nicht der Fall. Das illustrieren schon Beispiele von Kapitelüberschriften: "Die Anfänge des Eisenhüttenwerkes"; "Die Entwicklung des Eisenhüttenwerkes zu einer kapitalistischen Fabrik"; "Die Wandlung des Eisenhüttenwerkes vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg"; "Als Rüstungsbetrieb während der faschistischen Herrschaft". Ganz zu schweigen von jenen Titeln, in denen der Betriebsbezug überhaupt fehlt.

Die Titel kennzeichnen die Diktion der Kapitel. Sie lassen erkennen, daß Beck das kapitalistische Unternehmen zum Gegenstand seiner historischen Untersuchung gemacht hat. Damit ist auch die Sicht des Verfassers auf die Belegschaft des Unternehmens fixiert. Wenn er die technische und ökonomische Entwicklung der Thaler Werke behandelt, stellt er die Belegschaft ausschließlich als Objekt des Produktions- und Ausbeutungsprozesses dar. Der Verfasser verfolgt nicht die Frage, welche Rolle die Belegschaft als Subjekt des Produktionsprozesses in einem kapitalistischen Unternehmen spielt. Das ist aber die Voraussetzung, um zu klären, welche Rolle die Thaler Belegschaft als geschichtsformendes Subjekt in der Zeit des Kapitalismus einnimmt. Bevor dieser Aspekt eingehender belegt wird, ist es vielleicht zweckmäßig, der Frage nachzugehen, ob die Werk-tätigen in einem kapitalistischen Unternehmen ohne weiteres als Belegschaft im Sinne eines geschichtsbildenden Faktors angesehen werden können. Natürlich gibt es gravierende Unterschiede im geschichtsformenden Wirken zwischen der Belegschaft eines kapitalistischen Unternehmens und dem Werkskollektiv eines sozialistischen Betriebes. Auch eine differenzierte Betrachtung für das Wirken der Belegschaft eines kapitalistischen Unternehmens in der Zeit des Kapitalismus der freien Konkurrenz und in den Jahren faschistischer Kriegswirtschaft ist notwendig.

Trotz aller Unterschiede, die es in den politischen und ökonomischen Existenzbedingungen einer Betriebsbelegschaft gibt, veranlassen uns zwei Gründe, auch die Werk-tätigen in einem kapitalistischen Unternehmen als Belegschaft zu bezeichnen.

Unter einer Belegschaft wird im allgemeinen die Gesamtheit der in einer Produktionsstätte tätigen Werk-tätigen verstanden. Diese allgemeine Definition erlaubt ohne weiteres, von einer Belegschaft in einem kapitalistischen Unternehmen zu sprechen. Für die Ansicht, in einem kapitalistischen Unternehmen existiere im Sinne des geschichtsbildenden Prozesses eine Belegschaft, spricht, daß sowohl spezifische Beziehungen zwischen den Werk-tätigen des Unternehmens als auch zwischen den Werk-tätigen und der Produktionsstätte im Verlauf der Geschichte des kapitalistischen Unternehmens entstehen.

Hier kann nicht die Gelegenheit sein, diese sich aus verschiedenen objektiven und subjektiven Gründen ergebenden Beziehungen aufzuzeigen, was aber erforderlich ist, um die Einheit von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Belegschaft des volkseigenen Betriebes herauszuarbeiten. Nur wenn diese Einheit deutlich gemacht werden kann, ist es möglich, die bewußtseinsbildende Funktion der betriebsgeschichtlichen Darstellung für die gegenwärtigen und zukünftigen Generationen der Belegschaft voll zur Geltung zu bringen.

Ein lebendiges Verhältnis zur Vergangenheit wird sich bei den Arbeitern, Angestellten, Ingenieuren und Wissenschaftlern eines volkseigenen Betriebes nur in dem Maße vollständig ausbilden, wie die progressiven Traditionen der Belegschaft umfassend vermittelt werden. Das kann in der Betriebsgeschichte aber nur dann geschehen, wenn neben der Haltung der Belegschaftsmitglieder in den ökonomischen und politischen Kämpfen der Zeit auch ihre Leistungen auf dem Gebiet der Produktion eingehend gewürdigt werden.

In der betriebshistorischen Untersuchung von Beck werden die Leistungen der

Belegschaft auf dem Produktionsfeld nicht analysiert. Er vermittelt keine Wertung ihrer Schöpferrolle in dieser Hinsicht. Nur an einer einzigen Stelle heißt es: "Die Stahlwerker müssen wahrhafte Meister ihres Faches gewesen sein" (I, S. 54).

Sie waren in der Tat Meister ihres Faches. Die Qualitätserzeugnisse, Produktionsmittel und Produkte für den individuellen Konsum, die die Thaler Werke verließen und den kapitalistischen Unternehmern beträchtliche Profite einbrachten, konnten nur entstehen, weil die Arbeiter den technisch-technologischen Prozeß beherrschten. Die produktionstechnischen und -technologischen Veränderungen, die in den Thaler Werken im Gefolge des technischen Fortschritts oder durch Wandlungen im Produktionsprofil vor sich gingen, verlangten das Schöpferfatum der Arbeiter und Ingenieure. Dieses schöpferische Wirken, von dem letztlich alles abhing, muß auch in einer Abhandlung über die vorsozialistische Zeit eines Betriebes gebührend gewürdigt werden. Es geht nicht an, den Zusammenhang zwischen dem qualitativen Wandel der technisch-technologischen Produktionsbedingungen in einem kapitalistischen Betrieb und der Belegschaft nur unter dem Gesichtspunkt der für die Arbeiter damit verbundenen negativen Auswirkungen zu betrachten.

So richtig es ist, diese Auswirkungen nachzuweisen, so notwendig ist es aber auch zu beachten, daß jede technisch-technologische Neuerung in der Produktion das kulturell-technische Niveau der Gesamtbelegschaft verändert. Die neuen Arbeitsplätze waren mit der jeweils modernsten Technik ausgestattet. Während die Belegschaftsmitglieder den neuen Produktionsapparat bzw. die technologischen Verfahren beherrschen lernten, trugen sie gleichermaßen zur besseren Verwertung des eingesetzten Kapitals wie auch zur Verbreitung des technischen Fortschritts bei. Diese dialektische Beziehung muß in einer Betriebsgeschichte herausgearbeitet werden. Nur wenn das geschieht, kann eine umfassende Wertung des gesamten Tuns der Belegschaft in einem kapitalistischen Betrieb aus der historischen Perspektive heraus erfolgen. Beck läßt eine solche Sicht vermissen. Was hier gemeint ist, soll ein Zitat über die Anfangszeit der Thaler Werke verdeutlichen: "Wer auf den Feldern des Barons von dem Busche-Streithorst, in den Sägewerken, Öl- und Getreidemühlen keine Arbeit bekam, war gezwungen, sich im Hüttenwerk um Arbeit zu bewerben." (I, S. 2)

Beck übernimmt hier kommentarlos ein konservatives Urteil von Zeitgenossen über die Arbeit in der Hütte, das nicht mit der Stellung, die die Hütte in historischen Prozeß einnimmt, übereinstimmt. Statt der Klage, daß die Hütte die letzte Arbeitsmöglichkeit für Beschäftigungssuchende darstellte, zu folgen, wäre es richtiger gewesen, herauszustellen, daß jeder, der auf die Hütte kam, in einer der im historischen Sinne fortschrittlichsten Produktionsstätten, die es in der Thaler Gegend gab, Arbeit nahm. Die Arbeit der Hüttenleute trug zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bei. Damit aber nicht genug. Die Arbeit in der Hütte, die einer ständigen qualitativen Veränderung unterworfen war, ließ die Hüttenleute in der Regel immer mit den jeweils modernsten Produktionsmitteln umgehen. Darin bestand, wie bekannt, eine der Quellen für die Fähigkeit der Arbeiterklasse, ihre historische Mission zu erfüllen. Das unter dem Einfluß der technisch-technologischen Entwicklung steigende kulturell-technische Niveau der Gesamtbelegschaft - mit dem durchaus auch eine Dequalifizierung von Beschäftigungsgruppen einherging - wurde immer mehr zu einer Voraussetzung für die Arbeiter, sich ihrer Klassenlage bewußt zu werden. Die durch die technisch-technologische Entwicklung in hohem Maße verursachte Konzentration von Produktion und Arbeit bildete die objektive Grundlage für den politischen Organisationsprozeß der Arbeiter. Es ist also in der Betriebsgeschichte nicht damit getan, festzustellen, daß mit der industriellen Revolution der Totengräber des Kapitalismus in Gestalt des Proletariats hervortritt (I, S. 29), es muß auch mit Hilfe des betriebsgeschichtlichen Materials der Nachweis geführt werden, wie die kapitalistische Entwicklung das Proletariat mit den Mitteln ausstattet, die erforderlich sind, um den Kapitalismus zu Grabe zu tragen.

Eine Darstellung, die die kapitalistische Zeit eines Betriebes zum Gegenstand hat, darf aber nicht nur die eingehende Wertung der Belegschaft enthalten. Sie muß auch die historische Stellung der kapitalistischen Eigentümer des Betriebes beurteilen. Dieses Urteil umfaßt verschiedene Seiten. Beck hat Hervorragendes geleistet, um die Frontstellung zwischen den kapitalistischen Unternehmern und der Belegschaft herauszuarbeiten. Er befaßte sich eingehend mit dem konservativen und reaktionären Verhalten der verschiedenen Eigentümer und Eigentümergruppen der Thaler Werke. Analysiert man aber das gesamte von Beck über die kapitalistische Unternehmerschaft vorgeführte Material, dann zeigt sich, daß der Verfasser über den einen oder anderen Kapitalisten durchaus ein positives Wort sagen konnte.

Hier sei das Beispiel des Johann Karl Bennighaus angeführt: Ein Mann wie Bennighaus verdient nicht nur eine Schilderung seiner Tätigkeit, sondern es ist unbedingt erforderlich, seine Leistungen für die Geschichte der Thaler Werke zu werten. Dazu berechtigt sowohl seine Biographie als auch sein Umgang mit dem ihm zunächst anvertrauten Werk und seine Umsicht als Kapitalist.

Eine ungenügend dialektische Betrachtungsweise ist auch gegenüber Becks Darstellung der Kapitalgesellschaft, die Eigentümer der Produktionsmittel wurde, zu konstatieren. Es kommt für den Betriebshistoriker, der die gesamte Geschichte des Betriebes im Auge hat, nicht nur darauf an nachzuweisen, daß die Kapitalgesellschaft und die von ihr beauftragten Manager das eingesetzte Kapital mit bestmöglichem Ergebnis realisieren wollen, sondern es muß auch herausgearbeitet werden, daß eine Fortentwicklung des kapitalistischen Unternehmens zur Quelle für den Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung wird. Die damit verbundene Vergesellschaftung der Produktion und der Arbeit stellt aber nicht nur eine Erweiterung der kapitalistischen Reproduktionsbedingungen des untersuchten Unternehmens dar. Sie führt gleichzeitig in das Vorfeld der sozialistischen Produktionsweise. Sie bereitet den Sozialismus materiell mit vor.

Solch eine Betrachtung betriebshistorischer Vorgänge ist wichtig, weil durch sie der historische Bogen von der jüngsten Belegschaftsgeneration zu jenen Generationen gezogen wird, die unter kapitalistischen Bedingungen produzieren mußten. Ebenso wie in der kapitalistischen Industrie insgesamt, waren auch in den Thaler Werken mit dem Übergang in das monopolkapitalistische Stadium objektiv die Möglichkeiten entstanden, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf revolutionärem Wege durch sozialistische Produktionsverhältnisse abzulösen. Dafür gibt es viele Belege. Erinnerung werden soll nur an das Auseinanderfallen von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion, an den Grad der Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit sowie der Monopolisierung der Produktion, an die Reife des kulturell-technischen Niveaus und die Struktur der Belegschaft, die es gestattete, den betrieblichen Reproduktionsprozeß ohne kapitalistischen Eigentümer zu leiten und zu realisieren usw.

Beck stellt sich diesem wichtigen Problem nicht. Er behandelt mit Umsicht und Gründlichkeit die politischen Aktivitäten innerhalb der Belegschaft in Vorbereitung und im Vollzug der Novemberrevolution, in der revolutionären Nachkriegskrise und im Faschismus. Er würdigt die Große Sozialistische Oktoberrevolution als ein Ereignis, das eine neue Epoche der Weltgeschichte, die Epoche des Zusammenbruchs des Kapitalismus und des Übergangs der Völker zum Sozialismus, einleitet, aber er macht seine Leser nicht darauf aufmerksam, daß in den Thaler Werken, wie auch in den anderen kapitalistischen Großbetrieben, die objektiven Grundlagen für diese Epoche in Deutschland bereits entstanden waren.

Ähnlich erfolgt die Darstellung der Thaler Werke während der Zeit des Faschismus. Der Leser erfährt von den antifaschistisch-demokratischen Kräften, die in den Abteilungen der Thaler Werke wirkten und die sich sowie die ihnen vertrauenswürdig erscheinenden Belegschaftsmitglieder auf die demokratische Umwälzung in Deutschland und in den Thaler Werken vorbereiteten. Er wird aber

nicht mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß der Belegschaft eine historisch neue Aufgabe bevorsteht, auf die sie durch ihr fachliches Können vorbereitet war.

Die von Könnemann verfaßten Hefte zur Geschichte der Thaler Werke in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus und in den ersten Jahren der Herausbildung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft stellen die Belegschaft in das Zentrum der Darstellung. Der Autor verfolgt ihren Weg zu einem sozialistischen Werkskollektiv. Die dabei praktizierten Untersuchungs- und Darstellungsmethoden können zum Studium empfohlen werden. Dieser Rat muß aber mit einer kritischen Bemerkung verbunden werden, die sich zunächst auf zwei Probleme bezieht.

Das erste besteht darin, daß der Verfasser zu ausschließlich den fortgeschrittensten Teil der Belegschaft im Auge hat und dessen Entwicklungsgang für den der gesamten Belegschaft setzt. Ein zweites Problem erwächst daraus, daß dem Leser nicht genügend deutlich wird, welche Kriterien dazu dienen, den jeweiligen Fortschritt auf dem Wege zu einem sozialistischen Werkskollektiv zu konstatieren. Autoren einer Betriebsgeschichte müssen sich jedoch um ein Urteil über die gesamte Belegschaft bemühen, das allerdings oft nicht leicht zu fällen ist. Es ist notwendig, eine besondere Methode zu entwickeln, die es gestattet, die Entwicklung der gesamten Belegschaft zu erfassen, zu werten und schließlich darzustellen. Eine solche Methode kann in der Analyse der politischen Struktur der Belegschaft gesehen werden. Im Unterschied zur Belegschaftsstruktur, die sich aus den technisch-technologischen Bedingungen des Produktionsprozesses, aus der Gliederung in die Stamm- und Gesamtbelegschaft, aus der altersmäßigen Zusammensetzung, aus der Beschaffenheit des kulturell-technischen Niveaus usw. ergibt, ist die politische Struktur Ausdruck des Verhaltens eines jeden Belegschaftsmitgliedes zu den Erfordernissen, die die gesellschaftliche Entwicklung an die Belegschaft stellt. Für die Analyse einer solchen Struktur muß die Haltung der Belegschaftsangehörigen zu den gesellschaftlichen Notwendigkeiten, die auf den verschiedensten Wirkungsfeldern der Belegschaft zutage traten, geprüft werden.

Diese Wirkungsfelder sind vielfältig. Sie erstrecken sich vom betrieblichen Reproduktionsprozeß über die Errichtung und Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht und die Entwicklung der Bündnisbeziehungen zur werktätigen Bauernschaft und der Intelligenz bis zur Gestaltung des kulturellen und sportlichen Lebens im Betrieb und in den Wohngemeinden. Das hauptsächliche Feld für die Tätigkeit der Belegschaft ist der betriebliche Reproduktionsprozeß. Auf ihm entscheidet sich, in welchem Maße jedes Belegschaftsmitglied seiner gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Das Wirkungsfeld "betrieblicher Reproduktionsprozeß" hat verschiedene Parzellen. Die Belegschaft muß, will sie alle Parzellen mit Erfolg bearbeiten, sowohl die wissenschaftlich-technischen Grundlagen und die technologisch-technischen Bedingungen des Produktionsprozesses beherrschen und fortentwickeln als auch die Ökonomik des sozialistischen Betriebes meistern.

Im Verlauf der sozialistischen Umgestaltung des Betriebes und der gesamten Gesellschaft erwachsen immer wieder neue Anforderungen wissenschaftlicher, technisch-technologischer, ökonomischer, politischer, moralischer und kultureller Natur, die von der Belegschaft erfaßt werden und denen sie Rechnung tragen muß. In diesem Prozeß verhalten sich die Belegschaftsmitglieder unterschiedlich. Ein Teil nimmt die neuen Herausforderungen unverzüglich an und ist bald imstande, die Wege zu bestimmen, die zur Lösung der neuen Aufgaben führen. Andere Belegschaftsmitglieder benötigen Unterstützung. Sie folgen in ihrem praktischen Verhalten dem Vorbild des progressiven Belegschaftsanteils. Schließlich gibt es in der Belegschaft Kräfte, die aus den unterschiedlichsten Gründen sehr zögernd den Zugang zu den gesellschaftlichen Erfordernissen finden. (Hier ist von jenen abzusehen, die in der Übergangsperiode eine ablehnende oder feindliche Haltung zu den gesellschaftlichen Veränderungen im Be-



trieb und in der Gesellschaft einnahmen.) Diese Differenziertheit in der Belegschaft muß der Betriebshistoriker beachten, wenn er ein der geschichtlichen Wirklichkeit entsprechendes Bild zeichnen will. Gleichzeitig hat er aber auch die Veränderungen, die dieser Differenziertheit während der sozialistischen Entwicklung des Betriebes und der Gesellschaft eigen sind, festzuhalten. Sie äußern sich in zweierlei Art. Einmal kommt es zu wesentlichen Verschiebungen in der politischen Struktur der Belegschaft. Derjenige Teil der Belegschaft, der sich ohne Verzug den jeweils neuen Erfordernissen des betrieblichen Reproduktionsprozesses stellt, nimmt zahlenmäßig zu. Er erhält in der Belegschaft wachsendes Gewicht. Zum anderen verkürzt sich der Zeitraum, der notwendig ist, um die gesamte Belegschaft zu einem der gesellschaftlichen Notwendigkeiten gemäßen Verhalten anzuregen.

Erst wenn der Historiker, der sich mit der Geschichte einer Belegschaft in einem sozialistischen Betrieb befaßt, ihre politische Struktur und die Dynamik ihrer Veränderung analysiert und darstellt, kann er den Werdegang dieser Belegschaft zu einem sozialistischen Kollektiv überzeugend mitteilen.

Betrachtet man die von Könnemann verfaßten Hefte unter diesem Gesichtspunkt, dann fällt folgendes auf: Der Verfasser schildert, wie bereits erwähnt, Fortschritte, die die Belegschaft auf dem Wege zum sozialistischen Werkskollektiv und als Kollektiv macht, ausschließlich anhand des Materials über die progressiven Teile der Belegschaft. Das geschieht sehr eindrucksvoll. Aber Könnemann sieht sich auch immer wieder veranlaßt, Unzulänglichkeiten in der Haltung einer mehr oder weniger großen Anzahl von Belegschaftsangehörigen zu vermerken. Dabei bleibt aber dem Leser das Urteil überlassen, in welchem Umfang die Belegschaft von diesen Unzulänglichkeiten erfaßt ist und durch welche Ursachen sie bewirkt werden. Der Darstellung mangelt es an einer Analyse über den in einem bestimmten Zeitraum erreichten Entwicklungsstand der gesamten Belegschaft. Die Analyse muß nachweisen, welche Positionen die gesamte Belegschaft auf dem einen oder anderen Wirkungsfeld oder insgesamt einnimmt. Sie muß des weiteren darüber Auskunft geben, welche Positionen die fortgeschrittenen Belegschaftsmitglieder zum Zeitpunkt der Analyse einnehmen. Selbstverständlich ist auch weiter zu registrieren, wenn bereits errungene Positionen für eine gewisse Zeit von Teilen der Belegschaft wieder geräumt wurden. Nur aufgrund einer solchen Untersuchung wird es möglich, die Etappen, die die Werk tätigen des Betriebes auf dem Wege von der Belegschaft einer kapitalistischen Produktionsstätte zu einem sozialistischen Werkskollektiv durchlaufen haben, im einzelnen näher zu bestimmen. Diese Aufgabe muß für die Geschichte der Thaler Werke noch geleistet werden. Könnemann ist den Nachweis schuldig geblieben, ab wann in Thale von einem sozialistischen Werkskollektiv tatsächlich gesprochen werden kann. Die Bezeichnung, die sich hin und wieder im Text findet, ist mit keiner qualitativen Wertung verbunden.

Es wurde bereits hervorgehoben, daß sich Könnemann mit dem fortgeschrittenen Teil der Belegschaft eingehend befaßt. Das äußert sich vor allem in der Behandlung der SED-Betriebsparteiorganisation. Das Herausarbeiten der führenden Rolle der SED in den Thaler Werken ist ein durchgängiges Prinzip der vorliegenden Betriebsgeschichte. Die Parteikollektive und die Genossen werden als die treibende Kraft in der Betriebsentwicklung sichtbar gemacht. In einem wichtigen Punkt scheint aber dem Rezensenten die Darstellung der SED-Betriebsparteiorganisation nicht vollkommen gelungen: Der Lernprozeß, den die Genossen in den Parteileitungen, in der Werksleitung, in den Produktionskollektiven absolvieren müssen, um ihrer ständig wachsenden Führungsrolle gerecht zu werden, wird nicht in ausreichendem Maße offengelegt. Damit kann aber das Großartige der Tatsache, daß die Belegschaft den Reproduktionsprozeß eines industriellen Großbetriebes revolutionär veränderte und die damit verbundenen vielfältigen Probleme zu meistern verstand, nicht verdeutlicht werden.

Der Lernprozeß wurde in erster Linie von den Mitgliedern der SED-Betriebsparteiorganisation getragen. Ihre Aufgabe war es, die mit den historischen Verän-

derungen verbundenen Probleme zu erfassen. Die Genossen mußten sich die erforderlichen Kenntnisse über die Phasen und Elemente des betrieblichen Reproduktionsprozesses ebenso aneignen wie Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten, die diesem Prozeß innewohnen. Aufgrund dieser Erkenntnisse war es erst möglich, die Wege zu bestimmen, in deren Verfolg die Belegschaft die jeweiligen Probleme lösen konnte. Damit ist aber das Lernen der Parteimitglieder nicht abgeschlossen. Es umschließt auch das wirkungsvolle Vermitteln der gewonnenen Erkenntnisse an die gesamte Belegschaft und das Finden von geeigneten Methoden, mit deren Hilfe die Belegschaft an die Aufgabe herangeführt werden kann. Ein Beispiel soll das veranschaulichen. Könnemann verweist auf die ökonomischen Konferenzen, die Mitte der fünfziger Jahre wie in vielen volkseigenen Betrieben der DDR auch in den Thaler Werken stattfanden (IV, S. 55). Er wertet diese Konferenzen aus gesamtgesellschaftlicher Sicht, nennt das Datum der ersten Veranstaltung in den Thaler Werken sowie die im Zusammenhang mit dieser Konferenz abgegebenen Verpflichtungen und verweist dann auf die Leistungen im Produktionswettbewerb. Könnemann geht nicht auf den Lernprozeß der fortschrittlichsten Teile der Belegschaft, insbesondere der SED-Betriebsparteiorganisation, ein. Die Erfordernisse des Produktionsfeldes verlangten Mitte der fünfziger Jahre erstmalig, daß sich die Betriebsparteiorganisation gründlich mit dem betrieblichen Reproduktionsprozeß befassen mußte. Die bislang zur ökonomischen Leitung eines volkseigenen Betriebes gewonnenen Erkenntnisse reichten nicht aus. Es ging 1955 also nicht schlechthin darum - wie Könnemann schreibt -, die Werktätigen zum ökonomischen Denken anzuhalten, sondern in erster Linie um das Eindringen der Leitungskräfte des Betriebes in die Ökonomik eines sozialistischen Betriebes. Wie aus der Geschichte der Volkswirtschaft und der einzelnen volkseigenen Betriebe bekannt ist, war das ein komplizierter, widersprüchlicher und langwieriger Vorgang. Er ist darum besonders geeignet, den Lernprozeß, den sowohl die fortschrittlichen Teile der Belegschaft und schließlich die gesamte Belegschaft durchlaufen mußte, vorzustellen.

Der Prozeß des Lernens wird hier deshalb so stark betont, weil durch seine Darstellung eine Betriebsgeschichte stärkere Wirkung ausüben kann. Neben einer Förderung des Geschichtsbewußtseins vermag sie mit ihren Mitteln das Lösen aktueller Probleme in der betrieblichen Entwicklung zu unterstützen. Das ist aber nur möglich, wenn sie den Rat, den frühere Generationen für die heutigen bereithalten, übermittelt. Dieser Rat ist in den Schlußfolgerungen, die der Historiker aus den Erfolgen - auch hin und wieder Mißerfolgen - der Belegschaft zieht, aufbewahrt. Die historische Darstellung über einen sozialistischen Betrieb müßte zu einem "Lehrbuch" der politischen Führungstätigkeit der SED-Betriebsparteiorganisation werden, in dem beschrieben wird, wie die Belegschaft die Ziele der ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Betriebes zu bestimmen verstand. Es sollte die Erfahrungen vermitteln, die die verschiedenen Generationen der Belegschaftsangehörigen sammelten, während sie diese Ziele verfolgten und die sich dabei ergebenden Schwierigkeiten zu überwinden suchten.

Könnemanns Hefte lassen aber auch hinsichtlich der Ergebnisschilderung noch Wünsche offen. Sie befriedigen nicht gänzlich in der Behandlung der ökonomischen Leistungen der Belegschaft. Könnemann bietet sehr viel Material über Details der Aktivisten-, Wettbewerbs- und Neuererbewegung. Der Leser findet Abrechnungen über ökonomische Verpflichtungen der gesamten Belegschaft oder einzelner Kollektive für kleinere Zeiträume. Es werden Zahlen über die Normerfüllung und -übererfüllung genannt. All das verschafft einen guten Einblick in die Aktivitäten der Belegschaft. Der Verfasser hat auch in den Text Angaben über einzelne ökonomische Kennziffern des gesamten Betriebes eingestreut, die über einige Jahre Auskunft geben. Als Beispiele seien die Zahlenangaben über die Arbeitsproduktivität und über den Export genannt. Die Hefte geben aber für einen größeren Zeitraum keine Auskunft über die wichtigsten Natural-, Wert- und synthetischen Kennziffern der Thaler Werke. Das ist bedauerlich, weil deren Vermittlung und die Diskussion über diese Kennziffern nicht nur ein

wichtiges Element betriebsgeschichtlicher Erkenntnisse sind und die außerordentlichen Leistungen der gesamten Belegschaft erfaßbar machen, sondern weil dadurch auch ein Beitrag zum ökonomischen Denken der Belegschaftsmitglieder, die die Betriebsgeschichte lesen, geleistet werden kann.

Die kritischen Bemerkungen zu den von Könnemann verfaßten Heften schwächen das insgesamt positive Bild, das sie dem Leser bieten, nicht ab. Könnemann hat mit Erfolg die Einheit der ökonomischen, politischen, ideologischen und kulturellen Entwicklung der Thaler Belegschaft seit der Befreiung vom Hitlerfaschismus herausgearbeitet und den Werdegang der Thaler Werke in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eingebettet. Er stellte am konkret-historischen Material die Gesetzmäßigkeiten dar, die dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus und der Herausbildung des reifen Sozialismus innewohnen. Die in Aussicht gestellten Hefte werden mit Spannung erwartet.

## Zur Geschichte des VEB Maxhütte Unterwellenborn

(8. Juli 1982 in Jena)

Am 8. Juli 1982 fand im Kulturhaus des VEB Maxhütte Unterwellenborn das 3. Jenaer Seminar zur Wirtschaftsgeschichte zusammen mit der 1. Betriebsgeschichtskonferenz der SED-Grundorganisation des VEB Maxhütte statt.

Das Seminar, von Wolfgang Mühlfriedel (Sektion Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena), Werner Mägdefrau und Siegfried Schmidt (Sektion Geschichte) begründet, stand ganz im Zeichen der Geschichte des VEB Maxhütte Unterwellenborn. Die traditionellen Beziehungen zwischen Historikern dieser Universität und der Maxhütte haben mit der Aufgabe, die Geschichte des VEB Maxhütte in einer Übersichtsdarstellung niederzuschreiben, eine Aufgabe, die der Zentrale Plan der Gesellschaftswissenschaftlichen Forschung für die Jahre 1981 bis 1985 der SED-Grundorganisation des VEB Maxhütte stellt, einen neuen Impuls erfahren.

Zur Unterstützung der SED-Grundorganisation wurden von der Universität sieben Diplomthemen vergeben, in denen Lehrerstudenten und ein Student der Wirtschaftswissenschaft die Entwicklung des VEB Maxhütte von der Gründung des Betriebes bis zur Mitte der fünfziger Jahre untersuchten. Die Ergebnisse ihrer Arbeit wurden auf der Veranstaltung in Unterwellenborn vorgelegt und diskutiert.

Der Einladung waren zahlreiche Vertreter aus Thüringer Betrieben, Archivare, Arbeiterveteranen und Mitglieder der SED-Kreisleitung Saalfeld, der SED-Bezirksleitung Gera sowie der FDGB-Bezirksleitung gefolgt. Klaus Geffke, Sekretär der SED-Grundorganisation des VEB Maxhütte Unterwellenborn, der die Zusammenkunft eröffnete, betonte die große Rolle, die die Geschichtspropaganda in der politisch-ideologischen Arbeit im Betrieb spielt, und würdigte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Jenaer Universität.

Das einführende Referat hielt Wolfgang Mühlfriedel (Jena). Er wertete den Stand der Arbeiten zur Geschichte der Maxhütte und charakterisierte ihn so, daß nun vom Beginn der systematischen Erforschung und Darstellung der Geschichte des Betriebes gesprochen werden könne.

Diese Feststellung wurde durch folgende Tatsache belegt: Die von der Universität betreuten Arbeiten zur Vorgeschichte der Maxhütte sowie zum Werdegang des Betriebes in der zweiten Hälfte der vierziger und der ersten Hälfte der fünfziger Jahre wurden zur Vorbereitung einer Gesamtdarstellung erarbeitet. Aus dem Studium der Quellen des Betriebsarchivs sowie der Staatsarchive wurden wichtige neue Erkenntnisse gewonnen. Die Arbeiten enthalten einzelne Partien, die als Muster für eine Abfassung der Gesamtgeschichte des Betriebes dienen können, weil darin das Wirken der Belegschaft auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in die historischen Untersuchungen einbezogen wurde.

Mühlfriedel machte in seinem Vortrag auf die Schwierigkeiten bei der Auswahl des Materials und auf Probleme bei der Gesamtdarstellung aufmerksam. Er beschäftigte sich mit Überlegungen zur Auswahl der Schwerpunkte und zur Art ihrer Behandlung in der Betriebsgeschichte der Maxhütte.

Das wichtigste Kriterium bei der Auswahl der Schwerpunkte ist die Belegschaft, Adressat der Betriebsgeschichte. Sie bestimmt Inhalt sowie Art und Weise der



Darstellung. Geht es um die Tätigkeit der Belegschaft, so muß beachtet werden, daß sie einerseits Subjekt der historischen Entwicklung des Betriebes und der Gesellschaft in der DDR ist: Ihr Handeln zur Lösung der Hauptaufgabe in den einzelnen Zeitabschnitten der Betriebsgeschichte bewirkte den ökonomischen, politischen, ideologischen, moralischen, sozialen und kulturellen Fortschritt des Betriebes sowie auch der DDR. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Belegschaft auch Objekt des geschichtlichen Prozesses war und ist.

Die Beachtung dieser Objekt-Subjekt-Dialektik ist eine wichtige Voraussetzung für ein der Wirklichkeit entsprechendes Urteil über die Leistungen, die die Belegschaft bei der Bewältigung der Hauptaufgaben vollbracht hat.

Mühlfriedel wies des weiteren darauf hin, daß die gesamte Belegschaft der Gegenstand der Untersuchungen sein müsse. Verschiedene Betriebsgeschichten erfassen nur den fortgeschrittensten Teil der Belegschaft, andere Teile bleiben in ihrer Entwicklung unbeachtet. Das führt aber dazu, daß nur ein unvollständiges Bild vom politischen Reifen der Betriebsbelegschaft entsteht und daß die tatsächlichen Leistungen, die die Betriebsparteiorganisation in der politischen Führungsarbeit vollbringt, nicht klar genug herausgearbeitet werden können.

Nach dem Referat berichteten die anwesenden Studenten über ausgewählte Probleme ihrer Diplomarbeiten.

C. M ö l l e r (Jena), die sich in ihrer Arbeit mit der Entstehung der Maxhütte 1873, den Eigentumsverhältnissen sowie der Einordnung des Unterwellenborner Werkes in den Flick-Konzern beschäftigt hatte, sprach zu einigen Ergebnissen ihrer Untersuchungen über die Lage und den Kampf der Maxhüttenbelegschaft in der Zeit des zweiten Weltkrieges. Sie schilderte die Unterdrückung der Kumpel in der Kriegswirtschaft und ging besonders auf die grausame Ausbeutung der nach Unterwellenborn verschleppten 2000 Zwangsarbeiter, vor allem der sogenannten "Ostarbeiter", ein.

Cl. H e d t k e (Jena) berichtete über die Unterstützung, die die Sowjetische Militäradministration in Deutschland bei der Wiederingangsetzung der Produktion leistete, und machte deutlich, daß die sachkundige Hilfe der sowjetischen Genossen die Wiederinbetriebnahme des Werkes am 4. Februar 1946 überhaupt erst ermöglichte.

Über den Beitrag der Betriebsjugend im Kampf um Planerfüllung und hohe Leistungen sprach J. K r a m p e (Jena). Er wies an zahlreichen konkreten Zusammenhängen und Fakten aus der Betriebsentwicklung (1946 bis 1948) nach, wie sich die Jugendbewegung im Betrieb herausbildete und welche hervorragenden Leistungen die Jugendlichen als Jungaktivisten und in Jugendschichten bei der Steigerung der Produktion vollbrachten.

Das Wirken der Gewerkschaftsorganisation des Betriebes in den Jahren 1948/49 stand im Mittelpunkt des Beitrages der Studentin G. K a d d a t z (Jena). Sie schilderte die differenzierten Aufgaben der Betriebsgewerkschaftsorganisation und zeigte, wie vor allem an der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen das Wirken der Gewerkschaft als Interessenvertreter der Werktätigen sichtbar wurde.

G. J ä g e r (Jena) berichtete in ihrem Vortrag über die Entwicklung der Betriebsparteiorganisation zur führenden Kraft bei der Erfüllung der Aufgaben des Zweijahrplanes. Sie machte an Beispielen deutlich, wie es die Betriebsparteiorganisation immer besser verstehen lernte, die Beschlüsse der SED im Betrieb umzusetzen, die eigene Arbeit den steigenden Anforderungen entsprechend zu verbessern und so wiederum die Kampfkraft der Betriebsparteiorganisation zu stärken. Auf diese Weise gelang es, so wies die Studentin nach, den Zweijahrplan vorfristig zu erfüllen.

Mit einigen Formen der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung zu Beginn des

ersten Fünfjahresplanes beschäftigte sich M. R i c h t e r (Jena). Ausgehend von der Auswertung des III. Parteitages der SED durch die Betriebspar- teiorganisation berichtete sie darüber, wie es die BPO und die Gewerkschafts- organisation verstanden, neue Wettbewerbsformen, wie zum Beispiel die Akti- vistenpläne, in den Kampf der Werktätigen um hohe ökonomische Leistungen aufzunehmen und zu nutzen.

Beachtenswert war auch der Vortrag des Studenten B. F r i e d e m a n n (Jena). Er befaßte sich mit den betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten der Maxhütte in den Jahren des ersten Fünfjahrplanes und analysierte solche öko- nomischen Kennziffern wie Selbstkosten, Preis und Arbeitsproduktivität. Frie- demanns Herangehen an die Untersuchung und Darstellung dieser Kennziffern sowie seine Ergebnisse sind von methodologischem Wert für die Betriebsge- schichtsschreibung. Der Beitrag von B. W e i h r a u c h (Jena) über einige Ergebnisse der kulturpolitischen Arbeit der Werktätigen beendete die Vorstellung neuer Erkenntnisse zur Geschichte des Betriebes.

Sachkundige Zuhörer und zugleich auch kritische Gutachter waren Parteivete- ranen und ehemalige Wirtschaftsfunktionäre der Maxhütte, die den von den Stu- denten untersuchten Zeitraum aktiv mitgestaltet hatten. Sie schätzten die Er- gebnisse der Studenten ein, hoben den Wert dieser Studien für die Erarbei- tung der Betriebsgeschichte hervor und ergänzten die vorgestellten Unters- suchungsergebnisse durch persönliche Erinnerungen, Erfahrungen und Erkennt- nisse. Die Konferenz zeigte deutlich, welchen Stand die Erforschung der Be- triebgeschichte im VEB Maxhütte gegenwärtig erreicht hat. Die Arbeiten der Studenten, so schätzte Geffke ein, sind eine große Bereicherung und helfen mit, die Aufgaben des Betriebes zur Erarbeitung der Gesamtdarstellung zu lö- sen.

Großer Beifall dankte den Studenten, die ihre Diplomarbeiten verteidigt hatten. Sie erhielten das Versprechen, daß die Ergebnisse in der Betriebszeitung ver- öffentlicht werden.

Ulrich Hartmann

## QUELLEN UND MATERIALIEN

Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg

Eine vornehmlich quantitative Analyse

(Schweizerische Eidgenossenschaft)

von Erika Behm/Jürgen Kuczynski

## IX. Schweizerische Eidgenossenschaft

In Fortsetzung unserer Studien<sup>1</sup> über die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg (August 1913 bis Juli 1914) haben wir für die Schweiz die "Neue Zürcher Zeitung" auf Meldungen über Streiks und Aussperrungen durchgesehen und mit entsprechenden Nachrichten in der sozialdemokratischen Tageszeitung "Volksrecht" verglichen.

Die "Neue Zürcher Zeitung" (im folgenden: "NZZ") erschien täglich mehrmals. Pro Tag hatte sie drei Ausgaben, oft mit je zwei, ganz selten mit drei Lieferungen (z. B. "Erstes Morgenblatt", "Zweites Morgenblatt", "Erstes Mittagsblatt", "Zweites Mittagsblatt" usw.). Jede Lieferung umfaßte mindestens vier Seiten. Das "Volksrecht" erschien nur sechsmal in der Woche, normalerweise in einem Umfang von sechs Seiten täglich.

Im Januar/Februar 1914 veröffentlichte das "Volksrecht" nur an zwei Tagen keinerlei Meldungen in Zusammenhang mit Streiks bzw. Aussperrungen. Außer sonntags hatte auch die "NZZ" fast täglich Streikmeldungen bzw. Meldungen über drohende Streiks und Aussperrungen. An den 31 Januartagen wurden 148 Lieferungen herausgegeben, davon 63 mit Streiknachrichten; an den 28 Februartagen erschienen sogar 156 Lieferungen, davon 51 mit solchen Nachrichten. Das heißt, daß nur etwas mehr als ein Drittel aller Lieferungen der "NZZ" Streiknachrichten enthielten.

Geben wir zunächst wieder, wie in unseren vorangegangenen Untersuchungen, eine Zusammenstellung über erste Inlandsstreik- und Aussperrungsmeldungen im Januar und im Februar 1914 sowohl für die Schweizer Zeitungen wie in der von uns bisher untersuchten Presse anderer Länder (siehe statistische Übersicht 1).

Zwar bringt die schweizerische "NZZ" insgesamt nur halb so viele Streikmeldungen wie das "Volksrecht", jedoch im Vergleich zu der vorher untersuchten Regierungspresse schneidet sie damit nach der Streikberichterstattung in der Presse von Böhmen und Mähren noch am besten ab, die für Erstmeldungen im Regierungs- wie im Arbeiterorgan gleich ist und vermutlich eine Ausnahme bleiben wird. Nach der "NZZ" folgt mit 45 Prozent der Meldungen in der Arbeiterpresse die Londoner Zeitung "Times".

1 Die vorangehenden Studien sind abgedruckt im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 83 - 104 (Ungarn); 1971, T. 3, S. 123 - 130 (Deutschland); 1972, T. 1, S. 215 - 223 (Böhmen und Mähren); 1973, T. 1, S. 99 - 112 (Sachsen); 1974, T. 4, S. 213 - 219 (Rumänien); 1975, T. 3, S. 125 - 138 (Österreich); 1978, T. 4, S. 259 - 264 (Rußland); 1980, T. 3, S. 189 - 194 (Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Irland).

Soweit die Erstmeldungen. Wie gestaltet sich das Bild, wenn wir nun alle Nachrichten über Streiks und Aussperrungen im In- und Ausland in den ersten beiden Monaten des Jahres 1914 untersuchen? (Siehe statistische Übersicht 2.)

Jetzt hat die "NZZ" etwas mehr als halb so viele Inlandsmeldungen (57 Prozent) wie das "Volksrecht". Ganz anders sieht es dagegen in der Berichterstattung über internationale Streiks aus: Mit 270 Meldungen (mehr als doppelt soviel wie das "Volksrecht" veröffentlicht) liegt die "NZZ" an der Spitze der von uns bis jetzt untersuchten Presse überhaupt<sup>2</sup>, und sie bringt außerdem die meisten Nachrichten über den Generalstreik in Südafrika<sup>3</sup>. Bemerkenswert ist auch, daß die "NZZ" unter den bisher untersuchten acht Regierungsorganen (das neunte, die Londoner "Times", wieder nicht berücksichtigt - siehe Anmerkung 3) zu den drei gehört, deren Streikberichterstattung über 90 Prozent das Ausland betrifft:

#### Internationale Meldungen

"Norddeutsche Allgemeine Zeitung", Berlin	96 %
"Leipziger Zeitung", Leipzig	96 %
"Neue Zürcher Zeitung", Zürich	93 %

Schließt man die Zahlen für die zwei Zeitungen der Regierung ("Bukarester Tagblatt" und "St. Petersburger Zeitung"), für die wir keine Vergleiche mit der Arbeiterpresse haben, aus, dann findet man, daß die Arbeiterpresse insgesamt in den angegebenen beiden Monaten 606, die Regierungspresse aber 837 internationale Meldungen veröffentlicht. Für den Generalstreik in Südafrika lauten die entsprechenden Zahlen 310 und 503.

Vergleichen wir den Platz, den Regierungsorgane und Arbeiterpresse (wieder ausschließlich der Zeitungen "Times" und "Daily Herald") in den ersten beiden Monaten des Jahres 1914 bei internationalen Streikmeldungen einnehmen, so zeigt sich folgendes:

- 2 Hierbei muß man berücksichtigen, daß die "NZZ" gelegentlich die gleiche Meldung in der ersten und zweiten Lieferung bringt. Das kommt in dem von uns untersuchten Jahr aber nur bei Nachrichten über internationale Streiks vor.
- 3 Nicht einbezogen ist hier die Presse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland. Bei dieser Untersuchung mußten wir drei Unterscheidungen machen: Inlandsmeldungen, Meldungen aus dem Britischen Empire, die von der Presse mindestens als "halbnaionale" Angelegenheit angesehen wurden, und internationale Meldungen. "Daily Herald" bringt 251 Meldungen aus dem Empire (darunter 250 Südafrika betreffend) und die Zeitung "Times" veröffentlicht 323 (darunter 306 über Südafrika).



# Statistische Übersicht 1

## Erste Meldungen über Inlandsstreiks und Aussperrungen<sup>+</sup>

	Januar 1914 <sup>++</sup>	Februar 1914 <sup>++</sup>	Januar und Februar 1914 insgesamt
	Streiks / Ausperrungen	Streiks / Ausperrungen	Streiks / Ausperrungen
"Vorwärts" (B) <sup>+++</sup>	15 / 6	11 / 8	26 / 14
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung" <sup>++++</sup>	4 / -	2 / -	6 / -
"Leipziger Volkszeitung"	17 / 7	20 / 8	37 / 15
"Leipziger Zeitung"	- / -	2 / -	2 / -
"Volksstimme" <sup>o</sup>	8 / 6	12 / 5	20 / 11
"Pester Lloyd" <sup>o</sup>	1 / 2	- / 1	1 / 3
"Vorwärts" (R) <sup>oo</sup>	3 / 2	1 / 1	4 / 3
"Bohemia" <sup>ooo</sup>	2 / 1	2 / -	4 / 1
"Arbeiter-Zeitung" <sup>+o</sup>	11 / 3	4 / 2	15 / 5
"Neue Freie Presse" <sup>+o</sup>	3 / 1	2 / 1	5 / 2
"The Daily Herald" <sup>+oo</sup>	28 / 1	20 / -	48 / 1
"The Times" <sup>+oo</sup>	12 / 1	9 / -	21 / 1
"Volksrecht" <sup>o+</sup>	3 / -	9 / 1	12 / 1
"Neue Zürcher Zeitung" <sup>o+</sup>	1 / -	5 / 1	6 / 1
"Bukarester Tagblatt"	2 / -	1 / -	3 / -
"St. Petersburger Zeitung"	22 / -	19 / -	41 / -

+ Nicht notwendigerweise erste Meldung über einen Streik oder eine Aussperrung, wenn diese bereits im Vormonat oder noch früher ausgebrochen sind.

++ Das heißt für die "St. Petersburger Zeitung": 19. Dezember 1913 (1. Januar 1914) bis 18. (31.) Januar 1914 und 19. Januar (1. Februar) 1914 bis 15. (28.) Februar 1914.

+++ Berlin.

oo Reichenberg.

+o Wien.

o+ Zürich.

o Budapest.

ooo Prag.

+oo London..



Gesamtübersicht über die Meldungen im Januar und Februar 1914

	Meldungen insgesamt	Davon a) nationale	b) internationale	Unter b) Mel- dungen über den Streik in Südafrika
"Vorwärts" (B)	154	65	89 = 58 %	39
"Norddeutsche All- gemeine Zeitung"	160	6	154 = 96 %	105
"Leipziger Volks- zeitung"	253	75	178 = 70 %	72
"Leipziger Zeitung"	94	4	90 = 96 %	59
"Volksstimme"	59	39	20 = 34 %	4
"Pester Lloyd"	187	22	165 = 88 %	100
"Vorwärts" (R)	122	92	30 = 25 %	21
"Bohemia"	67	39	28 = 42 %	13
"Arbeiter-Zeitung"	315	157	158 = 50 %	114
"Neue Freie Presse"	158	28	130 = 82 %	84
"The Daily Herald"	678	638	40 = 6 % <sup>+</sup>	+
"The Times"	510	481	29 = 6 % <sup>+</sup>	+
"Volksrecht"	168	37	131 = 78 %	60
"Neue Zürcher Zei- tung"	291	21	270 = 93 %	142
"Bukarester Tag- blatt"	9	8	1 = 11 %	0
"St. Petersburger Zeitung"	148	66	82 = 55 %	59

+ Meldungen aus dem Britischen Empire wurden in dieser Tabelle als "nationa-  
le" Streiks angesehen (vgl. auch die Anmerkung 3).

Placierung der Presseorgane nach dem Umfang der internationalen Meldungen im Januar/Februar 1914

	Platz nach dem Umfang der Meldungen		Davon Meldungen über den Streik in Südafrika	
	Regierungs- presse	Arbei- terpresse	Regierungs- presse	Arbei- terpresse
"Neue Zürcher Zeitung"	1.		1.	
"Volksrecht"		3.		3.
"Pester Lloyd"	2.		3.	
"Volksstimme"		6.		6.
"Norddeutsche Allgemeine Zeitung"	3.		2.	
"Vorwärts" (B)		4.		4.
"Neue Freie Presse"	4.		4.	
"Arbeiter-Zeitung"		2.		1.
"Leipziger Zeitung"	5.		5./6.	
"Leipziger Volkszeitung"		1.		2.
"St. Petersburger Zeitung"	6.		5./6.	
"Bohemia"	7.		7.	
"Vorwärts" (R)		5.		5.
"Bukarester Tagblatt"	8.		8.	

Nach der Anzahl der Meldungen steht unter den Regierungszeitungen die "NZZ" an erster Stelle, selbst wenn wir die Doppelmeldungen in mehreren Lieferungen berücksichtigen (manchmal sind die Meldungen nur "praktisch" die gleichen), gefolgt vom "Pester Lloyd". Bei der Arbeiterpresse nimmt die "Leipziger Volkszeitung" den ersten Platz ein, gefolgt von der Wiener "Arbeiter-Zeitung".

In dem Jahr vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlichten das "Volksrecht" 186 und die "NZZ" 103 Meldungen über Inlandsstreiks und Aussperrungen. An welchen das Regierungsorgan mehr und an welchen es weniger interessiert ist, zeigt die folgende Gegenüberstellung der Meldungen über größere und einige besondere Streiks in beiden Zeitungen:

	Anzahl der Meldungen	
	in der "NZZ"	im "Volksrecht"
1. Aussperrung der Uhrenarbeiter in Grenchen, Bettlach usw. (Februar bis Mai 1914)	30	23
2. Streik am Grenchenbergtunnel (August 1914)	15	19

## Anzahl der Meldungen

	in der "NZZ"	im "Volksrecht"
3. Streik am Simplontunnel (April 1914)	10	8
4. Taxi-Chauffeurstreik in Zürich (Juli 1914)	14	15
5. Kellnerstreik im Café des Banques in Zürich (August 1913)	2	2
6. Kellnerinnenstreik im Elitehotel in Zürich (August/September 1913)	5	28
7. Schreinerstreik in Genf (Januar/Februar 1914)	8	10
8. Sattlerstreiks in Bern (November 1913 und Januar/Februar 1914)	2	8
9. Tapeziererstreiks in Bern (März, April, Mai 1914)	2	7
10. Metallarbeiterstreik bei der Ofenfabrik Affolter, Christen Cie. in Basel (Januar/Februar 1914)	3	8
11. Schneiderstreiks in Basel, Zürich, St. Gallen usw. (März, April, Mai, Juni, Juli 1914)	3	9

Es gibt nur zwei Bewegungen in der Schweiz, über die das Regierungsorgan häufiger berichtet als die Arbeiterzeitung: erstens die Aussperrung der Uhrenarbeiter; eine Aussperrung aber ist eine Bewegung, in der die Initiative bei den Unternehmern liegt, und das noch in der Weltspitzenindustrie des Landes! Zweitens der Streik am Simplontunnel, der wahrlich internationale Bedeutung hat. Fast gleich ist die Berichterstattung über den Streik der Taxichauffeure in Zürich, an dem die herrschende Klasse natürlich wegen der durch ihn für sie verursachten Unbequemlichkeiten besonders interessiert ist. Bemerkenswert ist die unterschiedliche Behandlung der Streiks der Kellner und der Kellnerinnen. Während beide Zeitungen über den dreitägigen Streik der Kellner in einem Café je zwei Meldungen veröffentlichen, berichtet das Regierungsorgan über die Kellnerinnen im Hotel, die 17 Tage lang streikten, nur fünfmal gegenüber 28 Meldungen in der Arbeiterpresse. Für "normale" Streiks in der Produktion zeigt das Regierungsorgan wesentlich weniger Interesse als das Organ der Arbeiterklasse.

Abschließend sei zusammengefaßt:

Erstens: Im allgemeinen berichtet die herrschende Klasse wenig über inländische Streiks.

Zweitens: Das Schweizer Regierungsorgan nimmt, wie auch einige andere Regierungsorgane, weit mehr Notiz von ausländischen Streiks und Aussperrungen als das Zentralorgan der Arbeiterklasse.

Drittens: Es gibt jedoch inländische Streiks und Aussperrungen, an denen die herrschende Klasse ein besonderes Interesse nimmt und über die sie dann unter Umständen relativ ausführlich bzw. häufig berichtet.



## TAGUNGEN UND KONFERENZEN

### VIII. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker<sup>+</sup> (16. bis 20. August 1982 in Budapest)

Die 1960 gegründete International Economic History Association veranstaltete ihren VIII. Internationalen Kongreß 1982 in Ungarn. Seit 1970 werden diese Kongresse in einem vierjährigen Rhythmus durchgeführt. Nach dem Teilnehmerverzeichnis wurde der Budapester Kongreß von 936 Wissenschaftlern aus insgesamt 38 Ländern sowie aus Berlin (West) und Taiwan besucht. Er blieb damit ungefähr in der Größenordnung des vorangegangenen Kongresses 1978 in Edinburgh. Etwa 29 Prozent der Teilnehmer kamen aus acht sozialistischen Ländern Europas, wobei die ungarischen Gastgeber die mit Abstand stärkste Delegation stellten. Sehr zahlreich waren die Teilnehmer aus den am höchsten entwickelten kapitalistischen Industrieländern. Nach wie vor schwach, aber doch mit aufsteigender Tendenz war die Beteiligung von Wirtschaftshistorikern aus den Ländern der "dritten Welt".

In 3 Sektionen wurden 51 wissenschaftliche Themen diskutiert. Die A-Sektionen behandelten umfassende Komplexthemen über sowohl regional als auch zeitlich ausgedehnte Räume in je drei bzw. zwei (Sektion A 3) halbtägigen Veranstaltungen. Die Diskussionen wurden durch einen Bericht zum Thema (general report), der den Teilnehmern bereits in gedruckter Form vorlag, eingeleitet. Die Berichterstatter hatten die Möglichkeit, sich dabei auf eine Vielzahl vorher schriftlich eingereichter Beiträge zu stützen, wovon sie in sehr unterschiedlicher Weise Gebrauch machten. Für die Sektionen A 1 und A 3 waren diese Einzelberichte (national reports) bereits vor dem Kongreß in Sammelbänden veröffentlicht worden. Außerdem hatten zu den Themen der Sektionen A 1 und A 2 vorbereitende Kolloquien stattgefunden. Die Diskussion auf dem Kongreß selbst wurde von einer Reihe vorher festgelegter Experten eröffnet, und anschließend erfolgte die freie Aussprache. Erstmals fand ein sogenanntes "open forum" statt, dessen organisatorischer Rahmen dem einer A-Sektion vergleichbar war.

In einigen der 12 B-Sektionen, von denen sich mehrere mit stark theoretisch und methodologisch orientierten Themen beschäftigten, hielten die verantwortlichen Organisatoren Einführungsvorträge. Ihnen schloß sich eine Reihe von Kurzvorträgen an, in denen die Referenten ihre bereits gedruckt vorliegenden Beiträge resümierten oder auch ergänzten. Aus den Erfahrungen vergangener Kongresse lernend, waren vom Veranstalter erstmals je zwei halbtägige Beratungen vorgesehen. Für den Meinungsaustausch erwies sich diese Regelung als vorteilhaft, wenngleich sie in einigen Fällen mangels Beteiligung nicht voll genutzt wurde.

Insgesamt 35 Themen, die sich in der Regel auf spezielle Fragestellungen be-

+ Der Kongreß-Bericht wurde aus Einzelberichten von Teilnehmern aus der DDR (Dieter Baudis, Walter Becker, Rudolf Berthold, Georg Donat, Michael Elle, Siegfried Epperlein, Waltraud Falk, Hartmut Harnisch, Gerhard Heitz, Horst Klengel, Heinz Kreißig, Jürgen Kuczynski, Hermann Lehmann, Peter Leisering, Marion Merkel, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Herwarth Pittack, Waldtraud Schmidt, Helga Schultz, Rolf Sonnemann, Sigrid Wegner-Korfes, Jürgen Wilke) zusammengestellt und vom Sekretär der Delegation der DDR, Dieter Baudis, bearbeitet.

schränkten, standen in der C-Sektion zur Diskussion. Dafür war jeweils ein halber Tag zur Verfügung gestellt worden.

Es verdient generell hervorgehoben zu werden, daß das akademische Programm des Kongresses für die wissenschaftlichen Beratungen eine mehr als doppelt so hohe Stundenzahl vorsah, als das vor vier Jahren in Edinburgh der Fall gewesen war. Das hatte allerdings auch eine negative Seite, da A-, B- und C-Sektionen gleichzeitig tagten und damit nicht selten mit den Interessen und Neigungen der Teilnehmer kollidierten.

Die DDR-Delegation stand unter der Leitung von Prof. Dr. sc. Helga Nussbaum, der Vorsitzenden des Nationalkomitees der Wirtschaftshistoriker der DDR. Die Delegation beteiligte sich aktiv an der Arbeit der A- und B-Sektionen sowie einiger ausgewählter C-Sektionen.

Die Sektion A 1 behandelte das Thema "Großer und kleiner Grundbesitz. Herren und Bauern in Europa vom Mittelalter bis zur Neuzeit".

Die Probleme der Sektion waren auf vorbereitenden Kolloquien ausführlich erörtert worden, und es lagen dem Kongreß der Bericht (general report) von L. Makkai (Ungarische VR) sowie ein von P. Gunst und T. Hoffmann (beide Ungarische VR) herausgegebener Band mit 22 Einzelberichten (national reports) zum Sektionsthema vor.

Einleitend knüpfte Makkai an die von ihm und H. van der Wee (Belgien) erarbeiteten Vorgaben an, analysierte die Voraussetzungen in theoretischer und materieller Hinsicht und gab einige Präzisierungen und Definitionen. Er arbeitete die Veränderungen der Feudalrente heraus, behandelte den Einfluß der feudalen Expansionen und widmete der Stadt und ihrer Rolle in der Feudalgesellschaft Aufmerksamkeit. In seinen Ausführungen lag der Schwerpunkt regional bei den Ländern Westeuropas und zeitlich auf dem frühen bzw. dem entfalteten Feudalismus, wodurch die marxistischen Forschungsergebnisse der sozialistischen Länder und auch die Probleme des Übergangs zum Kapitalismus zurücktraten. V. Zimányi (Ungarische VR) als Expertin glied das mit ihrem Vortrag jedoch aus, indem sie Makkai nicht nur ergänzte, sondern für die Länder Mittel- und Osteuropas einen selbständigen Bericht gab. Darin fanden die Ergebnisse der Forschung der sozialistischen Länder ausführliche Berücksichtigung. Mit den den Westen und Süden Europas betreffenden Beiträgen beschäftigte sich J. Goy (Frankreich) als Berichterstatter.

In der Diskussion kamen zahlreiche Einzelfragen zur Sprache, die durch folgende Schwerpunkte gekennzeichnet sind:

So ging es erstens um die Problematik der Feudalrente. In der von M. A. Barg (UdSSR) eröffneten Aussprache stand vor allem der zeitliche Ansatz für Veränderungen in der Form der Feudalrente im Mittelpunkt. Dabei handelte es sich um die Rückwirkung der Geldrente auf die feudale Struktur der Gesellschaft, auf das Verhältnis von Feudalgut und Bauernwirtschaften in feudalarrechtlicher wie in ökonomischer Hinsicht. Während der Diskussion verstärkte sich der Eindruck, den mehrere Beiträge hatten erkennen lassen, daß bei der Unterschiedlichkeit der Quellenlage namentlich die theoretischen Ausgangspositionen für die Einschätzung bestimmend sind (A. N. Cistozvonov, UdSSR). Insbesondere zeigte sich bei der Behandlung des Zusammenhangs zwischen agrarischer Warenproduktion und zunehmender Geldrente einerseits, der Herausbildung und wachsenden Bedeutung der mittelalterlichen Städte andererseits, daß die von Marx entwickelte Rententheorie die beste Basis vor allem für die vergleichende Darstellung bietet. Die Diskussion unterstrich die Forschungsergebnisse der letzten Jahre dahingehend, daß Elemente der Warenproduktion in der Feudalordnung früh entwickelt waren; es wurde auch deutlich, daß die Warenproduktion erst im Laufe des 11. und 12. Jahrhunderts eine die gesellschaftliche Struktur verändernde, das heißt auch das Verhältnis von feudaler Herrschaft und bäuerlicher Wirtschaft wesentlich beeinflussende Wirkung ausübte.

In einem zweiten Schwerpunkt wurde in der Diskussion auf ein Grundanliegen der Sektionsthematik eingegangen, nämlich, daß großes Grundeigentum und kleine Bauernwirtschaft jahrhundertlang die Pole der sozialen, politischen und der hier im Mittelpunkt stehenden ökonomischen Entwicklung bildeten. Damit war ein Rahmen gesetzt, der allerdings über die in der Diskussion eingehaltene regionale Differenzierung hinweg auch eine klare zeitliche Differenzierung aufweist, so daß für die west- und südeuropäischen Länder die früh- und hochmittelalterlichen Perioden, für die Mitte und den Osten Europas die Übergangsepoche stärker berührt wurden. Zwei wesentliche Erkenntnisse der letzten Jahre wurden hervorgehoben: einerseits (J. Topolski, VR Polen) die tragende Rolle der Bauernwirtschaften und die bäuerlichen Aktivitäten, woraus sich die Rolle der feudalabhängigen Bauernschaft als Grundklasse der Feudalordnung ergab, und andererseits die sich verändernden ökonomischen Aktivitäten der Feudal-klasse, die in der Entwicklung feudaler Eigenwirtschaft ihren Ausdruck fanden. Dabei ergaben sich unterschiedliche Akzentuierungen für den westlichen bzw. östlichen Teil des Kontinents, die in agrarstrukturellen Differenzierungen ihre Grundlage haben (V. Zimányi, M. A. Jučas, UdSSR).

Das führte zu einem dritten Schwerpunkt, der in der Diskussion erkennbar war, und zwar, daß das Verhältnis von Feudaleigentum und Bauernwirtschaft die durchgehende Entwicklungslinie bildete, das aber auch Veränderungen in zeitlicher und in regionaler Differenziertheit unterworfen war. Dabei traten bald die rechtlichen Zusammenhänge, bald die ökonomischen Faktoren des feudalen Herrschaftsverhältnisses stärker hervor. Die Diskutanten betonten, daß die Arbeitsrente Ausdruck ökonomischer, das heißt eigenwirtschaftlicher Aktivitäten des Adels war, die sowohl im frühen Feudalismus als auch beim Übergang zum Kapitalismus hervortreten konnten. Sie berührten solche Fragen wie die Bedeutung der Beschäftigung von Sklaven in fränkischer Zeit (A. E. Verhulst, Belgien) und auch der Lohnarbeit beim Übergang zum Kapitalismus (Topolski, A. Wyczański, VR Polen).

Insgesamt wurde die Thematik auf der Grundlage guter Vorarbeiten diskutiert.

Die Sektion A 2 mit dem Thema "Protoindustrialisierung: Theorie und Wirklichkeit" behandelte die Geschichte der ländlichen Gewerbeentwicklung in Europa während des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus sowie das von F. Mendels (USA) entworfene "Protoindustrialisierungs"-Modell. Darüber hinaus standen die sozialen Bedingungen und die demographischen Prozesse in den Gebieten verdichteten Exportgewerbes sowie die regionale Deindustrialisierung während der Industriellen Revolution zur Diskussion. Abschließend wurde die ländliche Gewerbetätigkeit außerhalb Europas unter dem Gesichtspunkt der Anwendbarkeit des genannten Modells erörtert.

Der Sektion, die unter der Leitung von P. Deyon (Frankreich) stand, lag der Bericht (general report) von Mendels vor. Als Experten waren D. C. Coleman (Großbritannien), W. Długoborski (VR Polen), Ch. Tilly (USA), A. Hayami (Japan), P. Jeannin (Frankreich), P. Kriedte (BRD) und C. Poni (Italien) tätig. Grundlage des Berichts waren 48 Beiträge aus 15 Ländern. Einführend legte Mendels sein Modell der "Protoindustrialisierung" dar, das er als Vorstufe voller Industrialisierung im Sinne der "Industriegesellschafts"-Konzeption annimmt. Damit meint er generell eine längere Phase extensiver, exportorientierter Gewerbeentwicklung auf dem Lande, die in den verschiedenen Formen (Kaufsystem, Verlag) vom Handelskapital gesteuert wurde und durch die enge Verbindung von landwirtschaftlicher und gewerblicher (Neben-)Produktion gekennzeichnet war. Diese Vorstufe der Industrialisierung habe verändertes demographisches Verhalten der Landbevölkerung (Frühehe, größere Geburtenzahl) induziert und durch überproportionales Bevölkerungswachstum schließlich einen demographischen Kollaps und nachfolgende Deindustrialisierung herbeigeführt.

Die Beiträge zu dem ersten Problemkreis stellten in der Mehrzahl einen Zusammenhang zwischen der ländlichen Gewerbeentwicklung und der Genese des europäischen Kapitalismus her. So H. Diedericks (Niederlande) für die Niederlande im 16. bis 18. Jahrhundert, A. G. Enciso (Spanien) anhand der Struktur der dezentralisierten Textilindustrie Kastiliens im 18. Jahrhundert, H. Medick und J. Schlumbohm (beide BRD) am Beispiel des ländlichen Exportgewerbes in Württemberg und in Westfalen im 18. Jahrhundert und D. R. Mills (Großbritannien), der sich mit der Strumpfmacherei in Leicestershire beschäftigte. Poni, Kriedte und L. Clarkson/B. Collins (beide Großbritannien) setzten sich mit ihren Beiträgen für eine Einbeziehung der Manufakturstädte in die "Protoindustrialisierungs"-Theorie ein. Sie unterstützten somit die erweiterte Fassung des Begriffs, die Tilly vorschlug, der als wesensbestimmend nicht die Ausweitung der ländlichen Exportgewerbetätigkeit, sondern schlechthin die der Gewerbeproduktion für den überlokalen Markt in dezentralisierten kleinen Produktionseinheiten sieht. Mehrere Teilnehmer aus den sozialistischen Ländern unterstrichen die Bedeutung des ländlichen Exportgewerbes in der Manufakturperiode und sahen in dem "Protoindustrialisierungs"-Konzept Ansätze für die Forschung und theoretische Diskussion, wenn es in den Zusammenhang der von Marx begründeten Theorie der Übergangsepoche vom Feudalismus zum Kapitalismus gestellt wird, so G. G. Kotovskij und A. N. Cistozvonov (beide UdSSR), der die europäische Manufakturperiode im stadial-regionalen Vergleich betrachtete, Dlugoborski, H. Madurowicz-Urbanska (beide VR Polen) und H. Schultz (DDR), die die Bedeutung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Landwirtschaft und Handwerk für die Gewerbeentwicklung dieser Zeit betonte. W. v. Stromer (BRD) attackierte die "Protoindustrialisierungs"-These frontal, indem er den Begriff eher auf die spätmittelalterliche städtische Exportproduktion, auf Mühlen und Bergbaubetriebe für anwendbar erachtete und insgesamt dem städtischen Gewerbe die größte Bedeutung für die Genese des Kapitalismus beimaß. K.-H. Blaschke (DDR) polemisierte gegen die Anwendung des "Protoindustrialisierungs"-Begriffs auf Produktionsformen, die nicht durch die Konzentration von Produzenten und Kapital und die Anwendung von Arbeitsmaschinen gekennzeichnet waren.

Den demographischen Aspekt der "Protoindustrialisierung" hatten unter anderem R. Leboutte, Ch. Vandenbroeke (beide Belgien) und M. Mattmüller (Schweiz) in den Mittelpunkt ihrer Beiträge gestellt, wobei sie zu dem Schluß kamen, daß sich die empirische Basis des Modells von Mendels als zu schmal erweist. Das Bevölkerungswachstum der ländlichen Exportgewerberegionen sei offensichtlich nicht so sehr auf eine veränderte Familienplanung der Produzenten als auf eine verminderte Sterblichkeit infolge verbesserter Existenzbedingungen zurückzuführen. Unter den sozialökonomischen Bedingungen, die der "Protoindustrialisierung" entgegenstanden hätten, sei die Leibeigenschaft entscheidend. Dieser Auffassung schenkten unter anderen Dlugoborski und Schultz Beachtung, während R. L. Rudolph (USA) am Beispiel des russischen Kustargewerbes und der Leibeigenenmanufakturen einen bedingt positiven Zusammenhang von Leibeigenschaft und Gewerbeentwicklung sehen wollte. Medick machte darauf aufmerksam, daß auch unter den Bedingungen grundherrschaftlicher Agrarstruktur zahlreiche feudale Hemmnisse auf die ländlichen Weber einwirkten.

Auf den Übergang von der sogenannten protoindustriellen Phase zur Industriellen Revolution, der durch Deindustrialisierungsprozesse gekennzeichnet gewesen sei, gingen insbesondere Tilly, M. Kulczykowski (VR Polen), M. R. Palaire (Großbritannien) und S. P. S. Ho (Kanada) ein. Es habe sich erwiesen, daß zwischen der Deindustrialisierung des platten Landes, die mit der Entwicklung der Fabrikindustrie in den Städten derselben Region verknüpft ist, und der Deindustrialisierung ganzer Regionen, die eine großräumige Verlagerung kapitalistischer Entwicklung bedeuten, unterschieden werden muß. Deindustrialisierung, Industrielle Revolution und ihre Folgen seien nicht im regionalen Rahmen zu bestimmen.

Als sehr problematisch stellte sich die Übertragung des Modells auf die Situa-



tion in den heutigen Entwicklungsländern heraus, die von Mendels und anderen bürgerlichen Wirtschaftshistorikern (S. P. S. Ho/M. Johnson, Großbritannien; K. Chao, Taiwan; F. Perlin, Niederlande) angestrebt wird. Die Diskussion, in der unter anderem B. Chandra (Indien) sprach, machte deutlich, daß weder die ökonomischen noch die demographischen Prozesse in der ländlichen Gewerbeentwicklung dieser Regionen in das "Protoindustrialisierungs"-Konzept passen, da es sich bei diesen Ländern um gänzlich andere historische Bedingungen handelt, die durch eine andere Feudalismusentwicklung und außerdem entscheidend durch Kolonialismus und Neokolonialismus geprägt sind.

Die Sektion A 3 befaßte sich unter der Leitung von L. Jörberg (Schweden) mit dem Thema "Technischer Wandel, Beschäftigung und Investition". 18 schriftlich eingereichte Beiträge waren Gegenstand der Diskussion. Neben den sechs Experten äußerten sich in der Diskussion 11 Teilnehmer. Die umfassendere Thematik dieser Sektion berührte vor allem das Verhältnis von Wissenschaft, Technik und Ökonomie in verschiedenen Zeiträumen sowie in unterschiedlichen Regionen (N. Rosenberg, USA). Mit Ausnahme von zwei Beiträgen (W. Becker/L. Baar, beide DDR, und Rosenberg) blieb die Analyse der Wirkungen der staatlichen Wissenschafts- und Technikpolitik gegenüber der Darstellung anderer Faktoren zurück. Neben den Grundfragen der industriellen Revolutionen in Europa, in den USA und Japan wurde die Entwicklung der Elemente kapitalistischer Produktionsverhältnisse in China vor dem zweiten Weltkrieg erörtert (T. G. Rawski, Kanada). In diesem Zusammenhang verdient ebenfalls der Beitrag zur Rolle der Zaibatsu bei der Aneignung der modernen Technologie und der Nutzarmachung des einheimischen Kapitals und Arbeitskräftemarktes in Japan während der Meiji-Zeit von Yamamura (USA) Beachtung.

Sowohl in diesen Beiträgen als auch in dem Beitrag über den Technologietransfer multinationaler Autokonzerne von J. Foreman-Peck (Großbritannien) bestätigte sich die Auffassung, daß der technische Fortschritt nur unter bestimmten sozialökonomischen Bedingungen wirksam werden kann oder, anders ausgedrückt, die Produktionsverhältnisse als die ökonomische Bewegungsform der Produktivkräfte die Richtungen der technischen Entwicklungen determinieren. Die Übernahme der Massenproduktionsmethoden amerikanischer Autokonzerne durch englische, französische und deutsche Autokonzerne in den zwanziger Jahren löste zwar die produktionstechnischen Probleme der Kraftfahrzeugherstellung, beseitigte jedoch keineswegs die ökonomischen Widersprüche, die damals der massenhaften Einführung der Kraftfahrzeuge in Westeuropa entgegenstanden. Leider wurde dieser Gesichtspunkt von Foreman-Peck nicht beachtet.

In seinem Beitrag über "relative factor prices" und technischen Wandel setzte sich C. A. Olsson (Schweden) kritisch mit vorherrschenden amerikanischen Auffassungen, darunter auch der Rosenbergs, auseinander. Aus marxistischer Sicht beruht dieser Streit darauf, daß Rosenberg die Auffassung von der autonomen Rolle des technischen Fortschritts kritisiert und Olsson die aus den Produktionsverhältnissen resultierenden Faktoren überbetont. Dabei handelt es sich um zwei Seiten eines Prozesses. Der technische Fortschritt hat eine innere Logik, aber es besteht ein Wechselverhältnis zwischen der Veränderung der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen, wobei die Produktionsverhältnisse die technische Entwicklung determinieren.

Becker und Baar, die in ihrem Beitrag auf die Bedeutung der Bereitstellung, Verteilung und Anwendung der Energie im Produktionsprozeß für das ökonomische Wachstum eingingen, setzten sich mit grundlegenden Entwicklungstendenzen der Energiewirtschaft in kapitalistischen und sozialistischen Ländern auseinander. Die Energiekrisen des 19. Jahrhunderts seien durch neue Methoden der Energiebereitstellung und Energieanwendung überwunden worden. Holzkohle konnte durch Steinkohle, Dampfkraft durch Elektroenergie, Stadtgas für Verbrennungsmotoren durch Vergaserkraftstoff und Dieselkraftstoff substituiert werden. Während zwischen beiden Weltkriegen in den meisten kapitalisti-

schen Ländern ein Vorsprung der Energiebereitstellung vor dem Energiebedarf bestanden hätte, habe sich nach dem zweiten Weltkrieg diese Tendenz umgekehrt. In der Mitte der siebziger Jahre sei eine Verknappung des Erdöls eingetreten, das zunehmend die festen und gasförmigen Energieträger zurückdrängte. Damit verbunden waren die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den sozialistischen und den imperialistischen Ländern und die Sicherung der nationalen Rohstoffvorräte durch die jungen Nationalstaaten. Die Zeit der billigen Energie für das ökonomische Wachstum der kapitalistischen Länder war vorbei, die Kapitalverwertung verschlechterte sich insgesamt. Demgegenüber, so Baar, entwickelte sich die Energiewirtschaft der sozialistischen Länder planmäßig, das heißt proportional entsprechend den nationalen Möglichkeiten; die UdSSR wurde zum Beispiel der größte Kohle- und Erdölproduzent der Welt. Dieser Aspekt spielte in der Diskussion mit dem Experten I. T. Berend (Ungarische VR) eine Rolle, wobei Becker die Problematik der langfristigen Energieplanung betonte und gleichzeitig auf Möglichkeiten der Lösung der internationalen Energieprobleme einging. Für die Sicherung des Energiebedarfs seien in allen sozialistischen Ländern ständig umfangreiche Investitionsmittel eingesetzt worden. In allen Volkswirtschaftsplänen fänden sich Festlegungen über die Sicherung des rationalen Verbrauchs von Energie, wobei angestrebt wurde, das ökonomische Wachstum mit gleichbleibendem bzw. sogar sinkendem Energieverbrauch zu sichern.

Weitere Beiträge, wie von F. Dudek (ČSSR) zur Rolle der Zuckerindustrie in der sozialökonomischen Entwicklung der tschechischen Länder im 19. Jahrhundert, R. Floud (Großbritannien) zur technischen Ausbildung von 1850 bis 1914, W. Parker (USA) zur Technik der Kommunikation in der Weltwirtschaft und R. Fremdling (Berlin /West/) zur Entwicklung der Eisenindustrie in Westeuropa zwischen 1820 und 1860, behandelten Teilaspekte des technischen Fortschritts.

Das "open forum" zum Thema "Hungersnot in der Geschichte" war ein erstes Experiment der Internationalen Wirtschaftshistorikergesellschaft. Die Idee bestand darin, eine Diskussion für alle Teilnehmer des Kongresses über ein allgemein interessierendes Thema zu arrangieren. Das Forum wurde gründlich vorbereitet. 1981 fand ein Symposium in Vevey (Schweiz) statt, und vorher war eine Publikation, "Famine in History Newsletters", an einen Kreis von Akademikern verteilt worden. Die für das Forum vorbereiteten Beiträge umfaßten sowohl Abhandlungen über Probleme der Methodologie als auch Fallstudien, in denen akute Hungerperioden in der Geschichte der Menschheit konkret behandelt wurden.

Auf dem Forum sprach als erster der Leiter der Veranstaltung J.-F. Bergier (Schweiz), der die Frage aufwarf, ob man ein Modell der Hungerperioden entwerfen könne. Das Bild des Elends sei ja stets das gleiche: Hungernde bzw. verhungerte Menschen, verbunden mit steigenden Krankheits- und Sterberaten. Wenn im folgenden der erste Film einer Hungerkatastrophe, und zwar in Sowjetrußland gezeigt werde, so scheine es ihm, daß man solch einen Film ebenso gut zu dieser oder jener Zeit in England oder Frankreich oder im alten Ägypten hätte drehen können, wenn in früheren Zeiten schon die Filmkunst entwickelt worden wäre.

M. Drake (Großbritannien), der den allgemeinen Bericht gab, wies darauf hin, daß in unserer heutigen Welt der Hunger genau so wütet wie in vergangenen Zeiten. Die Hungerkatastrophe in Saratow nannte er die bestdokumentierte in der Geschichte und wies dabei vor allem auch auf die vorzüglichen sowjetischen Statistiken jener Zeit hin.

Ihm folgte D. J. Oddy (Großbritannien), der sich mit der Hungersnot als gesellschaftlichem Begriff auseinandersetzte und sie hinsichtlich ihrer sozialen Ursachen und Folgen untersuchte - sowohl in "preindustrial" Zeiten als auch später.

Schließlich sprach S. G. Wheatcroft (Großbritannien) speziell über die Situation in Saratow im Jahre 1921 sowie über den Film "Famine in Russia - 1921". Der Film wurde 1921 an Ort und Stelle gedreht für den britischen "Save the Children Fund", eine karitative Organisation, die sich damals für Hilfe für die Kinder im Gebiet von Saratow einsetzte. Er lag seit Jahrzehnten unbenutzt und vergessen zunächst im Archiv des "Fund" und später in den National Film Archives of the British Film Institute. Wheatcroft fand erste Hinweise auf den Streifen im Nansen-Archiv, einem Teil des Archivs des Völkerbundes in Genf, von wo aus weitere Forschungen ihn das Original wiederentdecken ließen.

Der Film, der dann gezeigt wurde, war ein tief bewegendes Dokument - natürlich darauf ausgerichtet, Geldspenden für die hungernden Kinder zu erhalten. Wenn ein beträchtlicher Teil der Zuhörer nach dem emotionalen Erlebnis des Films den Saal verließ und in der anschließenden Diskussion nur fünf Redner sprachen, so war das durchaus verständlich.

Die von Gy. Ránki (Ungarische VR) und J. Kocka (BRD) geleitete Sektion B 1 behandelte die jeden Wirtschaftshistoriker interessierende Fragestellung nach der Bedeutung der ökonomischen Theorie für die Geschichtsforschung und -darstellung. So warf Kocka unter anderem folgende Fragen auf: "Welche Aufgaben hat die Theorie für den Historiker? Braucht er sie nur für die abschließende Verallgemeinerung, für die Erklärung von Prozessen oder als Grundlage für die innere Struktur seiner Darstellungen?" Diese Fragen wurden nicht abstrakt, sondern anhand von Einzelproblemen diskutiert, wobei sich drei Gruppen von Problemstellungen abzeichneten:

1. das Verhältnis von nationaler, regionaler und Weltwirtschaftsgeschichte,
2. das Verhältnis von Geschichte und Theorie bei der Untersuchung und Darstellung zyklischer Krisen im Kapitalismus und
3. Fragen zum hierarchischen System in der Wirtschaft.

Die ersten drei der schriftlich vorgelegten Beiträge stießen in der Diskussion auf große Resonanz.

R. Cameron (USA) ging in seinem Beitrag zur "Erklärung der internationalen Unterschiede in der ökonomischen Entwicklung" von zwei Grundtypen der Argumentation aus. Die eine Gruppe führe Unterschiede zwischen armen und reichen Regionen bzw. Ländern auf die Anwendung politischer und militärischer Gewalt zurück, die zweite Gruppe sehe sie als Ergebnis des Wirkens differenzierter natürlicher Faktoren, wie der Intelligenz oder Energie der Bevölkerung dieser Gebiete, an. Letztere Argumentation gehe gegenwärtig bei der Erklärung der Entwicklungsunterschiede von einem differenzierten Niveau der Technologie und des Kulturniveaus der Menschen, des sogenannten "human capital", aus. Demzufolge ergäben sich bei der Suche nach den Faktoren zur Überwindung dieser Unterschiede zwei Richtungen: Gegengewalt (zum Beispiel in Form einer Revolution) oder Hebung des Kulturniveaus. Dabei bleibe völlig unberücksichtigt, daß solche Unterschiede im Bildungsniveau zum Teil das Ergebnis gewaltsamer kolonialer Unterdrückung sind. Obwohl indirekt eine Zustimmung für die "human capital"-Theorie zu spüren war, vermißte man bei Cameron eine eindeutige Position des Autors.

I. Wallerstein (USA) stellte in seinen Ausführungen zum Problem der historischen Ungleichheiten der Entwicklung die These in den Vordergrund, daß bei der wirtschaftshistorischen Forschung nicht einzelne Staaten, sondern das Welt-system untersucht werden muß. Auch bei ihm fanden sich die von Cameron behandelten Unterschiede, wobei er den "bevorzugten Kern" den "benachteiligten Randgebieten" gegenüberstellte. Wallerstein, der wohl marxistische Termini benutzte, wandte sich aber unter anderem offen gegen die nach seiner Ansicht von Marxisten und Liberalen vertretene These von der Revolution der Bourgeoisie gegen den Feudaladel. Er führte an, daß im 13./14. Jahrhundert die Bauern gewisse Vorteile im Kampf um die Verteilung des Mehrproduktes errun-

gen haben, und stellte die These auf, daß der Feudaladel daraufhin nach neuen Wegen einer indirekten statt direkten Ausbeutung suchte und in Form der kapitalistischen Ausbeutung fand - eine Darstellung, die nur teilweise für die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft einiger Länder zutrifft.

S. Pollard (BRD) unternahm den Versuch, Denkschemata darzustellen, die zur Beschreibung eines zentralen Themas der europäischen Wirtschaftsgeschichte, der Industrialisierung Europas, entwickelt wurden (unter anderem durch C. Clark, W. G. Hoffmann, W. W. Rostow, C. Cipolla, A. Gerschenkron). Ausgehend von der Rolle äußerer Faktoren für die Industrialisierung eines Landes, begeisterte sich Pollard für die von Wallerstein vorgeschlagene Unterteilung in sogenannte Kern- und Randzonen der Geschichte und darauf aufbauende Untersuchungen (zum Beispiel durch Ránki und Berend, die aber im gegenwärtigen Stadium mehr Fragen aufgeworfen als beantwortet hätten), kam aber letztlich zu dem Schluß, daß aus praktischen Gründen die Nation als Einheit für die wirtschaftshistorische Untersuchung von grundlegender Bedeutung ist.

Anschließend sprachen zwei Experten. Während I. T. Berend (Ungarische VR) die Notwendigkeit eines Kompromisses zwischen übernationaler und regionaler Forschung hervorhob, vertrat A. S. Milward (Großbritannien) die Auffassung, daß aus pragmatischen Gründen die Forschung im nationalen Rahmen für den Wirtschaftshistoriker im Vordergrund steht. Die Betrachtung von Regionen werde schon durch die Hürde der Statistik beeinträchtigt.

In der anschließenden Diskussion wandte sich ein ungarischer Kollege gegen die nach seiner Meinung unzulässige Verallgemeinerung Marxscher Gedanken, speziell der auf bestimmten Abstraktionen aufbauenden Darstellungen der kapitalistischen Entwicklung.

Die Diskussion wurde mit folgenden Beiträgen fortgesetzt: H. Daems (Belgien) unternahm den Versuch, den Nutzeffekt hierarchischer Ordnungen im Gegensatz zum isolierten Auftritt des ökonomischen Subjekts theoretisch zu begründen. H. Mottek/M. Merkel (beide DDR) versuchten in ihrem Beitrag zur Theorie und Geschichte der zyklischen Krisen, Fragestellungen der Wirtschaftstheorie, die durch die Entwicklung des Kapitalismus in den letzten Jahrzehnten aufgetaucht sind, aus der Sicht und mit den Erfahrungen eines Wirtschaftshistorikers zu beantworten. K. Borchardt (BRD) brachte einen Überblick über die Vielfalt der Krisentheorien, für deren jeweilige Gültigkeit es keine Beweise gebe, und hob hervor, daß Krisen vergangener Zeiträume vor allem unter dem Eindruck gegenwärtiger Erfahrungen untersucht und dargestellt werden. So werde im Gefolge der Krise von 1974 bei Analysen der Funktion der Krise wieder mehr Aufmerksamkeit zuteil.

Der Experte E. W. Streissler (Österreich) bewertete den von Mottek/Merkel unternommenen Versuch, Aspekte der Verschmelzung der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems mit der zyklischen Krise darzustellen, als "zu konservativ". So seien, obwohl die Aussage, die Krise Mitte der siebziger Jahre dieses Jahrhunderts weise mehr Ähnlichkeit mit der Krise von 1873 als mit der von 1929 auf, zu würdigen ist, von den Autoren einige Mechanismen der gegenwärtigen Krisen ignoriert worden. Bezugnehmend auf das Problem der industriellen Reservearmee bzw. der Massenarbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern, glaubte Streissler ein Unverständnis für den bürgerlich-demokratischen "Entscheidungsprozeß" in diesen Ländern feststellen zu können. Hinsichtlich Borchardt wurde unter allgemeiner Zustimmung zu den schriftlich getroffenen Aussagen unter anderem die skeptische Haltung des Autors gegenüber der Beweisbarkeit der Richtigkeit von Krisentheorien und dessen negative Einstellung zur Ökonometrie kritisiert. C. L. Holtfrerich (Berlin/West/) nahm als zweiter Experte vor allem auf den Beitrag von Borchardt Bezug und betonte, daß es problematisch ist, die Vollbeschäftigung anderen wirtschaftspolitischen Zielen zu opfern. Er stellte die Notwendigkeit heraus, Theorien anzubieten, die den Politikern Instrumente in die Hand geben, um die Krise zu mildern.



In der sich anschließenden Diskussion ergriffen neben zwei sowjetischen Kollegen auch Wirtschaftshistoriker aus den USA, Großbritannien und der BRD das Wort. H. Pohl (BRD) stellte unter anderem Mottek die Frage, warum er nicht die zyklischen Krisen im Sozialismus in die Analyse mit einbeziehe. Mottek nutzte die Gelegenheit abschließender Bemerkungen, darauf zu verweisen, daß zyklische Krisen eine Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind.

In der Sektion B 2, die unter der Leitung von J. Kahk (UdSSR) stand, wurden 12 Beiträge zu neuen Anwendungen von quantitativen Methoden in der Wirtschafts- und Sozialgeschichte vorgelegt. Die Beiträge von S. Akerman/K. Lockridge (Schweden) und von P. Bourdelais/M. Demonet (Frankreich) konnten infolge Abwesenheit der Autoren nicht diskutiert werden. Die Beiträge von P. K. G'Brien (Großbritannien) und R. Fogel (USA), die ebenfalls nicht anwesend waren, wurden durch die Kollegen A. Gomez (Spanien) und R. C. Floud (Großbritannien) vertreten. Zusätzlich hatte G. van Dijk (Niederlande) einen Sonderbeitrag über die Anwendung der Spektralanalyse bei langen Zeitreihen vorgelegt, der ebenfalls Diskussionsgegenstand in der Sektion B 3 war. Hinsichtlich der Anwendung mathematischer statistischer Methoden kann man folgende thematische Gruppierung vornehmen:

1. multivariate Verfahren (Hauptkomponentenanalyse, Methode Benzécri, Faktoranalyse, Klassifikationsalgorithmen von Braverman u. a.): Beiträge von L. J. Borodkin/I. D. Koval'čenko (UdSSR), V. Rasila (Finnland), F. D. Guiterrez del Arroyo (Spanien), I. Gadisseur (Belgien), Bourdelais/Demonet, Demonet/Gy. Granazstói (Ungarische VR),
2. Regressionsanalyse (Produktionsfunktion, lineare und nichtlineare Regression und Korrelation): Beiträge von E. Schremmer (BRD) und J. Wilke (DDR),
3. methodologische Probleme: Beiträge von Fogel/Floud, Akerman/Lockridge und O'Brien/Gomez,
4. Zeitreihenanalyse: ein Beitrag von Dijk.

Einige Beiträge beschäftigten sich auch mit der Anwendung einer Vielzahl von Methoden bzw. der Kombination von statistischen Verfahren. Schremmer nutzte zum Beispiel bei der Messung des technischen Fortschritts die Indextheorie (Kendricks Gesamtproduktivitätsindex). Als Basis der Betrachtungen dienten das bekannte neoklassische Modell und die Produktionsfunktionstheorie (Solow/Harrod). Die Behandlung des technischen Fortschritts als Residualgröße war auch Gegenstand von kritischen Bemerkungen und Anfragen einiger Diskussionsredner. Das "embodied" technische Fortschrittskonzept und andere moderne Ansätze von Mansfield, Sato und Beckman (Learning by doing-Konzept, innovationstheoretische Ansätze) wurden von Schremmer nicht weiter diskutiert. Wilke verwandte für seine statistische Analyse der Energieentwicklung hochentwickelter kapitalistischer Staaten eine Palette statistischer Methoden: die Indextheorie, Relativzahlen bei Wachstumsprozessen und andere beschreibende statistische Verfahren, die Regressions- und Korrelationstheorie, einfache Trenduntersuchungen bei Zeitreihen und die Simulationstechnik bei der Ermittlung logistischer Wachstumsfunktionen. Das Datenbankproblem und die Ermittlung fehlender Daten wurden außerdem als besondere Probleme bei der Analyse der Entwicklung des Energiesektors dargestellt. Die Beiträge und die Anfragen in der Diskussion bezogen sich auch auf die Vielzahl der verschiedenen statistischen Ansätze, die eventuell eine quantitative Einschätzung des Energie-Wirtschaftszusammenhangs ermöglichen.

Rasila setzte sich sehr eindrucksvoll mit der altbekannten Problematik von Scheinkorrelationen bei statistischen Zeitreihen auseinander. Die Interpretation und die Schwierigkeit der korrelativen Messung von zwei Zeitreihen ist ein äußerst kompliziertes methodisches Problem, und da Korrelationen die Basis für die Faktoranalyse darstellen, war Rasila berechtigt, diese Problematik einem breiten Publikum zur Diskussion zu stellen.

Das Übergewicht der multivariaten statistischen Verfahren als Klassifikationsverfahren war in dieser Sektion typisch und deutet auch die Tendenz der Anwendung statistischer Methoden an. So zeigten Koval'čenko/Borodkin, Guiterrez del Arroyo und Granasztói mit unterschiedlichen Klassifikationsverfahren (optimaler Gruppierungsalgorithmus nach Braverman, Faktoranalyse und Korrespondenzanalyse nach Benzécri) die Anwendungsmöglichkeiten dieser Verfahren für geographische, territoriale bzw. regionale Untersuchungen. Die Korrespondenzanalyse von Benzécri, die methodisch jegliche Rotationsverfahren ablehnt, stellt eine interessante Möglichkeit dar, wenn Häufigkeitsdaten vorliegen. Eine Diskussion über Annahmen und Voraussetzungen dieser Klassifikationsverfahren und ihre Interpretationsschwierigkeiten wurde bedauerlicherweise nicht geführt.

Bei allen genannten Beiträgen wurden die statistischen Verfahren zur Datenanalyse und als Hilfsmittel zur Erklärung ökonomischer Prozesse sowie zur Messung bestimmter Vorgänge verwendet. Gadisseur dagegen nutzte Regressions-einschätzungen bzw. die Hauptkomponentenanalyse zur Ermittlung von fehlenden Daten. Diese Art des Herangehens zielt darauf ab, vollständige lange Zeitreihen zu bilden, die dann die Basis für weitere Untersuchungen sind. Gadisseur hat auf diese Weise viele volkswirtschaftliche Reihen ermittelt (9 Bände), vergleichbar etwa mit den Sammlungen statistischer Zeitreihen von Hoffmann, Deane/Cole und Mitchell.

O'Brien behandelte in seinem Beitrag die methodologischen Probleme der quantitativen Entwicklung des Servicesektors bzw. tertiären Sektors in der Volkswirtschaft kapitalistischer Prägung. Neben Definitionsproblemen wurden einige Versuche zur Berechnung des Anteils des Servicesektors vorgeschlagen.

Floud/Fogel stellten die Probleme von Zeitreihen bei intergenerativen Datenmen-gen zur Diskussion. Das Ziel dieses Projekts, das am National Bureau of Economic Research hinsichtlich der Entwicklung der US-amerikanischen Wirtschaft angesiedelt ist, besteht darin, langfristige Veränderungen der demographischen Struktur, der Struktur der Arbeitskräfte und der Arbeitsproduktivität im mikroökonomischen Bereich modellmäßig zu erfassen.

Insgesamt gab es eine Vielzahl von bemerkenswerten Ansätzen, wurden interessante Probleme aufgeworfen, aber leider stimulierten die organisatorischen Mängel beim Ablauf der Sitzungen die Teilnehmer nicht dazu, reger zu diskutieren.

In der Sektion B 3 ging es um das Thema "Lange Trendentwicklungen". Bedauerlicherweise waren einige Verfasser der vorgelegten Beiträge nicht anwesend, so J. Delbeke (Belgien), Th. Kuczynski (DDR), D. Petzina (BRD), G. Parenti (Italien) und R. W. J. M. Bos (Niederlande), was sich negativ in der Diskussion auswirkte.

Für Bos hielt G. van Dijk (Niederlande) einen Vortrag über "Lange Wellen in der ökonomischen Entwicklung - Empirische Nachweise zum europäischen Getreidehandel seit dem 16. Jahrhundert". Van Dijk versuchte, durch Anwendung der Spektralanalyse (Kreuzspektralanalyse) lange Schwingungen bzw. unterschiedliche Schwankungen zu identifizieren. Die Kreuzspektralanalyse von Amsterdamer und Danziger Preisnotierungen für Roggen zeigte, daß die Danziger Preise um 6 Monate zeitverzögert auftraten, und das Verhältnis der Amplitude ergab, daß die Amsterdamer Preisnotierungen stärker reagierten als in Danzig. Daraus schlußfolgerte van Dijk die hohe Bedeutung Amsterdams bei der internationalen Preisfestsetzung. Weiterhin konnte er schwache Schwankungen über 20 Jahre Wellenlänge und ausgeprägte Schwankungen über 13 Jahre ermitteln, eine Bestätigung der Forschungen von Granger und Fughes bei der Analyse des Beveridge Price Index. Die rege Diskussion über die ermittelten Resultate lief darauf hinaus, daß die Ergebnisse statistischer Verfahren Artefakte darstellen.

Der Vorsitzende der Sektion, J. Bouvier (Frankreich), der eine gut vorbereitete und strafforganisierte Sitzung leitete, stellte die Arbeit von Delbeke vor. Delbeke behandelte lange Wellen und Führungssektoren im belgischen Industrialisierungsprozeß 1831 bis 1913 auf der Basis der Datensammlung von Gardisseur. Er spricht von "business cycles" und von "Juglar-Schwankungen", die unter Umständen keine "langen Wellen" darstellen.

In allen Beiträgen und in der Diskussion traten große Diskrepanzen hinsichtlich Definitionen und Festlegungen von Begriffsinhalten auf. Das Motto der Sektion "Long Run Trends" war schon zweideutig gewählt. Ein Trend ist im Bereich der Statistik ein festumrissener Begriff, und Schwankungen, Fluktuationen, Wellen über längere Zeiträume, größer als der klassische Krisenzyklus (8 bis 15 Jahre), brauchen durchaus keinen "long run trend" darzustellen. Insofern paßte der Beitrag von I. Pietrzak-Pawłowska (VR Polen), die den ökonomischen Wachstumsprozeß und strukturelle Disparitäten in Mitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert behandelte, durchaus in diese Sektion. Sie stellte aber keine säkularen Schwankungen oder Strukturbrüche zur Diskussion, womit ihr Beitrag dann leider nicht im gewünschten Rahmen blieb. Ähnlich der Beitrag von L. Prados/G. Tortella (Spanien) über "long-term trends" im spanischen Außenhandel 1714 bis 1913, die anhand von durchschnittlichen Wachstumsraten von Außenhandelskennziffern langfristige Tendenzen identifizieren wollten und keine langen Wellen (30 ... 50 Jahre dauernde wellenartige Schwankungen). Auch W. A. Cole (Großbritannien) folgte mit seinem Beitrag zu "long-term trends" in der Ökonomie des vorindustriellen England 1540 bis 1720 einem allgemeinen Wachstumskonzept, wobei die Schwankungen des Inventars von privaten Haushalten verschiedener territorialer Gebiete (Devon, Westmidland) durch gleitende Durchschnitte geglättet wurden. Daraus sei ein Wachstumstrend bei der Kennziffer "Reichtum privater Haushalte" entstanden. Die vorhandenen Schwankungen (Wellen) in vierzig-Jahres-Abständen erkannte Cole phänomenologisch, aber er konnte oder wollte diese nicht interpretieren. I. Wallerstein (USA) und van Dijk machten in der Diskussion zu Coles Beitrag auf die Gefahren der Anwendung gleitender Durchschnitte aufmerksam.

Der von zirka 100 Teilnehmern mit Spannung erwartete Beitrag von W. W. Rostow (USA) über die Zyklen und die Kompliziertheit der Geschichte bot im wesentlichen keine neuen Ansätze. Rostow unterschied 6 Arten von Zyklen (lange demographische Zyklen, kurze demographische Zyklen, Kondratieff-Zyklen oder lange Trendperioden, Zyklen des Häuserbaus, Hauptzyklen als langfristige Investitionszyklen, kurze Zyklen von 3 bis 4 Jahren). Außer den demographischen Zyklen seien die anderen Zyklen sektoraler Art und zum Teil auch von kurzfristiger Natur. Die Verwirrung der Zuhörer war komplett. Rostow redete am Thema vorbei; die Diskussionsgrundlage war zu breit angelegt. Die von ihm genannten Gründe für das Entstehen der Zyklen waren wenig überzeugend. Theoretische Konzepte der bürgerlichen Einkommenstheorie, der Preistheorie und der Investitionstheorie wurden als Modelle für die Erklärung der Schwankungen herangezogen, wobei Innovationen bei der Analyse der Zyklen kaum eine Rolle spielten. Die interaktiven Wirkungen der verschiedenen Zyklen erschienen auch A. J. Dinkevič (UdSSR) in seiner Replik zu Rostow zweifelhaft. Rostows Behauptung, daß auch in sozialistischen Ländern Zyklen in der wirtschaftlichen Entwicklung auftreten und daß man diese zur Erklärung für die krisenhaften Erscheinungen des Kapitalismus heranziehen könnte, wiesen sowjetische Diskutanten zurück. Die entscheidende Frage, ob wirtschaftliche Zyklen durch endogene Faktoren bestimmt oder erklärt werden können, wurde heftig diskutiert. Exogene Einflüsse, zum Beispiel nichtökonomische Faktoren, müßten - auch nach M. Morineaus (Frankreich) Meinung - berücksichtigt werden. Morineau skizzierte in seinem interessanten Beitrag die Erfahrungen der modernen Geschichtsschreibung mit langen Wellen vom Typ Kondratieff und stellte die erkenntnistheoretische Seite mit ihrem Für und Wider dar. Die Validität der langen Wellen nicht nur durch ökonomische Aktivitäten aufzuzeigen, sondern den Ablauf des ökonomischen Wandels in ein "historisches Kontinuum" zu stellen sei

natürlich allgemein zu rechtfertigen, führe aber zu einem offenen Modell und sei nicht operabel.

Bouvier legte in seinen Ausführungen die Vielzahl der speziellen Schwierigkeiten bei der Analyse der langen Wellen zusammenfassend dar. Ideologische Probleme, statistische Probleme, die verschiedenen Zeithorizonte (Mittelalter und Neuzeit) und die multiplen Mechanismen und Einflußfaktoren wurden von ihm kritisch und anschaulich abgehandelt.

Man kann sich nur den Worten von Bouvier anschließen, daß sich künftige internationale Kongresse "en longue durée" mit "mouvement de longue durée" beschäftigen werden. Es fiel dem Besucher dieses Kongresses auf, daß in verschiedenen Sektionen, wie A 3, B 1, B 2 und C 36, über ähnliche Probleme diskutiert wurde. Es gab kontroverse Auffassungen und neue Gedanken auf diesem Gebiet, neue Horizonte waren zu erkennen. Wenn G. Mensch (BRD) konstatierte, daß die Weichen für die Forschungsarbeit in den nächsten Jahren gestellt worden sind, so kann man dieser Auffassung durchaus zustimmen.

Unter der organisierenden und leitenden Hand von H. Baudet (Niederlande) wurde in der Sektion B 4 das Thema "Typen der Konsumtion, traditionell und modern" behandelt. 5 Beiträge, von denen aber nur 3 schriftlich vorlagen, waren der Diskussion zu Konsumtionsfragen im 16. und 17. Jahrhundert gewidmet.

M. Bogucka (VR Polen), Mitorganisator dieser Sektion, gab eine Zusammenfassung der vorliegenden Beiträge von I. Blanchard, P. Burke (beide Großbritannien) und E. Petersen (Dänemark), die sich mit Problemen des bäuerlichen Lebens, besonders bezogen auf den Getreideverbrauch und einige andere Güter des individuellen Konsums, und mit dem sogenannten "conspicuous"-Konsum der Aristokratie und des gehobenen Bürgertums als "Status- und Tugend-Symbol" beschäftigten, wobei die zu spät eingereichten Beiträge von J. Taubir (VR Polen) und L. Prados (Spanien) in die Betrachtung einbezogen wurden. Bogucka betonte, daß alle Beiträge die Abhängigkeit des Niveaus der Konsumtion von solchen Faktoren wie dem technischen Niveau, den Elementen des Kapitalismus, der sozialen Struktur bzw. Hierarchie, der Religion und Philosophie sowie der Mode deutlich gemacht hätten. Diese Faktoren seien folglich zu beachten, wenn man Veränderungen in den Konsumgewohnheiten untersuchen und Vergleiche anstellen wolle.

In der anschließenden Diskussion stellte V. A. Subbotin (UdSSR) zunächst die Frage, worauf sich die Worte "traditionell" und "modern" beziehen würden. Er wandte sich dagegen, dies im Sinne einer zeitlichen Abgrenzung von vorindustrieller und industrieller Periode zu sehen, und meinte, daß beide Begriffe auch keine Bestimmung für sozial und durch die Mode determinierte Faktoren seien. Diese Frage sowie die nach dem Inhalt des Konsumtionsbegriffes in vorindustrieller Zeit, im Sinne des Bevölkerungskonsums, sowie Probleme von Lebensstandard und Konsumtionstyp, ökonomischer Entwicklung, Kaufkraft, Eigenproduktion und Markt in ihrer Wirkung auf Veränderungen des Konsumtionstyps wurden lebhaft diskutiert, ohne daß man zu übereinstimmenden Meinungen gelangte. Abschließend wurde unterstrichen, daß zeitliche, regionale und Klassenunterschiede bei der Bestimmung des Konsumtionstyps zu berücksichtigen sind. Für weitere Forschungen seien mehr Systematik und gewisse Prinzipien zu entwickeln, um zu vergleichenden Aussagen zu gelangen.

W. E. Minchinton (Großbritannien), M. Yasuzawa (Japan), P. Scholliers (Belgien) und Baudet gemeinsam mit H. van der Meulen (Niederlande) hatten schriftliche Beiträge vorgelegt, die Probleme der Konsumtion des 19. und 20. Jahrhunderts in ihren Heimatländern behandelten. D. Felix (USA) und S. I. Kuznečova (UdSSR) beschäftigten sich mit entsprechenden Problemen in Lateinamerika und in urbanisierten Teilen Afrikas. Im Mittelpunkt standen dabei Untersuchungen zu Veränderungen der Einkommen, der Preise der Nahrungsmittel und von anderen Gebrauchsgegenständen usw. Etwas stärker methodolo-



gisch angelegt, stellte Minchinton dem Begriff "traditional and modern" den von "convention and fashion" entgegen und versuchte, eine gewisse Systematik für die Bestimmung der Veränderungen im Konsumverhalten der Menschen zu entwickeln und die langwirkenden sozialen Faktoren von den sich schneller verändernden zu unterscheiden. Daran anknüpfend, unterstrich W. Falk (DDR) in der Diskussion die Notwendigkeit, die Klassenstruktur, die Veränderungen der industriellen Struktur und solche in der Produktion selbst sowie die ebenfalls langfristig wirkenden Faktoren der geistigen bzw. weltanschaulichen Haltungen zu berücksichtigen. Sie legte dar, daß es auch Zeiten geben kann, in denen sich das materielle und geistige Lebensniveau mit seinen Auswirkungen auf die Konsumtion - unabhängig von der Mode - auf der Grundlage der sozialen langwirkenden Faktoren sehr schnell verändern kann, wie das in Deutschland von 1914 bis 1945 der Fall war. Sie bezog sich dabei auf die Arbeiten von J. Kuczynski zur Geschichte des Alltags des deutschen Volkes. Des weiteren machte sie darauf aufmerksam, daß nicht nur technischer Fortschritt und Veränderungen in der Produktion gesehen werden dürfen, sondern mehr als bisher prinzipielle Veränderungen im Typ der Arbeit. Sie erinnerte an den Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeit, den Eintritt der Frau in die Fabrik, die damit verbundene Vernachlässigung des Haushalts und das Auftreten neuer Verbrauchergewohnheiten, die dazu führten, daß man von der Vorratswirtschaft abging und zunehmend Ware kaufte. Dadurch hatte sich die Möglichkeit des Ausgleichs bei Einnahmeschwankungen und in Notzeiten verringert.

Ein großer Teil der für die Diskussion zur Verfügung stehenden Zeit war mit Fragen japanischer Wissenschaftler zu den Ursachen des Erhalts traditioneller Verbrauchergewohnheiten trotz technischen Fortschritts ausgefüllt.

In der von E. Boserup (Schweiz) geleiteten Sektion B 5 über Frauenarbeit vor, während und nach der Industriellen Revolution wurden 9 Beiträge vorgelegt, die vorwiegend das 19. und 20. Jahrhundert behandelten. Nur 2 Beiträge beschäftigten sich mit Problemen der Frauenarbeit im Mittelalter. M. Leon de Leal (Kolumbien), die sich über den Beitrag der Frauen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Kolumbien äußern wollte, war nicht angereist.

J. Dübeck (Dänemark) sprach über die Rechtsstellung von dänischen "Kauffrauen" im ausgehenden Mittelalter und in der beginnenden Neuzeit (14. bis 18. Jahrhundert). Behandelt wurde die Schlüsselgewalt von Kauffrauen, das heißt ihr Recht, den Ehemann in allen den Haushalt betreffenden Angelegenheiten zu vertreten; die tatkräftige Unterstützung von Kaufleuten und Gewerbetreibenden bei Geschäften durch ihre Ehefrauen; Schwierigkeiten und Hindernisse für Frauen, die ein Gewerbe erlernen und in eine Zunft eintreten wollten; wirtschaftliche Gründe für Frauenkriminalität und anderes.

Zur Rolle der Frau in der bäuerlichen Wirtschaft, in der Stadt und im geistigen Leben im hohen Mittelalter (12. bis 14. Jahrhundert) äußerte sich S. Epperlein (DDR). Auf dem Lande sei die Unabhängigkeit der Bauersfrau durch das Konsensrecht der Feudalherren beim Eheschluß stark eingeschränkt gewesen. Gehörten die Ehepartner verschiedenen Herren an, so wurden die Kinder zwischen den betreffenden Grundherrschaften aufgeteilt; Kinder aus ungleichen Ehen folgten "der ärgeren Hand", also dem schlechteren Stand. Ansätze zu einer positiven Bewertung der Bauersfrau fänden sich in den Weistümern, also in Quellen, die in beträchtlichem Maße in bäuerlichen Traditionen wurzeln. Die Bauersfrau wurde als wichtige Helferin des Bauern bei der Arbeit auf dem Feld, im Stall, in der bäuerlichen Wirtschaft generell geschätzt. Hier seien auch Bildzeugnisse (Buchmalerei) heranzuziehen - eine bisher zu wenig beachtete Quelle. Besonderer Schutz wurde der schwangeren Bäuerin gewährt, und auch hinsichtlich des von der Bäuerin in die Ehe eingebrachten Vermögens gab es gewisse Garantien. Im Vergleich zur Lage der Frau auf dem Lande verbesserte sich die Position der Bürgersfrau in der Stadt in dreifacher Hinsicht: 1. Der Ehekonsens der Feudalherren entfiel, 2. die Frau konnte zeitweise das in die Ehe eingebrachte Vermö-

gen vererben, 3. die Frau konnte in der Produktion (Handwerk, Zünfte) und in der Zirkulationssphäre (Handel, Stellung der Kaufmannsfrau) aktiv werden und in ökonomischer, sozialer und rechtlicher Beziehung aufsteigen. Im geistigen Leben seien namentlich Frauen aus aristokratischen Kreisen Männern der unterschiedlichsten sozialen und politischen Stellung insofern überlegen gewesen, als sie lesen und schreiben konnten - eine damals sonst nur vom Klerus ausgeübte Tätigkeit. Am markantesten und folgenreichsten seien Frauen als Teilnehmer sozialreligiöser Bewegungen aufgetreten (Katharer, Waldenser). Im Gegensatz zur Auffassung der Kirche gestanden diese Sekten der Frau das Recht auf Predigt und Lehre zu. Frauen konnten auch die Priesterwürde erwerben. Hier werden Emanzipationsbestrebungen sichtbar. Es handelt sich um einen in religiösem Gewande erscheinenden Protest gegen die traditionelle Unterbewertung der Frau, wie sie in der Feudalgesellschaft allgemein und im besonderen in kirchlichen Kreisen vorherrschte.

U. Gerhard-Teuscher (BRD) sprach über Frauenarbeit und die gesetzlichen Rechte (legal rights) der Frauen in Deutschland im 19. Jahrhundert. Sie betonte, daß sich im Vergleich zum Mittelalter seit dem Übergang zu kapitalistischen Methoden in Landwirtschaft und Industrie die Lage der Frau verschlechterte. Ihre Aktivitäten seien nun in starkem Maße auf den Haushalt beschränkt worden, eine Arbeit, die sozial nicht anerkannt und schlecht oder gar nicht bezahlt wurde. Es kam nun zu einer für Jahrhunderte wirksamen geschlechtsbezogenen Auswahl und Begrenzung der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt, wo Männer die besser bezahlten, qualifizierten Positionen innehatten. Die Frauen kamen nicht in den Genuß der Prinzipien der bürgerlichen Gesetzgebung (Freiheit der Person, Eigentums Garantien, Gleichheit vor dem Gesetz und anderes). Das Bürgerliche Gesetzbuch sei ein Konglomerat frauenfeindlicher Bestimmungen und ein Höhepunkt der gesellschaftlichen Mißachtung der Frau gewesen. Diese Mißachtung wurde zuerst von den Führern der organisierten Arbeiterbewegung argumentativ wirksam und überzeugend bekämpft.

P. M. Klep (Niederlande) befaßte sich mit Fragen der Frauenarbeit in den Niederlanden und in Belgien von 1846 bis 1910, wobei die Zeit von 1846 bis 1849 im Zentrum der Betrachtungen stand. Für die Perioden von 1848 bis 1910 wurden vor allem die Haupttrends herausgearbeitet. Unterschiede zwischen beiden Ländern, zwischen ihren Provinzen, ihren städtischen und ländlichen Regionen wurden deutlich - so etwa hinsichtlich des Anteils von bezahlter und unbezahlter Arbeit als Heimarbeit auf dem Lande und in der Stadt (zum Beispiel Herstellung von Spitzen und Textilien).

L. A. Tilly (USA) referierte über Frauen, Familienstrategien und Industrialisierung in Frankreich zwischen 1890 und 1914 am Beispiel von zwei französischen Städten: Amiens und Roubaix, einer Textilindustriestadt etwa 170 Kilometer nordöstlich von Paris. Zwei Frauenberufe standen im Vordergrund - Lehrerin und Ladenbesitzerin -, Berufe, die im Vergleich zu anderen Tätigkeiten etwas Kapital und Bildung erforderten und eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit ermöglichten. Lehrerinnen und Ladenbesitzerinnen arbeiteten nicht oder nicht nur im Haushalt, waren nicht so abhängig wie Hausangestellte oder Mägde auf dem Lande und waren nicht, wie Arbeiter, Lohnempfänger. Tilly betonte, daß ältere, verheiratete Frauen als Ladenbesitzer zuerst nachweisbar sind. Lehrerinnen kamen meist aus einer Lehrerfamilie oder wurden von Lehrern für diesen Beruf gewonnen. Erwarben Lehrerinnen ein Berufsdiplom, so wurden sie in gleicher Höhe wie ihre männlichen Kollegen bezahlt.

Die Rolle von Frauen und Kindern bei der Industrialisierung des amerikanischen Nordostens von 1820 bis 1850 behandelten C. Goldin und K. Sokoloff (beide USA). Sie setzten sich mit der These auseinander, wonach die frühe Industrialisierung dort voranschritt, wo in der Landwirtschaft die Arbeit von Kindern und Frauen im Vergleich zur Tätigkeit von Männern niedrig bewertet und bezahlt wurde. Je niedriger die relative Produktivität von Frauen und Kindern in der vorindustriellen Wirtschaft gewesen sei, um so früher hätten sich Manufakturen entwickelt.

Anhand umfangreicher statistischer Materials wurde darauf hingewiesen, daß in Nordamerika ein großer Prozentsatz der Arbeitskräfte in den Manufakturen auf Frauen und Kinder entfalle. Mit zunehmender Mechanisierung der Produktion stieg auch der Anteil von Frauen- und Kinderarbeit. Weibliche Arbeitskräfte wanderten im Norden in größerer Zahl in die entstehenden Industrien ab als männliche. Es handelte sich dabei vor allem um junge Frauen, die nur befristet ihre Familien auf dem Lande verließen.

P. Schybergson und K. Vattula (beide Finnland) analysierten Veränderungen bei der Beschäftigung von Frauen in Skandinavien zwischen 1870 und 1914. Rund ein Drittel der berufstätigen Bevölkerung waren in Schweden und Dänemark in diesem Zeitraum Frauen, in Finnland etwa 40 Prozent. Im Laufe der ersten Phase der Industrialisierung (1890 bis 1914) waren in Skandinavien Frauen zu einem großen Teil außerhalb der Landwirtschaft in der Manufaktur und im Handwerk beschäftigt. Auch im Handel nahm die Zahl der Frauen zu: 1910 waren in Schweden 37 000 Frauen im Handel tätig, 1914 betrug ihre Zahl schon 100 000. In der Zwischenkriegszeit nahm die Zahl der Frauen zu, die im Büro als Angestellte arbeiteten; 1930 waren es in Skandinavien 25 bis 30 Prozent der berufstätigen Bevölkerung. In Finnland war ein relativ hoher Prozentsatz von verheirateten älteren Frauen in der Schwerindustrie beschäftigt. Vielfach nahmen Ehefrauen auch befristete Arbeiten als Plätterinnen und Wäscherinnen an.

N. Banerjee (Indien) untersuchte die Rolle der Frau in Bengalen in der Baumwollspinnerei, in der Weberei und in der Seidenproduktion im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts. Anhand zahlreichen statistischen Materials unterstrich sie ihre Auffassung, daß es für Frauen negative Folgen hatte, nur bei wirtschaftlichen Depressionen arbeiten zu wollen, sich dagegen bei Prosperität vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen. Die Frauen ließen damit ihre Arbeitsfertigkeiten und -kenntnisse verkümmern und waren, wenn sie in Krisenzeiten wieder Arbeit suchten, ungenügend auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Sie erlagen dann meist der Konkurrenz von vergleichsweise gut ausgebildeten, in einem kontinuierlichen Arbeitsprozeß stehenden Männern. Banerjee betonte, daß eine durchgreifende Besserung in der Lage der Frau erst eintritt, wenn diese von sporadischer Gelegenheitsarbeit zu einem dauerhaften Arbeitsverhältnis übergeht.

R. Davico (Italien) beschäftigte sich mit der Rolle der Frau in der Wirtschaft von Piemont im 18. und 19. Jahrhundert im Bereich der Seidengewinnung und analysierte die dabei auftretenden gesundheitlichen Schäden.

In der anschließenden Diskussion standen folgende Themenkomplexe im Mittelpunkt: 1. Definition der Frauenarbeit, 2. Stellung der Frau im Lokal- und Fernhandel, 3. Höhe der Löhne für Frauenarbeit, 4. unbezahlte Frauenarbeit, 5. Einschränkung der Freiheit der Frau, 6. Erziehung und Ausbildung von Mädchen (Schulen, Universitäten), 7. juristische Position der verheirateten Frau und 8. Lage der Frauen in der "dritten Welt".

Die Beiträge und die Diskussion waren zum größten Teil empirisch orientiert und sehr speziellen Fragen gewidmet. Vereinzelt auftretende theoretische Ansätze wurden nicht aufgegriffen.

Die Arbeit in der Sektion B 6 war der Typologie der kolonialen ökonomischen Entwicklung gewidmet. Auf den ersten Blick scheinen die 8 gedruckt vorliegenden Beiträge relativ wenig zur Typologisierung kolonialwirtschaftlicher Fragen beizutragen. Geht man sie jedoch gründlicher durch, dann ziehen sich einige grundlegende Problemkreise durch jeweils mehrere Arbeiten. Da sich die einzelnen Beiträge auf verschiedene Länder, Ländergruppen oder Kontinente beziehen, ergeben sich aus der Gesamtschau Vergleichsmöglichkeiten und Ansätze zur Systematisierung. Zu den durchgängig behandelten Problemen gehören der Charakter des sich in den Kolonien entwickelnden Kapitalismus; Eigenheiten der Lohnarbeit unter kolonialen Bedingungen bzw. Ursachen und Formen ihrer Ent-

stehung; Einführung technischer Neuerungen in die Kolonialwirtschaft; Verflechtung interner und externer Reproduktionskreisläufe; Methoden der Auseinandersetzung zwischen Kolonialmacht und einheimischen Unternehmerkreisen.

In der Sektion wurden nur drei der erwähnten Beiträge vorgestellt und sehr speziell diskutiert. Im folgenden sollen deshalb die im gedruckten Material geäußerten Standpunkte einzelner Autoren zu den aufgeführten Problembereichen wiedergegeben werden.

Die Frage nach dem Charakter des Kapitalismus in den Kolonien und abhängigen Ländern (sowie in den heutigen Entwicklungsländern) wird seit mehr als zehn Jahren besonders lebhaft unter lateinamerikanischen Fachleuten erörtert. Dabei wurden eingehend die Umstände untersucht, die einerseits zur Konzentration einer dynamischen Produktivkraftentwicklung in den kolonialen "Mutterländern" bzw. in der imperialistischen Welt führten und andererseits der "Peripherie" systematisch die Potenzen zur Erweiterung und Dynamisierung der Produktion vorenthielten oder entzogen. Explizite wird die Frage nach dem Charakter des Kapitalismus in zwei Beiträgen aufgeworfen. Der Beitrag von H. P. Brignoli (Kostarika) gibt eine Reihe von Anregungen für das Herangehen an diese Problematik. So betont Brignoli, daß es für die weitere theoretische Arbeit äußerst wichtig ist, die Wege des "surplus" zu verfolgen. Offenbar will er dies so verstanden wissen, daß der Entstehung und Verteilung des "surplus" sowohl im Inneren der Kolonien als auch im Verkehr mit den kapitalistisch entwickelten Ländern bzw. den Kolonialmächten nachzugehen sei. Insbesondere regt er an, die Maßnahmen der Kolonialverwaltungen unter diesem Aspekt zu betrachten. Während Brignoli wie auch die meisten übrigen Autoren deutlich erkennen lassen, daß es ihnen um das Aufdecken von Ursachen für die Entstehung der kolonialen Abhängigkeit geht, setzt sich P. D. Curtin (USA) das Ziel, die Einseitigkeit der Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum in Frage zu stellen, so daß der Leser eine komplexe Betrachtung der Abhängigkeit erwartet. Tatsächlich bringt Curtin jedoch vor allem anstelle der sozialökonomischen Ursachen den "räumlichen Aspekt" als determinierenden Faktor ins Spiel. Eine seiner Grundthesen lautet, daß räumliches Zusammenleben gemeinsame Interessen und solidarische Handlungsweisen hervorbringt. Diese sich letztlich frontal gegen die anticoloniale und nationale Befreiungsbewegung richtende These ist angesichts der gravierenden sozialökonomischen Gegensätze in allen "räumlichen Lokaltäten" der kapitalistischen Welt so unhaltbar, daß sich das Zusammentragen der dagegen sprechenden Fakten erübrigt.

Ein umfangreiches und vielschichtiges Problem ist das der in den Kolonien im Interesse der "Mutterländer" beschäftigten Arbeitskräfte. Sieht man von den mit brutaler Gewalt in den Dienst der Kolonialmächte gepreßten Zwangsarbeitern einmal ab, so liegt ein Grundproblem der kolonialwirtschaftlichen Entwicklung darin, wie es gelang, die zumeist in vorkapitalistischen Verhältnissen lebenden Produzenten in den Reproduktionsprozeß der "Mutterländer" einzufügen. Dieser Problematik sind verschiedene Beiträge gewidmet.

W. Schmidt (DDR) zeigt, daß die unter dem Einfluß der Kolonialmächte in Asien und Afrika verbreitete Lohnarbeit auf verschiedenen Wegen realisiert wurde. Dabei kam vor allem der englischen Kolonialmacht die Tatsache zugute, daß sich in Indien und China bereits eine überschüssige Bevölkerung entwickelt hatte, als der Übergang zur Produktion von agrarischen und mineralischen Rohstoffen für die Industrie des "Mutterlandes" in anderen Kolonien akut wurde. Die Verfügungsgewalt über ein koloniales Weltreich gab die Möglichkeit, Kontraktarbeiter in großer Zahl anzuheuern und sie an den Schwerpunkten der Kolonialherrschaft in anderen asiatischen und afrikanischen Ländern - insbesondere im Bergbau, auf Plantagen, aber auch beim Eisenbahn-, Hafen- und Straßenbau - einzusetzen. Eine weitere Form der Mobilisierung von Lohnarbeit war die gewaltsame Trennung der einheimischen Produzenten von ihren Produktionsmitteln (Wegnahme des Bodens und des Viehs) und die Besiedlung des "freien" Landes mit vorwiegend europäischen Siedlern. Auch das Belegen vor-



kapitalistischer Produzenten mit Kopf- und Bodensteuern führte in einer Reihe afrikanischer Länder zur Freisetzung von Lohnarbeit, zumeist in Gestalt saisonaler Lohnarbeit bzw. von Wanderarbeit. Die Untersuchung dieser Vorgänge bringt nicht nur Licht in die Anfänge der Entstehung des Proletariats heutiger Entwicklungsländer, sondern läßt auch die Vielschichtigkeit der Beziehungen erkennen, die durch die Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes hervorgerufen wurden.

Ein spezifisches Problem der lateinamerikanischen Wirtschaft des vorigen Jahrhunderts bestand in der Sklavenarbeit und den Veränderungen, die ihrer Abschaffung vorausgingen bzw. folgten. Mit diesem Fragenkomplex befaßt sich sowohl der Beitrag von R. W. Slenes und P. Carvalho de Mello (beide Brasilien) am Beispiel zweier kaffeeproduzierender Gebiete Brasiliens (Vassoura im Paraíba-Tal und Campinas im zentralwestlichen Gebiet São Paulo) als auch der Beitrag von C. Schnakenbourg (Frankreich) über die Zuckerproduktion der Karibik.

In dem informativen Beitrag von Slenes und de Mello werden die näheren Bedingungen der Sklavenarbeit auf den Kaffeeplantagen geschildert. Er vermittelt ein anschauliches Bild der sozialen Situation im weiteren Sinne, unter der sich das Leben der Sklaven vollzog. Aufschlußreich sind die Vergleiche in den beiden Gebieten über Alters-, Geschlechtsstruktur sowie über die Möglichkeiten von Familiengründungen. Vor allem aber gehen die Autoren der Frage nach, warum der Rückgang der Sklavenarbeit in Brasilien ohne größere Aufstände und Unruhen in einer Zeit vor sich ging, in der die auf Sklavenarbeit beruhende Kaffeeproduktion schnell zunahm und die Plantagenbesitzer eine einflußreiche, wenn nicht überhaupt die entscheidende politische Kraft im Lande waren.

Der 1888 in Brasilien erfolgten gesetzlichen Abschaffung der Sklavenarbeit war in den fünfziger bis siebziger Jahren ein beträchtliches Steigen der Preise für Sklaven vorausgegangen, 1881 setzte jedoch ein kontinuierlicher Preisrückgang ein. Slenes und de Mello sehen den Grund für diesen Prozeß vor allem in der damals mit Gewißheit zu erwartenden gesetzlichen Abschaffung der Sklavenarbeit (Brasilien war das letzte Land, das diesen Akt auf dem Kontinent noch zu vollziehen hatte), die den Sklavenmarkt noch vor Realisierung dieser Maßnahme praktisch zusammenbrechen ließ. Die Autoren widersprechen damit der oft geäußerten Ansicht, daß hier die Abschaffung der Sklavenarbeit ein Ergebnis des unter den Pflanzern stärker ausgeprägten kapitalistischen Bewußtseins war. Der Rückgang der Preise für Sklaven ergab sich ihres Erachtens vielmehr aus der politischen Krise, in die das System geraten war.

Die nach der Abschaffung der Sklaverei in den verschiedenen Ländern der Karibik eintretenden ökonomischen Probleme analysiert Schnakenbourg am Beispiel der Zuckerindustrie. Einen wesentlichen Platz nimmt die Untersuchung der Einführung technischer Neuerungen ein. Der Leser erhält ein anschauliches Bild von der Produktivkraftentwicklung unter den Bedingungen ökonomischer Abhängigkeit. Die sich auf kapitalistischer Grundlage vollziehenden Umgestaltungsprozesse werden von etwa 1825 bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgt. Durch eine Reihe von Indikatoren wird der Prozeß der Konzentration und Zentralisation der Produktion veranschaulicht. Die beschriebenen Prozesse werden auch unter dem Aspekt der Entstehung eines Landproletariats verfolgt. Einerseits leiteten Plantagenbesitzer und Behörden verschiedene Maßnahmen ein, um die ehemaligen Sklaven zum Verbleib als Lohnarbeiter an ihren alten Arbeitsstellen zu halten. Um die Position der Unternehmer gegenüber dem entstehenden Landproletariat von vornherein zu stärken, begannen die herrschenden Kreise andererseits gleichzeitig mit dem Import von Arbeitskräften aus asiatischen und afrikanischen Ländern. Allein nach Jamaika, Trinidad, Guayana, Kuba und den Französischen Antillen wurden zirka 660 000 asiatische Arbeitskräfte (davon etwa 500 000 Inder) und 260 000 Afrikaner herangezogen. Offenbar waren die internen Bedingungen für eine kapitalistische Entwicklung zum Zeitpunkt der Abschaffung der Sklaverei noch nicht so weit herangereift, daß dieser Pro-

zeß ohne eine beträchtliche äußere Zufuhr von Lohnarbeitern vorangetrieben werden konnte. Dieser Beitrag illustriert die äußeren Einwirkungen nicht nur im Hinblick auf die Entwicklung der Lohnarbeit. Er verdeutlicht vielmehr, wie stark die ökonomischen Umgestaltungen auch nach der Beendigung der Kolonialherrschaft von den Zentren der kapitalistischen Entwicklung beeinflußt werden. So sind es größtenteils die von europäischen Ländern ausgehenden Bewegungen des Weltzuckermarktes, die die karibischen Produzenten zum Reagieren zwingen. Vor allem aber macht sich der äußere Einfluß insofern bemerkbar, als die Einführung technischer Neuerungen in wachsendem Maße zur Inanspruchnahme von Auslandskapital führt.

Dem Beitrag über die Entwicklung der Landwirtschaft in Bengalen um den Beginn des 20. Jahrhunderts von T. Matsui (Japan) liegt die Auswertung umfangreichen statistischen Materials über die Pflanzenproduktion in den 60 Distrikten dieses indischen Staates für die Zeit von 1884 bis 1920 zugrunde. Der Autor analysiert das Material sowohl hinsichtlich der Verwendung der verschiedenen landwirtschaftlichen Kulturen (für den Eigenverbrauch, den Export und für den inneren Markt) als auch der quantitativen und regionalen Produktionsentwicklung. Während sich bei einer Reihe von Kulturen verhältnismäßig leicht feststellen läßt, daß sie von vornherein größtenteils für Exportzwecke (Indigo, Tee, Jute, Leinsamen, Mohn) oder für den Absatz auf dem Binnenmarkt (Gemüse, Früchte) angebaut wurden, ist dies bei Reis und Hülsenfrüchten nicht der Fall. Letztere beanspruchten jedoch mehr als 80 Prozent der gesamten Ackerfläche Bengalens.

Andere einschlägige Arbeiten begnügten sich in der Regel damit, Entwicklungstendenzen der Produktion für Außenmärkte zu ermitteln; demgegenüber bemüht sich Matsui um das Auffinden von Zusammenhängen zwischen wachsender Exportproduktion und einer zunehmenden Produktion für den inneren Markt. Er unterstellt, daß die Zunahme des Exports von Agrarprodukten (die meist in Monokultur gewonnen werden) von einer wachsenden Marktproduktion jener landwirtschaftlichen Erzeugnisse begleitet sein müßte, die als Grundnahrungsmittel für die Reproduktion der Arbeitskraft im Exportsektor der Landwirtschaft benötigt werden. Mit den von ihm angewandten Methoden zielt der Autor darauf ab, die Entwicklung und Verflechtung innerer und äußerer Reproduktionskreisläufe zu erfassen. Vom theoretischen Aspekt her ist dieser Vergleich zweifellos zu begrüßen. Um dieses Vorhaben jedoch abrunden zu können, wäre das Auswerten von Quellen erforderlich, die Aussagen über die gesellschaftliche Organisation der Produktion und deren Veränderungen im Untersuchungszeitraum erlauben.

A. K. Bagchi (Indien) untersuchte anhand von Detailstudien, wie Vertreter des englischen Bankkapitals von der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des folgenden Jahrhunderts Bedingungen schufen, um sich Teile der von indischen Bankiers erwirtschafteten Profite aneignen zu können. Nachdem er die Organisation des indischen Geldmarktes durch einheimische Geschäftsleute dargelegt hatte, ging er auf die vielfältigen Methoden ein, durch die britische Banken ihren Einfluß auch auf diesem Gebiet der indischen Wirtschaft vergrößerten. Obwohl sich die Kolonialmacht dabei auf ein so mächtiges Instrument wie die Ostindische Company stützte, fanden indische Bankiers verschiedene Methoden der Resistenz. Dazu gehörte unter anderem nach der gewaltsamen Schließung der Münze von Ahmedabad durch die Kolonialmacht die Einführung einer einheimischen Verrechnungswährung in Gudscherat, Ant genannt, deren Kurswert so häufig geändert wurde, daß es für die englischen Bankiers nicht durchschaubar war. Wenn diese Währung auch nur Bedeutung in dem genannten Staat hatte, ermöglichte sie den indischen Geschäftsleuten in der Zeit von etwa 1770 bis 1870 doch gewisse Freiräume.

Die Sektion B 7, deren Organisation und Leitung in den Händen von E. Florescano (Mexiko) und H.-H. Müller (DDR) lag, befaßte sich mit Agrarreformen in

vergleichender Sicht. Der Sektion lagen sieben gedruckte Beiträge vor, drei weitere waren nicht geliefert worden; lediglich G. G. Kotovskij (UdSSR) verteilte vor Beginn der Diskussion noch seinen Beitrag über "Agrarreformen in Asien: Probleme einer Typologie".

Im Vergleich zu anderen B-Sektionen war die Sektion B 7 trotz des wichtigen agrarhistorischen Themas weniger gut besucht. Zudem fehlten drei Verfasser der vorliegenden Texte, die die Grundlage der Diskussion bildeten. Die Diskussion stand daher von vornherein nicht gerade unter einem glücklichen Stern, was sich auch in einer sehr mäßigen Zahl von Diskussionsteilnehmern widerspiegelte.

Die Beiträge behandelten die Agrarreformen in Europa, Lateinamerika und Asien, genauer in Skandinavien, Deutschland, Mailand, Ost- und Südosteuropa, in Mexiko und in anderen lateinamerikanischen Ländern einschließlich der Karibik sowie in verschiedenen asiatischen Ländern. In seinen einleitenden Ausführungen gab Müller nicht nur eine kurze Zusammenfassung der vorgelegten Beiträge, er versuchte auch, auf einige diskussionswürdige Probleme aufmerksam zu machen, die jedoch in der folgenden Aussprache nicht immer Resonanz fanden, da sich die Diskutanten allzuoft nur auf die Beiträge der anwesenden Autoren konzentrierten und damit vergleichende Betrachtungen nicht selten in den Hintergrund gedrängt wurden. Müller stellte zunächst fest, daß es trotz der mannigfaltigen inhaltlichen Unterschiede einige Gemeinsamkeiten bei den Agrarreformen in den verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeiten gab, nämlich die Gesamtheit der agrarökonomischen, -sozialen und -politischen Maßnahmen, die im Zusammenhang mit Agrarrevolutionen oder grundlegenden Reformen in der Landwirtschaft zur Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte bzw. zu ihrer beschleunigten Entwicklung in diesem Wirtschaftsbe- reich ergriffen wurden. Den Kern der Agrarreformen bildeten Maßnahmen zur Veränderung der Eigentums- und Besitzverhältnisse an Grund und Boden. Charakter, Wesen, Inhalt und Formen der Agrarreformen wurden von den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen geprägt. Müller fragte dann nach den Voraussetzungen und dem historischen Standort der Agrarreformen, ob das Bürgertum eine Erzeugerfunktion ausübte oder nur als Hebamme tätig war, ob die Bauern dabei Subjekt oder nur Objekt waren, er fragte nach den konkreten Auswirkungen der Agrarreformen, nach dem technischen Fortschritt und der Produktivitätssteigerung und hob auch sogenannte "Gegenreformen" hervor, zum Beispiel in lateinamerikanischen Ländern, wo noch der Latifundismus herrscht und einen Teil der politischen Macht darstellt. Hier habe die Gegenreform der bisher Privilegierten es fertiggebracht, alle Reformversuche zu sterilisieren, die agrarischen Bewegungen zu ersticken und somit kapitalistische Modernisierungsansätze zu be- oder zu verhindern.

Im Anschluß an diese Einleitung trugen die anwesenden Referenten Kurzfassungen ihrer Beiträge (zum Teil auch Ergänzungen) vor, sodann standen fast ausschließlich die Beiträge von G. Moll (DDR) und E. Niederhauser (Ungarische VR) zur Debatte. Nur Kotovskij nahm Stellung zu den lateinamerikanischen Beiträgen von C. Cardoso (Brasilien) und A. Warman (Mexiko) und bedauerte vor allem, daß sie die gesellschaftliche Notwendigkeit der von ihnen behandelten lateinamerikanischen Agrarreformen im 19. Jahrhundert nicht sichtbar machen.

Moll rückte drei Aspekte zu den Agrarreformen des 19. Jahrhunderts in Deutschland in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: 1. den antifeudalen, kapitalistischen Charakter der Reformen als dominierendes Element gegenüber den regionalen Unterschieden, 2. die ausschlaggebende Rolle der Art und Weise, das heißt des Weges der bürgerlichen Umgestaltung der Landwirtschaft gegenüber der strukturellen Ausgangslage, und 3. die Schubkraft-Wirkung des bauerlichen Klassenkampfes für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts auf dem Wege bürgerlicher Reformen in der deutschen Landwirtschaft. Niederhauser stellte unter anderem fest, daß in Südosteuropa nicht nur ökonomische,

sondern auch politische und nationale Faktoren eine große Rolle spielten und nach seiner Meinung politische Faktoren wahrscheinlich einen größeren Anteil bei der Befreiung der Bauern hatten als ökonomische. S. Caçkowski (VR Polen), I. I. Koščuško, J. Kahk und Tasmukhamedad (alle UdSSR) bekräftigten unter Berücksichtigung ihrer Länder die Auffassungen von Moll. Besonders Kahk hob die Übereinstimmung der Auffassungen hervor, daß in allen deutschen Ländern der "preußische Weg", der reformerische Weg der kapitalistischen Agrarentwicklung, beschritten worden ist, und widersprach Niederhausers Meinung, daß in Ost- und Südosteuropa die Hauptfaktoren der Agrarreformen politische gewesen seien. Er bemerkte, daß sich in den Agrarreformen der Klassenkampf zwischen der Gutsbesitzerklasse und der bäuerlichen Klasse widerspiegelte, wobei die Gutsbesitzer ökonomisch daran interessiert waren, die feudalen Bedingungen so lange wie möglich zu nutzen und die politische Macht zu gebrauchen, um die Agrarreformen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Treibende Faktoren seien die ökonomische Entwicklung und der bäuerliche Klassenkampf gewesen. Bezugnehmend auf den Beitrag von R. Pettersson (Schweden) stellte Kahk fest, daß die Beziehungen zwischen Gutsbesitzern und Bauern in Skandinavien viel differenzierter als im "klassischen feudalen Europa" waren und sich für die Bauern hieraus Möglichkeiten ergaben, aktiv an der landwirtschaftlichen Entwicklung teilzunehmen.

Zu den speziellen Fragen der Agrarreformen sprach K. Harnisch (DDR). Er betonte insbesondere die Rechtsqualität der Bauern für die Klassenkräftekonstellation und für die konkrete Regulierung der Bauern und machte auf die Bedeutung der Marktproduktion und die Schaffung eines inneren Marktes für die Durchführung der Agrarreformen aufmerksam. W. Conze (BRD) wies darauf hin, daß für die Agrarreformen sowohl ökonomische als auch politische Faktoren zu berücksichtigen seien. Er erwähnte die Bedeutung der Separationen, die besonders im Norden und Osten Deutschlands notwendige Bedingungen der Agrarreformen waren, und hob den skandinavischen Einfluß auf die Separationsbewegung in Norddeutschland hervor. Er regte schließlich eine vergleichende Betrachtung der Agrarreformen in West- und Osteuropa als einen vielversprechenden Diskussionsgegenstand für eine künftige Tagung oder Konferenz von Agrarhistorikern an.

Das Thema der Sektion B 8 lautete "Wanderungen, Bevölkerung und Besitznahme von Land (vor 1800)". Als Berichterstatter und Leiter der Diskussion wirkte mit Sachkenntnis und Konzilianz M. Cattini (Italien). Das Thema dieser Sektion birgt ein breites Spektrum an Problemstellungen, da Migrationen in vielfältiger Weise in nahezu allen Teilaspekten einer Erforschung sozialökonomischer Strukturen und Entwicklungen fruchtbar werden können. Migrationen sind beispielsweise im Frühfeudalismus mehrfach Vorstufe feudaler Staatsgründungen gewesen. So muß die Entstehung konkret historischer Formen der Agrarverfassung in engem Zusammenhang mit Migrationen des Feudalzeitalters mit untersucht werden, da die Rolle der Feudalität als Initiator und Leiter von Siedlungsvorgängen von entscheidender Bedeutung sein konnte. Der Aufschwung des Städtewesens führte nicht nur zu einer ständigen Zuwanderung in die Städte, sondern kann auch auf die Agrarstrukturen modifizierend gewirkt haben. Wanderungsbewegungen im Feudalismus entstanden zum Beispiel durch Heranziehung von Spezialisten, wie Siedlergruppen mit besonderen wasserbautechnischen Kenntnissen (Deichbau), von Bergleuten oder von Manufakturarbeitern. Die zahllosen Kriege und auch die Religionsverfolgungen haben immer wieder Migrationen ausgelöst, und nicht zuletzt fanden die Auswanderungen nach Übersee im Gefolge der kolonialen Expansion einiger europäischer Mächte zunächst noch unter feudalen Produktionsverhältnissen statt (Spanien, Frankreich).

Man muß feststellen, daß von den in der Sektion gedruckt vorliegenden 7 Beiträgen nur einige nach Themenstellung und Formulierung der Problemstellungen die Ansätze vergleichender Diskussion nutzten. Einige der Beiträge blieben eng begrenzten Fragestellungen verhaftet und gelangten zu wenig zu ver-



allgemeinerungsfähigen Ergebnissen, die für die Gesamtdisziplin der Wirtschaftsgeschichte hätten fruchtbar werden können.

Cattini gab eingangs eine Zusammenfassung der Beiträge und hob die angesprochenen Probleme hervor. Anschließend trugen die anwesenden Verfasser ihre Beiträge in Kurzfassung vor.

D. Souden (Großbritannien) berichtete über den von ihm gemeinsam mit P. Clark (Großbritannien) verfaßten Beitrag "Land-Stadt-Wanderung und ihre Wellen im frühneuzeitlichen England". Er stellte das im europäischen Maßstab exzeptionelle Wachstum Londons vom späten 16. bis zum 18. Jahrhundert sowie die Herausbildung bedeutender gewerblicher Verdichtungszentren in den Zusammenhang mit den sozialökonomischen und demographischen Interdependenzen, wobei er auch einige Hinweise zu den Gebieten der Abwanderung vom Lande und zur Assimilation der Zuwanderer in den Städten gab.

B. Zientara (VR Polen) sprach über das Thema "Die großen Wanderungen des 12. bis 14. Jahrhunderts im zentralöstlichen Europa". Der Autor gab einen Überblick über die Wanderungs- und Siedlungsvorgänge im Gebiet ostwärts von Saale und Elbe, dem Siedlungsgebiet des polnischen Volkes, Böhmens und Mährens sowie des Karpatenbeckens unter Einbeziehung der besonderen Gegebenheiten durch die feudale deutsche Ostexpansion. Trotz Auseinandersetzung mit reaktionären Traditionen der bürgerlichen deutschen Forschung brachte Zientara keine neuen Aspekte zu den sozialökonomischen oder auch rechtlichen Grundlagen und Begleitumständen des Siedlungsprozesses ein.

F. Cestrin (SFR Jugoslawien) behandelte das Thema "Slawische Wanderungen nach Italien vom 14. bis zum 17. Jahrhundert". Er legte dar, daß die Flucht vor der osmanischen Expansion einerseits und das Angebot an Arbeit und besserem Verdienst andererseits eine nicht abreißende, zahlenmäßig recht erhebliche Abwanderung aus den balkanslawischen Gebieten in die Regionen an der Ostküste Italiens zur Folge hatten. Außerdem brachte er Angaben zu dem zeitweise bedeutenden Anteil slawischer Zuwanderer in einigen italienischen Städten sowie über ihre Integration und Assimilation. Thematisch verwandt waren diesem Beitrag die Ausführungen von I. Erceg (SFR Jugoslawien) über: "Migration und Ansiedeln in den südslawischen Ländern (16. bis 18. Jahrhundert)". Die Expansion der Osmanen und die dadurch ausgelösten Migrationen standen im Mittelpunkt des Beitrages.

L. M. Bilbao (Spanien) referierte den gemeinsam mit A. F. de Pinèdo (Spanien) vorgelegten Beitrag "Wolleexport, Wanderschäferei (transhumance) und die Besitznahme des Raumes in Kastilien im 16., 17. und 18. Jahrhundert". Die von feudalen Großgrundbesitzern betriebene, sich über große Räume im jahreszeitlichen Rhythmus erstreckende "transhumance" habe mit der Wolle eines der wichtigsten Exportprodukte Spaniens geliefert. Diese ökonomischen Bedingungen in einem zudem durch feudale Expansion (reconquista) geformten Raum hätten eine bestimmte Agrarstruktur zur Folge gehabt, die eindeutig durch die großen Besitzungen bestimmt war. Die sozialökonomischen Aspekte der Migrationen kamen in diesem Beitrag überzeugend zum Ausdruck.

Das gleiche läßt sich über die Ausführungen von C. Verlinden (Belgien) sagen, der zum Thema "Wanderungen, Bevölkerung und Inbesitznahme des Bodens in Lateinamerika zu Beginn der Kolonialzeit" sprach. Die koloniale Eroberung und die Entstehung eines spezifischen Typs der Agrarverfassung wurden hier in klarer Weise im logischen Zusammenhang dargestellt.

Der gedruckt vorliegende Beitrag von B. Imhaus (Spanien) "Einige Bemerkungen über die dalmatinische Bevölkerung in Venedig während des Mittelalters" wurde nicht diskutiert.

In der Diskussion ergriffen 16 Teilnehmer mit ausführlichen Darlegungen das Wort, wobei die ungarischen Gastgeber mit 4 und die sowjetischen Vertreter mit 3 Diskussionsbeiträgen auftraten. Inhaltliche Schwerpunkte der Diskussion

waren die ethnische Zugehörigkeit der Siedlergruppen und die Frage der Bildung besonderer Religionsgemeinschaften der Neusiedler in ihrer neuen Umgebung sowie die Bedeutung der Religion für die Erhaltung der ethnischen Sonderstellung. Nur einige der Diskussionsredner griffen allgemeinere Themen auf. So wies A. Maddalena (Italien) darauf hin, daß eine systematische Erforschung der Migrationsvorgänge nach Typen und nach sozialökonomischen Zusammenhängen erforderlich sei. Diese Notwendigkeit hatte allerdings eingangs schon Cattini betont. Von grundsätzlicher Bedeutung war auch der Diskussionsbeitrag von V. G. Bilov (UdSSR), der über Probleme der Stadtentwicklung und der Land-Stadt-Wanderung in Rußland bzw. in der Sowjetunion sprach.

Die Diskussion vermochte - von einigen Ausnahmen abgesehen - nach Themen- und Problemstellung über eine gewisse Einseitigkeit und Enge nicht hinauszugelangen. Der für die Beratungen vorgesehene Zeitraum wurde nur zur Hälfte in Anspruch genommen, ein Zeichen, daß hier vielleicht nicht alle Möglichkeiten eines interdisziplinären und zugleich internationalen Meinungsaustausches genutzt wurden.

Die von L. Hannah (Großbritannien) geleitete Sektion B 9 befaßte sich mit der Entwicklung kapitalistischer Unternehmen von Familienfirmen zu solchen mit professionellem Management. Das diente der weiteren Erörterung einer Reihe von Fragen, die seit einiger Zeit von den Forschern auf dem Gebiet der Business History unter verschiedenen Aspekten diskutiert werden und sich letztlich um folgende Probleme gruppieren: Hat der Prozeß der Trennung von Kapitaleigentum und Unternehmerfunktion, hat die Tatsache, daß die meisten der heutigen riesigen Kapitalgesellschaften von berufsmäßigen, bezahlten Managern geleitet werden, Einfluß auf das Geschäftsgebaren, die Strategien, die Rentabilität der Unternehmen? Wenn ja, welchen? Wie verlief der Prozeß der Trennung von Kapitaleigentum und Unternehmerfunktion in verschiedenen Ländern bzw. Industrien, wo ist er weit fortgeschritten, wo nicht, wo und unter welchen Bedingungen gibt es Gegenteilstendenzen, sind die Familienfirmen noch existenzfähig?

Die sieben meist auf empirische Untersuchungen gestützten Beiträge sowie Hannahs Resümee lagen gedruckt vor. A. A. Fursenko (UdSSR), dessen Beitrag nicht zum Druck eingereicht worden war, sprach außerdem zum Thema "Die Rockefellers - von der Familienfirma zu professionellen Managern".

T. C. Barker (Großbritannien) und M. Lévy-Leboyer (Frankreich) legten eine gemeinsame Untersuchung über den sogenannten Buddenbrooks-Effekt in England und Frankreich vor. Das von Thomas Mann dargestellte unternehmerische Versagen der dritten Generation von Inhabern einer Familienfirma war seit einigen Jahren zu einer wissenschaftlichen Hypothese verallgemeinert und häufig diskutiert worden. Hier haben wir einen sehr interessanten Fall der Einwirkung von Literatur auf die wissenschaftliche Diskussion. Es fiel jedoch auf, daß die beiden Autoren sich auf Thomas Mann so bezogen, als ob dieser eine gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit habe darstellen wollen. Aufgrund zum Teil umfangreicher empirischer Untersuchungen kamen sie zu dem Schluß, daß die historische Wirklichkeit komplizierter ist: Im 20. Jahrhundert sei aus den größten Unternehmen das "Familienelement" weitgehend hinausgedrängt worden und keine neue Unternehmersdynamie gegründet worden, während unter den mittelgroßen Unternehmen die Familienfirma noch immer eine dynamische Rolle spielt. Nach der Analyse ungarischer Verhältnisse kam P. Hanák (Ungarische VR) zu ähnlichen Aussagen, die er theoretisch genauer interpretierte. Der genannte "Effekt" sei zwar in sozialpsychologischem Sinne bemerkenswert, trete aber höchstens als vage Tendenz auf, und dies in Europa auch nur in der Periode des "take-off" zwischen 1830 und 1890, wobei die dritte Generation mit der Großen Depression und dem massenhaften Aufschwung der Aktiengesellschaften konfrontiert wurde. Im Prinzip hinge eine Relation zwischen Kapitaleigentum und Form der Kontrolle weitestgehend von der Größe und den technischen Erfordernissen des Unternehmens ab. Unabhängig von den Formen des Kapitaleigentums sei die allgemeine Tendenz der letzten 150 Jahre die Professionalisierung des Managements gewesen.

R. A. Church (Großbritannien) verglich die Entwicklung des Verhältnisses von Kapitaleigentum und Management in großen Unternehmen der Automobilindustrie in den USA, in Europa und Japan und stellte fest, daß in dieser Industrie keinerlei simple automatische Korrelation zwischen den Typen von Eigentum und Kontrolle und der Effektivität der Unternehmen vorhanden sei. H. Kaelble (Berlin/West/) kam in Zusammenfassung seiner eigenen Forschungen und derjenigen von BRD-Historikern in bezug auf die deutschen Verhältnisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu folgenden Schlüssen: Der Aufstieg des professionellen Managertums habe zu Veränderungen in den unternehmerischen Zielen, den Leitungsmethoden, im direkten Eigentum und, langsamer, in der Kontrolle von Großunternehmen durch Unternehmerfamilien geführt, jedoch weit weniger zu langfristigen sozialen Konsequenzen, zum Beispiel in bezug auf Ausbildung und Professionalisierung, soziale Mobilität, soziale Ungleichheit, Sozialkonflikte. F. Jequier (Schweiz) und D. S. Landes (USA) verglichen die Reaktion der Schweizer Uhren-Industriellen auf neue Konkurrenz zu unterschiedlichen Zeiten: auf Prozeß-Innovationen in den USA Mitte des 19. Jahrhunderts und auf Produkt-Innovationen Mitte des 20. Jahrhunderts in den USA und in Japan. Den damaligen Konkurrenzkampf hätten sie gewonnen, den jetzigen schon fast verloren. Für letzteres seien einige objektive Gründe vorhanden, wie etwa die Zersplitterung der Uhrenindustrie und die Nichtexistenz einer elektronischen Industrie. Keiner von diesen Gründen, meinen die Autoren, sei jedoch bis jetzt so bedeutend gewesen wie sozialpsychologische Momente. Den Schweizer Uhrenfabrikanten habe es widerstrebt, ein Produkt fallenzulassen, das sie reich machte und das sie besser herstellen konnten als sonst irgendjemand. H. Morikawa (Japan) untersuchte die drei Haupttypen von japanischen Großunternehmen von der Meiji-Restauration bis zum zweiten Weltkrieg: alte Zaibatsus-Familienunternehmen mit Traditionen aus der Tokugawa-Periode, wie etwa Mitsui und Sumitomo, wo schon in jener Periode ein bezahlter Spitzenmanager die Entscheidungen getroffen hatte; neue Zaibatsus, wie etwa Mitsubishi - hier behielten die Gründer-Eigentümer lange die unternehmerischen Entscheidungsfunktionen, obwohl es allmählich zu einer Arbeitsteilung mit bezahlten Managern kam; Aktiengesellschaften - hier wurden Spitzenmanager allmählich Großaktionäre. In den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts ähnelten sich dann die Relationen zwischen Kapitaleigentum und Management in allen ursprünglich unterschiedlichen Typen von Großunternehmen.

H. Nussbaum (DDR) ging davon aus, daß auch heute, obwohl die Hauptmasse aller Waren in den kapitalistischen Ländern von noch ständig wachsenden Riesenunternehmen produziert wird, die kleine und mittlere Familienfirma unter bestimmten Bedingungen noch existenzfähig ist. Um die Jahrhundertwende sei die überwältigende Mehrheit aller Unternehmen in Deutschland wie in Großbritannien Eigentum einzelner Unternehmer oder einiger Teilhaber gewesen. Von den verschiedenen Wegen der Unternehmenskonzentration griff sie dann speziell die Rolle der Kartelle und Syndikate als Vehikel beim Übergang von der Familienfirma zur heute dominierenden Konzernstruktur der Großunternehmer heraus. Die Tatsache, daß Kartellverträge in Großbritannien zwar nicht verboten, aber im Unterschied zu Deutschland seit 1897 nicht einklagbar waren, habe die britischen Unternehmer den Weg der horizontalen Fusion beschreiten lassen. Nussbaum bestritt die häufig geäußerte Meinung, daß der Grad der Unternehmenskonzentration vor dem ersten Weltkrieg in Großbritannien niedriger gewesen sei als in Deutschland anhand eines Vergleichs der Kapitalstärke der 50 größten Aktiengesellschaften in Industrie und Bergbau in beiden Ländern für 1904. Zu diesem Beitrag gab es zahlreiche Anfragen, Einwendungen sowie den mehrfach geäußerten Wunsch, daß dieses Problem in beiden Ländern weiter untersucht werden sollte.

Hannah hob in seinem gedruckten Resümee der Beiträge hervor, daß in der Vergangenheit offensichtlich sowohl der Rückgang des Einflusses von Eigentümer-Familien auf die Kontrolle von Großunternehmen als auch die Wandlungen durch die sogenannte "managerial revolution" übertrieben worden seien.

Er wies unter anderem darauf hin, daß in den USA und in Großbritannien der Anteil der 5 Prozent Reichsten am Nationalreichtum im ganzen 20. Jahrhundert so gut wie konstant geblieben sei.

Die Tagung der Sektion B 10 mit dem Thema zur Veränderung der Bank-Strukturen in der Periode der Industrialisierung wurde von V. I. Bovykin (UdSSR) geleitet. Auf der Sektionstagung wurden 9 der 10 geplanten Vorträge gehalten. Darüber hinaus hielten 8 Wissenschaftler Vorträge oder sprachen ausführlich zur Diskussion.

Bovykin regte in seinen einleitenden Ausführungen dazu an, in den Mittelpunkt der Diskussion das Problem zu stellen, in welchem Maße der Industrialisierungsprozeß in den einzelnen Staaten auf die Tätigkeit der Banken Einfluß nahm und welche Veränderungen es während dieses Prozesses in der Struktur der Banken gab.

K. E. Born (BRD) sprach als erster, zum Thema "Der Strukturwandel im deutschen Bankwesen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg". Kurz und exakt wurden von ihm die Hauptrichtungen und wichtigsten Resultate der Entwicklung des gesamten deutschen Bankensystems während der Industrialisierung Deutschlands bis zum ersten Weltkrieg umrissen.

Danach befaßte sich S. Wegner-Korfes (DDR) mit dem Thema "Die Zusammenarbeit zwischen dem russischen und deutschen Bankkapital bei der Finanzierung des russischen Eisenbahnbaues von den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges". Sie ging auf Ursachen, Umfang und Formen des Kapitalexports deutscher Kreditbanken und Privatbankhäuser nach Rußland ein, skizzierte die Rolle des deutschen Kapitalexports ins private russische Eisenbahnwesen innerhalb des Gesamtkapitalexports von Deutschland nach Rußland, stellte die Beziehungen zwischen den deutschen und russischen Banken bei diesem Geschäft dar, zeigte, wie von den neunziger Jahren an ein deutsch-russisches Bankmonopol das Geschäft mit russischen Eisenbahnobligationen zu monopolisieren begann, verwies auf das Wechselverhältnis zwischen dem zaristischen Finanzministerium und diesem Bankmonopol und zeigte, wie und warum in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg das deutsche Kapital auch auf diesem Gebiet vom französischen verdrängt wurde.

S. D. Chapman (Großbritannien) äußerte sich zur Entwicklung der Handelsbanken im 19. Jahrhundert in Großbritannien und B. L. Anderson (Großbritannien) zum Thema "Bank und Industrialisierung in England: Ein vergleichender Rückblick". Beide zeigten, welche Art von Kreditinstituten es in England gab, wie sich diese entwickelten, welche innen- und außenwirtschaftlichen Funktionen sie ausübten und welche Rolle sie spielten. Beide wiesen darauf hin, daß sich in England die traditionellen Bankinstitute den Bedürfnissen der Industrialisierung anpaßten und alte Formen von Bankoperationen neuen Inhalt erhielten.

R. Sylle (USA) sprach über amerikanische Banken und die Finanzierung der Industrie zwischen 1880 und 1920. Er wies, die Arbeiten von A. D. Chandler kritisierend, darauf hin, daß in den USA der Platz der Banken ähnlich wie in Deutschland bei der Bildung der nationalen und auch der multinationalen Konzerne recht bedeutend war.

E. Pikhala (Finnland) zeigte die Entwicklung des finnischen Bankwesens, dessen Funktionen, die Rolle des ausländischen Vorbildes und des Auslandskapitals bei der Bildung finnischer Kreditbanken sowie die große Rolle des Kredits an die finnischen Landwirte in der Zeit von 1840 bis 1913.

J. Purš (ČSSR) referierte über die Entwicklung der Struktur und die Funktion der Banken im Zusammenhang mit der Industrialisierung in den tschechischen Ländern bis 1880.

Ihm folgte D. Stiefel (Österreich) mit Bemerkungen zum Thema "Die österreichischen Banken am Höhepunkt von Macht und Einfluß. System und Problematik des



österreichischen Finanzkapitals von den 1890er Jahren bis zur Weltwirtschaftskrise 1931". Danach sprach Z. Pustuła (VR Polen) über die Bankstrukturen im Königreich Polen zum Ende des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts.

Zusätzlich zum Programm wurden 3 Beiträge eingereicht, und zwar von I. Nygren (Schweden) "Der Fall Schweden 1820 bis 1913", von A. Egge (Norwegen) "Der Fall Norwegen 1830 bis 1914" und von S. A. Hansen (Dänemark) "Der Fall Dänemark". Dadurch war es möglich, die Entwicklung der Bankstrukturen in einigen mittel- und nordeuropäischen Staaten zu vergleichen.

In der Diskussion sprach V. V. Aman'ič (UdSSR) über die Geschichte und Rolle der russischen Privatbankhäuser bei der Finanzierung der russischen Industrie und damit über einen Problemkreis, der in der sowjetischen Historiographie bisher wenig behandelt wurde. Ihm folgte J. Bouvier (Frankreich) mit einem Beitrag über die Rolle der französischen Kreditbanken bei der Finanzierung der inländischen und der ausländischen Industrie.

Die recht lebhafte Diskussion beschäftigte sich insbesondere mit der Definition des Begriffes Finanzkapital; der Quellensituation zur Bankgeschichtsschreibung; der unterschiedlichen Funktion der Banken in den hochentwickelten Zentren und den sich später entwickelnden Peripherien; der vergleichenden Bankgeschichte insgesamt. In diesem Zusammenhang wurde auch stärker auf Probleme des Kapitalexports eingegangen, als dies außer im Beitrag von Wegner-Korfes der Fall gewesen war. Die Diskussion verlief sachlich und gab wichtige Anregungen.

In seinen Schlußbemerkungen schätzte Boyvykin die Arbeit der Sektion als sehr fruchtbar ein. Insbesondere sei deutlich geworden, daß durch sozialökonomische, rechtliche und andere Bedingungen die Prozesse der Transformation der Bankstrukturen in der Industrialisierungsperiode in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich verliefen. Als allgemeine Gesetzmäßigkeit sei aber festzustellen, daß in allen industrialisierenden Staaten neue und im wesentlichen die gleichen Anforderungen an den Kreditmarkt und die Kreditinstitute gestellt wurden: Zur Industrialisierung mußten in schnellem Tempo umfangreiche Kapitalien bereitgestellt werden. Der nationale oder internationale Kreditmarkt bzw. die nationalen und internationalen Kreditinstitute paßten sich in der Regel diesen neuen Anforderungen mit großer Elastizität und verschiedensten Formen schnell an. Die Großbanken der Staaten, die zuerst industrialisierten, erwiesen sich dabei als Wegbereiter (im Sinne von Vorbild und teils auch als Kapitallieferant). Das Wechselverhältnis zwischen Banken und Industrie war in den Staaten, die später industrialisierten (zum Beispiel Rußland, Polen, Österreich-Ungarn, Japan, die skandinavischen Staaten), bei allen Unterschieden im Detail dem Wesen nach das gleiche wie in den "Pionierstaaten". Mit dem Industrialisierungsprozeß setzte auch die Internationalisierung der Bankstrukturen und der Tätigkeit der Banken ein.

Unter den sozialökonomischen Problemen der Geschichte des vorhellenistischen Vorderasiens hat die Frage nach der Struktur der einzelnen Gemeinden, nach den in ihnen herrschenden Besitzverhältnissen an kulturfähigem Boden, nach ihren Beziehungen zu "Palast" und "Tempel" als Institutionen des nicht-kommunalen Wirtschaftsbereiches sowie nach der Rolle der Groß- und Einfamilien als ökonomische Einheiten während der letzten Jahre verstärkte Aufmerksamkeit gefunden. Der Erarbeitung eines Gesamtbildes in seiner räumlichen und zeitlichen Differenziertheit bereitet die inschriftliche Überlieferung insofern Schwierigkeiten, als sie nicht nur erhebliche Lücken aufweist und dem Verständnis oft schwer zu erschließen ist, sondern sich auch vorrangig auf den "staatlichen Sektor" konzentriert und die Wirtschaft der einzelnen Familien bzw. "Häuser" nur dann berührt, wenn diese in einen engeren Kontakt zu "Palast" oder "Tempel" gelangte. Jedoch ist das bisher verfügbare relevante Material, zu dem auch eine Reihe von Familienarchiven gehört, unter wirtschaftshistorischen Gesichtspunkten bei weitem noch nicht für diese Problematik ausgeschöpft worden.

Die Wahl der Thematik der Sektion B 11, die Behandlung verschiedener Formen der Familienwirtschaft in der altorientalischen Gesellschaft, ist zweifellos auf diesen Forschungsstand in der - vorrangig auf die Erschließung und philologische Bearbeitung neuer Quellen orientierten - Keilschriftwissenschaft zurückzuführen.

Die wenigen geladenen Teilnehmer der Sektion hatten entsprechend ihren speziellen Forschungsgebieten die Problematik der Haus- bzw. Familienwirtschaft zu untersuchen. Leider lagen bei Konferenzbeginn nur zwei gedruckte Beiträge vor. M. A. Dandamaev (UdSSR) stellte die geschäftlichen Aktivitäten des babylonischen Schreibers Tabiya, die in der keilschriftlichen Überlieferung der Jahre 583 bis 545 v. u. Z. ihren Niederschlag gefunden haben, zusammen: Feldverpachtungen gegen Anteile am Gerste- und Dattelertrag, Sklavenvermietung, Darlehensvergabe (Silber, Datteln, Gerste) sowie Beteiligung an einigen Handelsgeschäften. Inwieweit er dabei im Rahmen einer Einzel- oder Großfamilie agierte, läßt sich nicht genauer bestimmen; insgesamt scheint die Einzelfamilie im späten Babylonien dominiert zu haben. N. B. Jankovskaja (UdSSR) widmete sich der wirtschaftlichen Spezialisierung der "extended family" im osttigrischen Lande Arraphe (15./14. Jahrhundert v. u. Z.), wobei sie auch rezentes ethnographisches Material aus dem Kaukasusgebiet heranzog. Die Verfasserin war zur Tagung jedoch nicht angereist; eine Diskussion ihres Beitrages erschien daher nicht sinnvoll.

Die Diskussion konzentrierte sich somit auf den Beitrag von Dandamaev sowie auf die beiden Referate, die während der Sektionssitzung vorgetragen wurden. H. Klengel (DDR) sprach zur Tagungsthematik auf der Grundlage von Keilschrifttexten aus den Archiven der Hethiterhauptstadt Hattusa (Anatolien, 2. Jahrtausend v. u. Z.). Er versuchte dabei, dem aus der Sphäre der Palastwirtschaft entstammenden Material Informationen zur Wirtschaft der einzelnen "Häuser" abzugewinnen und Aussagen zur Art der Produktion, zum Land- und Viehbesitz sowie zu den Arbeitskräften zu treffen. Besonders aufschlußreich hätten sich die königlichen Landschenkungsurkunden erwiesen, die Würdenträgern und anderen begünstigten Personen das Nutzungsrecht an einzelnen Hauswirtschaften übertrugen, die Gelübde von Angehörigen der Königsfamilie, deren Einlösung auch die "Kompletierung" von Hauswirtschaften hinsichtlich Produktionsmittel und Arbeitskräfte bedeutete, sowie eine Reihe von Feldertexten, die über Lage und Umfang, Saatgut und Besitzer von Land Auskunft geben. J. Zabłocka (VR Polen) äußerte sich zum Thema "Der Haushalt der neuassyrischen Familie" und stellte die Situation in einem Teilgebiet Vorderasiens in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. dar. Grundlage seien die sogenannten Katastexte der königlichen Archive sowie eine Reihe von Dokumenten der privaten Rechtspraxis. Andererseits habe der Mangel an Familienarchiven eine klare Einsicht in die Hauswirtschaft erschwert; deutlich werde jedoch die starke Differenzierung hinsichtlich des Zugangs zu den Voraussetzungen der Produktion.

An der Diskussion zu den drei Beiträgen beteiligten sich auch Vertreter der griechisch-römischen Wirtschaftsgeschichte; offenkundig wurde wiederum, daß sich von der Fragestellung und Methodik der Forschung her altorientalische und antike Wirtschaftsgeschichte trotz unterschiedlicher Quellsituation viel zu geben haben.

Die Gelegenheit der Konferenz wurde genutzt, um mit der Organisatorin der Sektion, Zabłocka, mögliche Themen späterer Kongresse zu besprechen. Es bleibt zu hoffen, daß dann eine etwas größere Zahl von aktiven Teilnehmern der Diskussion in der altorientalischen Sektion mehr Breite zu geben vermag, wie sie für das Herausarbeiten von Entwicklungen über weite Räume und durch etwa drei Jahrtausende notwendig ist.

Die Sektion B 12 war von P. Garnsey und C. R. Whittaker (beide Großbritannien) organisiert worden und beschäftigte sich mit dem Rohstoffhandel im Al-

tiertum. Dieses Thema war - soweit wir sehen - noch auf keinem Kongreß gestellt worden und bot, was die Primärquellen anbelangt, offensichtliche Schwierigkeiten. Die Frage der Quellenbehandlung trat daher in einigen Vorträgen, nicht zu Unrecht, stark in den Vordergrund.

Eingangs sprach I. Hahn (Ungarische VR) über Außenhandel und Außenpolitik im archaischen Griechenland. Er verwies darauf, daß in mykenischer Zeit ein extensiver Handel zwischen den Adelspalästen und auswärtigen Märkten im Orient, in Sizilien und Süditalien nur für Öl und Wein als Export nachweisbar ist, aber keine sicheren Anhaltspunkte für einen organisierten Gütertausch, für "Importe" in Form von Geschenken und Beute aus Krieg und Seeräuberei vorhanden sind. In der folgenden archaischen Zeit übernahmen die Basileis, die Adligen, den Handel Griechenlands mit den phönikischen Städten, der aber nur geringen Umfang hatte und im wesentlichen Luxuswaren betraf. Der innere Zwi schenaustausch beschränkte sich auf "Geschenke", die zwar in Erwartung von Gegengaben, aber ohne berechneten Gewinn gegeben wurden. Erst in Hesiods Zeit wurde der Handel eine zusätzliche Einkommensquelle für Grundeigentümer. Die Einfuhr von Eisen und Nichteisenmetallen sowie Getreide aus nichtgriechischen Gebieten gegen Luxusgegenstände begann eine größere Rolle zu spielen.

In seinen Ausführungen zum Getreidehandel im archaischen Griechenland verwies B. Bravo (VR Polen) auf die Vielfalt, die im Austausch herrschte: Einfuhr von Luxusgütern und Ausfuhr von Lebensmitteln wechselten durchaus zeitweise und regional einander ab, ohne daß wir die Gründe dafür feststellen könnten. Homers Odyssee zeigt sogar, daß in Griechenland - natürlich in verschiedenen Gebieten - zu gleicher Zeit Getreide ein- und ausgeführt wurde. Bravo kam zu dem Schluß, daß schlechte Ernten im Inland die Haupttriebkraft für die Entwicklung des Handels mit Getreide gewesen sind und daß der Seehandel in den Händen großer Grundeigentümer lag.

Mit der Rolle der Keramikunde für die Beurteilung des Handels im Altertum befaßten sich J. P. Morel und Y. Garlan (beide Frankreich) in ihren Beiträgen. Da letzterer nicht anwesend war, wurde nur die Vorlage von Morel diskutiert. Beide Autoren warnten vor allzu schnellen Hypothesen über weit verzweigte Handelsverbindungen nur aufgrund von Amphorenscherben. Die Möglichkeiten für die Verbreitung derartiger Behälter und insbesondere ihrer Scherben seien dafür zu mannigfaltig.

Lebhafte Diskussion lösten die Thesen von D. W. Rathbone (Großbritannien) über den Getreidehandel, insbesondere über die Verwendung von Weizenbrot als allgemeines Nahrungsmittel in den hellenistischen Poleis und zugleich als Statussymbol gegenüber den Sklaven, aus, die Gerstenbrot aßen. Rathbone behandelte dabei die Bürgergemeinde in wohl unzulässiger Weise als einheitliches Ganzes und übersah die tiefgreifenden Differenzen innerhalb der freien Bevölkerung.

Verhältnissen aus römischer Zeit widmeten K. Hopkins (Großbritannien) und Whittaker ihre Ausführungen. Beide verwiesen mit Nachdruck auf die Gefahr, das Ausmaß des Handels im Altertum aufgrund archäologischer Einzelfunde zu überschätzen, da der Stand der materiellen Produktivkräfte, insbesondere der Ausbau des Kommunikationssystems, für einen intensiven Austausch durchaus noch keine Grundlage bot.

Schließlich befaßten sich M. E. Jameson (USA) und Garnsey mit Erscheinungen des Hungers in der griechischen bzw. römischen Welt, in der die Menschen mit Mißernten, Dürren, Unwettern lebten, ohne genügend und geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen, da die Ursachen im Bereich von Religion und Mythos gesucht wurden, obwohl die Abhängigkeit von einer guten oder schlechten Ernte weitaus größer war als in späterer Zeit. Wo eine Institution zur Fürsorge für Geschädigte existierte, habe sie zur Einrichtung des Kults gehört. Orakelbefragung und Opfer seien die wichtigsten "Gegenmittel" gewesen.

Insgesamt zeigte die Diskussion einen hohen Grad von Verantwortung der Forscher gegenüber den Quellen und damit eine gesunde Mitte zwischen Zurückhaltung im Urteil und Mut zur Hypothese. Für die weitere Erforschung der Rolle des Handels in der antiken Welt wurden Probleme aufgezeigt, die noch Lösungen entgegengeführt werden müssen. Dazu gehören zum Beispiel die Frage des Güteraustausches zwischen den griechischen Stadtstaaten der Ägäis und mit den griechischen Ansiedlungen in Süditalien sowie der ganze Komplex der Organisation des Austausches. Das wichtigste, auch auf diesem Kongreß noch kaum angeschnittene Thema scheint jedoch das der sozialen Stellung der "Händler" zu sein, ihr Verhältnis zum Eigentümer der zu tausendenden Produkte (sofern es sich dabei nicht, wie in der Frühzeit, um Personalunion handelt) und ihre gesellschaftliche Stellung in der Bürgergemeinde der Polis, im hellenistischen Königreich, in der römischen Republik und schließlich im Kaiserreich. Auch bleibt die Bedeutung des Austausches mit der antiken Welt für die Völker zu untersuchen, die in einem System der Produktionsweise altorientalischen Stils lebten. Welche gesellschaftlichen Veränderungen hat die Intensivierung des Güteraustausches herbeigeführt, konnte sie überhaupt Veränderungen bewirken? Es scheint, daß wir hier vor einem Fragenkomplex stehen, der - wie viele andere - nur noch durch internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Forschung erhellt werden kann.

Vorbereitet und geleitet wurde in der Sektion C 3 die Diskussion zum Thema "Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik im 19. und 20. Jahrhundert" von H. Winkel (BRD). Die Teilnehmer hatten 10 schriftliche Beiträge eingereicht, die Winkel als Sammelband herausgeben will, so daß einem größeren Kreis von Interessenten ein Vergleich der agrartechnischen Entwicklung verschiedener Länder und Zeiten ermöglicht wird.

Die eingereichten Beiträge wurden, in drei Teilen zusammengefaßt, kurz referiert und anschließend diskutiert.

Zunächst sprach I. Csöppös über die Mechanisierung der "Plough-Land"-Produktion in Ungarn 1920 bis 1944 und G. Fehér (beide Ungarische VR) über Anfänge und Verbreitung der Anwendung von Kunstdünger in Ungarn vor 1914. Den zweiten Teil eröffnete E. J. T. Collins (Großbritannien) mit Bemerkungen zur Einführung des landwirtschaftlichen Traktors in der Zeit von 1900 bis 1940. Ihm folgte St. Macdonald (Australien) mit Ausführungen zur Verbesserung der Landwirtschaft und zur Vernachlässigung des Arbeiters. Dann wurde in drei Referaten die Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft behandelt. Es sprachen R. Berthold (DDR) über die Mechanisierung der deutschen Landwirtschaft von 1870 bis 1914, J. A. Perkins (Australien) über die Mechanisierung der Arbeit in Deutschland von 1850 bis 1914 und K. Herrmann (BRD) über Tendenzen der landwirtschaftlichen Mechanisierung im Deutschland der Zwischenkriegszeit. Obwohl den Referenten kein Konzept vorgegeben war, wurde die Mechanisierung der englischen und der deutschen Landwirtschaft nach weitgehend einheitlichen Gesichtspunkten analysiert, so daß ein relativ geschlossenes Bild von diesem grundlegenden Vorgang in der Entwicklung der modernen Landwirtschaft gegeben werden konnte. Erstaunlich waren, trotz der nicht sehr erheblichen zeitlichen Verschiebung (in Großbritannien begannen einige Mechanisierungsprozesse früher als in Deutschland), die vielen Übereinstimmungen zwischen beiden Ländern. In der Anfangsphase hatte Deutschland viele englische Maschinenmodelle übernommen, während England später deutsche Modelle der Hackfruchtwirtschaft übernahm.

In der Diskussion wurden diese Probleme vertieft. Kontrovers war der von Berthold verwandte Begriff "Mechanisierungsgrad", den ein Diskussionsredner als unzulänglich ablehnte, weil der Mensch ausgeklammert sei. Collins und Herrmann sprachen sich übereinstimmend für die Anwendung dieses von der Agrarökonomie geschaffenen Begriffes aus, der durch einige ökonomische Kennziffern erlaube, Quantität und Qualität des Maschineneinsatzes zu messen. Ohne eine



solche Messung sei weder ein exaktes Urteil über den Fortschritt in der Verwendung von Maschinen noch ein internationaler Vergleich möglich. Die Begrenztheit des Begriffes wurde eingeräumt, aber eine ähnliche Begrenztheit habe jeder ökonomische Terminus.

Im dritten und abschließenden Teil referierten M. Wilmotte (Belgien) über die Mechanisierung der Landwirtschaft in Belgien 1850 bis 1920, G. Peterson (Schweden) über Veränderungen im Gebrauch landwirtschaftlicher Werkzeuge in kleinen und großen Gütern während des 19. Jahrhunderts in Schweden und N. T. Gross (Israel) über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik in der jüdischen Wirtschaft des Mandatsgebietes Palästina.

Die Diskussion beschäftigte sich mit zwei Gegenständen: den "mixed farms" in Israel und der Erfassung der Maschinen als Sachzeugen der Mechanisierung der Landwirtschaft. Der zweite Gegenstand besitzt international ein großes Interesse. Der Wechsel in den Maschinengenerationen erfolgt immer schneller. Viele Maschinen sind nur noch aus Büchern bekannt. Die Einrichtung von Maschinensammlungen ist teuer und erfaßt die Maschinen nicht funktionell. Deshalb wird dazu übergegangen, Bilder und Filme zu diesem Thema zu sammeln. Wilmotte und Winkel berichteten über ihre Erfahrungen bei der Einrichtung derartiger Sammlungen. An die Wissenschaftler der anwesenden Länder wurde appelliert, sich für die bildmäßige Erfassung der Landmaschinen einzusetzen.

Insgesamt kam in der Sektion zum Ausdruck, daß jedes Land seinen nationalen Weg in der Mechanisierung der Landwirtschaft ging. Aber die konstruktive Seite der Maschinen besaß einen ausgeprägten internationalen Aspekt: Bestimmte Länder, in denen einzelne Zweige der Pflanzenproduktion Schwerpunkt waren, entwickelten dafür Maschinen, die andere Länder nachbauten oder importierten (Großbritannien: Getreide, Dreschmaschinen, Drillmaschinen; USA: Getreide, Mähmaschinen; Deutschland: Hackfrüchte, Rübenheber).

Die Beiträge zum Thema der Sektion C 4 "Komparative Untersuchung der Entwicklung sozialer Wohlfahrt" behandelten die Entwicklung in einzelnen Staaten oder in vergleichender Sicht. Die Leitung hatte P. Thane (Großbritannien) übernommen.

Der Beitrag von G. V. Rimlinger (USA) lautete "Die 'Krise' des Wohlfahrtsstaates aus historischer Sicht". Ausgehend von der sich in den letzten zehn Jahren verändernden Einstellung zum "Wohlfahrtsstaat" in den kapitalistischen Ländern, versuchte Rimlinger die Auffassung, der "Wohlfahrtsstaat" habe einen historischen Wendepunkt erreicht und sei heute nicht mehr ein Mittel, um soziale Krisen zu bewältigen, sondern selbst ein Hauptgrund solcher Krisen geworden, anhand einer Betrachtung der historischen Entwicklung zu entkräften. Für die einzelnen Perioden der Entwicklung des "Wohlfahrtsstaates" wurden die Zusammenhänge mit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung und die agierenden Klassenkräfte zwar aufgezeigt oder angedeutet, allerdings ohne die klassenmäßige, politische Bestimmtheit des "Wohlfahrtsstaates" wirklich herauszuarbeiten. So wurden zum Beispiel die Bemühungen der Sowjetunion, mit Hilfe der Sozialpolitik die industrielle Arbeitskraft zu mobilisieren, mit Methoden im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien gleichgesetzt. Auch wurde bei der Darstellung der Sozialgesetzgebung unter Bismarck als Lösung "von oben" die Bedeutung, die der Druck der Arbeiterklasse hier spielte, nicht deutlich, worauf J. Kocka (BRD) in der Diskussion hinwies.

Den am Ende des Vortrags aufgezählten Argumenten der Gegner des "Wohlfahrtsstaates" konnte Rimlinger nicht überzeugend entgegentreten. Bezüglich der Frage nach den Grenzen des "Wohlfahrtsstaates" verwies er auf die Grenznutzentheorie, stellte aber fest, daß solche Grenzen noch nicht in Sicht wären. Die Krise des "Wohlfahrtsstaates" wurde von Rimlinger vorwiegend als fiskalisches Problem gesehen. Er zeigte zwar die Gründe für die Krise der Staatsfinanzen, deckte aber nicht die wirklichen Krisenursachen auf.

K. Abukhanfusa (Schweden) stellte in ihrem Beitrag "Krise, soziale Reform und Ernährer-Doktrin" einige Aspekte der schwedischen Sozialpolitik von 1913 bis 1959 dar. Dabei wurde insbesondere die Benachteiligung der Frauen und die Behinderung ihrer Emanzipation durch die sogenannte Ernährer-Doktrin, das heißt die Ausrichtung der schwedischen Sozialpolitik auf nur einen Berufstätigen in der Familie, hervorgehoben. W. Fischer (Berlin/West/) sprach zum Thema "Wirtschaftliche Bedingungen und Faktoren bei der Entstehung und Entwicklung der Sozialversicherung". Er vertrat unter anderem die Ansicht, daß wirtschaftliche Bedingungen und Faktoren bei der weiteren Ausgestaltung von einmal eingeführten Sozialversicherungen eine weit größere Rolle spielten als bei deren Einführung und demonstrierte das an Beispielen aus der Zwischenkriegszeit und der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg. Interessant war dabei die Betrachtung der Sozialversicherung als stärkstes wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument der Gegenwart. Wichtig war auch, daß der Zusammenhang zwischen der Einführung moderner Technik, der Arbeitslosigkeit und der Überlastung der Arbeitslosenversicherung im kapitalistischen System angesprochen wurde.

J. Harris (Großbritannien) beschäftigte sich mit der Thematik "Der Übergang zur großen Politik in der englischen Sozialpolitik 1890 bis 1914: Umverteilung, Steuern und öffentliche Finanzen". Harris hob die Sozialpolitik als invariante Erscheinung aller Bereiche der politischen Geschichte hervor, die in jeder Gesellschaft in irgendeiner Form auftritt. Unterschiedlich seien aber ihr jeweiliger Inhalt, ihre Ziele, ihre Grundwerte, die Interessen, denen sie diene, usw. Er meinte, daß es dabei Perioden gibt, in denen die Sozialpolitik mehr "außerhalb der Politik" stehe, sich mehr mit Detail- als mit prinzipiellen Fragen befasse, und solche, in denen der Inhalt der Sozialpolitik als kontrovers, fraglich und unfertig angesehen werde. In solchen Zeiten sei die Sozialpolitik ein Schwerpunkt der Debatte in der großen Politik gewesen, wie in Großbritannien 1880 bis 1914. Für das wachsende politische Gewicht der Sozialpolitik in dieser Periode stellte Harris die öffentlichen Finanzen als Katalysator heraus.

Interessant war der Einweis von R. Davidson (Großbritannien) in seinem Beitrag "Ökonomische Krise und Wohlfahrtsstatistik: Eine Fallstudie", wie durch die Art und Weise statistischer Erhebungen, Berechnungen und Darstellungen die daraus möglichen politischen Schlußfolgerungen beeinflußt und verändert werden könnten.

N. Whiteside (Großbritannien) behandelte den Zusammenhang zwischen Industriegewerkschaften, Arbeitslosigkeit und der Entwicklung der Sozialversicherung. Die Verhältnisse in Großbritannien und anderen europäischen Ländern wurden bis in die zwanziger und dreißiger Jahre verfolgt, um nachzuweisen, daß in diesem Zeitraum die Gewerkschaften zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und zum Schutz ihrer Mitglieder Aktivitäten innerhalb, nicht außerhalb des Kontextes des "Wohlfahrtsstaates" entwickelten.

Der einzige Beitrag, der auf die sozialpolitischen Maßnahmen von Betrieben einging, wurde von R. Hay (Australien) und J. Melling (Großbritannien) zum Thema "Öffentlicher und privater Fortschritt: betriebliche Wohlfahrt in britischen und australischen Minen von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts" gehalten. Allerdings wurde hier nur auf die Wohnungs- und Siedlungsproblematik für Minenarbeiter eingegangen. Die Frage der betrieblichen Sozialleistungen wurde damit nur unzureichend beachtet. Auch die Zeit des Faschismus blieb in den meisten Beiträgen ausgeklammert. Mehrfach wurde die Frage der exakten Definition der Begriffe "Wohlfahrtsstaat" oder "Sozialsystem" aufgeworfen, letztlich aber nicht geklärt. Auch die wirklichen Gründe der Krise des "Wohlfahrtsstaates" wurden nicht aufgedeckt, sondern sie wurde vorwiegend als fiskalisches und finanzielles Problem angesehen, ohne nach den tieferen Ursachen zu suchen.

In der Sektion spiegelten sich die wachsenden Probleme der bürgerlichen Gesellschaft und deren Niederschlag in der bürgerlichen Wissenschaft wider. Vor

dem Hintergrund sich zuspitzender ökonomischer und sozialer Schwierigkeiten in den führenden kapitalistischen Ländern wird die bürgerliche Konzeption des "Wohlfahrtsstaates" zunehmend nicht nur praktisch in Frage gestellt, sondern auch immer mehr Gegenstand wissenschaftlicher Analysen und kritischer Auseinandersetzung. Dabei zeigt sich ein Zurückweichen in die Geschichte. Gegenwärtige Probleme werden zwar in ihrer historischen Dimension dargelegt und geschichtliche Analogien gefunden, doch eine überzeugende Argumentation für die heutige Problematik kann letztlich daraus nicht gewonnen werden.

Die Sektion C 9 beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Ideologie und Wirklichkeit in Reiseberichten. Die lebendige, anregende und niveauvolle Diskussion in der von 32 Teilnehmern besuchten Sektion fand ihre Grundlage in fünf Referaten, von denen allerdings vier bereits im Vorjahr in Wolfenbüttel vorgetragen worden waren. Die chronologische Spannungsbreite der Themen reichte vom 12. Jahrhundert bis in die Zeit der Industriellen Revolution. Die in den kommentierten und kritisch bewerteten Reiseberichten erfaßte Problematik bezog sich im wesentlichen auf England, Deutschland und Rußland sowie deren Beziehungen zueinander.

N. Conrads (BRD) referierte über politische und staatsrechtliche Aspekte der Bildungsreisen seit dem 12. Jahrhundert und kam dabei insbesondere auf die Kavaliertouren zu sprechen. E. J. Teuteberg (BRD), der als einer der beiden Organisatoren die Sitzung leitete, unterzog den Beitrag von Reiseberichten für die Ausprägung eines deutschen Englandbildes zwischen Reformation und Aufklärung einer kritischen Betrachtung und wies dabei nach, wie früh sich gewisse Stereotype herausbildeten, die später Elemente nationalistisch-chauvinistischer Grundhaltungen ausmachten. W. Leitsch (Österreich) sprach weniger, wie angekündigt, zu Reiseberichten über das "moskovitische Rußland" des 16. und 17. Jahrhunderts, als vielmehr über das intellektuelle Potential Moskaus, das sich angeblich darin auswies, wie wenige Russen Latein oder eine westliche Sprache beherrschten. R. Sonnemann (DDR) ließ die Bemühungen deutscher Ingenieure lebendig werden, in ihren Reiseberichten über die "Werkstatt der Welt" zur Zeit der Industriellen Revolution nicht nur Gesehenes und Gehörtes wiederzugeben, sondern zu eigenen deutschen Leistungen aufzurufen.

Die Diskussion, getragen von Sachlichkeit und streitbarem Geist, schloß A. Mączak (VR Polen), der sie gemeinsam mit Teuteberg vorbereitet hatte und sich seit Jahren der Erforschung der debattierten Thematik verpflichtet fühlt, mit Bemerkungen ab, die alle Anwesenden noch einmal auf die Bedeutung dieses Forschungsfeldes für die historische Erkenntnis hinwiesen.

In der Sektion C 11 wurde unter Leitung von L. Katus (Ungarische VR) und R. Barnay (Kanada) "Der Zusammenhang von staatlichen Finanzen und dem ökonomischen Wachstum im 19. und 20. Jahrhundert" erörtert.

F. Hodne (Norwegen) referierte zum Thema "Staatliche Infrastrukturinvestitionen und ökonomisches Wachstum". Ausgehend von einer Definition der Ausgaben für die Infrastruktur und den Problemen ihrer statistischen Erfassung, wies Hodne ein beschleunigtes Ansteigen der gesamten staatlichen Infrastrukturausgaben in Norwegen von 1865 bis 1914 nach. Zugleich wurde von ihm die Konzentration dieser Ausgaben auf die zentralstaatliche Haushaltebene herausgearbeitet.

D. C. M. Platt (Großbritannien) stellte sich das Ziel, den "Kapitalexport nach Lateinamerika in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts" in seinem Volumen und seinen Wirkungen zu ermitteln. Insbesondere konzentrierte er sich auf das Verhältnis von inländischen staatlichen Investitionen und Kapitalimporten in Mexiko und Argentinien, um zu begründen, daß der ausländische Kapitaleinfluß nicht von "kritischem Einfluß" für die nationale Wirtschaftsentwicklung gewesen sei.

J. A. James (Großbritannien) sprach zum Thema "Öffentliche Schuldenpolitik und amerikanisches Wirtschaftswachstum im 19. Jahrhundert". Basierend auf der Anwendung eines neokeynesianistischen makroökonomischen Modells, versuchte James nachzuweisen, daß die gemäßigte Schuldenpolitik des Bundes in den 25 Jahren nach dem Bürgerkrieg die Größe der "Kapitalbildung" und das reale Einkommensniveau geringer stimuliert habe als eine mögliche "alternative Schuldenpolitik".

P. Tedde (Spanien) erörterte auf der Grundlage des von ihm vorgelegten umfangreichen statistischen Materials einige spezielle Probleme der "Entwicklung der staatlichen Ausgaben und Einnahmen in Europa von 1871 bis 1913". In den interessanten Wachstums- und Niveauevergleichen gelangte er vor allem zum Nachweis des verstärkten Wachstums der Ausgaben und der Verschuldung der Staatshaushalte in den kapitalistischen Ländern mit dem Übergang zum Imperialismus.

Über "Die ökonomischen Anschauungen des Finanzministers Knut E. Biskow und die Rolle der Geld- und Finanzpolitik in Schweden in den frühen zwanziger Jahren" sprach G. Peteri (Schweden). In seinem Beitrag arbeitete er die nationale und internationale Situation bei der Wiedereinführung des Goldstandards in Schweden heraus.

G. Otruba (Österreich) interpretierte die von ihm zusammengestellten archivalischen Statistiken und Quellen zum Thema "Der Wandel in der Einnahmenstruktur des Staatshaushaltes der Habsburgmonarchie vom 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts". Er stellte die engen Zusammenhänge zwischen dem Umfang und der Struktur der Ausgabengestaltung und der Einnahmengewinnung, einschließlich der Verschuldung des Staatshaushaltes, dar.

N. Petrovic (SFR Jugoslawien) analysierte "Strukturelle und finanzielle Fragen des Wassertransports und der Wasserregelung im Mittleren Donaauraum im 18. und 19. Jahrhundert", vor allem am Beispiel der Finanzierung des Baus des Donau-Theiß-Kanals (1713 bis 1802). Im Zusammenhang mit dem Kanalbau wurde von ihm das Auftauchen der ersten privaten Aktiengesellschaft in der Habsburger Monarchie sowie die Rolle des Staates und der staatlichen Finanzen bei der Gründung und Sanierung der Aktiengesellschaft behandelt. Die Bezüge auf den Kanalbau in Frankreich, England, den USA und China lieferten wertvolle Erkenntnisse für vergleichende wirtschaftshistorische Analysen.

"Die nationale und internationale Lage der ungarischen Wirtschaft in den Jahren 1924 bis 1931", insbesondere den engen Zusammenhang von Währungs- und Kreditpolitik der Ungarischen Nationalbank sowie der Haushaltspolitik mit der Handels- und Zahlungsbilanzentwicklung Ungarns in dieser Periode untersuchte abschließend K. Ferber (Ungarische VR).

Die Sektion C 16 tagte zum Thema "Aufsicht und Kontrolle in sozialistischen und kapitalistischen Industriebetrieben". Als Organisatoren amtierten E. Freudenberger (USA) und E. Radandt (DDR).

Einleitend verlas J. Kocka (BRD) einen Beitrag von Freudenberger zur Entwicklung der betrieblichen Aufsicht und Kontrolle.

Der zweite vorbereitete Beitrag wurde von J. Roesler (DDR) vorgestellt und bezog sich auf das Thema "Aufsicht und Kontrolle in den volkseigenen Industriebetrieben der DDR 1945 bis Anfang der sechziger Jahre".

In der sehr regen Diskussion stellte zunächst Kocka die sich verändernde Rolle des Werkmeisters im Industriebetrieb anhand dessen Entwicklung in der Siemens AG dar. Er hob drei Etappen hervor (1850 bis 1870, 1870 bis 1890, 1890 bis 1914), die sich vor allem durch die zunehmende Separierung, die steigende Verantwortung und die wachsende Anonymität des Meisters voneinander abheben würden. Bezüglich der weiteren Forschung auf diesem Sektor verwies Kocka auf notwendige vergleichende Untersuchungen der Entwicklung des Werkmeisters in anderen Ländern, auf die Natur und die Wertigkeit der Be-



ziehung zwischen Meister und Arbeitersowie auf die noch ungenügend geklärte Frage einer gewerkschaftlichen Einbindung (trade unionisation) des Meisters ob seiner Mittelstellung zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft.

Kadandt brachte den Einwand, ob es richtig sei, die Siemens-Meister-Analyse für die ganze deutsche Entwicklung in der entsprechenden Zeit zu verallgemeinern, oder ob nicht vielmehr gerade hinsichtlich der Entwicklung der Funktion des Meisters die Industriezweigspezifik eine bedeutende Rolle spiele. W. Falk (DDR) griff die Problematik von der Seite des Arbeiters her auf und führte aus, daß die zunehmende Qualifikation des Arbeiters eine Funktionsveränderung des Meisters bedinge, da dieser Prozeß den Meister zwingt, die Funktion des Ingenieurs zu übernehmen; andernfalls verdränge der Arbeiter den Meister aus seiner Stellung.

H. Müller (DDR) gab zu bedenken, daß die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit über die Eigentumsverhältnisse hinausgingen, und verband diese Feststellung mit der These, daß die Funktion der Vermittlung von Theorie und Praxis seitens des Meisters im Rahmen der aufgezeigten Periodisierung lediglich quantitativen Veränderungen unterlegen sei.

H. Nussbaum (DDR) und andere diskutierten mit Kocka Probleme der wachsenden Anforderungen und der sich verändernden technischen Kompetenz der Meister, wobei Nussbaum unterstrich, daß die höheren Anforderungen in der zweiten und dritten Etappe nicht notwendig eine Veränderung des Qualifikationsniveaus der Meister nach sich ziehen müsse.

Zur industriezweigspezifischen Rolle der Meister ergänzte H. Pohl (BRD), daß selbst innerhalb eines so breit gefächerten Zweiges wie des Maschinenbaus die Werkmeister außerordentlich unterschiedliche Funktionen ausüben haben. Mit Blick auf die Zukunft forderte Pohl dazu auf, gerade bei der Darstellung dieser Ebene der Hierarchie systematischer und chronologischer vorzugehen.

Kocka bat danach Roesler, die im Vortrag angesprochenen Unterschiede zwischen Arbeitern und Leitung, die nach Roesler zwar nicht prinzipieller Natur seien, aber doch existierten, zu explizieren. Kocka seinerseits würde zum Beispiel das Verteilungsproblem sowie den Herrschaftskonflikt zwischen den verschiedenen Systemen weniger differenzieren. Roesler entgegnete dieser bekannten bürgerlichen Argumentation, daß sich auch unter sozialistischen Produktionsverhältnissen arbeitsteilige Gruppen gegenüberstehen würden, jedoch seien diese Gruppen Interessenvertreter der gleichen Klasse. Bekanntlich existierten unter gruppensoziologischem Aspekt Interessenkonflikte etwa zwischen Arbeiter - Belegschaft - Gesellschaft, nur seien unter diesem Blickwinkel die eigentlichen Zusammenhänge innerhalb der arbeitsteiligen Gesellschaft verwischt und die differenzspezifika zwischen Kapitalismus und Sozialismus gehe gerade auf diese Art verloren.

Bezüglich des angeführten Herrschaftskonfliktes bemerkte Roesler, daß das historische Phänomen, nämlich die Identifizierung der nach 1945 aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen neuen Betriebsleitungen mit der vorherigen leitenden Kapitalistenklasse, noch Jahre nach der Herausbildung der sozialistischen Leitung und Kontrolle nicht völlig überwunden gewesen sei und zu Problemen bei der Vertrauensbildung und der Stellung der Arbeiter zu den Produktionsmitteln geführt habe.

Hinsichtlich des von Kocka angesprochenen vermeintlich systemneutralen Verteilungskonfliktes verwies Roesler darauf, daß es ganz besonders in den ersten Nachkriegsjahren Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitern und Leitung darum gegeben habe, ob man erst mehr essen solle, um dann aktiver arbeiten zu können, oder ob der Mangel nicht die umgekehrte Haltung erfordere. Diese Problematik bezeichne einen sehr langwierigen Lernprozeß, auf dessen Wege nicht immer die produktivsten Lösungen gefunden worden seien.

Pohl verwies darauf, daß die Nachkriegsphase von der Periode nach 1949 stär-

ker abgehoben werden müsse; das Ziel beider deutscher Staaten bleibe gerade nach 1949 das gleiche; Erhöhung der Effektivität der Produktion sowie Verteilung der erzielten Erträge, wobei dies im Westen natürlich kapitalistisch und im Osten gesamtgesellschaftlich geregelt werde. Um so logischer erscheine es aber, daß daraus neue Interessenkonflikte auf lokaler betrieblicher Ebene sowie zwischen Industrie und einzeltem Betrieb entstehen müßten, was das Verteilungsproblem perpetuiere.

Nussbaumer entgegnete, daß dieses Bild zustande komme, wenn man ausschließlich soziologisch an diese wichtige Frage herangeht. Dann blieben allerdings Gruppeninteressen übrig, das heißt, dann bliebe es belanglos, ob wir es mit einer einzigen, wenn auch sehr heterogenen Klasse oder mit sich antagonistisch gegenüberstehenden Klassen zu tun haben.

Nussbaum hob die Schwierigkeit hervor, bei so unterschiedlichen Denkweisen nicht aneinander vorbeizureden; auch im Sozialismus gebe es Interessenkonflikte, nur die Ebene, auf der diese ausgetragen werden, sei eine grundsätzlich andere; man könne viele solcher Konflikte nennen, wie die zwischen Käufer und Verkäufer, Arzt und Patient, Direktor und Mitarbeiter usw.

Falk fügte hinzu, daß der antagonistische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit im Sozialismus gelöst ist, aber der Widerspruch zwischen den wachsenden Bedürfnissen und den Möglichkeiten ihrer Befriedigung bestehen bleibe. Unter Hinweis auf Marx stellte sie fest, daß es im Entwicklungsstadium des Sozialismus, in dem sich die DDR befindet, notwendigerweise eine ungleiche Verteilung geben müsse und daher auch Konflikte weiterexistieren.

Kocka schnitt einen anderen Aspekt an, indem er zu bedenken gab, ob man in der Arbeitergeschichte nicht mehr auf die Erfahrungsgeschichte der Arbeiter selbst achten solle, inwiefern also jeweils von oben durchgesetzte Rationalität dem Arbeiter nütze. Er meinte, die mit der möglichen individuellen Selbstverwirklichung des Arbeiters zusammenhängenden Fragen seien für die Produzenten bedeutsamer als systemanalytische Denkansätze.

Am Schluß der Diskussion stellte Müller fest, daß prinzipielle Diskussionen dieser Art in der Regel nichts nützen. Für den kommenden Kongreß wäre es deshalb von Vorteil, wenn die grundsätzlichen und globalen Aspekte im Vorhinein (schriftlich und verbal) diskutiert und abgesprochen würden, so daß für die Diskussion so wichtiger und interessanter Probleme, wie sie hier aufgeworfen wurden, entschieden mehr Zeit zur Verfügung stünde.

Für die Sektion C 28, geleitet von W. J. Samuels (USA), war das Thema "Geschichte des ökonomischen Denkens" so weit gefaßt, daß es zur Behandlung recht unterschiedlicher Fragestellungen Gelegenheit bot. Von den 4 vorbereiteten Beiträgen betrafen 3 ökonomisch-theoretische Probleme im engeren Sinne, einer war ausgesprochen ideologiehistorisch angelegt. Während S. Hollander (Kanada) im ersten Vortrag "Über John Stuart Mills Verteidigung der Ricardoschen politischen Ökonomie" wichtige Gesichtspunkte der Wandlungen der bürgerlichen ökonomischen Theorie im vorigen Jahrhundert berührte, ging A. Madarász (Ungarische VR) in seiner Studie über "Viktorianische Reisende nach Nirgendwo oder einige vorläufige Bemerkungen über sozialistische Utopien und die deutsche Arbeiterbewegung" auf verschiedene Sozialismusvorstellungen vom Ende des 19. Jahrhunderts ein. Beide im vergangenen Jahrhundert angesiedelten Themen lenkten so die Aufmerksamkeit auf sehr unterschiedliche Problemkreise, wobei hinzukommt, daß der zweite Vortragende kleinbürgerliche und marxistische Sozialismusvorstellungen und überdies liberal-antisozialistische Auffassungen in enger Beziehung zueinander sah und zudem versuchte, die Wirkungen der besprochenen Schriften aus England, Deutschland, Ungarn und den USA aus Bedingungen der deutschen Arbeiterbewegung abzuleiten. Auf unmittelbar aktuelles Interesse stießen die folgenden Darlegungen: I. N. Ivanciu-Valeanu (SR Rumänien) untersuchte "Keynesianismus, Neokeynesianismus, Post-

keynesianismus. Entwicklung einer Doktrin". A. Mátyás (Ungarische VR) zog einen "Vergleich zwischen Friedmans und Keynes' Sicht unter marxistischem Aspekt". Hier wurden theoretische Grundfragen der weiteren kapitalistischen Wirtschaftspolitik in den Krisenprozessen der achtziger Jahre erörtert. Da mehrere vorgesehene Opponenten zu jedem der vorgelegten Beiträge ihre kritische Einschätzung vorzutragen hatten, war ein seminarähnlicher Ablauf vorgegeben, der noch Anfragen und Erwiderungen zuließ.

Hollander, der kenntnisreiche Untersuchungen über die beiden größten bürgerlichen Ökonomen, Adam Smith und David Ricardo, verfaßte und gegenwärtig an einem Buch über John Stuart Mill, eine Zentralfigur der bürgerlichen politischen Ökonomie des vorigen Jahrhunderts, schreibt, wendete sich gegen oberflächliche Vorstellungen von der politischen Ökonomie des bedeutenden Engländers. Er wies im einzelnen nach, daß es den oftmals behaupteten Bruch in der Entwicklung des Millschen Denkens nicht gegeben hat, nach dem der frühe Mill auf Ricardos Position einer ahistorischen, abstrakten Theorie gestanden und der späte Mill unter Cliff Leslies Einfluß zur induktiven und historischen Methode gefunden habe. Hollander zeigte, daß Mill bemüht war, Ricardos Theorie, wie er sie verstand, für die Analyse ökonomischer und sozialer Probleme des entwickelten Industriekapitalismus zu nutzen. Diese Darlegungen können als ein theoriehistorischer Beitrag zur prinzipiellen Schwierigkeit der bürgerlichen Gesellschaftsanalyse angesehen werden, theoretische und empirische Forschung nicht im unvereinbaren Gegensatz zueinander zu betreiben und die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen auf ihre tieferliegenden, inneren Zusammenhänge zu befragen, wie dies Ricardo für seine Zeit tat und Mill zweifellos stets aufrichtig versuchte.

Madárász ging auf Edward Bellamys "Rückblick aus dem Jahr 2000 auf das Jahr 1887" (1888), William Morris' Erwiderung "Nachricht von Nirgendwo" (1892/93), Theodor Hertzkas "Freiland" (1890), August Bebels "Die Frau und der Sozialismus" (1879) sowie Eugen Richters antisozialistisches Pamphlet "Sozialdemokratische Zukunftsbilder" (1890) ein und erklärte die Popularität von Zukunftsdarstellungen, vornehmlich in Romanform, aus einer angeblichen politischen Isolation und negativen Integration des Proletariats in das kapitalistische System. Er meinte, damit auf ein historisch-ideologisches Zwischenglied einer Kette gestoßen zu sein, die von den großen utopischen Sozialisten über den marxistischen Sozialismus zu Ideologie und Wirklichkeit von Kriegskommunismus und NÖP reiche. Seine Betrachtung machte deutlich, daß eine solche, dazu noch sehr pauschal verfahrenende Auslegung grundlegender ideologischer Prozesse als Subkultur an der historischen Wahrheit vorbeigeht.

Beachtung fanden vor allem die marxistischen Ausführungen zu den gegenwärtigen bürgerlichen Kontroversen über Prinzipien kapitalistischer Wirtschaftspolitik. Einen gedrängten Überblick über die Entwicklung bürgerlicher wirtschaftspolitischer Konzeptionen seit John Maynard Keynes bot Ivanciu-Valeanu. In differenzierender Einschätzung unterschied er zwischen den Fähigkeiten bürgerlicher Theoretiker, für neuere Entwicklungen des kapitalistischen Systems geeignete Vorstellungen zu entwerfen, die den staatlichen Maßnahmen für eine gewisse Zeit durchaus dienlich sein können, den begrenzten Möglichkeiten dieser Theoretiker, wesentliche Zusammenhänge der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse zu erkennen, und den objektiven wirtschaftlichen Vorgängen, die, in einen neuen Abschnitt eingetreten, bisher gültige wirtschaftspolitische Konzepte zur Unwirksamkeit verurteilen. Damit grenzte er sich von jenen bürgerlichen Parteigängern ab, die die Verantwortung für positive oder negative Effekte der Wirtschaftspolitik immer bei den Urhebern solcher Konzepte suchen, die die Wirtschaftspolitik inspiriert haben, und die Wirtschaftsordnung selbst aus der Betrachtung herauslassen. Es sei zu simpel zu glauben, daß bessere Theorien und fähigere Politiker den Kurs fundamental ändern könnten. Die Auseinandersetzung zwischen Keynesianismus und Neoklassik sah er somit auch nicht als Austragung absoluter Gegensätze, sondern in ihrer wechselseitigen Durchdringung und theoretischen Kombination, da sowohl die von der sogenann-

ten mikroökonomischen neoklassischen Theorie betrachteten Marktgesetze als auch die von der sogenannten makroökonomischen keynesianischen Theorie untersuchten volkswirtschaftlichen Zusammenhänge für die wirtschaftspolitische Praxis zu berücksichtigen seien. Dennoch gewinne im Keynesianismus-Neoklassik-Disput letztlich der Keynesianismus, weil er die Evolution anerkenne und seine Existenz nicht von der Idee abhängt, zu einer früheren Form des Kapitalismus zurückzukehren. Im Disput zwischen Keynesianismus und Marxismus gewinne dagegen letzterer, der die Evolution nicht als graduelle Anpassung der Wirtschaft an die Bedürfnisse herrschender Ausbeutergruppen verstehe, sondern die Erfordernisse des gesellschaftlichen Fortschritts, die dem Kapitalinteresse entgegen gesetzten Interessen der werktätigen Klassen und Schichten der Untersuchung zugrunde lege. Der Referent ging auf Verdienste und Grenzen des Keynesianismus und Neokeynesianismus ein. Dann charakterisierte er die gegen Ende der siebziger Jahre von einer keineswegs homogenen Gruppe ökonomischer Theoretiker angestellten Bemühungen, ein neues, postkeynesianisches Paradigma zu schaffen. Für dessen Einschätzung sei vor allem wichtig, auf welcher Grundlage und in welchem gesellschaftlichen Zusammenhang die Postkeynesianer den Mechanismus zur Erzielung einer wirtschaftlichen Dynamik betrachten, ob in Übereinstimmung mit den Erfordernissen des gesellschaftlichen Fortschritts und den Interessen der Gesellschaft oder mit den Interessen einzelner Wirtschaftsgruppen. Letztlich würden Wesen, Bedeutung und theoretisches Niveau des neuen Paradigmas von der Parteinahme seiner Vertreter für die Erhaltung, die Veränderung oder die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bestimmt. Für eine Antwort auf die Frage nach der künftigen Rolle eines postkeynesianischen Modells, das die gegenwärtige Systemkrise des staatsmonopolistischen Kapitalismus erklären könnte, sei es noch zu früh.

Mátyás widmete sich im besonderen den unterschiedlichen Voraussetzungen, unter denen Keynes in den dreißiger Jahren und Milton Friedman nach dem zweiten Weltkrieg ihre Auffassungen über den Funktionsmechanismus der kapitalistischen Wirtschaft ausarbeiteten, und charakterisierte deren theoretische Grundzüge. Ähnlich wie sein Vorredner machte er darauf aufmerksam, daß die kapitalistische Regierung im Interesse eines Wirtschaftswachstums mehr und mehr Aufgaben zu übernehmen gezwungen ist, die der privatkapitalistische Sektor zu erfüllen nicht willens oder fähig ist.

Der Organisator der Sektion C 35 mit dem Thema "Inflation in Europa nach dem ersten Weltkrieg" war G. D. Feldman (USA). Da Feldman selbst mit einem Beitrag auftrat, wurde die Veranstaltung von K. Borchardt (BRD) geleitet.

Die Beiträge beschäftigten sich mit Detailproblemen und -aspekten der Inflation nach dem ersten Weltkrieg. Sie verglichen die Entwicklung in Deutschland, Polen sowie in Österreich und Ungarn. Generell fehlte in der Diskussion eine Verallgemeinerung bzw. Einordnung der Thematik in die politische und ökonomische Gesamtentwicklung dieser Zeit.

Über die Bedeutung des Goldzollaufgelds und die Handelspolitik sprach C. L. Holtfrerich (Berlin/West/), wobei er betonte, daß die Verweigerung der Meistbegünstigung und das Goldzollaufgeld von den Siegern des ersten Weltkrieges als Beschränkungen des deutschen Außenhandels gedacht worden waren. Mit Hilfe staatlicher Unterstützung und der Manipulation der sich entwertenden Mark gelang es der deutschen Industrie jedoch, insbesondere seit 1920 (mit Ausnahme von 1921) ihre Exportposition zu verbessern. Die deutsche Regierung habe hierin eine Möglichkeit gesehen, die deutsche Währungssituation zu verbessern. Insgesamt seien die Maßnahmen zur Beschränkung des deutschen Außenhandels nicht sehr wirksam gewesen.

Mit dem Sozialversicherungssystem in der deutschen Inflation 1914 bis 1923 beschäftigte sich Feldman. Ausgehend von der Wertbeständigkeit und Mündelsicherheit der Anlage der Gelder, untersuchte er diesen Problemkreis für die Zeit der Inflation und danach. Er wies besonders darauf hin, daß es gelang, nach dem Chaos der Hyperinflation die Sozialversicherung, anknüpfend an den



Vorkriegsstand, wieder zu beleben. Erst die Regierungen in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, insbesondere unter Brüning, griffen auch das Versicherungssystem an, was historisch als soziale Demontage eingeschätzt wurde.

P. C. Witt (BRD) machte Ausführungen zu den Investitionen bei der Eisenbahn 1913 bis 1924. Das Hauptergebnis seiner Darlegungen war, daß die Investitionen im Eisenbahnbereich mehr von politischen als von ökonomischen Gesichtspunkten geprägt waren. Die Relevanz der Eisen- und Stahlindustrie habe bedingt, daß die Regierung Aufträge vergab, um einerseits eine gewisse Auslastung zu gewährleisten und andererseits einen hohen Beschäftigungsgrad zu erreichen. Im Ergebnis seien während der Inflation in diesem Bereich Überkapazitäten entstanden.

Auf vergleichbare Faktoren, aber auch auf Unterschiede hinsichtlich der polnischen bzw. der deutschen Entwicklung in dieser Zeit ging J. Tomaszewski (VR Polen) ein. Er wies besonders auf die Bedeutung eines funktionierenden Sozialversicherungssystems für den sogenannten sozialen Frieden hin. Andererseits machte er auf den Stellenwert des Versicherungssystems im Kampf der Arbeiterklasse aufmerksam. Für Polen habe der Außenhandel für die Währungsstabilisierung eine große Rolle gespielt. Darum sei die Handels- und Zollpolitik dem Interesse der Währungspolitik untergeordnet gewesen.

Hieran anknüpfend, sprach A. Teichova (Großbritannien) über die Auswirkungen der Inflation in Ungarn und Österreich. Sie machte die Parallelen zur deutschen Entwicklung deutlich, nämlich den sogenannten "Ausverkauf" der Industrie und die Spekulation in Devisen. Die ungarischen und österreichischen Banken hätten am Ende der Inflation größere Geldbeträge im Ausland als im Inland gehabt, die erst nach 1925 zurückflossen. Trotzdem sei es schwer, einen generellen Vergleich dieser Staaten vorzunehmen.

In der Diskussion, für die nur wenig Zeit zur Verfügung stand, wiesen R.P.C. Nötel (Großbritannien) und Gy. Fánki (Ungarische VR) auf die Schwierigkeiten eines Vergleichs der Inflation in bezug auf den Verlauf, die Auswirkungen und die jeweiligen Maßnahmen hin. Die Besonderheiten der Entwicklung der Tschechoslowakei in dieser Zeit hob I. Faltus (CSSR) hervor. Es wurde deutlich, daß die Maßnahmen der einzelnen Staaten unterschiedlich, aber die politischen Absichten, Kriegsgewinne zu realisieren und eine gewisse Systemstabilisierung durchzusetzen, einheitlich waren. Hierauf verwiesen N. T. Gross (Israel), Witt und Holtfrerich. Zu unterschiedlichen Auswirkungen für die verschiedenen Klassen und Schichten sprach D. Stiefel (Österreich).

Die Berichte zu den einzelnen Sektionen verdeutlichen, daß die Teilnehmer des Kongresses sich mit einem inhaltlich, räumlich und zeitlich weit gefächerten Kreis von Themen beschäftigten. Dabei wurden neben neuen Fragestellungen auch Themen früherer Kongresse wieder aufgegriffen und weitergeführt - eine Tendenz, die sich für den nächsten Kongreß bereits wieder andeutet. Deutlich bemerkbar war das Bestreben, sich verstärkt den Fragen der Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zuzuwenden und vergleichende Untersuchungen, die zu verallgemeinernden Aussagen beitragen können, mehr als bisher in die Betrachtung einzubeziehen. Als weniger erfolgreich erwiesen sich dagegen die Versuche, ökonomische und soziale Probleme der Entwicklungsländer stärker in den Vordergrund zu rücken, wenn auch gewisse Fortschritte auf diesem Gebiet keineswegs übersehen werden dürfen.

Das wissenschaftliche Niveau der Beratungen ist als sehr differenziert einzuschätzen. Neben dem gewählten Thema, das mehr oder weniger bedeutend sein und mehr oder weniger Aufmerksamkeit erregen kann, erwies sich erneut die Auswahl eines geeigneten Organisators für die jeweilige Sektion, sein Engagement, sein Geschick und seine wissenschaftliche Qualifikation als von kaum zu unterschätzender Bedeutung. Wenn sich auch nicht jeder Sektionsleiter den hohen Anforderungen gewachsen zeigte, so war ein ausgesprochener Mißerfolg

dennoch die Ausnahme. In der Regel herrschte großes Interesse vor, und in einigen Sektionen kam es zu einem ausgesprochen lebhaften und sehr fruchtbaren Meinungsstreit.

Gy. Ránki, dem Leiter des Budapester Organisationskomitees, und seinen Mitarbeitern gebührt Dank für die geleistete Arbeit und das stete Bemühen, den Teilnehmern den Aufenthalt mit bekannter ungarischer Gastfreundschaft so angenehm wie möglich zu machen.

Die Generalversammlung der Mitgliedsländer der International Economic History Association wählte J.-F. Bergier (Schweiz) zum Präsidenten der Vereinigung und J. Kuczynski (DDR) zum Vizepräsidenten. Es ist vorgesehen, den nächsten Kongreß im Jahre 1986 in der Schweiz durchzuführen. Dem neu gewählten Exekutivkomitee der Internationalen Vereinigung gehören neben Kuczynski als Vertreter von sozialistischen Ländern außerdem W. Kula (VR Polen) und Zs. P. Pach (Ungarische VR) als Ehrenpräsidenten, I. T. Berend (Ungarische VR), G. G. Kotovskij (UdSSR), I. L. Koval'chenko (UdSSR) und J. Topolski (VR Polen) als Mitglieder an.

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR  
22. Lieferung

Theorie und Methodik

3224.

Albrecht, Edo: Zu einigen Fragen der theoretischen Interpretation der wissenschaftlich-technischen Revolution und ihrer sozialökonomischen Triebkräfte. - In: Dt. Z. Philos., Berlin, 29 (1981) 8, S. 898 - 910

3225.

Behrens, Fritz: Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie. - Berlin : Akad.-Verl. - Bd. 4. Die bürgerliche Ökonomie in der allgemeinen Krise des Kapitalismus. - 1981. - 350 S. : Tab.

3226.

Bothe, Maria; Ladwig, Roland: Zur Unterstützung der faschistischen Ideologie und Politik durch bürgerliche Ökonomen am Beispiel der Raumforschung. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 30 (1981) 2, S. 53 - 56

3227.

Braun, Manfred: Zu den politökonomischen Diskussionen über Grundfragen der Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in der DDR in den 50er und 60er Jahren. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 30 (1982) 4, S. 568 - 589

3228.

Braun, Manfred: Zur Entwicklung der Theorie von den Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus in den sechziger Jahren. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 35 - 47

3229.

Dhem, Günter; Schimpf, Karin:

Zur Entwicklung der Auffassung über das ökonomische Grundgesetz des Sozialismus. - In: Wiss. Z. Techn. Hochsch. Otto v. Guericke Magdeburg, Magdeburg, 25 (1981) 7/8, S. 60 - 63

3230.

Elsner, Lothar: Zu den Bemerkungen von Marx, Engels und Lenin über einige mit der Arbeiterwanderung im Kapitalismus verbundene Probleme. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 29 (1980) 1/2, S. 81 - 86

3231.

Engelhardt, Klaus: Der Einfluß von Rüstung und Abrüstung auf die Arbeitskräftesituation [Mit russ., engl., franz. u. span. Rés.]. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 11, S. 26 - 32, 62

3232.

Gehrmann, Udo: Zu Problemen der Internationalisierung des sozialistischen Wettbewerbs in der sowjetischen Historiographie. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle/Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 6, S. 35 - 45

3233.

Geologie und industrielle Revolution : Studienmaterial zur Wissenschaftsgesch. u. Gesch. d. Produktivkräfte / Bergakad. Freiberg, Hrsg. von d. Sekt. Sozialist. Betriebswirtsch., Wissenschaftsbereich Gesch. Hrsg. im Auftr. d. Rektors d. Bergakad. Freiberg von Eberhard Wächter. - Freiberg. - H. 2. - 1979. - 90 S.

3234.

Heininger, Horst: Transnationale Monopole und internationale Beziehungen. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 12, S. 25 - 32

3235.

Hellmann, Norbert: Das Verhältnis von Produktivkräften und Bedürfnissen. - In: Dt. Z. Philos., Berlin, 29 (1981) 8, S. 911 - 917

3236.

Hoffmann, Günter: Die Darstellung der Anfänge der Raumordnung in Deutschland durch die bürgerliche Raumordnungstheorie in der BRD. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 28 (1979) 10, S. 639 - 644

3237.

Jückstock, Dieter: Aufgaben und Probleme der Erforschung der Geschichte der politischen Ökonomie des Kapitalismus in der Periode des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 30 (1982) 1, S. 96 - 101

3238.

Kuczynski, Thomas: Ein neuer Aufschwung der historisch-vergleichenden Metrologie. Harald Witthöft : Umriss einer historischen Metrologie zum Nutzen der wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Forschung. Göttingen, 1977. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 137 - 141

3239.

Küttler, Wolfgang: Zum Verhältnis von Ökonomie, Politik und Ideologie am Beginn der bürgerlichen Revolutionsepoche. - In: Reform, Reformation, Revolution. - Leipzig, 1980. - S. 269 - 280

3240.

Kulikow, W.: Das Eigentum im System der Produktionsverhältnisse. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 30 (1981) 4, S. 407 - 413

3241.

Laube, Adolf: Die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals - Problemstellung und vergleichende

Sicht. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 117 - 138

3242.

Matz, Bernhard: Methodische Fragen der Siedlungsarchäologie, erläutert am Beispiel der ur- und frühgeschichtlichen Besiedlung von Teilen des Berliner Stadtgebietes. - In: Ausgrabungen u. Funde, Berlin, 26 (1981) 6, S. 268 - 274 ; Kt.

3243.

Müller, Wolfgang: Zu Engels' Ausführungen über das gesamtgesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln und die Planmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in seiner Schrift "Die Entwicklung des Sozialismus ...". - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 9 (1981), S. 215 - 221

3244.

Die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR. Potsdam-Babelsberg : Akad. für Staats- u. Rechtswiss. d. DDR, Informationszentrum Staat u. Recht, 1981. - 157 S. - (Aktuelle Beiträge der Staats- und Rechtswissenschaft ; 233)

3245.

Rudolph, Günther: Hegel und die politische Ökonomie. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 12, S. 1457 - 1470

3246.

Vollgraf, Carl-Erich: Ein Prioritätsanspruch und seine Hintergründe : Zur bürgerl. Reaktion auf die Marxsche Mehrwerttheorie. - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 9 (1981), S. 178 - 188

3247.

Wagner, Hans: Zur Einheit von methodologischen und theoretischen Fragestellungen bei der Verallgemeinerung praktischer ökonomischer Erfahrungen der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellsch.wiss. R., Berlin, 30 (1981) 4, S. 393 - 406



3248.

Zagolov, N.A.: Das "Kapital" von Karl Marx und die Vervollkommnung der Logik und der Struktur der Lehre in der Politischen Ökonomie des Sozialismus. - In: Wiss. Z. Humboldt-Univ. Berlin, Gesellschaftswiss. R., Berlin, 30 (1981) 4, S. 387 - 392

3249.

Zilch, Reinhold: "Junker" als historische Kategorie bei Karl Marx und Friedrich Engels. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 12, S. 1140 - 1147

3250.

Zirnstein, Gottfried: Variabilität, Vererbung und Züchtung bei A.D. Thaer und Zeitgenossen. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin: Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 53 - 60

## Bibliographien

3251.

Bibliographie selbständiger Publikationen zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung und Betriebsgeschichte 1971 - 1979 : Arbeitsmaterial / Zsgest. von Wolfgang Dick ... - Berlin : Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED, 1980. - 214 S.

3252.

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR. - 19. Lieferung - In: Jb. Wirtsch. gesch., Berlin, (1981) 4, S. 221 - 236

3253.

Bibliographie selbständiger Schriften zur Betriebsgeschichte in der Deutschen Demokratischen Republik. - 16. Fortsetzung. - [Bearb. von] Renate Günther. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 193 - 204

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

3254.

Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung : Vorträge einer wiss. Tagung mit internat. Beteiligung Veranст. v.d. Humboldt-Univ. zu Berlin, d. Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR u. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR, 26. - 28. Okt. 1978, in Berlin aus Anlaß d. 150. Todestages v. Albrecht Daniel Thaer. Bd. 5. Landwirtschaftliche Produktion und Agrarwissenschaften im 19. Jahrhundert. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR 1979. - 152 S. (Tagungsbericht d. Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR ; 173.)

3255.

Buchsteiner, Ilona: Soziale Klassen und Schichten in Frankreich und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert (28. bis 31. Mai 1980). - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1981) 3, S. 229 - 235

3256.

Dandamaev, M. A.: Die Fischerei in neubabylonischen Texten des 6. und 5. Jahrhunderts v.u.Z. - In: Jb. Wirtsch.gesch. Berlin, (1981) 4, S. 67 - 82

3257.

Fischer, Hagen: René-Kuczynski-Kolloquium Berlin 1980. - In: Ethnogr.-archäol. Z., Berlin, 22 (1981) 3, S. 510 - 513

3258.

Günther, Renate: Erfahrungen und Aufgaben der betriebsgeschichtlichen Arbeit : 7. Konferenz d. Fachkomm. Betriebsgesch. d. Historiker-Gesellsch. d. DDR ; 18. bis 20. November 1980 in Erfurt. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 215 - 222

3259.

Heinrich Barkhausen : Barkhausen-Ehrung d. Akad. d. Wiss. d. DDR u. d. Techn. Univ. Dresden, Dez. 1981. - In: Wiss. Z. Techn. Univ. Dresden, Dresden, 30 (1981) 5, S. 1 - 131 : Ill., Tab.

3260.  
Herden, Rose-Elisabeth: Jahrbuch-Forum : Zu Grundtendenzen d. Bevölkerungsbewegung in d. Gesch. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 129 - 136

3261.

Hoffmann, Edith: Die sozialökonomischen Gesellschaftsformationen aus marxistisch-leninistischer Sicht ; 26. September 1980 in Leipzig. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 217 - 220

3262.

Kaczyńska, Elzbieta; Grinberg, Daniel: Mensch - Arbeit - Umwelt ; 17. bis 20. September 1979 in Katowice. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 223 - 228

3263.

Kirchberg, Peter; Wächtler, Eberhard; Carl Benz, Gottlieb Daimler, Wilhelm Maybach. - Leipzig : BSB Teubner, 1981. - 106 S. : Ill. - (Biographien hervorragender Naturwissenschaftler, Techniker und Mediziner ; 52)

3264.

Kleinsorge, Johann: Industrialisierung der Landwirtschaft und Weltenernährung. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 11, S. 40 - 41

3265.

Kreißig, Heinz: Das "Haus" (oikos) des Hesiod. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 91 - 95

3266.

Meyer, Dagmar: Einfluß demographischer Prozesse auf die Sozialstruktur in der sozialistischen Gesellschaft. - In: Jb. Soziol. u. Sozialpol., Berlin, (1981), S. 234 - 239

3267.

Müller, Klaus: Regionalgeschichtliche Konferenz in Karl-Marx-Stadt. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Ber-

lin 24 (1982) 2, S. 287 - 288

3268.

Narweleit, Gerhard: Anthropogene Eingriffe in Relief und Hydrographie in historisch-geographischer Sicht (19. und 20. September in Halle/Saale). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 247 - 250

3269.

Radandt, Hans: Quellen zur Betriebsgeschichte in Stadt- und Kreisarchiven. - In: Arch.mitt., Berlin, 31 (1981) 6, S. 217 - 219

3270.

Reform, Reformation, Revolution : Ausgewählte Beitr. einer wiss. Konferenz in Leipzig am 10. u. 11. Okt. 1977 / Karl-Marx-Univ. Leipzig. Hrsg. im Auftr. d. Rektors d. Karl-Marx-Univ. von Siegfried Hoyer. - Leipzig, 1980. - 287 S.

3271.

Schattkowsky, Martina; Rook, Hans-Joachim: V. Kolloquium von Wirtschaftshistorikern der Ungarischen Volksrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (22. bis 26. Sept. 1980 in Debrecen). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 237 - 245

3272.

Schnurkeramik-Symposium Halle 1979. - In: Jahresschr. für mitteldt. Vorgesch., Berlin, 64 (1981), S. 7 - 239 : Ill.

3273.

Tagung über die Walternienburg - Bernburger Kultur und gleichzeitige Kulturerscheinungen der Trichterbecherkultur bzw. Tiefstichkeramik. - In: Jahresschr. für mitteldt. Vorgesch., Berlin, 63 (1981), S. 9 - 193 : Tab.

3274.

Textilkunst im Orient und in Europa : Materialien einer wiss. Arb.tagung am 10. Sept. 1980 / Veröff. durch d. Abt. Wiss.publizistik d. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg. / Hrsg. von Burchard Brentjes. - Halle/S.: Univ., 1981. - 124 S. : Ill. - (Wissenschaftliche Beiträge / Martin-Luther-Universität Halle-Witten-

- berg : 1981, 5) (Kongreß- und Tagungsberichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg)
3275.  
Vetter, Klaus: Preußische Reformen - Wirkungen und Grenzen : Zum 150. Geburtstag von Karl Freiherr vom und zum Stein. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 12, S. 1148 - 1149
3276.  
Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation / Hrsg. von Konrad Fritze, Eckhard Müller-Mertens, Johannes Schildhauer. - Weimar : Böhlau, 1981. - 223 S. : Tab. - (Hansische Studien ; 5) (Abhandlungen zur Handels- und Sozialgeschichte ; 21)
- Mehrere Zeitabschnitte umfassend
3277.  
Bäuerliche Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Estland (16. bis 19. Jahrhundert). - Berlin : Akad.-Verl., 1982. - 360 S. : Tab. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte : Sonderband 1981)
3278.  
Meißner, Martin: Die Münzkabinette der Schwarzburger zu Arnstadt und Rudolstadt. - In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 27 (1981) 3/4, S. 65 - 69
3279.  
Pfeiffer, Heinz: Der Erzbergbau bei Königsee und seine Bedeutung im Rahmen der Orla-Senke. - In: Rudolstädter Heimath., Rudolstadt, 27, (1981) 5/6, S. 91 - 103
3280.  
Rübesame, Otto: Alte Landkarten vom Gebiet der Bezirke Halle und Magdeburg : Auswahl-Bestandsverz. d. vom 16. Jh. bis 1945 erschienenen Karten in d. Univ.- u. Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle/Saale. - Halle/S. : Univ.- u. Landesbibliothek Sachsen-Anhalt, 1980. - XII, 120 S. - (Schriften zum Bibliotheks- und Büchereiwesen in Sachsen-Anhalt ; 50)
- bis 500
3281.  
Griffin, Kerstin: Plant remains from archaeological sites in Norway : A review. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 163 - 176 : Kt., Tab.
3282.  
Günther, Rigobert: Veränderungen des Stadt-Land-Verhältnisses in der Spätantike im nördlichen Gallien sowie in den römischen Provinzen am Rhein und an der oberen Donau. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1981) 3, S. 121 - 128
3283.  
Januševič, Zoja: Kulturpflanzen Skythiens. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 87 - 96 : Ill., Kt., Tab.
3284.  
Jurukova, Jordanka: Griechisches Münzwerk : Die Münzprägung von Bizye. - Berlin : Akad.-Verl. - (Schriften zur Geschichte und Kultur der Antike ; ...). Textbd. - 1981. - III, 94 S. : Ill. - ... ; 18) Tafelbd. - 1981. - 29 Bl. : nur Ill. - ... ; 18)
3285.  
Knörzer, Karl-Heinz: Auswertung von Großrestuntersuchungen zur Aufklärung von Siedlungszusammenhängen. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 73 - 76 : Tab.
3286.  
Kroll, Helmut: Thessalische Kulturpflanzen. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 97 - 103 : Ill., Tab.
3287.  
Kučan, Dušanka: Pflanzenreste aus dem Römerlager Oberaden. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 149 - 162 : Ill., Kt., Tab.

3288.

Njammash, Marlene: Probleme der Stadtentwicklung und der Stadt-Land-Beziehungen in Indien vom 1. bis zum 5. Jahrhundert u. Z. - In: *Klio*, Berlin, 63 (1981) 1, S. 113 - 121

3289.

Weber, Siegrid: Über handwerkliche Spezialisten in den Leges Barbarorum. / Mit dt., russ. u. engl. Rés./ - In: *Ethnogr.-archäol. Z.*, Berlin, 22 (1981) 2, S. 209 - 220

500 - 1789

3290.

Barthel, Rolf; Schlimpert, Gerhard: Spuren wettinischer Besiedlung in Barnim. - In: *Namenkd. Inf.*, Leipzig, (1981) Beih. 3, S. 5 - 18

3291.

Becker, Diethelm: Die slawische Inseisiedlung im Trenntsee, Gemarkung Pastin, Kreis Sternberg. - In: *Denkmalpflege in Mecklenb.*, Berlin, 1980 (1981), S. 209 - 229 : Ill.

3292.

Behre, Karl-Ernst: Zur Nahrungswirtschaft der Wikingerzeit im nördlichen Mitteleuropa. - In: *Z. Archäol.*, Berlin, 15 (1981) 1, S. 25 - 40 : Ill., Kt., Tab.

3293.

Berthold, Rudolf: Entwicklungstendenzen der spätfеudalen Getreidewirtschaft in Deutschland. - In: *Bäuerliche Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Estland (16. bis 19. Jahrhundert)*. - Berlin : Akad.-Verl., 1982. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte : Sonderband 1981. - S. 9 - 134 : Tab.

3294.

Billig, Gerhard: Burgenarchäolo-

gische und siedlungskundliche Betrachtungen zum Flußgebiet der Zschopau und der Freiburger Mulde. - In: *Z. Archäol.*, Berlin, 15 (1981) 2, S. 265 - 297 : Ill., Kt., Tab.

3295.

Bönisch, Fritz: Neue Teilergebnisse zu Niederlausitzer Wüstungen. - In: *Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus*, 14 (1980), S. 105 - 114 : Kt.

3296.

Bogucka, Maria: Zur Problematik der Profite im Handel zwischen Danzig und Westeuropa (1550 - 1650). - In: *Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation*. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 41 - 50

3297.

Bräuer, Helmut: Zu einigen Problemen der Finanzpolitik des Chemnitzer Rates im 15. und 16. Jahrhundert. - In: *Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation*. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 184 - 193

3298.

Buck, Lienhard: Die Münzen des Kurfürstentums Sachsen 1763 bis 1806. - Berlin: Transpress, 1981. - 304 S. : Ill.

3299.

Büttner, Horst: Zum Einfluß von Gelehrten auf die Entwicklung der ersten gewerblichen Dampfmaschine in Preußen : Hettstedter Feuermaschine 1785. - In: *Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R.*, Rostock, 30 (1981) 2 S. 49 - 52

3300.

Buszello, Horst: Wirtschaft und Handel in der englischen Politik zu Beginn des 15. Jahrhunderts ("The Libelle of Englyshe Polycye"). - In: *Reform, Reformation, Revolution*. - Leipzig, 1980. - S. 21 - 30

3301.

Choroškevič, A.L.: Preise und Profite im russischen Ostseehandel des Mittelalters in den sowjetischen Arbeiten der Nachkriegsperiode. - In: *Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation*. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 64 - 77



3302.

Čistožvonov, A.N.: Der Prozess der ursprünglichen Akkumulation in der Periode der niederländischen Revolution im 16. Jahrhundert (1556 - 1609). - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 154 - 174

3303.

Eberhardt, W.: Erfurt im Netz der mittelalterlichen Handelsstraßen. - In: Urgesch. u. Heimatforsch., Weimar, 18 (1981), S. 40 - 53 : Kt.

3304.

Fischer, Hagen: Zu einigen Problemen der antiken Stadtentwicklung im römischen Imperium. Charles Ebel, Transalpine Gaul. Leiden 1976; Robert Scranton/Joseph H. Shaw/Leila Ibrahim, Kenchreai. Bd. 1. Leiden 1978. Bd. 2. Leiden 1976; Walter O. Moeller, The Wool Trade of Ancient Pompeii. Leiden 1976. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 151 - 166

3305.

Gringmuth-Dallmer, Eike: Die ländlichen Siedlungen im Norden der DDR zur Zeit der feudalen Ostexpansion. - In: Mitt. Bezirksfachausschusses Ur- u. Frühgesch., Neubrandenburg, Neubrandenburg, 27 (1981), S. 80 - 88

3306.

Gringmuth-Dallmer, Eike: Veränderungen der ländlichen Siedlungsstruktur im Zuge der vollen Durchsetzung feudaler Produktionsverhältnisse in den Gebieten westlich von Oder und Neiße. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 2, S. 243 - 263 : Kt.

3307.

Gyimesi, Sandor: Außenhandel und Reichtumsansammlung im Ungarn des 16. Jahrhunderts. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 194 - 198

3308.

Harnisch, Hartmut: Die kapitalistischen Agrarreformen in den preußischen Ostprovinzen und die Entwicklung der Landwirtschaft in den Jahrzehnten vor 1848 : Ein Beitr. zum Verh. zwischen kapitalist. Agrarentw. und industrieller Revolution. - In: Bäuerliche Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Estland (16. bis 19. Jahrhundert). - Berlin : Akad.-Verl., 1982. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte : Sonderband 1981. - S. 135 - 253 : Tab.

3309.

Held, Wieland: Bemerkungen zur Rolle der ländlichen Tagelöhner im 16. Jahrhundert in Thüringen. - In: Reform, Reformation, Revolution. - Leipzig, 1980. - S. 44 - 50

3310.

Herrmann, Joachim: Ein neuer Bootsfund im Seehandelsplatz Ralswiek auf Rügen. - In: Ausgrabungen u. Funde, Berlin, 26 (1981) 3, S. 145 - 158 : Ill., Kt., Tab.

3311.

Herrmann, Joachim: Probleme der Fruchtwechselwirtschaft im Ackerbau des 8. bis 9. Jh. am Beispiel ausgewählter schriftlicher und archäologischer Quellen. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 1 - 9 : Ill., Tab.

3312.

Hoyer, Siegfried: Wirtschaftliche und soziale Ursachen des deutschen Bauernkrieges : Das Beispiel Thüringen. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 12, S. 1106 - 1120

3313.

Irsgler, Franz: Frühe Verlagsbeziehungen in der gewerblichen Produktion des westlichen Hanseraumes. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 175 - 183

3314.

Kleinenberg, I. E.: Preise, Maße und Profit im hansischen Nowgorod-Handel im 14. und 15. Jahrhundert. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 51 - 63

3315.  
Kosina, Romuald: Cultivated plants, weeds and wild plants from the early medieval Granaries on Ostrów Tumski in Wrocław. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 177 - 190 : Ill., Tab.

3316.

Kuczynski, Jürgen: Alltag in einem französischen Dorf zu Beginn des 14. Jahrhunderts. Emmanuel Le Roy Ladurie, Montaillou, Ein Dorf vor dem Inquisitor 1294 - 1324. Frankfurt/M./Berlin/Wien 1980. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 129 - 141

3317.

Kuczynski, Jürgen: Trivialpredigten und Studium des Alltags der Werktätigen. Ernst Heinrich Rehermann : Das Predigtextempfel bei protestantischen Theologen des 16. und 17. Jahrhunderts. Göttingen, 1977. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 193 - 201

3318.

Laube, Adolf: Zur Profitbildung im erzgebirgischen Silberbergbau des 15. und 16. Jahrhundert. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 78 - 89

3319.

Lesnikov, M.P.: Zur Frage des Profitniveaus im hansischen Handel zu Beginn des 15. Jahrhunderts anhand des Nachlasses von Hildebrand Veckinchusen. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 28 - 40

3320.

Maróti, Egon: "Vilicus ne sit ambulador" : Zum Weiterleben eines antiken Wirtsch.prinzips. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 83 - 89

3321.

Ogrissek, Rudi: Die Oberlausitz-

karte "Lusatia superioris, Tabula chorographica" des Johann George Schreiber aus dem Anfang des 18. Jahrhunderts. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 27 (1981) 5, S. 223 - 226 : Ill., Kt.

3322.

Pánek, Jaroslav: Eine bedeutsame Quelle zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der spätmittelalterlichen Städte. Liber rationum regalis civitatis Lunae ad annos 1450 - 1472 et 1490 - 1491 pertinens / Hrsg. von Jaroslav Vanis. Prag, 1979. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 187 - 191

3323.

Piechocki, Werner: Die Halloren : Geschichte u. Tradition d. "Salzwirkerbrüderschaft im Thale zu Halle". - Leipzig : Koehler & Amelang, 1981. - 191 S. : Ill.

3324.

Richter, Jochen: Zur Schriftkundigkeit mecklenburgischer Bauern im 17. Jahrhundert. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 79 - 102 : Tab.  
Kuczynski, Jürgen: Brief an den Chefredakteur zum Beitrag von Jochen Richter. - Ebd., S. 103 - 105 : Tab.

3325.

Schuldt, Ewald: Groß Raden : Die Keramik einer slaw. Siedlung d. 9./10. Jh. - Berlin : Dt. Verl. d. Wiss., 1981. - 176 S. : Ill. - (Beiträge zur Ur- und Frühgeschichte der Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg ; 14)

3326.

Schuldt, Ewald: Handwerk und Gewerbe des 8. - 12. Jahrhunderts in Mecklenburg. Schwerin : Museum für Ur- u. Frühgesch. 1980. - 94 S. : Ill. - (Bildkataloge des Museums für Ur- und Frühgeschichte Schwerin ; 23)

3327.

Schultz, Helga: Handwerk, Verlag, Manufaktur in den deutschen Territorien während des 17. und 18. Jahrhunderts. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 199 - 209

3335.

Wernicke, Horst: Überregionale Handwerkervereinigungen als Klassenkampforganisationen? Frank Göttmann, Handwerk und Bündnispolitik. Wiesbaden 1977. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1981) 4, S. 143 - 150

3336.

Wittek, Gudrun: Bedeutung und Grenzen der kommunalen Freiheit : Dargestellt am Beispiel einiger Aspekte der Stadt-Land-Beziehungen d. Städte d. nördl. Harzvorlandes unter besonderer Berücksichtigung von Halberstadt. - In: Wiss. Z. Päd. Hochsch. "Erich Weinert" Magdeburg, Magdeburg, 18 (1981) 6, S. 593 - 608 : Kt.

1789 - 1917

3337.

Aikawa, Tetsuo: Über den Einfluß der Ideen Albrecht Thaers auf die japanische Landwirtschaftswissenschaft. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 23 - 28

3338.

Auswirkungen der industriellen Revolution auf die deutsche Sprachentwicklung im 19. Jahrhundert / Von einem Autorenkoll. unter Leitung von Joachim Schildt. - Berlin : Akad.-Verl., 1981. - 308 S. - (Bausteine zur Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen ; 60)

3339.

Bachmann, Günter: Die geschichtliche Entwicklung der Gemeinde Sauo / Unter Mitarb. von Fritz Bönisch. - Senftenberg : VEB Braunkohlenkombinat Senftenberg, 1980. - 100 S. : Ill., Kt.

3340.

Baller, Kurt: Zur Entwicklung der Glasindustrie und zum Kampf der Glasarbeiter in Weißwasser und Umgebung : Von d. Anfängen bis zum Beginn d. Jahres 1949. - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 14 (1980), S. 83 - 104

3328.

Spading, Klaus: Die Hanse und Holland im Prozeß der ursprünglichen Akkumulation. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 139 - 153

3329.

Stark, Walter: Die Handelsgesellschaft der Brüder Veckinchusen im ersten Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 90 - 114

3330.

Stark, Walter: Zins und Profit beim hansischen Handelskapital. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 13 - 27

3331.

Tempír, Zdenek: Getreide aus dem Gebiet Böhmen und Mähren im 6. - 13. Jahrhundert. - In: Z. Archäol., Berlin, 15 (1981) 1, S. 199 - 204 : Ill., Tab.

3332.

Töpfer, Bernhard; Vogler, Günter: Die europäische Feudalgesellschaft als Vorstufe der Industriegesellschaft? Europäische Wirtschaftsgeschichte Hrsg. von Carlo M. Cipolla. Bd. 1. Mittelalter. Stuttgart/New York 1978. Bd. 2. Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert. Stuttgart/New York 1979. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 115 - 128

3333.

Ullrich, Kurt: Über die Bestandskarte "Kursächsische Postmeilensäulen". - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 27 (1981) 6, S. 288 : Kt.

3334.

Voigtländer, Ulrich: Mittelalterliche Düngungsformen bis zur Einführung des mineralischen Kunstdüngers. - In: Neubrandenburger Mosaik, Neubrandenburg, 1981 (1982), S. 8 - 19

3341.

Barta, János; Orosz, István: Die Entwicklung der Agrarwissenschaften und der landwirtschaftlichen Fachbildung in Ungarn im 19. Jahrhundert. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 71 - 78

3342.

Baudis, Dieter: Deutschland und Großbritannien in der Zeit des ersten Weltkrieges : Versuch einer vergl. Betrachtung einiger Aspekte d. wirtschaftl. u. sozialen Entw. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1981) 3, S. 49 - 78

3343.

Baudis, Dieter: Deutschland und Großbritannien in der Zeit des ersten Weltkrieges : Statische Erg. zur vergl. Betrachtung d. wirtschaftl. u. sozialen Entw. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 205 - 216 : Tab.

3344.

Becher, Udo: Die Leipzig-Dresdener Eisenbahn-Compagnie. - Berlin : Transpress, 1981. - 208 S. : Ill., Tab. - (Transpress-Verkehrsgeschichte)

3345.

Berger, Manfred: Die Muldenthal-Eisenbahn. - Berlin : Verl. für Verkehrswesen, 1981. - 192 S. : Ill. - (Transpress-Verkehrsgeschichte)

3346.

Berthold, Rudolf: Zur Entstehung der deutschen Landmaschinenindustrie. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 147 - 152

3347.

Büchner, Johannes; Bittmann, Otto: Der Kampf um die Vorrangstellung in der sächsischen Elektroenergieversorgung (EEV) von 1911 bis 1916. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 25 - 50 : Tab.

3348.

Findeisen, Jörg-Peter: Das Holland-Bild der schwedisch-pommerschen Wirtschaftstheoretiker in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. - In: Zins - Profit, Ursprüngliche Akkumulation. - Weimar : Böhlau, 1981. - S. 210 - 223

3349.

Gorr, Wolfgang: Der Beitrag Albrecht Daniel Thaers zur Entwicklung der agrarökonomischen Wissenschaftsdisziplinen. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 15 - 22

3350.

Große, Günter: Von der Edisonwalze zur Stereoplatte : Die Gesch. d. Schallplatte. - Berlin : Lied d. Zeit, 1981. - 167 S. : Ill.

3351.

Gunst, Peter: Die Marktlage der ungarischen Landwirtschaft im 19. Jahrhundert (1814 - 1918). - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 115 - 119

3352.

Harnisch, Hartmut: Der Einfluß der kapitalistischen Agrarreform auf die Entwicklung der Agrarproduktion im Gebiet der preußischen Ostprovinzen. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 129 - 137

3353.

Henniger, Gerd: Zu einigen Problemen der Elektrifizierung der Berliner Industriebetriebe von den Anfängen bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. - In: Berliner Gesch., Berlin, 2 (1981), S. 25 - 54 : Ill., Tab.

3354.

Hoppe, Vinzenz: Die frühere Kunstflechterei auf dem Eichsfeld. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 21 (1981) 3, S. 206 - 212 : Ill.

3355.

Jacobeit, Wolfgang: Zu den Veränderungen der Lebensweise und Kultur bäuerlicher Schichten im 19. Jahrhundert. -



In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 139 - 145

3356.

Kahk, Juhan: Einige Ergebnisse der Erforschung sozialer Aspekte des bäuerlichen Lebens in Estland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. - In: Bäuerliche Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Estland (16. bis 19. Jahrhundert). - Berlin : Akad.-Verl., 1982. - (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte : Sonderband 1981). - S. 303 - 395 : Tab.

3357.

Kahk, Juhan; Ligi, Herbert: Über das ökonomische Potential der estnischen Bauernwirtschaft am Anfang des 19. Jahrhunderts. - In: Bäuerliche Wirtschaft und landwirtschaftliche Produktion in Deutschland und Estland (16. bis 19. Jahrhundert). - Berlin : Akad.-Verl., 1982. (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte : Sonderband 1981). - S. 255 - 301 : Tab.

3358.

Kienitz, Gerlinde: Die Auswirkungen der französischen Fremdherrschaft auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Mecklenburg-Strelitz in den Jahren 1806 - 1815. - In: Neubrandenburger Mosaik, Neubrandenburg, 1981 (1982), S. 37 - 47 : Ill.

3359.

Klemm, Volker: Zum Beitrag A. D. Thaers für das Entstehen einer Theorie der akademischen landwirtschaftlichen Ausbildung. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 79 - 86

3360.

Lehmann, Karin: Eine bürgerliche Geld- und Bankengeschichte. Karl Erich Born, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1977. - In: Jb. Wirtsch.gesch.,

Berlin, (1981) 4, S. 97 - 106

3361.

Lemke, Heinz: Die Erdölinteressen der Deutschen Bank in Mesopotamien in den Jahren 1903 - 1911. - In: Jb. Gesch., Berlin, 24 (1981), S. 41 - 72

3362.

Lexow, Werner: Die Eisenbahnstrecken im Bezirk Neubrandenburg : Eine Betrachtung zur hist. Entw. d. Schienenwege zwischen Haff u. Müritz. - In: Neubrandenburger Mosaik, Neubrandenburg, 1981 (1982), S. 48 - 64 : Ill.

3363.

Ley, Hermann: Bemerkungen zur Situation in Preußen hinsichtlich Ökonomie, Philosophie und Wissenschaft zu einigen Abschnitten des 18. Jahrhunderts bis etwa 1830. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck- Univ. Rostock, Gesellsch.-wiss. R., Rostock, 30 (1981) 2, S. 35 - 47

3364.

Lux, Günter: Von der Boizenburger Plattenfabrik zum VEB Fliesenwerke "Kurt Bürger", Stammbetrieb im Kombinat Fliesen- und Sanitärtechnik. - In: Boizenburg : Beiträge zur Geschichte d. Stadt / Hrsg. vom Rat d. Stadt Boizenburg anläßl. d. 725-Jahrfeier. - Boizenburg : Rat d. Stadt, 1980. - S. 60 - 68

3365.

Mironov, Boris: Die Grundlagen der demographischen Entwicklung Rußlands im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. - In: Jb. Gesch. sozialist. Länder Europas, Berlin, 25 (1981) 1, S. 145 - 161

3366.

Müller, Hans-Heinrich: Entwicklungstendenzen der Agrarproduktion während der 1. Etappe der kapitalistischen Intensivierung in der deutschen Landwirtschaft. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 5 - 14

3367.

Rammler, Erich; Böhme, Fritz; Krumbiegel, Günther: Einige Kapitel aus den

ersten 30 Jahren der Braunkohlenbrikettierung unter besonderer Berücksichtigung des Pressebaus. - T. 1. Über die von 1858 - 1888 errichteten Braunkohlenbrikettfabriken. - In: Studien zur Geschichte der Montanindustrie und zur Neuformierung der Arbeiterklasse in der DDR. - Leipzig: Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1980. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 15) (Freiberger Forschungshefte : D; 125). - S. 19 - 77 : Ill.

3368.

Rehbein, Elfriede: Die historische Entwicklung der Schmalspurbahnen des öffentlichen Verkehrs. - /1/, 2/3. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden, Dresden, 24 (1977) 2, S. 255 - 269; 5, S. 877 - 889 : Tab.

3369.

Sándor, Pál: Aufhebung der Leib-eigenschaft in Ungarn und Modalitäten ihrer Verwirklichung. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 51 - 65

3370.

Schulte, Dieter: Die Monopolpolitik des Reichskolonialamts in der "Ära Dernburg" 1906 - 1910 : Zu früheren Formen d. Funktionsmechanismus zwischen Monopolkapital u. Staat. - In: Jb. Gesch., Berlin, 24 (1981), S. 7 - 39

3371.

Schwabe, Heinz: Beitrag Julius Kühns für die Entwicklung der akademischen landwirtschaftlichen Ausbildung. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 101 - 113

3372.

Schwartz, E.: Zur sozialen Lage der Waldarbeiter unter dem Kapitalismus von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur faschistischen Diktatur. - In: Beitr. Forstwirtsch., Berlin, 13 (1979) 2, S. 78 - 80

3373.

Stahl, Jochen: Vom Werden und Wachsen der Neptunwerft : Eine Chronik d. 130-jähr. Entw. - Rostock : VEB Schiffswerft "Neptun", Grundorganisation d. SED, Komm. für Betriebsgesch., 1979. - 96 S. : Ill.

3374.

Stams, Werner; Stams, Marianne: Die Große Topographische Landesaufnahme in Sachsen von 1780 bis 1811 und ihre Folgekarten. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 27 (1981) 5, S. 197 - 212 : Kt., Tab.

3375.

Steffen, Uwe: Aus der Geschichte der "Boizenburger Stadt- und Hafenbahn". - In: Boizenburg : Beiträge zur Geschichte d. Stadt Boizenburg / Hrsg. vom Rat d. Stadt Boizenburg anläßl. d. 725-Jahrfeier. - Boizenburg : Rat d. Stadt, 1980. S. 22 - 26

3376.

Strube, Wilhelm: Der historische Weg der Chemie. - Leipzig : Dt. Verl. d. Grundstoffindustrie. Bd. 2. Von der industriellen Revolution bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. - 1981. - 215 S. : Ill.

3377.

Thirsk, Joan: Albrecht Daniel Thaers Stellung unter den zeitgenössischen Agrarschriftstellern Europas. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 35 - 39

3378.

Wachowiak, Bogdan: Zum Einfluß A. D. Thaers auf die polnische landwirtschaftliche Literatur. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 23 - 28

3379.

Wellmann, Imre: Entwicklung der Agrarproduktion während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Ungarn. - In: Albrecht-Daniel-Thaer-Tagung. - Berlin : Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1979. - S. 121 - 128

3380.  
Werner, Lutz: Johann Heinrich von Thünen - ein Exponent der Durchsetzung des Kapitalismus in der mecklenburgischen Landwirtschaft. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 30 (1981) 1, S. 13 - 19 : Tab.
3381.  
Zilch, Reinhold: Die Geschichte der kleinen Reichsbanknoten zu 20 und 50 Mark. - Berlin : Staatl. Museen zu Berlin, Münzkabinett, 1979. - 32 S. : Ill. - (Kleine Schriften des Münzkabinetts ; 7)
- 1917 - Gegenwart, sozialistische Länder
3382.  
Barthel, Horst: Zur Sozialpolitik sozialistischer Länder. Sozialismus und Wohlstand des Volkes / Autorenkoll. unter Leitung von K. I. Mikulskij. Berlin, 1977. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 143 - 154
3383.  
Barthelmann, Robert: Zu den Wirkungen der industriemäßigen Produktion in der Landwirtschaft auf die Landbevölkerung. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 28 (1979) 10, S. 645 - 652 : Tab.
3384.  
Beiträge zur Geschichte der FDJ / Hrsg. von d. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock. - Rostock. H. 2. - 1979. - 104 S.
3385.  
Boizenburg: Beiträge zur Geschichte d. Stadt / Hrsg. vom Rat d. Stadt Boizenburg anläßl. d. 725-Jahrfeier. - Boizenburg : Rat d. Stadt, 1980. - 83 S. : Ill.
3386.  
Braun, Hans-Joachim; Rudolph,
- Franz: Zur Stellung der Kombinate im Prozeß der sozialistischen Vergesellschaftung von Produktion und Arbeit. - In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 29 (1981) 12, S. 1409 - 1422
3387.  
Buschmann, Rolf: Aus Trümmern zum Welthandelsplatz : Die Entw. d. Leipziger Messe seit 1945. - In: Leipzig - aus Vergangenheit u. Gegenwart, Leipzig, 1 (1981), S. 107 - 133 : Ill.
3388.  
Buttler, Harald: Zur Dialektik von multi-lateraler und bilateraler Zusammenarbeit zwischen den RGW-Mitgliedsländern in den sechziger und siebziger Jahren : Unter besonderer Berücksichtigung d. Beziehungen zwischen d. Sowjetunion und d. DDR. - In: Gesellsch.wiss. Inf., Berlin, (1979) 2, S. 47 - 56
3389.  
Dietrich, Werner: Zu Entwicklungsproblemen der sozialistischen Rationalisierung und ihren sozialen Wirkungen. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 6, S. 21 - 33 : Tab.
3390.  
Drei Jahrzehnte VEB Jenapharm : Geschichte d. VEB Jenapharm / Hrsg. von d. Betriebsparteioorganisation d. SED. - Berlin : Verl. Tribüne, 1981. - 179 S. : Ill.
3391.  
Eichfeld, Rosemarie: Zu Problemen der Reproduktion der Arbeiterklasse : Die Entw. d. weibl. Jugend zu industriellen Facharbeitern in d. Jahren 1945 bis 1949 auf d. Gebiet d. DDR. - In: Studien zur Geschichte der Montanindustrie und zur Neuformierung der Arbeiterklasse in der DDR. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1980. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 15) (Freiberger Forschungshefte : D ; 125). - S. 99 - 127
3392.  
Engewald, Gisela-Ruth: Einige Gedanken zu Beziehungen zwischen der Veränderung der technisch-technologischen Aus-

3398. rüstung der Produktionshauptabteilungen und der Entwicklung des Qualifizierungsniveaus und dem Einsatz der Produktionsarbeiter (insbesondere der Produktionsarbeiterinnen) im VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau (Zeitraum 1963 bis 1972). - In: Studien zur Geschichte der Montanindustrie und zur Neuformierung der Arbeiterklasse in der DDR. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1980. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 15) (Freiberger Forschungshefte : D ; 125) S. 79 - 97
3393. Graehn, Gido: Berlins Aktivisten im Kampf um ein erfolgreiches Anlaufen des Zweijahrplans 1949. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 24 (1982) 2, S. 269 - 276
3394. Graupner, Renate: Die Anwendung von Erfahrungen des Leninschen Komsomol an zentralen Jugendobjekten der FDJ. - In: Beiträge zur Geschichte der FDJ. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, 1979. - S. 39 - 43
3395. Grimm, Reinhard; Haupt, Hans-Georg; Richter, Ilona: Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW mit den Entwicklungsländern. - In: Dt. Außenpol., Berlin, 27 (1982) 2, S. 14 - 30 : Tab.
3396. Grüneberg, Gerhard: Agrarpolitik der Arbeiterklasse zum Wohle des Volkes : Ausgewählte Reden und Aufsätze 1957 - 1981 / Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK d. SED. - Berlin : Dietz Verl., 1981. - 615 S. : Ill.
3397. Heyne, Martin: Schiffbaumuseum Rostock. - In: Neue Museumskd., Berlin, 24 (1981) 2, S. 93 - 102 : Ill.
3398. Hladky, Otto: Zu ausgewählten Problemen und Aufgaben in der Entwicklung der Qualifikationsstruktur der Arbeiter und Angestellten in der sozialistischen Wirtschaft eines Bezirkes in den Jahren 1971 bis 1979. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 30 (1981) 6, S. 41 - 46 : Tab.
3399. Hoppe, Karl-Heinz: Geschichte der "Sozialistischen Betriebswirtschaft" aus der Sicht der alma mater halensis. - In: Wiss. Z. Martin-Luther-Univ. Halle-Wittenberg, Gesellsch.wiss. R., Halle/S., 30 (1981) 3, S. 129 - 136
3400. Jantjakow, Wadim: Zur Verwirklichung des Komplexprogramms der sozialistischen ökonomischen Integration und zu einigen Fragen der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Jugendkollektiven der Sowjetunion und der DDR in den siebziger Jahren. - In: Beiträge zur Geschichte der FDJ. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, 1979. - S. 53 - 60
3401. Kirchhoff, Werner: Energie für die Stahlschlacht des Jahres 1960. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 23 (1981) 6, S. 921 - 930
3402. Koch, Ute: Zu einigen Aspekten der Zusammenarbeit von FDJ und Leninschen Komsomol auf dem Gebiet der Ökonomie in den sechziger Jahren unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterjugend. - In: Beiträge zur Geschichte der FDJ. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, 1979. - S. 61 - 69
3403. Kurth, Jürgen; Kehrer, Gerhard: Zur Entwicklung der Standortplanung der Industrie in der DDR. - In: Wiss. Z. Hochsch. Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin, Berlin, 27 (1982) 1, S. 21 - 24
3404. Labahn, Karin: Das quantitative Wachstum und die sozialen Quellen der Zweiggruppe der Arbeiterklasse in den volks-



eigenen Werften auf dem Territorium der späteren DDR 1945/46 - 1949/50. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Picck-Univ. Rostock, Gesch.wiss. R., Rostock, 28 (1979) 10, S. 631 - 637 : Tab.

3405.

Maur, Hans: Die politische Führungsrolle der Parteiorganisation bei der Realisierung der ersten Aufbaustufe des Kombinats "Schwarze Pumpe". - In: Gesch. u. Gegenwart Bez. Cottbus, Cottbus, 14 (1980), S. 37 - 45

3406.

Meier, Edgar: 25 Jahre Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden. - In: Wiss. Z. Hochsch. Verkehrswesen "Friedrich List" Dresden, Dresden, 24 (1977) 3, S. 395 - 421 : Ill., Kt., Tab.

3407.

Meißner, Klaus-Peter; Eichner, Georg: Zur Tätigkeit der Paritätischen Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR : 1966 - 1971. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 30 (1982) 2, S. 130 - 140

3408.

Meusel, Hans: Die ideologische Tätigkeit der Partei zur Verwirklichung ihrer Wirtschaftspolitik vom Juli 1958 bis Sommer 1961. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 24 (1982) 1, S. 53 - 65

3409.

Morgenstern, Winfried: Gemeinsame und länderspezifische Tendenzen in der Entwicklung verschiedener sozialer Schichten der Arbeiterklasse in den europäischen Mitgliedsländern des RGW in ihrer Bedeutung für die Politik der kommunistischen und Arbeiterparteien. - In: Themat. Inf. u. Dok. Akad. Gesch.wiss., R. A, Berlin, (1981) 25, S. 5 - 35 : Tab.

3410.

Prücha, Václav: Veränderungen in der Zweigstruktur der Industrieproduktion in der ČSSR im Verlauf der sozialistischen Umgestaltung (1948 - 1960). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 4, S. 7 - 24 : Tab.

Pustkowski, Reginald: Die Verlagskartographie in der Deutschen Demokratischen Republik : Ein Beitr. zu Entw. u. Aufgaben. - Gotha ; Leipzig : VEB Hermann Haack, 1981. - 96 S. : Tab.

3412.

Roesler, Jörg: Die gewerkschaftliche Mitbestimmung in der volkseigenen Industrie 1948 - 1950 : Zur Tätigkeit d. Verwaltungsrates d. Vereinigung Elektromaschinenbau (VVB VEM). - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 29 (1981) 11, S. 1018 - 1026

3413.

Roesler, Jörg: Werkzeugmaschinenbau und sozialistische Industrialisierung in der DDR bis Ende der fünfziger Jahre : Wirkungen d. wiss.-techn. Fortschritts. In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 9 - 34 : Tab.

3414.

Scharschmidt, Gerhard: Die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern des RGW und den Entwicklungsländern auf gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Grundlage. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 5, S. 773 - 784

3415.

Schröder, Heinz: Die Entwicklung der Elbwerft von den Anfängen bis in unsere Zeit. - In: Boizenburg : Beiträge zur Geschichte d. Stadt / Hrsg. vom Rat d. Stadt Boizenburg anläßl. d. 725-Jahrfeier. - Boizenburg : Rat d. Stadt, 1980. - S. 52 - 60

3416.

Schütt, Siegfried: Wachstum, Wohlstand, Stabilität : Aus d. Gesch. d. Kombinats VEB Elektrogerätewerk Suhl / Hrsg. von d. Betriebsparteiorganisation d. SED. - Berlin : Verl. Tribüne, 1980. - 232 S. : Ill.

3417.

Schwärzel, Renate: Einige Aspekte der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Wirtschaftstätigkeit des VEB Berliner Glühlampenwerk nach dem VI. Parteitag der SED. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 203 - 213 : Tab.

3418.

Sieber, Horst: Zur Rolle der Arbeiterjugend beim Aufbau der zentralen Jugendobjekte der FDJ Erdölverarbeitendewerk Schwedt und Kernkraftwerk Nord. - In: Beiträge zur Geschichte der FDJ. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, 1979. - S. 45 - 52

3419.

Signal auf Grün : Geschichte d. VEB Werk für Signal- u. Sicherungstechnik Berlin / Hrsg. von d. Betriebsparteiorganisation d. SED. Erarb. von d. Betriebsgeschichtskomm. u. d. Autorenkoll. Leiter d. Betriebsgeschichtskomm. : Gerhard Treptow. Autorenkoll. Wolfgang Bleyer ... - Berlin : Verl. Tribüne, 1981. - 157 S. : Ill.

3420.

Studie zur Entwicklung der Bereichsstruktur der Volkswirtschaft der DDR im Zeitraum 1960 bis 1978 : Wissenschaftliches Arbeitsmaterial für Lehre u. Forschung an d. Hochsch. für Ökon. "Bruno Leuschner" Berlin. Als Ms. gedr. - Berlin : Hochsch. für Ökonomie, 1981. - 148 S.

3421.

Studien zur Geschichte der Montanindustrie und zur Neuformierung der Arbeiterklasse in der DDR. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1980. - 127 S. : Ill. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 15) (Freiberger Forschungshefte : D ; 125)

3422.

Sydow, Peter: Nationales und Internationales bei der Entfaltung

der sozialistischen Produktionsverhältnisse. - In: Nationales und Internationales in der Entwicklung der sozialistischen Staatengemeinschaft : Beiträge auf einem interdisziplinären Kolloquium d. Forsch.bereichs Gesellsch.wiss. d. Akad. d. Wiss. d. DDR am 19. April 1979 zu Berlin. - Berlin : Akad. d. Wiss., Wiss. Informationszentrum, 1979. (Gesellschaftswissenschaftliche Informationen ; GW ; 1979 , 2 ), S. 37 - 46

3423.

Trufanow, Nikolai Iwanowitsch: Auf dem Posten des Militärkommandanten der Mesestadt. - In: Leipzig - aus Vergangenheit u. Gegenwart, Leipzig, 1 (1981), S. 79 - 105 : Ill.

3424.

Wächtler, Eberhard: Wurzeln und Funktion der Tradition im Bergbau. - In: Studien zur Geschichte der Montanindustrie zur Neuformierung der Arbeiterklasse in der DDR. - Leipzig : Dt. Verl. für Grundstoffindustrie, 1980. - (Beiträge zur Geschichte der Produktivkräfte ; 15) (Freiberger Forschungshefte : D ; 125). - S. 7 - 18

3425.

Wilhelm, Fritz: Die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Kreis Bad Liebenwerda. - Bad Liebenwerda : Kreisleitung d. SED, Abt. Landwirtschaftspolitik : Rat d. Kreises, Abt. Landwirtschaft, 1980. - 96 S. : Ill.

3426.

Zur sozialistischen Agrarpolitik der Arbeiterklasse im Bezirk Suhl : Probleme d. Entw. d. Landwirtschaft im Bez. Suhl von d. demokrat. Bodenreform 1945 bis zum Ausbau industriemäßiger Produktionsmethoden Mitte d. siebziger Jahre. - Kloster Veßra : Agrarhist. Museum, 1979. - 56 S. : Ill.

3427.

20 /Zwanzig/ Jahre sozialistische Entwicklung im Havelländischen Obstanbaugebiet : Ausgewählte Dokumente u. Materialien zur sozialistischen Umgestaltung unter Führung d. Kreisparteiorganisation d. SED / Hrsg.: Komm. zur Erforsch. d. Gesch. d. Örtl. Arb.bew. bei d. SED-Kreisleitung Potsdam. Eingel.

- u. ausgew. von Arno van Pee u. Hans-Joachim Schreckenbach. - Potsdam. T. 1. 1957 - 1962. - 1977. - 64 S. : Ill. T. 2. 1963 - 1975. - 1979. - 79 S. : Ill.
- 1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder
- 3428.
- BRD-Elektroindustrie: Expansion und Labilität. - In: IPW Ber., Berlin, 11 (1982) 2, S. 41 - 44 . Tab.
- 3429.
- Dötsch, Jochen; Prembler, Manfred: EG und Arbeiterrechte : Der Kampf um d. sozialen Rechte d. Werkstätigen kapitalist. Länder Westeuropas. - Berlin : Staatsverl., 1981. - 144 S.
- 3430.
- Fischer, Holger: Zu Grundaspekten der neokolonialistischen Wirtschaftspolitik der USA gegenüber den befreiten Staaten des subsaharischen Afrika in der zweiten Hälfte der siebziger und am Beginn der achtziger Jahre. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 10 (1982) 2, S. 278 - 292 : Tab.
- 3431.
- Gallinge, Irene: Reprivatisierung in Italiens Chemieindustrie. - In: IPW Ber., Berlin, 11 (1982) 2, S. 44 - 46 : Tab.
- 3432.
- Habedank, Heinz: Die Reichsbank in der Weimarer Republik : Zur Rolle d. Zentralbank in d. Politik d. dt. Imperialismus 1919 - 1933. - Berlin: Akad.-Verl., 1981. - 257 S. : Tab. - (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte ; 12)
- 3433.
- Handke, Horst: Fragen der sozialen Zuordnung der Angestellten und ihrer Ideologie. Hans Speier: Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus, 1977; Jürgen Kocka: Angestellte zwischen Faschismus und Demokratie. Göttingen, 1977. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1981) 3, S. 171 - 185
- 3434.
- Kramer, Wolfgang; Kramer, Reinhardt; Foerster, Horst-Dieter: Die Schiffe der "Königslinie". - Rostock : Hinstorff Verl., 1981. - 108 S. : Ill. & Ill.-Beil.
- 3435.
- Kruss, Lothar; Lohse, Ingrid: Ökonomische und politische Aspekte der Energiekrise im Kapitalismus. - In: IPW Ber., Berlin, 10 (1981) 6, S. 31 - 32
- 3436.
- Lauerwald, Paul: Das Notgeld der Stadt Dingelstädt in der Hochinflation 1923. - In: Eichsfelder Heimath., Heiligenstadt, 21 (1981) 3, S. 246 - 255
- 3437.
- Lehmann, Joachim: Pflanzenproduktion im faschistischen Deutschland während des zweiten Weltkrieges. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.-wiss. R., Rostock, 29 (1980) 1/2, S. 21 - 34 : Tab.
- 3438.
- Lehmann, Joachim: Tierproduktion in Deutschland unter den Bedingungen des zweiten Weltkrieges : Zu den ökon. Voraussetzungen für d. Nachkriegsentwicklung. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesellsch.wiss. R., Rostock, 30 (1981) 1, S. 39 - 48 : Tab.
- 3439.
- Lewin, Erwin: Zur Ausarbeitung der bündnispolitischen Konzeption der Kommunistischen Internationale gegenüber der Bauernschaft (1919 - 1923). - In: Jb. sozialist. Länder Europas, Berlin, 15 (1981) 1, S. 7 - 27
- 3440.
- Morgan, Wallace: Die Ölpolitik der USA in Mesopotamien nach dem ersten Weltkrieg. - In: Jb. Gesch., Berlin, 24 (1981), S. 73 - 78

Mühle, Rainer: Zur Arbeiterimmigration in die Schweiz und zur schweizerischen Fremdarbeiterpolitik von 1917 bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges. - In: *Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesch.wiss. R.*, Rostock, 29 (1980) 1/2, S. 43 - 47

3442.

Puchert, Berthold: Die Anwendung ökonomischer Mittel gegenüber Polen 1919 - 1939 zur Unterstützung der Hegemonieansprüche des deutschen Imperialismus in Osteuropa: Absichten und Möglichkeiten. - In: *Polen im Schatten von Versailles*. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Sektion Gesch., 1981. - S. 23 - 33

3443.

Rehberg, Ursula: Zu Problemen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Dänemarks zu Beginn der achtziger Jahre. - In: *Nord-europa, Greifswald*, 14 (1981), S. 5 - 15 : Tab.

3444.

Röblitz, Günther; Funk, Hans: Die Ausgabe von wertbeständigem Notgeld durch die Firma Carl Zeiss Jena während des Übergangs vom Inflationsgeld zur Rentenmark 1923. - In: *Numism. Beitr.*, Berlin, (1980) 2, S. 30 - 39 : Ill.

3445.

Schulz, Hannelore: Konzernbiographie Mannesmann Demag. - In: *IPW Ber.*, Berlin, 11 (1982) 3, S. 60 - 63 : Tab.

3446.

Vollmer, Ferdinand: Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltmarktpreise in den 70er Jahren und einige Auswirkungen auf die Entwicklungsländer unter besonderer Berücksichtigung des Außenhandels zwischen der BRD und den Ländern Lateinamerikas. - In: *Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Gesch.wiss. R.*, Ro-

3447.

Weiß, Rainer: Konzernbiographie Adam Opel AG. - *IPW Ber.*, Berlin, 11 (1982) 2, S. 56 - 59 : Tab.

3448.

Will, Helga: Hauptmerkmal der Wirtschaftsentwicklung in den USA. - In: *IPW Ber.*, Berlin, 10 (1981) 12, S. 33 - 41 : Tab.

3449.

Zschocke, Helmut: Konzernbiographie Volkswagen. - In: *IPW Ber.*, Berlin, 10 (1981) 11, S. 59 - 62 : Tab.

3450.

Zumpe, Lotte: Wirtschaft und Faschismus : Zum Verhältnis von Ökonomie u. Politik in d. bürgerlichen Lit. zur Wirtschaftsgesch. insbesondere d. Jahre 1933 bis 1939. *Dietmar Petzina: Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit. Wiesbaden, 1977. Eike Hennig: Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1939. Frankfurt/M., 1973. Gesellschaft : Beiträge zur Marx-schen Theorie 6 / Hrsg. von H.-G. Backhaus u. a. . Frankfurt/M., 1976. In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1981) 3, S. 155 - 170*

3451.

Zumpe, Lotte: Wirtschaft und Rüstung am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges im internationalen Überblick. *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Für d. Militärgesch. Forsch.amt hrsg. von Friedrich Forstmeier u. Hans-Erich Volkmann. Düsseldorf 1975. Kriegswirtschaft und Rüstung 1939 - 1945. Für d. Militärgesch. Forsch.amt hrsg. von Friedrich Forstmeier und Hans-Erich Volkmann. Düsseldorf 1977. - In: Jb. Wirtschaftsgesch., Berlin, (1981) 4, S. 107 - 114*

1917 - Gegenwart, Entwicklungsländer

3452.

Bleckert, Heinz; Schöne, Verena: Einige Fragen der Herausbildung des staatsmo-



- nopolitischen Kapitalismus in den Ländern Lateinamerikas. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 5, S. 881 - 892
3453.  
Drabek, Josef: Zum Charakter des Kapitalismus in Lateinamerika. - In: IPW Ber., Berlin, 11 (1982) 3, S. 31 - 43
3454.  
Eberhardt, Roland: Die Politik der MPLA-Partei der Arbeit und der Regierung der Volksrepublik Angola auf dem Gebiet von Arbeit und Löhnen. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 10 (1982) 2, S. 263 - 272 : Tab.
3455.  
Freitag, Gottfried: Einige Aspekte der Herausbildung von Monopolen in Indien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 6, S. 1029 - 1040 : Tab.
3456.  
Göthner, Karl-Christian: Probleme der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Brasilien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 4, S. 703 - 723
3457.  
Gunold, Klaus-Uwe: Einige Aspekte der politischen und ökonomischen Beziehungen der DVR Algerien zu Frankreich. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 5, S. 849 - 858
3458.  
Heimann, Karl: Rüstungsproduktion in Brasilien. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 6, S. 1100 - 1111
3459.  
Magerstädt, Bernd: Ökonomische Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und den Entwicklungsländern in den siebziger und achtziger Jahren und ihre Analyse durch die SED. - In: Wiss. Z. Techn.
- Hochsch. Otto v. Guericke Magdeburg, Magdeburg, 25 (1981) 7/8, S. 86 - 93
3460.  
Schilling, Hartmut: Zu einigen Grundtendenzen und Aspekten der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in den siebziger Jahren. - In: Jb. Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 1980 (1981) S. 19 - 56
3461.  
Voigt, Arnold: Überwindung des Hungers in Entwicklungsländern : Ein Grundanliegen im Kampf um Umgestaltung d. internationalen Wirtsch.beziehungen. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 9 (1981) 6, S. 979 - 987
3462.  
Walter, Hans-Ulrich: Zur ökonomischen Situation in den jungen Nationalstaaten des subsaharischen Afrika. - In: Jb. Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin, 1980 (1981), S. 269 - 279
3463.  
Weidnitzer, Eva: Einige Aspekte der Entwicklung von Akkumulation und Diversifizierung in der Volkswirtschaft der SLAVJ. - In: Asien, Afrika, Lateinamerika, 9 (1981) 5, S. 841 - 848

- Audring, Gert, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Baar, Lothar, Prof. Dr. rer. oec. et sc. phil., Ordentlicher Professor, Wissenschaftsbereich Wirtschaftsgeschichte, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- Behm, Erika, wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Creutz, Hans-Jürgen, Dr. rer. nat., Justitiar, Forschungsinstitut für NE-Metalle, Mansfeld-Kombinat, Freiberg.
- Dacke, Bärbel, Dr. oec., unbefristete Assistentin, Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie III, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Donat, Peter, Prof. Dr. sc., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Bereich Ur- und Frühgeschichte, Zentralinstitut für Alte Geschichte und Archäologie, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Draganov, Dimitâr, Leiter der numismatischen Sammlung, Okràžen Istoričeski Muzej, Jambol.
- Hartmann, Ulrich, Dr. phil., wissenschaftlicher Assistent, Wissenschaftsgebiet Wirtschaftsgeschichte, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Jacobeit, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Bereich Ethnographie, Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Neumann, Gerd, Dr. sc. oec., Dozent, Wissenschaftsbereich Wirtschaftsgeschichte, Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin.
- Uitz, Erika, Prof. Dr. phil., Pädagogische Hochschule "Erich Weinert", Magdeburg.
- Wagenbreth, Otfried, Dr. rer. nat. habil., Dozent, Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften, Technische Universität Dresden.
- Wilhelmus, Wolfgang, Prof. Dr. phil., Sektion Geschichtswissenschaft, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

## СОДЕРЖАНИЕ

- Лотар Баар, Об экономической стратегии и динамике капиталовложений в промышленности ГДР в пятидесятых и шестидесятых годах
- Герд Нойманн, Смена колониальных производственных отношений в Народной Республике Анголе
- Бьербель Даке, О развитии марксистско-ленинской теории государственно-монополистического капитализма в двадцатых годах в Советском Союзе
- Отфрид Вагенбрет, Технические памятники — свидетели экономической истории
- Ханс-Юрген Кройтц, Формирование охраны изобретательства в Саксонии в 15-ом и 16-ом столетии
- Димитър Драганов, О торговых связях фракийского города Кабиле с 5-ого по 3-ье столетие д.н.э.
- Юрген Кучинский, Будни в низах партии
- Вольфганг Якобайт, Работы по исследованию свободного времени
- Вольфганг Вильхельмус, Границы автаркии
- Эрика Уитц, женщина в экономической жизни города в позднем средневековье
- Петер Донат, Новое исследование о развитии товарно-денежных отношений в Меровингской империи
- Герд Аудринг, История понятий на службе исследований социальных отношений
- Аннотации
- Вольфганг Мюльфридель, Одно концептуальное соображение историографии предприятия, возникшее после чтения работ Манфреда Бекка, Возникновение и развитие металлургических заводов Тале до крушения фашистской Германии; Эрвина Кеннеманна, металлургические заводы Тале в период перехода от капитализма к социализму; Эрвина Кеннеманна, Народное предприятие металлургические заводы Тале в период широкого строительства социализма с 1961 по 1965 гг.
- Ульрих Хартманн, к истории народного предприятия максхютте Унтервелленборн (8-ого июля 1982 г. в Йене)
- Эрика Бем/Юрген Кучинский, Отражение рабочего движения в правительственной прессе перед первой мировой войной. Преимущественно количественный анализ (Швейцарская конфедерация)
- УИИ-ои международный конгресс экономистов-историков (с 16-ого по 20-ое августа 1982 г. в Будапеште)
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 22-ой выпуск

## CONTENTS

- Lothar Baar, On the economic strategy and development of investments in the industries of the GDR in the 1950s and 1960s.
- Gerd Neumann, The supersession of colonial relations of production in the People's Republic of Angola.
- Bärbel Dacke, On the development of the marxist-leninist theory of state monopoly capitalism by Soviet scholars in the 1920s.
- Otfried Wagenbreth, Technological monuments as material evidences of economic history.
- Hans-Jürgen Creutz, The rise of protection of inventions in Saxony in the 15th and 16th centuries.
- Dimitar Draganov, On the trading relations of the Thracian town of Kabyle from the 5th to the 3rd centuries before our area.
- Reviews
- Wolfgang Jacobeit, Contributions to off-time research.
- Wolfgang Wilhelmus, Limits of self-sufficiency.
- Erika Uitz, The woman in the economic life of the late medieval town.
- Peter Donat, A new study of the development of the commodity-money relations under the Merovingian kings.
- Gert Audring, History of concepts - to serve investigations into social relations.
- Wolfgang Mühlfriedel, Some suggestions on the concept of enterprise historiography made on the basis of: Manfred Beck, Rise and development of the Iron and Smelting Plants of Thale until the breakdown of fascist Germany; Erwin Könnemann, The Iron and Smelting Plants of Thale in the period of transition from capitalism to socialism; Erwin Könnemann, The nationally-owned Iron and Smelting Plants of Thale in the period of the comprehensive construction of socialism 1961 - 1965.
- Ulrich Hartmann, On the history of the nationally-owned enterprise Maxhütte Unterwellenborn (Jena, 8th July, 1982).
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, The reflection of the working-class movement in the government press before World War I. A basically quantitative analysis (The Swiss Confederation).
- VIII. International Congress of Economic Historians (Budapest, 16th - 20th August, 1982).
- GDR-Bibliography of publications on economic history. 22nd. Serial Part.



- Lothar Baar, Sur la stratégie économique et le développement d'investissement dans l'industrie de la R.D.A. dans les années cinquante et soixante
- Gerd Neumann, Le remplacement des forces productrices coloniales dans la République populaire d'Angola
- Bärbel Dacke, Sur le développement de la théorie marxiste-léniniste du capitalisme monopoliste d'Etat dans les années vingt en Union Soviétique
- Otfried Wagenbreth, Monuments techniques en tant que témoins matériels de l'histoire économique
- Hans-Jürgen Creutz, La formation de la protection d'inventions en Saxe aux 15<sup>e</sup> et 16<sup>e</sup> siècles
- Limitar Draganov, Sur les relations commerciales de la ville thrace de Kabyle du 5<sup>e</sup> au 3<sup>e</sup> siècle avant notre ère
- Jürgen Kuczynski, La vie quotidienne à la base du parti
- Wolfgang Jacobeit, Contributions à la recherche des loisirs
- Wolfgang Wilhelmus, Les limites de l'autarcie
- Erika Uitz, La femme dans la vie économique de la ville du moyen-âge tardif
- Peter Donat, Une récente recherche sur le développement du rapport de marchandise-argent dans l'Etat mérovingien
- Gert Audring, Histoire des notions au service de la recherche de rapports sociaux
- Wolfgang Mühlfriedel, Une réflexion conceptuelle sur la manière de rapporter l'histoire d'entreprise, faite après la lecture de Manfred Beck, La formation et le développement des usines sidérurgiques à Thale jusqu'à l'effondrement de l'Allemagne fasciste; Erwin Könnemann, Les usines sidérurgiques à Thale dans la période de la transition du capitalisme au socialisme; Erwin Könnemann, La V.E.B. (L'entreprise socialiste) des Usines sidérurgiques à Thale dans l'étape de la construction complexe (en grand) du socialisme de 1961 à 1965
- Ulrich Hartmann, Sur l'histoire de la V.E.B. (l'entreprise socialiste) "Maxhütte" à Unterwellenborn (le 8 juillet 1982 à Iéna)
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La réflexion du mouvement ouvrier dans la presse gouvernementale (officielle) avant la Première Guerre Mondiale. Une analyse surtout quantitative (La Confédération Helvétique)
- VIII<sup>e</sup> Congrès international des historiens d'économie (du 16 au 20 août 1982 à Budapest)
- Bibliographie de la littérature sur l'histoire économique de la R.D.A., 22<sup>e</sup> fascicule

- Lothar Baar, Acerca de la estrategia económica y el desarrollo de las inversiones en la industria durante las décadas del cincuenta y sesenta
- Gerd Neumann, La disolución de las relaciones de producción coloniales en la República Popular de Angola
- Bärbel Dacke, Acerca del desarrollo de la teoría marxista-leninista sobre el capitalismo monopolista de estado durante los años veinte en la Unión Soviética
- Otfried Wagenbreth, Monumentos técnicos como objetos de exposición de la historia económica
- Hans-Jürgen Creutz, La formación de la protección de invenciones en Sajonia durante los siglos XV y XVI
- Dimitar Draganov, Acerca de las relaciones comerciales de la ciudad Kabyle en Tracia desde el siglo V hasta el siglo III antes de nuestra época
- Jürgen Kuczynski, Vida cotidiana abajo en el partido
- Wolfgang Jacobeit, Artículos acerca de la investigación sobre las horas de recreo
- Wolfgang Wilhelmus, Límites de la autarquía
- Erika Uitz, La mujer en la vida económica de la ciudad de la edad media tardía
- Peter Donat, Una investigación nueva acerca del desarrollo de las relaciones mercantíladinero en el Imperio de los Merovingios
- Gert Audring, Historia de los conceptos en servicio de la investigación de relaciones sociales
- Anuncios
- Wolfgang Mühlfriedel, Una consideración sobre la concepción de la historiografía en relación a las fábricas, confeccionado según la lectura de Manfred Beck, La formación y el desarrollo de las fundiciones Thale hasta la derrota de la Alemania fascista; Erwin Könnemann, Las herrerías Thale en el período de la transición del capitalismo al socialismo; Erwin Könnemann, Las fundiciones nacionalizadas de Thale en la etapa de la construcción amplia del socialismo desde 1961 hasta 1965
- Ulrich Hartmann, Acerca de la historia de la empresa nacionalizada Maxhütte Unterwellenborn (el 8 de julio de 1982 en Iena)
- Erika Behm/Jürgen Kuczynski, La reflexión del movimiento obrero en la prensa gubernamental antes de la primera guerra mundial, un análisis primeramente cuantitativo (Confederación Suiza)
- Octavo Congreso internacional de los historiadores de historia económica (desde el 16 hasta el 20 de agosto de 1982 en Budapest)
- Bibliografía sobre literatura de historia económica de la RDA, suministro vigésimo segundo

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

Michael Laschke

Produktivkräfte, Investitionen und Produktion, Entwicklungstendenzen in der Energie- und Brennstoffindustrie, der metallurgischen und chemischen Industrie europäischer RGW-Länder 1961 bis 1970

Klaus Wießner

Aspekte der sozialistischen Rationalisierung im Werkzeugmaschinenbau der DDR nach der Bildung sozialistischer Industriekombinate: VEB Werkzeugmaschinenkombinat "Fritz Heckert" Karl-Marx-Stadt 1970 bis 1978

Berthold Puchert

Die Handelsbeziehungen des Deutschen Reiches zu Rumänien zwischen den beiden Weltkriegen

Ernst Hofmann

Die Deutsche Maschinenbau-Arbeiter-Kompanie in Chemnitz (1863 bis 1867), Entwicklung und Bedeutung eines genossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmens im Konstituierungsprozeß des Proletariats

Wieland Held

Geldwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Aspekte der Stadt-Land-Beziehungen in Thüringen im 16. Jahrhundert

Klaus Leciejewski

Zur zeitlichen und inhaltlichen Differenzierung des Kriegskommunismus

Karin Lehmann

Charakter und Rolle der Reichsbank in der Weimarer Republik (Heinz Habedank, Die Reichsbank in der Weimarer Republik)

Horst Handke

Die Mächtigen und die Macht, Zur Rolle des Finanzkapitals bei der Errichtung der faschistischen Diktatur (James Pool/Suzanna Pool, Hitlers Wegbereiter zur Macht)

Ingrid Mittenzwei

Wie "modern" ist die "Moderne Preußische Geschichte"? (Moderne Preußische Geschichte, 1648 - 1947)

Hermann Lehmann

Politökonomisch-historiographische Betrachtungen (Fritz Behrens, Grundriß der Geschichte der politischen Ökonomie, Bd. 1 - 4; Bürgerliche Revolution und Sozialtheorie; Anne Robert Jacques Turgot, Betrachtungen über die Bildung und Verteilung der Reichtümer; Claude-Henri de Saint-Simon, Ausgewählte Schriften; Charles Fourier, Ökonomisch-philosophische Schriften; Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie)

Jürgen Wilke

Zu einigen Problemen quantitativer Wirtschaftsgeschichtsschreibung (Carl-Ludwig Holtfrerich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert; Rainer Fremdling, Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840 - 1879)

Jürgen Kuczynski  
Ein Rundblick um die Welt von 1600 bis 1750 (Immanuel Wallerstein, The  
Modern World System I)

Ulrich Bentzien  
Vor Tische las man's anders (Friedrich-Wilhelm Hennig, Landwirtschaft  
und ländliche Gesellschaft in Deutschland, Bd: 1 u. 2)

Herbert Langer  
Der Platz von Handelskapital und "Krisen" im Spätfeudalismus (Peter  
Kriedte, Spätfeudalismus und Handelskapital; Miroslav Hroch/Josef Petrák,  
Das 17. Jahrhundert)

Annotationen

Hans Otto Gericke  
Zu einigen Quellen über die Entwicklung sozialistischer Produktionsbetrie-  
be und die Arbeit der Betriebsparteiorganisationen

Ulrich Hartmann  
Zur Darstellung der ökonomischen Konferenzen des Jahres 1955 in den  
Betriebsgeschichten. Einige methodische Überlegungen

Karin Lehmann  
Der Staatshaushalt der BRD - Bilanz seiner dreißigjährigen Entwicklung  
(11. November 1982 in Leipzig)

Helga Schultz  
Handwerk im Prozeß der industriellen Revolution (21. bis 26. August 1982  
in Veszprém)

Helmut Bräuer  
Frau, Ehe und Familie in der europäischen Stadt vom Mittelalter bis zur  
neuesten Zeit (25. bis 27. Oktober 1982 in Halberstadt)

Elfie-Marita Eibl  
Hansestädtisches Bürgertum - Landstände - Reichsstände (28. bis 30.  
September 1982 in Berlin)

Bernhard Rink  
Widerspiegelung sozialökonomischer Prozesse an der Wende vom Altertum  
zum Mittelalter (22. bis 24. September 1982 in Leipzig)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)